



universität  
wien

# MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Zweifelartikulation im Krisenkontext - Die Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalt am Beispiel der Medienberichterstattung zur Hypo Alpe Adria“

Verfasserin

Sabrina Lindner, Bakk.phil., BSc

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil)

Wien, Jänner 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Roland Burkart



## **Anmerkung zur Schreibweise**

Sämtliche Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen. Beispielsweise bezieht sich die Bezeichnung „Journalist“ sowohl auf weibliche als auch auf männliche Akteure. Auf eine geschlechterspezifische Schreibweise wurde lediglich zu Gunsten der Lesbarkeit verzichtet.



# Vorwort

---

„Da steh ich nun ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor“<sup>1</sup> - Schon damals im Deutsch Unterricht habe ich mich gefragt, ob die bekannten Worte von Goethes Faust wohl eines Tages auch auf mich zutreffen werden. Nun bin ich angelangt am Ende meines Studiums, habe die letzten Jahre vor Skripten und Büchern verbracht, bin stundenlang in Bibliotheken gesessen, habe gekämpft, mir Zahlen und Daten einzuprägen, habe Definitionen auswendig gelernt und diese bei Prüfungen wiedergegeben. Nun ist vieles vergessen, aus dem Kurzzeitgedächtnis verdrängt.

Die Universität war für mich ein Ort, an dem ich mich stets wohl und willkommen gefühlt habe. Man könnte beinahe sagen, sie war für mich wie ein Einkaufszentrum des Wissens, in dem sich hinter jeder Tür ein anderes spannendes Fachgebiet versteckt. Manchmal musste man etwas länger suchen, wühlen, kramen, um die wahren Schätze zu entdecken, egal ob alte „Vintage“-Studien oder aktuelle „high-fashion“ Erkenntnisse. Dennoch ging man stets bereichert nach Hause und fand mit der Zeit seine Lieblingsstücke. Für mich führten diese universitären Türen in die Bereiche der Wirtschaftswissenschaften, Germanistik, Skandinavistik, Politikwissenschaft, Theater-, Film- und Medienwissenschaft, Philosophie und Kunstgeschichte.

Doch nicht nur an Fachwissen hat mich die Universität bereichert. Sie hat mich vor allem gelehrt, stets alles zu hinterfragen, zu kritisieren und neugierig zu sein. Sie hat meine Sichtweise auf die Welt und mich als Mensch geprägt. Und wenn mein Freund dann sagt: „jetzt denkst du schon wieder wie ein Kommunikationswissenschaftler“, dann weiß ich, dass es in der universitären Lehre, auch wenn es während dem Studium manchmal so scheint, eben nicht nur darauf ankommt, Definitionen und Zahlen auswendig zu lernen und Prüfungen zu bestehen.

---

<sup>1</sup> In Faust I aus dem Jahr 1808 schreibt Johann Wolfgang von Goethe im Vers 354ff: „Habe nun, ach! Philosophie, Juristerei und Medizin, und leider auch Theologie durchaus studiert, mit heißem Bemühn. Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor.“

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die diesen Weg mit mir gegangen sind. Inspirierende Professoren, hilfsbereite Kollegen und gute Freunde. Ein besonderes Dankeschön gilt Professor Dr. Roland Burkart, der diese Magisterarbeit betreut hat. Bedanken möchte ich mich auch bei meiner Familie für die liebevolle Unterstützung und bei meinen Freunden, die das Studentenleben zu einem wunderbaren und unvergesslichen Lebensabschnitt gemacht haben.

Die Leidensgeschichte der Hypo Alpe Adria ist ein Thema, das emotionalisiert, aufregt und seit Jahren medialen Wirbel erzeugt. Kriminelle Machenschaften, verletzte Aufsichtspflichten und die versuchte Rettung der Bank prägen die Berichterstattung. Die betroffenen Akteure weisen sich gegenseitig die Schuld zu, während die Bank immer mehr Kapital benötigt. Auf der anderen Seite stehen die Menschen. Sie wollen Informationen, Antworten und Lösungen. Sie wollen verstehen, warum ein Herr Pröll die Hypo notverstaatlichen lies, warum eine Insolvenz der Bank trotz Expertenmeinungen kategorisch ausgeschlossen wurde, warum Honorare in Millionenhöhe für falsche Gutachten und Lobbyisten ausgezahlt wurden, wie es dazu kommen konnte, dass sich Politiker durch illegale Parteienfinanzierung bereicherten und schlussendlich vor allem, warum der Steuerzahler nun für diese großen Fehler aufkommen muss. Zweifel entstehen - und genau diese bilden den Fokus der vorliegenden Magisterarbeit.

In diesem Sinne wünsche ich ein spannendes und aufschlussreiches Lesen, Reflektieren und Diskutieren!

# Inhaltsverzeichnis

---

Abbildungsverzeichnis .....	3
Tabellenverzeichnis.....	4
1. Einleitung .....	5
2. Theoretische Grundlagen .....	8
2.1 Krisen und Journalismus .....	8
2.1.1 Annäherung an eine Krisendefinition .....	8
2.1.2 Krisentypologie .....	10
2.1.3 Krisenverlaufsmodelle .....	12
2.1.4 Publizistischer Krisenverlauf.....	15
2.1.5 Mediale Krisenkommunikation .....	19
2.1.6 Auswirkungen der Krisenkommunikation .....	22
2.1.7 Krisenjournalismus und Ethik .....	23
2.2 Verständigungsorientierte Kommunikation .....	25
2.2.1 Verständigung als Kommunikationsziel .....	25
2.2.2 Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit nach Burkart.....	30
2.3 Diskursiver Journalismus.....	33
2.3.1 Verständigungsorientierung im Journalismus.....	33
2.3.2 Verortung des diskursiven Journalismus .....	37
2.3.3 Zweifelartikulation in der demokratischen Gesellschaft .....	38
2.3.4 Qualität im diskursiven Journalismus.....	40
2.3.5 Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? - Beispielstudien..	41
2.3.6 Exkurs: Inhaltliche Konfliktentwicklung .....	46
2.4 Banken als Akteure im Wirtschaftssystem .....	48
2.4.1 Die Notwendigkeit von Banken .....	48
2.4.2 Banken und Öffentlichkeit.....	51
3. Der Fall Hypo Alpe Adria .....	53
3.1 Überblick.....	53
3.2 Geschichte und Entwicklung der Krise .....	53
3.3 Studien zur Hypo Alpe Adria .....	59
3.4 Exkurs: Die Hypo Alpe Adria und der Journalismus .....	61
4. Erkenntnisinteresse.....	63
5. Forschungsdesign .....	66
5.1 Untersuchungsgegenstand .....	66
5.2 Forschungsfragen.....	67
5.3 Methode.....	69
5.3.1 Theorie.....	69

5.3.2 Inhaltsanalyse und Stichprobenbildung .....	70
5.3.3 Einteilung Krisenphasen .....	71
5.4 Vorstudie - Identifikation von Schlüsselwörtern .....	72
5.5 Operationalisierung .....	76
5.6 Pretest .....	84
5.7 Validität und Reliabilität.....	85
6. Ergebnisse .....	88
6.1 Vorstudie: Der Krisenverlauf .....	88
6.1.1 Analyse des Krisenverlaufs .....	88
6.1.2 Abgrenzung der Krisenphasen.....	100
6.2 Deskriptive Statistik.....	102
6.3 Ergebnisse Forschungsfragen .....	108
6.3.1 Ergebnisse zur Forschungsfrage 1 .....	109
6.3.2 Ergebnisse zur Forschungsfrage 2 .....	110
6.3.3 Ergebnisse zur Forschungsfrage 3 .....	113
6.3.4 Ergebnisse zur Forschungsfrage 4 .....	115
6.3.5 Ergebnisse zur Forschungsfrage 5 .....	116
6.3.6 Ergebnisse zur Forschungsfrage 6 .....	119
6.4 Ergänzungen.....	121
6.5 Zweifeltypen im Zeitverlauf.....	125
7. Fazit .....	132
8. Schlusswort.....	137
9. Literaturverzeichnis .....	138

## **ANHANG**

I. Abstract- Deutsch .....	ii
II. Abstract - Englisch.....	vii
III. Lebenslauf.....	ix
IV. Codebuch.....	x
V. Liste Schlüsselwörter .....	xxii
VI. Auswertungstabellen - Reliabilitätstest.....	xxxii
VII. Auswertungstabellen - Deskriptive Ergebnisse .....	xxxv
VIII. Auswertungstabellen - Ergebnisse Forschungsfragen.....	xxxix
IX. Auswertungstabellen - Ergänzungen.....	xlvi
X. Auswertungstabellen - Zweifeltypenkurve .....	l
XI. Liste Zweifel.....	liv

# Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung 1: Krisenverlauf nach Merten .....	13
Abbildung 2: Verständigungsorientierte PR-Kommunikation nach Burkart .	31
Abbildung 3: Verortung des diskursiven Journalismus.....	37
Abbildung 4: Der diskursive Journalismus.....	39
Abbildung 5: VOI-Indikatoren .....	42
Abbildung 6: Zweifel nach Typen.....	45
Abbildung 7: Inhaltliche Entwicklung von publizistischen Konflikten .....	47
Abbildung 8: Vertrauen in Hypo Akteure.....	61
Abbildung 9: Richtwerte zur Interpretation von Kappa .....	86
Abbildung 10: Legende Berichterstattung .....	90
Abbildung 11: Anzahl Texte Presse & Standard 2008/2009 .....	91
Abbildung 12: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2008/2009.....	91
Abbildung 13: Anzahl Texte Presse & Standard 2009/2010 .....	92
Abbildung 14: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2009/2010.....	92
Abbildung 15: Anzahl Texte Presse & Standard 2010/2011 .....	94
Abbildung 16: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2010/2011.....	94
Abbildung 17: Anzahl Texte Presse & Standard 2011/2012 .....	95
Abbildung 18: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2011/2012.....	96
Abbildung 19: Anzahl Texte Presse & Standard 2012/2013 .....	97
Abbildung 20: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2012/2013.....	97
Abbildung 21: Anzahl Texte Presse & Standard 2013/2014 .....	98
Abbildung 22: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2013/2014.....	99
Abbildung 23: Krisenzyklus.....	100
Abbildung 24: Häufigkeit Medien .....	102
Abbildung 25: Häufigkeit Ressorts .....	103
Abbildung 26: Häufigkeit Krisenphasen .....	104
Abbildung 27: Themen der Zweifeläußerungen nach Krisenzyklen.....	105
Abbildung 28: Häufigkeit zweifelhafte Akteure .....	106
Abbildung 29: Häufigkeit Zweifeltypen .....	107
Abbildung 30: Häufigkeit Begründungen.....	107
Abbildung 31: Häufigkeit Lösungsvorschläge.....	107
Abbildung 32: Zweifeltypen nach Medium.....	110
Abbildung 33: Rolle des Journalisten in den Krisenphasen.....	112
Abbildung 34: Verteilung Zweifeltypen in Krisenphasen.....	114

Abbildung 35: Verteilung Krisenphasen in Ressorts .....	116
Abbildung 36: Begründungen nach Zweifeltypen .....	118
Abbildung 37: Lösungsvorschläge nach Zweifeltypen .....	120
Abbildung 38: Verfasser der Zweifel .....	122
Abbildung 39: Zweifeltypen nach Themen .....	123
Abbildung 40: Begründungen nach Verfasser in Prozent.....	125
Abbildung 41: Legende Zweifeltypenkurve .....	126
Abbildung 42: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2008/2009 .....	126
Abbildung 43: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2009/2010 .....	127
Abbildung 44: Zweifeltypen im Zweitverlauf 2010/2011 .....	128
Abbildung 45: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2011/2012 .....	128
Abbildung 46: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2012/2013 .....	129
Abbildung 47: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2013/2014 .....	130

## **Tabellenverzeichnis**

---

Tabelle 1: Geltungsansprüche und Diskurstypen (Burkart 2012, S.21).....	28
Tabelle 2: Zweifel nach Typen in der österreichischen Printberichterstattung zum Thema Europa (08-09/2008) .....	44
Tabelle 3: Schlüsselwörter .....	75
Tabelle 4: Einteilung Krisenphasen .....	101
Tabelle 5: Auswertung Forschungsfrage 1 .....	109
Tabelle 6: Auswertung Forschungsfrage2 .....	112
Tabelle 7: Auswertung Forschungsfrage 3 .....	113
Tabelle 8: Auswertung Forschungsfrage 4 .....	115
Tabelle 9: Auswertung Forschungsfrage 5 .....	117
Tabelle 10: Auswertung Forschungsfrage 6 .....	119

# 1. Einleitung

---

Wenn das Bundesministerium für Finanzen von „einem der größten Wirtschaftskriminalfälle der 2. Republik“ (BMF 2014) spricht, dann handelt es sich um einen österreichischen Skandal im ganz großen Stil. „Bilanzfälschung“, „Untreue“, „Geldwäsche“ und „illegale Parteienfinanzierung“ sind nur einige der Begriffe, die seit Jahren durch die Medien geistern. Man habe die falschen Entscheidungen getroffen, verschwiegen, vorgetäuscht, unwahre Fakten dargelegt und dann versucht, alles unter den Teppich zu kehren.

Die Leidensgeschichte der Hypo Alpe Adria bietet so einiges, an dem Shakespeare und seine Zeitgenossen sicherlich ihre Freude gehabt hätten. Ein klassisches Drama in 5 Akten<sup>1</sup>, eine Tragödie, die für Österreich jedoch zur bitteren Realität geworden ist:

1. Akt: Exposition - Das Kärntner Finanzinstitut Hypo Alpe Adria verfolgt eine extensive und risikoreiche Wachstumsstrategie, während das Land Kärnten Haftungsgarantien übernimmt, die mehr als das Zehnfache des Landeshaushalts übersteigen. Im Jahr 2007 geht die Bank schließlich in den Besitz der Bayerischen Landesbank über. (Vgl. BMF 2014) Später wird der Vorwurf laut, dass diese beim Kauf über den Zustand der Bank getäuscht wurde.

2. Akt: Steigende Handlung - Die Finanzkrise bricht aus, Projekte platzen, Kredite sind uneinbringlich. Die Hypo Alpe Adria benötigt dringend Kapital.

3. Akt: Höhepunkt - Entscheidung zwischen Sieg oder Niederlage, die Bank wird in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von der Republik Österreich notverstaatlicht.

4. Akt: Fallende Handlung - Politiker verzögern eine Lösung des Problems auf Grund der bevorstehenden Wahl. Schuldige werden auserwählt und Gerichtsverfahren eingeleitet.

5. Akt: Katastrophe - die Hypo Alpe Adria ist dem Untergang geweiht und wird in einer Bad Bank zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt.

---

<sup>1</sup> Einteilung der Akte eines klassischen Dramas z.B. nach Schäfer 2005, S. 22f

Die Bühnen, auf denen sich dieses Drama abspielt, sind die Medien. Sie zeigen die Ereignisse und Handlungen der Akteure und machen sie der Öffentlichkeit zugänglich, sie kommentieren und kritisieren und bieten eine Plattform für Diskussionen. Einer jahrelangen von Krisen geprägten Berichterstattung folgt schließlich eine Horrornachricht: Die Bürger müssen für das Versagen Einzelner durch ihre Steuergelder in Milliardenhöhe aufkommen, während für andere Bereiche kein Geld in der Staatskassa vorhanden sei. Ein emotional behaftetes Thema - Die Aussagen der Akteure des Finanzinstituts, der politischen Parteien und Experten und die darauf aufbauende Medienberichterstattung sind kontrovers und Zweifel werden laut. Handeln die Akteure richtig? Verhalten sich diese wahrhaftig? Entsprechen die dargelegten Fakten wirklich der Wahrheit und ist das Gesagte überhaupt verständlich formuliert? Dem Journalismus kommt dabei eine essentielle Bedeutung zu, denn das was wir über die Ereignisse der Krise wissen, wissen wir aus den Medien. Sie bilden die Brücke zwischen den handelnden Akteuren und den Rezipienten, wodurch ihnen eine besondere Macht, aber auch Verantwortung zuteil wird.

Das Konzept des diskursiven Journalismus sieht die Verantwortung der Medien vor allem darin, Zweifel öffentlich zu artikulieren und gegebenenfalls einen Diskurs zu eröffnen (Vgl. Burkart 1998, S. 170). Journalisten fungieren dabei idealtypisch als Anwalt der „stummen Bürger“ (Burkart 1998, S. 170) und äußern Zweifel an Stelle der, die von den Mächtigen nicht gehört werden. Dadurch setzen sie all jenes einer öffentlichen Diskussion aus, das sonst im Verborgenen geblieben wäre. (Vgl. Pavlova 2010, S. 200) In Anlehnung an Jürgen Habermas wird zwischen Zweifeln an der *Legitimität*, der *Wahrhaftigkeit*, der *Wahrheit* und der *Verständlichkeit* unterschieden (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 256f). Diese müssen in einer verständigungsorientierten Kommunikation begründet und beseitigt werden. Das geschieht hinsichtlich der Medien durch die Ermöglichung eines öffentlichen Diskurses. Journalisten können dabei entweder die Zweifel anderer in ihrer Berichterstattung integrieren, oder sich aber auch aktiv durch die Artikulation eigener Zweifel am Diskurs beteiligen (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 260). Ob und in welchem Ausmaß sie das tun, ist nur eine der Fragen, die in der vorliegenden Magisterarbeit beantwortet werden sollen.

Ziel der Studie ist es, mögliche Unterschiede in der Zweifelartikulation und Rollenwahrnehmung von Journalisten als Diskursanwalt in verschiedenen Krisenphasen aufzuzeigen. Hierzu wurde die Magisterarbeit in zwei Hauptteile gegliedert. Der erste Teil beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen von Krisen sowie dem Konzept des diskursiven Journalismus. Nach einer Annäherung an die Definition des Krisenbegriffs und der Betrachtung unterschiedlicher Krisentypen, werden verschiedene Krisenverlaufsmodelle vorgestellt. Des Weiteren wird darauf eingegangen, wie sich die Medien in Krisensituationen verhalten und sich deren Berichterstattung verändert. Da dies aufgrund besonderer Umstände auch zu Lasten der Qualität im Journalismus führen kann, wird ein Kapitel dem Thema „Ethik“ gewidmet. Ein weiterer Abschnitt geht auf die Verständigungsorientierung in der Kommunikation ein. In diesen Kapiteln wird vor allem die Artikulation von Zweifeln, zunächst bei Habermas, dann im Konzept der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit nach Burkart und schlussendlich im diskursiven Journalismus thematisiert. Beispielstudien geben weitere Einblicke in die Thematik. Anschließend verlagert sich der Themenschwerpunkt mit Bezug auf den Untersuchungsgegenstand in einem nächsten Kapitel auf die Relevanz von Banken für das Gesellschaftssystem und deren Risikoverarbeitung.

Der Übergang zum zweiten Hauptteil ist der Problembank Hypo Alpe Adria gewidmet und zeigt eine umfassende Darstellung wichtiger Ereignisse im Zeitverlauf. Diese schafft das nötige Hintergrundwissen für die empirische Analyse, welche den zweiten Teil der Magisterarbeit bildet. Nach der Vorstellung des Forschungsdesigns werden die Krisenzyklen anhand von medial thematisierten Schlüsselereignissen in je vier Phasen unterteilt. Anschließend folgt die Darstellung der Ergebnisse der Analyse und Beantwortung der Forschungsfragen. Für diese wurden die österreichischen Tageszeitungen *der Standard*, *die Presse*, *Kurier* und *Kronen Zeitung* im Zeitraum zwischen 2008 und 2014 untersucht und die Rolle des Journalisten als Diskursanwalt genauer beleuchtet. Abschließend soll eine Zweifelkurve konstruiert werden, die die vier Zweifeltypen einzeln darstellt und mögliche Veränderungen in der Zweifelartikulation in Krisenzeiten erkennen lässt.

## **2. Theoretische Grundlagen**

---

Das theoretische Fundament der vorliegenden Masterarbeit lässt sich in vier Teile gliedern. Zunächst steht in einem ersten Kapitel das Themengebiet „Krise“ im Zentrum. Es beinhaltet verschiedene Krisendefinitionen, beschreibt Krisenphasen und geht genauer auf die Rolle der Medien und ihre Berichterstattung in Krisensituationen ein. Im zweiten und dritten Kapitel steht die Verständigungsorientierung als Kommunikationsziel und der diskursive Journalismus im Vordergrund. Diese Kapitel bilden das Kernstück des Theorieteils und beschäftigt sich mit der Bedeutung von Verständigung. Zunächst wird dabei von den Geltungsansprüchen nach Jürgen Habermas ausgegangen und ein Bogen von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit bis hin zum diskursiven Journalismus gespannt. Ein vierter Abschnitt verdeutlicht die Relevanz von Banken und deren Risikoverarbeitung. Hierbei wird ein besseres Verständnis für den Untersuchungsgegenstand, den Fall Hypo Alpe Adria, geschaffen, welcher im darauffolgenden Kapitel genauer thematisiert wird.

### **2.1 Krisen und Journalismus**

#### **2.1.1 Annäherung an eine Krisendefinition**

Heute wird der Begriff „Krise“ schon beinahe inflationär verwendet, obwohl es sich oftmals lediglich um eine minimale Störung im normalen Geschäftsbetrieb handelt. Einige Krisen sind kurzfristig, manche kommen plötzlich und sind hausgemacht, andere wirken harmlos, schädigen das Image der Organisation jedoch nachhaltig. (Vgl. Puttenat 2009, S. 35) Was alles unter einer „Krise“ verstanden werden kann, zeigt ein Blick in die Literatur:

Ursprünglich stammt das Wort „Krise“ vom griechischen „krisis“ ab und fand im medizinischen Bereich als Beschreibung eines entscheidenden Wendepunkts einer Krankheit Verwendung (Vgl. Höbel/Hofmann 2014, S. 12). Im deutschsprachigen Raum konnte der Begriff erstmals im 16. Jahrhundert nachgewiesen werden. Hier bezeichnete er damals eine fieberhafte Erkrankung. Der Patient stand vor einem Wendepunkt: er konnte

genesen oder sterben. In den darauffolgenden Jahrhunderten wurde das Wort „Krise“ negativ konnotiert und etablierte sich schließlich als Bezeichnung für eine bedrohliche Situation. (Vgl. Herrmann 2012, S. 26)

So begannen auch verschiedene wissenschaftliche Disziplinen, wie etwa die Wirtschaftswissenschaft oder andere Sozialwissenschaften, die Begrifflichkeit zu übernehmen und eigene Definitionen zu formulieren.

Laut Merten (2008, S. 83) ist eine Krise das „erste historisch bekannte säkularisierte Konzept zur Markierung temporaler Diskontinuität [...], das nicht nur mit menschlicher Anteilnahme verfolgt, sondern auch mit menschlicher Hilfe gelöst werden kann.“ Laut ihm taucht eine Krise unerwartet auf, sie ist eine Störung, welche anhält bis eine neue Störung eintritt, die dann auf ein stabiles Gleichgewicht abzielt. (Vgl. Merten 2008, S. 84)

Für Thießen (2011, S. 67) sind Krisen das Ergebnis von komplexen Systemen, die die „Störung eines Prozessverlaufes darstellen, wahrnehmungsabhängig und in ihrem Ausgang (zeitlich wie inhaltlich) offen sind.“

Mast (2008, S. 98) hingegen bezieht sich bei seiner Definition auf Organisationen und sieht Krisen als „unvorhergesehen und unklare Situationen, die die Reputation oder gar den Fortbestand einer Organisation in ihrer bisherigen Form in Frage stellen können.“ Für ihn sind Krisen „sehr bedeutsame und schwierige Konstellationen, die die zukünftige Entwicklung einer Organisation beeinflussen und häufig sogar Wendepunkte darstellen“ (Mast 2008, S. 98)

Auch Alaybeyoglu (2007, S. 24) sieht eine Krise als „Höhe- und Wendepunkt einer potentiell gefährlichen und dynamischen Entwicklung, die sich – endogen und/oder exogen induziert – sowohl negativ als auch positiv auf das Unternehmen auswirkt“. Weiters sei sie „charakterisiert als plötzliches, ungeplantes, ungewolltes und zeitlich begrenztes Ereignis. Hervorgerufen durch die Situation des Risikos, der Unsicherheit und des Zeitdrucks, bedroht die Krise Profitabilität, Image sowie Reputation eines Unternehmens und vernichtet im Extremfall seine Existenz.“ (Alaybeyoglu 2007, S. 24)

Obermeier (2002, S. 202) verweist hingegen auf die Kennzeichnung einer Krise durch vier Momente: 1. Überraschung, 2. die Bedrohung von wichtigen materiellen sowie immateriellen Werten, 3. den Handlungszwang, welcher unter Zeitmangel entsteht und 4., so Obermeier weiter: „jede Krise hat ihr eigenes Gesicht“ (Obermeier 2002, S. 202).

Betrachtet man diese Definitionen, so kann zusammenfassend erkannt werden, dass Krisen meist durch ein gegebenes Risiko entstehen, das Diskontinuitäten hervorrufen kann, welche zeitlich begrenzt auftreten und einen potenziell gefährlichen Wendepunkt markieren. Eine eigene Krisendefinition wurde laut Thießen (2001, S. 81) jedoch in der Kommunikationswissenschaft bislang nicht entwickelt. Dennoch schlägt dieser vor, die vorgestellten Definitionen kommunikationsspezifisch um drei wichtige Aspekte zu ergänzen: Krisen sind stets abhängig vom Beobachter, sie können durch Kommunikation entstehen und lassen sich durch Kommunikation steuern. Das bedeutet, dass das Ausmaß einer Krise durch das erzeugte öffentliche Interesse nicht nur erhöht werden kann, sondern die Medien auch selbst mächtig sind, eine Krise überhaupt erst entstehen zu lassen. (Vgl. Thießen 2011, S. 81)

### 2.1.2 Krisentypologie

Begriffe wie Kulturkrisen, Staatskrisen, Ölkrisen, ökologische Krisen, Vertrauenskrisen oder Glaubenskrisen geistern durch die Medien (Vgl. Merten 2008, S. 90). Parteienkrisen, politische Krisen, Führungskrisen und Existenzkrisen scheinen allgegenwärtig zu sein (Vgl. Bentele/Janke 2008, S. 115). Im Folgenden werden einige Möglichkeiten zur Betrachtung von Krisen aus verschiedenen Blickwinkeln vorgestellt. Der Fokus liegt auf Grund des Untersuchungsgegenstandes der vorliegenden Studie vor allem auf Krisen, die Organisationen direkt oder indirekt betreffen.

Krisen sind hoch komplex und dynamisch. Meist tauchen sie überraschend und unerwartet auf (Vgl. Mast 2008, S. 103). Die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erreicht in kürzester Zeit ihren Höhepunkt und die Organisation wird durch einen möglichen Vertrauensverlust weiter geschädigt. Ein präventives Handeln ist oft nicht mehr möglich. Eine Krise, die sich über

einen längeren Zeitraum entwickelt, baut sich hingegen nur langsam auf. Die Intensität der öffentlichen Wahrnehmung nimmt allmählich zu, lässt jedoch nach einiger Zeit auch wieder nach. (Vgl. Cremer 1995, S. 81) Dabei sind Krisen vor allem durch Unsicherheit und mangelnde Informationen geprägt. Organisationen wie auch Medien werden zum Handeln veranlasst, ohne jedoch viel über das eigentliche Problem zu wissen. Ein weiteres Charakteristikum einer Krise ist die intensive und öffentliche Überprüfung von Aussagen und Handlungen. Ungereimtheiten oder Unsicherheiten werden von Journalisten besonders kritisch bewertet, was sich wiederum auf den Krisenverlauf und dessen Ausgang auswirken kann. (Vgl. Mast 2008, S. 103f)

Eine Möglichkeit zur Einteilung von Krisen in verschiedene Krisentypen bietet die Differenzierung zwischen *exogenen* und *endogenen Krisen*. Produktionsmängel, Entlassungen von Mitarbeitern, finanzielle Ungereimtheiten oder amoralisches Verhalten gehören zu den *endogenen Krisen*. Diese liegen im Einflussbereich einer Organisation und stören die normalen Abläufe. *Exogene Krisen* werden hingegen vom Umfeld verursacht und lassen sich somit nicht direkt beeinflussen. Dazu gehören beispielsweise falsche Anwendungen des Produkts oder politische Unsicherheiten sowie auch eine negative Berichterstattung durch die Medien. (Vgl. Hofmann/Braun 2008, S. 138)

Thießen (2011, S. 74) unterteilt Krisen abhängig von ihrem Reputationsschaden und unterscheidet zwischen *funktionalen, sozialen* und *emotionalen Organisationskrisen*. *Funktionale Krisen* bezeichnen vor allem jene Krisen, die durch strategische Entscheidungen und der Ausübung von Kernkompetenzen verursacht werden und beziehen sich somit auf den originären Organisationszweck. Eine *soziale Organisationskrise* entsteht hingegen durch soziales Handeln und schadet dem Ansehen des Unternehmens in der Gesellschaft. Die Attraktivität als Marke und die Sympathie gegenüber der Organisation werden in *emotionalen Organisationskrisen* geschädigt. (Vgl. Thießen 2011, S. 74f) Dabei bewegen sich Organisationen häufig auf mehreren Märkten, welche unterschiedliche Anforderungen stellen. Auf dem *Absatzmarkt* steht die Leistung im Mittelpunkt, auf dem *Kapitalmarkt* gilt es ökonomische Akzeptanz zu gewinnen. Um soziale und politische Akzeptanz ringen Unternehmen auf dem

*Personalmarkt* und *politischen Meinungsmarkt*, während der *öffentliche Meinungsmarkt* legitimierbare Handlungen fordert. Letzterer bildet dabei auch die Voraussetzung dafür, dass das Unternehmen auf anderen Märkten akzeptiert wird. (Vgl. Thießen 2011, S. 82) Wirtschaftliche Organisationen geraten somit immer mehr unter den Legitimationsdruck der Öffentlichkeit (Vgl. Burkart 1993, S. 7). Eine gelungene Argumentation in Krisensituationen wird zum essentiellen Erfolgsfaktor (Vgl. Burkart 1993, S. 11), um Ängste zu reduzieren und Vertrauen auch in Krisenzeiten zu erhalten (Vgl. Belci 2000, S. 29). Dabei sind die Ergebnisse der Handlungen und Aussagen offen. Kommunikative Strategien in Form von Krisenkommunikation können zwar zu einer erhöhten Akzeptanz führen, bei einem ungünstigen Verlauf kann die Reputation jedoch nachhaltig geschädigt und der Handlungsspielraum verkleinert werden. (Vgl. Baumgärtner 2008, S. 43)

### 2.1.3 Krisenverlaufsmodelle

Jede Organisation und jedes gesellschaftliche Miteinander definiert einen Normalzustand, in dem Prozesse wie gewöhnlich und geplant ablaufen. Gerät die Organisation jedoch in eine Krise, so wird dieser unterbrochen und die Routine gestört. Unsicherheiten entstehen und bestehende Regeln und Handlungen werden kritisch hinterfragt und gegebenenfalls verändert. (Vgl. Herrmann 2012, S. 26) Dabei sind Krisen von einer vierfachen Ungewissheit geprägt: Es ist ungewiss, wann sie auftreten, welche Ursachen sie haben und wann und auf welchem Niveau sie enden. (Vgl. Merten 2008, S. 86) Was sie verbindet ist jedoch ihre Verlaufsstruktur. Meist führt ein bestimmter Auslöser zur Entstehung der Krise, welcher große Aufmerksamkeit erregt und sie alle haben einen Höhepunkt bzw. Wendepunkt sowie eine Auslaufphase. (Vgl. Bentele/Janke 2008, S. 114).

In der Literatur besteht Konsens darüber, dass Krisen durch einen Krisenlebenszyklus charakterisiert sind, wodurch sie sich in bestimmte Verlaufsphasen gliedern lassen. Dissens besteht hingegen bei der Frage, wie viele Phasen ein Krisenzyklus durchläuft und wie diese Krisenphasen bezeichnet werden sollen. (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 27)

Laut Merten (2008, S. 83) zeichnen sich Krisen vor allem dadurch aus, dass diese unerwartet auftreten und zu einer Veränderung von Prozessstrukturen und Gewohnheiten führen. Sie beginnen mit einem bestimmten Zeitpunkt und einem Ereignis, dessen Eintreten eine Latenzphase eröffnet. Dabei sind für den Verlauf der Krise zwei miteinander verknüpfte Entscheidungen erforderlich: Die krisenauslösende Entscheidung sowie die Entscheidung über den Endzeitpunkt der Unsicherheit und den Ausgang der Krise. Merten stellt dies anhand einer Zeitstrecke dar, deren Beginn durch das Ereignis gekennzeichnet wird und deren Ausgang zunächst offen bleibt. Unklar ist, wann die Krise beendet sein wird, warum eine Veränderung geschieht und ob der alte Zustand oder ein besserer oder schlechterer Zustand erreicht werden kann oder aber, ob die Krise weitere Krisen auslöst und zur Katastrophe wird. (Vgl. Merten 2008, S. 83ff)

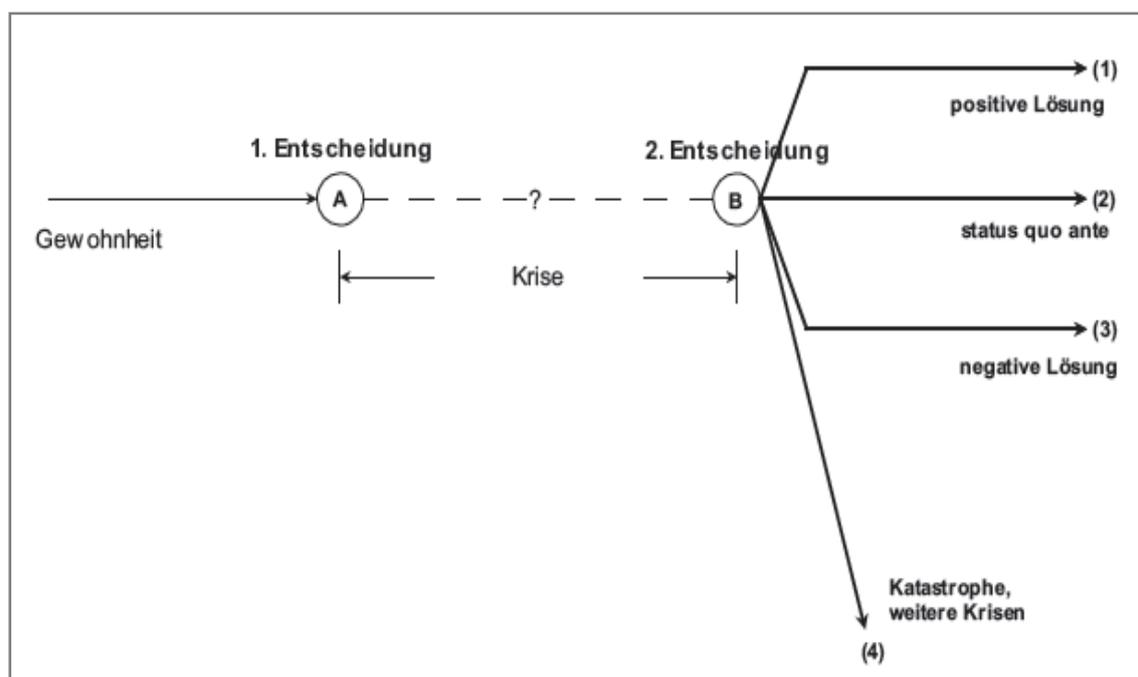


Abbildung 1: Krisenverlauf nach Merten (Merten 2008, S. 83)

Diese Darstellung von Merten verdeutlicht den typischen Verlauf von Krisen sowie die möglichen Resultate des zunächst ungewissen Ausgangs. Dabei kann der Verlauf in verschiedene Phasen eingeteilt werden. Auch wenn viele Autoren in der Literatur unterschiedliche Begriffe bei der Darstellung von Krisen als Prozess verwenden, so werden die Krisen meist in vier Teile gegliedert und mit ähnlichen Inhalten beschrieben.

Schulenberg (2008, S. 49f) unterteilt den Krisenverlauf beispielsweise in eine *potentielle, latente, akute* und *post-kritische Phase*, wobei bei der *potentiellen Krisenphase* noch nicht von einer Krise gesprochen werden kann. Dennoch liegen in dieser Phase meist die Ursachen für die zukünftige Entstehung der kritischen Situation. In der *latenten Phase* wird schließlich erstmals spürbar, dass die Krise zu schwerwiegenden Problemen bis hin zu einer Existenzgefährdung führen könnte. Die Ursachen für die Krise entfalten eine destruktive Wirkung und können bereits durch starke Signale identifiziert werden. (Vgl. Schulenberg 2008, S. 49f) Dabei übernimmt auch die mediale Berichterstattung eine entscheidende Rolle, denn sie kann die Krise vorantreiben und in manchen Fällen sogar den Übergang von der *latenten* in die *akute Phase* veranlassen (Vgl. Herrmann 2012, S. 28). In der *akuten Krisenphase* wird schließlich der Höhepunkt erreicht und es kommt zur Eskalation. Die Ansprüche von Stakeholdern, die für die Existenz des Unternehmens essentiell sind, können nicht mehr erfüllt werden. (Vgl. Schulenberg 2008, S. 49f) Der Krisenverlauf sowie der durch die Krise entstehende Schaden lassen sich nur noch sehr bedingt beeinflussen (Vgl. Herrmann 2012, S. 29). Die *post-kritische Krisenphase* ist durch die Auswirkungen der Krise gekennzeichnet. Das Resultat kann entweder die Fortführung des Systems oder aber dessen Untergang sein. (Vgl. Schulenberg 2008, S. 49f)

Auch Puttenat (2009, S. 35) greift bei der Einteilung von Krisenphasen auf ähnliche Begrifflichkeiten zurück und spricht von einer *potenziellen, latenten, akuten* und *Nach-Krisenphase*. In der *potenziellen Phase* wird die Krise kaum als solche wahrgenommen, die Entwicklung weist jedoch bereits ein Potenzial für die Entstehung einer Krise auf. Die *latente Krisenphase* zeigt erste Anzeichen. Übliche Problemlösungen scheinen zu funktionieren, denn weder in der Öffentlichkeit noch in den operativen Teilen des Unternehmens ist die Krise präsent. Lediglich die Leitung kann erste Anzeichen erkennen. In der *akuten Phase* wird die Krise nun auch von der Umwelt wahrgenommen. Interne Lösungen bleiben erfolglos. Katastrophen, die nicht vorhergesehen werden können wie etwa Flugzeugabstürze oder Naturkatastrophen, beginnen ihren Krisenzyklus erst mit dieser Phase. In der *Nachkrisenphase* scheint die Krise überwunden und der Alltag kehrt zurück. Eine typische

Unternehmenskrise dauert laut Puttenat im Schnitt drei Monate. (Vgl. Puttenat 2009, S.35)

Eine Gliederung des Krisenverlaufs in nur drei Abschnitte nimmt Biesiadecka (2009, S. 71) vor. Sie bezieht sich auf potentielle, latente und reale Stadien und spricht von einer *Vorkrisenphase*, welche die potentielle und Inkubationsphase bezeichnet, einer *eigentlichen Krisenphase*, welche auch als akute Phase bezeichnet werden kann und einer *Nachkrisenphase*, welche die Endphase oder aber Folgekrisenphasen einschließt. Weiters merkt sie an, dass in der Fachliteratur häufig die Einzigartigkeit von Krisen betont wird, denn Krisen verlaufen unterschiedlich und können daher generell nur schwer einem Schema zugeordnet werden. (Vgl. Biesiadecka 2009, S. 71) Dennoch ermöglicht eine Konzentration auf deren Übereinstimmungen eine grobe Klassifikation nach zeitlichen Kriterien, durch die Krisen in verschiedene Teilschritte gegliedert und so analysiert werden können. Jeder Abschnitt bietet neue Herausforderungen für die Krisenkommunikation und nur durch eine Unterteilung in Phasen lassen sich spezielle Anforderungen identifizieren und kommunikative Lösungen erarbeiten. (Vgl. Thießen 2011, S. 70)

Der Schwerpunkt dieses Kapitels lag bisher auf Krisenlebenszyklen und deren allgemeinen Unterteilung in verschiedene Krisenphasen. Im Folgenden wird nun der Fokus auf die Medienkommunikation bzw. den publizistischen Konflikt gelegt.

#### 2.1.4 Publizistischer Krisenverlauf

Publizistische Krisen sind „komplexe Gebilde aus festen, strukturellen Größen und veränderlichen, dynamischen Variablen, deren Komponenten sich gegenseitig beeinflussen“. (Alaybeyoglu 2007, S. 32). Sie wirken sich meist negativ auf das Ansehen der Organisation in der Öffentlichkeit aus und können das Unternehmen deutlich schädigen. Oftmals übertreffen die Konsequenzen einer publizistischen Krise jene der eigentlichen Krise um ein Vielfaches, besonders dann, wenn die Krise als Medienereignis tauglich ist. (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 29)

Die Bedeutung der Medien in Krisen lässt sich mit folgendem Zitat beschreiben:

*„Massenmedien berichten in Krisen über Krisen. Krisen sind keine vorgegebenen Prozesse, die sie nur berichtend darstellen; sie greifen vielmehr mit ihrer Berichterstattung in diese Prozesse ein und verändert den Krisenverlauf.“* (Kepplinger 1992, S.115)

Für Kepplinger (2009, S. 14) ist der publizistische Konflikt ein Spezialfall des öffentlichen Konflikts, in dem Massenmedien eine Schlüsselrolle einnehmen. Sie entscheiden, welche Informationen und Argumente die Rezipienten erreichen. Zusätzlich liefern sie eigene Darstellungen, wodurch die Konfliktparteien oftmals die Kontrolle über den Verlauf des Konflikts verlieren und der Ausgang damit auch von den rezipierenden Bürgern beeinflusst werden kann. (Vgl. Kepplinger 2009, S.14f)

Publizistische Konflikte scheinen häufig spontan zu entstehen, besitzen aber laut Kepplinger (2009, S. 22) beinahe immer eine lange Vorlaufzeit. Dabei unterscheidet er zwischen der *Latenzphase*, in der die Krise bereits öffentlich thematisiert wird und die mehrere Jahre dauern kann, der *Etablierungsphase*, in der ein größerer Kreis an Personen auf das Thema aufmerksam wird und der *Kulminierungsphase*, in der die Medienberichterstattung und damit die Relevanz des Konflikts in der Öffentlichkeit deutlich zunimmt. In dieser dritten Phase steigt die Anzahl der Medienberichte dramatisch an. Grund dafür ist das erhöhte Interesse der Journalisten am Thema. Dabei orientieren sie sich immer wieder an anderen Medien, während die Rezipienten mehr Antworten auf ungeklärte Fragen fordern. Zudem rufen weitere Handlungen von involvierten Akteuren neue Reaktionen hervor, über die wiederum berichtet wird. Journalistische Recherchen nehmen zu und Informationen werden veröffentlicht, die bislang in der Bevölkerung weitaus unbekannt waren. Die entstandene Öffentlichkeit wird zudem auch von anderen Akteuren genutzt, um öffentliches Gehör für ihre eigenen Anliegen und Zwecke zu gewinnen. So stimulieren mediale Konflikte gesellschaftliche Aktivität, die wiederum selbst zum Thema in den Medien werden kann. Nach einiger Zeit wird die Krisenthematik in der Berichterstattung jedoch wieder stark reduziert und verschwindet, wobei es nicht ausschlaggebend ist, ob das Problem gelöst oder Vorwürfe geklärt wurden. (Vgl. Kepplinger 2009, S. 22ff)

Doch warum beginnen sich Medien überhaupt erst für einen Konflikt zu interessieren? Im Konfliktverlauf verändert sich die Dominanz der Motive von Journalisten. In der ersten Phase berichten vor allem jene Journalisten, die sich persönlich mit dem Thema befassen und dieses als ihr Anliegen empfinden. In der zweiten Phase werden die Themengebiete hingegen oftmals instrumentalisiert. Journalisten und Akteure sprechen sich ab, um Entscheidungen in der Politik oder die wirtschaftliche Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Dies spielt vor allem vor Wahlen eine entscheidende Rolle. Die letzte Phase ist durch einen stärkeren Wettbewerb geprägt. Medien berichten, weil andere Medien berichten und ein Wettkampf um neue Informationen entsteht. Nun beginnen auch all jene Journalisten nachteilig zu publizieren, die Akteuren und Institutionen zuvor nahe standen. Medienberichte werden zum Selbstläufer, auf den äußere Einflüsse einwirken und der sich vom eigentlichen Ereignis vollkommen loslösen kann. In diesem Fall spiegeln journalistische Beiträge dann eher die vorangegangene Berichterstattung wieder, anstatt über die eigentlichen Geschehnisse zu informieren. (Vgl. Kepplinger 2009, S. 23f)

Auch Mast (2008, S. 105f) teilt den Krisenzyklus mit Blick auf die Kommunikation in drei Phasen ein: Die *präkommunikative Phase*, die *kommunikative Phase* und die *postkommunikative Phase*. In der *präkommunikativen Krisenphase* entsteht die Krise, sie wird jedoch noch nicht öffentlich wahrgenommen. Erst in der *kommunikativen Phase* wird sie in der Öffentlichkeit thematisiert, rege Diskussionen werden geführt und Meinungen gebildet. Journalisten sind auf der Suche nach Experten und Interviewpartnern und wollen Antworten. Dabei fungieren die Medien als „Vergrößerungsgläser“, indem sie die Professionalität und das Handeln der Akteure genauestens betrachten und bewerten. Je länger die Themen in der Öffentlichkeit präsent sind, desto geringer ist das Potenzial für die betroffenen Akteure, den Krisenverlauf zu beeinflussen und überhaupt öffentlich gehört zu werden. Verliert das Thema in den Medien an Bedeutung, so tritt die dritte Phase, die *postkommunikative Phase*, ein. Hier gilt es, die durch die Krise entstandenen Schäden bestmöglich zu beheben (Vgl. Mast 2008, S. 107ff).

Alaybeyoglu (2007, S. 31) stützt sich auf eine Studie von Volker Klenk aus dem Jahr 1989 und differenziert drei Phasen der Berichterstattung. Klenk wollte ein Verständnis für den Ablauf einer akuten Vertrauenskrise schaffen und konnte durch eine Analyse verschiedener Krisenmomente ein Modell für den publizistische Krisenverlauf entwickeln. Er orientiert sich dabei am Verhalten der Massemedien und beobachtete die Intensität und den Zeitverlauf publizistischer Konflikte. Entscheidend für seine Studie war die Anzahl der zum Thema erschienenen Beiträge, der Umfang, die Positionierung und die Hervorhebung der Artikel. (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 30f) In der ersten Phase dieses Modells wird das Ereignis selbst thematisiert (Vgl. Littmann 2011, S. 170). Es erfolgt ein Anstieg der Berichterstattung bis zum Höhepunkt. Dabei greifen die Journalisten auf verschiedene journalistische Darstellungsformen zurück und spektakuläre Aufmacher sind in den Medien präsent. Diese Phase dauert drei bis sieben Tage. In einer zweiten Phase bleibt die mediale Aufmerksamkeit für etwa zwei Wochen aufrecht und das auf gleichem Niveau. Hintergrundberichte, Kommentare und neue Enthüllungen prägen die Berichterstattung. In der dritten Krisenphase verringert sich die Anzahl der Medienberichte und auch der Umfang wird reduziert. Der Fokus liegt in dieser Phase vor allem auf den Krisenfolgen. (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 31) Ereignen sich jedoch weitere unvorhergesehene Vorfälle, so überschneiden sich die Krisenereignisse und eine anhaltende Berichterstattung mit negativer Tendenz ist die Folge (Vgl. Littmann 2011, S. 170). Allerdings betont Alaybeyoglu (2007, S. 31) auch, dass dieses Modell von Klenk keinerlei Aufschluss über die Qualität und negativen bzw. positiven Tendenzen in der Berichterstattung gibt.

Auch Szyszka (2005) untersuchte die Medienberichterstattung in der Organisationskrise im Juni 1995 am Beispiel „Brent Spar“, ein schwimmender Öltank der Firma Shell, der im Meer versenkt werden sollte. Er teilte dabei den Umfang der Medienberichte in drei Phasen ein: In der *Latenzphase* wurde sachlich differenziert berichtet. Seit Beginn des Bekanntwerdens der Krise durch Greenpeace am 16. Februar bis zum Eintreten der *akuten Krisenphase* am 6. Juni vergingen mehrere Monate. In der *akuten Krisenphase*, die von 7. bis 20 Juni dauerte, war die Berichterstattung emotionsgeladen und einseitig. Abschließend folgte die *Bewältigungsphase*. In dieser Phase wurde wiederum sachlich differenziert über das Thema berichtet. (Vgl. Szyszka 2005)

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass auch die Medienberichterstattung in Krisenzeiten in bestimmte Phasen eingeteilt werden kann, welche sich voneinander unterscheiden. Oft handelt es sich bei diesen Phasen um den Eintritt eines Ereignisses, der Zunahme der Berichterstattung bis zum Höhepunkt und der anschließenden Abnahme der Anzahl der Berichte. Keine Einigkeit besteht jedoch darin, wie lange die verschiedenen Phasen dauern. Manche Autoren sprechen von Monaten, andere von Tagen. Kepplinger und Greiß (2013, S. 129) geben bei der Betrachtung von wirtschaftlichen Krisen außerdem zu bedenken, dass die Interpretation der wirtschaftlichen Situation meist vom Betrachter abhängig ist, denn ob eine Krise vorherrscht oder nicht, ist oftmals objektiv nicht feststellbar.

### 2.1.5 Mediale Krisenkommunikation

Mit dem Forschungsfeld der Krisenkommunikation befassen sich verschiedene wissenschaftliche Disziplinen. Die Wirtschaftswissenschaft stellt vor allem das Unternehmen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, während sich die Kommunikationswissenschaft noch mehr mit der Erforschung von Voraussetzungen und Strukturen der Krisenkommunikation beschäftigt. (Vgl. Löffelholz/Schwarz 2008, S. 22) Eine Schnittstelle beider Disziplinen könnte in der Betrachtung der Medien liegen.

Medien fungieren als verbindendes Sprachrohr zwischen Unternehmen und der Bevölkerung und können die öffentliche Wahrnehmung über die Organisation damit ansatzweise steuern. Dies bringt Chancen aber auch Risiken für die Organisation mit sich. Ist der Kreis an Betroffenen der Krise klein, eingrenzbar und kann dieser direkt angesprochen werden, so lassen sich Kommunikationsziele auch ohne Hilfe der Medien erreichen. Kommt es beispielsweise zu einem Unglück auf einem Fabrikgelände, können Anreiner direkt über Verhaltensweisen zu deren Schutz informiert werden. Lässt sich der Kreis an Betroffenen jedoch nicht mehr lokal abgrenzen und wird die Krise öffentlich, so sind Unternehmen auf die Medien angewiesen. (Vgl. Hermann 2012, S. 30) Für das Unternehmen wird es dabei wichtig, jegliche für die Medien interessanten negativen Informationen, das heißt Ungewissheiten aller Art, die zu weiteren Spekulationen führen könnten,

entgegenzuwirken und die Medien positiv für sich zu nützen (Vgl. Merten 2008, S. 91). Dabei muss jedoch beachtet werden, dass sowohl die Organisation als auch das Mediensystem eine andere Seite vertreten (Vgl. Merten 2008, S. 92). Während Medien Krisen enthüllen und ausführlich über sie berichten, würden Organisationen diese oftmals lieber verschweigen (Vgl. Noethelle 2008, S. 231). Für das Unternehmen geht es vor allem darum, sich zu stärken und Schaden abzuwenden. Dies erfordert Klarheit und Wahrheit in der Kommunikation. Gefährlich wird es jedoch dann, wenn Journalisten die Wahrheit als Schuldgeständnis interpretieren oder sie als Anlass für eine weitere negative Berichterstattung sehen. Die uneingeschränkte Wahrheit zu kommunizieren, kann daher aus Unternehmenssicht mehr schädlich als nützlich sein. (Vgl. Merten 2008, S. 92) Dies führt dazu, dass eine verständigungsorientierte Kommunikation oftmals einer strategischen Unternehmenskommunikation, in der häufig „effektive Strategien der Inszenierung und Aktualisierung“ (Alaybeyoglu 2008, S. 65) im Zentrum stehen, weichen muss (Vgl. Alaybeyoglu 2008, S. 65).

Auf der anderen Seite stehen die Medien. Erst durch sie werden Krisen in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen (Vgl. Thießen 2011, S. 65). Dabei vermitteln Medien in modernen Demokratien öffentliche Meinungsbildungsprozesse (Vgl. Raupp/Vogelsang 2009, S. 17) und sind in der Lage, einen ständigen Austausch zwischen den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen der Institutionen, der Politik und der Gesellschaft zu schaffen (Vgl. Brosda 2008, S. 334). Medien prägen die öffentliche Meinung jedoch nicht nur, sondern werden wiederum von dieser beeinflusst. Das führt zu einem Spannungsverhältnis, in dem sich beide Seiten auf die jeweils andere einstellen und diese berücksichtigen müssen. (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S.35) Für eine Krise bedeutet das, dass es bei der Krisenwahrnehmung häufig gar nicht mehr auf die eigentlichen Tatsachen ankommt, sondern vielmehr auf die in den Medien präsentierte und öffentliche Meinung über diese (Vgl. Höbel 2014, S.12).

Für Journalisten ist es zum Berufsalltag geworden, über Krisen zu berichten (Vgl. Noethelle 2008, S. 226). Dabei produzieren sie jedoch oftmals Stereotypen, da der Journalismus von Vereinfachung lebt und häufig komplizierte Hintergründe nicht oder nur kurz erläutert (Vgl. Noethelle 2008,

S. 228). Medien formen somit die Wahrnehmung der Realität, die die Rezipienten interpretieren und bewerten (Vgl. Puttenat2009, S. 20). Sie werden zum Ersatz eigener Erfahrungen (Vgl. Cremer 1995, S. 17) und substituieren eigenes Handeln (Vgl. Merten 2008, S. 90). Sie geben Einblicke in Ereignisse, die den Menschen ohne Medien verwehrt bleiben würden und vermitteln dabei eine hohe Glaubwürdigkeit. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass es sich bei dieser Medienrealität um eine selektive Sichtweise der Journalisten handelt, die durch die herangezogenen Quellen, Gestaltungsmerkmale und Darstellungsformen geprägt ist, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. (Vgl. Cremer 1995, S. 17) Nur in Ausnahmefällen bietet die Berichterstattung eine valide und überprüfbare Referenz auf eine real erlebte Wirklichkeit (Vgl. Merten 2008, S.90).

Zusammenfassend heißt dies, dass selbst wenn Journalisten versuchen, in ihrer Berichterstattung eine neutrale Haltung einzunehmen, eine Abweichung von der Realität durch den vorgenommenen Selektionsprozess erfolgt. Medien wählen immer nur einen kleinen Ausschnitt aus den ihnen zur Verfügung stehenden Themengebieten. Diese Begrenzung beeinflusst wiederum die Agenda des Publikums und damit auch politische und gesellschaftliche Prozesse (Vgl. Bilke 2008, S. 124). In diesem Sinne werden Medien zur wichtigsten Definitionsinstanz in Krisenzeiten, da sie von Krisen, Missständen und Skandalen sprechen und dieses Framing vorwiegend von der Öffentlichkeit akzeptiert wird (Vgl. Bentele/Janke 2008, S. 113).

Um ihren Wert in der Berichterstattung zu erhöhen, werden Ereignisse jedoch auch oftmals vorschnell als Krise eingestuft, ein Vorgehen, dass wiederum zu einer künstlichen Verschärfung der Krise führen kann (Vgl. Noethelle 2008, S.231). Dennoch wäre es laut Noethelle (2008, S. 229) die Aufgabe des Journalisten „in Krisensituationen den Überblick zu halten und den Blick auch für Themen jenseits des Mainstreams zu öffnen.“ Dabei nehmen Journalisten meist keine aktive, sondern eher eine beobachtende Rolle ein und thematisieren den Konflikt sowie eventuelle Lösungsvorschläge, die die Krise entschärfen sollen (Vgl. Noethelle 2008, S. 231).

## 2.1.6 Auswirkungen der Krisenkommunikation

Die Krisenkommunikation des Unternehmens und die Berichterstattung in den Medien prägen die Wahrnehmung des Schadens für die Anspruchsgruppen und die Auswirkung der Krise auf die Reputation des Unternehmens (Vgl. Herrmann 2012, S. 47). Durch eine umfangreichere PR-Arbeit steigt grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit, in den Medien präsent zu sein. Das scheint zwar aus Sicht von Unternehmen nicht immer zielführend, jedoch werden dieses von Journalisten deutlich besser bewertet, wenn sie PR-Meldungen selbst herausgeben (Vgl. Herrmann 2012, S. 215). Gleichzeitig werden Presseaussendungen in Krisenzeiten besonders kritisch betrachtet und nur im geringen Umfang in journalistischen Beiträgen übernommen (Vgl. Herrmann 2012, S. 61) Dabei zeigt sich ein Interessenskonflikt, denn während Medien oftmals eine konflikthaltige Berichterstattung aufgrund des erhöhten Nachrichtenwertes verfolgen, haben Organisationen an dieser kein Interesse. (Vgl. Herrmann 2012, S. 64)

Schon allein die Definition der Situation als Krise in den Medien sowie die Eigendynamik der Berichterstattung beeinflussen den Krisenverlauf und dessen Ausgang erheblich (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 32). Medien entscheiden, ob Opfer oder Organisationen thematisiert werden, wie Ereignisse zu interpretieren sind und ob es sich dabei um einen Skandal handelt. Zudem können sie die Krise als Schlüsselereignis für weitere Berichte nutzen. (Vgl. Herrmann 2012, S. 212) Auch die Intensität und die Dauer der Berichterstattung beeinflussen die Auswirkungen und Schäden einer Krise. Rezipienten assoziieren Unternehmen umso stärker mit Krisensituationen, je häufiger und länger diese in den Medien präsent sind. (Vgl. Herrmann 2012, S. 37) Daher wirkt sich eine publizistische Krise oftmals dramatischer auf ein Unternehmen aus als die eigentliche Krise, besonders dann, wenn diese als Medienereignis thematisiert wird und somit eine Reihe von Folgeberichten auslöst (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 29). Das zeigt, wie sehr sich Unternehmen auf einem öffentlichen Meinungsmarkt befinden, denn ihr Handeln wird im Mediendiskurs öffentlich relevant oder umgekehrt - nur durch die Publizität der Krise findet die Krise in der Öffentlichkeit überhaupt erst statt. (Vgl. Thießen 2011, S. 83)

### 2.1.7 Krisenjournalismus und Ethik

Der im 20. Jahrhundert wachsende Bedarf nach Kommunikation hat nicht nur das Kommunikationssystem verändert, sondern auch die Gesellschaft so stark beeinflusst, dass diese heutzutage als „Mediengesellschaft“ bezeichnet werden kann. Derzeit wird die Medienberichterstattung jedoch zunehmend durch hohen Aufwand, der einer reduzierten Aufmerksamkeit der Rezipienten gegenübersteht, geprägt. (Vgl. Merten 2008, S. 90) Auflagenzahlen sinken, Leser werden an Online Medien verloren und Anzeigenkunden beginnen einzusparen. Redaktionen kürzen Mitarbeiter, werden zusammengelegt oder Medien ganz eingestellt. (Vgl. Puttenat 2009, S. 24) Gedruckt wird dabei das, was Auflage bringt (Vgl. Höbel/Hofmann 2014, S. 17). Die öffentliche Aufmerksamkeit ist zur knappen Ressource geworden, weshalb Medien kritische Themen immer schneller und exklusiv für sich zu beanspruchen versuchen. Sie kritisieren Organisationen und Produkte und dramatisieren Krisen im Kampf um Auflagenzahlen und Einschaltquoten. (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 34) Dabei können Journalisten aus ökonomischen Motiven nicht nur eine mediale Krise erschaffen, sondern diese auch verlängern, denn das ist oftmals günstiger als neue Themen zu erarbeiten und steigert zudem die Umsätze und Werbeeinnahmen (Vgl. Herrmann 2012, S. 62). Die Welt will unterhalten werden und so verwandeln sich die Inhalte in Botschaften mit Unterhaltungswert (Vgl. Obermeier 2002, S. 208). Qualitäts- und Boulevardmedien nähern sich immer näher an und die Berichterstattung des Medienmainstream folgt besonders in Krisenzeiten oftmals wenigen Leitmedien (Vgl. Höbel 2014, S. 17). Der Trend zeigt eine Boulevardisierung, wobei Informationen zwar immer schneller verfügbar werden, der Meinungspluralismus in der Bevölkerung jedoch abnimmt (Vgl. Puttenat 2009, S. 20) Zusammenfassend scheint sich der Journalismus heutzutage vor allem auszuzeichnen durch: Konkurrenz, Selektion und Aktualität (Vgl. Bilke 2008, S. 13).

Auch Brosda (2008, S. 377) bezeichnet die jüngeren Entwicklungen als „Kolonialisierung des Journalismus durch die ökonomisch gesteuerten Massenmedien“. Die strategisch-ökonomischen Interessen am Profit bedrohen laut ihm die journalistische Eigenständigkeit (Vgl. Brosda 2008, S. 377). Eine Zweckrationalität leite das journalistische Handeln. Journalisten

stehen dabei zwischen den ökonomischen Zielen des Medienunternehmens, den normativen Regeln der Politik und den Bedürfnissen der Rezipienten. (Vgl. Brosda 2008, S. 26ff) Hoher Konkurrenzdruck sowie neue Redaktionsstrukturen schärfen besonders die Sensibilität für die Wahrnehmung von kritischen Themen (Vgl. Mast 2008, S. 104). Krisen werden personalisiert und infotainisiert, sie besitzen großen Nachrichtenwert (Vgl. Bentele/Janke 2008, S. 125f). So finden Krisen schon fast alltäglich ihren Platz in der Berichterstattung und werden von den Rezipienten wohl sogar als unterhaltsam wahrgenommen (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 2).

Für Unternehmen stellen Krisen hingegen einen ernst zu nehmenden Ausnahmezustand dar, während Journalisten Texte verfassen und über Publikationen entscheiden müssen, bevor sie alle relevanten Fakten kennen. Dabei ist es schwierig, schon bei Ausbruch der Krise einzuschätzen, welche Folgen diese haben wird, welche Rolle die Akteure einnehmen und wie die Krise bewertet werden soll. (Vgl. Herrmann 2012, S. 211) Das führt zu einer „Kurzatmigkeit von Berichterstattungsthemen“ (Mast 2008, S. 10), da tiefere Recherchetätigkeiten häufig ausbleiben. Bentele und Janke (2008, S. 124) merken außerdem an, dass Journalisten zwar meist die Rolle eines Beobachters einnehmen, sie jedoch auch selbst zum Akteur der Krise werden, da sie einer bestimmten Berufslogik folgen. Eine Aufgabe dieser ist es, Missstände aufzudecken, die der allgemeinen Norm widersprechen. Dadurch beteiligen sich Journalisten wiederum direkt an der Entwicklung von Krisen, sie können neutral berichten, die Organisation unterstützen oder aber die Krise verschärfen. (Vgl. Bentele/Janke 2008, S. 125) Dennoch darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, dass Medien zwar oftmals die Auslöser, aber selten die Verursacher von Krisen sind (Vgl. Mast 2008, S. 110). Journalisten sollten trotzdem stets bedenken, welche Folgen ihre Krisenberichterstattung mit sich bringen, denn Krisen, die künstlich produziert werden, widersprechen nicht nur jeglicher Ethik, sie finden auch bei den Rezipienten keinen Anklang (Vgl. Noethelle 2008, S. 232).

Die Lösung für diese Probleme liegt laut Brosda (2008, S. 377) in der Formulierung einer diskursiven Ethik für journalistisches Handeln sowie der Etablierung einer Media Governance. Hierin sieht er die Möglichkeit, journalistische Handlungen mit den Zwängen des Mediensystems zu

vereinbaren, ohne dabei auf normative Maßstäbe zu verzichten. (Vgl. Brosda 2008, S. 377) Der Journalist soll in der demokratischen Gesellschaft lösungsbedürftige Probleme thematisieren und somit eine Basis für einen gesellschaftlichen Diskurs schaffen. Mit seiner Auswahl an Themen beschränkt er und ermöglicht gleichzeitig die öffentliche Meinungsbildung. (Vgl. Bilke 2008, S. 16) Dieses Verhalten schafft wiederum einen Ausgangspunkt für die Medienethik, denn „journalistische Akteure handeln unter systemischen Bedingungen und prägen diese Bedingungen durch ihr Handeln“ (Bilke 2008, S. 17).

Der Journalismus benötigt ein ethisches Bezugssystem, um Maßstäbe zu setzen und Ziele zu rechtfertigen. Einen Vorschlag für ethisches Handeln hat die Diskursethik durch die Einbeziehung der Geltungsansprüchen nach Habermas gemacht. (Vgl. Bilke 2008, S. 17) Zudem spricht Bilke (2008, S. 46) von Transparenz-, Orientierungs- und Validierungsfunktionen, die in einer demokratischen Öffentlichkeit erfüllt werden müssen. Die Aufgabe des Journalismus bestehe dabei darin, verschiedenen Gruppierungen in der Gesellschaft ein Forum für Gespräche zu bieten und eine aktive Teilnahme an diesen zu ermöglichen.<sup>2</sup> Es wird somit eine Reflexionsplattform für kollektive Probleme geschaffen. Die Validierungsfunktion bezieht sich hingegen auf die kritische Überprüfung der Geltungsansprüche durch eine diskursive Auseinandersetzung, um Orientierung, Verständigung und die Bildung von Meinungen zu ermöglichen. (Vgl. Bilke 2008, S. 46)

## **2.2 Verständigungsorientierte Kommunikation**

### **2.2.1 Verständigung als Kommunikationsziel**

Sprache gibt Orientierung und regelt soziale Interaktionen (Vgl. Brosda 2008, S. 184). Durch den Kommunikationsakt können die Gesprächspartner eine Beziehung durch eine Verständigung über die erlebte Situation zum Zweck der Koordinierung ihrer Handlungen eingehen (Vgl. Brosda 2008, S. 177). Ist Kommunikation auf Verständigung ausgerichtet, so gestaltet sie sich als

---

<sup>2</sup> Dies entspricht auch der Idee des diskursiven Journalismus, welcher in der vorliegenden Arbeit in den Kapiteln 2.2.3 bis 2.2.7 genauer thematisiert wird.

multi-dimensionaler Prozess, bei der jedoch jeder Teilnehmer bestimmte Ansprüche akzeptieren muss (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 13). Der Begriff „Verständigung“ meint dabei die „Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen den beiden Kommunikationspartnern“ (Burkart 2013, S. 440). Dieser verweist aber nicht auf die Akzeptanz einer Aussage oder Zustimmung, sondern basiert auf einem wechselseitigen Verstehen, Wissen und Vertrauen sowie dem beidseitigen Akzeptieren von gewissen Werten und Normen (Vgl. Burkart 2013, S. 440). Indem man beispielsweise die Authentizität eines Gesprächspartners anzweifelt, so unterstellt man ihm, bewusst zu täuschen und unwahrhaftig zu agieren (Vgl. Burkart/Rußmann 2012, S. 2). Dadurch wird der Kommunikationsfluss gestört und muss erst repariert werden, um Verständigung zu erzielen (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 14). Verständigungsorientierte Kommunikation differenziert sich von einer reinen Zustimmung im Gespräch vor allem dadurch, dass sie nicht durch eine strategische Einflussnahme erreichen werden kann. Lediglich im Prozess der kommunikativen Koordinierung werden gemeinsame Überzeugungen aufgezeigt und Verständigung wird durch rational begründete Übereinstimmungen herbeigeführt. (Vgl. Brosda 2008, S. 184)

All diese Überlegungen finden ihren Ursprung bei Jürgen Habermas (1981) und seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“. Darin differenziert er zwischen einem zweckrationalen und einem kommunikativen Handeln. Als zweckrational bezeichnet er ein Verhalten, welches vor allem auf die Erreichung eines Ziels ausgerichtet ist (Vgl. Habermas 1981, S. 384) und schreibt weiter:

*„Hingegen spreche ich von kommunikativen Handlungen, wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden. Im kommunikativen Handeln sind die Beteiligten nicht primär am eigenen Erfolg orientiert; sie verfolgen ihre individuellen Ziele unter der Bedingung, dass sie ihre Handlungspläne auf der Grundlage gemeinsamer Situationsdefinitionen aufeinander abstimmen können.“*  
(Habermas 1981, S. 385)

Habermas betrachtet die soziale Kommunikation in Demokratien und beschreibt die kommunikative Koordination gemeinschaftlichen Handelns als Basis für Vergesellschaftung (Vgl. Brosda 2008, S. 14). Im Zentrum seiner

Theorie steht die Erforschung von Grundbedingungen für die Herbeiführung von Verständigung in der menschlichen Kommunikation. Er geht davon aus, dass jeder Mensch, der kommunikativ handelt, weiß, dass von beiden Gesprächspartnern gewisse Geltungsansprüche implizit anerkannt werden müssen. Erst durch die beidseitige Anerkennung dieser Ansprüche kann Verständigung erreicht werden. (Vgl. Burkart 1993, S. 22) Dabei handelt es sich um die universalen Geltungsansprüche *Legitimität*, *Wahrhaftigkeit*, *Wahrheit* und *Verständlichkeit*. Um Verständigung zu ermöglichen, müssen die Gesprächspartner beidseitig davon ausgehen können, dass

- sie keine Absichten und Interessen verletzen, die den geltenden Werten oder Normen nicht entsprechen,
- sie ihre ehrlichen Absichten äußern und den Kommunikationspartner nicht täuschen wollen,
- sie Aussagen über eine von beiden anerkannte Wirklichkeit machen und
- sie die Regeln der Sprache kennen, das heißt, sie sind in der Lage, Sätze verständlich zu formulieren. (Vgl. Burkart 2012, S. 19f)

Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, werden Äußerungen und Handlungen akzeptiert und als legitim begriffen (Vgl. Burkart 2013, S. 440). Werden diese Ansprüche jedoch nicht anerkannt, wird also die Legitimität des Verhaltens, die Wahrhaftigkeit der Absicht, die Wahrheit der Äußerung und die Verständlichkeit der Aussage in Frage gestellt, so erfolgt eine Störung im Verständigungsprozess und Zweifel entstehen. (Vgl. Burkart/Rußmann 2012, S. 3) Erst dann, wenn diese vollständig beseitigt sind, kann Verständigung erzielt werden. Hierzu wird der Kommunikationsprozess unterbrochen und selbst zum Thema gemacht (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 264). Dabei grenzt Habermas das bisher thematisierte „kommunikative Handeln“ vom „Diskurs“ ab. Während bei ersterem die Geltungsansprüche nicht hinterfragt, sondern lediglich unterstellt werden, so werden diese im Diskurs überprüft und selbst thematisiert. (Vgl. Burkart 2013, S. 440)

Diskurse sind „argumentative Auseinandersetzungen zur Beseitigung von Zweifeln.“ (Burkart/Rußmann 2010, S.3) Sie werden immer dann notwendig, wenn eine Störung im Kommunikationsprozess repariert werden muss und Einverständnis hergestellt werden soll (Vgl. Burkart 2013, S. 440). Das ist ein

rationaler Akt und geschieht durch argumentative Begründungen (Vgl. Burkart 2012, S. 20). Diskurse müssen dabei „frei sein von äußeren und inneren Zwängen“ (Burkart 1993, S. 24), das heißt, ein Konsens darf lediglich auf Grund des besseren Arguments und nicht durch Zwänge oder Täuschungen entstehen (Vgl. Burkart 1993, S. 24). Zudem setzt ein Diskurs voraus, dass die Kommunikatoren nicht nur fähig, sondern auch willig sind, ihre Aussagen zu begründen und zu rechtfertigen. Die Chance zu reflektieren wird zum Bestandteil des Kommunikationsprozesses. (Vgl. Burkart 1998, S. 169) Nur dann, wenn für alle Gesprächspartner die uneingeschränkte Möglichkeit besteht, Zweifel zu äußern und plausible Antworten zu geben, kann die Konversation ungestört weitergeführt werden (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 14). In diesem Sinne fungieren Zweifel auch als „kommunikative Stimuli, die eine Debatte in sachlicher Hinsicht vorantreiben“ (Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 265)

Einen Überblick über die Geltungsansprüche nach Habermas und die Diskurstypen zeigt die nachfolgende Tabelle.

Geltungsanspruch	Einverständnis	Diskurstyp	diskursleitende Frage	Antwort
Verständlichkeit	Wechselseitiges Verstehen der Aussagen	explikativer	Wie meinst du das? Wie soll ich das verstehen?	Deutung
Wahrheit	Geteiltes Wissen über Inhalte	theoretischer	Verhält es sich so, wie du sagst? Warum verhält es sich so und nicht anders?	Behauptung Erklärung
Wahrhaftigkeit	Vertrauen ineinander	X	Täuscht er mich? Täuscht er sich über sich selbst?	X
Legitimität	Wechselseitige Akzeptanz von Normen	praktischer	Warum hast du das getan? Warum hast du dich nicht anders verhalten?	Rechtfertigung

Tabelle 1: Geltungsansprüche und Diskurstypen (Burkart 2012, S.21)

Habermas differenziert zwischen drei Formen des Diskurses. Im *explikativen Diskurs* wird die Verständlichkeit einer Aussage thematisiert. Äußerungen wie „Wie meinst du dies?“ oder „Wie soll man das verstehen?“ fordern erklärende Antworten. Im *theoretischen Diskurs* wird die Wahrheit angezweifelt. Fragen wie „Warum ist das so und nicht anders?“ werden durch Behauptungen oder

Erklärungen entgegnet. Es gilt die geäußerten Inhalte wie Daten und Fakten zu thematisieren. Im *praktischen Diskurs* wird hingegen an der Legitimität der Handlungen gezweifelt, was Rechtfertigungen erfordert. (Vgl. Burkart 2013, S. 441, 448) Der Zweifel an der Wahrhaftigkeit ist nicht diskursfähig, da er nicht argumentiert werden kann (Vgl. Burkart/Rußmann 2012, S. 3), denn ob ein Kommunikationspartner wahrhaftig auftritt, das heißt, ob er denkt was er sagt, lässt sich erst in seinem Folgeverhalten erkennen (Vgl. Burkart 2013, S. 448).

In Bezug auf die alltägliche Kommunikation merkt Habermas jedoch auch an, dass die Anerkennung aller vier Geltungsansprüche und die Erzielung von Einverständnis vor allem kontrafaktisch zu verstehen sind (Vgl. Burkart 1993, S. 22). Es handelt sich somit um die ideale Vorstellung eines gelungenen Kommunikationsaktes, welche in der Realität jedoch kaum realisierbar ist (Vgl. Burkart 1993, S. 28). Für die Alltagskommunikation bedeutet das, dass oftmals über ein Einverständnis hinweggesehen wird, anstatt den Kommunikationsablauf zu unterbrechen und eine Reflexion auf einer metakommunikativen Ebene zu initiieren. Gelegenheiten dafür bieten beispielsweise Diskussionsrunden, Konferenzen oder auch Leserbriefe, in denen die Geltungsansprüche in Frage gestellt und die Kommunikation repariert werden kann (Vgl. Burkart 1998, S. 168). Daher ist es notwendig, immer wieder nach Möglichkeiten zu suchen, um dem Ziel einer verständigungsorientierten Kommunikation wenigstens nahe zu kommen. (Vgl. Burkart 1993, S. 28)

Ausgehend von diesen Hintergründen entwickelte Burkart die „Theorie der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“. Diese soll im folgenden Kapitel kurz vorgestellt werden. Sie verdeutlicht den Praxisbezug der verständigungsorientierten Kommunikation und geht, auf Grund der gegenseitigen Einflussnahme, Hand in Hand mit dem Journalismus, denn „so wie Public Relations (PR) die Medien benötigt, genauso benötigt der Journalismus die Public Relations“ (Burkart 1993, S. 163). Das Konzept des „diskursiven Journalismus“ wird anschließend ab Kapitel 2.2.3 ausführlicher thematisiert.

## 2.2.2 Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit nach Burkart

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre zeigt sich auch in Österreich ein Trend in der Bevölkerung, Veränderungen aktiv mitzugestalten zu wollen (Vgl. Burkart 1998, S. 66). Das hat zur Folge, dass vor allem wirtschaftliches Handeln immer mehr zu einer Art kommunikativen Handelns werden muss (Vgl. Burkart 2012, S. 17). Auch neuere Überlegungen aus der Konfliktsoziologie sprechen von einem rational herbeigeführten Dissens als wesentlichen Schritt zur Problembewältigung (Vgl. Burkart 1993, S. 12). Übertragen auf die „Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit“ (VÖA) heißt das, dass Zweifel durch argumentative Begründungen beseitigt werden müssen, um durch einen Diskurs eine zielführende Kommunikation überhaupt erst zu ermöglichen (Vgl. Burkart 2012, S. 23) und so die Wahrscheinlichkeit einer beidseitig akzeptierten Lösung zu erhöhen (Vgl. Burkart 1993, S. 13).

Dies erfordert neue Modelle, die eine symmetrische Zweiwegkommunikation erlauben und Partizipation ermöglichen. Eine Beschränkung auf Informationen scheint auf Grund des wachsenden Misstrauens durch Informationsüberflutungen nicht zielführend, es geht viel mehr darum, Glaubwürdigkeit zu vermitteln und Vertrauen zu gewinnen. (Vgl. Burkart 1993, S. 7) Dabei bildet der Dialog zwischen den Konfliktparteien ein zentrales Element der Problembewältigung, durch den eine einvernehmliche Lösung erreicht werden soll (Vgl. Burkart 1993, S. 34). Auf die Praxis bezogen heißt das: Wird das Ziel der wechselseitiger Verständigung ernst genommen, so muss ein Einverständnis zwischen PR-Leuten und Anspruchsgruppen, welche unterschiedliche Interessen verfolgen, erreicht werden wollen (Vgl. Burkart 1993, S. 26). Die zentrale Aufgabe einer verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit liegt laut Burkart (2012, S. 26) zusammenfassend darin, den „Diskursbedarf ernst zu nehmen und ihm soweit wie möglich auch nachzukommen“, denn „wenn Öffentlichkeit also ihre kommunikative Grundstruktur ernst nehmen will, dann sollte sie sich - insbesondere in einer Risiko- und Konfliktgesellschaft - an den Prinzipien der Verständigung orientieren“ (Burkart 2012, S. 19).

Mit Rückgriff auf Habermas und mit dem Ziel der Verständigung vor Augen, sind PR-Praktiker in der Lage, schon vor möglichen Konflikten zu analysieren, wie sie die Wahrheit ihrer Aussagen, ihre Vertrauenswürdigkeit und

Legitimität, in der Kommunikation verdeutlichen können. Dies ist in Konfliktsituationen besonders wichtig, da hier Zweifel vermehrt geäußert und medial öffentlich thematisiert werden. (Vgl. Burkart 2012, S. 24f)

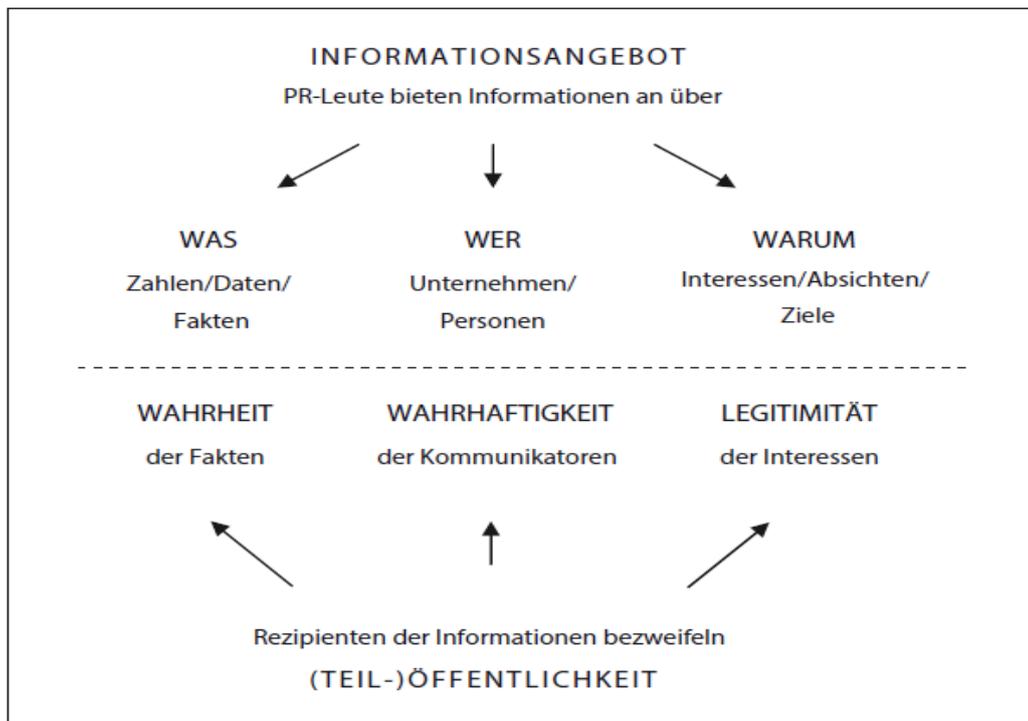


Abbildung 2: Verständigungsorientierte PR-Kommunikation nach Burkart (Burkart 2012, S. 445)

Um einen Kommunikationsprozess frei von Störungen und ein Einverständnis zwischen den Gesprächspartnern zu erreichen, muss verständlich gemacht werden, welcher Sachverhalt kommuniziert wird und ein Konsens darüber bestehen, dass es sich hierbei um eine wahre Aussage handelt. Des Weiteren muss für die involvierten Akteure erkennbar sein, welche Personen im Unternehmen für die thematisierten Interessen verantwortlich sind und wer sie vertritt und es muss deutlich werden, dass diese vertrauenswürdig und wahrhaftig handeln. Außerdem muss ein Konsens über die Legitimität der Anliegen bestehen, es muss somit nachvollzogen werden können, warum bestimmte Interessen verfolgt werden. (Vgl. Burkart 2012, S. 24f)

Die Herbeiführung eines Diskurses ist allerdings nur ein Schritt im Prozess der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit (Vgl. Burkart 2013, S. 446) Burkart nennt insgesamt vier Phasen zur Entwicklung der Basisvoraussetzungen für eine kommunikative Lösung: *Information*, *Diskussion*, *Diskurs* und *Situationsdefinition* (Vgl. Saxer 2010, S. 44). In der

Informationsphase ist es Ziel, über den Konfliktgegenstand zu informieren und somit den Grundbaustein für einen Diskurs zu schaffen. Die erste Phase verläuft dabei noch eher einseitig und ohne Teilnahme der betroffenen Akteure. Der Fokus liegt auf dem Geltungsanspruch Verständlichkeit. In einer zweiten Phase kommt es schließlich zur Diskussion, in der der direkte Kontakt zu den Betroffenen hergestellt werden muss. Diese müssen sich ernst genommen fühlen und in der Lage sein, Zweifel an der Wahrheit der Äußerungen, der Wahrhaftigkeit der Interessensträger und der Legitimität der Anliegen zu formulieren. Nach der Diskussion treten die Gesprächspartner in einen Diskurs ein, um gegebenenfalls verlorenes Einverständnis durch Argumente zurückzugewinnen. Diese Phase ist für die PR-Praktiker besonders wichtig, da hier mit Widerstand zu rechnen ist. In der letzten Phase, der Situationsdefinition, nimmt die PR hingegen die Rolle als kontrollierende Instanz ein. Zu prüfen ist, ob durch das Einverständnis aller Betroffenen nun eine realistische Möglichkeit zur Durchsetzung der Interessen geboten wird. Konnte ein Konsens auf der Ebene der Sach- und Werturteile erreicht und vorhandene Zweifel auf ein Minimum reduziert werden? (Vgl. Burkart 1993, S. 31ff) Burkart (2013, S. 449) sieht den Erfolg der „Verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“ aus der Perspektive des Kommunikators dann, wenn Sach- und Werturteile erklärt und Handlungen gerechtfertigt werden, aus der Perspektive der Medien, wenn die Urteile mediale Präsenz erreichen und aus Sicht der Rezipienten, wenn diese die Urteile wahrnehmen. Ist das nicht der Fall, so muss die Weiterführung des Diskurses garantiert oder eine Entscheidung basierend auf einem nur teilweisen Einverständnis getroffen werden. (Vgl. Burkart 1993, S. 31ff) Zumindest sollte ein rationaler Diskurs jedoch dazu führen, darüber übereinzustimmen, worüber keine Einigkeit besteht. So lässt sich ein potentiell unendlicher Konflikt in einen endlichen verwandeln. (Vgl. Burkart 1993, S. 13)

Zum Abschluss des Kapitels soll zusammenfassend noch einmal festhalten werden, dass

- Verständigung nur dann entsteht, wenn die Gesprächspartner alle universalen Ansprüche anerkennen und ein einvernehmlicher Konsens besteht,

- alle Kommunikatoren davon überzeugt sind, dass im Falle eines Zweifels dieser selbst thematisiert werden soll,
- erst dann ein Diskurs entstehen kann, der auf Einverständnis abzielt und
- ein Diskurs eine Sprechsituation anstrebt, in der für die Beteiligten gleichermaßen die Möglichkeit besteht, Sprechakte wie Wünsche, Aufforderungen und Behauptungen zu äußern. (Vgl. Burkart 1993, S. 25)

Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus sind miteinander verflochtene Wirklichkeiten, wodurch die Orientierung an der Verständigung in der PR auch für den Journalismus von Bedeutung ist. Dies erfordert eine Konzeption eines verständigungsorientierten Journalismus, unter anderen um der Frage nachzugehen, ob denn verständigungsorientierte PR in weiterer Folge auch zu einem verständigungsorientierten Journalismus führt. (Vgl. Burkart 1998, S. 167)

## **2.3 Diskursiver Journalismus**

### **2.3.1 Verständigungsorientierung im Journalismus**

In einer idealen Demokratie ist es allen Bürgern möglich, sich an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dazu ist es notwendig, Diskurse über verschiedene Interessen öffentlich zu führen, um Verständigung und einvernehmliche Problemlösungen zu erreichen. In der Realität bleibt diese Vorstellung jedoch eine Utopie und die unterschiedlichen Interessen enden meist in Form eines Kompromisses. (Vgl. Rußmann 2010, S. 171) Hierbei kommt den Medien eine besondere Aufgabe zu, da sie die öffentliche Meinungsbildung überhaupt erst ermöglichen und Konflikte aufzuzeigen (Vgl. Rußmann 2010, S. 175).

Die wissenschaftliche Diskussion darüber, ob Journalisten Informationen aktiv selektieren und Bewertungen vornehmen oder sie lediglich die Rolle des passiven Informationsvermittlers einnehmen, hat die Entwicklung des Journalismus und die Theorienvielfalt über ihn geprägt (Vgl. Bilke 2008, S. 78) Dabei nennt ein Journalismusverständnis, das auf die Erfüllung

bestimmter Funktionen wie Unterhaltung oder Information ausgerichtet ist, zwar einige Teilaspekte, blendet jedoch wesentliche journalistische Aufgaben aus und schafft es dadurch nicht, die gesamte Bandbreite und Phänomenologie zu begreifen (Vgl. Brosda 2008, S. 172). Um eine ganzheitliche Perspektive für die Journalismusforschung zu eröffnen, wird es nötig, die gesellschaftstheoretischen Prämissen im Modell von Habermas auf den Journalismus zu übertragen. Journalistisches Handeln muss zu kommunikativem Handeln werden. (Vgl. Brosda 2008, S. 20) Schon die „Münchener Schule“ der Zeitungswissenschaft begreift Journalisten als Kommunikationsanwälte in demokratischen Gesellschaften. Sie sollen eine Plattform für unterschiedliche Meinungen bereitstellen und dabei nicht nur fremde Ansichten präsentieren, sondern auch selbst als Vertreter der Bürger die Anliegen der Mächtigen reflektieren. (Vgl. Burkart 1998, S. 169) Dabei fungieren sie als Kritik- und Kontrollinstitution und machen Zweifel an den Geltungsansprüchen öffentlich zugänglich (Vgl. Rußmann 1010, S. 175). So setzt der Journalismus die Anliegen der kommunikativ Privilegierten einem Legitimationsprozess aus (Vgl. Pavlova 2010, S. 198). Es geht dabei jedoch weniger darum, asymmetrische Strukturen zu durchbrechen, sondern darum, ein kritisches Denken bei den Rezipienten zu aktivieren (Vgl. Pavlova 2010, S. 195). Dabei ist der Grad der Verständigung umso höher, je diskursiver die Kommunikation gestaltet ist (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 266).

Aufbauend auf das Konzept der „Verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“ von Roland Burkart hat sich die Betrachtung des Journalismus als diskursorientiert etabliert. Dabei bezieht sich auch die „Diskurstheorie“ auf die „Theorie des kommunikativen Handelns“ von Habermas. Um sie jedoch auf den Journalismus anzuwenden, müssen Implikationen auf das journalistische Handeln und das Massenmediensystem abgestimmt werden (Vg. Brosda 2008, S. 20).

Pavlov schreibt hierzu:

*„Das journalistische Pendant der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit, das den hohen Ansprüchen der Legitimitätserzeugung in demokratischen Gesellschaften quasi immanent verpflichtet ist, zeigt sich im Burkartschen Konzept des Journalisten als Diskurs-Anwalt der ‚stummen‘ Bürger.“*  
(Pavlov 2010, S. 195)

Burkart (1998, S. 170) sieht die Pflicht der Journalisten darin, die Zweifel an den vier Geltungsansprüchen *Wahrheit, Verständlichkeit, Wahrhaftigkeit* und *Legitimität* vorwegzunehmen und falls nötig einen Diskurs zu eröffnen. Ihre Aufgabe ist es, zu beobachten, komplexe Zusammenhänge zu komprimieren und die Möglichkeiten, die ihnen auf Grund ihres Berufs sowie ihres besonderen Gespürs für gesellschaftliches Konfliktpotential offen stehen, zu nutzen. (Vgl. Pavlova 2010, S. 200) Dabei nehmen Journalisten eine Doppelrolle in der Gesellschaft ein: Sie sind Diskursvermittler und Diskursteilnehmer. Durch ihre kommunikativen Handlungen nehmen sie am Gesellschaftsgespräch teil und sind dazu verpflichtet, ihre Geltungsansprüche zu begründen. Des Weiteren ermöglichen sie in ihrer Rolle als Vermittler durch die Strukturierung der öffentlichen Kommunikation eine Koordinierung des gesellschaftlichen Handelns (Vgl. Bilke 2008, S. 66). Sie bauen Beziehungen auf, die eine verständigungsorientierte Interaktion zwischen kompetenten Kommunikationspartnern ermöglichen und zur Vergesellschaftung beitragen. Dabei wirken sie wie Katalysatoren, die den Gesprächsfluss zwischen unterschiedlichen Gruppen aufrecht erhalten können (Vgl. Brosda 2008, S. 172ff), entwickeln jedoch auch ein Verständnis dafür, wann eine Diskussion beendet werden soll und die Meinungsbildung abgeschlossen ist. (Vgl. Brosda 2008, S. 334) Auf der Ebene der Metakommunikation gelten Journalisten als Selbstkontrollinstanz der Gesellschaft, die kommunikative und normative Grundvoraussetzungen für die öffentliche Kommunikation sicherstellt und überwacht. (Vgl. Brosda 2008, S. 334) Dies setzt jedoch eine gleichberechtigte Kommunikation zwischen allen Gruppen voraus. So können auch Rezipienten Geltungsansprüche erheben und dadurch selbst zur Quelle journalistischer Berichterstattung werden (Vgl. Bilke 2008, S. 84ff).

Zudem schafft ein diskursiver Journalismus soziale Orientierung. Journalisten vermitteln diese jedoch nicht nur durch die Publikation von Informationen, sondern stellen sie durch die Gewährleistung von öffentlichen Diskursen her (Vgl. Brosda 2008, S. 211). Medien werden zur sozialen Struktur, in der sich die Handelnden kommunikativ über ihre soziale Situation orientieren. (Vgl. Brosda 2008, S. 201) Orientierung meint somit in diesem Sinne das Resultat kommunikativer, reflexiver Prozesse, an denen sich alle Individuen in der

Gesellschaft beteiligen können. Die journalistische Kommunikation soll daher nicht nur vor einem Publikum geschehen, sondern interaktiv und inklusiv gestaltet werden (Vgl. Brosda 2008, S. 211), um einer idealen Sprechsituation möglichst nahe zu kommen (Vgl. Pavlova 2010, S. 195). Dabei prüft der Journalist die Geltungsansprüche und gibt all jenen Menschen eine Stimme, die sonst von den Diskurs-Privilegierten nicht gehört werden (Vgl. Brosda 2008, S. 212). Der Journalist kann somit als „Anwalt des öffentlichen Diskurses“ (Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 256) verstanden werden, der Debatten öffentlich macht und dadurch zum Mitgestalter dieser wird (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 256). Brosda (2008, S. 378) merkt hierzu jedoch auch an, dass „wenn von einer advokatorischen Komponente des kommunikativen bzw. diskursiven Journalismus gesprochen wird, dann ist damit zunächst nicht gemeint, dass sich Journalisten zu Anwälten bestimmter Standpunkte machen, sondern dass sie als Anwälte den Bedingungen der Möglichkeit öffentlicher Diskurse verpflichtet sind“. Journalisten müssen daher die Voraussetzungen für einen Diskurs und die Akzeptanz der Geltungsansprüche auch dann prüfen, wenn sie nur vermittelnd tätig sind. Diese Kompetenz wird ihnen als Bestandteil ihrer beruflichen Tätigkeit zugesprochen. Gleichzeitig erheben sie im journalistischen Handeln wiederum eigene Geltungsansprüche. (Vgl. Brosda 2008, S. 192).

### 2.3.2 Verortung des diskursiven Journalismus

Brosda (2008) verortet den diskursiven Journalismus anhand journalistischer Eigenständigkeit und mediensystemischer Ausdifferenzierung:

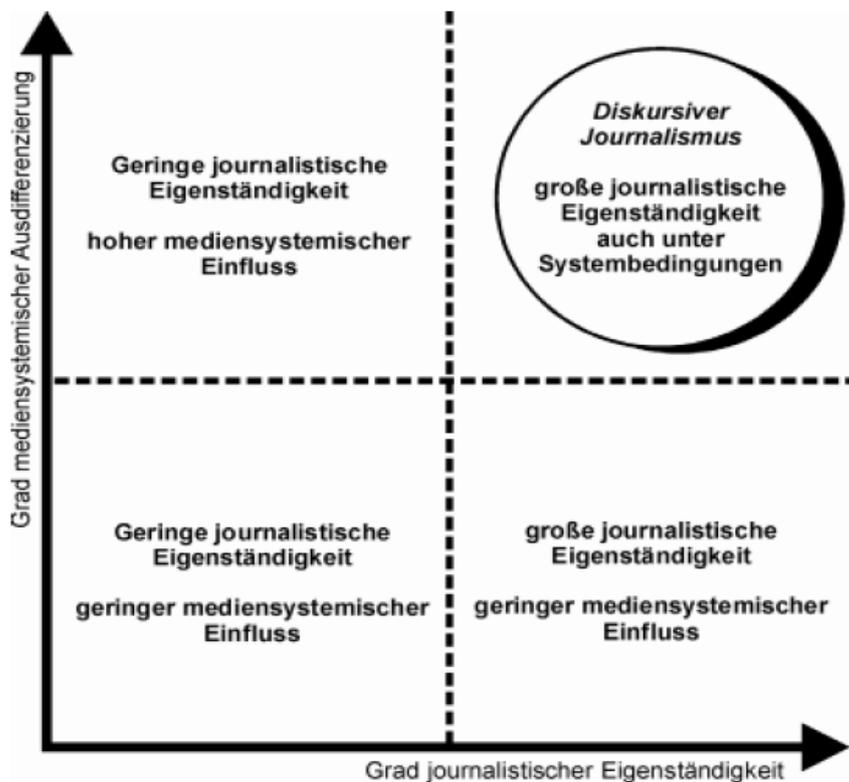


Abbildung 3: Verortung des diskursiven Journalismus (Brosda 2008, S. 31)

Diskursiver Journalismus bewahrt sich unter einem ausdifferenzierten Mediensystem eine hohe Eigenständigkeit. Er veranlasst die Vermittlung von Diskursthemen in der Gesellschaft, wodurch kommunikatives Handeln auch in komplexen Gesellschaftsstrukturen möglich wird. Journalistisches wird zu kommunikativem Handeln. Es ist von Rationalität geprägt und bezieht sich reflexiv auf demokratische und gesellschaftliche Erwartungshaltungen. (Vgl. Brosda 2008, S. 32f) Eine Verständigung in komplexen Gesellschaften über zeitliche und räumliche Grenzen sowie Grenzen des Systems hinaus wird zur zentralen Aufgabe des Journalisten (Vgl. Brosda 2008, S. 170).

In diesem Sinne kann journalistisches Handeln auch nicht scheitern, es kann lediglich über die erhobenen Ansprüche hinterfragt werden. Einzig und allein dann, wenn es nicht fähig wäre, zu vermitteln und einen Diskurs einzuleiten, kann vom Scheitern der verständigungsorientierten Kommunikation die Rede

sein. Doch selbst dann müsste nicht die einzelne Handlung des Journalisten, sondern vielmehr die Eignung von Vermittlungsstrukturen kritisch hinterfragt werden. (Vgl. Brosda 2008, S. 378)

### 2.3.3 Zweifelartikulation in der demokratischen Gesellschaft

Der Journalist als Anwalt der „stummen Bürger“ (Burkart 1998, S. 170) ist in einer demokratischen Gesellschaft verpflichtet, Zweifel zu artikulieren und gegebenenfalls einen Diskurs zu eröffnen. Dies tut er, in dem er die Wahrheit der Äußerungen, die Wahrhaftigkeit der Absichten der Akteure und die Legitimität der Interessen reflektiert. Ganz im Sinne eines demokratischen Ideals kompensiert er somit den Mangel an direkter Kommunikation zwischen Bürgern und den Entscheidungsträgern und verfolgt eine Veröffentlichung wahrgenommener Zweifel. (Vgl. Burkart 1998, S. 170) Der Journalist wird zum „professionellen Zweifler an kommunikativen Geltungsansprüchen, die im gesamtgesellschaftlichen Konzert kommunikativer Handlungen entweder naiv vorausgesetzt oder aber aus strategischen Gründen nicht hinterfragt werden“ (Burkart 1998, S. 171). Dabei können Zweifel durch Argumentationen beseitigt werden (Vgl. Pavlova 2010, S. 197). Somit fungieren sie laut Burkart, Rußmann und Grimm (2010, S. 265) auch als „kommunikative Stimuli, die eine Debatte in sachlicher Hinsicht vorantreiben“ und „im Sinn der erwähnten Stimulationsfunktion können medial geäußerte Zweifel als dynamisches Moment gesehen werden, das weitere Kommunikationsprozesse (samt neuerlichen Begründungsversuchen und Lösungsvorschlägen) auslöst“ (Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 265).

Journalismus schafft jedoch nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern auch die Voraussetzungen dafür, dass Kommunikation überhaupt erst stattfinden kann (Vgl. Brosda 2008, S. 225). Dabei bieten die Massenmedien die Infrastruktur für einen verständigungsorientierten Journalismus (Vgl. Brosda 2008, S. 248). Erst hier zeigt sich ihr emanzipatorisches Potential, in der Etablierung und Stärkung des kritischen Bewusstseins in der Mediengesellschaft (Vgl. Pavlova 2010, S. 200). Zusammenfassend können somit jene Journalisten als Diskursanwälte verstanden werden, „die im Rahmen der gesellschaftlichen – und damit auch: medialen – Möglichkeiten

versuchen, einen rationalen Diskurszusammenhang zu stimulieren, aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls durch eigene Impulse weiter zu entwickeln.“ (Brosda 2008, S. 343f)

Die nachfolgende Darstellung nach Burkart und Rußmann (2010) verdeutlicht die Rolle des diskursiven Journalismus im Kontext einer deliberativen Öffentlichkeit mit Bezug auf die politische Kommunikation. Sie zeigt die Richtung der Kommunikationsverläufe, die schlussendlich in einem Diskurszyklus enden.



Abbildung 4: Der diskursive Journalismus, Grafik nach Burkart/Rußmann, übersetzt aus dem Englischen (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 16)

Eine Orientierung an den universellen Geltungsansprüchen kann zu einer Förderung der Entwicklung einer deliberativen Gesellschaft führen (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 15). Der Journalist hält damit einen Diskurszyklus aufrecht, in dem er Zweifel über die Aktivitäten von politischen Entscheidungsträgern artikuliert, um diese so zu provozieren, dass sie ihre Interessen rechtfertigen oder modifizieren müssten (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 16f). Nur wenn dieser Prozess bestehen bleibt, kann Journalismus den Weg für eine Verständigung ebnen und somit eine deliberative Gesellschaft ermöglichen. Unterschieden werden muss hier allerdings, ob Journalisten Zweifel am Handeln und Verhalten von Entscheidungsträger

artikulieren und eine eigene Position einnehmen oder ob sie die Zweifel wiedergeben, die bereits selbst von Entscheidungsträger geäußert wurden. (Vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 17)

### 2.3.4 Qualität im diskursiven Journalismus

Journalismus und Qualität - eine oft geführte Diskussion. Worin liegt nun die Qualität des diskursiven Journalismus?

Die Diskurstheorie benötigt eigene ethische Ansätze, welche auf kommunikative Verständigung und Rationalität ausgerichtet sind (Vgl. Brosda 2008, S. 315) Vernünftig ist, wenn Anliegen, Meinungen und Handlungen begründet werden können. Darin liegt auch ein zentrales Qualitätsmerkmal des diskursiven Journalismus, in der argumentativen Begründung für Handeln und Äußerungen. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 261) Ein wichtiger Punkt der journalistischen Selbstkontrolle ist die Qualität der publizistischen Produkte (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 258). Entscheidend ist dabei jedoch, dass nicht die Anzahl an Zweifeläußerungen in der öffentlichen Kommunikation die Qualität des Journalismus bestimmt, vielmehr liegt sie in der eigentlichen „Qualität seines Hinterfragens“ (Pavlova 2010, S. 203).

Mediensysteme folgen einer Zweckrationalität, die oftmals durch kommerzielle oder persuasive Kommunikation geprägt ist. Journalistische Handeln darf jedoch weder durch Macht noch durch Geld gesteuert werden. Ein Journalist, der unter dem Deckmantel des diskursiven Journalismus politische oder ökonomische Ziele strategisch verfolgen will, verletzt seine eigenen Geltungsgrundlagen. (Vgl. Brosda 2008, S. 186f)

Bilke (2008, S. 18) nennt vier Kriterien, die als Indikatoren für Qualität gelten können: *Richtigkeit*, *Wahrhaftigkeit*, *Relevanz* und *Vermittlung*. Unter *Richtigkeit* versteht sie die Überprüfung des Sachverhalts auf einen intersubjektiv anerkannten Wahrheitsgehalt. Dies dient der Informationsgewinnung, wobei Meinungsvielfalt die Verlässlichkeit des Konstrukts ermöglicht (Vgl. Bilke 2008, S. 104) *Wahrhaftigkeit* meint die eigene Reflexion innerhalb von Gesellschafts- und Medienstrukturen (Vgl. Bilke 2008, S. 19), *Relevanz* bezieht sich auf die Auswahl der Themen und

verlangt nach einer ausgewogenen Meinungsvielfalt und *Vermittlung* nimmt Bezug auf den Geltungsanspruch Verständlichkeit durch den Rückgriff auf eine gemeinsame Sprache und geeignete journalistische Darstellungsformen (Vgl. Bilke 2008, S. 111). In diesem Sinne wird es möglich, normative Regeln für ein ethisches Verständnis von Journalismus nicht erst aus fremden Ethiken oder Regulierungen übertragen zu müssen, ein ideales Verständnis von Journalismus lässt sich aus den Grundlagen des diskursiven Journalismus selbst ableiten (Vgl. Brosda 2008, S. 374).

### 2.3.5 Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? - Beispielstudien

In diesem Kapitel wird ein Blick auf die Empirie zum Thema Verständigungsorientierung mit Fokus auf die Artikulation von Zweifeln geworfen. Im Zentrum steht eine Studie über Journalismus in der Wahlkampfkommunikation mit dem Titel: „Wie verständigungsorientiert ist Journalismus. Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008“ von Roland Burkart, Uta Rußmann und Jürgen Grimm aus dem Jahr 2010. Untersucht wurden österreichische Printmedien und der zu Themen rund um Europa geführte Diskurs während des Nationalratswahlkampfes 2008. Wahlkämpfe können dabei laut Burkart, Rußmann und Grimm (2010, S. 256) als intensive Phasen einer Konfliktkommunikation gesehen werden, da Streitfragen in der Öffentlichkeit diskutiert werden und dem Journalismus die Aufgabe zukommt, diese wiederzugeben und dadurch den Konflikt mitzugestalten. Ziel der Studie von Burkart, Rußmann und Grimm war die Entwicklung eines „Verständigungsorientierungs-Index“ (VOI). (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 256) Im Vordergrund der Analyse standen dabei die vier Qualitätsmerkmale *Begründung*, *Lösungsvorschläge*, *Respekt* und *Zweifel*.

Als vernünftig werden Aussagen dann wahrgenommen, wenn diese begründet sind. Dabei unterscheiden die Autoren zwischen verschiedenen Begründungsniveaus: eine *pauschale* Begründung ist allgemein formuliert und wird nicht weiter konkretisiert, eine *einfache* Begründung bezieht sich auf

lediglich ein Faktum und eine *spezifische* Begründung wird durch mehrere Fakten bekräftigt. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 262)

Des Weiteren werden in Konflikten Lösungsvorschläge eingebracht, die Möglichkeiten zur Problembewältigung aufzeigen. Hier kann zwischen *vagen* Lösungsvorschlägen, in denen lediglich eine erste Idee geäußert wird, und *konkreten* Lösungs- bzw. Vermittlungsvorschlägen, die bereits konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Lösung inkludieren, unterschieden werden. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 263)

Eine grundsätzliche Achtung vor dem Kommunikationspartner impliziert das Qualitätsmerkmal Respekt. Dieser Respekt kann gegenüber Handlungen, Positionen und anderen Akteuren entgegengebracht werden (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 264). Burkart, Rußmann und Grimm (2010, S. 264) differenzieren in ihrer Studie zwischen *explizit respektlosen*, *implizit respektvollen* (neutrale Wertung) und *explizit respektvollen* Aussagen.

Zweifel sollen im Diskurs durch Begründungen wieder hergestellt und die Kommunikation somit repariert werden. In Anlehnung an die Geltungsansprüche von Habermas unterscheiden die Autoren zwischen Zweifeln an der *Wahrheit*, der *Wahrhaftigkeit*, der *Verständlichkeit* und der *Legitimität*. Des Weiteren wirken Zweifel stimulierend und können in diesem Sinne weitere Kommunikationsprozesse einleiten und die Konfliktkommunikation vorantreiben. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 265)



Abbildung 5: VOI-Indikatoren (Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 266)

Ziel journalistischer Berichterstattung ist das Erreichen von Verständigung. Das gelingt umso besser, je mehr und je anspruchsvoller Begründungen formuliert werden, je mehr und je konkreter Lösungsvorschläge in der Konfliktkommunikation artikuliert werden, je mehr Respekt dem Gegenüber entgegengebracht wird und je häufiger Zweifel an den universalen Geltungsansprüchen von Habermas in der Berichterstattung geäußert werden. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 266) Basierend auf diesen Überlegungen analysierten die Autoren die Berichterstattung zur Wahlkampfkommunikation 2008.

Als Analysematerial dienten die österreichischen Printmedien *Der Standard*, *Die Presse*, *Kurier* und *Kronen Zeitung* im Zeitraum von sechs Wochen vor der Wahl (18. 8. bis 27. 9. 2008), in denen die Europäische Union thematisiert wurde. Insgesamt konnten 56 Artikel kodiert werden. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Verständigungsorientierung zwischen den vier Tageszeitungen deutlich variiert. *Der Standard* und der *Kurier* erzielten mit 29% bzw. 28% einen deutlich höheren VOI-Wert und damit eine hohe Verständigungsorientierung. *Die Presse* sowie die *Kronen Zeitung* erreichen hingegen lediglich einen Wert von je 18%. Unterteilt man dieses Ergebnis und betrachtet die verschiedenen Qualitätsmerkmale einzeln, so zeigt sich zunächst in Bezug auf das Begründungsniveau ein ähnliches Bild. In der *Presse*, wie auch in der *Kronen Zeitung* wurden signifikant weniger Artikel gefunden, in denen Aussagen begründet waren. Interessant ist dabei vor allem, dass mit diesem Ergebnis von der üblichen Differenzierung in Boulevard- und Qualitätsmedien Abstand genommen werden muss. Lösungsvorschläge wurden in der Berichterstattung hingegen nur selten geäußert. Auch wenn das Ergebnis keine signifikanten Unterschiede aufzeigte, so erreichten auch hier der *Standard* und der *Kurier* wesentlich höhere Werte. Das Qualitätsmerkmal Respekt zeigt, dass verschiedenen Akteuren Achtung entgegengebracht wird. Hier wurde der höchste Wert erreicht. Während die *Kronen Zeitung*, der *Kurier* und die *Presse* sehr ähnliche Werte aufwiesen, berichtete der *Standard* mit weniger Respekt über politische Themen zur EU. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 270ff)

In Bezug auf die Äußerung von Zweifel konnte festgestellt werden, dass pro Artikel durchschnittlich 0,6 Zweifel artikuliert wurden. Am häufigsten wurde

dabei an der Legitimität gezweifelt (0,37), gefolgt von Zweifeln an der Wahrhaftigkeit (0,21). Die folgende Tabelle zeigt die genauen Werte.

Anzahl, Mittelwerte, N=112  Zweifel-Typen	Zeitungen					
	Presse	Standard	Krone	Kurier	F-Test	Gesamt
Zweifel: Verständlichkeit	,00	,00	,00	,00	n.s.	,00
Zweifel: Wahrheit	,00	,03	,00	,09	n.s.	,03
Zweifel: Wahrhaftigkeit	,03	,44	,00	,36	***	,21
Zweifel: Legitimität	,24	,66	,15	,36	**	,37
<i>Zweifel: Summe</i>	,26	1,13	,15	,82	***	,60

Untersuchungszeitraum: Nationalratswahlkampf 2008. Anzahl der Zweifel (max. 3); Skala: 0-3. \*\*\*=hoch signifikanter Unterschied zwischen den Zeitungen,  $p < 0.01$ ; \*\*=signifikanter Unterschied,  $p < 0.05$ .

Tabelle 2: Zweifel nach Typen in der österreichischen Printberichterstattung zum Thema Europa (08-09/2008) (Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 275)

Auch hier lassen sich Unterschiede zwischen den Zeitungen erkennen. So wurden Zweifel an der Legitimität im *Standard* (0,66) und dem *Kurier* (0,36) häufiger als in *der Presse* (0,24) und der *Kronen Zeitung* (0,15) artikuliert. Bei der Betrachtung der Zweifel an der Wahrhaftigkeit der politischen Akteure zeigte sich ein ähnliches Bild. Im *Standard* wurden durchschnittlich 0,44 Zweifel pro Artikel, im *Kurier* 0,36 und in *der Presse* 0,03 Zweifel geäußert. In der *Kronen Zeitung* konnten keine Zweifel an der Wahrhaftigkeit gefunden werden. Zweifel an der Wahrheit und Verständlichkeit kamen in dieser Studie kaum vor. (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 275f)

In der Publikation „Authentizität im Wahlkampf. Eine zweifelhafte Sache“ aus dem Jahr 2010 befassten sich Burkart und Rußmann speziell mit der Artikulation von Zweifeln an der Wahrhaftigkeit und bezogen sich dabei empirisch abermals auf den Nationalratswahlkampf 2008. Dazu wurden die österreichischen Tageszeitungen *der Standard*, *die Presse*, *Kurier* und *Kronen Zeitung* gewählt. Insgesamt wurden 397 Artikel untersucht, die in den drei Wochen vor der Wahl publiziert wurden. In einer qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse wurde die themenbezogene Kommunikation mit politischen Inhalten analysiert.

## ZWEIFEL NACH TYPEN: QUALITÄTS- VS. BOULEVARDZEITUNGEN

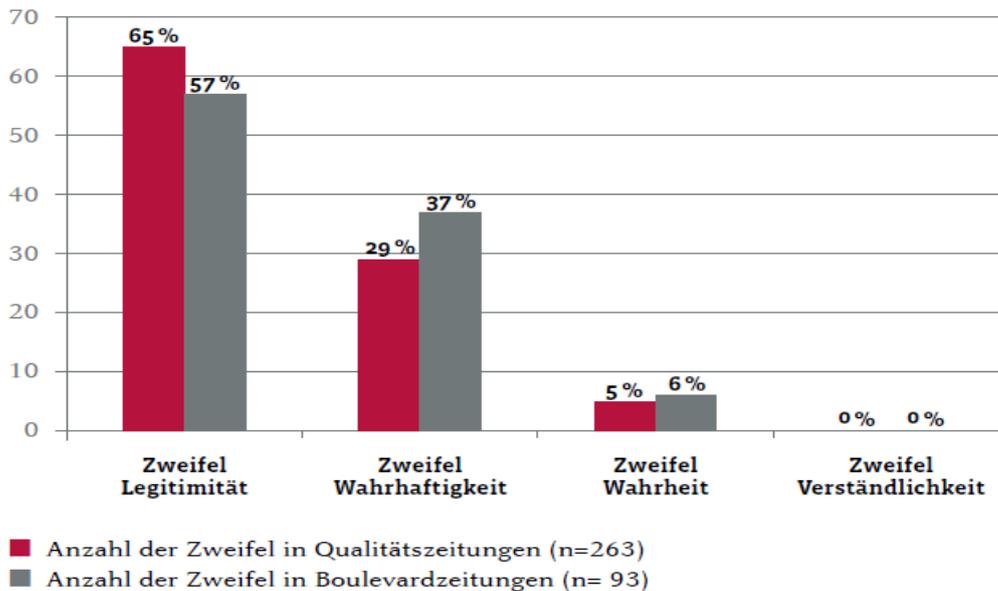


Abbildung 6: Zweifel nach Typen (Burkart/Rußmann 2012, S. 5)

Die Autoren fanden heraus, dass es sich bei fast einem Drittel (31%) der geäußerten Zweifel in der Stichprobe um Zweifel an der Wahrhaftigkeit handelte. Des Weiteren kamen sie zum Ergebnis, dass in Qualitätszeitungen häufiger Zweifel geäußert werden als in Boulevardblätter. Im *Standard* wie auch in *der Presse* wurden in 48% der Artikel Zweifel geäußert, während in der *Kronen Zeitung* und im *Kurier* in fast drei Viertel der untersuchten Artikel kein einziger Zweifel artikuliert wurde. (Vgl. Burkart/Rußmann 2012, S. 3ff)

Auch in dieser Studie war eine klare Dominanz des Zweifels an der Legitimität erkennbar. Der zweithäufigste Zweifel war jener an der Wahrhaftigkeit, gefolgt vom Zweifel an der Wahrheit. Zweifel an der Verständlichkeit wurden jedoch kaum geäußert. Hier wird ein Unterschied zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien deutlich. Während in den Qualitätszeitungen 65% der artikulierten Zweifel die Legitimität einer Handlung oder Äußerung in Frage stellten, waren solche Zweifel in Boulevardblätter mit 57% seltener vertreten. Anders verhielt es sich beim Zweifel an der Wahrhaftigkeit. Dieser wurde mit 37% deutlich häufiger in Boulevardmedien geäußert als in Qualitätsblätter (29%). (Vgl. Burkart/Rußmann 2012, S. 5)

### 2.3.6 Exkurs: Inhaltliche Konfliktentwicklung

Dieser Exkurs beschäftigt sich mit einer im Jahr 1999 verfassten Dissertation mit dem Titel „Analytisch Präventive Medienarbeit (APM). Ein Modell zur Erfassung der Einflußgrößen im Kommunikationsprozeß zwischen den Public Relations und dem Journalismus in publizistischen Konflikten“ von Roland Pelzl, welcher sich im Zuge der Konstruktion seines APM-Modells auch der zeitlichen Abfolge von Zweifeläußerungen gewidmet hat. Dabei handelt es sich jedoch um eine vor vielen Jahren und nur einmalig durchgeführte Studie, sodass diese nicht als Haupttheorie für die vorliegende Magisterarbeit herangezogen, sondern lediglich als Exkurs behandelt werden kann.

Pelzl (1999, S. 41) geht bei der inhaltlichen Entwicklung von publizistischen Konflikten von einer chronologischen Abfolge der Artikulation von Zweifeln aus. Reagieren verschiedene Akteure in einem Konflikt auf die Medienberichterstattung und werden diese Reaktionen veröffentlicht, so beginnt die Entwicklung eines publizistischen Konflikts. Führt die Berichterstattung hingegen zu keinen weiteren Reaktionen, findet der Konflikt ein schnelles Ende. Das bedeutet, dass das Entstehen von mediale Konflikten auch immer von der Intensität des Stimulus, das heißt, der Bedeutung einer Information abhängt. Je intensiver der Stimulus ist, desto wahrscheinlicher reagieren die Rezipienten auf diesen, wodurch sich der Konflikt ausweitet. Auf inhaltlicher Ebene ist die Konfliktentwicklung abhängig von Ereignissen, Positionen und Thematiken, die von verschiedenen Akteuren aufgegriffen werden. Je vielfältiger die Darstellung der Konfliktraspekte erfolgt, umso breiter gestaltet sich der publizistische Konflikt. (Vgl. Pelzl 1999, S. 38)

Pelzl (1999, S. 41) unterscheidet zwischen einer *objektiven*, *subjektiven* und *normativen* Ebene. Die objektive Ebene bezeichnet einen Sachverhalt, an dem sich ein Konflikt zu entzünden beginnt. Dieser steht zunächst im Mittelpunkt der Auseinandersetzung, muss jedoch im Verlauf immer mehr an Bedeutung einbüßen (Vgl. Pelzl 1999, S. 47). Durch die Kommunikation über den Konfliktgegenstand können Zweifel an der Wahrheit entstehen. Es folgt die subjektive Ebene, welche sich auf involvierte Konfliktskteure bezieht. Die Wahrhaftigkeit wird angezweifelt. Das dritte Element in seiner Darstellung der inhaltlichen Entwicklung von Konflikten ist die normative Ebene, welche auf übergeordnete Normen der objektiven und subjektiven Ebene verweist. Dies

führt zu Zweifeln an der Richtigkeit. Dabei sind die Kommunikationspartner aller Parteien vor allem die Medien in ihrer Rolle als Vermittler, aber auch die Rezipienten als Adressaten. Von ihnen ist es abhängig, welche Aussagen und Handlungen als wahr, wahrhaftig und richtig wahrgenommen und welche Positionen unterstützt werden. (Vgl. Pelzl 1999, S. 41f)

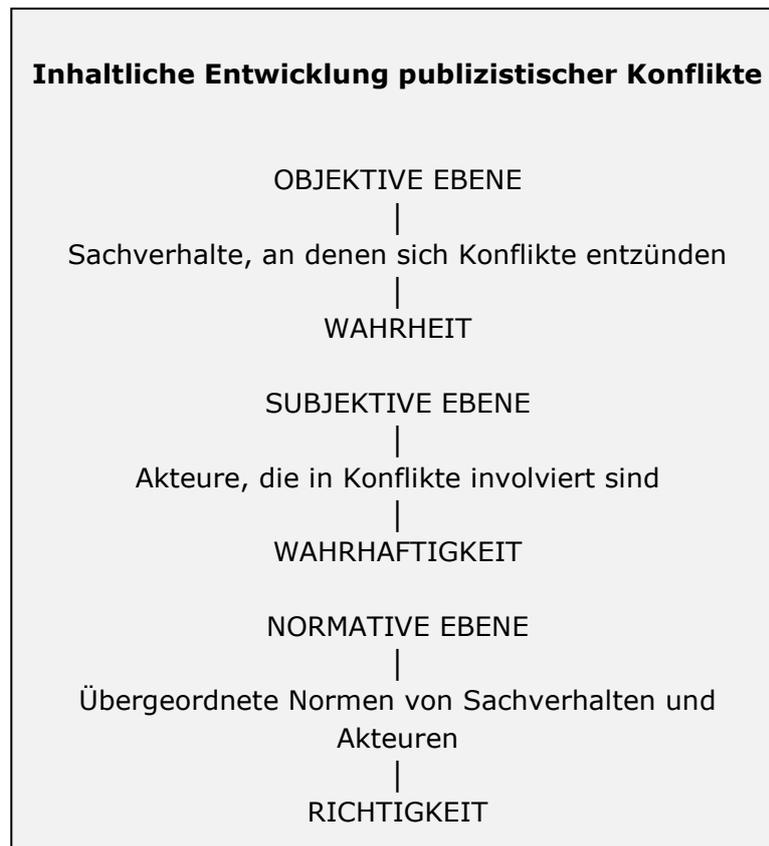


Abbildung 7: *Inhaltliche Entwicklung von publizistischen Konflikten nach Pelzl (Vgl. Pelzl 1999, S. 41)*

Dabei lassen sich drei Teilnehmergruppen erkennen. Die Konfliktparteien, welche unmittelbar in den Konflikt involviert sind oder im Verlauf eine klare Position einnehmen, zielen meist darauf ab, die Debatte für sich zu entscheiden. In die zweite Gruppe fallen Medien und Journalisten, in die dritte Gruppe die Rezipienten der Massenmedien. Dabei treten im Laufe des Konfliktes verschiedene Akteure in den Vordergrund, die aber häufig nicht eine Lösung des Konflikts anstreben, sondern diesen als eine Plattform nutzen, um sich selbst und ihre eigenen Interessen medial zu präsentieren. (Vgl. Pelzl 1999, S. 47)

Pelzl (1999, S. 42) überprüfte diese Annahme anhand eines Konflikts zum Arbeitszeitgesetzes für private Spitäler. Zu Beginn stand die Debatte über

den Sachverhalt, die Regelung der Arbeitszeit, im Zentrum des medialen Interesses (objektive Ebene). Später wurden die Organisation selbst sowie die Strukturen und Tätigkeiten der Unternehmensvertreter thematisiert (subjektive Ebene). Dennoch blieb der ursprünglich diskutierte Konfliktgegenstand aktuell. In der fünften Woche des Konfliktverlaufs änderte sich die Berichterstattung jedoch und legte den Fokus auf das System der Sozialversicherung sowie der Kammern (normative Ebene). Statt einem kleineren Aspekt wurde in dieser Phase das gesamte System kritisiert. (Vgl. Pelzl 1999, S. 77)

Zusammenfassend kann laut Pelzl (1999, S. 92) festgehalten werden, dass sich die Sachverhalte auf der objektiven Ebene stark von denen auf der subjektiven Ebene differenzieren lassen und dass auf normativer Ebene subjektive wie auch objektive Sachverhalte aktualisiert werden.

## **2.4 Banken als Akteure im Wirtschaftssystem**

### **2.4.1 Die Notwendigkeit von Banken**

Banken sind für das Bestehen einer modernen Wirtschaft unabdinglich. Ein fehlendes Konto wirkt beinahe schon gesellschaftlich isolierend, da viele Zahlungen heutzutage nur mehr bargeldlos über Banken erfolgen (Vgl. Littmann 2001, S. 65f). Geld wechselt die Besitzer, Zahlungsmittel werden deponiert und abgehoben, die Bank wird zum entscheidenden Teilnehmer am Wirtschaftssystem (Vgl. Luhmann 1991, S. 8). Sie ist ein Organisationssystem in einem Subsystem der Gesellschaft (Vgl. Baeker 1991, S. 40). Dabei nimmt sie jedoch eine Sonderstellung ein, denn sie handelt nicht mit dem eigenen Geld, sondern verwaltet und wirtschaftet mit dem Geld von anderen, wodurch sie besonderes Vertrauen genießt und zum mächtigen Systemteilnehmer wird (Vgl. Baecker 1991, S. 22).

Die ökonomische Theorie verweist dabei auf mehrere Gründe, die die Existenz von Banken rechtfertigen und ihre Funktionen verdeutlichen. Banken transformieren vor allem Vermögen. Während Sparer und Einleger ihr Geld auf Kontos einzahlen, benötigen andere Kredite. Hierbei nehmen Banken die Funktion eines Vermittlers ein und prüfen in Stellvertretung der Einleger und

Kreditnehmer die Kreditvergabe nach bestimmten Kriterien. Des Weiteren ermöglichen Banken die Zurverfügungstellung von Zahlungsmitteln für die Wirtschaft durch Verbindlichkeiten von Einlagen, sofern die Einnahme von Zinsen gewinnbringend erfolgt. Diese zwei Funktionen sind jedoch nur relevant, wenn die Bank Risikoarbitrage betreibt und je nach Zinssätzen mit ungewissen Entwicklungschancen auf verschiedenen Märkten tätig ist. Hier wird das erhöhte Risiko des Bankgeschäfts deutlich. (Vgl. Baecker 1991, S. 27f)

Auf den Punkt gebracht handeln Banken mit Geld und Zeit (Baecker 1991, S. 13). Für den Systemtheoretiker Luhmann (1991, S.9) übernehmen Banken die „geschäftliche Verantwortung für den Ausgleich von Zeitdifferenzen, die im Gesamtsystem der Wirtschaft laufend anfallen, und in dieser Hinsicht sind sie autonom“. Sie verwandeln die wirtschaftlichen Probleme der Zahlungsfähigkeit im Zeitverlauf in befristete Lösungen und handeln mit diesen (Vgl. Baecker 1991, S. 13). In dem Banken einen Kredit ermöglichen, erwerben sie die Zahlungsunfähigkeit und erhalten Zinsen, das heißt, sie verkaufen ausgeliehenes Geld mit Gewinn. Durch die Koordinierung von Fristen können Einleger sowie Kreditnehmer Zahlungsmittel besitzen und dieses zugleich auch nicht besitzen. (Vgl. Baecker 1991, S. 25) Dabei wird das Bankgeschäft auf mehrere Adressen und Märkte verteilt, wodurch dieses Zeitproblem bewältigt werden kann (Vgl. Baecker 1991, S. 28).

Konkret handeln Banken somit mit den „Risiken von Zahlungsverprechen“ (Baecker 1991, S. 186). Sie handeln mit befristeten Lösungen und garantieren die Voraussetzungen für die Transformation von Geldern innerhalb von Fristen (Vgl. Baecker 1991, S. 13) Dabei ist das Risiko für Banken die „Logik ihres Geschäftes“ (Luhmann 1991, S. 12) Ihr Risiko liegt nämlich darin, dass sie Entscheidungen fällen müssen und zugleich jedoch wissen, dass sich diese in Zukunft möglicherweise negativ auswirken können (Vgl. Baecker 1991, S. 13). Diese Risiko müssen sie eingehen, denn es ist das der Fortsetzbarkeit ihres Geschäftes, „die Möglichkeit oder das Scheitern der Fortsetzung ihrer eigenen ‚Autopoiesis‘“ (Luhmann 1991, S. 9).

Ein autopoietisches System bezeichnet ein System, das sich „mittels der Reproduktion der Elemente, aus denen es besteht, durch die Elemente, aus denen es besteht, reproduziert“ (Baecker 1991, S. 33). Wie auch in anderen

Organisationen ist es aus systemtheoretischer Sicht das höchste Ziel von Banken, sich selbst als Teilnehmer der Wirtschaft zu erhalten (Vgl. Baecker 1991, S. 13). Dabei beschäftigen sie sich mit ihrer Umwelt, durch deren Reproduktion eine Wirklichkeit generiert wird, in der sich das System wiederum selbst reproduziert (Vgl. Baecker 1991, S. 36).

Banken bewältigen ihr Risiko, indem sie ihre Umwelt genau beobachten und Erwartungen über die Entwicklung von Konsumbedürfnissen der Menschen bilden (Vgl. Baecker 1991, S. 13). Dabei beobachten sie ihre Geschäftspartner, prüfen diese auf ihre Risikoeignung und beobachten außerdem, wie diese von anderen Teilnehmern im Wirtschaftssystem beobachtet werden, beispielsweise anhand von Börsenkursen (Vgl. Luhmann 1991, S. 12). Luhmann (1991, S. 11) bezeichnet dies als „Beobachtung zweiter Ordnung“. Dabei spiegelt das Risiko, dem sich die Banken aussetzen, die Form des Bankengeschäfts, ja die Form der Autopoiesis wieder, denn „in der Beobachtungsweise der Banken wird das Risiko der Wirtschaft reflexiv, reflektiert die Wirtschaft, könnt man sagen, sich selbst“ (Luhmann 1991, S. 12). Um diese Risiken zu minimieren, haben Banken nur die Möglichkeit, sie zu transformieren und zu verteilen sowie ihre Handlungen selbst auf Risikoeignung zu überwachen und sie falls nötig zu variieren (Vgl. Luhmann 1991, S. 12).

Grundsätzlich sind Banken jedoch auch bei größeren Krisen gut gesichert, sodass die Kunden aufgrund von Sicherungssystemen von Einlagen meist nicht selbst betroffen sind. Dennoch haben Banken mit verschiedenen krisenreichen Ereignissen zu kämpfen, die ihr schaden können. (Vgl. Cremer 1995, S. 81) Bekannte Risiken, die einen Umweltausschnitt bezeichnen und im Bankgeschäft zu finden sind, sind Betrugsrisiken, Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsrisiken, Fristentransformationsrisiken, Kaufkraftrisiken, Risiken der Spekulation, Operations- und Betriebsrisiken, Managementrisiken, systemische Risiken, regulatorische Risiken oder politische Risiken. (Vgl. Baecker 1991, S. 108) Durch starke bürokratische Strukturen ist es für Banken meist schwierig, sich auf wachsende Umweltrisiken einzustellen und die Organisation dahingehend zu verändern. Sie neigen dazu, risikoavers zu agieren und integrieren Risiken oftmals direkt in ihre Anlagenformen. (Vgl. Luhmann 1991, S. 11) Dabei bilden sie trotz allgemeiner Ungewissheit vor

allem dann verlässliche Erwartungen, wenn die Wirtschaftsteilnehmer voneinander wissen, welche Risiken die sie bereit sind, zu übernehmen. Je glaubwürdiger ein Kreditnehmer zu vermitteln vermag, dass er gewillt ist, Risiken zu tragen, desto eher wird der Kreditgeber das Risiko eingehen, den Kredit zu gestatten. (Vgl. Baecker 1991, S. 20f)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich ein Versuch die Risikoverarbeitung von Banken zu beschreiben, nicht an einer Theorie der Banken alleine orientieren darf. Es müssen die Interaktionen zwischen den Finanzinstituten und deren Umwelt in der Betrachtung mit einbezogen werden, da das Handeln auf den Märkten nicht von einem Punkt aus gesteuert werden kann (Vgl. Baecker 1991, S. 124).

## 2.4.2 Banken und Öffentlichkeit

Banken haben nur begrenzte Möglichkeiten, die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen. Wird in den Medien nicht berichtet, erreichen die Erfolge der Bank kein Bewusstsein in der breiten Öffentlichkeit. (Vgl. Cremer 1995, S. 17) In Krisenzeiten hingegen, erreichen Kreditinstitute oft ungewollt Aufmerksamkeit, was mit einem sinkenden Handlungsspielraum und deutlichen Image-Schaden einhergeht (Vgl. Littmann 2001, S. 63). Besonders für Banken, die mit Zukunftserwartungen und somit mit besonderen Risiken handeln, kann sich ein Vertrauensverlust fatal auf das Geschäft auswirken. Fürchten Anleger, dass ihre Geldanlage nicht sicher ist, werden sie das Geschäft unverzüglich beenden. Dies kann zu einem sogenannten „Bank Run“ führen, bei dem Privatkunden vor einer drohenden Bankeninsolvenz ihr Geld zurückfordern. Der Glaube an die Möglichkeit einer Insolvenz kann diese somit schlussendlich tatsächlich auslösen. (Vgl. Höbel 2014, S. 231) Dieses Verhalten ist mit Nachteilen für das gesamte Bankensystem und somit für die gesamte Volkswirtschaft verbunden (Vgl. Littmann 2001, S. 66).

Banken stehen somit unter besonderer Beobachtung und sind aufgrund ihrer großen Bedeutung für das gesamte Wirtschaftssystem von öffentlichem Interesse. Littmann (2001, S. 59) beschreibt dies mit dem Modell der öffentlichen Exponiertheit. Banken sind von der Notwendigkeit ihrer

Leistungen aus finanz- aber auch gesamtwirtschaftlicher Perspektive geprägt und setzen sich durch ihre bankbetrieblichen Handlungen Gefahren und Risiken aus, während die öffentliche Hand oftmals als Eigentümer fungiert bzw. sie durch Subventionen aus Steuergeldern unterstützt (Vgl. Littmann 2001, S. 70). Daher werden Banken in der Öffentlichkeit genau beobachtet und ihre Handlungen und Äußerungen auf Widersprüche überprüft. Entgegengebrachtes Vertrauen reduziert Komplexität, führt jedoch, wenn Erwartungen nicht erfüllt werden und Vertrauen als zu Unrecht gewährt eingestuft wird, zu Misstrauen und Ablehnung. (Vgl. Littmann 2001, S. 151) Hier kommt wiederum den Medien eine große Bedeutung zu. Littmann (2001, S. 169) merkt dazu an, dass das Risiko für einen öffentlichen Konflikt bei Banken wesentlich höher ist als bei anderen Unternehmen, die nicht öffentlich exponiert sind. Der Konflikt wird früher ausgelöst und politische Akteure, die eine Position beziehen ohne jedoch direkt in den Konflikt involviert zu sein, nutzen diesen oftmals als Plattform für ihre eigenen Interessen. (Vgl. Littmann 2011, S. 169)

Littmann (2001, S. 124) analysierte in ihrer Studie die Berichterstattung in den deutschen Printmedien *Frankfurter Allgemeinen*, *Süddeutsche Zeitung* und *Handelsblatt*, in der sie unter anderen die Frage stellte, ob die Presse überwiegend negativ über kreditwirtschaftliche Themen berichtet. Sie kam jedoch zum Ergebnis, dass die untersuchten Artikel häufiger neutral oder positiv zu bewerten waren (Vgl. Littmann 2001, S. 124). Von einer überwiegenden Negativberichterstattung über Banken aufgrund ihres erhöhten öffentlichen Konfliktpotenzials kann daher nicht gesprochen werden.

## **3. Der Fall Hypo Alpe Adria**

---

### **3.1 Überblick**

Die Hypo Alpe Adria ist ein Finanzinstitut, welches derzeit in sechs Ländern tätig ist. Die Tochterbank befindet sich in Italien und der südosteuropäische Markt umfasst die Länder Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro, welche gemeinsam die Holding Hypo Alpe Adria Bank International AG mit Sitz in Klagenfurt bilden. 6.000 Arbeitnehmer kümmern sich um etwa 1,3 Millionen Kunden, davon Klein- und Mittelbetriebe, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen und Privatkunden. Seit 2009 ist der Staat Österreich Eigentümer der Bank, der auch Anteile an Leasinggesellschaften und regionalen Tochterbanken besitzt. 2013 wurde die österreichische Hypo Alpe Adria Bank mit 14 Filialen in Kärnten sowie je einer Niederlassung in Wien und Salzburg an die britisch-indische Anadi Financial Holding verkauft. (Vgl. BMF, 2014)

### **3.2 Geschichte und Entwicklung der Krise**

Die Hypo Alpe Adria wurde 1896 in Kärnten als Landeshypothekenanstalt gegründet. Sie gehörte dem Bundesland und war vor allem regional tätig. (Vgl. BMF, 2014) 1991 wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im darauffolgenden Jahr erwarb die Grazer Wechselseitige Versicherung AG eine Beteiligung von 48% (Vgl. BMF, 2014). Die Bank begann schließlich auch in Südosteuropa Fuß zu fassen und expandierte nach Slowenien. Die Finanzierung geschah durch günstiges Geld vom Kapitalmarkt, für das das Land Kärnten, welches die Mehrheit der Anteile besaß, als Ausfallbürge haftete. (Vgl. Apa/Reuters, 2014) Dies ermöglichte eine aggressive Wachstumsstrategie in Italien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina Slowenien und Serbien und Montenegro, in denen ein Marktanteil von über 10% erreicht werden konnte. (Vgl. Keuschnigg 2014, S. 1)

2006 wurde die Bank vor eine Herausforderung gestellt. Durch Swapverluste wurde der Verkauf von weiteren Anteilen am Börsenmarkt unmöglich und die

Tilgung einer Wandelanleihe im Wert von 550 Millionen Euro brachte die Bank in Schwierigkeiten. (Vgl. BMF, 2014)

Am 15. Dezember 2006 beteiligte sich Berlin & Co aus Luxemburg unter der Führung von Tilo Berlin, der als Vermögensverwalter in Deutschland tätig war, mit 4,76% an der Hypo Alpe Adria Bank International. Es folgten Kapitalerhöhungen und die Beteiligungsverhältnisse veränderten sich. Die Kärntner Landesholding war von nun an mit 44,91% beteiligt, die Grazer Wechselseitige mit 41,45%, Berlin & Co mit 9,09% und die HYPO Mitarbeiter-Privatstiftung mit 4,55%. (Vgl. BMF, 2014)

Ende des Jahres 2006 erreichten die Garantien von Kärnten mit 24,7 Milliarden den Höhepunkt, die Bank war zu diesem Zeitpunkt bereits in „Hypo Alpe Adria“ umbenannt (Vgl. Apa/Reuters, 2014). Somit überstiegen die Haftungen die finanziellen Mittel von Kärnten um mehr als das Zehnfache des Landeshaushalts (Vgl. BMF, 2014). Dennoch wuchs die Bilanzsumme, die im Jahr 2000 noch 5,4 Milliarden betrug, im Jahr 2007 auf 31 Milliarden Euro an. Dabei ging die Bank jedoch hohe Risiken im Bereich Immobilien und Tourismus ein und verzichtete oftmals auf eine ordnungsgemäße Besicherung, während sie die lokale Einlagenbildung weitgehend vernachlässigte. Dieser Betrug wurde durch fehlende Kontrolle weiter gefördert. (Vgl. Keuschnigg 2014, S. 1)

Am 22. Mai 2007 übernahm die Bayerische Landesbank eine Mehrheitsbeteiligung von 50% plus einer Aktie an der Hypo Alpe Adria Bank International AG für insgesamt 1,625 Milliarden Euro. Ziel der BayernLB war eine bessere Verankerung in Südost- und Osteuropa, was zu einer weiteren massiven Expansionsstrategie führte. Der Kauf wurde von der bayrischen Regierung abgesegnet und von Experten überprüft. (Vgl. BMF, 2014) Das Land Kärnten trennte sich hingegen von 25% für 800 Millionen Euro und war somit nur noch mit 20% beteiligt. Mit dem Erlös konnte die Wandelanleihe von 550 Millionen Euro getilgt werden. Auch die Grazer Wechselseitige verkaufte Anteile und war 2008 nur noch mit 20,48% beteiligt, während die BayernLB ihre Anteile auf 67,08% erhöhte. Die Beteiligung des Landes sank auf 12,42%, die der HYPO Mitarbeiter-Privatstiftung auf 0,02%. (Vgl. BMF, 2014)

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise wurde die Bank abermals mit Problemen konfrontiert. Immobilienprojekte platzen, Kredite waren uneinbringlich und Sicherheiten unverwertbar, was die Bank zu massiven Wertberichtigungen zwang (Vgl. BMF, 2014). Im Jahr 2008 musste die Hypo Alpe Adria schließlich einen Verlust von 520 Millionen Euro hinnehmen. Die Republik Österreich startete einen Rettungsversuch mit 900 Millionen Euro Partizipationskapital aus dem österreichischen Bankenhilfspaket, ebenso kamen 700 Millionen von der BayernLB. Bis Ende des Jahres konnte die Bank ihre Bilanzsumme aufgrund von weiteren Expansionen auf 43,3 Milliarden Euro steigern. (Vgl. Apa/Reuters 2014). Dafür sollte die Hypo Alpe Adria Bank International AG jährlich 8% an Dividenden an Österreich auszahlen und die 900 Millionen Euro innerhalb von wenigen Jahren zurückzahlen. (Vgl. BMF 2014)

Im Mai 2009 leitete die EU aufgrund der staatlichen Gelder ein Beihilfeverfahren gegen die Hypo und die BayernLB ein. 2009 musste die Hypo einen Verlust von 1,6 Milliarden Euro hinnehmen und benötigte daher zusätzliches Kapital. (Vgl. Apa/Reuters, 2014) Das nötige Eigenkapital wurde nicht mehr erreicht, die Mutter BayernLB reduzierte die Refinanzierung und eine Unterstützung von bayrischer Seite für die Kärntner Tochterbank wurde vollkommen verweigert. Da die Bank für Österreich jedoch von der Österreichischen Nationalbank als systemrelevant eingestuft wurde, kam es im Dezember 2009 zur Notverstaatlichung, um eine Insolvenz und damit eine Gefährdung für die österreichische Volkswirtschaft zu verhindern. Die Hypo Alpe Adria galt als die sechstgrößte Bank in Österreich und rund 100.000 österreichische Kunden wären von der Insolvenz geschädigt worden. So einigten sich der österreichischen Finanz- und Vizeministers Dipl.Ing. Josef Pröll, der bayrischen Finanzminister Georg Fahrenschon, der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler sowie die Grazer Wechselseitigen, die HYPO Mitarbeiter-Privatstiftung und die Kärntner Landes-Holding in einer Sitzung am 14. Dezember 2009, die Bank von der Republik Österreich zu übernehmen. (Vgl. BMF, 2014) Die Anteile wurden zu je einem Euro den Staat verkauft. Dafür beschlossen die Beteiligten insgesamt eine Milliarde Euro in der Bank zu lassen (Vgl. Apa/Reuters, 2014). Noch am selben Tag wurde der Vorstandsvorsitzende der BayernLB Michael Kemmer zum Rücktritt aufgefordert. Die EU-Kommission genehmigte die Notverstaatlichung unter

der Voraussetzung, dass die Hypo Alpe Adria Bank International AG bis Ende März 2010 einen Plan zur Umstrukturierung vorlegen wird. (Vgl. BMF, 2014)

2010 verringerte sich schließlich der Verlust auf eine Milliarde Euro, dennoch erhielt die Bank 450 Millionen an Staatshilfen und 200 Millionen Euro Garantien vom Staat. Zusätzlich kamen 150 Millionen von Kärnten. In Bayern wurde inzwischen ein Untersuchungsausschuss eingeleitet. 2011 wurde das erhaltene Kapital in Grundkapital umgewandelt und die Bank schaffte es einen Gewinn von 60 Millionen Euro zu erwirtschaften. (Vgl. Apa/Reuters, 2014)

2012 erhielt die Hypo weiteres Kapital vom Staat, diesmal über 500 Millionen Euro sowie Garantien für eine Anleihe (Vgl. Apa/Reuters, 2014). Dennoch war die Bilanzsumme seit der Notverstaatlichung 2009 bis zum Juni 2013 von 43 auf 31,6 Milliarden Euro geschrumpft und auch die Landeshaftungen verloren massiv an Wert. Während diese beim Einstig der BayernLB noch 24,7 Milliarden betragen, fielen sie bis zur Notverstaatlichung auf 22 Milliarden zurück und waren 2013 nur noch 13 Milliarden Euro wert. (Vgl. Keuschnigg 2014, S. 1f)

Im Mai 2013 wurde von der österreichischen Regierung eine Task Force ins Leben gerufen. Dies ist ein Rat aus Vertretern der Finanzmarktaufsicht, der Österreichischen Nationalbank, der Finanzmarktbelegung Aktiengesellschaft, dem Bundesministerium für Finanzen und Mag. Georg Krakow. Als Experten war es die Aufgabe der Mitglieder, die Bundesregierung zu beraten und Lösungen vorzuschlagen. (Vgl. BMF, 2014)

Des Weiteren erlaubte die EU 2013 weitere Zuschüsse von 5,4 Milliarden Euro bis Ende 2017. Voraussetzung war jedoch, dass die Hypo sich von den Geschäften in Südosteuropa trennt. So erhielt die Hypo weitere 1,75 Milliarden Euro, um die Abschreibungen in Osteuropa zu überleben. 2014 beschloss die Regierung weitere Rettungsgelder und überlegt eine staatliche „Bad Bank“ einzurichten. (Vgl. Apa/Reuters, 2014) Unter dem Begriff „Bad Bank“ ist eine reine Abwicklungsbank gemeint, die ausschließlich diese Abwicklungsgeschäfte verrichtet. So können sich Banken von liquiditätsgefährdenden Papieren trennen. In der Bad Bank werden diese

wiederum verkauft bzw. Verluste abgeschrieben, um die Bank zu entlasten. (Vgl. BMF, 2014)

Die Landeshaftungen umfassen noch immer 12 Milliarden Euro. Insgesamt flossen bereits 4,35 Milliarden Euro vom Staat Österreich in die Bank. Zusätzlich wurden Haftungen für Kredite von 200 Millionen Euro übernommen sowie eine Milliarde Euro für die Emission einer Nachrangleihe investiert. (Vgl. BMF, 2014)

Am 8. Juli 2014 wurden Hypo-Sondergesetze vom Nationalrat beschlossen. Ziel dabei ist es, die Hypo Bank als Abbaueinheit weiterzuführen sowie die Aufgaben und Handlungen derer klar festzulegen, die finanzielle Möglichkeit, Maßnahmen zu erweitern, welche vom Bundesministerium ergriffen werden können und das Errichten von Holdinggesellschaften zur Aufnahme von Anteilen. (Vgl. BMF, 2014)

Diese Geschehnisse wurden von vielen Skandalen begleitet. Das ging auch nicht unbemerkt an den Medien vorbei: Von Bilanzfälschung, Insider-Geschäften und illegalen Absprachen, leichtsinnigen Kreditvergaben, von geheimen Konten, illegaler Parteienfinanzierung, gefälschten Gutachten und Bestechung ist die Rede. Missbrauch öffentlicher Garantien, fahrlässige Geschäfte und riesige Verluste - so präsentiert sich die Hypo Alpe Adria und löst in Österreich einen Streit darüber aus, wer für die großen Schäden zur Verantwortung gezogen werden muss. Würde es sich um einen privaten Unternehmen handeln und keine öffentlichen Garantien für Anleihen existierten, wäre eine Insolvenz der Ausweg. Im Fall Hypo Alpe Adria ist allerdings der Staat Eigentümer und mit den Garantien des Landes Kärnten wurde das Risiko von den Investoren genommen. Im Gegenzug wurde dem Land eine Provisionszahlung in Höhe einer Promille der Haftungssumme pro Jahr garantiert. (Vgl. Keuschnigg 2014, S. 1f)

An dieser Stelle soll ein vertiefender Überblick über die Ereignisse rund um die Hypo Alpe Adria im Zeitverlauf anhand von möglichen „Schlüsselereignissen“ gegeben werden. Dabei wird in Hinblick auf den Untersuchungszeitraum der empirischen Studie der Zeitraum zwischen Herbst 2008 und Sommer 2014 genauer betrachtet. (Vgl. BMF, 2014)

- Dezember 2008: 900 Millionen Euro werden als Partizipationskapital vom Staat Österreich zur Verfügung gestellt.
- Jänner 2009: Der FIMBAG wird das Partizipationskapital treuhändig übertragen und übernimmt die Prüfung der zu erfüllbaren Auflagen gemäß den Grundsatzvereinbarungen.
- April 2009: Hypo Fit 2013: Tilo Berlin tritt als Vorstandsvorsitzender zurück und die BayernLB beauftragt die Vorlage des „Viability Plan“ an die EU Kommission.
- Juli 2009: Der neue Vorstandsvorsitzender Franz Pinkl gibt eine Asset Review in Auftrag.
- 14.12.2009: Die Hypo Alpe Adria wird Notverstaatlicht, da der benötigte Kapitalbedarf nicht gedeckt werden kann.
- Jänner 2010: Die Europäische Kommission trennt die über die Hypo Alpe Adria Bank und die BayernLB gemeinsam geführten Beihilfeverfahren.
- April 2010: Der Restrukturierungsplan 1 wird der EU Kommission vorgelegt. Dieser zielt auf den Abbau der Aktivität in Nicht-Kernländer bis Ende des Jahres 2014 ab.
- April 2011: Der Restrukturierungsplan wird revidiert mit dem Ziel die Hypo Österreich bis 2012 zu verkaufen. Die Trennung von der Hypo Italien soll bis 2013, die von der Hypo SEE-Töchter bis 2015 erfolgen.
- März 2012: Der Restrukturierungsplan 2 wird der Europäischen Kommission vorgelegt. Der Plan die SEE-Töchter zu verkaufen wird auf 2013 vorgezogen.
- Herbst 2012: Die Entscheidung der EU Kommission im Beihilfeverfahren wird angefochten, da dem Staat Österreich unrechtmäßig unterstellt wird, die BayernLB durch Beihilfen unterstützt zu haben. Das Verfahren beim Europäischen Gericht in der ersten Instanz ist noch laufend. (Stand: Oktober 2014)
- Herbst 2012: Ein Gutachten über den Eigenkapitalersatz wird beauftragt.
- 14. Dezember 2012: Die dreijährige Frist zur Anfechtung wegen Irrtums über die Notverstaatlichung endet. Der Verjährungsverzicht der BayernLB wurde bis Ende 2014 verlängert.
- Februar 2013: Der Restrukturierungsplan 3 wird bei der Europäischen Kommission vorgelegt und Erwartungen über Erlöse angepasst.
- Mai 2013: Die Task Force Hypo Alpe Adria wird ins Leben gerufen, um die Bundesregierung als Expertenrat zu beraten.
- September 2013: Der Abwicklungsplan wird genehmigt. Der Verkauf der Hypo Österreich bis 2013 erfolgte bereits, der Verkaufsprozess der Hypo SEE-Töchter bis 2015 ist gestartet, der Abbau der Hypo Alpe Adria Bank International AG wird umgesetzt.
- Juni 2014: Der Ministerrat beschließt Gesetzesvorhaben für die Einrichtung einer Abbaugesellschaft.
- Juli 2014: Das Gesetzespaket wird im Nationalrat beschlossen. (Vgl. BMF, 2014)

### 3.3 Studien zur Hypo Alpe Adria

Über die Machenschaften der Hypo Alpe Adria Akteure haben die Medien vielfach berichtet. Die Bevölkerung erhält ihre Informationen aus der Berichterstattung und bildet sich auf Basis dieser ihre Meinung und Einstellung über in die Bank. Die folgenden Studien zeigen, wie die Hypo Alpe Adria in der Bevölkerung wahrgenommen wird.

Dass die Leidensgeschichte der Hypo Alpe Adria auch in der Bevölkerung gemischte Gefühle auslöst, lässt sich erahnen. Die österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM) hat 2014 für das Eco Magazin die Meinung der Bürger zum Thema Hypo Alpe Adria erhoben mit dem Resultat: „Die Ergebnisse sind teils überraschend und spiegeln den Ärger der Bevölkerung zu diesem Thema wider“ (OGM, 2014).

Mittels einer telefonischen Befragung wurden 503 Österreicher ab 16 Jahren im Zeitraum von 30 Juni bis 1. Juli 2014 zur Hypo befragt. Die Stichprobe wurde mittels Randomverfahren innerhalb bestimmter Quotenvorgaben ermittelt. Die maximale Schwankungsbreite betrug +/- 4,5%. (Vgl. OGM, 2014)

Die Studie kam zum Ergebnis, dass 70% der Befragten die Hypo Alpe Adria in den Konkurs geschickt hätten. Nur 15% schätzen die Notverstaatlichung als richtig ein. 31% befürworten, dass nachrangige Gläubiger von der Staatshaftung ausgenommen werden sollen, 39% finden dies falsch. Desweiteren sind 79% dafür, dass sich die BayernLB an den entstandenen Kosten beteiligen soll. Lediglich 7% der Befragten sind dagegen. Als Ursache für die Krise wurden vor allem das Missmanagement der früheren Bankvorstände, das Versagen der Kontrollorgane, insbesondere der ÖNB und der Finanzmarktaufsicht und die Leitsinnigkeit bei der Haftungsübernahme der Kärntner Landesregierung erkannt. Auch die Inkompetenz und das zögerliche Krisenmanagement der Bundesregierung und die Notverstaatlichung werden als Ursachen für das Debakel gesehen. (Vgl. OGM, 2014)

In einer weiteren Studie aus dem Jahr 2013 wurde das Vertrauen in die österreichischen Banken ermittelt. 1000 Österreicher ab 16 Jahren nahmen an der Online-Befragung zwischen 25. und 26. März 2013 teil, fehlende

Quoten wurden telefonisch ergänzt. Die maximale Schwankungsbreite lag bei +/- 3,2%. (Vgl. APA/OGM 2013)

In Anbetracht der Finanzkrise scheint es kaum überraschend, dass den österreichischen Banken generell wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Dennoch unterscheidet sich das Bild zwischen verschiedenen Banken sehr. Insgesamt wurde das Vertrauen zu 30 Banken erfragt. Die Hypo Alpe Adria bildet dabei hinter der Meindl Bank mit großem Abstand das Schlusslicht in Bezug auf entgegengebrachtes Vertrauen. Auch die lokalen Hypobanken Hypo Steiermark, Niederösterreich und Burgenland wurden in der Analyse betrachtet und weisen ein negatives Vertrauenssaldo auf. (Vgl. APA/OGM 2013)

Im März 2014 wurde eine weitere Studie von APA und OGM zu Vertrauen beim Thema Hypo Alpe Adria veröffentlicht. 501 Interviews wurden Online mit Hilfe des OGM-Online-Panel mit Österreicher ab 16 Jahre geführt. Die maximale Schwankungsbreite betrug +/-4,5%. (Vgl. APA/OGM 2014)

Alle Befragten urteilten klar negativ und zwar unabhängig davon, ob sie selbst betroffen sind oder nicht. Das wenigste Misstrauen wird den ehemaligen Hypo Manager Kranewitter und Picker entgegengebracht. OGM und APA (2013) merken jedoch an, dass diese Werte auf den geringen Bekanntheitsgrad der genannten Akteure zurückzuführen sind. Das meiste Misstrauen wurde dem ehemaligen Finanzminister Josef Pröll entgegengebracht. (Vgl. APA/OGM 2014)

Die folgende Grafik zeigt das Vertrauen in die Hypo Akteure. Die grünen Banken symbolisieren Vertrauen, die roten Banken Misstrauen in die Akteure. Der Rest auf 100% kennt die Person nicht oder hat „weiß nicht/keine Angabe“ gewählt.

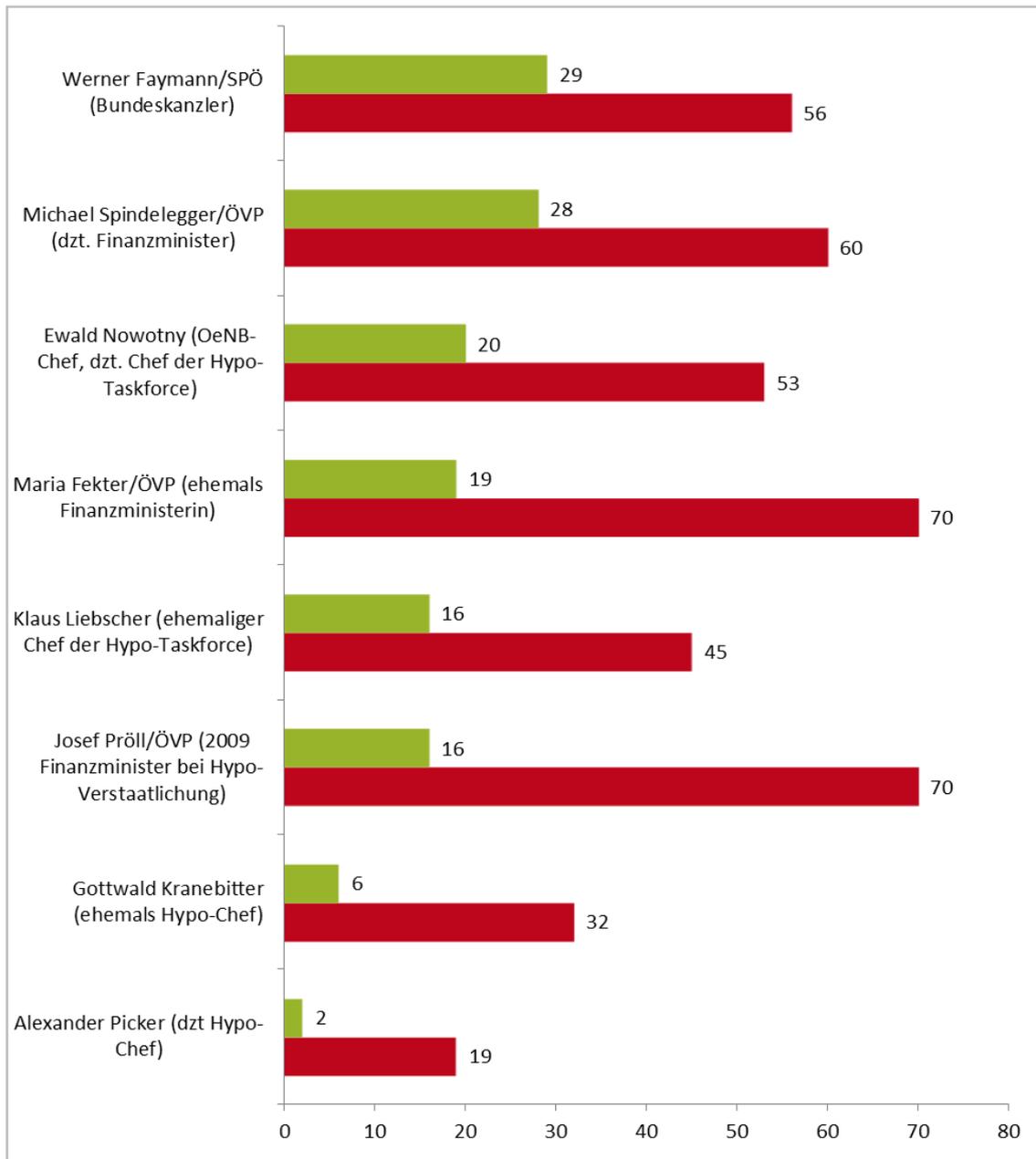


Abbildung 8: Vertrauen in Hypo Akteure (APA/OGM 2014)

### 3.4 Exkurs: Die Hypo Alpe Adria und der Journalismus

Die Krise der Hypo Alpe Adria hat den Journalismus verändert. Plötzlich rückt ein wirtschaftliches Thema in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit und produziert Schlagzeilen. (Vgl. Die Presse 2014a, S. 24) In einem Interview in *der Presse* am 30.3.2014 berichten Josef Urschitz, Wirtschaftsjournalist, tätig für *die Presse* und Christof Varga, der ZIB Wirtschaftschef beim *ORF* von

ihren Erlebnissen. Interessant für die vorliegende Magisterarbeit ist vor allem die Selbstwahrnehmung und Definition ihrer eigenen Rolle als Journalisten. Auf die Frage, ob man als Wirtschaftsjournalist selbst Akteur oder nur neutraler Beobachter ist antwortet Urschitz:

*„Ich finde, man sollte nicht Akteur sein. Man ist es indirekt ohnehin. Aber man sollte hinter die Kulissen blicken. Und da können halt auch dann Meinungen herauskommen, die nicht regierungskonform sind.“*  
(Die Presse 2014b, S. 26)

Zustimmend meint auch Varga

*„Gott sei Dank sind wir keine Akteure. In der Eurokrise haben die Politiker glücklicherweise nicht das gemacht, was Journalisten ihnen vorgeschlagen haben, sonst wäre das Ganze schon den Bach hinuntergegangen. Ich denke etwa an Vorschläge zu einer Zerschlagung der Währungszone, zu einer Rückkehr zu nationalen Währungen. Bei der Hypo, glaube ich, haben wir Journalisten uns nichts vorzuwerfen. Natürlich ist der ORF auch kein Kommentator. Der ORF darf nicht Partei ergreifen. Das ist vollkommen klar. Immer dann, wenn Journalisten versuchen, Politik zu machen, geht das schief.“* (Die Presse, 2014b, S.26)

Verschiedene Akteure in Politik, Kultur oder Sport benötigen die Medien zur Gewinnung von Wählerstimmen, Zuseher und Sponsoren. Mit dem Ressort Wirtschaft verhält es sich jedoch anders. Kunden werden über das Marketing lukriert was auch die Berichterstattung im Wirtschaftsjournalismus beeinflusst. Oft wollen Unternehmen Schlagzeilen meiden. Kommt es aber dennoch zu einer Veröffentlichung, so ist die Qualität des Journalismus von Bedeutung. (Vgl. Die Presse 2014b, S. 26) Urschitz definiert guten Wirtschaftsjournalismus als einen, der sich nicht beeinflussen lässt, „er leuchtet Hintergründe aus, und zwar in einer Sprache, die verständlich ist.“ (Die Presse 2014b, S. 26). Auf die Frage, in welchem Ressort vor allem über die Hypo Alpe Adria berichtet wird, geben Urschitz und Varga an, dass die konfliktreichen Themen in anderen Ressorts, vor allem in der Innenpolitik, behandelt werden. (Vgl. Die Presse 2014b, S. 26)

Das gesamte Interview wurde am 30.3.2014 in der *Presse am Sonntag* veröffentlicht.

## 4. Erkenntnisinteresse

---

Unrecht, Bedenken, Verschleierung, Versteckspiel, Unwahrheit, Verleumdung, Unsinn, schiefe Optik, schräge Geschäfte, Skandal. Das sind nur einige von vielen Worten, die in den Printmedien zum Thema Hypo Alpe Adria zu lesen waren. All diese Wörter bringen Zweifel zum Ausdruck, Zweifel daran, dass sich Akteure richtig, das heißt moralisch und nach allgemein geltenden Normen verhalten und Zweifel daran, dass die Wahrheit wiedergegeben wird. Sie verweisen auf Zweifel, dass gewisse Akteure wahrhaftig und ohne Täuschungsabsicht handeln und kritisieren Mängel an der Verständlichkeit der Aussagen. Das Thema Hypo Alpe Adria schürt Emotionen, Aggressionen und Verzweiflung in der Bevölkerung. Menschen fühlen sich hilflos. Sie sollen mit ihrem Steuergeld für die Fehler anderer bezahlen, während diese versuchen, Missstände zu vertuschen. Die Menschen wollen gehört werden.

Hier kommt der Journalist ins Spiel, denn seine Aufgabe ist es, einen Diskurs herzustellen (Vgl. Burkart 1998, S. 170) Als „Anwalt des öffentlichen Diskurses“ (Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 256) formuliert er Zweifel, die in der Bevölkerung vorherrschen und fungiert somit als Mediator zwischen der Gesellschaft und den beteiligten Akteuren. Er gibt das wieder, was die Beteiligten der Öffentlichkeit preisgeben wollen, aber auch das, was sie lieber verschwiegen hätten und berichtet über für die Gesellschaft relevante Geschehnisse, die sonst im Verborgenen geblieben wären. Die Bedeutung und auch die Macht dieser Journalistenrolle verlangen nach einer genaueren Betrachtung. Sie bieten Anlass, die Vorgänge der Zweifeläußerung in Krisensituationen wissenschaftlich zu erforschen, um sie besser zu verstehen.

Im Mittelpunkt des Interesses der vorliegenden Forschungsarbeit steht daher die Analyse von Zweifeln in verschiedenen Zeitungsberichten des *Standards*, der *Presse*, der *Kronen Zeitung* und des *Kuriers* zum Thema Hypo Alpe Adria. Konkret wird versucht, eine Veränderung der Zweifeläußerungen in der Printmedienberichterstattung im Zeitverlauf aufzuzeigen. Ziel ist die Beantwortung der Fragen, wie die Artikulation von Zweifeln in Krisensituationen erfolgt und in wie weit sich diese im Zeitverlauf verändert. Es soll festgestellt werden, zu welchem Zeitpunkt, von welchen Akteuren und zu welchen Themen Zweifel geäußert werden. Untersucht wird dabei auch,

wo vermehrt Zweifel geäußert werden und ob sich Wahl der Ressorts, in denen Zweifel artikuliert werden, mit zunehmender Brisanz der Krise verändert. Dabei ist die mediale Berichterstattung in Krisenzeiten vor allem durch Faktoren wie Negativität, Aktualität und erhöhte Relevanz geprägt. Zusätzlich steigt der Wettbewerbsdruck, was zu Lasten einer qualitativ hochwertigen Berichterstattung gehen könnte. Aus diesem Grund widmet sich die vorliegende Magisterarbeit auch der Äußerung der Qualitätsmerkmale Begründung und Lösungsvorschlag. Die Indikatoren Zweifel, Begründung und Lösungsvorschlag können dabei in Anlehnung an den Verständigungsorientierungsindex (VOI) nach Burkart, Rußmann und Grimm (2010) Hinweise auf die Verständigungsorientierung in der Kommunikation und damit auf die Diskursivität der journalistischen Berichterstattung geben. Der Indikator Respekt wurde in der vorliegenden Arbeit völlig ausgeklammert, da es hier nicht Ziel ist, einen VOI zu berechnen, sondern allein die Äußerung von Zweifeln im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht. Im Unterschied zu den Studien der genannten Autoren, sind in der vorliegenden Magisterarbeit Begründungen und Lösungsvorschläge somit ausschließlich dann relevant, wenn sich diese auf eine Zweifeläußerung beziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalt. Agiert er als Mediator, der aufgegriffene Zweifel wiedergibt oder als ein Kommunikator, der selbst Zweifel formuliert? Dazu sollen anhand der Geschehnisse der Hypobank und dem Umfang der Medienberichterstattung Schlüsselereignisse identifiziert und Krisenphasen lokalisiert und abgegrenzt werden. Es soll gezeigt werden, ob sich die Rolle des Journalisten, der Zweifel artikuliert, innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes von 6 Jahren verändert und ob signifikante Unterschiede je nach Krisenphasen zu erkennen sind.

Die Studie wird aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive durchgeführt und erläutert. In gewisse Bereiche fließt auch Luhmanns Systemtheorie ein, der Schwerpunkt liegt jedoch deutlich auf der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ausgehend von der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas wurde im Theorieteil das Konzept der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit von Burkart erläutert, um

schließlich in letzter Konsequenz den diskursiven Journalismus und dessen Nutzen für die demokratische Öffentlichkeit genauer zu betrachten. All diese Erkenntnisse fließen in den empirischen Teil der Arbeit ein. Ziel ist die Erforschung des Zweifelverlaufs, um die Artikulation von Zweifeln in der Medienberichterstattung sowie deren Auftreten und Abfolge in Krisensituationen besser zu verstehen. Dazu werden die Zweifel je nach Zweifeltyp kategorisiert und diese einzeln über einen Zeitraum von sechs Jahren dargestellt. Eine Studie von Pelzl (1999) liefert hierzu einen Ansatz, diese ist jedoch schon älter und wurde nicht wiederholt. Daher wird in der vorliegenden Magisterarbeit erneut ein Versuch gewagt, das Thema völlig neu aufzuarbeiten und anhand des Fallbeispiels Hypo Alpe Adria zu untersuchen.

## 5. Forschungsdesign

---

### 5.1 Untersuchungsgegenstand

Den Untersuchungsgegenstand bilden die österreichischen Tageszeitungen *der Standard*, *die Presse*, *die Kronen Zeitung* und *der Kurier*, in denen Zweifel in Bezug auf die Hypo Alpe Adria veröffentlicht werden. Bei der Auswahl der Medien handelt es sich um jene kostenpflichtigen und österreichweiten Tageszeitungen, welche die die größte Reichweite für sich beanspruchen (Vgl. Media-Analyse 2013). Diese sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Die *Kronen Zeitung* nimmt mit 34,3% die größte Reichweite einer Tageszeitung in Österreich ein (Vgl. Media-Analyse 2013) Die grundlegende Richtung, die dieses Medium verfolgt und widerspiegelt, ist „die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure“ (VÖZ 2014).

Der *Kurier* ist eine Tageszeitung, „die sich mit dem Ziel einer möglichst weiten Verbreitung an Leser aus allen Schichten der Bevölkerung wendet und diesen umfassende, objektive und rasche Information, kritische und profilierte Kommentierung und gehaltvolle Unterhaltung bietet“ (Kurier 2011). Seine Reichweite beträgt 7,6% (Vgl. Media-Analyse, 2013).

*Der Standard* präsentiert sich als liberales Medium. „Es ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen und wendet sich an alle Leserinnen und Leser, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen“ (Der Standard 2014). Laut Media-Analyse (2013) erreicht *der Standard* eine Reichweite von 5,5%.

*Die Presse* hat eine Reichweite von 3,8% (Vgl. Media-Analyse 2013). Laut Blattlinie sieht sie es unter anderen „als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben wird von der Tageszeitung *Die Presse* als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen.“ (Vgl. *Die Presse* 2014)

Die ausgewählten Zeitungen sind somit nach eigenen Angaben dazu geeignet, die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung zu gewähren, umfassende, objektive und sachgerechte Informationen zu liefern und auch selbst Stellung zu beziehen und Kritik zu üben.

Das Kernthema Hypo Alpe Adria, das ausführlich in Kapitel 3 behandelt wird, wurde in allen Zeitungen vielfach thematisiert und kritisiert. Von der Notverstaatlichung bis zur sogenannten „Bad Bank“ wurden viele unterschiedliche Themen mit Bezug auf das Finanzinstitut medial präsentiert. Insgesamt 7067 Mal wurde der Begriff in den vier Tageszeitungen erwähnt. Alle analysierten Artikel sind über die Datenbank der Austria Presse Agentur (APA) zugänglich (Stand: November 2014).

Ziel der vorliegenden Studie ist die Analyse von Zweifeln. Diese sollen identifiziert und wissenschaftlich untersucht werden. Hierzu werden diverse Artikel, die in einem Untersuchungszeitraum von sechs Jahren in den vier Tageszeitungen veröffentlicht wurden, analysiert. Dieser umfasst den Zeitraum zwischen 1. September 2008 und 31. August 2014. In die Studie einbezogen werden jedoch ausschließlich Texte, die Zweifel beinhalten. Als relevant definiert werden dabei redaktionelle Beiträge, die 1. die Hypo Alpe Adria als Hauptthema behandeln, 2. einen Zweifel nach Habermas artikulieren, 3. keine verkürzten Darstellung wie „in Kürze“ oder „kurz gemeldet“ sind und die 4. nicht in der Überschrift formuliert wurden. Auch Berichte aus den Ressorts Leser-Service, Meinung und Kommentare sowie Interviews sind von der Codierung ausgeschlossen.

## **5.2 Forschungsfragen**

Auf Basis des Erkenntnisinteresses und der vorgestellten Fachliteratur konnten sechs Forschungsfragen formuliert werden, die sich mit der Betrachtung der Zweifel in Krisenphasen, der Rolle des Journalisten und den Qualitätsmerkmalen „Begründung“ und „Lösungsvorschlag“ beschäftigen. Diese Testen einen Zusammenhang der Variablen und erlauben es, Schlussfolgerungen in Bezug auf die Verteilung der Zweifel zu ziehen.

**Forschungsfrage 1:**

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Typen des Zweifels und den Medien, in denen der Journalist in seiner Rolle als Diskurs-Anwalt Zweifel artikuliert?*

**Forschungsfrage 2:**

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Rollenwahrnehmung des Journalisten und den Krisenphasen, in der der Journalist Zweifel artikuliert?*

**Forschungsfrage 3:**

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Typ des geäußerten Zweifels und der Krisenphase, in welcher dieser artikuliert wird?*

**Forschungsfrage 4:**

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Krisenphasen hinsichtlich ihrer Zweifelartikulation und den Ressorts, in denen diese Zweifel geäußert werden?*

**Forschungsfrage 5:**

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem artikulierten Zweifeltyp und der Äußerung des Qualitätsmerkmals Begründung?*

**Forschungsfrage 6:**

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Zweifeltyp und dem Niveau des Lösungsvorschlags, welcher sich auf den Zweifel bezieht?*

## 5.3 Methode

In der vorliegenden Studie kommt eine Inhaltsanalyse zur Anwendung. Zunächst muss jedoch eine Stichprobe gebildet werden, was anhand von Schlüsselwörtern geschieht. Des Weiteren werden in einer Vorstudie die Krisenphasen zeitlich eingeteilt. Die folgenden Kapitel beschreiben die Methoden für die Umsetzung der Studienteile.

### 5.3.1 Theorie

„Um die Brauchbarkeit unserer Vorstellungen und Hypothesen zu überprüfen, konfrontieren wir sie mit der Realität“ (Früh 2011, S. 20). Dieses Zitat von Früh beschreibt die Relevanz einer Inhaltsanalyse. Die Wissenschaft verlangt nach einem systematischen Vorgehen, einer Offenlegung und Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisse und Argumentationen, wodurch diese möglicher Kritik ausgesetzt werden. Daher müssen empirische Daten überführt und messbar gemacht und die Vorgehensweise offen protokolliert werden, um intersubjektiv nachvollziehbar zu sein. So wird die wissenschaftliche Erkenntnis vom Subjekt losgelöst. (Vgl. Früh 2011, S. 20f)

In der Fachliteratur gibt es verschiedene Ansätze, um eine Inhaltsanalyse umzusetzen. In der vorliegenden Magisterarbeit wird auf die Inhaltsanalyse nach Früh zurückgegriffen. Sie ist aus wissenschaftshistorischer Sicht eine Methode, die den Inhalt bzw. die Bedeutung von kommunikativen Vorgängen besonders gut beschreibt (Vgl. Früh 2011, S. 60).

Früh (2011, S. 27) definiert Inhaltsanalyse als „eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte“.

Mit Hilfe der Inhaltsanalyse werden Rahmenbedingungen vorgegeben, die darauf verweisen, wie Inhalte systematisch und nachvollziehbar zu interpretieren sind. (Vgl. Früh 2011, S.59). Zunächst gilt es, zu definieren, welche Aspekte genau untersucht werden soll. Wichtig ist dabei eine Orientierung an methodischen Kriterien. Die Vorgehensweise muss dem

Umfang und dem Zweck der Analyse angepasst werden. Es muss geprüft werden, ob sie inhaltlich und methodisch akzeptabel ist. (Vgl. Früh 2011, S. 164)

Des Weiteren kann methodisch zwischen einer qualitativen und einer quantitativen Inhaltsanalyse unterschieden werden. Oftmals wird jedoch ein Methodenmix angewandt. Für die vorliegende Studie liegt der Schwerpunkt auf einer quantitativen Analyse durch die quantitative Erfassung von Daten, die jedoch vielfach auch qualitative Elemente enthält. Laut Bortz und Döring (2006, S. 149) erfasst die quantitative Inhaltsanalyse „einzelne Merkmale von Texten, indem sie Textteile in Kategorien einordnet, die Operationalisierungen der interessierenden Merkmale darstellt.“ Mit entsprechenden Verfahrenstechniken lassen sich schließlich die Daten verarbeiten und Forschungsfragen beantworten (Vgl. Bortz/Döring 2006, S. 149). Einige Aspekte der Studie werden hingegen durch eine qualitative Sichtung und Verarbeitung des Materials erstellt und ergänzt. Auch die Analyse zur Abfolge der Zweifeltypen in Kapitel 6.5 generiert als erste Studie ihrer Art neue Annahmen.

### 5.3.2 Inhaltsanalyse und Stichprobenbildung

Um das gesamte Textmaterial zur Beantwortung der Forschungsfragen eingrenzen zu können, ist die Ziehung einer repräsentativen Stichprobe erforderlich (Vgl. Früh 2011, S. 105).

Da das Analysematerial mit über 7000 Texten sehr umfangreich ist, muss dieses reduziert und die Zweifel einzeln identifiziert und extrahiert werden. Eine Möglichkeit dies zu tun, ist die Verwendung von Schlüsselwörtern. Hierzu werden stichwortartig hundert Zweifel untersucht und Schlüsselwörter, welche auf weitere Zweifel hinweisen könnten, gesammelt. Dabei kommt ein Randomisierungsverfahren innerhalb von Quotenvorgaben zur Anwendung. Ein Minimum von 20 Zweifel pro Zeitung sowie die Analyse von 1 bis 2 Zweifeln in jedem Monat des Untersuchungszeitraums sollen eine gewisse Ausgewogenheit garantieren. Auf Basis dieser wird das gesamte Textmaterial reduziert und die Stichprobe generiert. Dazu werden neben dem Begriff „Hypo Alpe Adria“ die einzelnen Schlüsselwörter in die Suchleiste der

Datenbank APA Defacto der Austria Presse Agentur eingegeben und mit einem UND bzw. UND NICHT verbunden. Für das Schlüsselwort „falsch“ wird im Suchfeld beispielsweise „Hypo Alpe Adria UND falsch“ eingegeben. Für das nächste Schlüsselwort „verschwiegen“ lautet die Eingabe „Hypo Alpe Adria UND verschwiegen UND NICHT falsch“. Für das dritte Wort „vorgetäuscht“ wird „Hypo Alpe Adria UND vorgetäuscht UND NICHT falsch UND NICHT verschwiegen“ als Suchbegriff notiert. Dieser Vorgang wird wiederholt, bis alle Texte, auf die die gewählten Schlüsselwörter verweisen, untersucht wurden. Durch die „UND NICHT“ Eingabe kann somit sichergestellt werden, dass die Artikel nicht doppelt analysiert werden. Insgesamt führte diese Vorgehensweise zu einem Ergebnis von 1228 Texte. Von diesen erfüllten wiederum 442 Texte die Voraussetzungen (Zweifel enthalten, Hypo Alpe Adria als Hauptthema, keine Überschriften oder Texte in den Ressorts Kommentar, Meinung und Leser-Briefe, keine verkürzten Darstellungen) und werden in die Stichprobe aufgenommen.

Anschließend wird eine Inhaltsanalyse mit quantitativen und qualitativen Elementen anhand bestimmter Kriterien durchgeführt. Das Codebuch der vorliegenden Arbeit orientiert sich grob am Codebuch der Studie „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation“ von Roland Burkart und Uta Rußmann (2010) und wird um eigene Kategorien ergänzt. In einem Pretest, welcher insgesamt 50 Texte einschließt, wird das erstellte Codebuch getestet und gegebenenfalls verändert und ergänzt. Des Weiteren muss die Reliabilität der Studie sichergestellt werden. Dies erfolgt durch die Codierung einer kleineren Stichprobe aus dem gesamten Analysematerial an zwei verschiedenen Zeitpunkten. Diese werden anschließend auf Übereinstimmung geprüft. Für die statistische Auswertung der gesammelten Daten wird das Statistikprogramm SPSS sowie Excel herangezogen. Die Diagramme werden ausschließlich in Excel erstellt.

### 5.3.3 Einteilung Krisenphasen

Ein Hauptziel der vorliegenden Magisterarbeit ist das Erkennen der Zusammenhänge zwischen Krisenphasen und der Artikulation von Zweifeln. Um die Krisenphasen abzugrenzen, wird die Medienberichterstattung in

Verlaufskurven dargestellt und mit den Ereignissen der Hypo Alpe Adria in Verbindung gebracht. Hierzu müssen zunächst die Geschehnisse rund um die Bank genauestens analysiert werden, um Schlüsselereignisse der Krise zu identifizieren. Das geschieht vor allem durch das Zusammentragen von Informationen aus Büchern, Online-Ressourcen und Zeitungsartikeln. Zudem gibt die Häufigkeit der Medienberichterstattung Aufschluss darüber, wann vermehrt berichtet wurde und somit welche Ereignisse für die Öffentlichkeit von großem Interesse waren.

Um als Schlüsselereignis qualifiziert zu werden, kann laut Rauchenzauner (2008, S. 56) bereits ein einziger Nachrichtenfaktor ausreichen. Dieser muss das Ereignis jedoch derart außergewöhnlich erscheinen lassen, dass sich die Selektion durch den Journalisten erübrigt. Der Journalist kann sich dem Ereignis nicht entziehen, er kann lediglich die Art und Weise bestimmen, wie die Berichterstattung gestaltet wird. (Vgl. Rauchenzauner 2008, S. 56) Dabei dominiert in der Medienberichterstattung vor allem der Nachrichtenfaktor Negativismus, worin laut Rauchenzauner (2008, S. 60) auch der Grund dafür liegen könnte, dass in den Medien vor allem negative Schlüsselereignisse thematisiert werden. Ausgehend von diesem Hintergrund lässt sich die Annahme formulieren, dass aufgrund des Nachrichtenfaktors Negativität vermehrt in Krisenphasen berichtet wird, da sich die Relevanz für die Öffentlichkeit erhöht und der Journalist das Ereignis nicht ignorieren kann. Eine Darstellung der medialen Berichterstattung zur Hypo Alpe Adria erfolgt in Kapitel 6.1, anschließend wird der Zeitverlauf in Krisenphasen eingeteilt.

## **5.4 Vorstudie - Identifikation von Schlüsselwörtern**

Unter dem Schlagwort „Hypo Alpe Adria“ konnten insgesamt 7067 Texte ausfindig gemacht werden. 1098 davon stammten aus der *Kronen Zeitung*, 2018 aus dem *Standard*, 1875 aus dem *Kurier* und 2076 aus der *Presse*.

Als ersten Schritt der Analyse wurden mehrere hundert Artikel betrachtet und deren Zweifeläußerungen extrahiert. Hundert Zweifel wurden dabei exemplarisch analysiert und Schlüsselwörter, die auf Zweifel hinweisen, herausgefiltert. Geachtet wurde dabei auf ein ausgewogenes Verhältnis

zwischen den Medien (Voraussetzung: min. 20 Artikel pro Zeitung) sowie eine Ausgewogenheit im Zeitverlauf (Voraussetzung: 1-2 Zweifel aus jedem Monat im Untersuchungszeitraum 1.9.2008 bis 31.8.2014).

Für die Identifikation der Schlüsselwörter wurden 20 Zweifel in journalistischen Beiträgen der *Kronen Zeitung*, 26 Zweifel im *Standard*, 28 Zweifel im *Kurier* und 29 Zweifel in *der Presse* herangezogen. Relevant waren ausschließlich Texte, die die Hypo Alpe Adria als Hauptthema behandeln, Zweifel beinhalten, keine Kurzdarstellungen wie „in Kürze“ oder Überschriften sind und nicht in den Bereich Meinungen, Leser-Service, Kommentare oder Interviews fallen.

Die jeweiligen Texte wurden analysiert und mögliche Schlüsselwörter unterstrichen. Im Folgenden werden einige Beispiele vorgestellt, eine ausführliche Liste der analysierten Zweifel zu den Schlüsselwörtern befindet sich im Anhang (V).

Zweifel an der Wahrhaftigkeit:

*Wolfgang Peschorn, Chef der Finanzprokuratur, hört das gerne. Er ist einer der Verfechter einer raschen Hypo-Insolvenz. Böse Zungen meinen, er wolle so Fehler bei der Notverstaatlichung verdecken, die er maßgeblich ausverhandelt hat. (Kronen Zeitung, 24.12.2013)*

*Die Republik führt ins Treffen, die Bayern hätten vorsätzlich Risiken und Altlasten, die in der Bank schlummerten, verschwiegen und auch nicht wahrheitsgemäß über die Kapitalsituation Auskunft gegeben. (Kurier, 7.12.2012)*

Zweifel an der Legitimität:

*Massive Bedenken gegen das Gesetz hatte der Wiener Jus-Dekan Heinz Mayer geäußert: "Mit welchem Rechtstitel nehme ich jemandem Geld weg, obwohl er nichts Unrechtes getan hat?" (Die Presse, 1.8.2014)*

*Vor der Ära Berlin und Bayern ausgeheckte Geschäfte mögen abenteuerlich bis kriminell gewesen sein, die atemberaubende Expansion der Provinzbank erfolgte aber unter den neuen Eigentümern. Doch an der Aufklärung dieser Zusammenhänge scheint niemand allzu großes Interesse zu haben. (Der Standard, 30.8.2011)*

Zweifel an der Wahrheit:

*Die bisher von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen können unmöglich stimmen", rechnet der Insider aus dem Finanzministerium vor: Statt drei bis vier Milliarden koste der Hypo-Skandal die Steuerzahler "mit Sicherheit acht bis zehn Milliarden", also das Doppelte. (Kronen Zeitung, 21.3.2014)*

*Krugman hatte in New York vor einem Schicksal wie Island oder Irland gewarnt, wonach auch Österreich wegen des Ost-Engagements seiner Banken von einem Staatsbankrott bedroht sei. Also der völligen Zahlungsunfähigkeit des Landes. Pröll: "Das Krugman-Szenario ist absolut absurd. Diese Aussagen entbehren jeglicher Fakten-Grundlage." (Kurier, 16.4.2009)*

Zweifel an der Verständlichkeit:

*Sinnentleerte Phrasen unserer ewig lächelnden Spitzenpolitiker zum Zustand der Republik. (Kronen Zeitung, 20.11.2013)*

*So oft wie noch nie schrieben österreichische Journalisten heuer den Satz: "Es gilt die Unschuldsvermutung." Die Universität Graz kürte diese Phrase folglich zum "Unspruch des Jahres"; sie sei "irritierend". Das stimmt. (Die Presse, 30.12.2010)*

## **Schlüsselwörter:**

### Priorisierte Schlüsselwörter:

Die folgenden Wörter wurden in der Analyse unabhängig vom spezifischen Zweifel mehrfach genannt:

falsch, verschwiegen, vorgetäuscht, Vorwurf, getarnt, zweifelhafte, bewusst, bestritten, Debakel, Vorwürfe, kritisiert, Zweifel, Kritik, bestreitet.

### Relevanz für die empirische Analyse:

Für die vorliegende Studie werden je drei Schlüsselwörter pro Zweifeltyp zur Reduktion der Datenmenge herangezogen. Diese haben sich als besonders relevant erwiesen. So sollen die Voraussetzungen für ein potenziell ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Zweifeltypen geschaffen werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass ein Text diesen Zweifeltyp auch enthalten muss.

Begriffe wie „falsch“ oder „Vorwurf“ konnten beispielsweise in geringerem Ausmaß auch bei anderen Zweifeltypen gefunden werden.

- Zweifel an der Richtigkeit: Zweifel, Debakel, kritisiert
- Zweifel an der Wahrhaftigkeit: falsch, verschwiegen, vorgetäuscht
- Zweifel an der Wahrheit: Vorwurf, unrichtig, bestritten
- Zweifel an der Verständlichkeit: Sinnentleerte Phrasen, irritierend

Zusätzlich wird der Suchbegriff „unverständlich“ als drittes Schlüsselwort hinzugefügt, um die Chance einen weiteren Zweifel an der Verständlichkeit zu finden, zu erhöhen.

#### Andere Schlüsselwörter:

Die folgende Darstellung zeigt die Begriffe oder Wortfolgen, die in der Stichprobe je einmalig in Zusammenhang mit Zweifeln genannt wurden. Diese können auf weitere Zweifel hinweisen.

Beruhigungspille, vorgehaltener Hand, Wahrheit, abzulenken, Böse Zungen, Fehler, verdecken, Realität, unvollständig, Ungereimtheiten, vorenthalten, dumm, seltsam, legitim, vertuschen, verzögern, budgettricksen, klingt anders, vorsätzlich, nicht wahrheitsgemäß, Grundsätze über Board geworfen, Verborgenen, verachten, verwunderlich, gewusst, geschädigt, überstiegen, bestreiten, gewarnt, warnte, faule, bekannt, nicht mit rechten Dingen, ungläubig, skurril, bezweifelt, diskret, vermutet, geschönt, Widersprüche, harmlos, kriminelles, vorgetäuschte, unverschämt, zugegeben, Verdacht, eindeutig, getäuscht, nicht ordnungsgemäß, tatsachengetreu, Leichen im Keller, profitiert, verschleiern, durchtauchen, bezweifeln, marode Bank, anzudrehen, Eigennutz, unterstellt, gerätselt, schuldig, ungünstigste, unrichtige, Verschleierung, Verschweigung, Bedenken, Unrechtes, zweifelt, Rechtmäßigkeit, unwiederbringlich, verloren, Doppelgleisigkeiten, hohe Risiken, dargestellt, eingeschränkte, längst, gescheitert, unrechtmäßig, Chaos, sinnlose, vorwerfen, mitverantwortlich, schleifen, Versteckspiel, unrentabler, keinen Leistungsnachweis, ausrutschte, Patriotenrabatt, missbraucht, nie erhalten dürfen, stimmt nicht, nichts zu tun, Klagen, zerreißt, untätig, erreichbar, abkassiert, gegönnt, ausweisen müssen, mangelhaft, nicht umgesetzt, schräge Geschäfte, viel Geld gekostet, keine Sicherheiten, abenteuerlich, kriminell, Aufklärung, Interesse, ungeklärt, Unregelmäßigkeiten, gewusst, umtriebige, schiefe Optik, ungerechtfertigt bereichert, einsacken, obszön, Aufklärung, Skandal, übernommen, missbraucht, spielte, aufklärungswürdig, schlecht hingeschaut, Nachspiel, vereinbar, zinsenlosen Kredit, fahrlässig, systematisch, ausgeräumt, zu wenig, vorgeworfen, bereichert, unmöglich, tatsächlich, durchgesickert, überrascht, Unwahrheit, Verleumdung, Unsinn, zurückweist, Schwachsinn, beteuert, widerlegt, wirft vor, säumig, absurd, Fakten-Grundlage, dementiert, sinnleere, Phrasen, irritierend.

*Tabelle 3: Schlüsselwörter*

## 5.5 Operationalisierung

Auf Basis des Erkenntnisinteresses wird ein Kategoriensystem entwickelt, das als Messinstrument der Inhaltsanalyse dient. Zur Beantwortung der Forschungsfragen müssen die erhobenen Daten systematisch operationalisiert, das heißt, messbar gemacht, werden. Es wird ein Codebuch erstellt, denn nur so lassen sich die Ergebnisse später objektiv überprüfen und nachvollziehen. (Vgl. Luzar 2004, S.219)

Im Folgenden sollen die Haupt-Indikatoren genauer beschrieben und relevante Begriffe definiert werden. Das Codebuch orientiert sich am Codebuch der Studie „Qualität des öffentlichen und politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation“ von Burkart und Rußmann (2010) und wurde für die vorliegende Studie modifiziert.

Die Nummerierung der Variablen im Codebuch erfolgt jeweils dreistellig. Variablen, die thematisch zusammengehörig sind, werden durch die gemeinsame Hunderterstelle gekennzeichnet. Variablen mit der Nummer **V1XX** beziehen sich auf formale Kriterien. Variablen mit einem inhaltlichen Bezug zur Zweifeleinheit sind mit **V2XX** markiert. Zweifelstypen sind unter **V3XX** zu finden, Begründungen unter **V4XX** und Lösungsvorschläge in Zusammenhang mit der Zweifeläußerung sind mit **V5XX** gekennzeichnet. Unter **V6XX** ist der genaue Wortlaut des Zweifels inklusive Lösungsvorschlag und Begründung einzutragen. Das gesamte Codebuch befindet sich im Anhang, soll jedoch teilweise auch an dieser Stelle erläutert und mit Beispielen aus dem Untersuchungsmaterial veranschaulicht werden. Zunächst müssen jedoch einige Begrifflichkeiten, die im Codebuch Verwendung finden, näher erläutert werden. Beziehen sich diese auf eine bestimmte Variable, so sind sie in Klammern in der Form VXXX vermerkt.

### **Begriffsdefinitionen:**

#### Zweifeleinheit (V101):

Die Analyseeinheit auf formaler Ebene ist der Zeitungsbeitrag (V102). Auf inhaltlicher Ebene ist der einzelne Zweifel als Codiereinheit relevant. Dieser kann sich über mehrere Sätze oder ganze Absätze erstrecken. Entscheidend

ist hier die inhaltliche Einordnung als Sinneinheit, die in der vorliegenden Arbeit als „Zweifeleinheit“ bezeichnet wird. Werden in einem Artikel mehrere unabhängige Zweifel geäußert, so werden diese einzeln codiert.

#### Schlüsselwort (V201):

Unter „Schlüsselwort“ sind jene Begriffe zu verstehen, die auf einen Zweifel hinweisen können und zur Abgrenzung der Stichprobe Verwendung fanden. Zu beachten ist, dass es sich dabei jedoch nicht um ein einzelnes Wort handeln muss. Auch eine Abfolge von mehreren Wörtern ist möglich wie z.B. „schiefe Optik“.

#### Medium (V104):

Als Medium werden die vier österreichischen Tageszeitungen *Der Standard*, *Die Presse*, die *Kronen Zeitung* und der *Kurier* bezeichnet.

#### Journalist als Diskurs-Anwalt:

Der Journalist als Diskurs-Anwalt stellt Geltungsansprüche in Frage und formuliert Zweifel. Er handelt als Bindeglied zwischen Akteuren und der Gesellschaft und schafft die Grundvoraussetzungen für eine potenziell gelungene und dadurch auf Verständigung ausgerichtete Kommunikation. Der Journalist als Diskurs-Anwalt wird in Kapitel 2.3 näher thematisiert.

### **Indikatoren zur Beantwortung der Forschungsfragen:**

#### Krisenphase und Krisenzyklen (V107 und V108):

Unter Krisenphase ist ein Abschnitt innerhalb des Krisenzyklus, der bestimmte Merkmale aufweist, zu verstehen. In der vorliegenden Studie wird von einer Unterteilung des Krisenzyklus in je vier Phasen ausgegangen. Wenn von einer Krisensituation gesprochen wird, handelt es sich dabei um einen Überbegriff, der die latente, akute und post-kritische Phase umfasst. Die Einteilung der Krisenphasen und -zyklen im Codebuch bezieht sich auf das Datum. Welcher Krisenphase und welchem Krisenzyklus das jeweilige Datum zuzuordnen ist, wird in der Vorstudie zur Darstellung des Krisenverlaufs und der Einteilung der Krisenphasen in Kapitel 6.1.2 genau erläutert.

### Zentrales Thema (V202):

Für jede Zweifeleinheit ist das zentrale Thema des Zweifels einzutragen z.B. Zweifel an der Idee der „Abwicklung“. Kommt es zur Thematisierung mehrerer Aspekte in einer Zweifeleinheit, so ist ein Hauptthema zu identifizieren. Ist dies nicht möglich, kann die Ausprägung „Nicht entscheidbar“ gewählt werden. Die Variable „Kulterer als zentrale Figur“ umfasst alle Aktivitäten des ehemaligen Hypo-Chefs, in denen Wolfgang Kulterer als Person oder seine Handlungen im Zentrum stehen. Ist er lediglich ein Akteur von vielen, so ist diese Ausprägung nicht zu wählen. Die Variablen „Alpenkönig und Schlosshotel“ bezeichnet Immobilien rund um die Hypo Alpe Adria. Die „Causa Birnbacher“ beschreibt den Fall eines gefälschten 6-seitiges Gutachtens, für das der Gutachter Birnbacher, beauftragt von Jörg Haider, mehrere Millionen Euro Honorar kassierte.

Das folgende Beispiel zeigt eine Zweifeleinheit, die das Thema „Notverstaatlichung“ zentral thematisiert.

#### Beispiel - Notverstaatlichung:

*„Die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria im Jahr 2009 unter Finanzminister Josef Pröll wurde dilettantisch und zum Nachteil Österreichs durchgeführt“, sagt Glawischnig. (ID 301; Kronen Zeitung, 16.6.2013)*

### Journalistenrolle (V203):

Differenziert wird hier, ob der Journalist Zweifeläußerungen von anderen Parteien wiedergibt oder selbst aktiv zum Zweifler wird. Tritt der Journalist als Mediator auf, so erwähnt er direkte oder indirekte Zitate von anderen Personen und verweist auf den Zweifler. Der Journalist als Kommunikator, kommentiert hingegen Zweifel, äußert eigene Positionen und richtet sich dabei direkt an die Öffentlichkeit.

#### Beispiele - Journalist als Mediator:

*"Das hat sich alles im Bereich Kirchers abgespielt", sagt Chini. "Wie kann er jetzt behaupten, dass es Zweifel an der Konstruktion gab. Niemand hätte Kircher damals zu der Emission der Aktien zwingen können." (ID 223; Kurier, 26.11.2013)*

*SP-Klubchef Karl Frais sieht es als "Bankrotterklärung des ‚Mehr privat, weniger Staat-Systems“, dass "eine Bank zu Kreuze gekrochen ist, um verstaatlicht werden zu dürfen", und erklärt das "Goldeselprinzip", nach dem der Kärntner LH Gerhard Dörfler auch noch Geldgeschenke verteilt hat, zur "politischen Dekadenz in Reinkultur". (ID 244; Kronen Zeitung, 16.12.2009)*

Beispiele - Journalist als Kommunikator:

*Bis zu 13 Milliarden bleiben an den Steuerzahlern hängen. "Wie kommen wir dazu?", fragen sich viele Bürger. Wieso werden nicht jene Politiker belangt, die das Debakel verursacht haben? (ID 337; Kurier, 15.2.2014)*

*Die vorzeitige Ablöse des Anwalts der Republik wäre jedenfalls beispiellos. Ein echter Paukenschlag. Soll da bloß ein unbequemer Geist mundtot gemacht werden? (ID 317; Die Presse, 7.12.2013)*

Zweifelhafte Hauptakteure (V204) und Verfasser (V205):

**Zweifelhafte Akteure** sind jene Personen oder Institutionen, deren Verhalten, Handlungen oder Aussagen angezweifelt werden. Diese werden namentlich und gegebenenfalls zusätzlich mit ihrer Funktion notiert. Die Liste wird während der Analyse ständig ergänzt. Anschließend werden die Ergebnisse in Kategorien zusammengefasst. Akteure, die keiner dieser Ausprägungen entsprechen werden unter „Sonstige“ notiert. In „Nicht entscheidbar“ fallen jene Einheiten, bei denen eine Zuteilung zu einer Kategorie nicht eindeutig möglich ist.

**Verfasser** sind hingegen jene Personen oder Institutionen, die Zweifel am Verhalten, den Handlungen oder Aussagen von zweifelhaften Hauptakteuren äußern oder Fakten richtig stellen. Wie in V204 werden diese namentlich notiert und nach der Codierung in Kategorien zusammengefasst.

Im folgenden Beispiel kritisiert der Aufsichtsratsvorsitzende der Hypo Alpe Adria Johannes Ditz das Handeln der Regierungsparteien und zweifelt insbesondere an dem von Maria Fekter. Ditz gilt somit als Verfasser des Zweifels, die Regierungsparteien als zweifelhafte Akteure. Für die Variable Verfasser wurde daher die Ausprägung „Hypo Akteure Österreich“ gewählt, für die Variable „Zweifelhafte Akteure“ die Ausprägung „Regierungsparteien“.

### Beispiel - Verfasser und Zweifelhafte Akteure:

*"Ich bin verwundert, dass man sich nur darauf konzentriert, ob die Bad Bank die Staatsschulden erhöht oder nicht", ärgert sich Johannes Ditz, der vergangenen Juni als Aufsichtsratschef der Hypo zurückgetreten ist. Man sollte besser rasch schauen, wie man das Hypo-Problem löst. Das Nicht-Entscheiden der Politik und das Langsam-vor-sich-hin-Administrieren der Bank mache die Sache nur noch teurer. "In Wahrheit hat man ein ganzes Jahr verloren", sagt Ditz. Er hat im Mai vorigen Jahres Finanzministerin Maria Fekter gewarnt, dass die Hypo ohne rasche Errichtung einer Bad Bank zumindest eine Milliarde Euro brauchen werde. 1,75 Milliarden brauchte die Hypo im Vorjahr sogar. (ID 325; Kurier; 31.1.2014)*

### Zweifeltyp (301):

Akteure bringen verschiedene Zweifel an den Geltungsansprüchen nach Habermas zum Ausdruck. Unterschieden werden können hierbei vier Zweifeltypen. Sind mehre Zweifeltypen in einer Zweifeleinheit zu finden, so wird der Zweifel notiert, der im Vordergrund steht.

- Zweifel an der **Richtigkeit bzw. Legitimität**: Dieser Zweifeltyp meint die Anzweiflung an der Richtigkeit oder Angemessenheit des Verhaltens/Handelns eines Akteurs. Werden allgemein geltende Werte oder Normen missachtet, wird der Zweifel an der Legitimation codiert.

### Beispiele - Legitimitätszweifel:

*Mit einem unterschwelligem Vorwurf revanchierte sich der Finanzminister bei seiner Vorgängerin, die die marode Bank laut Eigenaussage lieber in Insolvenz geschickt hätte, statt selektiv die nachrangigen Gläubiger zur Kasse zu bitten. Ich glaube, dass ich mich auch mittlerweile sehr gut auskenne, sagt Spindelegger. Nur habe ich es entschieden und nicht zweieinhalb Jahre Zeit verstreichen lassen. (ID 171, Der Standard, 27.6.2014)*

*Bank-Austria-Generaldirektor Willibald Cernko übte am Dienstag harsche Kritik an der Vorgangsweise Bayerns. Der öffentliche Eigentümer habe sich zur Hintertür hinausgeschlichen und einen Sack voller Probleme zurückgelassen, die nun von den Steuerzahlern gelöst werden müssten. (ID 379, Kurier; 16.12.2009)*

- Zweifel an der **Wahrhaftigkeit**: Dem Akteur wird ein unehrliches Verhalten, eine bewusst unwahre Aussage oder eine Täuschungsabsicht unterstellt.

Beispiele - Wahrhaftigkeitszweifel:

*Um das Geld als Eigenkapital anzusehen - und das tun die Österreicher neuerdings -, müssten Hypo-Bilanzen gefälscht gewesen sein, argumentieren die Münchner. (ID 121; Der Standard, 21.12.2012)*

*Während die Ermittlungen der CSI Hypo dazu noch kaum Anhaltspunkte zutage förderten, offenbaren Bank-interne Dokumente, die dem KURIER exklusiv vorliegen, wahrlich Haarsträubendes aus der Bank in Klagenfurt: Die Ex-Vorstände haben in ihrer Not, Eigenkapital für die Hypo aufzutreiben, offenbar Gesetze verletzt, Investoren begünstigt und dann versucht, alles unter den Tisch zu kehren. (ID 68; Kurier, 22.12.2010)*

- Zweifel an der **Wahrheit**: Hier werden konkrete Sachverhalte in Frage gestellt. Stimmen Zahlen, Fakten oder dargestellte Gegebenheiten?

Beispiele - Wahrheitszweifel:

*Die Kosten für den Steuerzahler könnten sich in Wirklichkeit nicht auf eine Milliarde, sondern auf fünf bis zehn Milliarden Euro belaufen, heißt es in dem Papier. Das Finanzministerium teilt diese Einschätzung nicht. Diese Berechnung sei nicht einmal bei einem Worst-Case-Szenario realistisch, sagt Aufsichtsratschef Johannes Ditz. (ID 421; Der Standard, 10.3.2012)*

*Der Aufsicht wurde die Kapitalerhöhung (91 Mio. Euro) per Ende Juni 2006 als unter Dach und Fach mitgeteilt; die Eigenmittelerfordernisse wären so erfüllt gewesen. Dem war offenbar nicht ganz so, wie sich inzwischen herausgestellt hat. Die Vorzugsaktien verkauften sich nämlich nur zäh. Per Juli 2006 waren überhaupt erst drei Mio. Euro zugeflossen, bis November 2006 waren es 69 Mio. (ID 191; Der Standard, 5.6.2010)*

- Zweifel an der **Verständlichkeit**: Dieser bezieht sich auf das Verständnis des Textes: Drückt sich der Akteur verständlich aus, werden die Inhalte des Gesagtem verstanden?

Beispiele - Verständlichkeitszweifel:

*"Es gilt die Unschuldsvermutung." Die Universität Graz kürte diese Phrase folglich zum "Unspruch des Jahres"; sie sei "irritierend". Das stimmt. (ID 536; Die Presse, 30.12.2010)*

*Sinnentleerte Phrasen unserer ewig lächelnden Spitzenpolitiker zum Zustand der Republik. (ID 534; Kronen Zeitung, 20.11.2013)*

Begründungsniveau (V401):

Wird der Grund, WARUM ein Akteur zweifelt im Text inkludiert, so liegt eine Begründung vor. Diese lässt sich in verschiedene Niveaus unterteilen: **Keine Begründung** wird codiert, wenn kein Grund für den Zweifel genannt wird, eine **vage Begründung** besteht, wenn diese ungenau ist, nicht näher konkretisiert wird oder auf allgemeine Behauptungen verwiesen wird und eine **konkrete Begründung** ist dann vorhanden, wenn der Zweifel auf Daten, Zahlen und Fakten basiert, Quellen angegeben sind oder sich der Journalist auf Experten bezieht. Ist eine genaue Zuordnung nicht möglich, wird „Nicht entscheidbar“ codiert.

Beispiel - Vage Begründung:

*Grün-Abgeordneter Bruno Rossmann: "Die Regierung wollte das Hypo-Desaster vor der Nationalratswahl vor den Wählern verbergen und hat deshalb auch im Finanzrahmen jeden Hinweis über das Ausmaß des Schadens vermieden." (ID 601; Kurier, 27.3.2014)*

Beispiel - Konkrete Begründung:

*Die Staatsanwaltschaft München wirft dem Ex-Chef der BayernLB, Werner Schmidt, vor, bewusst einen zu hohen Preis beim Kauf der Hypo Alpe-Adria gezahlt zu haben. Laut Süddeutsche Zeitung hatte die Hypo 2007 einen Wert von 2,5 Milliarden. Die Bayern zahlten für 50 Prozent plus eine Aktie insgesamt aber 1,675 Mio. Euro - umgerechnet also 400 Mio. Euro zu viel. (ID 607; Kurier, 17.10.2009)*

### Lösungsvorschlag: (501):

Ist ein Zweifel vorhanden, es wird jedoch gleichzeitig ein Vorschlag zur Problemlösung geäußert, so liegt ein Lösungsvorschlag vor. Dieser ist manchmal in der Zweifeleinheit integriert, kann jedoch auch anschließend erfolgen, solange ein klarer Bezug zum Zweifel gegeben ist. Es wird zwischen drei verschiedenen Niveaus von Lösungsvorschlägen differenziert: **Kein Lösungsvorschlag** wird codiert, wenn ein solcher nicht geäußert wurde, ein **vager Lösungsvorschlag** meint eine Aussage zu Ideen, Vorschlägen und Handlungsabsichten, jedoch ohne die Bezugnahme auf Zahlen, Daten oder Fakten und bei einem **konkreten Lösungsvorschlag** werden bereits konkrete Umsetzungsmaßnahmen auf Basis von Fakten angesprochen

#### Beispiel - Vager Lösungsvorschlag:

*"Es darf nicht sein, dass sich Spekulanten noch einmal auf Kosten der Steuerzahler eine goldene Nase verdienen", sagte Klubobfrau Kathrin Nachbaur. Sollten tatsächlich Informationen aus dem Finanzministerium herausgegeben worden sein, "muss Spindelegger als Finanzminister politisch und rechtlich die Verantwortung für diesen Skandal übernehmen", so Nachbaur. Die Politikerin erklärte, dass sie schon vor drei Wochen vom Verdacht eines Insiderhandels rund um Hypo-Papiere gewarnt habe. "Dass nun die Finanzmarktaufsicht bereits aktiv ist, erhärtet den Verdacht. Wir brauchen in diesem sensiblen Fall rasch Aufklärung und Transparenz", so Nachbaur. (ID 168; Die Presse, 29.3.2014)*

#### Beispiel - Konkreter Lösungsvorschlag:

*Margit Schratzenstaller, Budgetexpertin des Wifo, plädiert zwar auch für Sparmaßnahmen, kritisiert aber die "Rasenmähermethode" der Regierung: "Der Rasenmäher hat unterschiedliche Schnittflächen. Er sollte aber gar nicht angeworfen werden." Die Kürzungen im Bildungsbereich seien "unstrategisch". Zwar soll man auch dort Effizienzpotenziale heben - das Geld aber im System belassen. Die Ausgaben reduzieren müsse man eher durch die großen Strukturreformen: im Spitalswesen, im Bereich der Förderungen und im "föderalen System", also bei den Bundesländern. Und natürlich müsse die Verwaltung effizienter gestaltet werden. Auch für eine echte Steuerreform plädiert Schratzenstaller: Der Faktor Arbeit müsse entlastet werden, Gegenfinanzierungen in anderen Bereichen seien möglich. (ID 474; Die Presse, 28.4.2014)*

## 5.6 Pretest

Zum Testen des Kategoriensystems wird eine Teilstichprobe gezogen und analysiert. Lässt sich ein Beitrag nicht zuordnen, müssen Definitionen präzisiert oder neue Kategorien hinzugenommen werden. Unterkategorien können getauscht, eliminiert oder zusammengefasst werden. (Vgl. Früh 2007, S. 163f) Dies geschieht in einem Pretest.

Der Pretest ist eine Untersuchung zur Prüfung des Messinstruments wie etwa das Codebuch oder Fragebögen. Dazu wird eine Analyse der Stichprobe in einem geringen Ausmaß durchgeführt, die darauf abzielt, das Messinstrument zu optimieren. Ist es verständlich formuliert, sind alle wichtigen Definitionen enthalten und sind Ergänzungen nötig? Die Durchführung erfolgt mit einer begrenzten Zahl an Analyseeinheiten. Dabei sollten mindestens 20 Untersuchungseinheiten analysiert werden und es wird getestet, ob das Messinstrument „vollständig, widerspruchsfrei, eindeutig und einsatzfähig“ (Merten 2013, S. 127) ist. Da die Anzahl der Fehler, die bei der Codierung auftreten, meist exponentiell zur Anzahl der pre-getesteten Analyseeinheiten abnimmt, lassen sich Fehlerquellen erfolgsversprechend aufspüren und eliminieren. (Vgl. Merten 2013, S. 127)

Für den Pretest der vorliegenden Magisterarbeit wurden 40 Texte, die alle Voraussetzungen erfüllen, analysiert und das Codebuch auf diese Weise getestet. Das entspricht in etwa 10% der Stichprobe. Dabei wurde erkannt, dass einige Variablen für eine umfassende Analyse abgängig waren. Auch die Ausprägungen einiger Variablen war unvollständig. Die Ergänzungen wurden gesammelt und das Codebuch anschließend modifiziert. Zu diesen Neuerungen zählt der Einbezug der Variable 103 „Zweifelfolge“, Variable 105 „Ressort“ und Variable 108 „Krisenzyklus“. Des Weiteren wurden die Variablen 202 bis 501 durch die Ausprägung „Nicht entscheidbar“ bzw. „Nicht eindeutig“ ergänzt. Für die Variable 202 „Zentrales Thema“ wurden während des Pretests relevante Themenschwerpunkte gesammelt, die anschließend kategorisiert und als Variablenausprägungen im Codebuch notiert wurden. Außerdem wurde beschlossen, die Variable 204 „Zweifelhafte Akteure“ und Variable 205 „Verfasser“ auf Grund der Vielzahl an Akteuren als offene Variable zu gestalten und erst im Anschluss an die Codierung in Kategorien

einzuordnen. Zusätzlich wurden einfache Test-Analysen mit dem Statistikprogramm SPSS durchgeführt, um Mängel bei der Codierung zu erkennen.

## **5.7 Validität und Reliabilität**

Die Gütekriterien Validität und Reliabilität sichern den Qualitätsstandard und zeigen, ob das Instrument das misst, was es messen soll und ob diese Messung verlässlich ist. (Vgl. Früh 2011, S. 120)

„Valide ist die Inhaltsanalyse dann, wenn sie das erfasst, was der Forscher messen wollte, weil es begründbar bzw. plausiblerweise den zu erfassenden Sachverhalt umfasst.“ (Früh 2011, S. 195) Die Validität oder Gültigkeit misst daher die Angemessenheit des theoretischen Konstrukts für die Beantwortung der Forschungsfragen (Vgl. Früh 2011, S. 120) Das Codebuch der vorliegenden Magisterarbeit wurde an jenes der Studie „Qualität des öffentlichen und politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation“ von Burkart und Rußmann (2010) angepasst und modifiziert. Dieses wurde bereits angewandt und hat sich als valide erwiesen. Zusätzlich wurden die Kategorien sowie Forschungsfragen von einem Experten begutachtet. Ein zweites Kriterium für eine gelungene Inhaltsanalyse ist die Reproduzierbarkeit der Ergebnisse. Codieren verschiedene Codierer dasselbe Material, so spricht man von Intercoderreliabilität, wird das Material hingegen von einer Person an zwei verschiedenen Zeitpunkten codiert, so ist von Intracoderreliabilität die Rede. Als verlässlich gilt eine Inhaltsanalyse dann, wenn beide Auswertungen übereinstimmen. (Vgl. Früh 2011, S. 120) Dabei sagen die Ergebnisse laut Früh „sowohl etwas über die Güte des methodischen Instrumentariums als auch über die Sorgfalt der Codierer aus“ (Früh 2011, S. 188).

Für die Reliabilitätsprüfung stehen verschiedene Reliabilitätsmaße zur Verfügung. Möglichkeiten bieten beispielsweise die Methoden nach Holsti, Scott oder Cohen. Ein umfassender Koeffizient ist auch Krippendorffs Alpha. (Vgl. Früh 2011, S. 194f)

Für die vorliegende Studie wurde die Reliabilitätsprüfung mit Hilfe von Cohen's Kappa gewählt. Dieser Koeffizient kann für Kreuztabellen berechnet werden und zeigt den Grad der Übereinstimmung zwischen beiden Codierungen. Stimmen die Werte überein, so ist der Kappa-Koeffizient 1. Entsprechen die Werte der Zufallserwartung, so beträgt der Kappa-Koeffizient 0. (Vgl. Benesch 2013, S. 59) Die genauen Werte können wie folgt interpretiert werden:

Werte von $\kappa$	Stärke der Übereinstimmung
< 0,2	Schwach
0,21–0,40	Leicht
0,41–0,60	Mittelmäßig
0,61–0,80	Gut
0,81–1,00	Sehr gut

Abbildung 9: Richtwerte zur Interpretation von Kappa (Benesch 2013, S. 60)

Eine Schwäche von Cohen's Methode besteht jedoch darin, dass eine Klassifizierung auch zufällig geschehen kann, was in Kappa nicht berücksichtigt wird (Vgl. Benesch 2013, S. 59). Eine wohlüberlegte Codierung und genaue und nachvollziehbare Codieranweisung sind daher umso wichtiger. Bei Unsicherheiten können alternativ die Ausprägung „Nicht entscheidbar“ oder „Sonstige“ gewählt werden.

Für den Reliabilitätstest der vorliegenden Studie wurden 10% der Texte aus der Stichprobe nochmals codiert. Bei 442 codierten redaktionellen Beiträgen entspricht dies 45 Texten, welche insgesamt 76 Zweifeleinheiten beinhalten. Analysiert wurde dabei jeder 5. Artikel, beginnend mit dem 1.9.2008, um einen größeren Codierzeitraum abzudecken. Zusätzlich wurden die bereits codierten Variablen geschwärzt, um eine subliminale Einflussnahme bei der nochmaligen Codierung auszuschließen, da zur Identifikation der relevanten Texte auf den Codebogen zurückgegriffen wurde. Relevant für die Untersuchung waren die Variablen *Zentrales Thema*, *Rolle des Journalisten*, *Zweifeltyp*, *Begründung* und *Lösungsvorschlag*.

Die Reliabilitätsprüfung kam zu folgenden Ergebnissen:

Zentrales Thema: Der Kappa Koeffizient beträgt ,777

Rolle des Journalisten: Der Kappa Koeffizient beträgt ,964

Zweifeltyp: Der Kappa Koeffizient beträgt ,875

Begründung: Der Kappa Koeffizient beträgt ,818

Lösungsvorschlag: Der Kappa Koeffizient beträgt 1,000

Die Werte können somit allesamt als gut oder sehr gut eingestuft werden.  
Die Tabellen zur Auswertung sind im Anhang (VI) zu finden.

## 6. Ergebnisse

---

Die Darstellung der Ergebnisse und deren Interpretation erfolgt in fünf Teilen:

- In der *Vorstudie: Der Krisenverlauf* werden die Krisenphasen ermittelt und anschließend in Zeitabschnitte eingeteilt.
- Die *deskriptive Ergebnisse* dienen dazu, die Stichprobe besser zu verstehen. Hier werden relevante Häufigkeiten dargestellt und beschrieben.
- Die *Beantwortung der Forschungsfragen* bildet das Kernstück der Studie. Hier werden die Variablen auf einen Zusammenhang getestet und Annahmen überprüft.
- Unter *Ergänzungen* werden weitere interessante Ergebnisse zu den Forschungsfragen vorgestellt. Diese beziehen sich auf den Untersuchungsgegenstand.
- Abschließend erfolgt die *Konstruktion einer Zweifeltypen-Kurve*. Die Zweifeltypen werden hierzu einzeln dargestellt, mit den Krisenphasen verglichen und die Ergebnisse interpretiert.

### 6.1 Vorstudie: Der Krisenverlauf

#### 6.1.1 Analyse des Krisenverlaufs

Dieses Kapitel zielt darauf ab, Krisenzyklen zu bestimmen und anhand der Ereignisse rund um die Hypo Alpe Adria bestimmte Krisenphasen zu identifizieren und abzugrenzen. Wie in Kapitel 2.1 beschrieben, sind Krisen sehr individuell und lassen sich nur schwer einem Schema zuordnen. Des Weiteren haben die vorgestellten Studien gezeigt, dass die Dauer der Krisenphasen stark variieren kann. Zur Einteilung dieser werden in der vorliegenden Studie Schlüsselereignisse identifiziert. Schlüsselereignisse besitzen eine besonders große Tragweite und werden in den Medien ausführlich thematisiert (Vgl. Rauchenzauner, 2008, S. 56). Hier spielt vor allem die Intensität und die Dauer der Berichterstattung eine Rolle. In der

dieser Studie wird daher die Textanzahl in Verbindung mit Schlüsselereignissen für die Identifikation der Krisenphasen herangezogen.

Wie in Kapitel 2.1.1 bereits erläutert gibt es verschiedene Definitionen von Krisen. Für die vorliegende Arbeit wurden die Kernpunkte zusammengefasst: Krisen entstehen meist durch gegebenes Risiko, das Diskontinuitäten hervorrufen kann, die zeitlich begrenzt auftreten und einen Wendepunkt markieren. Krisen sind somit grobe Abweichungen des Normalzustandes und erreichen in einem Höhepunkt ihren Wendepunkt.

Bei der Definition der Krisenphasen wird auf die Begrifflichkeiten von Schulenberg (2008, S. 49f) zurückgegriffen und diese für die vorliegende Arbeit modifiziert. Die Hypo Alpe Adria ist ein Finanzinstitut mit einer langen, teilweise auch sehr kritischen Vergangenheit, in der viele Ursachen für die Krise zu finden sind, die sich auch schon vor dem Untersuchungszeitraum ereignet hatten. Als systemrelevantes Finanzinstitut ist sie außerdem stets in den Medien präsent. Das lässt sich auch daran erkennen, dass im gesamten Untersuchungszeitraum von sechs Jahren keine zwei Wochen vergingen, in der die Hypo Alpe Adria nicht in einem Text erwähnt wurde. Als *potenzielle Krisenphase* wird in der vorliegenden Studie daher eine Phase bezeichnet, in der eine eher geringe Berichterstattung gegeben ist, was in diesem Fall den Normalzustand definiert. In der *latenten Krisenphase* zeigt sich eine Abweichung in der Anzahl an publizierten Texten. Die Medien beginnen sich vermehrt für die Krisensituation zu interessieren. In der *akuten Krisenphase* wird schließlich der Höhepunkt erreicht. In der *post-kritischen Phase* nimmt die Anzahl der Berichte hingegen wieder ab und kehrt im Krisenzyklus auf das Niveau der *potenziellen Krisenphase* zurück.

Insgesamt wurden 7067 Texte, die den Begriff „Hypo Alpe Adria“ beinhalten, im Zeitraum zwischen 1. September 2008 und 31. August 2014 in den Tageszeitungen *der Standard*, *die Presse*, *Kurier* und *Kronen Zeitung* veröffentlicht. Leider mussten aufgrund der großen Textmenge weitere Indikatoren wie Umfang, Positionierung und die Hervorhebung der Artikel, die beispielsweise Klenk für seine Studie heranzog (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 31), an dieser Stelle vernachlässigt werden. Auch eine separate Betrachtung der einzelnen Tage war aus diesem Grund nicht umsetzbar. Die Monate im Untersuchungszeitraum wurden je in zwei Hälften unterteilt, um so zu

verdeutlichen, in welchen Zeiträumen die Anzahl der Artikel erhöht ist und einen Hinweis darauf zu erhalten, welche Abschnitte von den Medien als besonders brisant wahrgenommen werden. Relevant sind hierbei die Anzahl der Medienberichte sowie auch die Veränderung der Textmenge im Zeitverlauf. Zeigten sich grobe Abweichungen in der Anzahl der veröffentlichten Artikel, so wurde dieser Zeitraum genauer betrachtet und stichprobenartig die Inhalte der Artikel gelesen, um besagte Schlüsselereignisse in der Medienberichterstattung zu identifizieren. Entfällt aufgrund der großen Tragweite dieser besonderen Ereignisse der Selektionsprozess durch den Journalisten, so wird in allen Medien in einem ähnlichen Ausmaß darüber berichtet. Nur in einem solchen Fall soll in dieser Studie von einer Krisensituation gesprochen werden.

Für die grafische Darstellung der Berichterstattung wurde der Zeitraum auf der X-Achse in Monat1 und Monat2 unterteilt. Die Bezeichnung des Monats wurde dabei auf die ersten drei Buchstaben reduziert. Monat1 kennzeichnet die Zeit vom 1. bis zum 15. des Monats (z.B. Sep1 bedeutet 1. bis 15. September), Monat2 beschreibt hingegen den Zeitraum vom 15. bis zum letzten Tag des Monats (z.B. Sep2 bedeutet 15. bis 30 September). Die Y-Achse zeigt die Anzahl der veröffentlichten Texte im jeweiligen Jahr, die die Wortfolge „Hypo Alpe Adria“ beinhalteten. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde ein maximaler Wert von 100 bei allen Diagrammen gewählt.

Die einzelnen Printmedien werden durch verschiedene Farben repräsentiert. Die orange Linie zeigt die Anzahl der Texte in *der Presse*. Die Berichte des *Standards* sind durch die rote Linie gekennzeichnet. Die blaue Linie markiert die Anzahl der Texte des *Kuriers* und die violette Linie stellt die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* dar. Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurden die beiden Qualitätszeitungen *die Presse* und *der Standard* sowie die Blätter *Kurier* und *Kronen Zeitung* in je einer Grafik zusammengefasst. Zusätzlich wurde der Mittelwert der Textanzahl aller vier Zeitungen für einen einfachen und direkten Vergleich als grüne Linie dargestellt. Die Diagramme zeigen jeweils ein Jahr, beginnend mit September.



Abbildung 10: Legende Berichterstattung

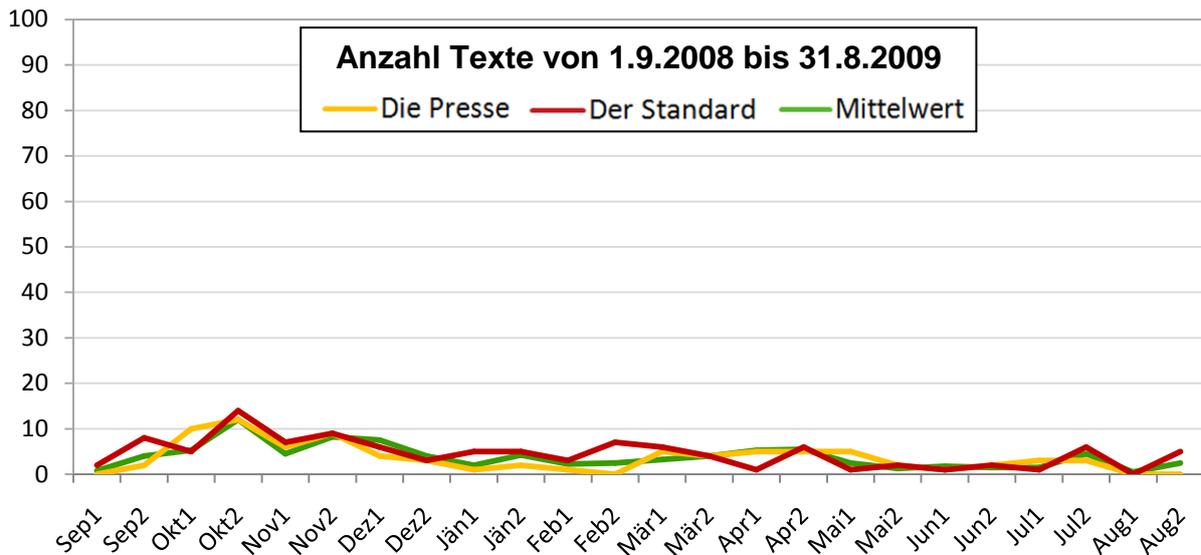


Abbildung 11: Anzahl Texte Presse & Standard 2008/2009;  
 Presse: N=85, Standard: N=109, Mittelwert: N=91

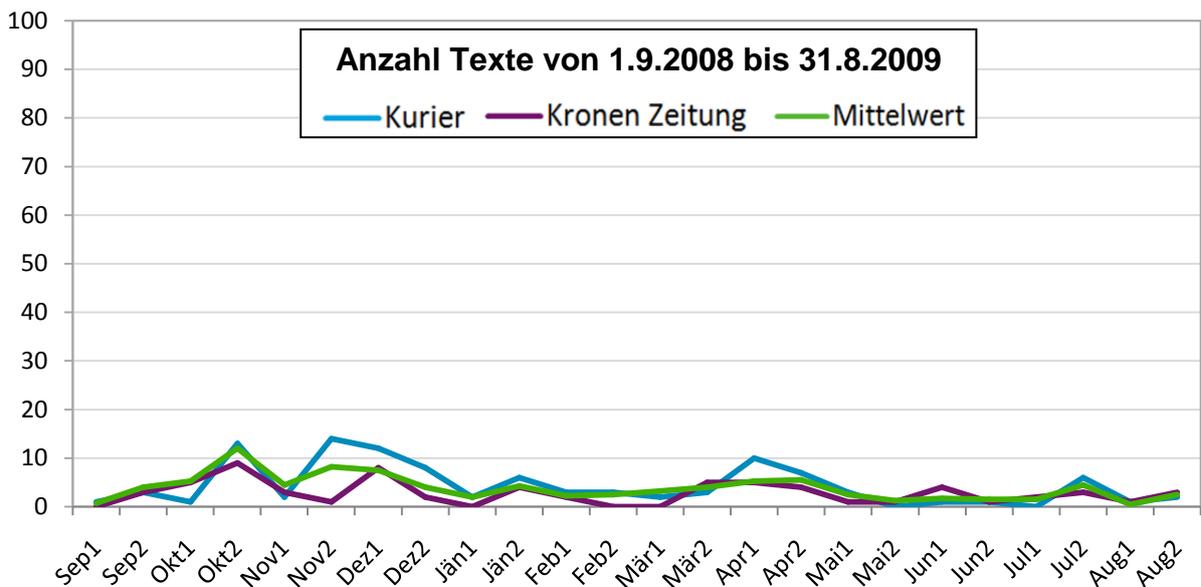


Abbildung 12: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2008/2009;  
 Kurier: N=104, Kronen Zeitung: N=67, Mittelwert: N=91

Wie der Verlauf der Medienberichterstattung zeigt, war das Jahr von 1.9.2008 bis 31.8.2009 von einer recht regelmäßigen Berichterstattung geprägt. Nur sehr vereinzelt erwähnten die Medien die Hypo Alpe Adria in mehr als 10 Texten pro Zeiteinheit. Eine geringe Unregelmäßigkeit, in der sich die Anzahl der Berichte in allen untersuchten Medien erhöht zeigt, ist im zweiten Teil des Oktobermonats zu finden. Zu dieser Zeit wird unter anderen thematisiert, dass die BayernLB einen Zuschuss benötigt. Dieser Abschnitt weist jedoch eine zu geringe Abweichung auf, um hier als Krise klassifiziert zu werden.

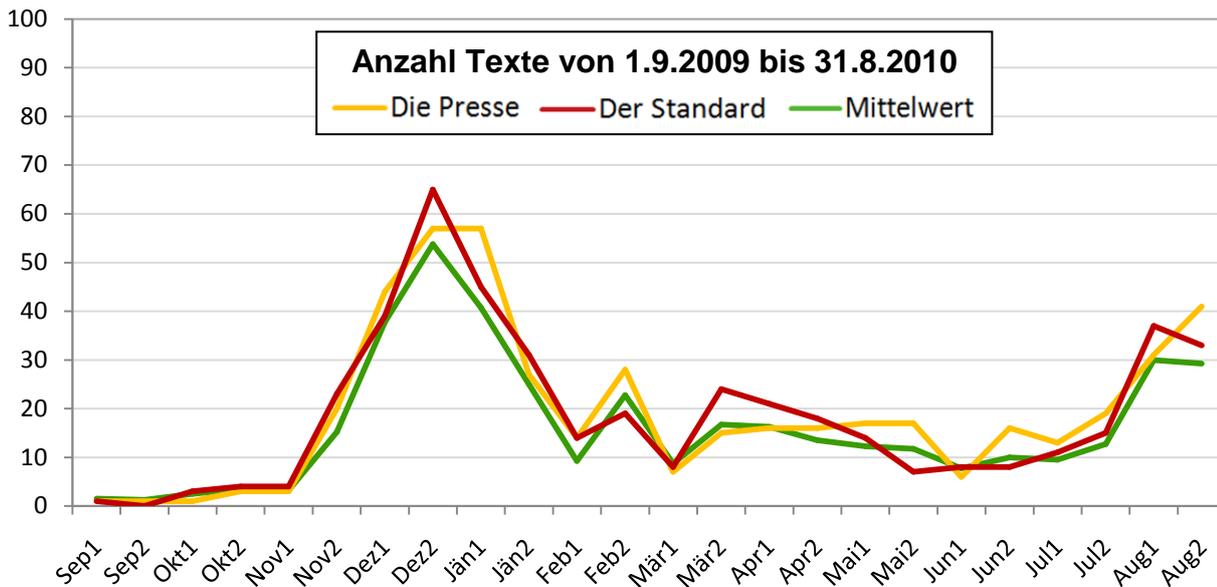


Abbildung 13: Anzahl Texte Presse & Standard 2009/2010;  
 Presse: N=470, Standard: N=452, Mittelwert: N=343

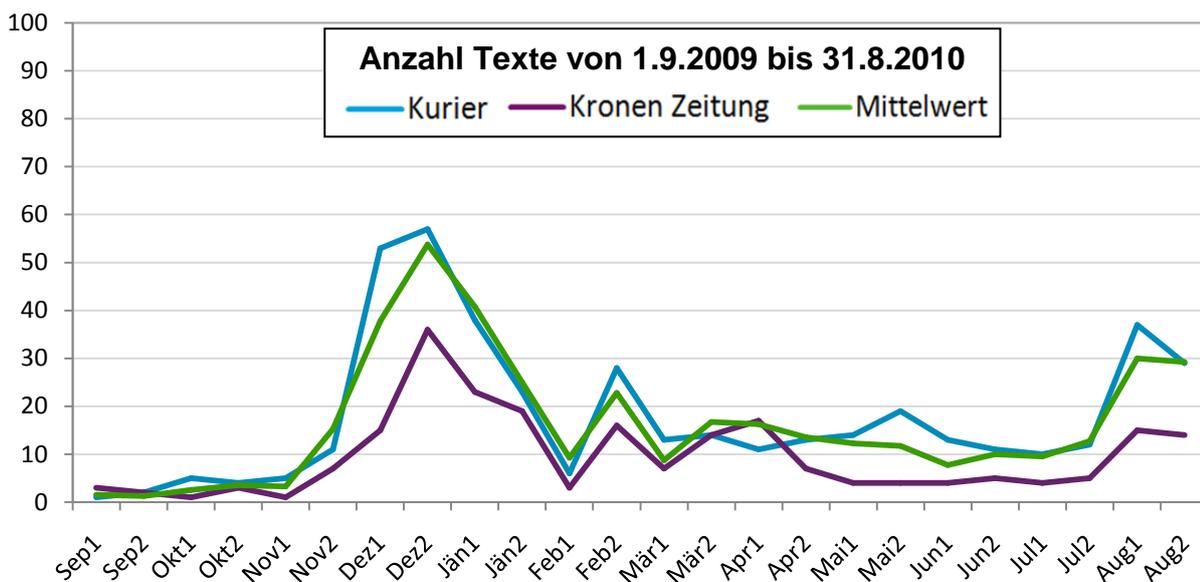


Abbildung 14: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2009/2010;  
 Kurier: N=429, Kronen Zeitung: N=229, Mittelwert: N=343

Für das Jahr zwischen 1.9.2009 und 31.8.2010 zeigen die Diagramme, dass das Unternehmen in Bezug auf die Anzahl der Berichte ab November 2009 auf eine Krisensituation zusteuert. Grund hierfür ist die Unsicherheit darüber, was mit der Hypo Alpe Adria geschehen wird. Am 11.11.2009 wird vor allem die Notwendigkeit der Erhöhung des Eigenkapitals der Bank thematisiert, München drängt dabei auf die Hilfe von Österreich. Der Hypo Alpe Adria scheint es immer schlechter zu gehen und so wird der 10.12.2009 zum Stichtag, an dem entschieden werden muss, was mit der dem Unternehmen

geschehen soll. Die Debatten und Diskussionen darüber werden von den Medien aufgegriffen. Der Höhepunkt des ersten Krisenzyklus wird schließlich im Dezember erreicht. Am 14.12.2009 wird die Hypo Alpe Adria notverstaatlicht, was am 15.12.2009 ausführlich in den Printmedien thematisiert wird. Diese Entscheidung stößt jedoch oftmals auch auf Kritik und es wird medial nach Schuldigen gesucht. Ab dem 20.12.2009 ist die Berichterstattung rückläufig und erreicht mit dem 16.1.2009 und der Ernennung von Johannes Ditz zum neuen Hypo Präsident wieder ihr gewohntes Ausmaß.

Der beschriebene Zeitabschnitt zeigt eine deutliche Abweichung vom Normalzustand und wird in der vorliegenden Studie als Krisensituation im ersten Krisenzyklus behandelt. Bis Februar ist die Berichterstattung rückläufig. Eine leichte Unregelmäßigkeit zeigt sich in der dritten und vierten Februarwoche, in der Franz Pinkl als Hypo Chef zurücktritt und Gottwald Kranewitter seine Nachfolge antritt. Danach setzt sich ab dem 2. Märzabschnitt der Trend nach unten fort und erreicht in der ersten Juni-Hälfte seinen Tiefpunkt. Anschließend beginnt sich eine neue Krisensituation zu entwickeln, die den gesamten August andauert. Am 10.7.2010 wird bekannt, dass die Hypo Alpe Adria weitere Zuschüsse in Milliarden-Höhe benötigt, was den Start der zweiten latenten Krisenphase markiert. Ab 29.7.2010 nimmt die Berichterstattung mit der Diskussion über ein Honorar von Alfred Gusenbauer, ein ehemaliger österreichischer Bundeskanzler, welcher als Berater für die Hypo Alpe Adria tätig war, stetig zu. Fast zeitgleich werden geheime Konten des 2008 verstorbenen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider entdeckt. Im August wird weiter ermittelt. Die Machenschaften der Hypo Akteure scheinen langsam aufgedeckt zu werden und in die Öffentlichkeit zu gelangen. Am 14.8.2010 wird der Vorstandschef der Hypo Alpe Adria Wolfgang Kulterer inhaftiert. Hier erreicht die Berichterstattung einen weiteren Höhepunkt. Das Thema „Kulterer in U-Haft“ bleibt bis 21.8.2010 hoch aktuell, verliert jedoch bis 9.9.2010 an Bedeutung. Dennoch wird die Haft von Kulterer in der nachfolgenden Berichterstattung immer wieder aufgegriffen.

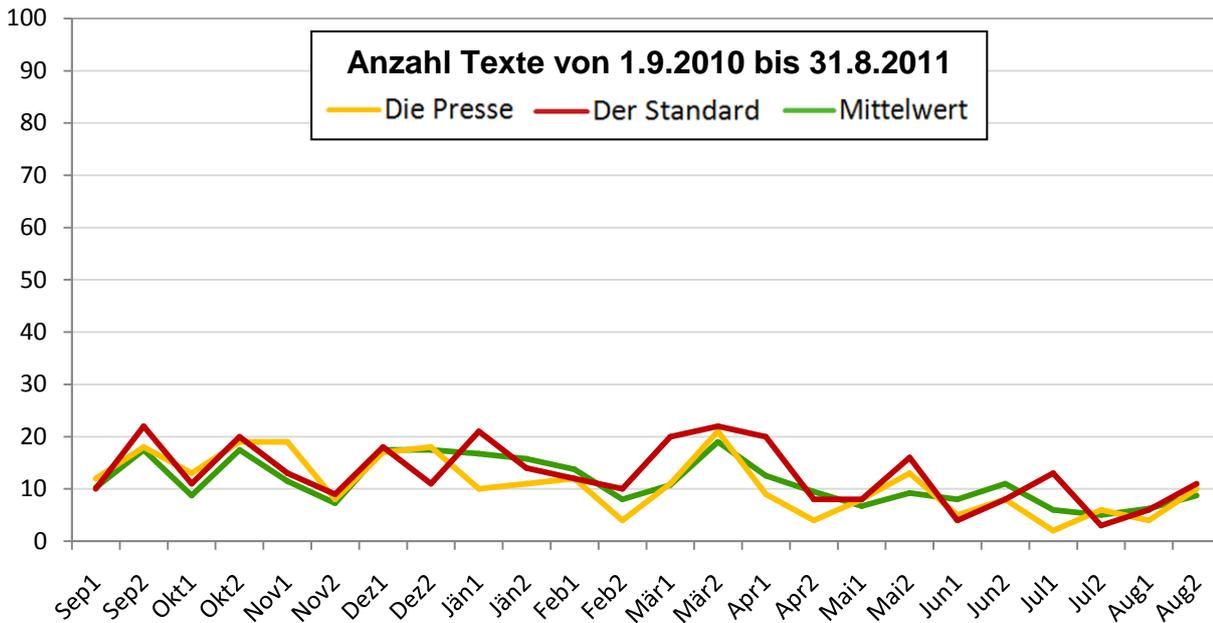


Abbildung 15: Anzahl Texte Presse & Standard 2010/2011;  
 Presse: N=262, Standard: N=310, Mittelwert: N=275

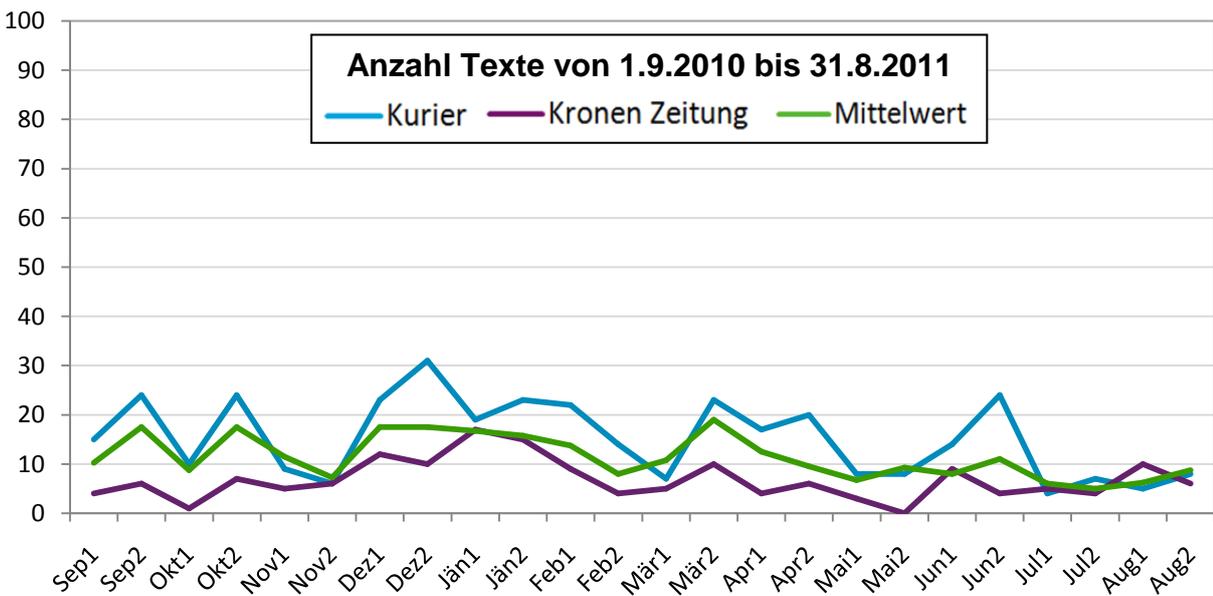


Abbildung 16: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2010/2011;  
 Kurier: N=365; Kronen Zeitung: N=162; Mittelwert: N=275

Das Jahr von 1.9.2010 bis 31.8.2011 zeigt eine bewegte Berichterstattung. Besonders die blaue Linie des *Kuriers* veranschaulicht eine mengenmäßig deutlich intensivere Publizierung von Texten im Vergleich zu den anderen Printmedien. Dies gibt jedoch keinen Hinweis auf die Intensität, mit der das Thema Hypo Alpe Adria behandelt wurde. Es könnte sich dabei auch vermehrt um eine kurze Erwähnung der Bank in verschiedenen Kontexten handeln. Nach der Krisensituation im August 2010 zeigt sich in allen Medien ein

deutlicher Rückgang der Berichte. Erneute Spitzen sind in der zweiten Hälfte des September- und Oktobermonats zu finden. Diese lassen sich jedoch als kleine Nachläufer der Krise bezeichnen, da sich hier die Anzahl der Texte weniger als verdoppelt und thematisch keine längerfristigen Schwerpunkte zu finden sind. Im Zeitraum von Dezember bis Anfang Februar ist der Mittelwert der Berichterstattung zwar etwas erhöht, dennoch lassen sich medienübergreifend keine eindeutigen Höhepunkte feststellen. Im Februar geht die Anzahl der Texte in allen Zeitungen zurück. Im zweiten Teil des Märzmonats erreicht der Mittelwert seinen Höhepunkt, das Ausmaß fällt jedoch wiederum sehr gering aus und findet deshalb keine Beachtung in der vorliegenden Studie.

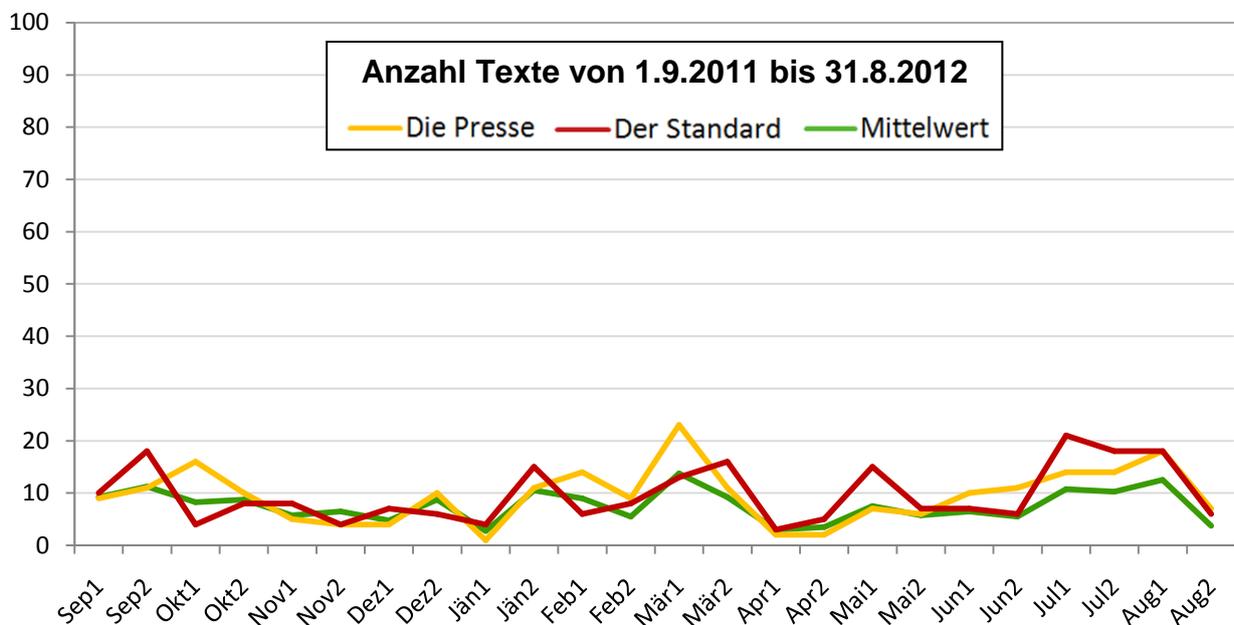


Abbildung 17: Anzahl Texte Presse & Standard 2011/2012;  
 Presse: N=229, Standard: N=233, Mittelwert: N=183

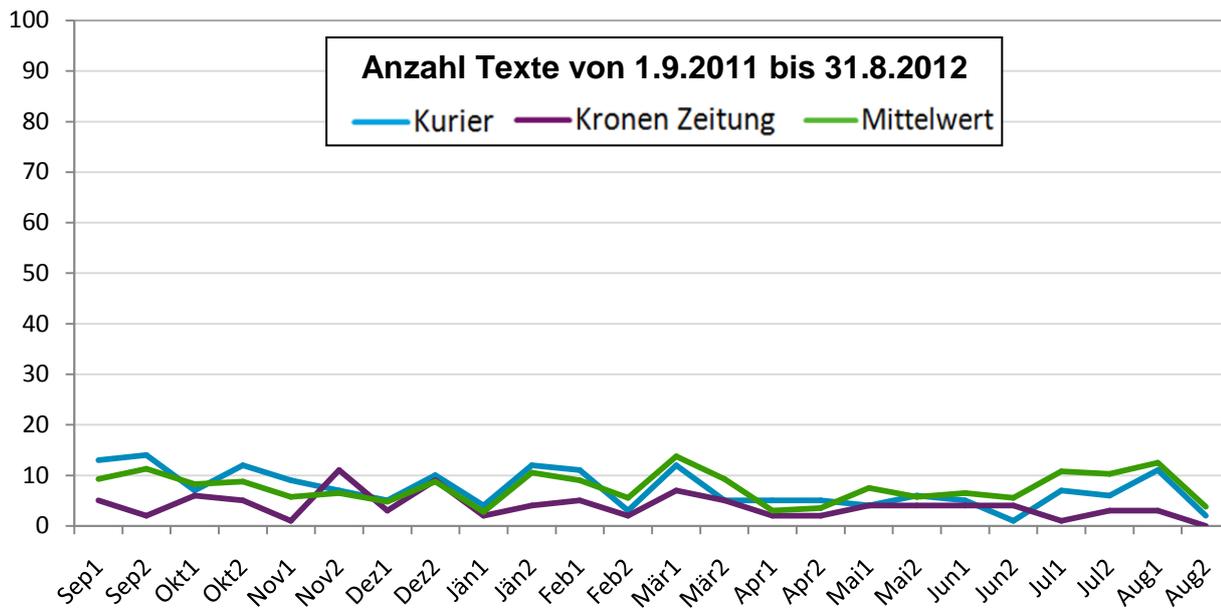


Abbildung 18: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2011/2012;  
 Kurier: N=176, Kronen Zeitung: N=94, Mittelwert: N=183

Das Jahr von 1.9.2011 bis 31.8.2012 gestaltete sich vergleichsweise ruhig. Auffällig ist eine Zunahme der Berichterstattung der *Presse* im ersten Teil des Märzmonats sowie der Höhepunkt der *Standard*-Berichterstattung im Juli. Diese werden jedoch nur bedingt von den anderen Medien geteilt und der Mittelwert befindet sich stets auf einem so niedrigem Niveau, dass auch hier nicht von einer Krisensituation gesprochen werden kann. Interessant und auffällig bei der Betrachtung der Diagramme ist die Ähnlichkeit der Kurve des *Kuriers* mit der des Mittelwerts. Vergleicht man zusätzlich die Anzahl der Texte mit jener aus dem Vorjahr, so wird deutlich, dass die Berichterstattung im *Kurier* im Vorjahr mit fast 100 Texten deutlich vom Mittelwert abweicht. Im Gegensatz dazu unterscheidet sich die Textmenge in diesem Jahr um nur 7 Beiträge. Warum diese Orientierung am Mittelwert erfolgt, lässt sich in dieser Studie jedoch nicht beantworten.

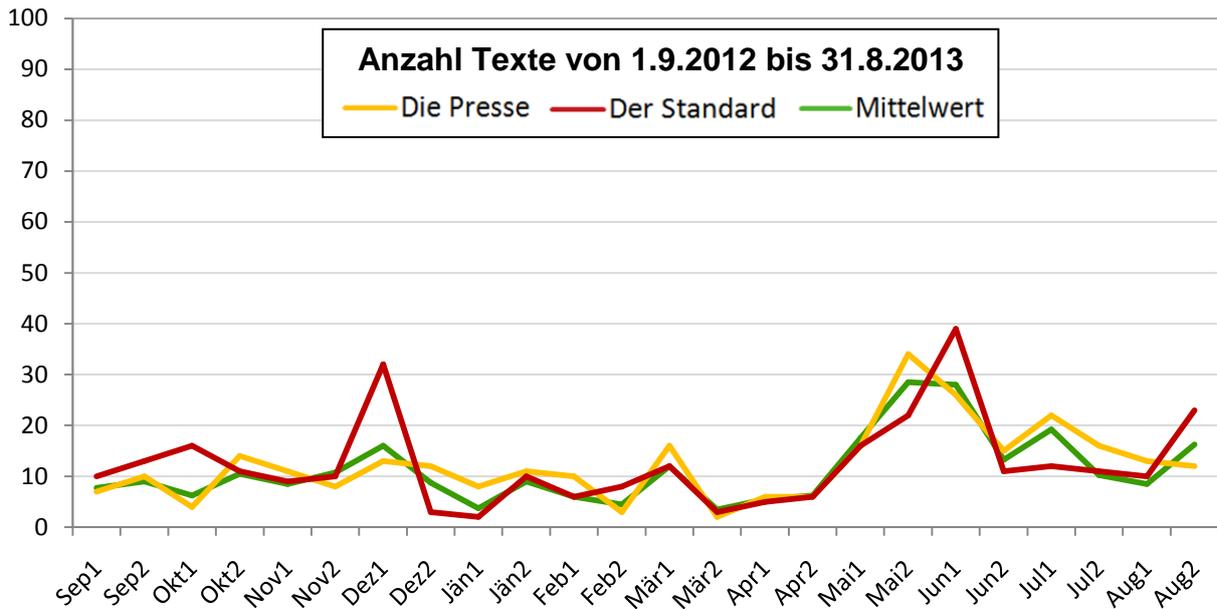


Abbildung 19: Anzahl Texte Presse & Standard 2012/2013;  
 Presse: N=295, Standard: N=300, Mittelwert: N=270

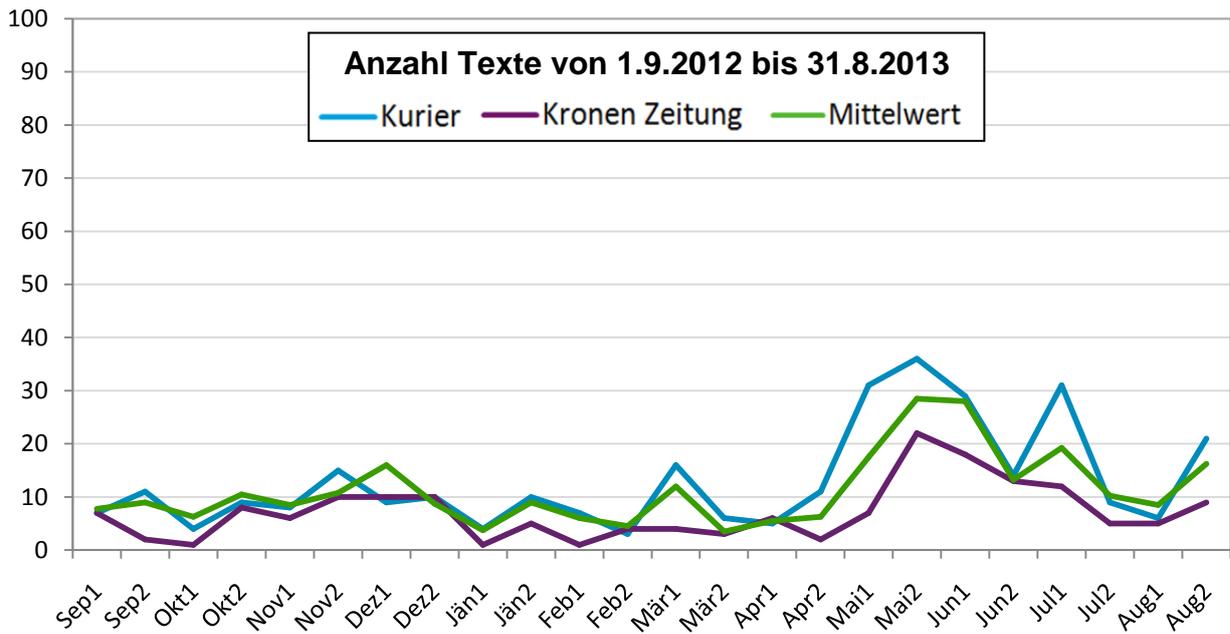


Abbildung 20: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2012/2013;  
 Kurier: N=312, Kronen Zeitung: N=171, Mittelwert: N=270

Auch in der Berichterstattung von 1.9.2012 bis zum 31.8.2013 lassen sich zu Beginn nur kleine Unregelmäßigkeiten finden. In der ersten Dezemberhälfte steigt die Anzahl der Berichte leicht an, fällt jedoch bis Jänner wieder. Ein deutlicher Anstieg zeigt sich hingegen im Mai 2013. Ab 2.5. wird die Abwicklung der Bank stärker medial thematisiert. Die Idee der Bad Bank wird

interessant und der Verkauf der Österreich-Tochter wird diskutiert. Ende Mai schlägt der Bundeskanzler Werner Faymann die Einführung einer Bankenabgabe vor. Am 6.1.2013 wird die Österreich-Tochter der Hypo Alpe Adria an die indische Finanzgesellschaft Anadi verkauft und ein Plan zur Abwicklung der Bank fertiggestellt. Am 3.6.2013 tritt Johannes Ditz als Hypo Präsident zurück und Klaus Liebscher wird neuer Aufsichtsratspräsident. Nur wenige Tage später tritt auch Gottwald Kranewitter als Chef der Hypo Alpe Adria zurück und der ehemalige Vorstandschef Wolfgang Kulterer wird verurteilt und muss Anfang Juli seine Gefängnisstrafe antreten. Danach nimmt die Berichterstattung wieder ab, zeigt sich jedoch in der zweiten August- und ersten Septemberhälfte abermals leicht erhöht.

**Anzahl Texte von 1.9.2013 bis 31.8.2014**  
 — Die Presse — Der Standard — Mittelwert

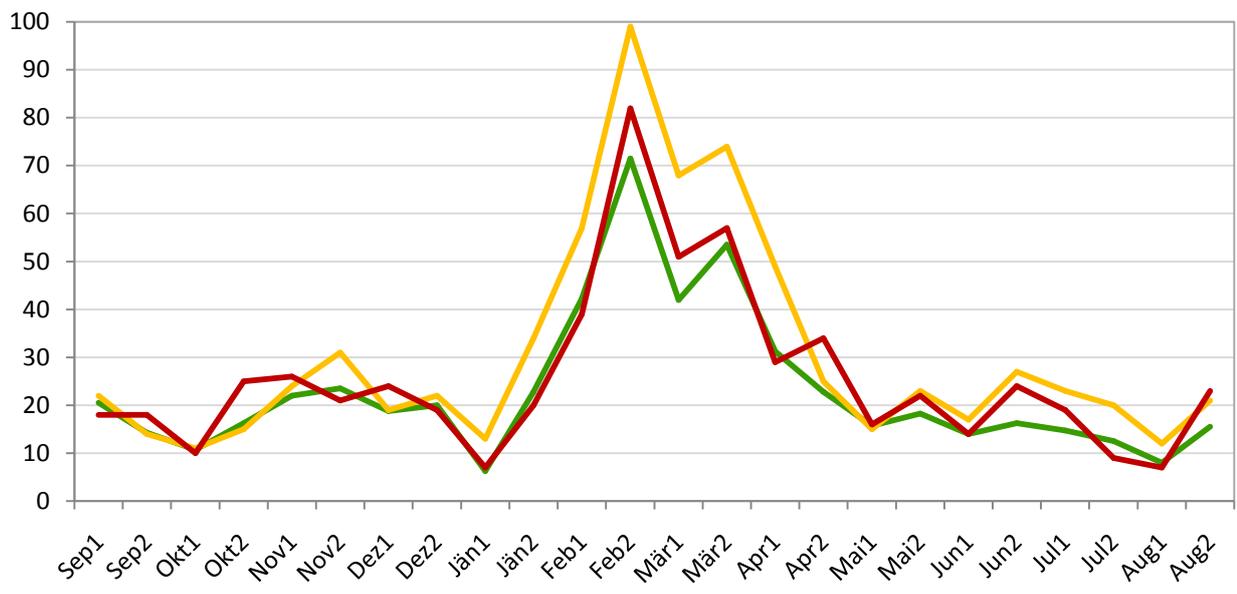


Abbildung 21: Anzahl Texte Presse & Standard 2013/2014;  
 Presse: N=735, Standard: N=614, Mittelwert: 553

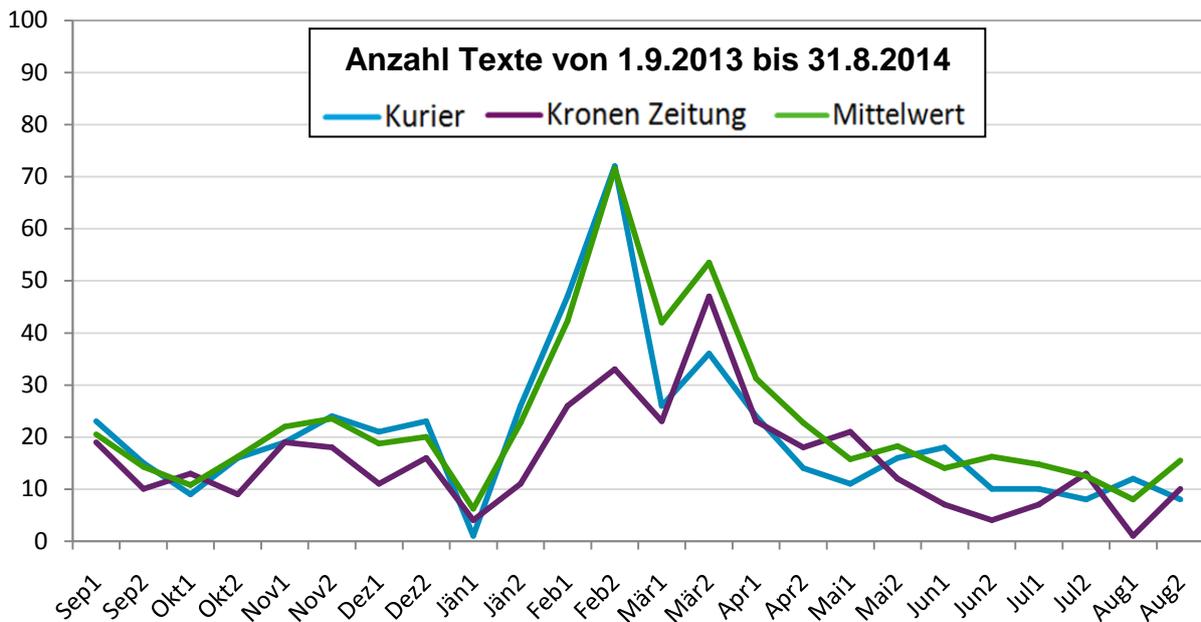


Abbildung 22: Anzahl Texte Kurier & Kronen Zeitung 2013/2014;  
 Kurier: N=489, Kronen Zeitung: N=375, Mittelwert: N=553

Das Jahr 1.9.2013 bis 31.8.2014 ist vor allem durch eine markante Krise im Februar und März geprägt. Im Oktober steigt die Anzahl der Berichte langsam an und bleibt in den Monaten November und Dezember leicht erhöht. Anfang Jänner lässt sich in allen Medien ein markanter Rückgang feststellen, der jedoch nicht lange anhält. In der zweiten Hälfte des Jännermonats steigt die Anzahl der Texte dramatisch an und erreicht in der zweiten Februarhälfte den Wendepunkt. An diesem Höhepunkt beträgt die Anzahl der Texte, die in *der Presse* veröffentlicht wurden 99 Stück. Auch in der zweiten Hälfte des Märzmonats lässt sich abermals ein Anstieg im Vergleich zur ersten Hälfte erkennen. Danach nimmt die Berichterstattung wieder ab und erreicht mit Mai 2014 wieder ihren gewohnten Umfang.

Dieser Krisenabschnitt thematisiert vor allem die Pläne zur Rettung der Hypo Alpe Adria. Am 22.1.2014 legt Wolfgang Kulterer ein Geständnis ab, was zu einer erhöhten Berichterstattung führt. Des Weiteren erhöht die Nationalbank den Druck auf alle Parteien, sich auf eine Lösung zur Hypo Abwicklung zu einigen. Die Stimmen, dass die Regierung eine Bad Bank beschließen soll, werden Ende Jänner immer stärker. Zudem steigt die Empörung der Steuerzahler über die weitere geplante Finanzierung der Hypo Alpe Adria. Am 11.2.2014 gilt das Modell der Bankenbeteiligung als gescheitert. Die Hypo wird dem Staat damit um 2 Milliarden mehr kosten, was Mitte Februar stark

thematisiert und kritisiert wird. Am 15.3.2014 wird schließlich die Entscheidung für eine Bad Bank fixiert. Gleichzeitig werden die Stimmen für einen U-Ausschuss immer lauter. Die Verantwortlichen sollen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden. Bis 28.3.2014 konnten 100.000 Unterstützer für einen U-Ausschuss gefunden werden. Im April 2014 ist die Zahl der Berichte rückläufig. Am 18.4.2014 wird bekannt, dass auf Grund der Hypo Alpe Adria Einsparungen im Bildungssystem nötig sind und die Hypo Verluste von 2,7 Milliarden Euro aufweist. Ab diesem Zeitpunkt beginnt der fünfte Krisenzyklus, welcher jedoch in der vorliegenden Arbeit über den Untersuchungszeitraum hinausreicht und daher nicht vollständig betrachtet werden kann.

### 6.1.2 Abgrenzung der Krisenphasen

Krisen entwickeln sich in Zyklen (Vgl. z.B. Alaybeyoglu 2007, S. 27). Der *potenziellen Krisenphase* folgt die *latente Krisenphase*. Der *akuten Krisenphase* folgt die *post-kritische Phase*.

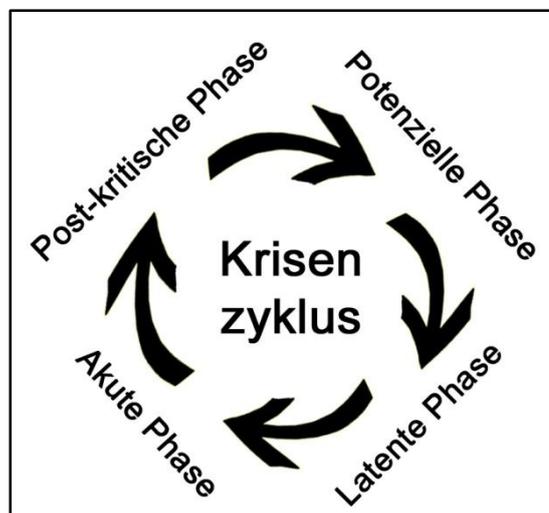


Abbildung 23: Krisenzyklus (eigene Darstellung)

Bei der Einteilung des Zeitverlaufs in die einzelnen Krisenphasen wurde vor allem die Anzahl der Texte und die Abweichung vom Normalzustand, in dem sich der Mittelwert der Beitragszahl meist zwischen einem und etwa 20 Texten bewegt, die Schlüsselereignisse sowie auf Grund des Umfangs

stichprobenartig die inhaltliche thematische Zuordnung berücksichtigt. Zu beachten ist, dass es sich dabei um Zeiträume handelt, d.h. eine Krisenphase muss nicht sofort mit dem ersten des Monats eintreten. Es konnten insgesamt 4 Krisenzyklen identifiziert werden, die sich um folgende Schlüsselereignisse bilden:

- 14.12.2009 - Die Hypo Alpe Adria wird notverstaatlicht
- 14.08.2010 - Wolfgang Kulterer kommt in Untersuchungshaft
- 31.05.2013 - Die Österreich-Tochter der Hypo Alpe Adria wird verkauft
- 14.03.2014 - Die Entscheidung für eine Bad Bank wird fixiert

Die Berichterstattung in den Print-Medien folgt meist am darauffolgenden Tag. Unter Berücksichtigung aller genannten Faktoren, ließen sich für die vorliegende Studie folgende Zeiträume der einzelnen Krisenphasen bestimmen:

Krisenzyklus	Krisenphase	Zeitraum
1. Krisenzyklus: Notverstaatlichung	Potenzielle Krisenphase	1.9.2008 - 10.11.2009
	Latente Krisenphase	11.11.2009 - 9.12.2009
	Akute Krisenphase	10.12.2009 - 20.12.2009
	Post-kritische Krisenphase	21.12.2009 - 16.1.2010
2. Krisenzyklus: Verhandlungen und Aufklärung	Potenzielle Krisenphase	17.1.2010 - 9.7.2010
	Latente Krisenphase	10.7.2010 - 28.7.2010
	Akute Krisenphase	29.7.2010 - 21.8.2010
	Post-kritische Krisenphase	22.8.2010 - 9.9.2010
3. Krisenzyklus: Diskussion zur Abwicklung	Potenzielle Krisenphase	10.9.2010 - 1.5.2013
	Latente Krisenphase	2.5.2013 - 24.5.2013
	Akute Krisenphase	25.5.2013 - 6.6.2013
	Post-kritische Krisenphase	7.6.2013 - 3.7.2013
4. Krisenzyklus: Hypo-Rettung	Potenzielle Krisenphase	4.7.2013 - 21.1.2014
	Latente Krisenphase	22.1.2014 - 10.2.2014
	Akute Krisenphase	11.2.2014 - 28.3.2014
	Post-kritische Krisenphase	29.3.2014 - 18.4.2014
Beginn 5. Krisenzyklus	Potenzielle Krisenphase	Ab 19.4.2014

Tabelle 4: Einteilung Krisenphasen

## 6.2 Deskriptive Statistik

In diesem Kapitel werden einige ausgesuchte und relevante deskriptive Statistiken vorgestellt, um so ein besseres Verständnis für die Interpretation der Ergebnisse zu den Forschungsfragen im nachfolgenden Kapitel zu schaffen. Eine Liste der Auswertungstabellen ist im Anhang zu finden. Zur vereinfachten Darstellung wurden die Prozentzahlen in den Diagrammen gerundet. Ein Prozentwert von unter 0,4% wird daher in den Diagrammen als 0% dargestellt, im Text wird jedoch ersichtlich, dass es sich dabei um einen vorhandenen Wert handelt.

Die Eingrenzung der Stichprobe erfolgte anhand von Schlüsselwörtern. So konnte die gesamte Textmenge zur Hypo Alpe Adria auf insgesamt 1228 Texte reduziert werden. Von diesen wurden 442 Berichte als für die Analyse relevant identifiziert, welche wiederum 721 Zweifeleinheiten beinhalten. Diese 721 Zweifeleinheiten bilden die Grundgesamtheit (N) der Studie.

Das Analysematerial stammt aus den österreichischen Printmedien *der Standard*, *die Presse*, *Kronen Zeitung* und *Kurier*. Mit 37,9% wurde ein Großteil der untersuchten Zweifel in der *Presse* geäußert. 27,7% stammten aus dem *Standard*. Mit 25,4% wurde über ein Viertel der Zweifeleinheiten im *Kurier* artikuliert und die *Kronen Zeitung* war mit 9% vertreten.

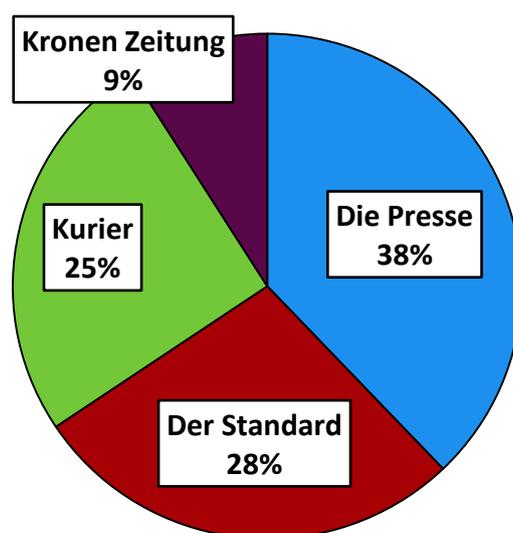


Abbildung 24: Häufigkeit Medien; N=721

In einem nächsten Schritt soll betrachtet werden, in welchen Ressorts die untersuchten Zweifel zu finden waren. Die Ressorts der verschiedenen Zeitungen wurden nach ihrem thematischen Schwerpunkt in *Wirtschaft*, *Politik*, *Thema*, *Seite 1*, *Inland und Lokal* und *Sonstige* unterteilt<sup>3</sup>.

Die Zweifeleinheiten des Untersuchungsmaterials wurden mit fast 60% zu einem großen Teil im Ressort *Wirtschaft* veröffentlicht, was vor allem auf die Einordnung der gesamten Thematik in den Wirtschaftsbereich zurückzuführen sein wird. Mit 10% war auch das Ressort *Politik* bei der Zweifelartikulation zur Hypo Alpe Adria bedeutend, knapp gefolgt von *Inland & Lokal* (9,6%) und *Thema* (8,6%). Zu je 3,9% wurden Zweifel auf *Seite 1* oder in *sonstigen Ressorts* geäußert. In 5,7% der analysierten Texte bleibt das Ressort in der Datenbank unerwähnt, wodurch sich eine Grundgesamtheit von 680 Texten ergibt.

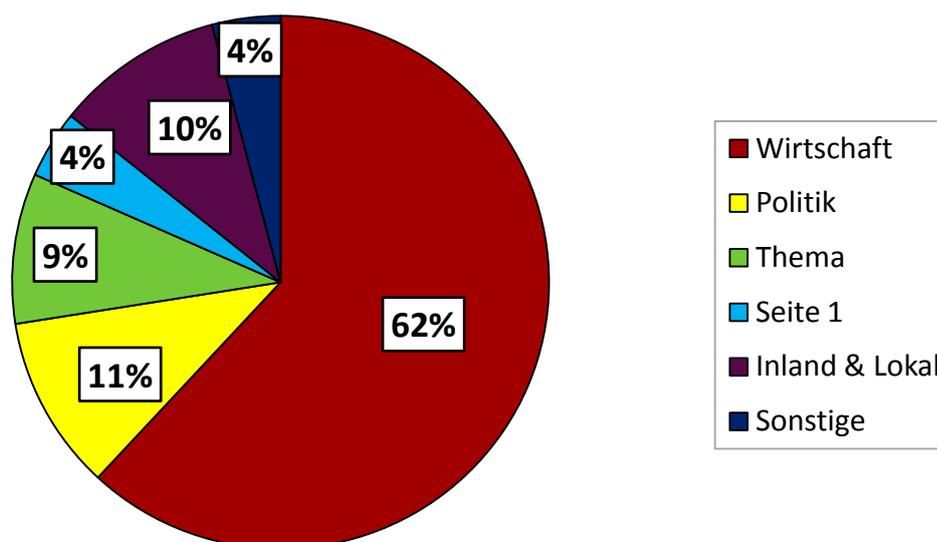


Abbildung 25: Häufigkeit Ressorts; N=680

Es hat sich außerdem herausgestellt, dass sich die Anzahl der Zweifeleinheiten in den verschiedenen Krisenphasen verändert. Der Großteil der untersuchten Zweifeleinheiten wurde mit 56,4% in der potenziellen Krisenphase geäußert. Dies kann jedoch vor allem auf die Dauer dieser Phase zurückgeführt werden. Während die potenziellen Krisenphasen in

<sup>3</sup> z.B. die wirtschaftlichen Ressorts „Economist“ (Die Presse), „Wirtschaft“ (Der Standard), „Wirtschaft“ (Kurier), „Wirtschaft“ (Kronen Zeitung) wurden als „Wirtschaft“, die politischen Ressorts „Außenpolitik“ und „Innenpolitik“ als „Politik“ und die „Themen des Tages“ sowie „Thema“ als „Thema“ zusammengefasst.

den verschiedenen Krisenzyklen mehrere Jahre andauern, so erstrecken sich die latenten Krisenphase über insgesamt 92 Tage, die akuten Krisenphasen über 104 Tage und die post-kritischen Krisenphasen über 98 Tage. Dies ist bei der Betrachtung und Interpretation der Diagramme sowie bei der Beantwortung der Forschungsfragen entscheidend und zeigt, dass hier lediglich die zweite, dritte und vierte Krisenphase für einen direkten Vergleich geeignet sind. Nur 5,4% der analysierten Zweifel fallen in die latenten Krisenphasen, 27% in die Zeit einer akuten Krise und 11,1% konnten post-kritischen Krisenphasen zugeordnet werden.

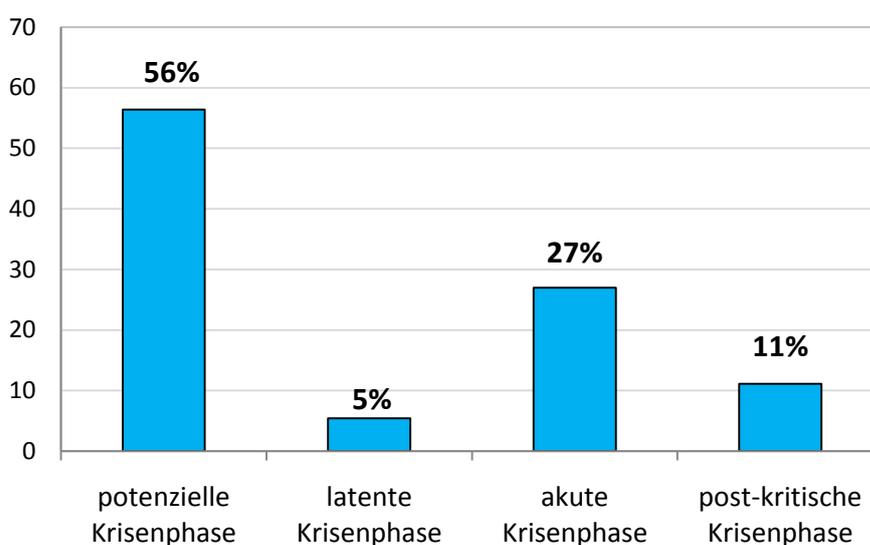


Abbildung 26: Häufigkeit Krisenphasen; N=721

Auch die Anzahl der Zweifeleinheiten pro redaktionellem Beitrag variiert. In 250 Texten wurde lediglich ein Zweifel geäußert, in 192 Texten kam es hingegen zur Äußerung von zwei bis sieben Zweifeln. Im Detail betrachtet wurden in 96 Fällen 2 Zweifel pro Text artikuliert, in 35 Texten wurden 3 Zweifel geäußert, in 15 Texten 4 und in 2 Texten sogar 7 Zweifeleinheiten.

Das hohe Ausmaß der Zweifeleinheiten in einem Text lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass im Zuge der Thematisierung neuer Ereignisse oftmals auch zeitlich weiter zurückliegende Geschehnisse wieder aufgegriffen werden und abermals in den Vordergrund rücken. Diese werden von verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und von unterschiedlichen Akteuren kommentiert. Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der Themen, zu denen Zweifel geäußert wurden in den Krisenzyklen. So lässt sich

die Verteilung im gesamten Untersuchungszeitraum darstellen. Hier wird deutlich, dass zwar oftmals ein thematischer Schwerpunkt in der Berichterstattung besteht, jedoch verschiedene Themengebiete kontinuierlich über mehrere Jahr aufgegriffen werden. Die Y-Achse gibt die Prozentwerte an, die Werte in der Grafik wurden gerundet. Die Grundgesamtheit bilden die 721 Zweifeleinheiten des Untersuchungsmaterials. Anschließend werden die Themengebiete noch einmal einzeln genauer betrachtet.

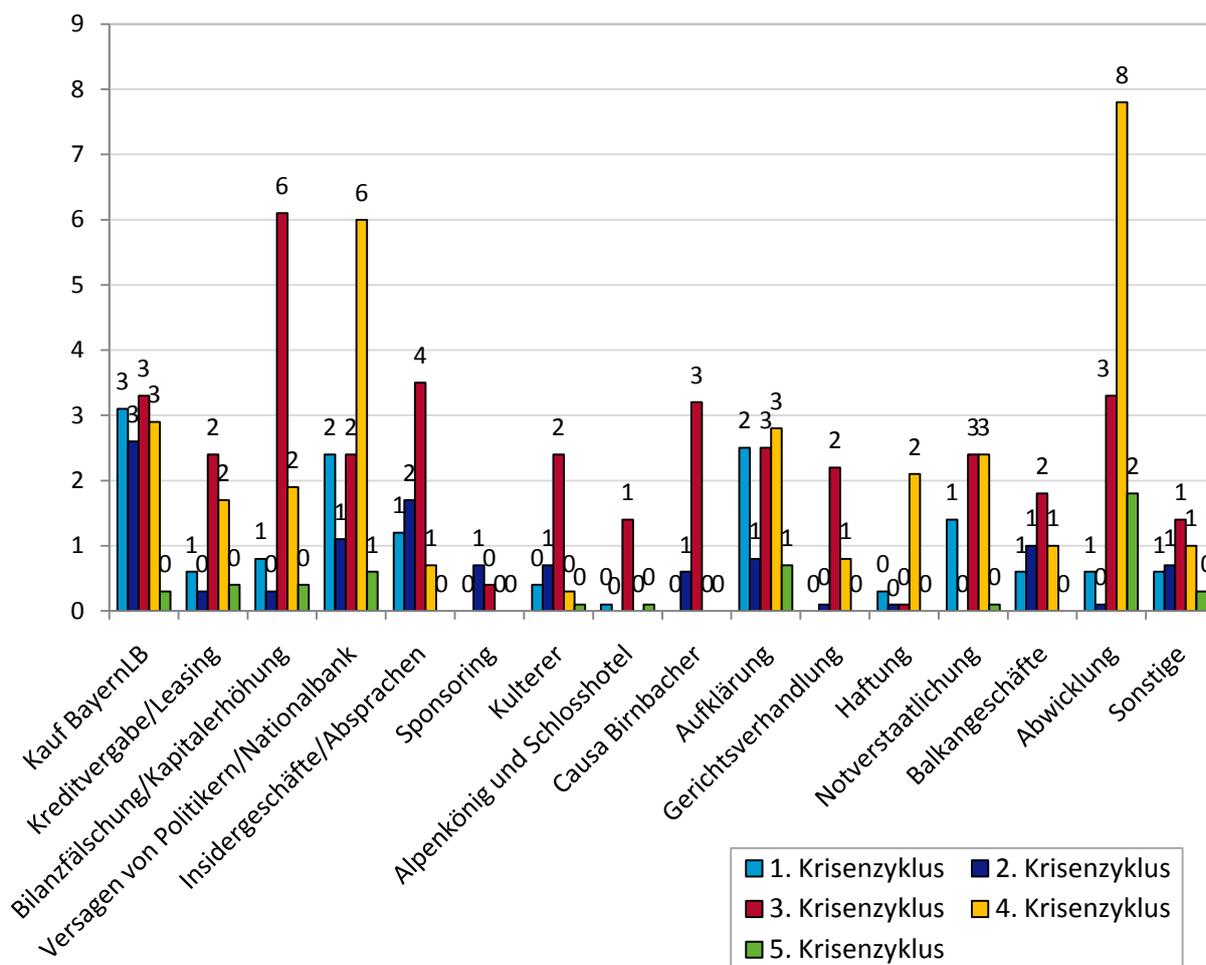


Abbildung 27: Themen der Zweifeläußerungen nach Krisenzyklen in Prozent; N=721

Mit 13,6% der insgesamt 721 Zweifel wurden die meisten Zweifeleinheiten zum Thema Abwicklung geäußert. Am zweithäufigsten wurde das Versagen von Politikern, der Finanzmarktaufsicht oder der Nationalbank (12,3%) thematisiert. Ebenso war der Verkauf der Hypo Alpe Adria an die BayernLB in 12,2% der Fälle ein Anlass für Zweifel. Auch die Themen Bilanzfälschung und Kapitalerhöhung (9,6%) sowie Aufklärung (9,3%) wurden oftmals als

zweifelhaft in den Medien dargestellt. In 7,1% wurden Insider-Geschäfte und Absprachen, in 6,2% die Notverstaatlichung und in 5,3% Kreditvergaben und Leasing in den Zweifeln thematisiert. Die Zweifel an Geschäften im Balkangebiet (4,3%), an Kulterer (3,9%), der Causa Birnbacher (3,7%), den Verlauf von Gerichtsverhandlungen (3,2%), Haftungsübernahmen (2,6%), den Immobiliengeschäften zum Alpenkönig und dem Schlosshotel (1,7%) und zum Sponsoring (1,1%) spielen eine eher untergeordnete Rolle. 3,9% der untersuchten Zweifel fallen in die Kategorie „Sonstige“.

Gezweifelt wurde außerdem vor allem am Verhalten, den Handlungen und Aussagen der Akteure der Hypo Alpe Adria (28,7%). Auch die Regierungsparteien waren in 21,6% der Fälle ein Ziel von Zweifeläußerungen. Das Verhalten der Akteure der BayernLB wurde hingegen in nur 10,4% der Fälle angezweifelt. Auch die Kärntner Landespolitik (7,5%) und die Akteure der Justiz (7,1%) standen vermehrt im Zentrum des Zweifels, gefolgt von Experten mit 5,4%. Durch die teilweise Überschneidung der Akteure und/oder wenn der Zweifel zwar ein Thema, jedoch nicht spezifisch eine Person oder Institution kritisiert (z.B. das Bankgeheimnis), wurde außerdem die Ausprägung „Nicht entscheidbar“ gewählt, um die Fälle einer zufälligen Auswahl zu reduzieren.

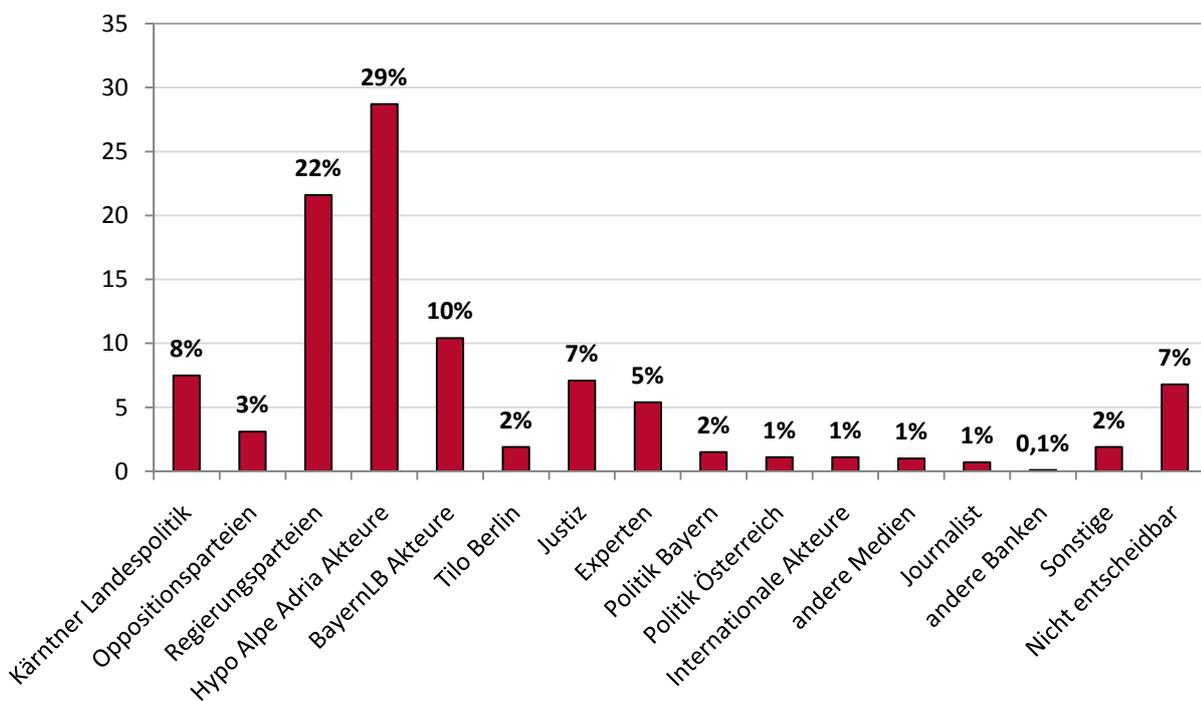


Abbildung 28: Häufigkeit zweifelhafte Akteure; N=721

Woran gezweifelt wird, ob an der Legitimität des Verhaltens, der Wahrhaftigkeit der Akteure, der Wahrheit der Aussagen oder etwa an deren Verständlichkeit und ob dies begründet geschieht oder Lösungsvorschläge in Bezug auf die jeweilige Zweifeleinheit formuliert werden, zeigen die folgenden Diagramme.

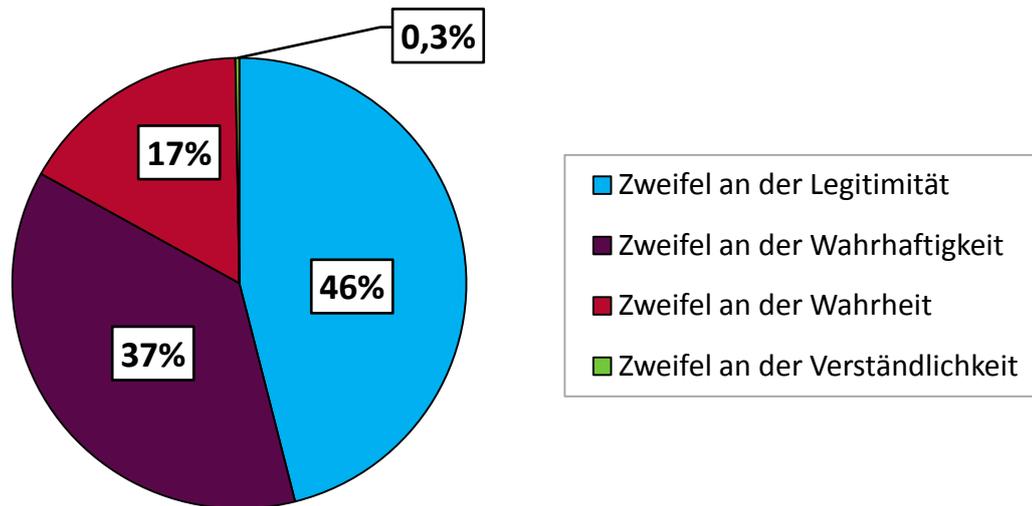


Abbildung 29: Häufigkeit Zweifeltypen; N=721

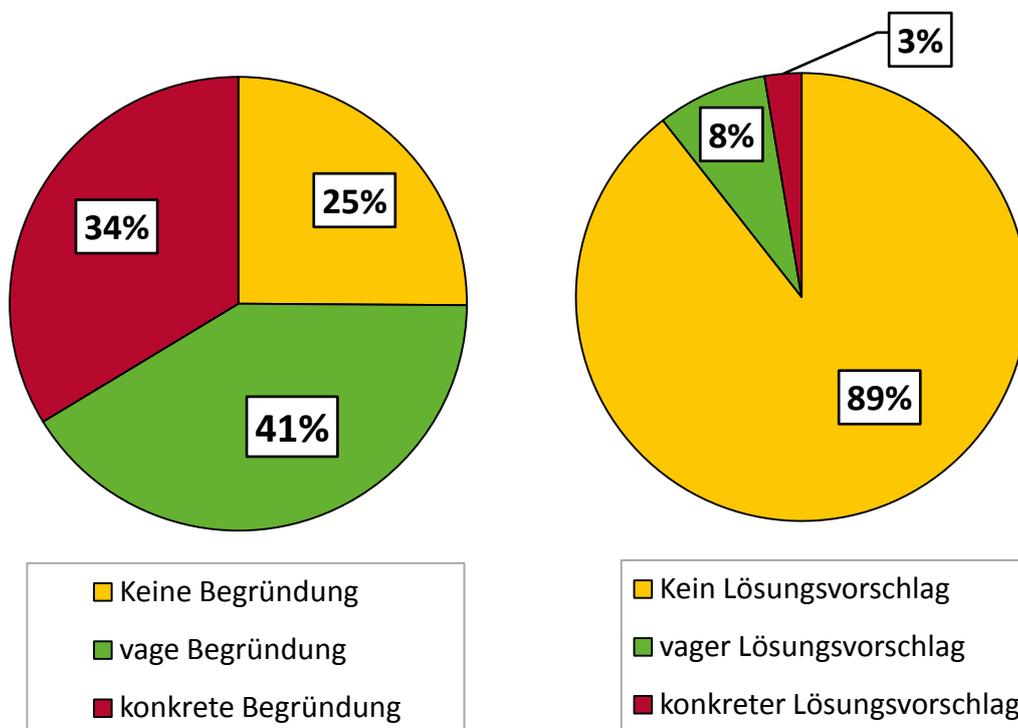


Abbildung 30: Häufigkeit Begründungen; N=721

Abbildung 31: Häufigkeit Lösungsvorschläge; N=721

Am häufigsten wurde mit 46% der analysierten Fälle an der Legitimität gezweifelt, gefolgt von Zweifeln an der Wahrhaftigkeit (37%) und Zweifeln an der Wahrheit (16,6%). Zweifel an der Verständlichkeit wurden mit 0,3% kaum in der Berichterstattung wiedergegeben. Betrachtet man außerdem die Häufigkeiten zur Äußerung einer Begründung und eines Lösungsvorschlags, so wird sehr schnell deutlich, dass Begründungen am Zweifel generell in einem wesentlich höheren Ausmaß artikuliert wurden als Lösungsvorschläge. In dreiviertel der Beiträge wurde eine Begründung geäußert, während in nur rund 10% des analysierten Materials Lösungsvorschläge enthalten waren. Mit Blick auf das Niveau kann außerdem festgestellt werden, dass sowohl eine vage Begründung (41,2%) als auch ein vager Lösungsvorschlag (7,9%) wesentlich häufiger geäußert wurden als eine konkrete Begründung (33,7%) oder ein konkreter Lösungsvorschlag (2,6%).

### **6.3 Ergebnisse Forschungsfragen**

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die gestellten Forschungsfrage präsentiert und interpretiert. Die Daten wurden mit Hilfe eines Pearson Qui-Quadrat Tests ausgewertet, um einen Zusammenhang der Variablen überprüfen. Die Ergebnisse waren allesamt signifikant. Da sich die Prozentzahlen im Text je nach Forschungsinteresse auf eine bestimmte Variable bzw. Gruppe beziehen, werden zusätzlich die absoluten Zahlen in Klammern dargestellt, um einen umfassenden Vergleich zu ermöglichen. Eine Liste der Tabellen zur Auswertung ist im Anhang zu finden. Des Weiteren werden die Prozentzahlen bei der Beschriftung der Grafiken zur besseren Darstellung gerundet. Die Grundgesamtheit (N), auf die sich die jeweiligen Prozentzahlen beziehen, ist neben den Abbildungsbezeichnungen unter den Diagrammen angegeben. Im Anschluss an die Auswertung zu den Forschungsfragen werden drei weitere Ergebnisse, die sich konkret auf den Fall Hypo Alpe Adria beziehen, präsentiert. Diese sind zwar nicht verallgemeinerbar, können jedoch vielleicht einen Anreiz für weitere Studien mit ähnlichen Inhalten bieten.

### 6.3.1 Ergebnisse zur Forschungsfrage 1

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Typen des Zweifels und den Medien, in denen der Journalist in seiner Rolle als Diskurs-Anwalt Zweifel artikuliert?*

Auf Basis der Literatur lässt sich die Annahme formulieren, dass Legitimitätszweifel wesentlich häufiger in der Berichterstattung geäußert werden als Wahrheitszweifel. Ob dies in allen Medien der Fall ist und ein Zusammenhang zwischen den Variablen „Zweifeltyp“ und „Medium“ besteht, soll an dieser Stelle überprüft werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Werte der statistischen Tests. Zur Auswertung der Daten wurde ein Qui-Quadrat Test nach Pearson durchgeführt. Dieser weist einen Signifikanzwert von  $p \leq 0,01$  auf, wodurch das Ergebnis als sehr signifikant einzustufen ist. Zusätzlich wurde die Korrelation anhand von Cramer's V berechnet. Der niedrige Wert lässt auf eine sehr schwache Korrelation schließen.

FF	Pearson-Qui-Quadrat	Korrelation (Cramer's V)	Signifikanz (zweiseitig)
1	23,981	0,105	0,004

Tabelle 5: Auswertung Forschungsfrage 1

Die Analyse der Daten bestätigt die Annahme, dass ein Zusammenhang zwischen Zweifeltypen und Medien besteht und dass der Zweifel an der Legitimität medienunabhängig häufiger artikuliert wird als der Zweifel an der Wahrheit. Wirft man einen genauen Blick auf die Printmedien, so kann festgestellt werden, dass mit Ausnahme des *Standards*, der Zweifel an der Legitimität in der Medienberichterstattung zur Hypo Alpe Adria deutlich überwiegt, gefolgt vom Zweifel an der Wahrhaftigkeit. Im Detail betrachtet konnten 43,6% (119) der in der *Presse* artikulierten Zweifel als Zweifel an der Legitimität identifiziert werden. 35,9% (98) waren Zweifel an der Wahrhaftigkeit sowie 20,1% (55) Zweifel an der Wahrheit. Des Weiteren wurde ein Zweifel an der Verständlichkeit geäußert. Der am häufigsten artikuliert Zweifeltyp im *Standard* war mit 42% (84) der Zweifel an der Wahrhaftigkeit, jedoch knapp gefolgt vom Zweifel an der Legitimität mit 41% (82). In 17% (34) der Standardartikel wurde die Wahrheit angezweifelt. Auch

der *Kurier* zeigt ein ähnliches Bild. Mit 47,5% (87) überwogen die Zweifel an der Legitimität. An der Wahrhaftigkeit wurde in 38,8 % (84) der Einheiten gezweifelt und an der Wahrheit in 13,7% (25). Interessant bei der Betrachtung der *Kronen Zeitung* im Vergleich zu den anderen Medien ist vor allem die außergewöhnliche Dominanz des Legitimitätszweifels. Mit 67,7% (44) ist der Anteil dieses Zweifeltyps in der *Kronen Zeitung* deutlich höher als in der *Presse*, dem *Standard* oder dem *Kurier*. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit jenem der Studie von Burkart, Rußmann und Grimm (2010), welche in Kapitel 2.3.5 genauer thematisiert wird und in der ebenfalls ein ungewöhnlich hoher Anteil an Legitimitätszweifeln in der *Kronen Zeitung* festgestellt werden konnte. Wahrhaftigkeitszweifel und Wahrheitszweifel spielten mit 21,5% (14) und 9,2% (6) eine vergleichsweise geringe Rolle. Des Weiteren wurde ein Zweifel an der Verständlichkeit in der Berichterstattung identifiziert. Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung der Zweifeltypen in den vier Printmedien.

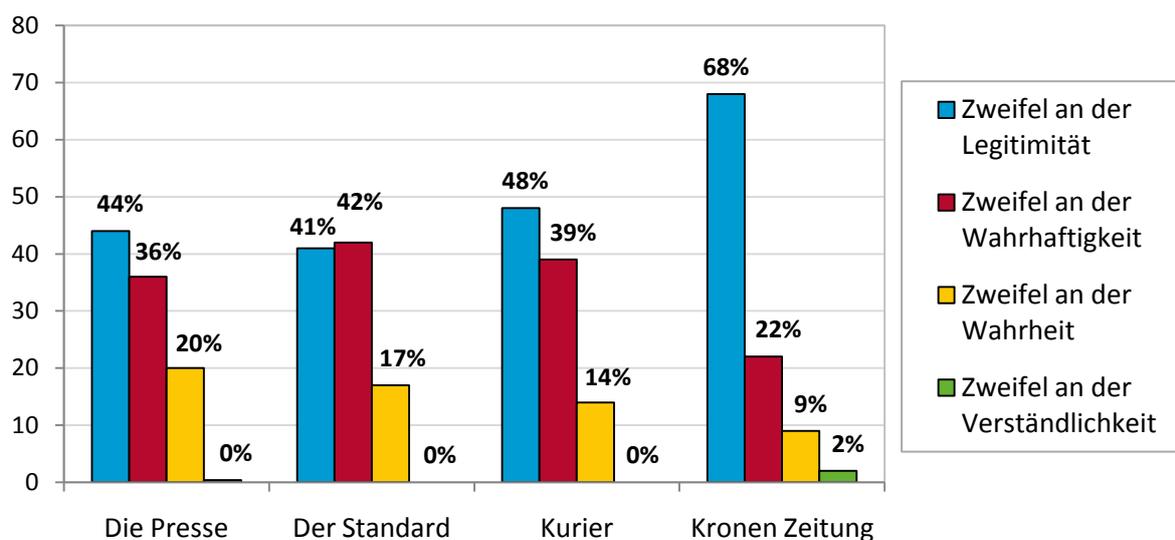


Abbildung 32: Zweifeltypen nach Medium; Die Presse: N=273, Der Standard: N=200, Kurier: N=183, Kronen Zeitung: N=65

### 6.3.2 Ergebnisse zur Forschungsfrage 2

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Rollenwahrnehmung des Journalisten und den Krisenphasen, in der der Journalist Zweifel artikuliert?*

Diese Forschungsfrage beschäftigt sich mit der Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalt in der Krise. Tritt dieser als Mediator auf, so gibt er die von

anderen Akteuren geäußerten Zweifel in seiner Berichterstattung direkt oder indirekt wieder. Agiert er hingegen als Kommunikator, so äußert er selbst aktiv Zweifel und richtet sich dabei an die Öffentlichkeit. Auf Basis verschiedener Autorenaussagen in der Literatur<sup>5</sup>, konnte vermutet werden, dass der Journalist vor allem in der Rolle als Mediator tätig ist. Diese Annahme wurde in der Analyse bestätigt. In 76,8% (554) der untersuchten Fälle nahm der Journalist die Rolle des Mediators ein, was auch mit den Aussagen der Wirtschaftsjournalisten Josef Urschitz und Christof Varga, die im Presseinterview<sup>6</sup> angaben, sich selbst nicht als aktive Akteure wahrzunehmen (Vgl. Die Presse 2014b, S. 26), übereinstimmt.

Ein Beispiel für einen solchen Fall stammt aus dem *Standard*:

*Einmal mehr attackierte Petzner die Manager der Bayrischen Landesbank und vor allem Ex-Finanzminister Josef Pröll (ÖVP). Die Bayern hätten die Hypo auf "kriminelle Weise" an die Wand gefahren und sie dann "der Republik hingeknallt". Erst hätten sie in Krisenzeiten einen massiven Expansionskurs gefahren und als es brenzlich wurde, der Bank vorsätzlich Kapital entzogen. Die Notverstaatlichung sei ein "schwerer Fehler" gewesen. (ID 411; Der Standard, 15.9.2011)*

Der Journalist als Kommunikator äußert hingegen eigene Zweifel:

*Völlig unverständlich ist es, dass die Justiz erst jetzt wegen des 2007 verfassten Birnbacher-Gutachtens Anklage erhoben hat. Dabei müsste jedem Staatsanwalt von Anfang an klar gewesen sein, dass Birnbachers sechs Seiten niemals sechs Millionen Euro wert sein können. Viele Fragen sind weiterhin ungeklärt: Hat jemand bei dem Millionenauftrag mitgeschnitten? Gab es tatsächlich keine Parteienfinanzierung, wie die Angeklagten versichern? (ID 100; Die Presse, 16.7.2012)*

In 20,7% (149) der Fälle nahm der Journalist die Rolle des Kommunikators ein, die restlichen Fälle fielen in die Kategorie „Nicht entscheidbar“. Diese Ausprägung wurde dann gewählt, wenn nicht eindeutig war, ob der Journalist den Zweifel selbst formuliert oder diesen übernimmt ohne Quellen zu nennen.

Doch wie verändert sich die Rolle des Journalisten wenn die Krise an Brisanz gewinnt? Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass die Kommunikatorrolle

---

<sup>6</sup> Die Aussagen der Wirtschaftsjournalisten werden im Exkurs „Die Hypo und der Journalismus“ ab Seite 61 näher behandelt.

in der akuten Krisenphase im Vergleich zur latenten und post-kritischen Phase deutlich an Bedeutung gewinnt. Während der Journalist die Rolle als Kommunikator in nur 5,4% (8) der Fälle in einer latenten Krisenphase einnahm, so stieg der Anteil in der akuten Krisenphase auf 40,9% (61) an. In 6% (9) der Zweifeleinheiten, in denen der Journalist als Kommunikator tätig war, formulierte er eigene Zweifel in der post-kritischen Krisenphase.

Dieses Ergebnis verdeutlicht zusammenfassend, dass der Journalist zwar häufiger als Mediator die Zweifel anderer in direkten und indirekten Zitaten in seine Berichterstattung integriert, gewinnt die Krise jedoch an Brisanz, so tritt er in der akuten Phase vermehrt selbst als aktiver Zweifler auf.

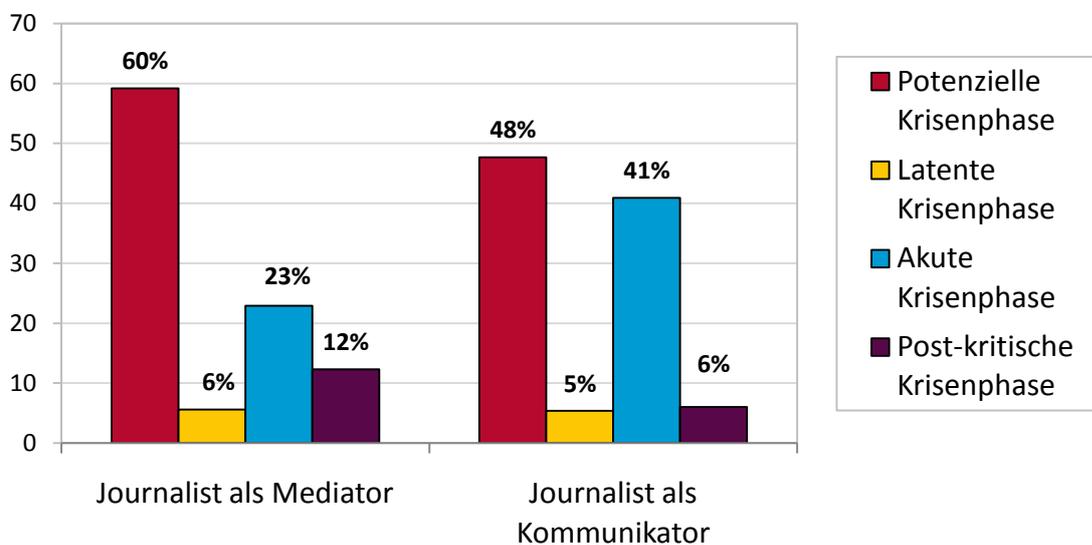


Abbildung 33: Rolle des Journalisten in den Krisenphasen; Journalist als Mediator: N=554, Journalist als Kommunikator: N=149

Die Auswertung der Daten erfolgte mittels Qui-Quadrat-Test. Die Variablen „Krisenphasen“ und die „Rolle“ des Journalisten wurden in einer Kreuztabelle gegenübergestellt und auf Zusammenhänge geprüft. Das Ergebnis ist mit  $p \leq 0,001$  hoch signifikant. Die Korrelation weist hingegen nur einen sehr schwachen Wert auf.

FF	Pearson-Qui-Quadrat	Korrelation (Cramer's V)	Signifikanz (zweiseitig)
2	23,935	0,129	0,001

Tabelle 6: Auswertung Forschungsfrage2

### 6.3.3 Ergebnisse zur Forschungsfrage 3

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Typ des geäußerten Zweifels und der Krisenphase, in welcher dieser artikuliert wird?*

Im Zentrum des Interesses steht die Veränderung der Zweifelartikulation in Krisenzeiten. Es soll aufgezeigt werden, wie sich die einzelnen Zweifeltypen in den verschiedenen Phasen einer Krise verhalten und ob es hier signifikante Zusammenhänge gibt. Angenommen wurde, dass Zweifel unabhängig vom jeweiligen Zweifeltyp aufgrund der zunehmenden Brisanz vor allem in der akuten Krisenphase geäußert werden.

Für die Auswertung der Daten wurde ein Qui-Quadrat-Test angewandt. Das Ergebnis ist mit einem Wert von  $p \leq 0,001$  hochsignifikant. Die berechnete Korrelation ist abermals sehr gering.

<b>FF</b>	<b>Pearson-Qui-Quadrat</b>	<b>Korrelation (Cramer's V)</b>	<b>Signifikanz (zweiseitig)</b>
3	40,930	0,138	0,000

*Tabelle 7: Auswertung Forschungsfrage 3*

56,4% (404) aller Zweifeleinheiten wurden in der potenziellen Krisenphase geäußert. Da sich der Zeitabschnitt dieser Phase jedoch über mehrere Jahre erstreckt, ist die potenzielle Krisenphase nur bedingt für einen direkten Vergleich mit anderen Phasen geeignet. Im Fokus der Betrachtung stehen deshalb die latente, die akute und die post-kritische Phase.

Zweifel an der Legitimität wurden nach der potenziellen Krisenphase mit 37,3% (124) am häufigsten in der akuten Phase geäußert. Wesentlich seltener traten diese in der post-kritischen Phase (8,4%; 28) und der latenten Krisenphase (6,6%; 22) auf. Ein ähnliches Bild zeigen auch die anderen Zweifeltypen, wodurch die zuvor formulierte Annahme bestätigt werden kann. In 19,9% (15) der Fälle wurden Wahrhaftigkeitszweifel vor allem in der akuten Krisenphase geäußert. Im Vergleich zum Zweifel an der Legitimität, konnte der Wahrhaftigkeitszweifel mit 13,9% (37) jedoch auch einen verhältnismäßig hohen Wert in der post-kritische Phase erreichen. Nur 4,5% (12) diese Zweifeltyps wurden hingegen in der latenten Krisenphase geäußert. Ein interessantes Ergebnis zeigt sich auch bei der Betrachtung des

Zweifels an der Wahrheit. Mit 15% (18) war die Anzahl der Wahrheitszweifel in der akuten Krisenphase nur geringfügig höher als jene in der post-kritischen Phase (12,5%; 15). In 4,2% (5) der Fälle wurde der Wahrheitszweifel in der latenten Phase artikuliert. Die Äußerung von Zweifeln an der Verständlichkeit erfolgte in 100% in der potenziellen Krisenphase, was jedoch lediglich 2 Fällen entspricht.

Das folgende Diagramm veranschaulicht, in welchen Krisenphasen die jeweiligen Zweifeltypen vermehrt geäußert wurden.

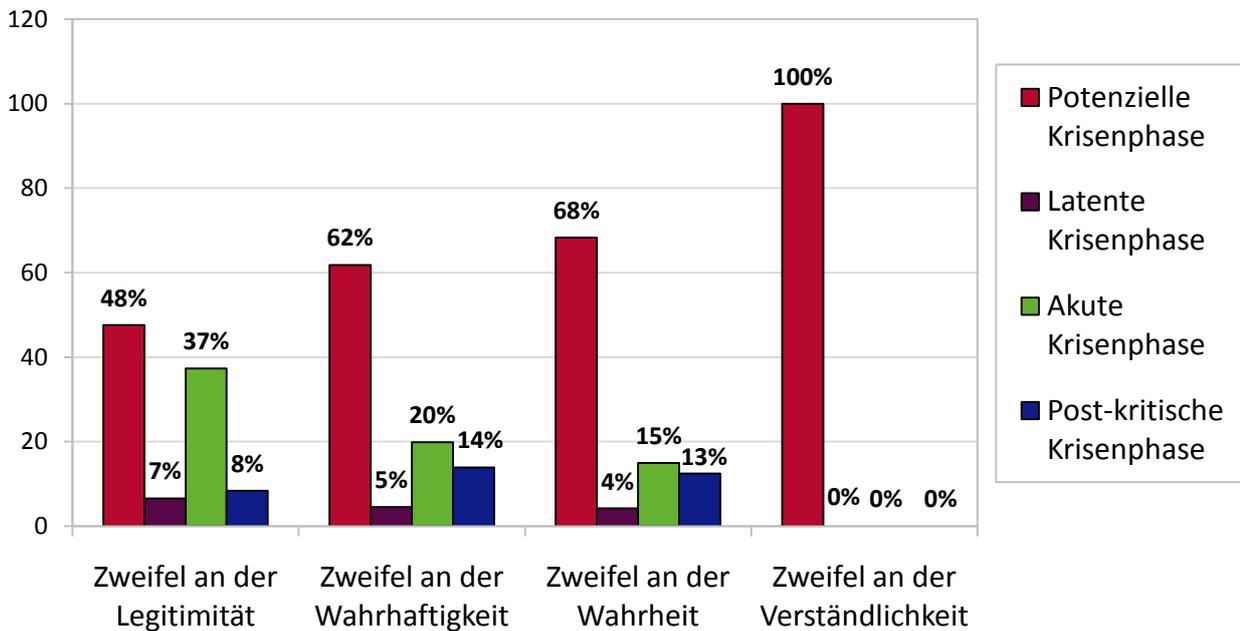


Abbildung 34: Verteilung Zweifeltypen Krisenphasen; Zweifel an der Legitimität: N=332, Zweifel an der Wahrhaftigkeit: N=267, Zweifel an der Wahrheit: N=120, Zweifel an der Verständlichkeit: N=2

Bei der Betrachtung der genauen Werte wird hier bereits deutlich, dass Legitimitätszweifel zu einem großen Anteil in der akuten Krisenphase geäußert werden, während Zweifel an der Wahrhaftigkeit vor allem in der post-kritischen Phase zu dominieren scheinen. In Kapitel 6.5 wird dieser Erkenntnis weiter auf den Grund gegangen und die Zweifeltypen werden einzeln im Zeitverlauf dargestellt und analysiert.

### 6.3.4 Ergebnisse zur Forschungsfrage 4

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Krisenphasen hinsichtlich ihrer Zweifelartikulation und den Ressorts, in denen diese Zweifel geäußert werden?*

Ausgehend von der Annahme, dass sich die Thematik mit einem sonst wirtschaftlichen Schwerpunkt in brisanten Phasen auch auf andere Ressorts ausdehnen könnte, wurde die Zweifelartikulation krisenspezifisch untersucht. In 41 Fällen blieb das Ressort unbekannt, wodurch sich eine Grundgesamtheit von 680 Zweifeleinheiten ergab. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde nach einem Zusammenhang zwischen den Variablen „Krisenphase“ und „Ressort“ gesucht. Mit einem Wert von  $p \leq 0,001$  ist dieser Zusammenhang hochsignifikant, die Korrelation nach Cramer's V jedoch eher schwach.

FF	Pearson-Qui-Quadrat	Korrelation (Cramer's V)	Signifikanz (zweiseitig)
4	118,603	0,241	0,000

Table 8: Auswertung Forschungsfrage 4

Die Auswertung der Daten zeigt deutliche Ergebnisse. Obwohl das Ressort *Wirtschaft* mit insgesamt 61,9% (421) der geäußerten Zweifel zwar in allen Krisenphasen mengenmäßig dominant erschien, lässt sich in der akuten Krisenphase ein Rückgang in der Anzahl der Veröffentlichungen im Vergleich zur potenziellen Krisenphase erkennen. Gegenteiliges zeigen andere Ressorts. Im Ressort *Politik* wurden 31,9% (23) der Zweifel in der potenziellen Phase geäußert, lediglich 5,6% (4) in der latenten Phase, jedoch 55,6% (40) in der akuten Krisenphase und 6,9% (5) in der post-kritischen Phase. Die Mehrheit der im Ressort *Politik* artikulierten Zweifel wurde somit in der akuten Krisenphase geäußert. Im Ressort *Thema* zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier ist trotz der unterschiedlichen Dauer der Phasen eine klare Dominanz der Zweifeläußerungen in der akuten Krisenphase erkennbar. 11,3% (7) der Zweifel im Ressort *Thema* wurden in potenziellen Krisenphasen geäußert, 6,5% (4) in latenten Krisenphasen, 66,1% (41) in akuten und 16,1% (10) in post-kritischen Phasen.

In den Ressorts *Seite 1*, *Inland & Lokal* und *Sonstige* wurden Zweifel vor allem in der potenziellen Krisenphase geäußert, jedoch lässt sich auch hier eine Dominanz der akuten Phase im Vergleich zur latenten und post-kritischen Krisenphase erkennen. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit den Aussagen der Wirtschaftsjournalisten Josef Urschitz und Christof Varga. Sie gaben im Presseinterview<sup>7</sup> an, die Erfahrung gemacht zu haben, dass wirtschaftliche Thematiken in brisanten Zeiten oftmals in andere Ressorts und vor allem in das Ressort *Politik* ausgelagert werden (Vgl. Die Presse 2014b, S. 26). Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Anzahl der Zweifel in der Berichterstattung zur Hypo Alpe Adria in den verschiedenen Ressorts je nach Krisenphase verändert.

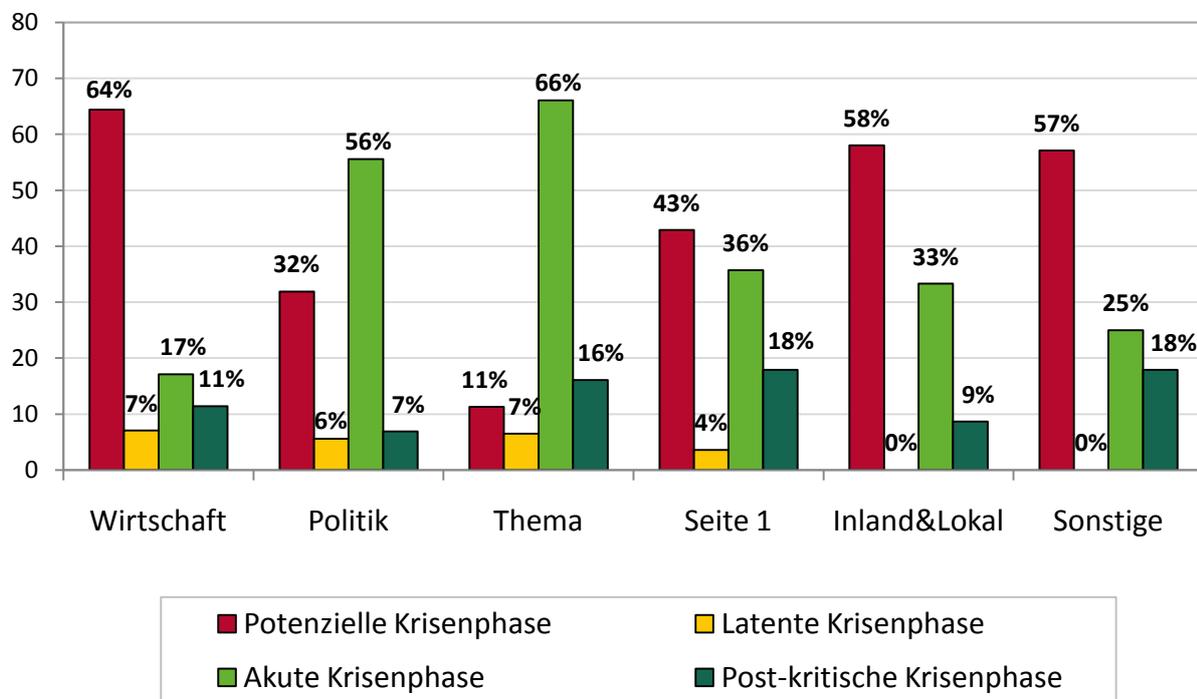


Abbildung 35: Verteilung Krisenphasen in Ressorts; Wirtschaft: N=421; Politik: N=72; Thema: N=62; Seite 1: N=28; Inland & Lokal: N=69; Sonstige: N=28

### 6.3.5 Ergebnisse zur Forschungsfrage 5

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem artikulierten Zweifeltyp und der Äußerung des Qualitätsmerkmals Begründung?*

<sup>7</sup> Die Aussagen der Wirtschaftsjournalisten werden im Exkurs „Die Hypo und der Journalismus“ ab Seite 61 genauer thematisiert und präsentiert.

Diese Forschungsfrage fragt nach der Existenz und dem Niveau von Begründungen, die sich auf den geäußerten Zweifel beziehen. Es soll untersucht werden, ob ein Zusammenhang zwischen dem Begründungsniveau und dem Zweifeltyp besteht und welche Zweifeltypen vermehrt eine Begründung inkludieren.

Die Auswertung der Daten zeigt mit  $p \leq 0,01$  ein sehr signifikantes Ergebnis und verweist somit auf einen Zusammenhang der Variablen. Die Berechnung von Cramer's V lässt jedoch auf eine sehr schwache Korrelation schließen.

FF	Pearson-Qui-Quadrat	Korrelation (Cramer's V)	Signifikanz (zweiseitig)
5	16,653	0,107	0,011

Tabelle 9: Auswertung Forschungsfrage 5

In rund ein Viertel (181) der analysierten Fälle blieben Zweifel völlig unbegründet. In 41,2% (297) wurde eine vage Begründung geäußert und in 33,7% (243) wurden Begründungen konkret formuliert. Betrachtet man nun die Zweifeltypen in Bezug auf ihr Begründungsniveau einzeln, so lässt sich feststellen, dass 43,7% (145) der Zweifel an der Legitimität vage und 29,5% (98) konkret begründet waren. Ein Beispiel für einen vage begründeten Zweifel an der Legitimität bietet folgende Zweifeleinheit. Gefragt wird hier: „Warum hat die Finanzministerin keine Problemlösungskompetenz?“

*Toughe Finanzministerin, die aber in Sachen Hypo-Skandal nicht gerade für ihre Problemlösungskompetenz in die Geschichte eingehen wird. In ihre Amtszeit fällt eine unglaubliche Verschleppung der Hypo-Lösung, die für die Steuerzahler ziemlich teuer werden dürfte. (ID 149; Die Presse, 18.2.2014)*

Auch bei der Betrachtung der Wahrheitszweifel erfolgte die Begründung meist vage. Zweifel an der Wahrheit wurden in 45,8% (55) vage und in 29,2% (35) konkret begründet. Die folgende Zweifeleinheit zeigt ein Beispiel für einen vage begründeten Zweifel an der Wahrheit. Gefragt wird hier: „Warum stimmt die Behauptung nicht?“

*In Wirklichkeit verlor die Hypo mindestens 95 Millionen Euro, weil man vor dem Verkauf vergessen haben soll, ausstündige Kredite abzusichern. Eine Behauptung, die Siegfried Grigg energisch zurückweist, weil er selbst ein entsprechendes Dokument aufgesetzt haben will. (ID 303; Kronen Zeitung, 12.7.2013)*

Ein etwas abweichendes Bild zeigt sich hingegen bei der Betrachtung des Zweifels an der Wahrhaftigkeit. Hier wurde mit 41,2% (110) ein großer Teil der geäußerten Begründung konkret formuliert. In 36,3% (97) erfolgte die Begründung vage. Das ist ein erstaunliches Ergebnis und könnte darauf hinweisen, dass Wahrhaftigkeitszweifel, da diese nicht diskursfähig sind, mehr noch als andere Zweifeltypen auf konkrete, umfangreiche und mit Fakten unterlegte Begründungen angewiesen sind. Im folgenden Beispiel wird der Wahrhaftigkeitszweifel konkret begründet. Gefragt wird hier, warum sich die Akteure über die zu hohe Summe bewusst waren und es wird auf den konkreten Betrag verwiesen.

*"Meiner Meinung nach war allen handelnden Personen bewusst, dass ich eine zu hohe Rechnung gestellt habe. Weil sie über meine Leistungen Bescheid wussten. Weil sie wussten, dass ich kein Investmentbanker bin. 300.000 Euro wären angemessen gewesen." (ID 650; Kurier, 12.7.2012)*

Das Diagramm verdeutlicht, auf welchem Niveau die jeweiligen Zweifeltypen in der Berichterstattung vermehrt begründet wurden.

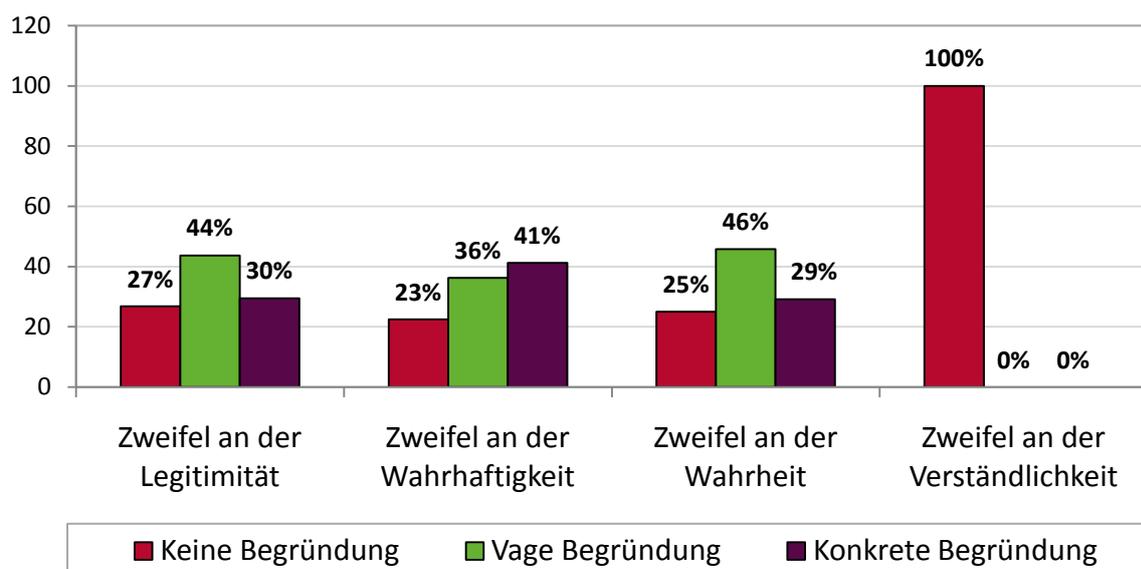


Abbildung 36: Begründungen nach Zweifeltypen; Zweifel an der Legitimität: N=332; Zweifel an der Wahrhaftigkeit: N=267; Zweifel an der Wahrheit: N=120; Zweifel an der Verständlichkeit: N=2

### 6.3.6 Ergebnisse zur Forschungsfrage 6

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Zweifelstyp und dem Niveau des Lösungsvorschlags, welcher sich auf den Zweifel bezieht?*

Während Zweifeläußerungen in der Mehrheit der Fälle begründet erfolgen, werden Lösungsvorschläge in Bezug auf einen Zweifel nur selten artikuliert. Das zeigte bereits die Auswertung der deskriptiven Statistik. An dieser Stelle soll nun ein Zusammenhang der Variablen „Lösungsvorschlag“ und „Zweifelstyp“ getestet werden. Das Ergebnis ist mit  $p \leq 0,01$  sehr signifikant. Die Berechnung der Korrelation weist hingegen nur einen sehr schwachen Korrelationswert auf.

FF	Pearson-Qui-Quadrat	Korrelation (Cramer's V)	Signifikanz (zweiseitig)
6	19,838	0,117	0,003

Tabella 10: Auswertung Forschungsfrage 6

In 89,5% (645) der insgesamt 721 analysierten Zweifeleinheiten, wurde kein Lösungsvorschlag geäußert. In 7,9% (57) war ein vager Lösungsvorschlag vorhanden und in 2,6% (19) wurden konkrete Lösungsvorschläge gegeben. Auffällig ist hierbei, dass sich die vorhandenen Lösungsvorschläge mit 64,5% (49) vor allem auf den Zweifel an der Legitimität beziehen. Von diesen Lösungsvorschlägen waren 77,6% (38) vage und 22,4% (11) konkret formuliert. Die Mehrheit der Legitimitätszweifel erfolgte jedoch unbegründet.

Im folgenden Beispiel kritisiert Wallner das Verhalten der Regierung und gibt einen vagen Lösungsvorschlag. Sie müsse eine Richtung definieren.

*Wallner: Die Regierungsspitze soll endlich die Richtung definieren, in die es gehen soll, und das auch richtig kommunizieren. So wie in den letzten Tagen geht man mit der Öffentlichkeit nicht um. Ein Bundeskanzler auf Tauchstation trage dazu nicht bei. Sehr verärgert ist Wallner über den Imageschaden, der durch das Debakel der Hypo Alpe Adria allen Hypos drohe. Man differenziere nicht, spreche allgemein nur von der Hypo. Wir haben mit der Hypo Landesbank eine kerngesunde Bank, ich will nicht, dass die in dieser Diskussion zum Handkuss kommt. (ID 353; Der Standard, 18.2.2014)*

Des Weiteren konnte festgestellt werden, dass nach dem Zweifel an der Legitimität vor allem der Zweifel an der Wahrheit Lösungsvorschläge integriert. In 9,2% (11) der Fälle wurden vage Lösungsvorschläge in Bezug auf einen Wahrheitszweifel gegeben. In 4,2% (5) waren Lösungsvorschläge konkret formuliert. Einen davon zeigt das folgende Beispiel.

*Daraus folgend lautete die offizielle Lesart bisher: Eine Insolvenz der Hypo würde Kärnten mit sich reißen und sei daher ausgeschlossen. Dass dem nicht ganz so sein muss, zeigen die Ideen, die über eine republikeneigene Zeitung in jüngster Zeit ventiliert werden. So könnte Kärnten mit einem Darlehen des Bundes über 50 Jahre sogar gänzlich vor der Pleite gerettet oder diese zumindest durch einen Tausch der Kärntner Haftungen gegen Bundesanleihen abgedeckt werden. Entscheidend wäre in all diesen Szenarien aber eines: Bevor der Steuerzahler zum Handkuss kommt, müssten zuerst einmal die Investoren ihren Teil übernehmen - in Form eines Schuldenschnitts. Und zu diesem wären sie nur bereit, wenn das Pleiteszenario auch realistisch ist. (ID 328; Die Presse, 6.2.2014).*

Lösungsvorschläge in Bezug auf einen Zweifel an der Wahrhaftigkeit wurden nur in sehr geringem Umfang gegeben. Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung der Lösungsvorschläge innerhalb der Zweifeltypen.

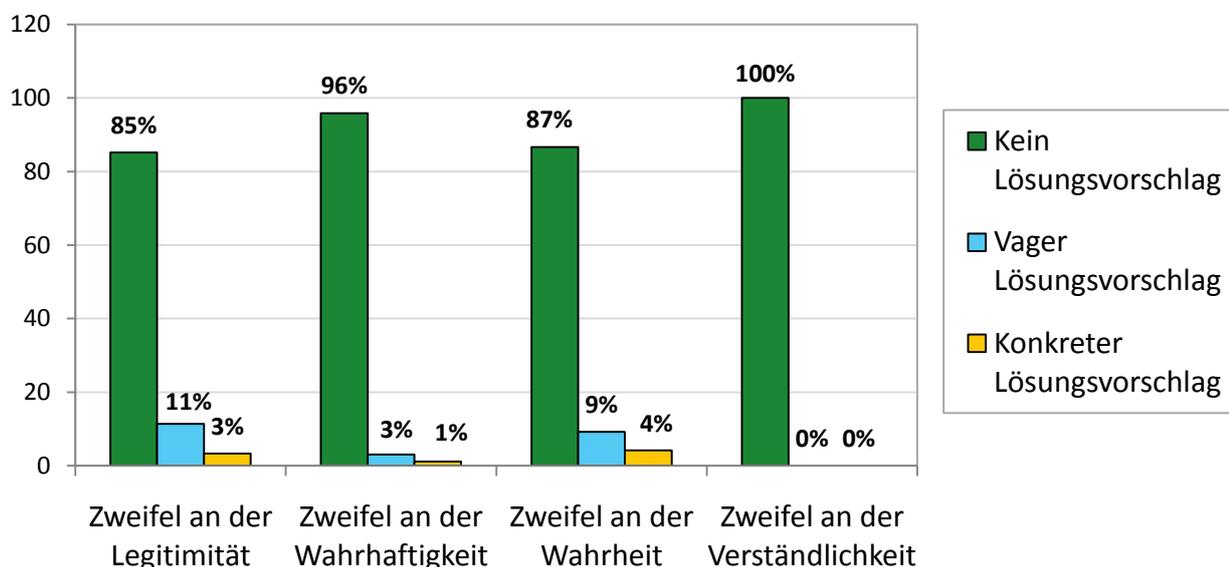


Abbildung 37: Lösungsvorschläge nach Zweifeltypen; Zweifel an der Legitimität: N=332, Zweifel an der Wahrhaftigkeit: N=267, Zweifel an der Wahrheit: N=120, Zweifel an der Verständlichkeit: N=2

## 6.4 Ergänzungen

In diesem Kapitel sollen drei weitere Erkenntnisse dargestellt werden, die die Stichprobe näher beschreiben, sich spezifisch auf das konkrete Fallbeispiel beziehen und vertiefend auf die Forschungsfragen eingehen. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die Rolle des Journalisten, die Themengebiete, die in den verschiedenen Zweifeln geäußert wurden sowie die von verschiedenen Akteuren verfassten Begründungen in Bezug auf den codierten Zweifel. Hierzu wurden Kreuztabellen erstellt und die Häufigkeitswerte miteinander verglichen. Dabei geht es nicht mehr darum, Zusammenhänge zu überprüfen, sondern lediglich ein besseres Verständnis für den diskursiven Journalismus rund um die Hypo Alpe Adria zu schaffen.

Bereits die Betrachtung der Häufigkeit zur Rollenverteilung des Journalisten im Zuge der Forschungsfrage 2 gab Aufschluss darüber, dass der Journalist in der untersuchten Stichprobe öfters als Mediator als als Kommunikator tätig war. Wirft man jedoch einen tieferen Blick in die Materie und betrachtet die Verfasser von Zweifeln, die der Journalist in seine Berichterstattung integriert, einzeln, so wird deutlich, dass der Journalist im Vergleich zur Vielzahl der anderen Akteure sehr wohl häufig eigene Zweifel artikuliert. Um dies darzustellen wurde eine Kreuztabelle mit den Variablen „Rolle“ und „Verfasser“ erstellt.

In 20,7% (149) der Fälle äußerte der Journalist eigene Zweifel. Dabei agiert er als Diskurs-Anwalt und Vertreter der Bürger und schafft somit eine Plattform für einen möglichen öffentlichen Diskurs. Zweifel, die von der Justiz geäußert wurden, gab der Journalist in 19,3% (139) der Zweifeleinheiten wieder. Dies lässt sich vor allem auf die Vielzahl der Anklagen, in denen oftmals an der Richtigkeit oder Wahrhaftigkeit des Verhaltens verschiedener Akteure gezweifelt wurde, zurückführen. Mit 12,9% (93) zeigten sich auch die Akteure der Hypo Alpe Adria als drittgrößte Gruppe bei der Formulierung von Zweifeln, gefolgt von Experten mit 11,8% (85).

Somit wird deutlich, dass der Journalist seine Rolle als Kommunikator zwar seltener wahrnimmt, jedoch im Vergleich zur Vielzahl anderer Verfasser verhältnismäßig viele Zweifel selbst formuliert. Das verdeutlicht auch das

folgende Diagramm. Die Rolle des Journalisten als Kommunikator und somit aktiver Zweifler wird durch den orangenen Balken illustriert und hervorgehoben.

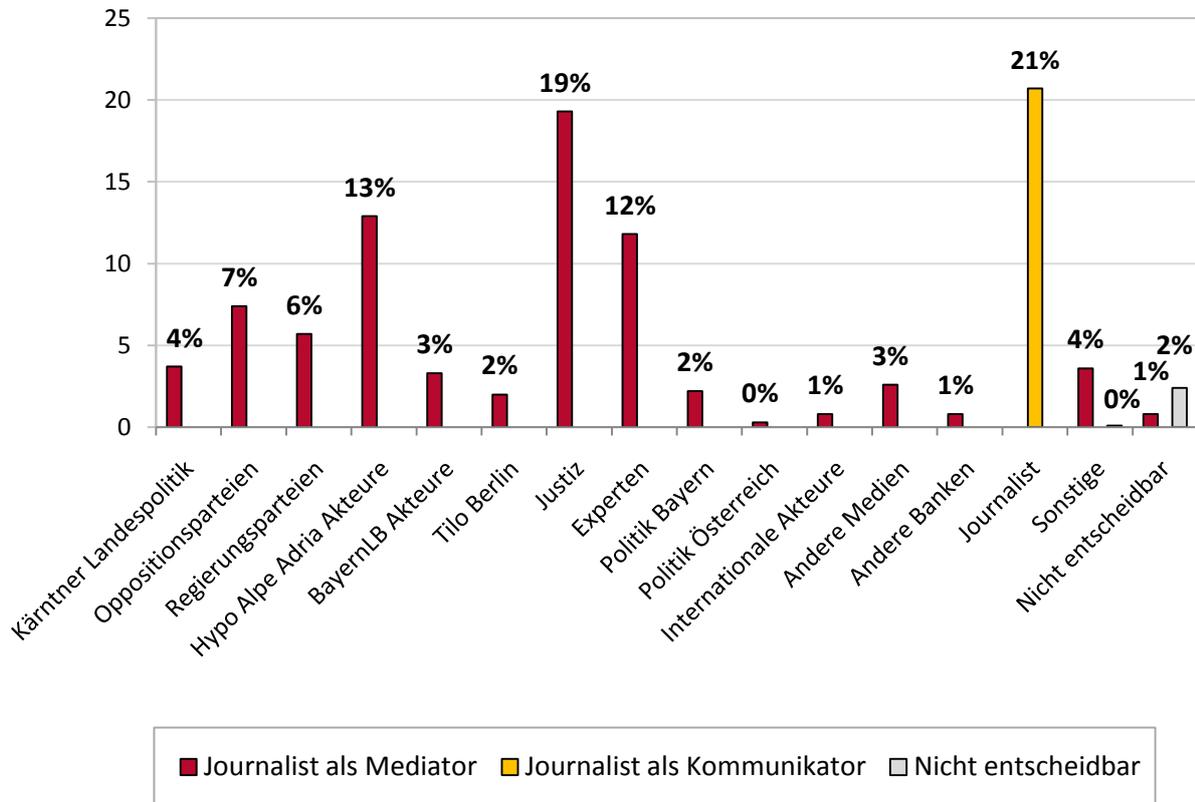


Abbildung 38: Verfasser der Zweifel; N=721

In der zweiten, dritten und vierten Forschungsfrage wurden vor allem die Krisenphasen genauer betrachtet. Dabei musste jedoch auf die verschiedenen Themen, zu denen Zweifel geäußert wurden, auf Grund der mangelnden Verallgemeinerung und Spezifität des Fallbeispiels verzichtet werden. Gerade die verschiedenen Themen, die in der Berichterstattung aktuell sind, können die Wahl des Zweifeltyps jedoch stark beeinflussen und sollen daher an dieser Stelle Beachtung finden. Wird beispielsweise der Vorwurf der Bilanzfälschung diskutiert, so kann erahnt werden, dass bei diesem Thema der Zweifel an der Wahrhaftigkeit eine übergeordnete Rolle spielen könnte, da es sich um eine wissentliche Täuschung handelt. Auch hier wurde eine Kreuztabelle erstellt, um zu veranschaulichen, welche Themengebiete bevorzugt bestimmte Zweifeltypen mit sich bringen.

Das folgende Diagramm illustriert die Beziehung zwischen Thema und Zweifeltyp. Die Zahlenangaben stellen Prozentwerte da. Unterschiede in der

Balkenhöhe sind auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen. Die genauen Werte sind in den Tabellen im Anhang zu finden.

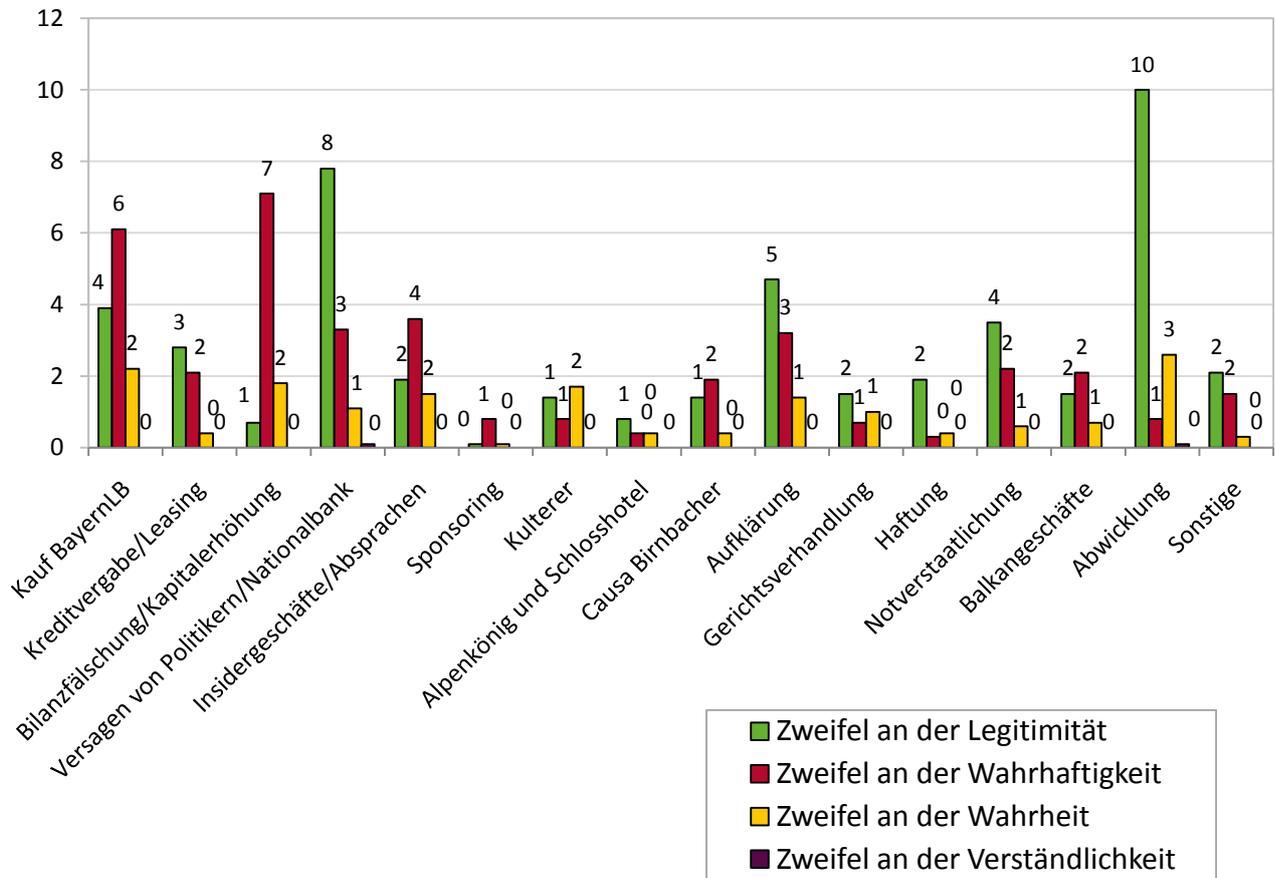


Abbildung 39: Zweifeltypen nach Themen; N=721

Am häufigsten wurden mit 13,6% (98) Zweifel zum Thema Abwicklung der Bank geäußert. Hier dominierte vor allem der Zweifel an der Legitimität. Das lässt sich auf eine lang geführte Debatte zur Rettung der Hypo Alpe Adria zurückführen, in der verschiedene Ideen und Handlungen besprochen und kritisiert wurden. Das Finden einer gemeinsamen Lösung stand im Vordergrund und so wird zwar die Richtigkeit der Handlung angezweifelt, ein Mangel an Wahrhaftigkeit jedoch kaum unterstellt. Auch die Aussagen, Handlungen und das Versagen von Politikern, der Finanzmarktaufsicht und der Nationalbank lösten Zweifel aus. Hierbei spielte jedoch nicht nur das Handeln an sich eine Rolle, auch der Vorwurf des Nichtstuns wurde immer wieder laut und konnte somit als unrichtiges Verhalten gewertet werden. In 7,8% (56) der Fälle wurde an der Richtigkeit gezweifelt, in 3,3% (24) an der Wahrhaftigkeit. Auch beim Thema Aufklärung lag der Fokus der analysierten Zweifel auf dem der Legitimität, gefolgt vom Zweifel an der Wahrhaftigkeit.

Die Notverstaatlichung wurde in 3,5% (25) als illegitim kommuniziert und die Aussagen in 2,2% (16) als unwahrhaftig hinterfragt.

An der Wahrhaftigkeit wurde mit 7,1% (51) besonders häufig zum Thema Bilanzfälschung und Kapitalerhöhung gezweifelt und auch beim Verkauf der Hypo Alpe Adria an die Bayrische Landesbank bzw. beim Kauf der Bank durch die BayernLB wurden in 6,1% (44) der Fälle Wahrhaftigkeitszweifel laut. Hier schien es, als wollten verschiedene Akteure Taten vertuschen und sich bereichern. Des Weiteren war die Kommunikation über Insidergeschäfte und Absprachen vermehrt durch Wahrhaftigkeitszweifel geprägt.

Zweifel an der Wahrheit wurden zu allen Themengebieten geäußert, dominant vertreten waren diese vor allem bei der Thematisierung der Person Kulterers.

In Hinblick auf die fünfte Forschungsfrage, welche sich vor allem mit der Äußerung von Begründungen beschäftigt, soll an dieser Stelle vertiefend untersucht werden, von wem diese Begründungen vermehrt geäußert wurden. Wie bereits erläutert, blieben ein Viertel der analysierten Zweifel völlig unbegründet, in 41,2% (297) wurde eine vage Begründung geäußert und in 33,7% (243) wurden die Zweifel konkret begründet. Zur Darstellung der einzelnen Akteure, die ihre Zweifel begründet verfassten, wurde zwischen vagen und konkreten Begründungen differenziert und in einer Kreuztabelle die jeweiligen Häufigkeiten und Prozentwerte der Variable „Verfasser“ innerhalb des „Begründungsniveaus“ betrachtet.

Vage Begründungen wurden in 17,8% (53) der Fälle vom Journalisten selbst geäußert. Auch die Justiz (15,2%; 45), die Hypo Akteure (13,8%; 41) sowie die Experten (13,5%; 40) begründeten ihre Aussagen oftmals vage. Das ist besonders interessant, da davon auszugehen wäre, dass vor allem Experten das Wissen für konkrete Begründungen hätten. Mit 20 und 27 Begründungen stammten außerdem 9,1% der vagen Begründungen von den Oppositionsparteien und 6,7% von den Regierungsparteien.

Bei der Formulierung von konkreten Begründungen zeigte sich die Justiz mit 28,8% (70) als führend. Dies könnte auf die faktengestützte Begründung von Anschuldigungen und Urteilen zurückzuführen sein. Auch der Journalist selbst äußerte mit 26,3% (64) mehr konkrete als vage Gründe. Experten sowie

Hypo Akteure begründeten hingegen häufiger vage, von ihnen stammen 11,9% (29) bzw. 11,5% (28) der konkret formulierten Begründungen.

Das folgende Diagramm veranschaulicht diese Ergebnisse. Die Beschriftung bezieht sich auf die gerundete Prozentzahl der Zweifel mit Bezug auf ihr Begründungsniveau.

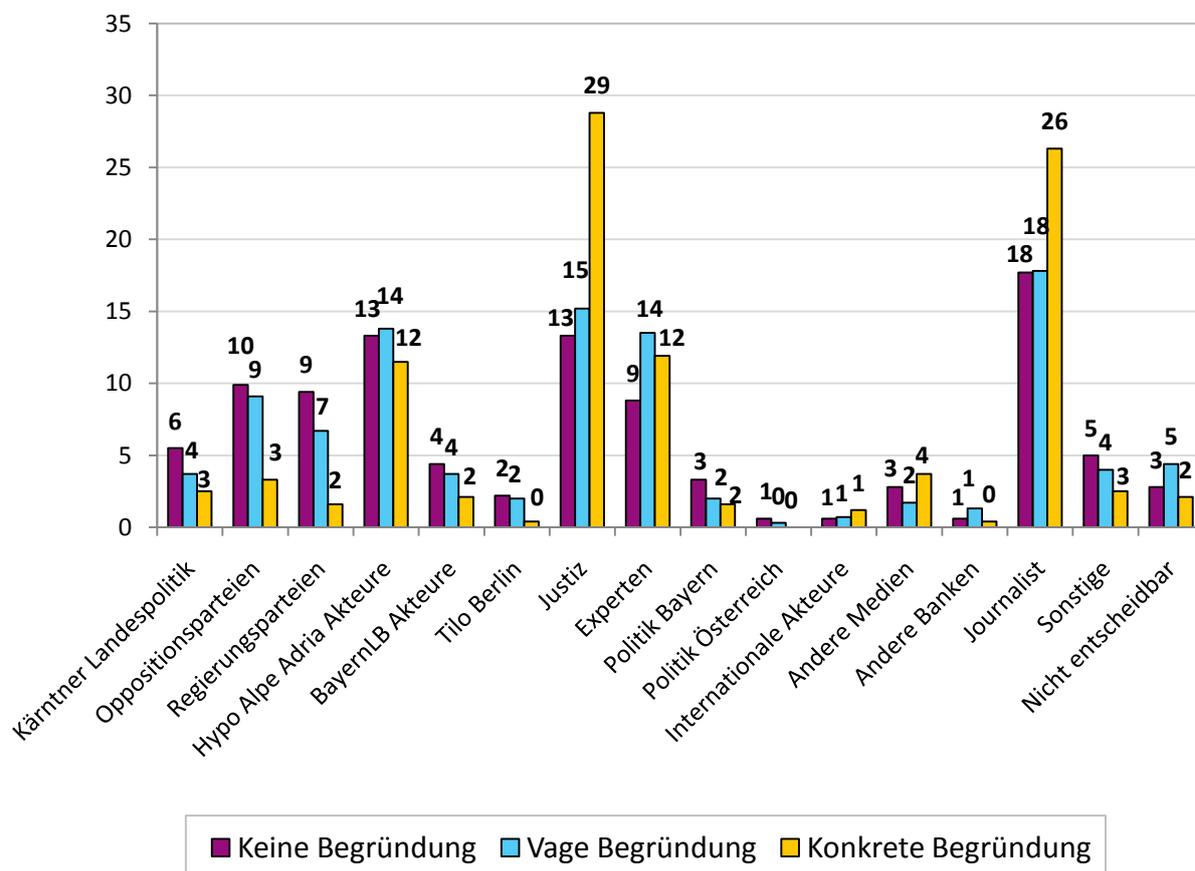


Abbildung 40: Begründungen nach Verfasser in Prozent; Keine Begründung: N=181, Vage Begründung: N=297, Konkrete Begründung: N=243

## 6.5 Zweifeltypen im Zeitverlauf

In diesem Kapitel wird die Veränderung der Zweifelartikulation in Bezug auf die vier Zweifeltypen im Zeitverlauf betrachtet. Zur vereinfachten grafischen Darstellung wurden dazu die Monate des Untersuchungszeitraums in jeweils drei Teile unterteilt und die insgesamt 721 Zweifeleinheiten in Form ihres Zweifeltyps einzeln dargestellt.

Bei den Darstellungen der Zweifeltypen wurde das Monat in je drei Teile untergliedert. Der erste Monatsabschnitt bezieht sich jeweils auf den ersten bis zum 10. Tag des Monats, der zweite Abschnitt beschreibt den Zeitraum von 11. bis zum 20. des Monats und der dritte die Zeit von 21. bis zum Monatsende. „Sep1“ bezeichnet demnach beispielsweise den Zeitraum von 1. bis zum 10. September, „Dez3“, den Zeitraum zwischen 21. und 31. Dezember.

Die blaue Linie zeigt den Verlauf des Zweifels an der Legitimität, die rote Linie veranschaulicht die Veränderung des Zweifels an der Wahrhaftigkeit im Zeitverlauf, die orange Linie stellt den Zweifel an der Wahrheit dar und die violette Linie verweist auf den Verlauf des Zweifels an der Verständlichkeit. Teilweise können sich die Linien bei dieser Darstellung überlagern. Eine Tabelle mit den genauen Werten ist im Anhang (IX) zu finden.

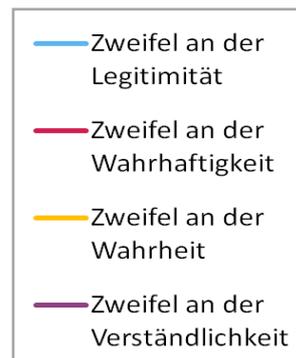


Abbildung 41: Legende Zweifeltypenkurve

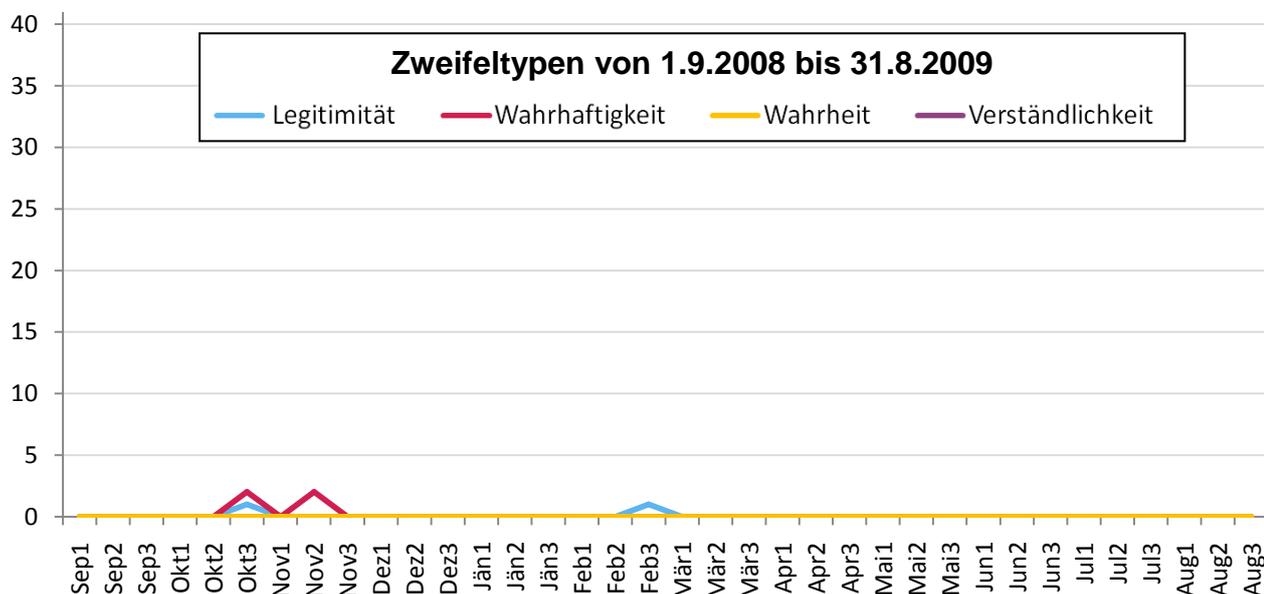


Abbildung 42: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2008/2009; Legitimität: N=2; Wahrhaftigkeit: N=4; Wahrheit: N=0; Verständlichkeit: N=0

Im Zeitraum von 1.9.2008 bis 31.8.2009 wurden kaum Zweifel geäußert. Das Untersuchungsmaterial beinhaltete lediglich vier Zweifel an der Wahrhaftigkeit sowie zwei Zweifel an der Legitimität. Zweifel an der Wahrheit und an der Verständlichkeit wurden nicht artikuliert.

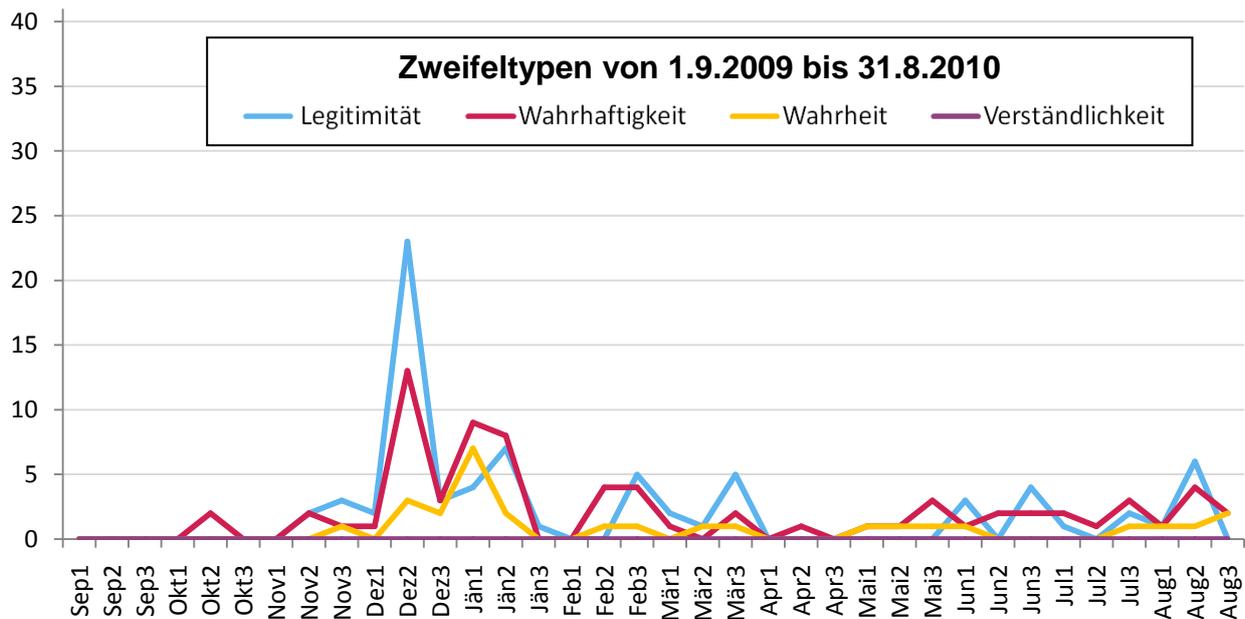


Abbildung 43: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2009/2010; Legitimität: N=75; Wahrhaftigkeit: N=74; Wahrheit: N=27; Verständlichkeit: N=0

Mit dem Zeitraum Nov2 beginnt die latente Krisenphase des ersten Krisenzyklus. Ab hier lässt sich ein kleiner Anstieg der Zweifel an der Legitimität erkennen, welcher in der akuten Krisenphase im Dez2 seinen Höhepunkt erreicht. In der post-kritischen Phase dominiert hingegen der Zweifel an der Wahrhaftigkeit und auch der Zweifel an der Wahrheit zeigt sich deutlich erhöht.

Der zweite Krisenzyklus beginnt mit Jul2 an Brisanz zu gewinnen. Hier ist jedoch nur ein minimaler Anstieg der Zweifelartikulation wahrzunehmen. Diese Phase unterscheidet sich mengenmäßig und auch in Bezug auf den dominanten Zweifeltyp nicht von der potenziellen Krisenphase. In der akuten Krisenphase im Aug2 sind vor allem die Zweifel an der Legitimität leicht erhöht und ein Anstieg der Zweifel an der Wahrhaftigkeit lässt sich ebenfalls feststellen. In der post-kritischen Phase sinkt die Zahl der Zweifel an der Legitimität unter das Niveau des Zweifels an der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit, allerdings ist hier anzumerken, dass es sich um eine sehr geringe Anzahl an Fällen handelt, die kaum Schlüsse zulässt. In den potenziellen Krisenphasen dominiert der Zweifel an der Wahrhaftigkeit, jedoch zeigt sich im zweiten Krisenzyklus auch der Zweifel an der Legitimität in der potenziellen Krisenphase stark erhöht.

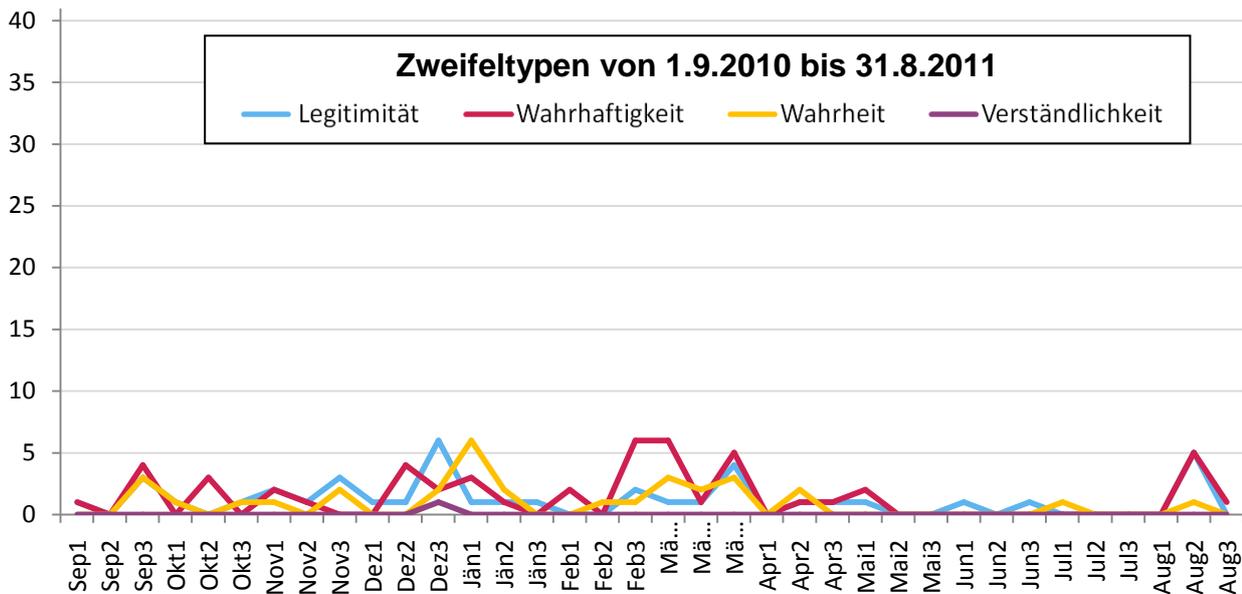


Abbildung 44: Zweifeltypen im Zweitverlauf 2010/2011; Legitimität: N=41; Wahrhaftigkeit: N=51; Wahrheit: N=32; Verständlichkeit: N=1

Der Zeitraum von 1.9.2010 bis 31.8.2011 zeigt die Ausläufer der post-kritischen Krisenphase in Sep1. Obwohl in diesem Jahr keine weitere brisante Krisensituation definiert wurde, so werden verschiedene Zweifel artikuliert. Dabei erscheint der Zweifel an der Wahrhaftigkeit mit 51 dominant, gefolgt von 41 Zweifel an der Legitimität, 32 Zweifel an der Wahrheit und einem Zweifel an der Verständlichkeit.

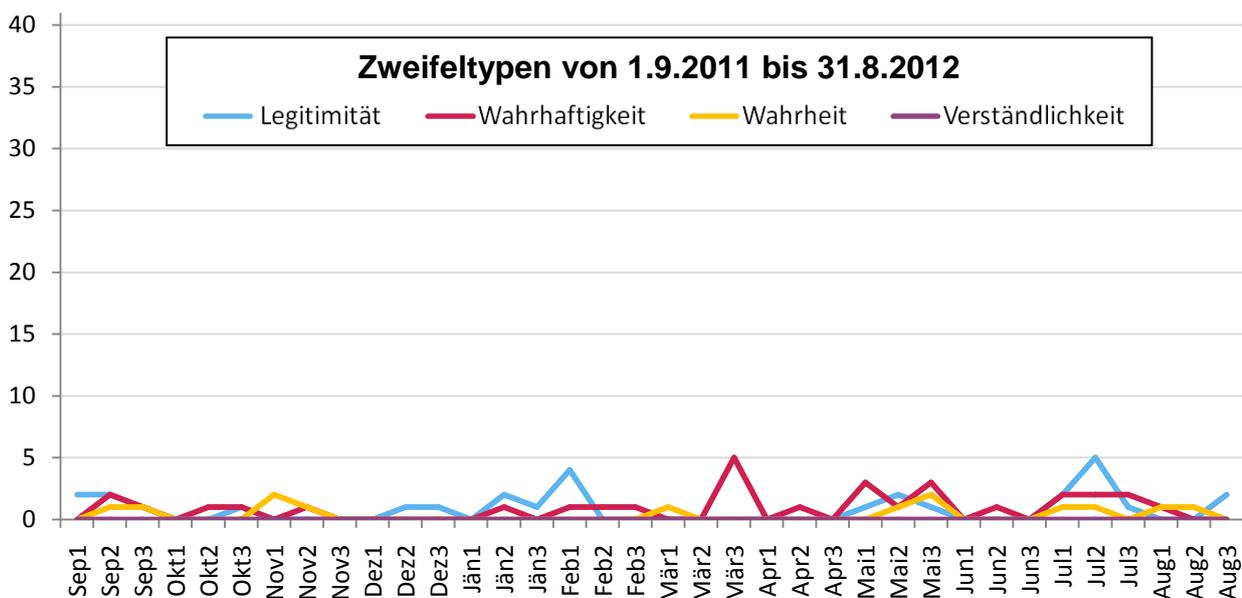


Abbildung 45: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2011/2012; Legitimität: N=29; Wahrhaftigkeit: N=31; Wahrheit: N=13; Verständlichkeit: N=0

Im Zeitraum von 1.9.2011 bis 31.8.2012 ist die Artikulation der Zweifel im Vergleich zum Jahr 2010/2011 reduziert. Wie das vorangegangene Jahr kam auch dieses Jahr ohne zunehmende Brisanz der Krise aus, wodurch es sich bei der Darstellung lediglich um eine potenzielle Krisenphase handelt. Mit 31 Zweifeleinheiten wurden vermehrt Zweifel an der Wahrhaftigkeit artikuliert. Zweifel an der Legitimität wurden in 29 Einheiten geäußert und Zweifel an der Wahrheit in 13 Fällen.

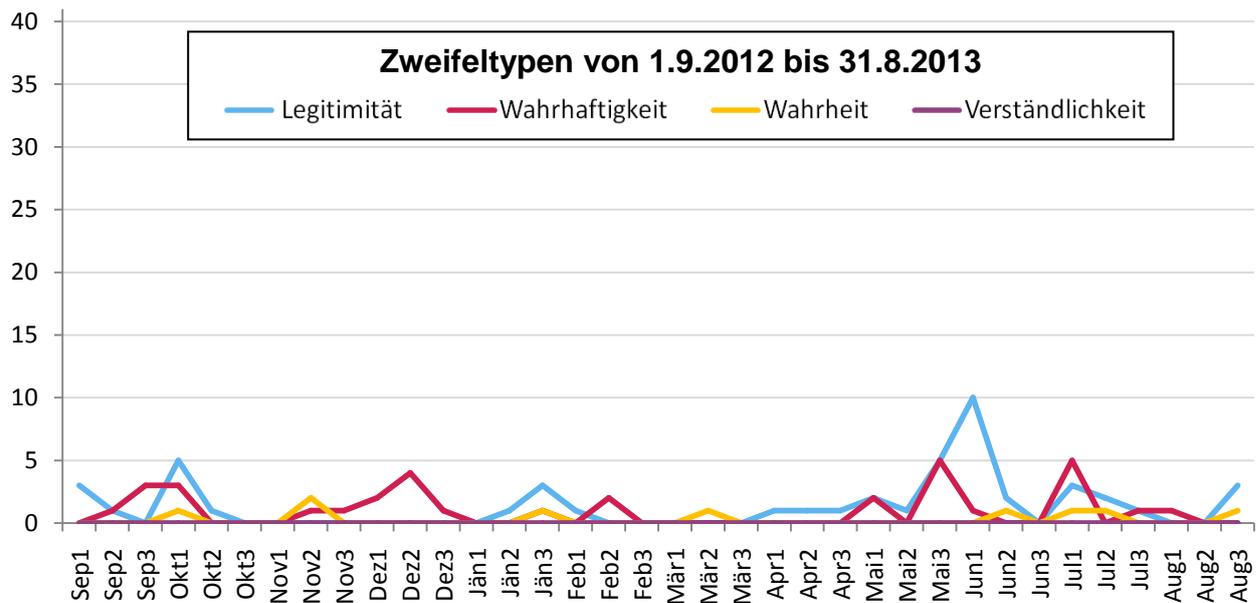


Abbildung 46: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2012/2013; Legitimität: N=47; Wahrhaftigkeit: N=34; Wahrheit: N=8; Verständlichkeit: N=0

Im Zeitraum zwischen 1.9.2012 und 31.8.2013 zeigt sich ein ähnliches Bild. Bis zum Einsetzen der latenten Krisenphase im Mai1 dominiert der Zweifel an der Wahrhaftigkeit in der Berichterstattung. In der latenten Krisenphase steigt hingegen der Zweifel an der Legitimität an, der in der akuten Krisenphase mit 12 Legitimitätszweifeln seinen Höhepunkt erreicht. Am Ende der post-kritischen Phase ist wiederum die Anzahl der Zweifel an der Wahrhaftigkeit erhöht.

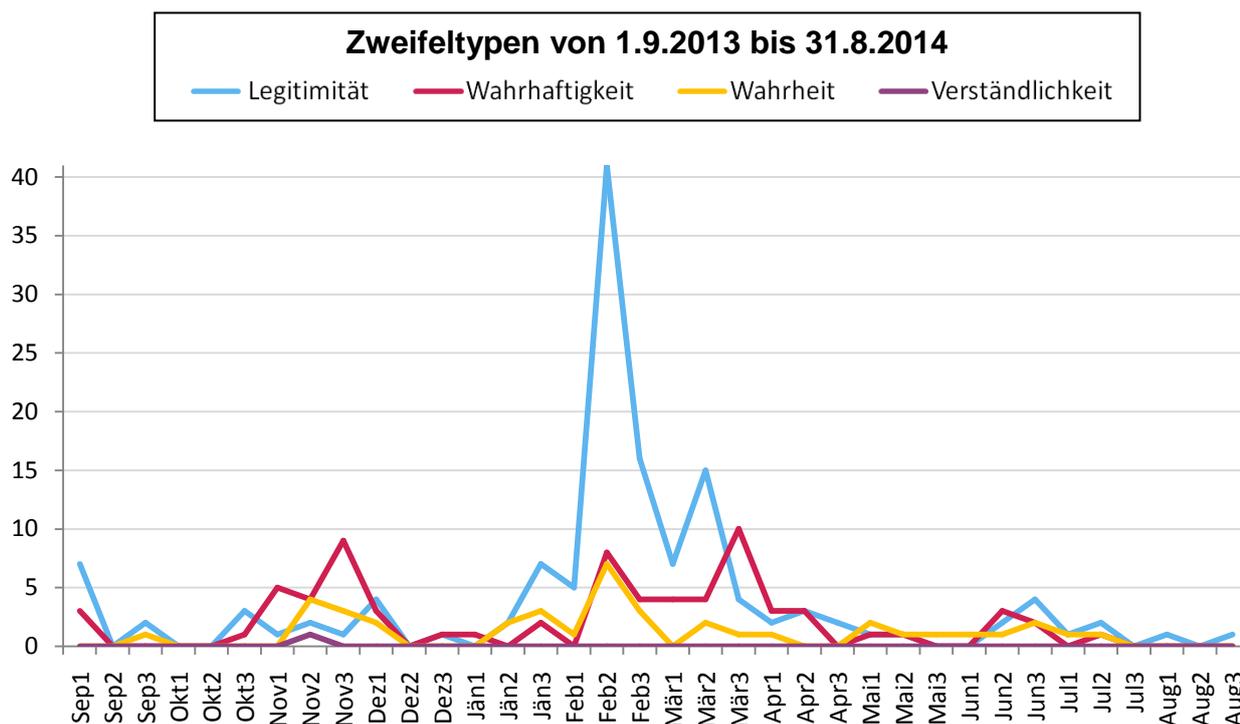


Abbildung 47: Zweifeltypen im Zeitverlauf 2013/2014; Legitimität: N=138; Wahrhaftigkeit: N=73; Wahrheit: N=40; Verständlichkeit: N=1

Im ersten Teil des Septembermonats 2013 zeigt sich eine erhöhte Artikulation des Zweifels an der Legitimität. Vergleicht man dies mit der Kurve der Berichterstattung auf den Seiten 89 und 99, so lässt sich feststellen, dass zu diesem Zeitpunkt auch die Anzahl der Berichte in allen untersuchten Medien leicht erhöht war. Aufgrund der geringen Abweichung vom Normalzustand wurde diese möglicherweise kleine Krise in der vorliegenden Studie jedoch in die potenzielle Krisenphase integriert. Abgesehen von dieser minimalen Abweichung Ende August und Anfang September dominiert auch in der potenziellen Krisenphase des vierten Krisenzyklus der Zweifel an der Wahrhaftigkeit. Mit dem Beginn der latenten Krisenphase im Jän3 steigt die Artikulation des Zweifels an der Legitimität deutlich an und erhöht sich auf 11 Äußerungen. Dieser zeigt sich auch in der akuten Phase als dominanter Zweifeltyp und weist 81 Zweifeläußerungen an der Legitimität auf. In der post-kritischen Krisenphase dominiert hingegen der Zweifel an der Wahrhaftigkeit. Ab 19.4.2015 kann vom Beginn des 5. Krisenzyklus gesprochen werden. In dieser Phase dominiert der Zweifel an der Legitimität. Da es sich dabei jedoch lediglich um den Beginn eines Krisenzyklus handelt und dessen Dauer und damit die Anzahl an möglichen

Zweifeln ungewiss ist, lässt sich diese Phase nicht in die Betrachtung mit einbeziehen.

Zusammenfassend kann somit festhalten werden, dass in der potenziellen Krisenphase vor allem der Zweifel an der Wahrhaftigkeit dominant erscheint. Gewinnt die Krise jedoch an Brisanz, so kommt es vermehrt zur Äußerung von Zweifeln an der Legitimität. Dieser Zweifeltyp erreicht in der akuten Krisenphase seinen Höhepunkt. Anschließend folgt eine vermehrte Artikulation des Zweifels an der Wahrhaftigkeit, während der Zweifel an der Legitimität in der post-kritischen Phase rückläufig ist. Aussagen über den Verlauf des Zweifels an der Wahrheit lassen sich nur bedingt machen. Dieser scheint sich zwar leicht am Zweifel an der Wahrhaftigkeit zu orientieren und tritt eher in der post-kritischen Phase auf, für eine Bestätigung dieser Annahme bedarf es jedoch weiterer Studien. Der Zweifel an der Verständlichkeit folgte aufgrund der geringen Anzahl keinem Muster.

Dieses Ergebnis bestätigt die Annahme, dass in der Berichterstattung zum Fall Hypo Alpe Adria der Zweifel an der Wahrhaftigkeit stark vertreten ist. Auch wenn sich dieser nicht als dominanter Zweifel der gesamten Studie herausgestellt hat, so scheint er doch, betrachtet man lediglich den Zeitverlauf und subtrahiert die wenigen Tage der latenten und akuten Krisenphasen, über mehrere Jahre hinweg der am häufigsten geäußerte Zweifeltyp zu sein. Allerdings, und das muss an dieser Stelle mehr als verdeutlicht werden, handelt es sich bei der Anzahl der Stichprobe lediglich um 721 Zweifel, welche über einen Zeitraum von 6 Jahren verteilt geäußert wurden. Diese Ergebnisse basieren somit auf einer sehr geringen Anzahl an Fällen, wodurch auch geringe Unterschiede eine großes Gewicht bekommen. Daher sollte die Studie lediglich als Hinweis für neue Analysen herangezogen werden und die Dominanz des Zweifels an der Wahrhaftigkeit in potenziellen und post-kritischen Phasen sowie die Dominanz des Zweifels an der Legitimität in latenten und akuten Krisenphasen erneut geprüft werden. Eine Stichprobe, die dem Verlauf der Zweifeltypen über mehrere Jahre hinweg gerecht werden kann, muss die dieser Magisterarbeit jedoch um ein Vielfaches überschreiten.

## 7. Fazit

---

Ziel der vorliegenden Masterarbeit war es, die Printmedienberichterstattung zum Krisenthema Hypo Alpe Adria in Bezug auf ihre Diskursivität zu untersuchen. Im Zentrum des Interesses stand vor allem die Frage, inwieweit der Journalist als Diskurs-Anwalt, als Anwalt der „stummen Bürger“ (Burkart 1998, S. 170), der an Stelle dieser Zweifel an den Geltungsansprüchen nach Habermas äußert und damit einen Diskurs initiieren kann, agiert und ob sich seine Rolle verändert, wenn eine Krisensituation an Brisanz gewinnt. Dies wurde anhand einer Inhaltsanalyse untersucht. In zwei Vorstudien wurde vorweg die Stichprobe durch die Identifikation bestimmter Schlüsselwörter gebildet und die Krisenphasen abgegrenzt. Schlussendlich ließen sich 721 Zweifel identifizieren, welche die Grundgesamtheit der Analyse bildeten. Das Untersuchungsmaterial bestand aus redaktionellen Beiträgen in den Printmedien *die Presse*, *der Standard*, *Kurier* und *Kronen Zeitung* und umfasste einen Zeitraum von sechs Jahren. Dabei lag der Anfangs- und Endzeitpunkt der Krise außerhalb des Untersuchungszeitraums und schon bei der Sichtung des Materials wurde schnell deutlich, dass es sich bei der Krise der Hypo Alpe Adria um eine handelt, die sich über viele Jahre erstreckt und deren unterschiedliche Themen miteinander verwoben sind. Die abgegrenzten Krisenzyklen können somit lediglich als Subkrisen einer großen Unternehmenskrise verstanden werden.

Die Studie kam zu einigen interessanten Ergebnissen und brachte damit Einblicke in die Krisenberichterstattung und die Arbeitsweisen von Journalisten und Medien in Krisensituationen. In der ersten Forschungsfrage stand der Typ der Zweifeläußerung im Zentrum des Interesses. Die Annahme, dass der Journalist mehr Zweifel an der Legitimität im Vergleich zum Zweifel an der Wahrheit formuliert und dass dies auch medienunabhängig der Fall ist, konnte bestätigt werden. Mit Ausnahme der Berichterstattung im *Standard*, in der der Zweifel an der Wahrhaftigkeit als häufigster Zweifeltyp erschien, stellte sich der Zweifel an der Legitimität in den Medien als dominanter Zweifeltyp heraus. In der zweiten Forschungsfrage wurde die Rolle des Journalisten genauer betrachtet. Dabei gab der Journalist in über dreiviertel der Zweifeleinheiten die Aussagen anderer Akteure in direkten und indirekten Zitaten wieder.

Als vertiefende Ergänzung wurden die Zweifeläußerungen des Journalisten außerdem in Bezug auf die einzelnen Verfasser von Zweifel gesetzt, die der Journalist als Mediator wiedergibt. Dabei konnte festgestellt werden, dass der Journalist sehr wohl häufig eigene Zweifel artikuliert und zwar in einem Ausmaß, das das der anderen einzelnen Verfasser übersteigt. Im Gegensatz zu den anderen Akteuren, obliegt es ihm jedoch allein zu entscheiden, welche Zweifel er in der Berichterstattung wiedergibt. Die Integration der Zweifel verschiedener Akteure lässt dabei auf eine gewisse, gewollte Meinungsvielfalt in der Berichterstattung schließen, wodurch die Aufgabe des Journalismus, die Ermöglichung der Meinungsbildung durch die Darstellung unterschiedlicher Ansichten und Blickwinkel, in einer demokratischen Gesellschaft erfüllt scheint. Am zweithäufigsten wurden in der Studie die Aussagen von Akteuren der Justiz in die Berichterstattung integriert. Dies lässt sich vor allem auf die hohe Anzahl an Anklagen, in denen oftmals die Legitimität von Handlungen oder die Wahrhaftigkeit von Aussagen angezweifelt wurde, zurückführen.

Gewinnt die Krise an Brisanz, das heißt, geht die potenzielle Krisenphase in eine latente und dann schließlich in eine akute Phase über, nimmt auch die Anzahl der vom Journalisten selbst artikulierten Zweifel in der akuten Phase deutlich zu. Dies könnte vielleicht darauf zurückzuführen sein, dass in dieser Phase die Thematik bereits stark in der Öffentlichkeit vertreten ist, unterschiedliche Akteure ihre Meinungen äußern und der Journalist im Sinne seiner Rolle als Diskurs-Anwalt besonders häufig Zweifel in der Bevölkerung aufgreift und an Stelle dieser eigene Zweifel formuliert.

Die dritte Forschungsfrage ermöglichte einen näheren Blick auf die Äußerung von Zweifelstypen in Krisenzeiten. Dazu wurden die Zweifelstypen in den Krisenphasen einzeln untersucht. Gefragt wurde, ob ein Zusammenhang zwischen Krisenphasen und Zweifelstypen besteht, das heißt, ob die Artikulation des Zweifelstyps von der jeweiligen Krisenphase beeinflusst wird. 56% der Zweifel waren in der potenziellen Krisenphase vorhanden. Im Fokus der Betrachtung standen auf Grund der besseren Vergleichbarkeit ihrer jeweiligen Dauer jedoch vor allem die latente, die akute und die post-kritische Krisenphase. Die Studie zeigte eine klare Dominanz aller Zweifelstypen in der akuten Phase. In der latenten Phase war die Anzahl an

Zweifeläußerungen verhältnismäßig gering und reduzierte sich nach der akuten Phase in der post-kritischen Phase auf ein mittleres Niveau. Die Zweifel an der Wahrheit wiesen dabei eine ähnliche Verteilung wie die Zweifel an der Wahrhaftigkeit auf. Des Weiteren wurde hier bereits deutlich, dass, während der Zweifel an der Wahrhaftigkeit in den potenziellen Krisenphasen und post-kritischen Phasen dominant erschien, der Zweifel an der Legitimität vor allem in den latenten und akuten Krisenphasen vermehrt auftrat. Auch die ergänzende Betrachtung zur Verteilung der Themen der Zweifel zeigte, dass bei allen Themen sowohl an der Legitimität als auch an der Wahrhaftigkeit und der Wahrheit gezweifelt wurde. Dennoch war je nach Themengebiet ein Zweifel dominant. Das Thema „Abwicklung“ war vor allem vom Zweifel an der Legitimität geprägt. Auch Wahrheitszweifel waren bei diesem Thema außergewöhnlich oft vertreten. Wenn das Versagen von Politikern, der Nationalbank oder der Finanzmarktaufsicht thematisiert wurde, lag der Fokus der Zweifel abermals auf dem der Legitimität. Zweifel an der Wahrhaftigkeit wurden hingegen am häufigsten zum Thema Bilanzfälschung und Kapitalerhöhung geäußert. Auch beim Verkauf der Hypo Alpe Adria an die Bayerische Landesbank wurde besonders häufig an der Wahrhaftigkeit gezweifelt.

Auf Basis von Journalistenaussagen wurde außerdem die Annahme formuliert, dass eine zunehmende Brisanz der Krise zu einer Verschiebung der Thematik von wirtschaftlichen Ressorts hin zu anderen Ressorts führt. Ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Krisenphase und Ressorts besteht, wurde in der vierten Forschungsfrage ermittelt. Besonders interessant schien dabei das Ressort *Thema*, da dieses im Gegensatz zu den Ressorts *Politik* oder *Wirtschaft* unabhängig vom Themenschwerpunkt Berichte integriert. 66% der Zweifel, die in diesem Bereich zu finden waren, fielen in den Zeitraum einer akuten Krisenphase. Ein ähnliches Bild zeigte sich beim Ressort *Politik*. Die in diesem Ressort geäußerten Zweifel wurden in über der Hälfte der Fälle in einer akuten Krisenphase artikuliert. Das Ressort *Wirtschaft* hingegen, das in der potenziellen Krisenphase klar dominant erschien, verlor bei zunehmender Brisanz der Krise an Bedeutung.

Für die fünfte und sechste Forschungsfrage wurden zusätzlich die Qualitätsmerkmal „Begründung“ und „Lösungsvorschlag“ hinzugezogen. Es

wurde gefragt, auf welche Zweifeltypen sich diese beziehen und ob Begründungen und Lösungsvorschläge lediglich vage oder doch konkret in der Berichterstattung formuliert sind. Hier zeigte sich abermals ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Variablen. Ein Viertel der Zweifeleinheiten blieb unbegründet. 41% waren vage begründet, 34% konkret. In Bezug auf die Zweifeltypen, auf die die Begründungen verweisen, waren im Detail betrachtet mehr Zweifel an der Legitimität und der Wahrheit vage begründet. Begründungen des Wahrhaftigkeitszweifels wurden hingegen vermehrt konkret geäußert. Interessant ist dieses Ergebnis auch in Hinblick auf die mangelnde Diskursfähigkeit des Wahrhaftigkeitszweifels. Es könnte die Annahme formuliert werden, dass eine tiefergehende Begründung des Wahrhaftigkeitszweifels damit umso bedeutender wird. Ergänzend wurde in einem nächsten Schritt auch veranschaulicht, von wem diese Begründungen geäußert wurden. Besonders der Journalist zeigte sich beim Begründen von Aussagen führend. Von ihm wurden 18% der vagen und sogar 26% der konkreten Begründungen geäußert. Auch die Justiz begründete häufiger konkret als vage. Von ihr stammten 15% der vagen und 29% der konkreten Begründungen. Experten und Hypo Akteure begründeten hingegen häufiger vage. Dieses Ergebnis ist dahingehend erstaunlich, dass vor allem die Gruppe der Experten trotz ihres Hintergrundwissen weniger konkrete Begründungen formuliert. Der Journalist hingegen, so bald er die Rolle des Mediators verlässt und zum Kommunikator wird, scheint die von ihm artikulierten Zweifel besonders häufig konkret zu begründen, was auch auf eine gewisse Qualität seiner journalistischen Arbeit schließen lässt.

Während Begründungen in der Mehrheit der Fälle geäußert wurden, waren Lösungsvorschläge eher selten vorhanden. In 90% der Fälle wurden keine Lösungsvorschläge gegeben. Wenn ein Lösungsvorschlag geäußert wurde, so bezog sich dieser in 65% der Fälle auf den Zweifel an der Legitimität. Von diesen waren wiederum 78% vage und 22% konkret formuliert.

Anschließend wurden die vier Zweifeltypen einzeln im Zeitverlauf betrachtet und die bereits gewonnen Erkenntnisse der dritten Forschungsfrage genauer beleuchtet. Es zeigte sich, dass in den relevanten potenziellen Krisenphasen vor allem Wahrhaftigkeitszweifel in der Berichterstattung zur Hypo Alpe Adria geäußert wurden. Spitzte sich die Krise weiter zu und gewann an Brisanz,

stieg hingegen der Zweifel an der Legitimität deutlich an und war in allen akuten Krisenphasen der am häufigsten geäußerte Zweifelstyp. In der post-kritischen Phase erschien dieser Zweifel hingegen rückläufig, während der Zweifel an der Wahrhaftigkeit wiederum vermehrt auftrat. Wahrheitszweifel zeigten nur bedingt Auffälligkeiten und für eine Aussage über Zweifel an der Verständlichkeit war die Fallanzahl zu gering.

Mit Rückblick auf die Literatur lässt sich in Bezug auf die Äußerung von Zweifelstypen im Zeitverlauf feststellen, dass die Erkenntnisse von Roland Pelzl (1999), welcher eine Abfolge der Zweifel - Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Legitimität - vorschlägt<sup>8</sup>, nicht bestätigt werden konnten. Allerdings, und das muss an dieser Stelle erneut verdeutlicht werden, handelt es sich bei der in der vorliegenden Studie untersuchten Thematik um eine Krise, deren Anfangs- und Endzeitpunkt außerhalb des Untersuchungszeitraumes liegen. Auf Grund der Krisendauer dürfte die Zweifelartikulation auch stark von den behandelten Themen beeinflusst sein, auf die in der Berichterstattung an mehreren Zeitpunkten zurückgegriffen wurde. Von einem direkten Vergleich mit der Studie von Pelzl ist daher abzuraten.

Anzumerken ist bei der Interpretation der Ergebnisse jedoch auch, dass es sich bei dieser Studie um die erste ihrer Art handelt. Es wurde ein Versuch gestartet, die Zweifelstypen im Zeitverlauf einzeln zu betrachten und somit Muster in der Abfolge von Zweifeln zu erkennen. Für eine Verallgemeinerung dieser Ergebnisse bedarf es jedoch weiterer Studien, die sich mit der Thematik der Zweifeläußerung in Krisenphasen beschäftigen. Auch eine Studie, die Kommentare und vor allem Leser-Briefe, die eine Möglichkeit bieten, Zweifel öffentlich zu äußern, miteinbezieht und in Bezug auf Krisenzeiten untersucht, könnte interessante Ergebnisse liefern. Das Thema diskursiver Journalismus in Krisenzeiten bietet jedenfalls noch viel Potenzial für weitere Forschungen, ein wichtiges Gebiet, das zu verstehen hilft, wie mediale Kommunikation durch die Wahl der Formulierung von journalistischen Beiträgen sowie durch die Veröffentlichung von Zweifeln, den Verlauf von Krisen aktiv beeinflussen kann.

---

<sup>8</sup> Die Studie von Roland Pelzl zum publizistischen Konflikt wird im Exkurs zur inhaltlichen Konfliktentwicklung in Kapitel 2.3.6 ab Seite 48 thematisiert.

## 8. Schlusswort

---

Der Vorhang fällt. Die Tragödie neigt sich dem Ende zu, doch applaudieren wird wohl niemand. Zu groß ist der Frust und die Enttäuschung über das Verhalten von Politikern und Bankern, deren Aufgabe es allein schon auf Grund ihrer Profession gewesen wäre, nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne des Volkes zu handeln, da ihnen besonderes Vertrauen entgegengebracht wird. Gezeigt hat diese Studie jedoch auch, dass zwar viel kritisiert und gezweifelt, Lösungsvorschläge jedoch nur sehr bedingt geäußert wurden.

Interessant bleibt auch ein anderer Punkt, denn die Krise der Hypo Alpe Adria hat einmal mehr verdeutlicht, dass Medien durchaus in der Lage sind, Krisen zu beeinflussen. Oftmals wurde ihnen vorgeworfen, zu viel über die Diskussionen und Bedenken in der Politik zu berichten. Damit hätten Sie die BayernLB nur in ihrem Vorhaben bestärkt, Österreich unter Druck zu setzen, sodass eine Notverstaatlichung unumgänglich schien. Auch die Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch Ratingagenturen sei unter anderen der Panikmache in den Medien zu verdanken. Wo liegt hierbei nun die Verantwortung im Journalismus? In der wahrheitsgemäßen Berichterstattung oder doch in der Verschwiegenheit zum Wohle der Bürger, die sie vertreten? Diese Frage soll hier unbeantwortet bleiben. Sie zeigt jedoch die Macht der Medien, die Macht zu beeinflussen und die Macht Krisen zu steuern.

Und die Hypo Alpe Adria? Neue Brisanz brachte im Dezember 2014 der Bericht der Griss-Kommission, in dem die Ursachen und Probleme des Debakels in Kärnten beschrieben und die Notverstaatlichung stark kritisiert wird (Vgl. Völker, 2014a). Dies führte zu erneuten Schuldzuweisungen der „Verantwortungslosigkeitsträger“, wie Michael Völker im *Standard* kommentierte und titelte: „Der Hypo Skandal und ein Österreichisches Fremdwort: Konsequenzen“ (Völker, 2014b). Ein Untersuchungsausschuss wird voraussichtlich im März 2015 starten. Dieser soll weiteres Licht ins Dunkel bringen, womit das Horrorthema Hypo Alpe Adria wohl auch in den nächsten Jahren noch für so einige Schlagzeilen sorgen wird.

## 9. Literaturverzeichnis

---

Alaybeyoglu, Danyal (2007): Krisenkommunikation von Unternehmen in Risikobranchen. Prämissen, Probleme, Perspektiven. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller

APA/OGM: Umfrage Vertrauensindex Wirtschaft. Banken. 2.4.2013. In: [http://www.ogm.at/inhalt/2013/04/vertrauensindex/APA-OGM-Vertrauensindex-Wirtschaft-Banken\\_März-131.pdf](http://www.ogm.at/inhalt/2013/04/vertrauensindex/APA-OGM-Vertrauensindex-Wirtschaft-Banken_März-131.pdf) (Stand: 5.10.2013)

Apa/Reuters: Hypo Alpe Adria. Chronologie des Niedergangs. 21.2.2014. In: [http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/1565745/Hypo-Alpe-Adria\\_Chronologie-des-Niedergangs](http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/1565745/Hypo-Alpe-Adria_Chronologie-des-Niedergangs) (Stand: 11.6.2014)

APA/OGM: Vertrauensindex Hypo Akteure. 14.3.2014. In: [http://www.ogm.at/inhalt/2014/03/innenpolitik-vertrauensindex/Vertrauensindex\\_Hypo-Akteure\\_März2014.pdf](http://www.ogm.at/inhalt/2014/03/innenpolitik-vertrauensindex/Vertrauensindex_Hypo-Akteure_März2014.pdf) (Stand: 5.10.2014)

Baecker, Dirk (1991): Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft. Mit einem Vorwort von Niklas Luhmann. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Baumgärtner, Norber (2008): Risiken kommunizieren - Grundlagen, Chancen und Grenzen. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 41-62

Belci, Roberto (2000): Kommunikation als Erfolgsfaktor im Banking. Bern, Wien: Haupt

Benesch, Thomas (2013): Schlüsselkonzepte zur Statistik. Die wichtigsten Methoden, Verteilungen, Tests anschaulich erklärt. Heidelberg: Springer

Bentele, Günter/Janke, Katharina (2008): Krisenkommunikation als Vertrauensfrage? Überlegungen zur krisenbezogenen Kommunikation mit verschiedenen Stakeholdern. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 112-134

Biesiadecka, Gabriela Maria (2009): Krisenpräventives Kommunikationsmanagement am Flughafen. Ein Modell der Public Relations für den erfolgreichen Umgang mit Krisen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Bilke, Nadine (2008): Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konflikt sensitiven Journalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

BMF: Fragen und Antworten zur Hypo Alpe Adria. 2014. In: [https://www.bmf.gv.at/services/faq/Antworten\\_Hypo.html](https://www.bmf.gv.at/services/faq/Antworten_Hypo.html) (Stand: 21.10.2014)

Bortz, Jürgen/Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation: Für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. Auflage. Heidelberg: Springer

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus: Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Burkart, Roland (1993): Public Relations als Konfliktmanagement. Ein Konzept für verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit, untersucht am Beispiel der Planung von Sonderabfalldeponien in Niederösterreich. Wien: Braumüller

Burkart, Roland (1998): Von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit zum diskursiven Journalismus. In: Duchkowitsch, Wolfgang et al: Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.163-172

Burkart, Roland/Rußmann, Uta/Grimm, Jürgen (2010): Wie Verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008. In: Pöttker, Horst/Schwarzenegger, Christian (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Köln: van Halem. S. 256-281

Burkart, Roland/Rußmann, Uta (2010): Journalism Democracy and the role of doubts: An analysis of political campaign communication in Austria. In: Studies in Communications Science 10/1. S. 11-27

Burkart Roland (2012): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit In: Hömberg, Walter/ Hahn, Daniela/ Schaffar, Timon (Hrsg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage. S. 17-38

Burkart, Roland/Rußmann, Uta (2012): Authentizität im Wahlkampf. Eine zweifelhafte Sache. In: PR-Magazin 03/2012. S. 63-68

Burkart, Roland (2013): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit (VÖA) revisited: Das Konzept und eine selektive Rezeptionsbilanz aus zwei Jahrzehnten In: Hoffjann, Olaf/Huck-Sandhu, Simone: Unvergessene Diskurse. 20 Jahre PR- und Organisationskommunikationsforschung. Wiesbaden: Springer. S. 437-464

Cremer, Michael (1995): Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Banken und Sparkassen. Wiesbaden: Gabler-Verlag

Der Standard: Blattlinie. 2014. In: <http://derstandarddigital.at/1113512/Blattlinie> (Stand: 10.11.2014)

Die Presse: Alles Hypo? 2014a. In: Die Presse am Sonntag. 30.3.2014. S. 24

Die Presse: Ich hatte den Eindruck, jetzt drehen alle durch. 2014b. In: Die Presse am Sonntag. 30.3.2014. S. 26

Die Presse: Die Presse-Blattlinie. 2014c. In: <http://diepresse.com/unternehmen/613276/Die-PresseBlattlinie> (Stand: 10.11.2014)

Früh, Werner (2011): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main

Hofmann, Thorsten/Braun, Stefan (2008): Die Rolle der Kommunikation im interdisziplinären Krisenmanagement. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 135-146

Höbel, Peter/Hofmann, Thorsten (2014): Krisenkommunikation, 2. überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK-Verlags-Gesellschaft

Herrmann, Simon (2012): Kommunikation bei Krisenausbruch, Wirkung von Krisen-PR und Koorientierung auf die journalistische Wahrnehmung. Wiesbaden: Springer

Kepplinger, Hans Mathias (1992): Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien. Zürich: Edition Interfrom

Kepplinger, Hans Mathias/Geiß, Stefan (2013): Die Argumentationsqualität in der Berichterstattung. In: Quiring, Oliver/Kepplinger, Hans Mathias/Weber, Mathias/Geiß, Stefan: Lehman Brothers und die Folgen. Berichterstattung zu wirtschaftlichen Interventionen des Staates. Wiesbaden: Springer. S. 111-128

Kepplinger, Hans Mathias (2009): Publizistische Konflikte und Skandale. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Keuschnigg, Christian (2014): Hypo Alpe Adria. In: IHS-Standpunkt. 19/2014

Kurier: Das Redaktionsstatut. 5.12.2011. In: <http://kurier.at/services/diezeitung/das-redaktionsstatut/714.241> (Stand: 10.11.2014)

Littmann, Annette (2001): Image und Public Relations von Banken. Ein konzeptioneller Ansatz unter besonderer Berücksichtigung der Presse. Köln: Botermann und Botermann

Luhmann, Niklas (1991): Vorwort. In: Baecker, Dirk: Womit handeln Banken. Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 7-12

Löffelholz, Martin/Schwarz, Andreas (2008): Die Krisenkommunikation von Organisationen. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 21-40

Luzar, Katrin (2004): Inhaltsanalyse von webbasierten Informationsangeboten. Framework für die inhaltliche und strukturelle Analyse. Norderstedt: Books on Demand

Mast, Claudia (2008): Nach der Krise ist vor der Krise - Beschleunigung der Krisenkommunikation. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 98-111

Media-Analyse: MA 2013 - Tageszeitungen Total. 2013. In: <http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungTotal.do?year=2013&title=Tageszeitungen&subtitle=Total> (Stand: 12.11.2014)

Merten, Klaus (2008): Krise und Krisenkommunikation: Von der Ausnahme zur Regel? In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 83-97

Merten, Klaus (2013): Konzeption von Kommunikation. Theorie und Praxis des strategischen Kommunikationsmanagements. Wiesbaden: Springer

Noethelle, Claudia (2008): Krisenkommunikation ganz praktisch - wie Journalisten mit Krisen umgehen. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 226-232

Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (2008): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 9-20

Obermeier, Otto-Peter (2002): Regeln der Krisenkommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit bei Schadenfällen. In: VersicherungsPraxis, 10/2002. S.202-2012

OGM: Hypo Alpe Adria Desaster. 4.6.2014. In: <http://www.ogm.at/2014/07/hypo-alpe-adria-desaster/> (Stand: 5.10.2014)

Pavlova, Zlatka (2010): Öffentlichkeitsarbeit und diskursiver Journalismus Instrumente zur Förderung der Diskursivität in der politischen Kommunikation. In: Hömberg, Walter/ Hahn, Daniela/ Schaffar, Timon (Hrsg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage. S.183-208

Pelzl, Roland (1999): Analytisch Präventive Medienarbeit (APM). Ein Modell zur Erfassung der Einflußgrößen im Kommunikationsprozeß zwischen den Public Relations und dem Journalismus in publizistischen Konflikten. Diss., Universität Wien

Puttenat, Daniela (2009): Praxishandbuch Krisenkommunikation. Von Ackermann bis Zumwinkel: PR-Störfälle und ihre Lektionen. Wiesbaden: Gabler

Rauchenzauner, Elisabeth (2008): Schlüsselereignisse in der Medienberichterstattung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Raupp, Juliana/Vogelsang, Jens (2009): Medienresonanzanalyse. Eine Einführung in Theorie und Praxis. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Rußmann, Uta (2010): Verständigungsorientierte Kommunikationsprozesse in der öffentlichen politischen Diskussion. Das VÖA-Modell in der Wahlkampfkommunikation. In: Hömberg, Walter/ Hahn, Daniela/ Schaffar, Timon (Hrsg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage. S.171-182

Schäfer, Dietmar (2005): Deutsch bis zur 10. Klasse. Literatur: Geschichte und Gattungen. München: Mentor

Saxer, Ulrich (2010): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Ein Strategien fundiertes public-relations-wissenschaftliches Konzept. In: Hömberg, Walter/ Hahn, Daniela/ Schaffar, Timon (Hrsg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage. S.39-54

Schulenburg, Nils (2008): Entstehung von Unternehmenskrisen. Eine evolutionstheoretische Erklärung. Wiesbaden: Gabler

Szyszka, Peter: Krisenkommunikation im Fall »Brent Spar« 10 Jahre danach: Was ist verallgemeinerungsfähig? 14.3.2005. In:  
<http://www.juniorcom.ch/cms/upload/pdf/JC05-Szyszka.pdf> (Stand 11.11.2014)

Thießen, Ansgar (2011): Organisationskommunikation in Krisen. Reputationsmanagement durch situative, integrierte und strategische Krisenkommunikation. Wiesbaden: Springer

Völker, Michael: Gegenseitige Schuldzuweisungen nach Griss-Bericht. 3.12.2014a. In: <http://derstandard.at/2000008924780/Gegenseitige-Schuldzuweisung-nach-Bericht> (Stand: 9.12.2014)

Völker, Michael: Die Verantwortungslosigkeitsträger. 4.12.2014b. In: <http://derstandard.at/2000009021386/Die-Verantwortungslosigkeitstraeger> (Stand: 9.12.2014)

VÖZ: Mitglieder. 2014. In: <http://www.voez.at/l8w118> (Stand 10.11.2014)

# ANHANG

---

# I. Abstract- Deutsch

---

<b>Verfasserin</b>	Sabrina Lindner
<b>Titel</b>	Zweifelartikulation im Krisenkontext - Die Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalt am Beispiel der Medienberichterstattung zur Hypo Alpe Adria
<b>Umfang</b>	144 Seiten
<b>Typ</b>	Magisterarbeit am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
<b>Ort, Jahr</b>	Wien, 2015
<b>Begutachter</b>	Roland Burkart
<b>Schlagwörter</b>	Verständigungsorientierung, Krise, Diskurs, Zweifel, Geltungsansprüche, Krisenkommunikation, diskursiver Journalismus, Hypo Alpe Adria
<b>Untersuchungs- gegenstand</b>	<p>Die Hypo Alpe Adria ist ein Finanzinstitut in Österreich, das in einen der größten Wirtschaftskriminalfälle der 2. Republik verwickelt ist. Die ehemalige Kärntner Landes-Hypothekenbank, die eine extensive Expansionsstrategie in Osteuropa verfolgte, musste nach vielen krisenreichen Jahren im Dezember 2009 notverstaatlicht werden. Seitdem fließen Steuergelder in Milliardenhöhe in die Rettung der Bank. Diese Themen werden in der Medienberichterstattung vielfach aufgegriffen, diskutiert und kritisiert. Die Menschen fragen sich, ob die Akteure richtig handeln, sich wahrhaftig äußern und die Wahrheit sprechen. Zweifel werden laut. Die Aufgabe des Journalisten in seiner Rolle als Diskurs-Anwalt ist es dabei, diese Zweifel öffentlich zu artikulieren und einen Diskurs zu ermöglichen.</p> <p>Untersucht wird die Berichterstattung zum Thema „Hypo Alpe Adria“ in den österreichischen Printmedien <i>die Presse</i>, <i>der Standard</i>, <i>Kurier</i> und <i>Kronen Zeitung</i> in einem Zeitraum von 6 Jahren.</p>

## Theorie

Im Fokus der Magisterarbeit steht der diskursive Journalismus im Krisenkontext. Dabei wird von einer Artikulation von Zweifeln an den Geltungsansprüchen nach Habermas ausgegangen und ein Bogen über die verständigungsorientierte Kommunikation hin zur Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalt gespannt. Burkart spricht in diesem Zusammenhang vom Journalist als Anwalt der „stummen Bürger“ (Burkart 1998, S.170). In ihrem Sinne äußert er Zweifel an der Legitimität der Handlungen, der Wahrhaftigkeit der Akteure, der Wahrheit der Äußerungen und der Verständlichkeit des Gesagten und eröffnet gegebenenfalls einen Diskurs. Der Journalist wird somit zum „professionellen Zweifler an kommunikativen Geltungsansprüchen, die im gesamtgesellschaftlichen Konzert kommunikativer Handlungen entweder naiv vorausgesetzt oder aber aus strategischen Gründen nicht hinterfragt werden“ (Burkart 1998, S. 171). Dabei kann er entweder die Zweifel anderer in der Berichterstattung integrieren, oder sich aber auch aktiv durch die Artikulation eigener Zweifel an der öffentlichen Debatte beteiligen (Vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S. 260). Ein Diskurs ist immer dann notwendig, wenn eine Störung in der Kommunikation repariert werden muss und Einverständnis hergestellt werden soll (Vgl. Burkart 2013, S. 440).

Besonders in Krisenzeiten wird der Journalismus zur wichtigen Informationsquelle, denn das was wir über Krisen wissen, wissen wir vor allem aus den Medien. Dies bedeutet in weiterer Folge auch, dass es bei der Wahrnehmung der Krise häufig gar nicht mehr auf die Tatsachen selbst ankommt, sondern auf die mediale Präsentation und öffentliche Meinung über diese (Vgl. Höbel 2014, S.12). Bereits die Definition der Situation als Krise sowie die Eigendynamik der Berichterstattung können den Krisenverlauf beeinflussen (Vgl. Alaybeyoglu 2007, S. 32). Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, eine Krisenberichterstattung verständigungsorientiert zu gestalten und gegebenenfalls einen Diskurs zu eröffnen, um eine einvernehmliche Problemlösung durch rationale Begründung herbeizuführen.

**Ziel,  
Fragestellungen,  
Hypothesen**

Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht die Äußerung von Zweifeln in der Medienberichterstattung zur Hypo Alpe Adria. Konkret wird versucht, eine Veränderung der Zweifelartikulation im Zeitverlauf aufzuzeigen. Ziel ist die Beantwortung der Fragen, welche Zweifeltypen in Krisensituationen vermehrt geäußert werden und welche Rolle der Journalist dabei einnimmt. Zudem wird festgestellt, ob Zweifel begründet und Lösungsvorschläge formuliert werden. Auf diesen Erkenntnissen aufbauend wird eine Zweifeltypen-Kurve konstruiert, um die Veränderungen der Zweifelartikulation im Zeitverlauf zu darzustellen.

Dazu wurden sechs Forschungsfragen formuliert:

FF 1: Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Typen des Zweifels und den Medien, in denen der Journalist in seiner Rolle als Diskurs-Anwalt Zweifel artikuliert? F2: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Rollenwahrnehmung des Journalisten und den Krisenphasen, in der der Journalist Zweifel artikuliert? FF3: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Typ des geäußerten Zweifels und der Krisenphase, in welcher dieser artikuliert wird? FF4: Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Krisenphasen hinsichtlich ihrer Zweifelartikulation und den Ressorts, in denen diese Zweifel geäußert werden? FF5: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem artikulierten Zweifeltyp und der Äußerung des Qualitätsmerkmals Begründung? FF6: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Zweifeltyp und dem Niveau des Lösungsvorschlags, welcher sich auf den Zweifel bezieht?

**Forschungs-  
design**

Die Studie wurde anhand einer Inhaltsanalyse durchgeführt, welche sowohl qualitative wie auch quantitative Elemente beinhaltete. Zunächst musste die Stichprobe gebildet werden. Dazu wurden aus den Texten, die zwischen 1.9.2008 und 31.8.2014 in den Printmedien *die Presse*, *der Standard*, *Kurier* und *Kronen Zeitung* zum Thema „Hypo Alpe Adria“ publiziert wurden, Schlüsselwörter identifiziert. Diese verwiesen auf Zweifel und konnten zur Reduktion des gesamten Materials herangezogen werden. Aus dieser Stichprobe waren schließlich 442 redaktionelle

Beiträge, welche 721 Zweifeleinheiten beinhalteten, für die Inhaltsanalyse relevant. Zusätzlich wurden Krisenzyklen identifiziert und vier Krisenphasen abgegrenzt. Die Auswertung der Daten erfolgte mit den Statistikprogrammen SPSS und Excel. Anschließend an die Beantwortung der Forschungsfragen wurde eine Zweifeltypen-Kurve konstruiert, die verdeutlicht, wie sich die Artikulation von Zweifeln in Krisenzeiten verändert.

## **Ergebnisse**

Die Artikulation von Zweifeln in den redaktionellen Beiträgen zur Hypo Alpe Adria lässt auf eine gewisse Diskursivität und Verständigungsorientierung in der Berichterstattung schließen. Am häufigsten wurde an der Legitimität des Verhaltens gezweifelt. Eine Ausnahme im Medienvergleich bildet *der Standard*, in dem Zweifel an der Wahrhaftigkeit dominierten. Dabei gibt der Journalist überwiegend von anderen Akteuren geäußerte Zweifel wieder. Gewinnt die Krise jedoch an Brisanz und erreicht in der akuten Phase ihren Höhepunkt, so steigt die Anzahl der vom Journalisten selbst formulierten Zweifel deutlich an. Hier zeigt sich auch eine Veränderung hinsichtlich der Ressorts und es kann erkannt werden, dass die Thematik mit wirtschaftlichem Schwerpunkt vor allem in akuten Krisenphasen auch vermehrt Beachtung in anderen Ressorts findet. Die Äußerung von Begründungen und Lösungsvorschlägen gibt zudem einen weiteren Hinweis auf die Verständigungsorientierung der Kommunikation und die Qualität in der Berichterstattung. Begründungen des Zweifels wurden in 75% der Fälle geäußert. Diese sind überwiegend vage formuliert, lediglich Wahrhaftigkeitszweifel werden vermehrt konkret begründet. Lösungen werden hingegen kaum vorgeschlagen, in 89% der Fälle wurde kein Lösungsvorschlag gegeben. Auch die Betrachtung der Zweifeltypen im Zeitverlauf zeigt interessante Ergebnisse. Während Zweifel an Wahrhaftigkeit die potenziellen und post-kritischen Krisenphasen dominieren, steigt in latenten und vor allem akuten Krisenphasen die Anzahl der Legitimitätszweifel an. Annahmen über Wahrheits- und Verständlichkeitszweifel können hier nicht getroffen werden. Aufgrund der Einmaligkeit dieser Studie werden jedoch weitere Analysen zu dieser Thematik empfohlen.

## Literatur

Alaybeyoglu, Danyal (2007): Krisenkommunikation von Unternehmen in Risikobranchen. Prämissen, Probleme, Perspektiven. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller

Baecker, Dirk (1991): Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft. Mit einem Vorwort von Niklas Luhmann. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bilke, Nadine (2008): Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konflikt sensitiven Journalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus: Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Burkart, Roland (1998): Von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit zum diskursiven Journalismus. In: Duchkowitsch, Wolfgang et al: Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.163-172

Burkart, Roland/Rußmann, Uta/Grimm, Jürgen (2010): Wie Verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008. In: Pöttker, Horst/Schwarzenegger, Christian (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Köln: van Halem. S. 256-281

Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (2008): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 9-20

## II. Abstract - Englisch

---

This thesis discusses the role of journalism in crises. In democratically organized societies, journalists provide the public with information and reflect different opinions and ideas. According to the "Theory of Communicative Action" by Jürgen Habermas, each communication partner has to accept the four validity claims, legitimacy, truthfulness, truth and intelligibility, to achieve mutual understanding. However, if one partner doubts the fulfillment of the claims, communication fails. To rebuild understanding, a discourse is needed to repair the flow of communication through reasoning. The responsibility of journalism is therefore to create a speech situation which provides the opportunity for discourses. In the role of a "discourse advocate" (Burkart, 1998: 170), the journalist expresses doubts instead of the public. This study is an initial attempt to investigate how doubts are expressed in media communication and how journalists perform regarding the validity claims in different stages of a crisis. The analyzed sample consists of the coverage of four daily newspapers between 2008 and 2014. 721 doubts could be identified in 442 articles. The results of the analysis show that doubts on the truthfulness and legitimacy appear dominant and that journalists mainly act as mediators and include doubts expressed by other people. However, in the phase of a crisis peak, journalists tend to express more own doubts as well as more doubts on the legitimacy. Furthermore, 75% of the analyzed doubts were reasoned.

### References

Alaybeyoglu, Danyal (2007): Krisenkommunikation von Unternehmen in Risikobranchen. Prämissen, Probleme, Perspektiven. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller

Baecker, Dirk (1991): Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft. Mit einem Vorwort von Niklas Luhmann. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bilke, Nadine (2008): Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konfliktsensitiven Journalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus: Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Burkart, Roland (1998): Von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit zum diskursiven Journalismus. In: Duchkowitsch, Wolfgang et al: Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.163-172

Burkart, Roland/Rußmann, Uta/Grimm, Jürgen (2010): Wie Verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008. In: Pöttker, Horst/Schwarzenegger, Christian (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Köln: van Halem. S. 256-281

Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (2008): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: SV Verlag für Sozialwissenschaften. S. 9-20

### III. Lebenslauf

---

*Sabrina Lindner, Bakk. phil., BSc.*

#### AUSBILDUNG:

07/2012 – 12/2012	Studium an der University of South Australia
10/2011 –	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
03/2010 – 04/2014	Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien Studienzweig: Betriebswirtschaft Spezialisierungen: Marketing Management und Management von Klein- und Mittelunternehmen
10/2007 – 01/2009	Drei Semester Diplomstudium Theater-, Film- und Medienwissenschaften an der Universität Wien
10/2007 – 01/2011	Bakkalaureatsstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien Schwerpunkte: Public Relations und Fernsehjournalismus
09/1999 – 07/2007	Musisches Gymnasium Salzburg, Schwerpunkt: Tanz
09/1995 – 07/1999	Volksschule Anthering

#### BERUFLICHE ERFAHRUNG:

02/2015 -	Mitarbeiterin im Marketing bei der VELLO GmbH
07/2014 - 01/2015	Praktikum im Bereich Marketing bei der Cycle Eco KG
2006 - 2014	Diverse Gelegenheitsjobs wie u.a. als Hostess für Cinnamon Hospitality and Promotion, technische Assistentin bei Fotograf, Event-Catering, Hilfskraft bei Inventur

#### KENNTNISSE & SONSTIGES:

Sprachen: Deutsch, Englisch, Schwedisch, Spanisch

EDV- Kenntnisse: Microsoft-Office, SPSS, Photoshop, InDesign, Premiere, Final Cut

ProSonstiges: Redakteurin bei UTV Wien, Zusatzkurs „Stimme, Bewegung, Körpersprache“, Workshop „TV-Produktionen zum Anfassen“ von TW1 und dem Friedrich Funder Institut, Führerschein Klasse B

## IV. Codebuch

---

# CODEBUCH

### **Zweifelartikulation im Krisenkontext - Die Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalt am Beispiel der Medienberichterstattung zur Hypo Alpe Adria**

Das Codebuch orientiert sich am Codebuch der Studie „Qualität des öffentlichen und politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation“ von Burkart und Rußmann (2010) und wurde für die vorliegende Studie modifiziert. Zu beachten ist, dass sich in der vorliegenden Analyse, die Variablen Begründungsniveau und Lösungsvorschlag ausschließlich auf die codierte Zweifeläußerung beziehen.

Das Sample beinhaltet journalistische Beiträge zum Thema Hypo Alpe Adria, die anhand von Schlüsselwörtern identifiziert wurden und Zweifel aufweisen. Diese Texte sind über die Austria Presse Agentur (APA) zugänglich. Als relevant definiert werden dabei ausschließlich redaktionelle Beiträge, die die Hypo Alpe Adria als Hauptthema behandeln und einen Zweifel wiedergeben. Des Weiteren werden keine Zweifel codiert, die in verkürzten Darstellung wie „in Kürze“, in Überschriften oder in Interviews beinhaltet sind. Auch Texte aus den Ressorts Kommentar, Leser-Service und Meinung sind von der Codierung ausgeschlossen. Texte, die mehrfach in der Datenbank APA Defacto veröffentlicht sind, werden nur einmal für die Analyse herangezogen. Der Untersuchungszeitraum umfasst insgesamt 6 Jahre, vom 1. September 2008 bis zum 31. August 2014.

Die Analyseeinheit auf formaler Ebene ist der Zeitungsbeitrag. Auf inhaltlicher Ebene ist der einzelne Zweifel relevant. Dieser kann sich über mehrere Sätze oder ganze Absätze erstrecken. Entscheidend ist hier die inhaltliche Einordnung als Sinneinheit, die im Folgenden als „Zweifeleinheit“ bezeichnet wird. Werden in einem Artikel mehrere Zweifel geäußert, werden diese einzeln codiert.

Die Nummerierung der Variablen erfolgt jeweils dreistellig. Variablen, die thematisch zusammengehörig sind, werden durch die gemeinsame Hunderterstelle gekennzeichnet. Variablen mit der Nummer **V1XX** beziehen sich auf formale Kriterien. Variablen mit einem inhaltlichen Bezug zur Zweifeleinheit sind mit **V2XX** markiert. Zweifeltypen sind unter **V3XX** zu finden, Begründungen unter **V4XX** und Lösungsvorschläge in Zusammenhang mit der Zweifeläußerung sind mit **V5XX** gekennzeichnet. Unter **V6XX** ist der genaue Wortlaut des Zweifels inklusive Lösungsvorschlag und Begründung zu finden.

### **V101 Identifikationsnummer**

fortlaufende Nummerierung der Zweifeleinheiten

### **V102 Analyseeinheit - Medium**

fortlaufende Nummerierung der Zeitungstexte

### **V103 Zweifelfolge**

Es wird die Zweifelabfolge eingetragen. Umfasst die Zweifeleinheit mehrere Absätze, so wird der Absatz als repräsentativ gewählt, der den Zweifel am umfangreichsten wiedergibt.

- 0 Ein Zweifel
- 1 Erster Zweifel (bei mehreren Zweifeln)
- 2 Zweiter Zweifel (bei mehreren Zweifeln)
- 3 Dritter Zweifel (bei mehreren Zweifeln)
- 4 Vierter Zweifel (bei mehreren Zweifeln)
- 5 Fünfter Zweifel (bei mehreren Zweifeln)
- 6 Sechster Zweifel (bei mehreren Zweifeln)
- 7 Siebter Zweifel (bei mehreren Zweifeln)

### **V104 Medium**

Es wird codiert, in welchem Medium der Zweifel formuliert wurde.

- 1 Die Presse
- 2 Der Standard

3 Kurier

4 Kronen Zeitung

### **V105 Ressort**

Hier ist das Ressort relevant, in dem die Zweifereinheit veröffentlicht wurde. Der Zweifel wird einer Kategorie zugeordnet. Texte im Ressort Economist (Die Presse), Wirtschaft (Der Standard), Wirtschaft (Kurier) und Wirtschaft (Kronen Zeitung) werden allesamt nach ihrem Themenschwerpunkt unter dem Begriff „Wirtschaft“ vermerkt. Die Ressorts Innen- und Außenpolitik werden in „Politik“ zusammengefasst. Themen des Tages sowie Thema werden als „Thema“ codiert.

1 Wirtschaft

2 Politik

3 Thema

4 Seite 1

5 Inland & Lokal

6 Sonstige

999 Unbekannt

### **V104 Datum der Veröffentlichung**

Das Datum der Veröffentlichung ist in der Form ##(Tag).##(Monat).#### (Jahr) - z.B. 04.09.2011 - einzutragen.

### **V107 Krisenphase**

Die Einteilung der Krisenphasen bezieht sich auf das Datum der Veröffentlichung des Beitrags. Welcher Krisenphase das individuelle Datum zuzuordnen ist, wird in der Vorstudie zur Darstellung des Krisenverlaufs und der Einteilung der Krisenphasen in Kapitel 6.1 genau erläutert. Die Krisenphasen werden erst nach Beendigung der Codierung der anderen Variablen eingetragen, um eine unbeabsichtigte Beeinflussung bei der Codierung zu minimieren. Die Krisenphasen werden wie folgt eingeteilt:

Krisenzyklus	Krisenphase	Zeitraum
1. Krisenzyklus: Notverstaatlichung	Potenzielle Krisenphase	1.9.2008 - 10.11.2009
	Latente Krisenphase	11.11.2009 - 9.12.2009
	Akute Krisenphase	10.12.2009 - 20.12.2009
	Post-kritische Krisenphase	21.12.2009 - 16.1.2010
2. Krisenzyklus: Verhandlungen und Aufklärung	Potenzielle Krisenphase	17.1.2010 - 9.7.2010
	Latente Krisenphase	10.7.2010 - 28.7.2010
	Akute Krisenphase	29.7.2010 - 21.8.2010
	Post-kritische Krisenphase	22.8.2010 - 9.9.2010
3. Krisenzyklus: Diskussion zur Abwicklung	Potenzielle Krisenphase	10.9.2010 - 1.5.2013
	Latente Krisenphase	2.5.2013 - 24.5.2013
	Akute Krisenphase	25.5.2013 - 6.6.2013
	Post-kritische Krisenphase	7.6.2013 - 3.7.2013
4. Krisenzyklus: Hypo-Rettung	Potenzielle Krisenphase	4.7.2013 - 21.1.2014
	Latente Krisenphase	22.1.2014 - 10.2.2014
	Akute Krisenphase	11.2.2014 - 28.3.2014
	Post-kritische Krisenphase	29.3.2014 - 18.4.2014
Beginn 5. Krisenzyklus	Potenzielle Krisenphase	Ab 19.4.2014

- 1 Potenzielle Krisenphase
- 2 Latente Krisenphase
- 3 Akute Krisenphase
- 4 Post-kritische Krisenphase

### **V108 Krisenzyklus**

Die Variable Krisenzyklus gibt an, in welchem Krisenzyklus sich die Krisenphase befindet und orientiert sich am jeweiligen Datum. Die Codierung erfolgt wie V107.

- 1 Erster Krisenzyklus
- 2 Zweiter Krisenzyklus
- 3 Dritter Krisenzyklus
- 4 Vierter Krisenzyklus
- 5 Beginn fünfter Krisenzyklus

### **V201 Schlüsselwort**

Zuordnung Schlüsselwort. Das Schlüsselwort wird ausformuliert.

### **V202 Zentrales Thema**

Für jede Zweifereinheit ist das zentrale Thema des Zweifels einzutragen. Zweifel zum Thema „Abwicklung“ wurden beispielsweise in folgendem Text formuliert:

*Liebscher kritisiert im Schreiben an den Finanzminister, das dem KURIER vorliegt, die Beteiligung der Anleihegläubiger an den Abbaukosten der Banken als "vielleicht politisch opportun". Die Beteiligung berücksichtige aber nicht "die Sensibilitäten der Finanzmärkte und lässt bei internationalen Investoren zunehmende Zweifel für den Finanzmarkt Österreich und dessen bisherige Reputation aufkommen. Werden doch damit Assoziationen mit den seinerzeitigen Vorgängen in Zypern geweckt" (in Zypern haben sich die Gläubiger an der Bankenrettung beteiligt, Anm.).(ID 157; Kurier, 24.2.2014)*

Ein Beispiel für einen Zweifel am Kauf/Verkauf an die BayernLB wäre

*Denn die Bayern behaupten seit Längerem, dass sie 2007 bei der Übernahme der Hypo getäuscht worden seien. (ID 158; Die Presse, 28.2.2014)*

und das Versagen von Politikern wird in folgendem Beispiel thematisiert.

*Prölls Nachfolgerin Maria Fekter dagegen wird vorgeworfen, sie hätte das Problem verschlimmert, indem sie notwendige Schritte vermieden hätte, um das Thema aus dem Nationalratswahlkampf herauszuhalten. (ID 334; Die Presse, 14.2.2014)*

- 1 Kauf/Verkauf an BayernLB
- 2 Kreditvergabe und Leasing
- 3 Bilanzfälschung und Kapitalerhöhung
- 4 Versagen Politiker und Finanzmarktaufsicht/Nationalbank
- 5 Insider-Geschäfte/Absprachen
- 6 Sponsoring
- 7 Kulterer als zentrale Figur
- 8 Alpenkönig und Schlosshotel
- 9 Causa Birnbacher
- 10 Aufklärung
- 11 Gerichtsverhandlung
- 12 Haftung
- 13 Notverstaatlichung
- 14 Balkangeschäfte
- 15 Abwicklung
- 16 Sonstige
- 17 Nicht entscheidbar

## V203 Journalistenrolle

Differenziert wird hier, ob der Journalist Zweifeläußerungen von anderen Parteien weitergibt oder selbst aktiv zum Zweifler wird. Tritt der Journalist lediglich als Mediator auf, so formuliert er direkte oder indirekte Zitate, gibt also Zweifeläußerungen von anderen Personen wieder und verweist auf den Zweifler. Der Journalist als Kommunikator artikuliert hingegen eigene Zweifel, äußert seine Position und richtet sich dabei direkt an die Öffentlichkeit.

### 1 Mediator

Der Journalist als Mediator gibt Zitate von anderen wieder.

Beispiele für einen Journalist als Mediator:

*Die Süddeutsche Zeitung hegt unterdessen den Verdacht, dass es bei der Übernahme der Hypo durch die BayernLB auch zu Insidergeschäften gekommen ist. Konkret geht es um jene Investoren, die bei der Hypo kurzzeitig eingestiegen sind und ihre Anteile dann mit hohem Gewinn an die BayernLB wieder verkauft haben. (ID 387; Kurier, 2.1.2010)*

*Rund um den jüngsten Freispruch von Ex-Hypo-Alpe-Adria-Chef Wolfgang Kulterer ortet Peschorn "einige Merkwürdigkeiten, wie im Gerichtssaal vorgegangen wurde". Das Umfeld in Kärnten sei nicht geeignet, so einen komplexen Sachverhalt - auch bei der Gerichtsbarkeit - aufzuarbeiten, sagte Peschorn im Ö1 Morgenjournal. So habe Richter Norbert Jenny im Laufe des Verfahrens Ermittlungsergebnisse der Soko Hypo als "inhaltlich offenbar unrichtig" bezeichnet. Die Justiz müsse sich die Frage stellen, ob weitere Hypo-Verfahren aus Kärnten abgezogen werden sollten, "um ihrer Aufgabe auch gerecht zu werden". (ID 483; Kurier, 20.4.2011)*

### 2 Kommunikator

Der Journalist als Kommunikator formuliert eigene Zweifel.

Beispiele für den Journalist als Kommunikator:

*Bis zu 620.000 Euro darf Baker & McKenzie der Bank jährlich bis zur Hauptversammlung 2014 für die Tätigkeit von Krakow verrechnen. Deutlich mehr, als die Vorstände verdienen, aber ohne deren Verantwortung. Dazu kommen 645.000 Euro, wenn Krakow auf Personalressourcen der Kanzlei zugreift - was er tut. Macht mehr als 1,2 Millionen Euro jährlich. Ein bisschen viel für einen Koordinator. (ID 441; Kurier, 9.6.2013)*

*Und die heimischen Kontrollinstanzen - vom Rechnungshof bis zur Nationalbank - waren keineswegs ganz so blauäugig, wie ihnen heute unterstellt wird. Aber jede Kritik wurde den streng parteipolitisch besetzten Prüfinstanzen politisch abgedreht beziehungsweise völlig ignoriert. (ID 462; Die Presse, 18.2.2014)*

### 3 Nicht eindeutig

Diese Ausprägung wird gewählt, wenn eine genaue Zuordnung nicht möglich ist und Unsicherheit darüber besteht, ob der Journalist selbst Quelle seiner Äußerung ist oder einen fremden Zweifel wiedergibt ohne die Quelle zu nennen.

### V204 Zweifelhafte Akteure

An dieser Stelle werden Personen oder Institutionen erwähnt, deren Verhalten, Handlungen oder Aussagen angezweifelt werden. Diese werde namentlich und gegebenenfalls zusätzlich mit ihrer Funktion notiert. Anschließend werden die Ergebnisse in Kategorien zusammengefasst.

Anmerkung: In der vorliegenden Arbeit wurden im Anschluss an die Codierung folgende Kategorien gebildet:

<b>Ausprägung</b>	<b>Erläuterung</b>
1 Kärntner Landespolitik	z.B. Haider, Martinez
2 Oppositionsparteien	z.B. FPÖ, Grüne, NEOS, Stronach
3 Regierungsparteien	Vertreter der SPÖ oder ÖVP
4 Hypo Akteure Österreich	z.B. Kulterer, Aktionäre, Aufsichtsrat und Anwälte von Hypo Akteuren; auch der Gutachter Birnbacher wurde dieser Kategorie zugeordnet
5 BayernLB Akteure	alle Akteure der Bayrischen Landesbank
6 Tilo Berlin	die Person Tilo Berlin
7 Justiz	Staatsanwälte, Richter
8 Experten	als Experten gelten z.B. Task force, CSI Hypo, Peschorn, Nationalbank, seriöse Gutachter, Finanzmarktaufsicht, EU Kommission, Rechnungshof
9 Politik Bayern	Bayrische Landespolitiker
10 Politik Österreich	z.B. allgemein oder parteiübergreifend
11 Internationale Akteure	diese können nicht den Kategorien „Politik Bayern“, „BayernLB Akteure“, „Tilo Berlin“ oder „andere Medien“

	zugeordnet werden
12 andere Medien	z.B. Profil, Süddeutsche Zeitung
13 andere Banken	z.B. Bank Austria, Erste Bank
14 Journalist	der Journalist des Mediums
15 Sonstige	alle anderen
16 Nicht entscheidbar	allgemein verfasst, ohne Akteur, unbekannter Akteur oder wenn sich die Kategorien überschneiden

### V205 Verfasser

An dieser Stelle werden Personen oder Institutionen erwähnt, die das Verhalten, die Handlungen oder Aussagen anderer anzweifeln bzw. richtig stellen. Diese werde namentlich und gegebenenfalls zusätzlich mit ihrer Funktion notiert. Anschließend werden die Ergebnisse in Kategorien zusammengefasst.

Anmerkung: In der vorliegenden Arbeit wurden im Anschluss an die Codierung folgende Kategorien gebildet:

Ausprägung	Erläuterung
1 Kärntner Landespolitik	z.B. Haider, Martinez
2 Oppositionsparteien	z.B. FPÖ, Grüne, NEOS, Stronach
3 Regierungsparteien	Vertreter der SPÖ oder ÖVP
4 Hypo Akteure Österreich	z.B. Kulterer, Aktionäre, Aufsichtsrat und Anwälte von Hypo Akteuren; auch der Gutachter Birnbacher wurde dieser Kategorie zugeordnet
5 BayernLB Akteure	alle Akteure der Bayrischen Landesbank
6 Tilo Berlin	Die Person Tilo Berlin
7 Justiz	Staatsanwälte, Richter
8 Experten	als Experten gelten z.B. Task force, CSI Hypo, Peschorn, Nationalbank, seriöse Gutachter, Finanzmarktaufsicht, EU Kommission, Rechnungshof
9 Politik Bayern	Bayrische Landespolitiker
10 Politik Österreich	z.B. allgemein oder parteiübergreifend
11 Internationale Akteure	diese können nicht den Kategorien „Politik Bayern“, „BayernLB Aktuere“,

	„Tilo Berlin“ oder „andere Medien“ zugeordnet werden
12 andere Medien	z.B. Profil, Süddeutsche Zeitung
13 andere Banken	z.B. Bank Austria, Erste Bank
14 Journalist	der Journalist des Mediums
15 Sonstige	Alle anderen
16 Nicht entscheidbar	allgemein verfasst oder unbekannter Akteur z.B. Gerüchte, anonym oder wenn sich die Kategorien überschneiden

### V301 Zweifeltyp

Akteure bringen verschiedene Zweifel an den Geltungsansprüchen nach Habermas zum Ausdruck. Unterschieden werden können vier Zweifeltypen.

#### 1 Legitimitätszweifel

Unter dem Zweifel an der Legitimität wird die Anzweiflung an der Richtigkeit oder Angemessenheit des Verhaltens/Handelns eines Akteurs verstanden. Werden allgemein geltende Werte oder Normen missachtet, wird dieser Zweifeltyp codiert.

Beispiel:

*Für Kimberger, Generalsekretär des in Oberösterreich mächtigen Christlichen Lehrervereins CLV und Bundesvorsitzender der Lehrgewerkschaft APS und der ARGE Lehrer, ist es kompromisslos "inakzeptabel, dass Pleitebanken und Spekulanten auf Kosten der Kinder saniert werden." Das Milliardendebakel der Hypo Alpe Adria dürfe nicht dazu führen, dass "in einem Zukunftsressort gespart wird". (ID 472; Kronen Zeitung, 16.4.2014)*

#### 2 Wahrhaftigkeitszweifel

Dieser Zweifeltyp wird codiert, wenn dem Akteur ein unehrliches Verhalten, eine wissentlich unwahre Aussage oder eine Täuschungsabsicht unterstellt wird.

Beispiel:

*In der zweiten Anzeige behauptet Berlin, dass die BayernLB das Partizipationskapital der Republik Österreich (900 Millionen Euro) im Dezember 2008 nur durch "Täuschung" erlangte. So sollen die Bayern gewusst haben, dass die Voraussetzungen für den staatlichen Kapitalzuschuss nicht erfüllt werden. Dazu wird in der Anzeige aus dem Verwaltungsratsprotokoll der BayernLB vom 29. November 2008 zitiert. Den Bayern sollen schon damals klar*

*gewesen sein, dass die Hypo ein Sanierungsfall ist und die maßgebliche Südosteuropa-Strategie aufgegeben wird. (ID 517; Kurier, 9.11.2013)*

### **3 Wahrheitszweifel**

Konkrete Sachverhalte werden in diesem Zweifeltyp in Frage gestellt. Stimmen Zahlen, Fakten oder dargestellte Gegebenheiten?

Beispiel:

*"Von einem vereinbarten Schnittstellen-Mechanismus ist der Staatsanwaltschaft Liechtenstein nichts bekannt", so der Leitende Staatsanwalt, Robert Wallner. Hypo-Sprecher Donig erzählt der "Presse" das Gegenteil: "Die Schnittstelle ist eingerichtet und ist aus der Sicht der Bank geeignet, die Aufarbeitung des Themas zu unterstützen." (ID 546, Die Presse, 3.7.2014)*

### **4 Verständlichkeitszweifel**

Drückt sich der Akteur verständlich aus? Werden die einzelnen Worte auch inhaltlich verstanden?

Beispiel:

*"Es gilt die Unschuldsvermutung." Die Universität Graz kürte diese Phrase folglich zum "Unspruch des Jahres"; sie sei "irritierend". Das stimmt. (ID 536, Die Presse, 30.12.2010)*

### **5 Nicht entscheidbar**

Können mehrere Zweifeltypen einer Zweifeleinheit zugeordnet werden, so wird der Zweifel notiert, der im Vordergrund steht. Sollte dies nicht möglich sein, wird die Ausprägung „Nicht entscheidbar“ codiert.

## **V401 Begründungsniveau**

Wird der Grund, WARUM ein Akteur zweifelt im Text geäußert, so liegt eine Begründung vor. Diese muss sich auf die Zweifeleinheit beziehen. Dabei kann in verschiedene Niveaus unterteilt werden:

### **1 Keine Begründung**

Keine Begründung wird codiert, wenn kein Grund für den Zweifel genannt wird

Beispiel für keine Begründung:

*Die Kapitalerhöhung der Hypo Leasing Holding im Jahr 2004 soll nur vorgetäuscht gewesen sein. Die Bank sei dabei um Millionen geschädigt worden sein. (ID 548; Kurier, 28.2.2011)*

## 2 Vage Begründung

Eine vage Begründung besteht dann, wenn diese ungenau ist, nicht näher konkretisiert wird oder auf allgemeine Behauptungen verwiesen wird.

### Beispiel für eine vage Begründung:

*Kritischer sah das der grüne Wirtschaftssprecher Werner Kogler, der die Notverstaatlichung in dieser Form als "unnotwendig und falsch organisiert" bezeichnete. "Die Finanzminister der ÖVP haben es verabsäumt, eine schadensminimierende Restrukturierung der Bank zuzulassen", sagte Kogler, der für Verhandlungen zur Schadensminimierung bei der Hypo bereit wäre. (ID 665; Kronen Zeitung, 4.9.2013)*

## 3. Konkrete Begründung

Eine konkrete Begründung ist dann vorhanden, wenn der Zweifel auf Daten, Zahlen und Fakten basiert, Quellen angegeben sind oder/und sich auf Experten bezieht.

### Beispiel für eine konkrete Begründung:

*Dabei erhärtet sich hier der Verdacht, dass es zu einer Bilanzfälschung gekommen ist. Anders als 2004 waren die Vorzugsaktien im Jahr 2006 mit einer "Put-Option" ausgezeichnet. Das bedeutet, dass sich die Bank gegenüber einzelnen Zeichnern der über die Hypo-Leasing-Holding ausgegebenen Aktien verpflichtete, diese Papiere zu einem vom Investor bestimmten Zeitpunkt zurückzunehmen. Dies widerspreche eklatant den Bestimmungen des Bankwesengesetzes, heißt es in einer Sachverhaltsdarstellung aus dem Vorjahr, die der "Presse" vorliegt. Wegen der Put-Option hätte die Bank die Vorzugsaktien nicht als Eigenkapital anrechnen dürfen. (ID 589; Die Presse, 3.3.2011)*

## 4 Nicht entscheidbar

Ist eine genaue Zuordnung nicht möglich, wird „Nicht entscheidbar“ codiert.

## V501 Lösungsvorschlag

Ist ein Zweifel vorhanden, es wird jedoch gleichzeitig ein Vorschlag zur Problemlösung geäußert, so liegt ein Lösungsvorschlag vor. Dieser ist meist in der Zweifereinheit integriert, kann jedoch auch anschließend erfolgen, solange ein klarer Bezug zum Zweifel als Sinneinheit gegeben ist. Es wird zwischen drei verschiedenen Lösungsvorschlägen differenziert:

## 1 Kein Lösungsvorschlag

Kein Lösungsvorschlag wird codiert, wenn ein solcher nicht geäußert wurde.

Beispiel für einen Zweifel ohne Lösungsvorschlag:

*Der Bund benimmt sich bei der Hypo Alpe Adria wie ein Pleitier, der meint, er stünde hervorragend da, wenn man sich den Kredit für die Villa, die Leasingrate für den Ferrari und die Alimente für die fünf Kinder wegdenkt. (ID 679; Die Presse, 17.1.2014)*

## 2 Vager Lösungsvorschlag

Ein vager Lösungsvorschlag integriert eine Aussage zu Ideen, Vorschlägen und Handlungsabsichten, jedoch ohne die Bezugnahme auf Zahlen, Daten oder Fakten. Der Lösungsvorschlag ist dadurch sehr allgemein formuliert.

Beispiel für einen Zweifel mit vagem Lösungsvorschlag:

Und ansehen wird man sich wohl auch das Instrument der Privatstiftung müssen. Wenn Stifter gleichzeitig im Vorstand sitzen können, dann ist das Wesen der Stiftung, die "Weggabe" des Vermögens, nicht erfüllt. Und wenn Stiftungen zum Verschleiern benutzt werden, dann ist das Instrument als Ganzes zu hinterfragen. (ID 576, Die Presse, 14.1.2010)

## 3 Konkreter Lösungsvorschlag

Bei einem konkreten Lösungsvorschlag werden bereits konkrete Umsetzungsmaßnahmen auf Basis von Fakten angesprochen.

Beispiel für einen Zweifel mit konkretem Lösungsvorschlag:

Eine wachsende Zahl von Menschen verstehe nicht mehr, warum ihnen der Staat trotz Rekordeinnahmen immer mehr Geld aus der Tasche zieht und gleichzeitig die Schulden in atemberaubender Geschwindigkeit steigen. "Spindelegger hat bis dato gegen diese Entwicklung noch nichts Sichtbares unternommen", sagt Schellhorn. "Bestenfalls gab es ein paar optische Korrekturen." Sein Vorschlag für einen "großen Wurf": eine verfassungsrechtlich gesicherte Ausgabenbremse, die zur Disziplinierung der öffentlichen Hand beiträgt. (ID 475, Die Presse, 28.4.2014)

## 4 Nicht entscheidbar

Ist eine Zuordnung unmöglich, wird „Nicht entscheidbar“ codiert.

## V601 Zweifelaussage

Die Variable Zweifelaussage bezeichnet die wortwörtliche Angabe der Zweifeläußerung inklusive Begründung und Lösungsvorschlag.

## V. Liste Schlüsselwörter

---

Zur Auswahl der Stichprobe wurden 100 Texte, die Zweifel beinhalten, vorab analysiert und Schlüsselwörter identifiziert. Diese sind in der folgenden Liste zu finden. Die Zweifeleinheiten wurden nach ihren Zweifeltypen unterschieden und die Schlüsselwörter, die Hinweise auf einen Zweifel geben könnten, unterstrichen.

---

### Zweifel an der Wahrhaftigkeit:

Zarter Trost für die rasierten Ex-Aktionäre und Gläubiger: All diese Maßnahmen zur Kostenbeteiligung sollen nur umgesetzt werden soweit es sich als notwendig erweist. Aus jetziger Sicht dürfte es sich bei dieser Einschränkung um eine Beruhigungsspielle handeln. (Der Standard, 11.6.2014)

Dem neuen Gremium gehören auch unabhängige Finanzexperten an. "Das neue Team bedeutet eine Professionalisierung und Entpolitisierung des Hypo-Aufsichtsrats", sagt Spindelegger. Die SPÖ sieht das anders. Hinter vorgehaltener Hand heißt es, man brauche sich nur die Lebensläufe mancher Aufsichtsräte anzusehen. (Die Presse, 24.5.2014)

Vorstandschef Alexander Picker hofft zwar immer noch, dass sich seine Prognose vom Vorjahr ausgeht, wonach die Bank die Steuerzahler nur noch zwischen null und vier Milliarden Euro kosten werde. Was er nicht sagt: Vier Milliarden Zuschuss sind laut EU-Vorgaben gar nicht mehr erlaubt. (Kurier, 18.4.2014)

In Wahrheit, vermutet ein Banker, gehe es der Politik aber ohnehin nur mehr darum, den "unwilligen Banken" den Schwarzen Peter zuzustecken - um vom eigenen Versagen abzulenken. (Kurier, 9.2.2014)

Wolfgang Peschorn, Chef der Finanzprokurator, hört das gerne. Er ist einer der Verfechter einer raschen Hypo-Insolvenz. Böse Zungen meinen, er wolle so Fehler bei der Notverstaatlichung verdecken, die er maßgeblich ausverhandelt hat. (Kronen Zeitung, 24.12.2013)

Diese traurige Realität hat ein unbekannter Internet-Poster am treffendsten beschrieben: Die Regierung, hat er gemeint, habe sich bei der Vermessung des Budgetlochs darauf geeinigt, statt des Durchmessers nur den Radius anzugeben. (Die Presse, 15.11.2013)

Ende des Jahres läuft der Verjährungsverzicht ab, den die Bayern den Österreichern eingeräumt haben. Sie argumentieren, sie seien beim Kauf falsch bzw. unvollständig über die Hypo-Zahlen informiert worden in erster Linie geht es ums Eigenkapital. Das erwähnte Zustimmungsrecht der BayernLB ist unter anderem im Aktienkaufvertrag verankert, mit dem die Notverstaatlichung am 29. Dezember 2009 besiegelt wurde. Ein schlanker Vertrag von zwölf Seiten, der einige Seltsamkeiten beinhaltet. Etwa jene, dass die Käuferin Republik auf Gewährleistung weitgehend verzichtet hat. (Der Standard, 25.10.2013)

Das ändert freilich nichts daran, dass es rund um die Verstaatlichung eine Reihe von Ungereimtheiten gegeben hat. So geht aus dem von Petzner vorgelegten Papier hervor, dass die BayernLB den Minderheitsaktionären in der heißen Phase offenbar wichtige Informationen vorenthalten hat und in Sachen Verstaatlichungsverhandlungen auch das Finanzministerium den Rest des Aktionärskreises lange Zeit dumm sterben ließ. Auch dass man den Bayern noch erlaubt hat, rechtzeitig Kapital aus der Bank zu ziehen, erscheint reichlich seltsam. Die Forderung nach restloser Aufklärung dieser Vorgänge ist also mehr als legitim. (Die Presse, 10.9.2013)

Fekter forderte mehr Sensibilität in der Diskussion: "Ich erachte es als unerträglich, mit dem Thema Hypo Wahlkampfgetöse zu veranstalten und politisches Kleingeld zu sammeln." Die Grünen werfen Fekter "vertuschen, verzögern und budgettricksen" vor. (Die Presse, 13.6.2013)

"Der Rückzug des Vorstands ist aktuell kein Thema", heißt es offiziell aus der Kärntner Staatsbank. Aber ein klares Dementi klingt anders. (Kurier, 5.6.2013)

Die Republik führt ins Treffen, die Bayern hätten vorsätzlich Risiken und Altlasten, die in der Bank schlummerten, verschwiegen und auch nicht wahrheitsgemäß über die Kapitalsituation Auskunft gegeben. (Kurier, 7.12.2012)

Am Kärntner Beispiel Hypo Alpe Adria sieht man, wie sehr von manchen Politikern die eigenen Grundsätze über Bord geworfen werden, wenn es ihnen nicht in den eigenen Kram/Strategie passt, "koste es andere, was es wolle". (Kronen Zeitung, 19.10.2012)

Das Geständnis ermöglicht erstmals auch einen tiefen Einblick in das "System Haider", das in der Öffentlichkeit strahlend weiß scheint, im Verborgenen aber all das, was die Bürger an der Politik verachten, beherbergt. (Der Standard, 14.8.2012)

Überdies verwunderlich: Spitzer argumentierte später, er habe lediglich eine anonymisierte Honorarvereinbarung zu prüfen gehabt - am 11. März 2008 jedoch hatte er offenbar genau gewusst, worum es ging (zur Erinnerung: "Birni hat zu hoch gegriffen"). (Kurier, 30.7.2012)

Richterin Roßmann und der Schöffensenat hatten sich der Ansicht von Gerichts-Gutachter Karl Hengstberger angeschlossen, wonach die Verurteilten Eigenkapitalaufnahme vorgetäuscht und die Bank damit geschädigt hätten. (Kurier, 25.5.2012)

Dass die Bayern ihre "Desinvestitionsentscheidung vom 29. November 2008" in Österreich niemandem mitgeteilt haben, könnte einen besonderen Grund haben. Denn weniger als einen Monat später, am 23. Dezember 2008, konnte sich der Hypo-Vorstand aus dem staatlichen Banken-Hilfspaket 900 Millionen Euro sichern. (Kurier, 16.4.2012)

Die Ex-Eigentümer konnten sich diese 50 Millionen Euro an Sonderdividende nur holen, weil sie "im Jahresabschluss 2007 einen Gewinn vorgetäuscht" hätten. Denn laut "zwingend anwendbaren Bilanzvorschriften" wären Wertberichtigungen auf Kredite vorzunehmen gewesen, die den Gewinn bei Weitem überstiegen hätten. (Kurier, 23.3.2012)

Heute bestreiten Ex-Bankmanager die Nebenabsprachen. Am Mittwoch sagte jedoch ein Notar vor Gericht, dass er einige Nebenvereinbarungen beglaubigt und im Auftrag der Bank verwahrt habe - darunter jene von Milliardärin Ingrid Flick und Kika MöbelhandelsGmbH. Im Herbst 2009 habe dann ein Ex-Hypo-Vorstand die Vernichtung der Nebenvereinbarungen angeordnet. (Der Standard, 16.3.2012)

Die Spitze der BayernLB wurde bereits Mitte 2006 vor Risiken bei der Hypo Alpe Adria gewarnt. Aus dem Vorbericht des U-Ausschusses ergeben sich nach Standard-Informationen neue Details; ein Analyst der Bank warnte "vor mangelhaften Risikoüberwachungs- und Managementsystemen". Zudem verwies er auf Gerüchte um "faule Objekte". Die Bayern erwarben die Hypo 2007 und klagten später auf Rückabwicklung des Kaufs. (Der Standard, 19.1.2012)

Somit sei in der Stiftung bekannt gewesen, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei, heißt es seitens der BayernLB. Das Unternehmen sei ein Drittel weniger wert gewesen als von Verkäuferseite dargestellt. (Kurier, 19.11.2011)

"Sie haben nicht mehr gehabt als das Wort des Herrn Landeshauptmann", resümierte Richterin Gerda Krausam ungläubig. (Der Standard, 14.10.2011)

Die Kärntner Staatsanwaltschaft hatte schon einmal gegen Haider, Martinz und Birnbacher ermittelt, das erste Verfahren allerdings im Februar 2009 eingestellt. Richtiggehend skurril mutet aus heutiger Sicht die Begründung für diese Einstellung an, die dem KURIER vorliegt. Darin heißt es: "Der reduzierte Honoraranspruch des Dr. Birnbacher in Höhe von brutto Euro 6 Millionen ist als angemessen zu qualifizieren." (Kurier, 25.9.2011)

Auch das Gutachten von Price Waterhouse Coopers, das einen Wertberichtigungsbedarf von 1,7 Mrd. Euro ermittelte und damit zur Notverstaatlichung führte, wird im Finanzministerium bezweifelt: Es gehe von "außerordentlich risikobewussten Ansätzen aus und erachte auch solche Kreditgeschäfte teils bis auf null wertberichtigungsbedürftig, bei denen auch nur ganz geringe Risikofaktoren erkennbar seien". (Der Standard, 15.9.2011)

Birnbacher hält fest, dass er mit der Anwaltskanzlei der Gruppe Berlin, Wolf Theiss (berät die Hypo heute in EU-Fragen), gearbeitet habe, und mit der Wiener Kanzlei Dorda Brugger Jordis, die die Bayern beriet. Völlig diskret lief das naturgemäß nicht, denn auch auf Bayern-Seite "wurden von mir mehr oder weniger ausführliche Gespräche geführt". (Der Standard, 17.6.2011)

Silverstone ist nicht die einzige Reise von Hypo-Managern, bei der die Staatsanwaltschaft den Vorwurf erhebt, dass private Reisen als Geschäftsreise getarnt wurden. Im September 2005 wurden der Hypo 6460 Euro für Nächtigungen im Hotel Villa Barka in Delaware, USA, verrechnet. Weder genaues Datum noch Personen sind bekannt, die Staatsanwaltschaft vermutet eine Scheinrechnung. (Kurier, 27.4.2011)

Laut Finanzprokuratur wurde bei der Hypo Alpe Adria die Bilanz 2007 "geschönt". Eigentlich hätte das Institut damals einen Verlust ausweisen müssen. Damit die Bank positiv bilanzieren konnte, seien nicht nur hohe Rücklagen aufgelöst, sondern auch zweifelhafte Beteiligungsverkäufe getätigt worden. Den Abschreibungsbedarf aus den inzwischen geplatzten Krediten habe man "bewusst" nicht erfasst. (Die Presse, 29.3.2011)

Kulterer hat noch eine Anklage am Hals: Ihm wird vorgeworfen, über den Zeitpunkt der ersten Verhandlungen zum Verkauf der Hypo an die BayernLB falsch ausgesagt zu haben. (Kronen Zeitung, 27.2.2011)

Die falsche Beweisaussage betrifft Kulterers Erklärung vor dem ersten Hypo-Untersuchungsausschuss des Landtages im Jahr 2007. Er soll damals den Termin eines Gespräches im Zuge der Hypo-Übernahme durch die BayernLB verschwiegen haben. (Kurier, 4.2.2011)

Als er doch einiges sagte, verwickelte sich Rauscher in Widersprüche. Daher droht ihm eine Anzeige wegen falscher Zeugenaussage. Denn Rauscher gab an, er sei in die Wandelschuldanleihe des Landes über 500 Mio. Euro eingebunden gewesen. Vor drei Jahren beim Banken-U-Ausschuss im Parlament hatte er noch gesagt: "Ich war damit nicht befasst." (Kurier, 25.11.2010)

Zu jedem der zahlreichen Geschäftsfälle, bei denen der Hypo-Alpe-Adria-Bank großer Schaden zugefügt wurde, werden die Aussagen von Kulterer eingeholt. Dabei versucht er meist, seine eigene Rolle als harmlos darzustellen, heißt es aus Ermittlerkreisen. (Kronen Zeitung, 3.9.2010)

Der Leiter der CSI Hypo, Wolfgang Peschorn, bestätigte im Radio, dass ein "kriminelles Netzwerk" inner- und außerhalb der Bank aktiv war. Mehr als 100 Millionen Euro sollen der Bank durch vorgetäuschte Projekte entzogen worden sein. (Kronen Zeitung, 3.6.2010)

Schmidt habe sich gefragt, ob er deswegen ein Scheitern der Hypo-Übernahme riskieren könne. Im Vorstand der BayernLB habe es geheißsen, Haiders Drängen sei unverschämt. Schließlich wurde der Betrag von zehn Millionen Euro auf fünf Millionen Euro herunterverhandelt. Damit die Sache zunächst keinen Wirbel schlug, wurde die Fußball-Zahlung über die in Berlin ansässige BayernLB-Tochter Deutsche Kreditbank (DKB) abgewickelt. Der Chef der Deutschen Kreditbank hat laut "Süddeutscher Zeitung" zugegeben, dass das Sponsoring ein schlechtes Geschäft gewesen sein soll. Es sei nur gemacht worden, weil Schmidt Druck ausgeübt habe. (Die Presse, 7.5.2010)

Kulterer gibt in seiner Zeugenaussage wenige Tage nach der Hausdurchsuchung unter Wahrheitspflicht zu Protokoll: "Als ich (...) die gesamten Prüfberichte (zu den Zagorec-Geschäften, Anm.) zur Verfügung hatte und die Vernetzungen der (...) Gruppen gesehen habe, drängte sich bei mir schon der Verdacht auf, dass man hier systematisch gewisse Dinge nicht darstellen wollte." Wurde etwa das bankinterne Kontrollsystem übergangen? "Ja, ganz eindeutig." Laut Kulterer sei bewusst getarnt und getäuscht worden: "Ich glaube, dass die Mitarbeiter, die mit der Bearbeitung jener Fälle betraut waren, (...) zumindest in Teilbereichen die Akten nicht ordnungsgemäß und tatsachengetreu aufbereitet haben." (Kurier, 12.4.2010)

Immer wieder hieß es, dass die Hypo (Jahresverlust 2008 über 500 Millionen) noch "Leichen im Keller hat". Im Fokus der Ermittlungen stehen wohl jene, die vom teuren Verkauf der Anteile an die Bayern profitiert haben. (Kronen Zeitung, 15.10.2009)

Die Taktik des Verschleierns und Durchtauchens wird den Instituten unter anderem deshalb ermöglicht, um einen Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern. Dass das notwendig ist, bezweifeln Experten freilich. (Die Presse, 29.9.2009)

Die SPD-Abgeordnete Inge Aures, zugleich stellvertretende Vorsitzende der bayrischen Landesbank-Kommission, poltert, dass "es dem ehemaligen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider gelungen sei, der Bayern-Landesbank eine marode Bank für 1,6 Milliarden Euro anzudrehen". Gemeint ist natürlich die Hypo-Alpe-Adria. (Kronen Zeitung, 11.6.2009)

Vier Länder in zwei Tagen: Finanzminister Josef Pröll versucht mit einer Gewalttour osteuropäische Regierungen zu überzeugen, dass sie selbst mehr zur Stabilisierung ihrer Länder beitragen sollen. Das wird auch notwendig, denn in der "alten EU" gibt es kaum Unterstützung für den Plan der Österreicher, dem "neuen Europa" unter die Arme zu greifen. Österreich wird dabei - wie wohl auch Pröll in den Hauptstädten Osteuropas - Eigennutz unterstellt. (Kurier, 11.2.2009)

Laut neuesten Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind die Devisenforderungen der Austro-Institute von Juni bis September 2008 um 52 Mrd. Dollar auf 172 Mrd. Dollar explodiert. Allerdings wird nun in den Banken gerätselt, woher diese Vermehrung kommt. Die Fremdwährungsausleihungen seien reduziert worden, so der Tenor. Insider meinen, die Institute hätten ihre Tochterbanken kräftig mit Liquidität versorgt. (Der Standard, 31.1.2009)

Kulterer, der das Faktum einer Bilanzfälschung immer strikt bestritten hatte, schwenkte gestern um: Er erklärte sich in den wesentlichen Anklagepunkten für schuldig, betonte aber, er habe im Interesse der Bank gehandelt und keinen persönlichen Nutzen aus den Vorgängen gezogen. (Die Presse, 19.11.2008)

Die Finanzmarktaufsicht habe alles getan, um die Hypo "schlechtestmöglich" dastehen zu lassen, man habe nur "die ungünstigste Bilanzierungsform zugelassen". (Der Standard, 27.10.2008)

"Es geht um unrichtige Wiedergabe, Verschleierung oder Verschweigung wesentlicher Umstände an Abschlussprüfer und Aufsichtsrat bei den Jahresabschlüssen 2004 und 2005", erläutert Bernd Lutschounig, Sprecher des Landesgerichts Klagenfurt. (Kurier, 13.9.2008)

## **Zweifel an der Legitimität:**

Massive Bedenken gegen das Gesetz hatte der Wiener Jus-Dekan Heinz Mayer geäußert: "Mit welchem Rechtstitel nehme ich jemandem Geld weg, obwohl er nichts Unrechtes getan hat?" (Die Presse, 1.8.2014)

Das Team Stronach in Form von Kathrin Nachbaur zweifelt an der Rechtmäßigkeit des Gesetzes. Es erscheine "willkürlich", manche Gläubiger für die Rettung der Bank heranzuziehen und manche nicht. (Die Presse, 9.7.2014)

Genau diese seien aber - so Petrovic - in die Union gelangt. Für sie grotesk: "Der Steuerzahler, der ja nun für das Hypo-Desaster bezahlen muss, hat mit seinem Geld unsagbares Tierleid mitfinanziert. 30 Millionen des Kredits sind unwiederbringlich verloren." (Kronen Zeitung, 17.4.2014)

Seit der Notverstaatlichung im Jahr 2009 hat die Hypo grob gerechnet die stattliche Summe von rund 250 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben. Zugegeben, einiges war sicher notwendig, auch die Kosten der Bilanzprüfer sind hier enthalten. Für diverse Gerichtsverfahren musste man sich vorbereiten. Doch Kenner der Verhältnisse geben zu, dass Doppel- und Dreifachgleisigkeiten durchaus vorgekommen sind. (Kronen Zeitung, 1.3.2014)

Obwohl keine ausreichenden Informationen über die tatsächliche Lage der Hypo zur Verfügung standen und hohe Risiken in Sachen Beteiligungen und Kredite erkannt wurden, soll nur eine eingeschränkte wirtschaftliche Prüfung (Due Diligence) durchgeführt worden sein. Das Ergebnis einer weiteren Überprüfung wurde nicht abgewartet. (Kurier, 25.1.2014)

Zu diesem Debakel der Hypo hat nach Ansicht von Experten die Politik wesentlich beigetragen. Denn die Hypo hätte sofort nach Verstaatlichung abgewickelt werden sollen. Eine Bad Bank, in die alle faulen Kredite eingebracht werden, hätte längst beschlossen werden sollen. Dies ist bisher an Finanzministerin Maria Fekter gescheitert. (Kurier, 29.8.2013)

Die Hypo geht davon aus, dass die Tilgung unrechtmäßig war, und fordert das Geld zurück - hätte sie nun nicht geklagt, wäre der Anspruch verjährt. (Die Presse, 24.8.2013)

Damals sei der frühere Eigentümer der Hypo, die Bayerische Landesbank, "beschenkt worden", so FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Seitdem habe die Regierung wenig weitergebracht und "Chaos auf Kosten der Steuerzahler angerichtet". Es seien unzählige Berater ohne Ausschreibung beauftragt worden, um sinnlose Studien und Anzeigen zu verfassen. (Presse, 2.7.2013)

Die Finanzministerin, die die Kärntner Bank im April noch als Fass ohne Boden bezeichnet hatte, ist zuletzt wortkarg geworden. Sie muss sich nun nicht nur von der Opposition vorwerfen lassen, für einen drohenden Notverkauf und zusätzliche Belastungen der Staatskasse von bis zu sieben Milliarden Euro zumindest mitverantwortlich zu sein. Sie hat die Sache schleifen lassen und auf eine Verbesserung der Lage gehofft, erzählt ein in die Entscheidungsprozesse involvierter Banker, der namentlich nicht genannt werden will. (Der Standard, 31.5.2013)

Haider nahm de facto die Republik Österreich in Geiselnhaft - für seine Prestige"bank" und Prestigeprojekte. (Kronen Zeitung, 11.5.2013)

Das Thema ist so heiß, dass kein Politiker daran anstreifen will - insbesondere nicht vor der Nationalratswahl. Das mag ja verständlich sein, aber in diesem Fall könnte das Versteckspiel die Steuerzahler teuer zu stehen kommen. (Kurier, 30.4.2013)

Viele Landesbanken hätten sich zudem auf Wunsch der Politik bei der Finanzierung unrentabler Investitionsprojekte der öffentlichen Hand engagieren müssen, heißt es in dem internen Papier. (Der Standard, 2.3.2013)

Das gilt auch für jene 140.000 Euro, die die Hypo als Beratungshonorar nach Mauritius geschickt hat. Das Geld, für das es keinen Leistungsnachweis gebe, lief über einen Ex-Fußballer aus Serbien. Er trat als Mittelsmann auf. (Der Standard, 15.2.2013)

Als die Landesbank beim Spekulieren ausrutschte (Aufsichtskommissär der Bank war damals Jörg Haider) und 328 Mio. Euro an Swap-Verlusten abschreiben musste, kommentierte das der damalige Landeshauptmannstellvertreter Martin Strutz mit den Worten, man möge doch aus einer Mücke keinen Elefanten machen. (Die Presse, 12.1.2013)

Aus den zwölf zugesagten wurden nach massiver Kritik sechs Millionen Euro. Patriotenrabatt nannte das Haider, der gemeint hatte: Eine Million muss wohl drin sein für die Partei. Nur 300.000 Euro soll laut Gerichtsgutachter Birnis Leistung wert gewesen sein. (Der Standard, 22.9.2012)

Sie hätten der damals finanziell angeschlagenen Fluglinie Darlehen gegeben und dabei ihre Befugnisse zum Schaden der Bank missbraucht. Styrian Spirit hätte mangels ausreichender Sicherheiten die Kreditsumme nie erhalten dürfen. (Kurier, 22.8.2012)

Auch Schwiegermutter Marina Giori-Lhota aus dem Swarovski-Clan war dank Grasser schon im Fokus der Ermittlungsbehörden. Da ging es um 500.000 Euro, die Grasser für sie - laut seinen Angaben - über die Investorengruppe von Tilo Berlin in Genusscheine der Hypo Alpe Adria investiert hat. 263.000 Euro soll der Deal durch den Verkauf an die BayernLB gebracht haben. Giori-Lhota ließ das Finanzamt inzwischen jedoch wissen, dass sie damit nichts zu tun habe. (Kronen Zeitung, 24.6.2012)

Bisher ist Ex-Hypo-Alpe-Adria-Vorstand Tilo Berlin von Klagen und Vorwürfen relativ unbehelligt geblieben - das ändert sich nun mit dem bankinternen Gutachten des Grazer Sachverständigen Fritz Kleiner. Denn dieser zerreißt Berlins Arbeit in der Luft: Untätig sei er gewesen, kaum erreichbar, dafür habe er groß abkassiert - zusätzlich zu 650.000 Euro Jahresgehalt hätte er sich auch in der Krisenzeit 2007 bis 2009 noch fette Prämien gegönnt und sogar 30.000 Euro Umzugszuschuss beansprucht, obwohl er sowieso in Kärnten beheimatet war. (Kronen Zeitung, 9.5.2012)

Nach Ansicht der Hypo-Juristen hätte das Institut 2007 eigentlich einen Verlust ausweisen müssen. Um trotzdem auf ein positives Geschäftsergebnis zu kommen, sollen nicht nur Rücklagen aufgelöst, sondern auch zweifelhafte Beteiligungsverkäufe getätigt worden sein. (Die Presse, 24.2.2012)

Sieht man sich den Zustand des Untersuchungsausschusses zum Fall Hypo Alpe Adria im Kärntner Landtag an, wachsen die Zweifel, ob die Volksvertreter ihre Macht tatsächlich weise zu nutzen wissen. Nach zwei Jahren und 88 vernommenen Zeugen droht der Untersuchungsausschuss in Klagenfurt komplett im Chaos zu versinken. (Die Presse, 8.2.2012)

Im Berichtsentwurf werden vor allem die Aufsichtskommissare des Landes scharf kritisiert. Das waren der frühere Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und - nach dessen Unfalltod vor drei Jahren - Finanzlandesrat Harald Dobernik (FPK). Im Bericht heißt es, die beiden hätten ihre Kompetenzen "mangelhaft ausgeführt". Obwohl Prüfinstanzen beispielsweise das Risikomanagement der Bank mehrfach kritisiert hätten, seien Verbesserungsmaßnahmen nicht umgesetzt worden. (Die Presse, 17.1.2012)

In beiden Ländern war die Kärntner Bank mit Leasinggesellschaften aktiv - in beiden Ländern wurden schräge Geschäfte gemacht, die die Bank viel Geld gekostet haben. (Der Standard, 11.11.2011)

Die Geschwindigkeit, mit der der Deal über die Bühne ging, schon. Am 22. September flossen die 30 Mio. für die Oerlikon, laut Aktennotiz "auf Weisung Kulterers". Laufzeit: sechs Monate. Sicherheiten: keine. (Der Standard, 27.10.2011)

Vor der Ära Berlin und Bayern ausgeheckte Geschäfte mögen abenteuerlich bis kriminell gewesen sein, die atemberaubende Expansion der Provinzbank erfolgte aber unter den neuen Eigentümern. Doch an der Aufklärung dieser Zusammenhänge scheint niemand allzu großes Interesse zu haben. (Der Standard, 30.8.2011)

Als Kauf "der Katze im Sack" haben Kritiker diesen Passus mittlerweile kritisiert. Die BayernLB hätte die Hypo vor der Übernahme nur oberflächlich durchleuchtet und sei an etwaigen Problemen nicht interessiert gewesen. (Kurier, 18.12.2010)

Völlig ungeklärt ist aber noch, ob nicht doch Vertreter der Bayern in der Hypo von den Unregelmäßigkeiten bei der Bilanzerstellung gewusst haben. Als nämlich zwei Mitarbeiter der Hypo-Rechtsabteilung am 19. September 2008 einen Aktenvermerk an die Vorstände geschickt haben, in dem sie auf die möglicherweise falsche Verbuchung der Kapitalerhöhung 2006 hingewiesen haben, war Andreas Dörhöfer von den Bayern schon in den Vorstand der Hypo entsandt. Der Vorstand hätte unverzüglich den Aufsichtsrat informieren müssen. (Kurier, 18.10.2010)

Nun gibt es jedenfalls die ersten beiden Festnahmen in der Hypo-Affäre. Der umtriebige Geschäftsmann und sein Sohn - er fährt trotz offizieller Millionenschulden der Familie immer nobel im Ferrari vor - sollen mindestens drei über Bankfilialen in Kärnten und München finanzierte Boote einfach weiterverkauft haben. (Kronen Zeitung, 6.8.2010)

Laut der "Süddeutschen Zeitung" hat Gusenbauer im zweiten Halbjahr 2009 die schwer angeschlagene Hypo Alpe Adria beraten. Die Opposition ortet "schiefe Optik". (Die Presse, 29.7.2010)

"Zwischen Berlin & Co., einzelnen Mitgliedern des BLB-Vorstands, Herrn (Jörg; Anm.) Haider und Dritten erfolgten kollusive Abreden zum Schaden der Bayerischen Landesbank dahingehend, dass zunächst Berlin & Co Capital Aktien an der HAA erwirbt und danach Berlin & Co., die HAA Mitarbeiterprivatstiftung und die Kärntner Landesholding Aktien an der HAA zu einem deutlich höheren Kaufpreis an BLB veräußern. Dadurch wurde zum Schaden der BLB zusammenwirkende Personen sowie Dritte ungerechtfertigt bereichert." (Der Standard, 19.5.2010)

Lieber Herr Franz Pinkl, stünde zwischen dem k und dem l ihres werten Familiennamens ein e, könnte ich jetzt genüsslich formulieren: Nomen est omen, Sie Chef-Pinkel der Hypo Alpe Adria Bank, Sie . . . der Sie nun kalt lächelnd kundgetan haben, für die laufende Neuausschreibung des Hypo-Vorstandes (die politische Folge der vollzogenen Notverstaatlichung des Kärntner Crash-

Instituts) nicht mehr zur Verfügung zu stehen . . . und damit, nach nur zehn Monaten - haha - "harter" Managertätigkeit, sage und schreibe 3,6 Millionen Euro "Abfertigung" einsacken werden. Wozu mir persönlich nur ein Wort einfällt: obszön! (Kronen Zeitung, 3.3.2010)

Kritik an den Vorgängen kommt von den Grünen. "Der Aufsichtsrat darf nicht nur nach dem politischen Proporz besetzt werden. Viel besser wären unabhängige Finanzfachleute und Wirtschaftsjuristen, die an der Aufklärung des Skandals interessiert sind", sagt Finanzsprecher Werner Kogler. (Die Presse, 20.1.2010)

Wie sehr die Hypo- Alpe-Adria-Bank im Würgegriff der Kärntner Landespolitik stand, zeigen neue Unterlagen, die der Austria Presseagentur vorliegen: Demnach hat die Hypo die Flüge von Ex-Landeshauptmann Jörg Haider in die libysche Hauptstadt Tripolis bezahlt. Auch die Flugrechnung von Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer hat die Bank übernommen. (Kurier, 16.1.2010)

Die Hypo Alpe Adria wurde von der Kärntner Politik als Werkzeug missbraucht. Das hochbezahlte Management spielte dabei ebenso eifrig mit wie Koalitionspartner, die sich mit einspannen ließen. (Kronen Zeitung, 15.12.2009)

Hypo Alpe Adria. Die Rolle der Kärntner Landespolitik im Hypo-Debakel ist eingehend beleuchtet worden. Doch was ist mit den früheren Bankvorständen? Nichts, derweil. Sie verdienen gutes Geld als Investmentbanker. (Die Presse, 19.12.2009)

Vieles ist rund um die Krise der Kärntner Hypo Alpe Adria aufklärungswürdig. Da hat die Politik eine starke Rolle gehabt, da haben Manager va banque gespielt , da haben Kontrollore schlecht hingeschaut, kurzum: Dass diese Bank wieder 1,5 Milliarden Euro braucht, wird und muss ein Nachspiel haben. (Kronen Zeitung, 28.11.2009)

Die Staatsanwaltschaft München wirft dem Ex-Chef der BayernLB, Werner Schmidt, vor, bewusst einen zu hohen Preis beim Kauf der Hypo Alpe-Adria gezahlt zu haben. (Kurier, 25.10.2009)

Wegen hoher Vorsorgen für nicht einbringliche Kredite in Osteuropa machte die Hypo-Alpe-Adria-Group im 1. Halbjahr 162 Mio. Verlust. Für die Staatshilfen zahlt sie keine Zinsen. (Kronen Zeitung, 26.8.2009)

Wäre die Bank als nicht grundsätzlich gesund eingestuft worden, hätte ein Umstrukturierungsplan vorgelegt werden müssen. Aus diesem Grunde habe die Kommission Zweifel, dass die Hypo-Hilfe mit dem EU-Recht vereinbar sei. (Der Standard, 15.7.2009)

An Zinsen dafür wurden damals jährlich 9,3 Prozent vereinbart. Doch die Bank wird sie nicht bezahlen: Sie habe im Vorjahr Verlust gemacht, sagt das Institut. Der Vereinbarung entsprechend seien im Verlustfall keine Zinsen zu bezahlen. Streng genommen hat die Bank damit einen zinsenlosen Kredit erhalten. (Die Presse, 5.5.2009)

Vorstand (die Ex-Notenbank-Manager Klaus Liebscher und Adolf Wala) sowie Aufsichtsrat unter Industriellen-Präsident Veit Sorger warten noch immer auf ihre Haftungsfreistellungserklärungen. Sie sollen ausschließen, dass die Fimbag-Manager (sie sind zur Sorgfaltspflicht eines Treuhänders verpflichtet) bei etwaigen Schäden im Falle von leichter und grober Fahrlässigkeit haftbar gemacht werden können. Ausstellen muss die Freistellungserklärung der Finanzminister - bis jetzt konnte aber offenbar noch keine Einigung mit den Juristen des Bundes erzielt werden. (Der Standard, 6.3.2009)

Aus dem heimischen Föderalismusdschungel haben uns wieder zwei bemerkenswerte Nachrichten erreicht: Die Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank steht deshalb besonders schlecht da, weil sie von ihrem früheren Haupteigentümer, dem Land Kärnten, systematisch ausgeräumt worden ist und deshalb nicht ausreichend Eigenkapital bilden konnte. (Presse, 23.12.2008)

Kritik der Richtervereinigung an dem ihrer Meinung nach zu geringen Strafrahmen für Bilanzfälschung: Sie hält ein Jahr Höchststrafe für zu wenig, "wenn man bedenkt, dass Suchtgiftabhängigen bei Rezeptfälschung bis zu drei Jahre Gefängnis drohen". (Kronen Zeitung, 29.10.2008)

## Zweifel an der Wahrheit:

Im Abschlussbericht der SOKO Hypo wird Kulterer vorgeworfen, sich über geheime Konten an der Pleite-Bank bereichert zu haben. Kulterers Anwalt wies die Vorwürfe bereits als "völlig unrichtig" zurück. (Kurier, 19.7.2014)

Die von der Politik angezogene Bankeninsolvenz-Richtlinie bietet entgegen den Ankündigungen keine Grundlage für die im nationalen Recht begründete Enteignung. (Der Standard, 23.6.2014)

Die bisher von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen können unmöglich stimmen", rechnet der Insider aus dem Finanzministerium vor: Statt drei bis vier Milliarden koste der Hypo-Skandal die Steuerzahler "mit Sicherheit acht bis zehn Milliarden", also das Doppelte. (Kronen Zeitung, 21.3.2014)

Die Kontrolleure meinten, dass die Hypo einen "Bereinigungsprozess im Kreditportfolio" vorgenommen habe. Daher werde das Institut 2009 und in den Folgejahren Gewinne schreiben. Tatsächlich verbuchte die Hypo Verluste in Milliardenhöhe. (Die Presse, 7.2.2014)

Nun sind Berechnungen der Nationalbank durchgesickert, wonach eine Hypo-Insolvenz einen volkswirtschaftlichen Schaden von bis zu 26 Milliarden Euro verursachen könnte. Diese Zahl überrascht. Noch im Frühjahr hat die Nationalbank erklärt, dass die Hypo im schlimmsten Fall einen Schaden von bis zu 16 Milliarden Euro anrichten könnte. (Die Presse, 18.12.2013)

Petzner verlangt eine Abberufung Peschorns. "Es ist äußerst mühsam, wenn Personen fortgesetzt die Unwahrheit sagen", sagt Peschorn zum KURIER. Den Vorwurf, den Verstaatlichungsvertrag verbockt zu haben, sei "Verleumdung". Er war bei den direkten Verhandlungen gar nicht dabei. (Kurier, 15.12.2012)

Das Gerücht, die Finanzministerien in Wien und München hätten sich auf politischer Ebene bereits auf einen Vergleich geeinigt, wird von den Involvierten bestritten. (Der Standard, 17.11.2012)

Die Klägerin bestreitet, dass es je eine Garantie gab, es fließe ja auch kein Garantieentgelt. (Der Standard, 28.9.2012)

Hengstberger geht davon aus, dass neben den Hypo-Vertretern auch die beiden Vorstände der Grazer Wechselseitigen Versicherung, Ederer und Grigg, von den Nebenvereinbarungen Kenntnis hatten. "Das stimmt definitiv nicht. Ich habe mit diesen Nebenvereinbarungen nichts zu tun. Ich habe erstmals 2010 davon erfahren", sagt Ederer zur "Presse." (Die Presse, 19.7.2012)

Laut Androsch müsse man neben dem FMA-Bescheid noch die Risiken und faulen Kredite der Bank in Osteuropa berücksichtigen. Das Finanzministerium nennt Androschs Aussage "Unsinn". Doch selbst die Finanzaufsicht schließt nicht aus, dass die Hypo und die "KA Finanz" (die "Bad Bank" der Kommunalkredit) noch einmal einen Staatszuschuss brauchen. (Die Presse, 31.12.2011)

Dass die Dokumentation für Geschäfte nicht gefunden wird, ist ein Vorwurf, den Kranebitter strikt zurückweist: "Wir kooperieren voll und stellen alle Unterlagen zur Verfügung, besonders auch der Staatsanwaltschaft." (Der Standard, 7.7.2011)

Die Darstellung des Standard, wonach Rubicon im Dezember 2007 ein weiteres Anbot gelegt hätte und daher Anfang Jänner zu den Bietern zählte, nannte Striedinger jüngst "Schwachsinn in Reinkultur". (Der Standard, 27.5.2011)

Wieder Neuigkeiten in der Causa Karl-Heinz Grasser, gegen den ein Finanzstrafverfahren läuft. Nun wurde bekannt, dass Erträge aus einem Investment bei der Hypo Alpe Adria (in der Investorengruppe Tilo Berlin) nicht - wie vom Ex-Finanzminister beteuert - seiner Schwiegermutter sondern ihm selbst zugeflossen sein könnten. (Der Standard, 13.1.2011)

Berlin selbst steht mit seiner Berlin&Co hinter der "offiziellen Käufergruppe", die jedoch von einem Treuhänder vertreten wurde." Berlin habe "ein Asset an sich selbst verkauft." Berlin-Anwalt Wolfgang Brandstetter ist darüber erbost: "Dieses Gerücht ist nicht neu, völlig falsch und mittlerweile widerlegt." (Kurier, 27.8.2010)

Der Vorsitzende Rolf Holub von den Grünen wirft der Finanzmarktaufsicht, der Nationalbank und der Justiz vor, bei der Übermittlung der angeforderten Unterlagen säumig zu sein. Christian Liebhauser-Karl, Sprecher des Landesgerichts Klagenfurt, bestreitet dies: "Wir haben bereits Dokumente übergeben." (Die Presse, 30.3.2010)

Laut Angaben der Staatsanwaltschaft habe die Bank ihre Kooperationsbereitschaft nicht in vollem Umfang eingehalten, daher habe man sich zu dieser Aktion entschlossen. Das Klagenfurter Institut bestreitet dies. "Wir arbeiten mit den Behörden zusammen. Wir werden gegen die Razzien keine Rechtsmittel ergreifen", sagte eine Sprecherin der Hypo. (Die Presse, 26.2.2010)

Krugman hatte in New York vor einem Schicksal wie Island oder Irland gewarnt, wonach auch Österreich wegen des Ost-Engagements seiner Banken von einem Staatsbankrott bedroht sei. Also der völligen Zahlungsunfähigkeit des Landes. Pröll: "Das Krugman-Szenario ist absolut absurd. Diese Aussagen entbehren jeglicher Fakten-Grundlage." (Kurier, 16.4.2009)

Experten vermuten, dass sich die BayernLB daher über kurz oder lang von der Hypo trennen wird. Entsprechende Gerüchte wurden in den vergangenen Wochen immer wieder dementiert. (Die Presse, 1.12.2008)

### **Zweifel an der Verständlichkeit:**

Sinnentleerte Phrasen unserer ewig lächelnden Spitzenpolitiker zum Zustand der Republik. (Kronen Zeitung, 20.11.2013)

So oft wie noch nie schrieben österreichische Journalisten heuer den Satz: "Es gilt die Unschuldsvermutung." Die Universität Graz kürte diese Phrase folglich zum "Unspruch des Jahres"; sie sei "irritierend". Das stimmt. (Die Presse, 30.12.2010)

## VI. Auswertungstabellen - Reliabilitätstest

Zur Überprüfung des Gütekriteriums Reliabilität wurde 10% des relevanten Untersuchungsmaterials an zwei verschiedenen Zeitpunkten codiert und auf Übereinstimmung getestet. Die Berechnung erfolgte mittels Kappa Koeffizienten nach Cohen .

### INHALT:

Variable „Zweifeltyp“ .....	xxxix
Variable „Rolle“ .....	xxxix
Variable „Begründungsniveau“ .....	xxxix
Variable „Lösungsvorschlag“ .....	xxxix
Variable „zentrale Thema“ .....	xxxix

### Variable „Zweifeltyp“:

#### Case Processing Summary

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Zweifeltyp_1 * Zweifeltyp_2	76	100,0%	0	0,0%	76	100,0%

#### Zweifeltyp\_1 \* Zweifeltyp\_2 Crosstabulation

		Zweifeltyp_2			Total	
		Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit		
Zweifeltyp_1	Legitimität	Count	30	5	0	35
		Expected Count	13,8	15,2	6,0	35,0
Zweifeltyp_1	Wahrhaftigkeit	Count	0	27	0	27
		Expected Count	10,7	11,7	4,6	27,0
Zweifeltyp_1	Wahrheit	Count	0	1	13	14
		Expected Count	5,5	6,1	2,4	14,0
Total		Count	30	33	13	76
		Expected Count	30,0	33,0	13,0	76,0

**Symmetric Measures**

		Value	Asymp. Std. Error <sup>a</sup>	Approx. T <sup>b</sup>	Approx. Sig.
Measure of Agreement	Kappa	,875	,049	10,426	,000
N of Valid Cases		76			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Variable „Rolle“:

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Rolle_1 * Rolle_2	76	100,0%	0	0,0%	76	100,0%

**Rolle\_1 \* Rolle\_2 Crosstabulation**

			Rolle_2			Total
			Mediator	Kommunikator	Nicht entscheidbar	
Rolle_1	Mediator	Count	58	0	0	58
		Expected Count	44,3	13,0	,8	58,0
	Kommunikator	Count	0	16	0	16
		Expected Count	12,2	3,6	,2	16,0
	Nicht entscheidbar	Count	0	1	1	2
		Expected Count	1,5	,4	,0	2,0
Total		Count	58	17	1	76
		Expected Count	58,0	17,0	1,0	76,0

**Symmetric Measures**

		Value	Asymp. Std. Error <sup>a</sup>	Approx. T <sup>b</sup>	Approx. Sig.
Measure of Agreement	Kappa	,964	,034	9,093	,000
N of Valid Cases		76			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Variable „Begründungsniveau“:

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Begründung_1 * Begründung_2	76	100,0%	0	0,0%	76	100,0%

**Begründung\_1 \* Begründung\_2 Crosstabulation**

			Begründung_2			Total
			Keine Begründung	Vage Begründung	Konkrete Begründung	
Begründung_1	Keine Begründung	Count	17	0	0	17
		Expected Count	4,5	5,6	6,9	17,0
		Count	3	23	4	30
	Vage Begründung	Expected Count	7,9	9,9	12,2	30,0
		Count	0	2	27	29
		Expected Count	7,6	9,5	11,8	29,0
	Konkrete Begründung	Count	20	25	31	76
		Expected Count	20,0	25,0	31,0	76,0
		Count				
Total						

**Symmetric Measures**

		Value	Asymp. Std. Error <sup>a</sup>	Approx. T <sup>b</sup>	Approx. Sig.
Measure of Agreement	Kappa	,819	,057	10,044	,000
N of Valid Cases		76			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Variable „Lösungsvorschlag“:

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Lösung_1 * Lösung_2	76	100,0%	0	0,0%	76	100,0%

**Lösung\_1 \* Lösung\_2 Crosstabulation**

		Lösung_2			Total	
		Kein Lösungsvorschlag	Vager Lösungsvorschlag	Konkreter Lösungsvorschlag		
Lösung_1	Kein Lösungsvorschlag	Count	62	0	0	62
		Expected	50,6	7,3	4,1	62,0
	Vager Lösungsvorschlag	Count	0	9	0	9
		Expected	7,3	1,1	,6	9,0
	Konkreter Lösungsvorschlag	Count	0	0	5	5
		Expected	4,1	,6	,3	5,0
	Total	Count	62	9	5	76
		Expected	62,0	9,0	5,0	76,0
		Count				

**Symmetric Measures**

		Value	Asymp. Std. Error <sup>a</sup>	Approx. T <sup>b</sup>	Approx. Sig.
Measure of Agreement	Kappa	1,000	,000	11,086	,000
N of Valid Cases		76			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Variable „zentrales Thema“:

Anmerkung: Auf Grund ihres enormen Umfangs und der ausschließlichen Relevanz für deskriptive Statistiken, wurde an dieser Stelle auf die Integration der Kreuztabelle verzichtet.

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Thema_1 * Thema_2	76	100,0%	0	0,0%	76	100,0%

**Symmetric Measures**

		Value	Asymp. Std. Error <sup>a</sup>	Approx. T <sup>b</sup>	Approx. Sig.
Measure of Agreement	Kappa	,777	,051	20,357	,000
N of Valid Cases		76			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

## VII. Auswertungstabellen - Deskriptive Ergebnisse

### Statistics

Medium

N	Valid	721
	Missing	0

### Medium

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent	
Valid	Die Presse	273	37,9	37,9	37,9
	Der Standard	200	27,7	27,7	65,6
	Kurier	183	25,4	25,4	91,0
	Kronen Zeitung	65	9,0	9,0	100,0
	Total	721	100,0	100,0	

Ressort

N	Valid	680
	Missing	41

### Ressort

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent	
Valid	Wirtschaft	421	58,4	61,9	61,9
	Politik	72	10,0	10,6	72,5
	Thema	62	8,6	9,1	81,6
	Seite 1	28	3,9	4,1	85,7
	Inland & Lokal	69	9,6	10,1	95,9
	Sonstige	28	3,9	4,1	100,0
	Total	680	94,3	100,0	
Missing	Unbekannt	41	5,7		
Total	721	100,0			

### Statistics

Krisenphase

N	Valid	721
	Missing	0

### Krisenphase

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent	
Valid	Potenzielle Krisenphase	407	56,4	56,4	56,4
	Latente Krisenphase	39	5,4	5,4	61,9
	Akute Krisenphase	195	27,0	27,0	88,9
	Post-kritische Krisenphase	80	11,1	11,1	100,0
	Total	721	100,0	100,0	

### Statistics

Zweifelfolge

N	Valid	721
	Missing	0

### Zweifelfolge

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent
Ein Zweifel	250	34,7	34,7	34,7
1. Zweifel (mehrere Zweifel)	193 - 1	26,8	26,8	61,4
2. Zweifel (mehrere Zweifel)	192	26,6	26,6	88,1
3. Zweifel (mehrere Zweifel)	55 + 1	7,6	7,6	95,7
4. Zweifel (mehrere Zweifel)	21	2,9	2,9	98,6
5. Zweifel (mehrere Zweifel)	6	,8	,8	99,4
6. Zweifel (mehrere Zweifel)	2	,3	,3	99,7
7. Zweifel (mehrere Zweifel)	2	,3	,3	100,0
Total	721	100,0	100,0	

### Case Processing Summary

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Thema * Krisenzyklus	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

### Thema \* Krisenzyklus Crosstabulation

			Krisenzyklus					Total
			1. Krisen- zyklus	2. Krisen- zyklus	3. Krisenzy- klus	4. Krisen- zyklus	Beginn 5. Krisenzy- klus	
The ma	Kauf BayernLB	Count	22	19	24	21	2	88
		% of Total	3,1%	2,6%	3,3%	2,9%	0,3%	12,2%
	Kreditvergabe/Leasing	Count	4	2	17	12	3	38
		% of Total	0,6%	0,3%	2,4%	1,7%	0,4%	5,3%
	Bilanzfälschung/Kapital erhöhung	Count	6	2	44	14	3	69
		% of Total	0,8%	0,3%	6,1%	1,9%	0,4%	9,6%
	Versagen von Politikern/Finanzmarkt- aufsicht/Nationalbank	Count	17	8	17	43	4	89
		% of Total	2,4%	1,1%	2,4%	6,0%	0,6%	12,3%
	Insider- Geschäfte/Absprachen	Count	9	12	25	5	0	51
		% of Total	1,2%	1,7%	3,5%	0,7%	0,0%	7,1%
	Sponsoring	Count	0	5	3	0	0	8
		% of Total	0,0%	0,7%	0,4%	0,0%	0,0%	1,1%
	Kulterer als zentrale Figur	Count	3	5	17	2	1	28
		% of Total	0,4%	0,7%	2,4%	0,3%	0,1%	3,9%
	Alpenkönig und Schlosshotel	Count	1	0	10	0	1	12
		% of Total	0,1%	0,0%	1,4%	0,0%	0,1%	1,7%
	Causa Birnbacher	Count	0	4	23	0	0	27
		% of Total	0,0%	0,6%	3,2%	0,0%	0,0%	3,7%
	Aufklärung	Count	18	6	18	20	5	67
		% of Total	2,5%	0,8%	2,5%	2,8%	0,7%	9,3%
	Gerichtsverhandlung	Count	0	1	16	6	0	23
		% of Total	0,0%	0,1%	2,2%	0,8%	0,0%	3,2%
	Haftung	Count	2	1	1	15	0	19
		% of Total	0,3%	0,1%	0,1%	2,1%	0,0%	2,6%
	Notverstaatlichung	Count	10	0	17	17	1	45
		% of Total	1,4%	0,0%	2,4%	2,4%	0,1%	6,2%
	Balkangeschäfte	Count	4	7	13	7	0	31
		% of Total	0,6%	1,0%	1,8%	1,0%	0,0%	4,3%

Abwicklung	Count	4	1	24	56	13	98
	% of Total	0,6%	0,1%	3,3%	7,8%	1,8%	13,6%
Sonstige	Count	4	5	10	7	2	28
	% of Total	0,6%	0,7%	1,4%	1,0%	0,3%	3,9%
Total	Count	104	78	279	225	35	721
	% of Total	14,4%	10,8%	38,7%	31,2%	4,9%	100,0%

### Statistics

Zweifelhafte\_Akteure

N	Valid	721
	Missing	0

### Zweifelhafte\_Akteure

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent	
Valid	Kärntner Landespolitik	54	7,5	7,5	7,5
	Oppositionsparteien	22	3,1	3,1	10,5
	Regierungsparteien	156	21,6	21,6	32,2
	Hypo Alpe Adria Akteure	207	28,7	28,7	60,9
	BayernLB Akteure	75	10,4	10,4	71,3
	Tilo Berlin	14	1,9	1,9	73,2
	Justiz	51	7,1	7,1	80,3
	Experten	39	5,4	5,4	85,7
	Politik Bayern	11	1,5	1,5	87,2
	Politik Österreich	8	1,1	1,1	88,3
	Internationale Akteure	8	1,1	1,1	89,5
	andere Medien	7	1,0	1,0	90,4
	Journalist	5	,7	,7	91,1
	Sonstige	14	1,9	1,9	93,1
	Nicht entscheidbar	49	6,8	6,8	99,9
	andere Banken	1	,1	,1	100,0
	Total	721	100,0	100,0	

### Statistics

Zweifeltyp

N	Valid	721
	Missing	0

### Zweifeltyp

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent	
Valid	Legitimität	332	46,0	46,0	46,0
	Wahrhaftigkeit	267	37,0	37,0	83,1
	Wahrheit	120	16,6	16,6	99,7
	Verständlichkeit	2	,3	,3	100,0
	Total	721	100,0	100,0	

### Statistics

Begründung

N	Valid	721
	Missing	0

### Begründung

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent	
Valid	Keine Begründung	181	25,1	25,1	25,1
	Vage Begründung	297	41,2	41,2	66,3
	Konkrete Begründung	243	33,7	33,7	100,0
	Total	721	100,0	100,0	

**Statistics**

Lösung

N	Valid	721
	Missing	0

**Lösung**

	Frequency	Percent	Valid Percent	CumulativePercent
Valid	Kein Lösungsvorschlag	645	89,5	89,5
	Vager Lösungsvorschlag	57	7,9	97,4
	Konkreter Lösungsvorschlag	19	2,6	100,0
	Total	721	100,0	100,0

## VIII. Auswertungstabellen - Ergebnisse

### Forschungsfragen

In diesem Kapitel werden die Output Tabellen der SPSS Analyse dargestellt.

#### INHALT:

Forschungsfrage 1 .....	xxxix
Forschungsfrage 2 .....	xl
Forschungsfrage 3.....	xli
Forschungsfrage 4 .....	xlii
Forschungsfrage 5 .....	xliv
Forschungsfrage 6 .....	xliv

#### Forschungsfrage 1:

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Medium * Zweifeltyp	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

**Medium \* Zweifeltyp Crosstabulation**

			Zweifeltyp				Total
			Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	Verständlichkeit	
Medium Die	Count		119	98	55	1	273
	Presse	% within Medium	43,6%	35,9%	20,1%	0,4%	100,0%
Der Standard	Count		82	84	34	0	200
		% within Medium	41,0%	42,0%	17,0%	0,0%	100,0%
Kurier	Count		87	71	25	0	183
		% within Medium	47,5%	38,8%	13,7%	0,0%	100,0%
Kronen Zeitung	Count		44	14	6	1	65
		% within Medium	67,7%	21,5%	9,2%	1,5%	100,0%
Total	Count		332	267	120	2	721
		% within Medium	46,0%	37,0%	16,6%	0,3%	100,0%

### Chi-Square Tests

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	23,981 <sup>a</sup>	9	,004
Likelihood Ratio	23,349	9	,005
Linear-by-Linear Association	9,218	1	,002
N of Valid Cases	721		

a. 4 cells (25,0%) have expected count less than 5. The minimum expected count is ,18.

### Symmetric Measures

		Value	Approx. Sig.
Nominal by Nominal	Phi	,182	,004
	Cramer's V	,105	,004
N of Valid Cases		721	

### Forschungsfrage 2:

#### Zusammenfassung der Fallverarbeitung

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamtsumme	
	H	Prozent	H	Prozent	H	Prozent
Krisenphase * Rolle	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

#### Kreuztabelle Krisenphase\*Rolle

			Rolle			Gesamtsumme
			Journalist als Mediator	Journalist als Kommunikator	Nicht entscheidbar	
Krisenphase	Potenzielle Krisenphase	Anzahl	328	71	8	407
		% in Rolle	59,2%	47,7%	44,4%	56,4%
		% des Gesamtergebnisses	45,5%	9,8%	1,1%	56,4%
Latente Krisenphase	Latente Krisenphase	Anzahl	31	8	0	39
		% in Rolle	5,6%	5,4%	0,0%	5,4%
		% des Gesamtergebnisses	4,3%	1,1%	0,0%	5,4%
Akute Krisenphase	Akute Krisenphase	Anzahl	127	61	7	195
		% in Rolle	22,9%	40,9%	38,9%	27,0%
		% des Gesamtergebnisses	17,6%	8,5%	1,0%	27,0%
Post-kritische Krisenphase	Post-kritische Krisenphase	Anzahl	68	9	3	80
		% in Rolle	12,3%	6,0%	16,7%	11,1%
		% des Gesamtergebnisses	9,4%	1,2%	0,4%	11,1%
Gesamtsumme	Gesamtsumme	Anzahl	554	149	18	721
		% in Rolle	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
		% des Gesamtergebnisses	76,8%	20,7%	2,5%	100,0%

### Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymp. Sig. (zweiseitig)
Pearson-Chi-Quadrat	23,935 <sup>a</sup>	6	,001
Likelihood-Quotient	24,262	6	,000
Zusammenhang linear-mit-linear	4,439	1	,035
Anzahl der gültigen Fälle	721		

a. 3 Zellen (25,0%) haben die erwartete Anzahl von weniger als 5. Die erwartete Mindestanzahl ist ,97.

### Symmetrische Maße

		Wert	Näherungsweise Sig.
Nominal bezüglich Nominal	Phi	,182	,001
	Cramer-V	,129	,001
Anzahl der gültigen Fälle		721	

### Forschungsfrage 3:

#### Case Processing Summary

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Krisenphase * Zweifeltyp	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

#### Krisenphase \* Zweifeltyp Crosstabulation

			Zweifeltyp				Total
			Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	Verständlichkeit	
Krisenphase	Potenzielle Krisenphase	Count	158	165	82	2	407
		% within Zweifeltyp	47,6%	61,8%	68,3%	100,0%	56,4%
		% of Total	21,9%	22,9%	11,4%	0,3%	56,4%
	Latente Krisenphase	Count	22	12	5	0	39
		% within Zweifeltyp	6,6%	4,5%	4,2%	0,0%	5,4%
		% of Total	3,1%	1,7%	0,7%	0,0%	5,4%
	Akute Krisenphase	Count	124	53	18	0	195
		% within Zweifeltyp	37,3%	19,9%	15,0%	0,0%	27,0%
		% of Total	17,2%	7,4%	2,5%	0,0%	27,0%
	Post-kritische Krisenphase	Count	28	37	15	0	80
		% within Zweifeltyp	8,4%	13,9%	12,5%	0,0%	11,1%
		% of Total	3,9%	5,1%	2,1%	0,0%	11,1%
Total		Count	332	267	120	2	721
		% within Zweifeltyp	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
		% of Total	46,0%	37,0%	16,6%	0,3%	100,0%

**Chi-Square Tests**

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	40,930 <sup>a</sup>	9	,000
Likelihood Ratio	42,126	9	,000
Linear-by-Linear Association	11,027	1	,001
N of Valid Cases	721		

a. 4 cells (25,0%) have expected count less than 5. The minimum expected count is ,11.

**Symmetric Measures**

	Value	Approx. Sig.
Nominal by Nominal Phi	,238	,000
Cramer's V	,138	,000
N of Valid Cases	721	

Forschungsfrage 4:

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Ressort * Krisenphase	680	94,3%	41	5,7%	721	100,0%

**Ressort \* Krisenphase Crosstabulation**

		Krisenphase				Total
		Potenzielle Krisenphase	Latente Krisenphase	Akute Krisenphase	Post-kritische Krisenphase	
Ressort	Wirtschaft	Count 271 % within Ressort 64,4% % of Total 39,9%	Count 30 % within Ressort 7,1% % of Total 4,4%	Count 72 % within Ressort 17,1% % of Total 10,6%	Count 48 % within Ressort 11,4% % of Total 7,1%	Count 421 % within Ressort 100,0% % of Total 61,9%
	Politik	Count 23 % within Ressort 31,9% % of Total 3,4%	Count 4 % within Ressort 5,6% % of Total 0,6%	Count 40 % within Ressort 55,6% % of Total 5,9%	Count 5 % within Ressort 6,9% % of Total 0,7%	Count 72 % within Ressort 100,0% % of Total 10,6%
	Thema	Count 7 % within Ressort 11,3% % of Total 1,0%	Count 4 % within Ressort 6,5% % of Total 0,6%	Count 41 % within Ressort 66,1% % of Total 6,0%	Count 10 % within Ressort 16,1% % of Total 1,5%	Count 62 % within Ressort 100,0% % of Total 9,1%
Seite 1	Inland & Lokal	Count 12 % within Ressort 42,9% % of Total 1,8%	Count 1 % within Ressort 3,6% % of Total 0,1%	Count 10 % within Ressort 35,7% % of Total 1,5%	Count 5 % within Ressort 17,9% % of Total 0,7%	Count 28 % within Ressort 100,0% % of Total 4,1%
	Sonstige	Count 40 % within Ressort 58,0% % of Total 5,9%	Count 0 % within Ressort 0,0% % of Total 0,0%	Count 23 % within Ressort 33,3% % of Total 3,4%	Count 6 % within Ressort 8,7% % of Total 0,9%	Count 69 % within Ressort 100,0% % of Total 10,1%
Total	Count 16 % within Ressort 57,1% % of Total 2,4%	Count 0 % within Ressort 0,0% % of Total 0,0%	Count 7 % within Ressort 25,0% % of Total 1,0%	Count 5 % within Ressort 17,9% % of Total 0,7%	Count 28 % within Ressort 100,0% % of Total 4,1%	
	Count 369 % within Ressort 54,3% % of Total 54,3%	Count 39 % within Ressort 5,7% % of Total 5,7%	Count 193 % within Ressort 28,4% % of Total 28,4%	Count 79 % within Ressort 11,6% % of Total 11,6%	Count 680 % within Ressort 100,0% % of Total 100,0%	
	Count 369 % within Ressort 54,3% % of Total 54,3%	Count 39 % within Ressort 5,7% % of Total 5,7%	Count 193 % within Ressort 28,4% % of Total 28,4%	Count 79 % within Ressort 11,6% % of Total 11,6%	Count 680 % within Ressort 100,0% % of Total 100,0%	

**Chi-Square Tests**

	Value	df	Asymp. Sig. (2- sided)
Pearson Chi-Square	118,603 <sup>a</sup>	15	,000
Likelihood Ratio	125,343	15	,000
Linear-by-Linear Association	8,882	1	,003
N of Valid Cases	680		

a. 7 cells (29,2%) have expected count less than 5. The minimum expected count is 1,61.

**Symmetric Measures**

		Value	Approx. Sig.
Nominal by Nominal	Phi	,418	,000
	Cramer's V	,241	,000
N of Valid Cases		680	

## Forschungsfrage 5:

### Case Processing Summary

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Zweifeltyp * Begründung	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

### Zweifeltyp \* Begründung Crosstabulation

			Begründung			Total
			Keine Begründung	Vage Begründung	Konkrete Begründung	
Zweifeltyp Legitimität	Count	89	145	98	332	
	% within Zweifeltyp	26,8%	43,7%	29,5%	100,0%	
	% of Total	12,3%	20,1%	13,6%	46,0%	
Wahrhaftigkeit	Count	60	97	110	267	
	% within Zweifeltyp	22,5%	36,3%	41,2%	100,0%	
	% of Total	8,3%	13,5%	15,3%	37,0%	
Wahrheit	Count	30	55	35	120	
	% within Zweifeltyp	25,0%	45,8%	29,2%	100,0%	
	% of Total	4,2%	7,6%	4,9%	16,6%	
Verständlichkeit	Count	2	0	0	2	
	% within Zweifeltyp	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%	
	% of Total	0,3%	0,0%	0,0%	0,3%	
Total	Count	181	297	243	721	
	% within Zweifeltyp	25,1%	41,2%	33,7%	100,0%	
	% of Total	25,1%	41,2%	33,7%	100,0%	

### Chi-Square Tests

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	16,653 <sup>a</sup>	6	,011
Likelihood Ratio	16,080	6	,013
Linear-by-Linear Association	,420	1	,517
N of Valid Cases	721		

a. 3 cells (25,0%) have expected count less than 5. The minimum expected count is ,50.

**Symmetric Measures**

		Value	Approx. Sig.
Nominal by Nominal	Phi	,152	,011
	Cramer's V	,107	,011
N of Valid Cases		721	

Forschungsfrage 6:

**Case Processing Summary**

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Zweifeltyp * Lösung	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

**Zweifeltyp \* Lösung Crosstabulation**

			Lösung			Total
			Kein Lösungsvorschlag	Vager Lösungsvorschlag	Konkreter Lösungsvorschlag	
Zweifeltyp	Legitimität	Count	283	38	11	332
		% within Zweifeltyp	85,2%	11,4%	3,3%	100,0%
		% within Lösung	43,9%	66,7%	57,9%	46,0%
		% of Total	39,3%	5,3%	1,5%	46,0%
Wahrhaftigkeit	Wahrhaftigkeit	Count	256	8	3	267
		% within Zweifeltyp	95,9%	3,0%	1,1%	100,0%
		% within Lösung	39,7%	14,0%	15,8%	37,0%
		% of Total	35,5%	1,1%	0,4%	37,0%
Wahrheit	Wahrheit	Count	104	11	5	120
		% within Zweifeltyp	86,7%	9,2%	4,2%	100,0%
		% within Lösung	16,1%	19,3%	26,3%	16,6%
		% of Total	14,4%	1,5%	0,7%	16,6%
Verständlichkeit	Verständlichkeit	Count	2	0	0	2
		% within Zweifeltyp	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%
		% within Lösung	0,3%	0,0%	0,0%	0,3%
		% of Total	0,3%	0,0%	0,0%	0,3%
Total	Total	Count	645	57	19	721
		% within Zweifeltyp	89,5%	7,9%	2,6%	100,0%
		% within Lösung	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
		% of Total	89,5%	7,9%	2,6%	100,0%

**Chi-Square Tests**

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	19,838 <sup>a</sup>	6	,003
Likelihood Ratio	22,362	6	,001
Linear-by-Linear Association	2,008	1	,156
N of Valid Cases	721		

a. 4 cells (33,3%) have expected count less than 5. The minimum expected count is ,05.

**Symmetric Measures**

		Value	Approx. Sig.
Nominal by Nominal	Phi	,166	,003
	Cramer's V	,117	,003
N of Valid Cases		721	

## IX. Auswertungstabellen - Ergänzungen

Case Processing Summary

	Cases					
	Valid		Missing		Total	
	N	Percent	N	Percent	N	Percent
Verfasser * Rolle	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

Kreuztabelle Verfasser\*Rolle

			Rolle			Gesamtsumme
			Journalist als Mediator	Journalist als Kommunikator	Nicht entscheidbar	
Verfasser	Kärntner Landespolitik	Anzahl % des Gesamtergebnisses	27 3,7%	0 0,0%	0 0,0%	27 3,7%
	Oppositionsparteien	Anzahl % des Gesamtergebnisses	53 7,4%	0 0,0%	0 0,0%	53 7,4%
	Regierungsparteien	Anzahl % des Gesamtergebnisses	41 5,7%	0 0,0%	0 0,0%	41 5,7%
	Hypo Alpe Adria Akteure	Anzahl % des Gesamtergebnisses	93 12,9%	0 0,0%	0 0,0%	93 12,9%
	BayernLB Akteure	Anzahl % des Gesamtergebnisses	24 3,3%	0 0,0%	0 0,0%	24 3,3%
	Tilo Berlin	Anzahl % des Gesamtergebnisses	11 1,5%	0 0,0%	0 0,0%	11 1,5%
	Justiz	Anzahl % des Gesamtergebnisses	139 19,3%	0 0,0%	0 0,0%	139 19,3%
	Experten	Anzahl % des Gesamtergebnisses	85 11,8%	0 0,0%	0 0,0%	85 11,8%
	Politik Bayern	Anzahl % des Gesamtergebnisses	16 2,2%	0 0,0%	0 0,0%	16 2,2%
	Politik Österreich	Anzahl % des Gesamtergebnisses	2 0,3%	0 0,0%	0 0,0%	2 0,3%
	Internationale Akteure	Anzahl % des Gesamtergebnisses	6 0,8%	0 0,0%	0 0,0%	6 0,8%
	andere Medien	Anzahl % des Gesamtergebnisses	19 2,6%	0 0,0%	0 0,0%	19 2,6%
	Journalist	Anzahl % des Gesamtergebnisses	0 0,0%	149 20,7%	0 0,0%	149 20,7%
	Sonstige	Anzahl % des Gesamtergebnisses	26 3,6%	0 0,0%	1 0,1%	27 3,7%
	Nicht entscheidbar	Anzahl % des Gesamtergebnisses	6 0,8%	0 0,0%	17 2,4%	23 3,2%
	andere Banken	Anzahl % des Gesamtergebnisses	6 0,8%	0 0,0%	0 0,0%	6 0,8%
	Gesamtsumme	Anzahl % des Gesamtergebnisses	554 76,8%	149 20,7%	18 2,5%	721 100,0%

Zusammenfassung der Fallverarbeitung

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamtsumme	
	H	Prozent	H	Prozent	H	Prozent
Thema * Zweifeltyp	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

Kreuztabelle Thema\*Zweifeltyp

			Zweifeltyp				Gesamtsumme
			Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	Verständlichkeit	
Thema	Kauf BayernLB	Anzahl	28	44	16	0	88
		% des Gesamtergebnisses	3,9%	6,1%	2,2%	0,0%	12,2%
	Kreditvergabe/Leasing	Anzahl	20	15	3	0	38
		% des Gesamtergebnisses	2,8%	2,1%	0,4%	0,0%	5,3%
	Bilanzfälschung/Kapitalerhöhung	Anzahl	5	51	13	0	69
		% des Gesamtergebnisses	0,7%	7,1%	1,8%	0,0%	9,6%
	Versagen von Politikern/Finanzmarktaufsicht/Nationalbank	Anzahl	56	24	8	1	89
		% des Gesamtergebnisses	7,8%	3,3%	1,1%	0,1%	12,3%
	Insider-Geschäfte/Absprachen	Anzahl	14	26	11	0	51
		% des Gesamtergebnisses	1,9%	3,6%	1,5%	0,0%	7,1%
	Sponsoring	Anzahl	1	6	1	0	8
		% des Gesamtergebnisses	0,1%	0,8%	0,1%	0,0%	1,1%
	Kulterer als zentrale Figur	Anzahl	10	6	12	0	28
		% des Gesamtergebnisses	1,4%	0,8%	1,7%	0,0%	3,9%
	Alpenkönig und Schlosshotel	Anzahl	6	3	3	0	12
		% des Gesamtergebnisses	0,8%	0,4%	0,4%	0,0%	1,7%
	Causa Birnbacher	Anzahl	10	14	3	0	27
		% in Thema	37,0%	51,9%	11,1%	0,0%	100,0%
		% in Zweifeltyp	3,0%	5,2%	2,5%	0,0%	3,7%
		% des Gesamtergebnisses	1,4%	1,9%	0,4%	0,0%	3,7%
Aufklärung	Anzahl	34	23	10	0	67	
	% des Gesamtergebnisses	4,7%	3,2%	1,4%	0,0%	9,3%	
Gerichtsverhandlung	Anzahl	11	5	7	0	23	
	% des Gesamtergebnisses	1,5%	0,7%	1,0%	0,0%	3,2%	
Haftung	Anzahl	14	2	3	0	19	
	% des Gesamtergebnisses	1,9%	0,3%	0,4%	0,0%	2,6%	
Notverstaatlichung	Anzahl	25	16	4	0	45	
	% des Gesamtergebnisses	3,5%	2,2%	0,6%	0,0%	6,2%	
Balkengeschäfte	Anzahl	11	15	5	0	31	
	% des Gesamtergebnisses	1,5%	2,1%	0,7%	0,0%	4,3%	
Abwicklung	Anzahl	72	6	19	1	98	
	% des Gesamtergebnisses	10,0%	0,8%	2,6%	0,1%	13,6%	
Sonstige	Anzahl	15	11	2	0	28	
	% des Gesamtergebnisses	2,1%	1,5%	0,3%	0,0%	3,9%	
Gesamtsumme		Anzahl	332	267	120	2	721
		% des Gesamtergebnisses	46,0%	37,0%	16,6%	0,3%	100,0%

### Zusammenfassung der Fallverarbeitung

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamtsumme	
	H	Prozent	H	Prozent	H	Prozent
Verfasser * Begründung	721	100,0%	0	0,0%	721	100,0%

### Kreuztabelle Verfasser\*Begründung

			Begründung			Gesamtsumme
			Keine	Vage	Konkrete	
Verfasser	Kärntner Landespolitik	Anzahl	10	11	6	27
		% in Begründung	5,5%	3,7%	2,5%	3,7%
	Oppositionsparteien	Anzahl	18	27	8	53
		% in Begründung	9,9%	9,1%	3,3%	7,4%
	Regierungsparteien	Anzahl	17	20	4	41
		% in Begründung	9,4%	6,7%	1,6%	5,7%
	Hypo Alpe Adria Akteure	Anzahl	24	41	28	93
		% in Begründung	13,3%	13,8%	11,5%	12,9%
	BayernLB Akteure	Anzahl	8	11	5	24
		% in Begründung	4,4%	3,7%	2,1%	3,3%
	Tilo Berlin	Anzahl	4	6	1	11
		% in Begründung	2,2%	2,0%	0,4%	1,5%
	Justiz	Anzahl	24	45	70	139
		% in Begründung	13,3%	15,2%	28,8%	19,3%
	Experten	Anzahl	16	40	29	85
		% in Begründung	8,8%	13,5%	11,9%	11,8%
	Politik Bayern	Anzahl	6	6	4	16
		% in Begründung	3,3%	2,0%	1,6%	2,2%
	Politik Österreich	Anzahl	1	1	0	2
		% in Begründung	0,6%	0,3%	0,0%	0,3%
	Internationale Akteure	Anzahl	1	2	3	6
		% in Begründung	0,6%	0,7%	1,2%	0,8%
	andere Medien	Anzahl	5	5	9	19
		% in Begründung	2,8%	1,7%	3,7%	2,6%
	Journalist	Anzahl	32	53	64	149
		% in Begründung	17,7%	17,8%	26,3%	20,7%
	Sonstige	Anzahl	9	12	6	27
		% in Begründung	5,0%	4,0%	2,5%	3,7%
	Nicht entscheidbar	Anzahl	5	13	5	23
		% in Begründung	2,8%	4,4%	2,1%	3,2%
	andere Banken	Anzahl	1	4	1	6
		% in Begründung	0,6%	1,3%	0,4%	0,8%
Gesamtsumme		Anzahl	181	297	243	721
		% in Begründung	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

## X. Auswertungstabellen - Zweifeltypenkurve

---

Anmerkung: Die Monate werden jeweils mit dem Anfangsbuchstaben und dem Monatsabschnitt (von 1 bis 3) gekennzeichnet. O3 bezeichnet daher beispielsweise den Zeitraum zwischen 21. und 31. Oktober.

1.9.2008 - 31.8.2009:

**Kreuztabelle Zeitraum\*Zweifeltyp**

Anzahl

		Zweifeltyp		Gesamtsumme
		Legitimität	Wahrhaftigkeit	
Zeitraum	O3	1	2	3
	N2	0	2	2
	F3	1	0	1
Gesamtsumme		2	4	6

1.9.2009 - 31.8.2010:

**Kreuztabelle Zeitraum\*Zweifeltyp**

Anzahl

		Zweifeltyp			Gesamtsumme
		Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	
Zeitraum	O2	0	2	0	2
	N2	2	2	0	4
	N3	3	1	1	5
	D1	2	1	0	3
	D2	23	13	3	39
	D3	3	3	2	8
	J1	4	9	7	20
	J2	7	8	2	17
	J3	1	0	0	1
	F2	0	4	1	5
	F3	5	4	1	10
	Mä1	2	1	0	3
	Mä2	1	0	1	2
	Mä3	5	2	1	8
	A2	0	1	0	1
	Ma1	0	1	1	2
	Ma2	0	1	1	2
	Ma3	0	3	1	4
	Jn1	3	1	1	5
	Jn2	0	2	0	2
	Jn3	4	2	0	6
	Jl1	1	2	0	3
	Jl2	0	1	0	1
	Jl3	2	3	1	6
	Au1	1	1	1	3
	Au2	6	4	0	10
	Au3	0	2	2	4
Gesamtsumme		75	74	27	176

1.9.2010 - 31.8.2011:

**Kreuztabelle Zeitraum\*Zweifeltyp**

Anzahl

		Zweifeltyp				Gesamtsumme
		Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	Verständlichkeit	
Zeitraum	S1	1	1	0	0	2
	S3	3	4	3	0	10
	O1	1	0	1	0	2
	O2	0	3	0	0	3
	O3	1	0	1	0	2
	N1	2	2	1	0	5
	N2	1	1	0	0	2
	N3	3	0	2	0	5
	D1	1	0	0	0	1
	D2	1	4	0	0	5
	D3	6	2	2	1	11
	J1	1	3	6	0	10
	J2	1	1	2	0	4
	J3	1	0	0	0	1
	F1	0	2	0	0	2
	F2	0	0	1	0	1
	F3	2	6	1	0	9
	Mä1	1	6	3	0	10
	Mä2	1	1	2	0	4
	Mä3	4	5	3	0	12
	A2	1	1	2	0	4
	A3	1	1	0	0	2
	Ma1	1	2	0	0	3
	Jn1	1	0	0	0	1
	Jn3	1	0	0	0	1
	Jl1	0	0	1	0	1
	Au2	5	5	1	0	11
	Au3	0	1	0	0	1
	Gesamtsumme		41	51	32	125

1.9.2011 - 31.8.2012:

**Kreuztabelle Zeitraum\*Zweifel**

Anzahl

		Zweifel			Gesamtsumme
		Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	
Zeitraum	S1	2	0	0	2
	S2	2	2	1	5
	S3	1	1	1	3
	O2	0	1	0	1
	O3	1	1	0	2
	N1	0	0	2	2
	N2	0	1	1	2
	D2	1	0	0	1
	D3	1	0	0	1
	J2	2	1	0	3
	J3	1	0	0	1
	F1	4	1	0	5
	F2	0	1	0	1
	F3	0	1	0	1
	Mä1	0	0	1	1
	Mä3	0	5	0	5
	A2	0	1	0	1

Ma1	1	3	0	4
Ma2	2	1	1	4
Ma3	1	3	2	6
Jn2	0	1	0	1
Jl1	2	2	1	5
Jl2	5	2	1	8
Jl3	1	2	0	3
Au1	0	1	1	2
Au2	0	0	1	1
Au3	2	0	0	2
Gesamtsumme	29	31	13	73

1.9.2012 - 31.8.2013:

**Kreuztabelle Zeitraum\*Zweifel**

Anzahl

		Zweifel			Gesamtsumme
		Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	
Zeitraum	S1	3	0	0	3
	S2	1	1	0	2
	S3	0	3	0	3
	O1	5	3	1	9
	O2	1	0	0	1
	N2	0	1	2	3
	N3	0	1	0	1
	D1	0	2	0	2
	D2	0	4	0	4
	D3	0	1	0	1
	J2	1	0	0	1
	J3	3	1	1	5
	F1	1	0	0	1
	F2	0	2	0	2
	Mä2	0	0	1	1
	A1	1	0	0	1
	A2	1	0	0	1
	A3	1	0	0	1
	Ma1	2	2	0	4
	Ma2	1	0	0	1
	Ma3	5	5	0	10
	Jn1	10	1	0	11
	Jn2	2	0	0	2
	Jl1	3	5	1	9
	Jl2	2	0	1	3
	Jl3	1	1	0	2
	Au1	0	1	0	1
	Au3	3	0	1	4
Gesamtsumme		47	34	8	89

1.9.2013 - 31.8.2014:

Kreuztabelle Zeitraum\*Zweifel

Anzahl

	Zweifel				Gesamtsumme
	Legitimität	Wahrhaftigkeit	Wahrheit	Verständlichkeit	
S1	7	3	0	0	10
S3	2	0	1	0	3
O3	3	1	0	0	4
N1	1	5	0	0	6
N2	2	4	4	1	11
N3	1	9	3	0	13
D1	4	3	2	0	9
D3	1	1	0	0	2
J1	0	1	0	0	1
J2	2	0	2	0	4
J3	7	2	3	0	12
F1	5	0	1	0	6
F2	41	8	7	0	56
F3	16	4	3	0	23
Mä1	7	4	0	0	11
Mä2	15	4	2	0	21
Mä3	4	10	1	0	15
A1	2	3	1	0	6
A2	3	3	0	0	6
A3	2	0	0	0	2
Ma1	1	1	2	0	4
Ma2	1	1	1	0	3
Ma3	0	0	1	0	1
Jn1	0	0	1	0	1
Jn2	2	3	1	0	6
Jn3	4	2	2	0	8
Jl1	1	0	1	0	2
Jl2	2	1	1	0	4
Au1	1	0	0	0	1
Au3	1	0	0	0	1
Gesamtsumme	138	73	40	1	252

## XI. Liste Zweifel

---

120 Mio. Euro hatte die damalige Landesbank Hypo Alpe Adria - nicht ohne Zureden Jörg Haiders - ins Schlosshotel Velden gesteckt, den touristischen "Leitbetrieb" Kärntens. Doch nach der prunkvollen Eröffnung mit Stars wie Lionel Ritchie begannen die Mühen der Ebene, die Geschäfte entwickelten sich schlecht. Die Probleme: geringe Auslastung, Probleme bei der Rückzahlung der Kredite an die Hypo Alpe Adria Bank AG (die Konzernmutter Hypo Group Alpe Adria gehört inzwischen mehrheitlich der Bayerischen Landesbank) und der in profil geäußerte Vorwurf, dass beim Umbau 40 Mio. Euro versickert seien. (ID 1; der Standard; 26.2.2009)

Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft zwar intensiv. Aber schwerpunktmäßig in München, wo der frühere Chef der BayernLB (für ihn gilt wie für alle anderen in diesem Artikel genannten Personen und Institutionen selbstverständlich die Unschuldsvermutung) wegen des weit überhöhten Kaufpreises für den 62-Prozent-Anteil an der Hypo Alpe Adria unter Untreueverdacht steht. Die zahllosen Ungereimtheiten in Österreich selbst interessieren die Behörden freilich weniger. (ID 2; die Presse; 28.11.2009)

Während der Hypo-Sumpf also vor sich hin blubbert, gehen die Wogen zwischen den potenziellen Zahlern (Bund, Land Bayern, Finanzministerium in Berlin) hoch. Als sicher gilt derzeit nur, dass die Hypo Alpe Adria nicht zerschlagen und auch nicht in die Insolvenz geschickt wird. Das würde zu hohe Verluste - sowohl in der bayerischen als auch in der österreichischen Staatskasse - nach sich ziehen. Übrigens: Kärnten ist das einzige Bundesland, in dem der Landesrechnungshof seine Berichte nicht (mehr) veröffentlichen darf. Auch ein interessantes Detail. (ID 3; die Presse; 28.11.2009)

Im Oktober sorgten Razzien in München und Klagenfurt für Negativschlagzeilen bei der BayernLB und ihrer wichtigsten Auslandstochter, der Kärntner Hypo Group Alpe-Adria (HGAA). Der Vorwurf: Die Bayern sollen bei ihrem Einstieg vor zwei Jahren mit 1,6 Mrd. Euro rund 400 Millionen Euro zu viel gezahlt haben. Ein Untersuchungsausschuss im Münchner Landtag versucht die Verantwortlichkeiten aufzurollen. (ID 4; Kurier; 11.11.2009)

Die Bank hatte ihren "starken" ausländischen Partner für eine weitere Auslandsexpansion. Doch möglicherweise war von Anfang an etwas faul im Lande Kärnten. Es gab keine Ausschreibung, andere Interessenten wurden gar nicht erst eingeladen. Der Aufsichtsrat wurde, vorsichtig formuliert, nur sehr "grob" informiert. Besonders die Rolle jener geheimnisumwitterten "Investoren" wurde bis heute nie geklärt. (...) Jetzt interessiert sich die Staatsanwaltschaft München für den Deal (...) Vielleicht erfährt man nun auch doch, wer die geheimnisvollen "Investoren" waren. (ID 5; Kronen Zeitung; 17.10.2009)

Als suspekt gelten viele Geschäfte der Leasing-Töchter in Südosteuropa. Hier sind hunderte geleaste Yachten und Autos, aber auch geleaste Privatjets "verschwunden". Zumeist in der Form, dass die Verträge im Haus "nicht mehr auffindbar" sind. Die Hypo war in zahlreiche Geschäfte mit lokalen Mafiagrößen eingebunden und soll in einige Bestechungsskandale verwickelt gewesen sein. (ID 6; die Presse; 15.12.2009)

In Deutschland ermittelt die Staatsanwaltschaft unter anderem wegen Untreueverdachts gegen den früheren Chef der BayernLB. Der Vorwurf dort: Die Bank sei den Kärntner wissentlich zu teuer abgekauft worden. (ID 7; die Presse; 15.12.2009)

Die Rolle der Kärntner Landespolitik im Hypo-Debakel ist eingehend beleuchtet worden. Doch was ist mit den früheren Bankvorständen? Nichts, derweil. Sie verdienen gutes Geld als Investmentbanker. (ID 8; die Presse; 19.12.2009)

Damals überschlugen sich die Medien richtiggehend mit hämischen Berichten: Kulterer werde bei seinem Aufbruch zu neuen Ufern nicht nur von seiner Lebensgefährtin begleitet, hieß es, auch seine vier Military-Pferde würden übersiedelt. Was der Neoinvestmentbanker empört dementierte: Allenfalls würden "zwei bis drei" seiner Pferde mitgenommen. (ID 9; die Presse; 19.12.2009)

Kulterer ist also schwer beschäftigt, und wahrscheinlich hat er sich deswegen zu den dramatischen Ereignissen bei seinem "Baby", der Hypo Alpe Adria, nur einmal geäußert. Das war diese Woche in einem ORF-Interview. Und da meinte er bloß, es sei eh klar, dass ihn an dem Debakel keine persönliche Schuld treffe. Außerdem: "Bankgeschäfte sind immer Risikogeschäfte." Auf Risiko hat Wolfgang Kulterer in seiner Ära als Bankchef tatsächlich immer voll gesetzt. (ID 10; die Presse; 19.12.2009)

Aber jetzt soll ohnehin die neue "Soko Hypo" die Fastpleite der Landesbank unter die Lupe nehmen. Spät genug. Aber immerhin. (ID 11; die Presse; 19.12.2009)

Unter einem breiteren Kreis von Journalisten machte sich Striedinger übrigens schon im Sommer 2003 einen Namen. Da verkündete der Hypo-Finanzchef hochhoffiziell: "Wir haben im Ausland keine Risiken. Den Begriff gebrauche ich nicht." (ID 12; die Presse; 19.12.2009)

Die ÖVP ist empört über den Vorwurf der Parteienfinanzierung beim Verkauf der Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank an die Bayerische Landesbank. Angeblich seien an das BZÖ 27 Millionen und an die ÖVP 13 Millionen geflossen, kolportiert die Presse. In der ÖVP glaubt man, dass dieses Gerücht von der SPÖ gestreut werde. Der Sprecher von Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll betont im Gespräch mit dem Standard, dass es dafür keinerlei Beweise gebe. Die ÖVP will jetzt aber eine Prüfung aller Parteienfinanzen in Kärnten: "Selbstverständlich müssen solche schwerwiegenden Vorwürfe aufgeklärt werden. Die Aufklärung muss aber alle Parteien betreffen, auch die SPÖ." (ID 13; der Standard; 4.1.2010)

Laut Süddeutsche Zeitung erhärte sich der Verdacht auf Insidergeschäfte zulasten der BayernLB und des Freistaats. Denn von der Expansion der Bayern nach Österreich hatten eben jene Privatinvestoren profitiert, die sich nur Wochen zuvor an der Hypo beteiligt hatten. Ex-BayernLB-Chef Werner Schmid wurde dazu von der Münchner Staatsanwaltschaft befragt. Neue Nahrung erhielten diese Gerüchte, als die Süddeutsche über ein "Geheimtreffen" im Jänner 2007 in München berichtete, bei dem es um einen Einstieg der Bayern gegangen sein soll. Laut bayerischer Opposition sollen die Exchefs von BayernLB und Hypo im Landtag unter Eid aussagen, wie es zu dem Milliardenesaster kam. (ID 14; der Standard; 4.1.2010)

Weiteres Ungemach droht auch an der politischen Front. Beim Verkauf der Hypo an die BayernLB sollen Millionen an die Kärntner Regierungsparteien BZÖ und ÖVP geflossen sein, berichtet ebenfalls Die Presse - allerdings ohne Angabe von Quellen. Demnach soll das BZÖ 27 Mio. Euro lukriert haben, die ÖVP rund 13 Mio. Euro. Einig sind nun aber alle Parteien, dass dieser Vorwurf aufgeklärt werden muss. "Derzeit ist das nicht mehr als ein Gerücht, das es aber zu klären gilt", sagt der Sprecher des Finanzministeriums zum Standard. (ID 15; Der Standard, 4.1.2010)

Aufgetaucht ist nun auch ein Papier der einstigen Hypo-Aktionärin Grazer Wechselseitige (Grawe). Laut Profil ist darin davon die Rede, dass die Grawe in den letzten drei Jahren "leidvoll feststellen musste, dass weder die vom Vorstand vorbereiteten Businesspläne (...) noch Aussagen zum Einzelwertberichtigungsbedarf (...) mit der wirtschaftlichen Realität übereinstimmen". (ID 16; Der Standard, 04.01.2010)

In den Augen großer Teile der Öffentlichkeit tragen Finanzmarktaufsicht (FMA) und Österreichische Nationalbank (OeNB) eine gewisse Mitschuld daran, dass es so weit gekommen ist. Sie hätten in ihrer Funktion als Bankenaufseher versagt, so der Vorwurf. "Das muss ich schärfstens zurückweisen", stellt OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny im KURIER-Gespräch klar. Die OeNB stehe in der Reihe der Aufsichtsorgane am Schluss. Interne Revision, Wirtschaftsprüfer, Aufsichtsrat und Staatskommissär im Finanzministerium stünden davor. "Die Notenbank macht nur eine Systemprüfung, und das ist auch geschehen." (ID 17; Kurier, 10.01.2010)

Zu hinterfragen sei aber, ob das damalige Management etwas vertuscht habe, das zu falschen Berichten der Wirtschaftsprüfer führte. "Ich hoffe, dass die behördlichen Untersuchungen mehr Licht ins Dunkel bringen." (ID 18; Kurier, 10.01.2010)

Berlin investierte im Dezember 2006 125 Mio. Euro in die Hypo, Anfang 2007 wurde der Anteil noch aufgestockt. Zum Teil wurden die Geschäfte mit Krediten der BayernLB finanziert. Ende 2006 gab es aber auch bereits erste Kaufgespräche zwischen den Bayern und der Hypo. Der Vorwurf steht also im Raum, dass Berlin in den überbewerteten Verkauf eingeweiht war und damit verdient hat. (ID 19; Der Standard, 12.1.2010)

Immer wieder kolportiert wurde auch, dass auch ÖVP und BZÖ einen Anteil am Hypo-Verkauf bekommen hätten, dass also illegale Parteienfinanzierung stattgefunden habe. (ID 20; Der Standard, 12.1.2010)

Risikante Immobilien- und Leasinggeschäfte in Osteuropa waren einer der Hauptgründe für die Verluste der Bank. Immer wieder gab es Berichte, wonach der frühere kroatische Regierungschef Ivo Sanader Provisionen für die Vermittlung von Krediten erhalten haben soll. (ID 21; Der Standard, 12.1.2010)

Binnen weniger Monate hatte sich 2007 der Wert der Bank von rund 2,5 Milliarden auf 3,2 Milliarden Euro erhöht. Die Bayern zahlten für die Mehrheit 1,6 Milliarden und werfen Schmidt nun Untreue vor, weil er den aus heutiger Sicht sündteuren Kauf in den Gremien der Bayern LB durchbrachte. Verkäufer war neben dem Land Kärnten die Investorengruppe des Schmidt-Freundes Tilo Berlin: Diese war kurz zuvor erst eingestiegen, hatte ihre Anteile von zunächst knapp vier auf 25% aufgestockt (auch mithilfe eines Kredites der Bayern LB) und ist mit einer tollen Rendite wieder ausgestiegen. (ID 22; Kronen Zeitung, 12.1.2010)

Bisher hatten sie nur gegen den Ex-BayernLB-Vorstandsvorsitzenden Werner Schmidt ermittelt. Ihm wird vorgeworfen, die Bank habe für die Hypo um 400 Mio. Euro zu viel bezahlt. (ID 23; Die Presse, 14.1.2010)

In Deutschland wurde zuletzt der Vorwurf laut, Berlin und seine Investorengruppe (rund 50 Vermögende aus Österreich und Süddeutschland) könnten Insiderwissen zu schnellem Geld gemacht haben: Nach derzeitigem Stand der Erhebungen zeichnete sich schon während des Einstiegs der Investorengruppe ab, dass die BayernLB Interesse an einer Übernahme zeigen könnte. An diesbezüglichen Kontaktgesprächen

mit den Bayern soll auch Berlin teilgenommen haben. (ID 24; Die Presse, 14.1.2010)

Diskussionen über Pinkls Ablöse habe es unter den Koalitionspartnern keine gegeben, versicherten Pröll wie Faymann. FPK-Abgeordneter Johann Gallo, Mitglied des Kärntner Hypo-Untersuchungsausschusses, sagte am Montag, es würde ihn nicht wundern, wenn rund um die Ablöse der "Vorwurf des Schweigegeldes" laut würde. (ID 25; Der Standard, 2.3.2010)

Selbst wenn einzelne Kapitalgeber bei der Zeichnung der Genussscheine von einem beabsichtigten Weiterverkauf an die Bayern gewusst hätten, hätte dies nicht gegen irgendwelche rechtlichen Vorgaben verstoßen. Insbesondere treffe der öffentlich immer wieder diskutierte Vorwurf des "Insider-Tatbestandes" nicht zu, weil weder Aktien der Hypo noch die Genussscheine zum maßgeblichen Zeitpunkt an einem geregelten Markt - sprich Börse - notiert waren. (ID 26; Kronen Zeitung, 16.3.2010)

Alle Anleger können ihre Millionen behalten, dafür muss Berlin im Fall des Falles seinen Kopf allein hinhalten. Wobei laut Insidern die Gefahr aber verschwindend gering sein soll, dass Berlin durch die Ermittler von SOKO, CSI und Staatsanwaltschaft Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden könnten. (ID 27; Kronen Zeitung, 16.3.2010)

Bayerns Finanzminister Fahrenschon prüft nun konkrete Schadenersatzklagen gegen Kärnten. Beim Kauf der Hypo Alpe Adria sei die Bayerische Landesbank über die wirtschaftliche Lage getäuscht worden, so der Vorwurf. Dieser bezieht sich auf Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Klagenfurt. (ID 28; Kronen Zeitung, 27.3.2010)

Der Superwuzzi, der das alles aufgebaut hat. Na, Entschuldigung, der Superstar." Richter Helmut Wlasak klopft den Hauptangeklagten Peter Schmid ab, ob er wirklich der große Macher im Ostgeschäft der steirischen Hypo war. Bei der Vielzahl fauler Leasingverträge am Balkan und dem angeklagten Schaden von 40,5 Millionen Euro schwer vorstellbar. (ID 29; Kurier, 15.4.2010)

Sechs Wochen, sechs Seiten, sechs Millionen: Die Frage, warum der Kärntner Steuerberater Dietrich Birnbacher für seine Tätigkeit im Zuge des Hypo-Verkaufs an die Bayern (2007) dieses horrende Honorar einstreifen konnte, erhitzt nach wie vor die Gemüter. Wohl auch deshalb, weil seine Expertise, die für Jörg Haider und den Kärntner VP-Chef Josef Martinz erstellt wurde, sich nicht gerade durch besonderen Tiefgang auszeichnet. (ID 30; Kurier, 20.6.2010)

Sechs Wochen, sechs Seiten, sechs Millionen Euro: Viel Geld für wenig Papier. Der Grüne Rolf Holub fährt mit schwerem Geschütz auf: "Hier besteht der dringende Verdacht der Parteienfinanzierung an BZÖ und ÖVP. Ich gehe natürlich nicht davon aus, dass sie das Geld direkt auf ein Parteikonto fließen haben lassen." So etwas gehe "leichter über Liechtensteiner Stiftungen", meint der Vorsitzende im Hypo-Untersuchungsausschuss. (ID 31; Kurier, 20.6.2010)

Einzig sämtliche Outlook-Dateien "im tatrelevanten Zeitraum" konnten nicht sichergestellt werden - angeblich habe in der Kanzlei "im letzten Jahr eine Neukonfiguration des Servers stattgefunden". So ein Pech aber auch. Outlook-Dateien aus dem Büro des Kärntner Steuerberaters hätten womöglich etwas mehr Licht ins Bankendunkel um den Verkauf der Hypo Alpe-Adria an die Bayerische Landesbank gebracht. Denn Dietrich Birnbacher ist jener Mann, der für seine Kurzarbeit beim Hypo-Kauf vom mittlerweile verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider und dem Kärntner ÖVP-Chef Josef Martinz mit einem Millionenhonorar bedacht wurde: sechs Millionen für knapp sechs Seiten an dürftiger Expertise. (ID 32; Kurier, 26.6.2010)

Auch Birnbachers Wirken selbst scheint bei den wenigen Eingeweihten keinen allzu tiefen Eindruck hinterlassen zu haben: Knightsbridge, pardon: Kingsbridge Capital, schrieb am 8. Mai 2007 in einer eMail an Dr. Birnbacher: "Hallo Dr. Birnbaumer ..." (...) Doch bei wirklich großen Deals sollte man nicht zu kleinlich sein: Wenn echte Experten am Werk sind, dann lässt sich binnen zwei Wochen selbst der Verkauf einer Bank regeln. (ID 33; Kurier, 26.6.2010)

Kärntner und Liechtensteinische Justiz gehen nun dem Vorwurf nach, ob durch den Verkauf kroatischer Projektgesellschaften (bzw. derer Mütter) an andere Liechtenstein-Firmen, die Zagorec zuzurechnen sind, widerrechtlich erlangtes Geld gewaschen wurde. Aus einschlägigen Notenbank-Berichten und Ermittlungsergebnissen des Landgerichts Liechtenstein geht hervor, es sei "absolut unklar", woher die ursprünglichen Geldmittel der "wirtschaftlichen Einheit" der Zagorec-Gesellschaften stammen. (ID 34; Der Standard, 27.7.2010)

Die Soko Hypo hat, wie der Standard erfuhr, in einer neuen Anzeige rund um Immo-Finanzierungen für den kroatischen Exgeneral Vladimir Zagorec den Verdacht geäußert, die handelnden Personen könnten eine kriminelle Vereinigung gebildet haben. (ID 35; Der Standard, 27.7.2010)

Gusenbauer bestätigte im KURIER-Gespräch am Mittwoch die Beratertätigkeit für die Hypo und das Honorar von 60.000 Euro für rund ein halbes Jahr. Der Ex-Politiker weist aber den Vorwurf zurück, er habe sich etwas zuschulden kommen lassen: "Ich habe mich bei der Hypo nicht bedient, sondern eine ganz

normale Dienstleistung für den damals neuen Vorstand unter Franz Pinkl erbracht." (ID 36; Kurier, 29.7.2010)

In all diesen Fällen wurde ein Karussell aus Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen in Gang gesetzt. Aktuell stehen sie alle bei der Hypo mit 51,5 Mio. Euro in der Kreide. Der Beteiligungsansatz liege aber nur bei 28,8 Mio. Euro, so der Vorwurf. Und: Es bestehe "der konkrete Verdacht, dass Finanzierungsmittel abgezweigt und die Beteiligungskonstruktion gewählt wurde, um den hinter diesen Projekten stehenden Personen Gelder zufließen zu lassen, die ihnen nicht zustehen". (ID 37; Der Standard, 30.7.2010)

Der Verdacht: "Die Zeichner der Wertpapiere haben für deren Erwerb unter Zwischenschaltung der Hypo Liechtenstein Kredite bekommen und in Folge die Differenz zwischen niedrigen Kreditzinsen und höheren fixer Wertpapierzinsen abschöpfen können" und zwar "immer zulasten der Bank". Zur Erinnerung: Die Profiteure dieser Kapitalerhöhung waren samt und sonders Geschäftsfreunde der Bankmanager. Abgerechnet wurde der Deal dann Anfang 2009, damals kaufte die schon schwer angeschlagene Bank die Vorzugsaktien um viel Geld zurück. (ID 38; Der Standard, 30.7.2010)

Warum? Die Bank wurde von der Bayerischen Landesbank gekauft und das kostete die Steuerzahler im benachbarten Deutschland 3,7 Milliarden Euro. Derzeit prüfen die Staatsanwaltschaften München und Klagenfurt, wie es zum Hypo-Debakel (Not-Verstaatlichung im Dezember 2009) kommen konnte. Darüber hinaus wird der Vorwurf der Untreue untersucht bzw. ob beim Verkauf der HGAA an die BayernLB alles mit rechten Dingen zugegangen ist. (ID 39; Kurier, 3.8.2010)

In monatelanger Arbeit ist es den Ermittlern unter Mithilfe von Kollegen aus Liechtenstein, Bayern, Kroatien und Serbien gelungen, wesentliche Fakten zusammenzutragen. Dabei zeichnete sich ab, dass es ein "kriminelles Netzwerk" gegeben hat, das der Hypo-Alpe-Adria-Bank über einen Zeitraum von vielen Jahren einen Schaden von mehreren hundert Millionen Euro zugefügt hat! Kulterer, der die Bank aufgebaut und bis 2006 geleitet hat (bis 2007 saß er dann noch im Aufsichtsrat), hatte eine Schlüsselrolle inne. (ID 40; Kronen Zeitung, 14.8.2010)

Doch erst durch die Pleite im Vorjahr begann man, sich mit der Vergangenheit der Bank genauer auseinanderzusetzen, die "CSI Hypo" wurde eingesetzt. Erst da entdeckte man die ersten Spuren der kriminellen Machenschaften, die ohne Zweifel ihren Ausgang in der Ära Kulterer nahmen. (ID 41; Kronen Zeitung, 14.8.2010)

Gleichzeitig wurde eine zweite Person verhaftet. Bei ihr soll es sich um eine aus Villach stammende ehemalige Hypo-Mitarbeiterin handeln, die im Kreditgeschäft tätig war. Der Verdacht: Sie könnte beim Beseitigen von belastenden Unterlagen geholfen haben. (ID 42; Der Standard, 14.8.2010)

In Kroatien soll es zu dubiosen Kreditvergaben gekommen sein (...)Es bestehe der Verdacht, "dass Finanzierungsmittel abgezweigt und die Beteiligungskonstruktion gewählt wurde, um den hinter diesen Projekten stehenden Personen Gelder zufließen zu lassen, die ihnen nicht zustehen". (ID 43; Der Standard, 14.8.2010)

Kulterer sowie weitere Vorstände und Berater sollen über Umwege zum Teil selbst Vorzugsaktien gekauft haben - und zwar mit einem Hypo-Kredit, für den sie 4,5 Prozent Zinsen zahlen. Die Vorzugsaktien brachten allerdings eine garantierte Dividende von 6,25 Prozent. (ID 44; Der Standard, 14.8.2010)

Ein weiterer Grund für die Verhaftung Kulterers soll ein Blitzkredit für die Fluglinie Styrian Spirit auf Zuruf Jörg Haiders gewesen sein. Haider hatte Kulterer per E-Mail um zwei Mio. Euro ersucht. Garantien und Sicherheiten lagen keine vor. Mit dem Geld sollte die drohende Pleite der Fluglinie abgewendet werden. Das kam einem Hypo-Sachbearbeiter riskant vor. Kulterer habe die Bedenken jedoch vom Tisch gewischt und gemeint: Da müsse man halt in den sauren Apfel beißen. Das hielt der Sachbearbeiter in einem Aktenvermerk fest, der der Staatsanwaltschaft Klagenfurt vorliegt. (ID 45; Der Standard, 14.8.2010)

Martinz hatte im U-Ausschuss 2007 ausgesagt, er habe "erstmal bei Gesprächen im März über das Hypo-Kaufinteresse der Bayern erfahren". Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen des Verdachts der falschen Zeugenaussage. Tatsächlich findet sich der Name Martinz nicht auf der Teilnehmerliste dieser beiden Treffen. Doch Strippenzieher Tilo Berlin berichtet in seinem Tagebuch sehr wohl von Martinz' Teilnahme an diskreten Besprechungen in einem frühen Stadium von Geheimverhandlungen. Berlin schreibt über die den Bayern in Aussicht gestellte Mehrheitsbeteiligung und notiert: "Diese Möglichkeit wurde von Landeshauptmann Haider und Landesrat Martinz im Rahmen eines Geheimgesprächs auf der Klockerhube bestätigt." (ID 46; Kurier, 18.8.2010)

Zu dieser Zeit war Tilo Berlin, der den Verkauf der Hypo an die Bayern eingefädelt hatte, bereits zum Chef der Hypo-Gruppe aufgestiegen. Als solcher könnte der Nebenerwerbs-Biobauer das Geldwäscheproblem in Liechtenstein hemdsärmelig bereinigt haben. Zumindest dann, wenn man einem Dossier glaubt, das den Ermittlern der CSI Hypo vorliegt. Darin heißt es nämlich: "Die HGAA (Hypo-Gruppe, Anm.) besaß eine Tochterbank in Liechtenstein. Diese wurde ziemlich rasch verkauft, als Berlin CEO der HGAA wurde. Berlin selbst steht mit seiner Berlin&Co hinter der "offiziellen Käufergruppe", die jedoch von einem

Treuhänder vertreten wurde." Berlin habe "ein Asset an sich selbst verkauft." (ID 47; Kurier, 27.8.2010)

Zogg - er war noch bis vor kurzem Konsulent für die in Liquidation befindliche Bank - fühlt sich zu Unrecht verdächtigt. Der Banker wird in Anzeigen als Verdächtiger genannt. Zogg auf Anfrage des Standard: "Ich werde zum Beispiel im Zusammenhang mit Vorgängen in der Bank im Jahr 2004 genannt. Zu dem Zeitpunkt war ich aber noch gar nicht für die Bank tätig. Das müssen die Leute, die mich nennen, doch wissen. Sie kennen meinen Lebenslauf." (ID 48; Der Standard, 23.9.2010)

Laut Fürstlichem Landgericht (ermittelt gegen Zagorec und Ex-Hypo-Group-Manager Günter Striedinger wegen Geldwäsche- und Untreueverdachts) "ist davon auszugehen", dass bestimmte Vermögenswerte, die über die AAP flossen "aus deliktischen Handlungen stammen und gewaschen werden sollten". (ID 49; Der Standard, 23.9.2010)

Demnach könnte Ex-Bankchef Werner Schmidt beim Versuch, die Bawag zu kaufen, sozusagen bewusst gescheitert sein, um danach "seinen Plan B, den Hypo-Kauf in Angriff nehmen" (...) Laut dem Bericht hat sich Schmidt zum Vorwurf, er habe das Interesse an der Bawag nur "vorgetäuscht", nicht geäußert. (ID 50; Der Standard, 27.9.2010)

Ex-ÖGB-Chef Rudolf Hundstorfer (damals für den Bawag-Verkauf zuständig, heute Sozialminister) weist diese Darstellung zurück. Er sagt im Gespräch mit dem Standard, nur er und ein zweiter hoher ÖGB-Funktionär hätten "alle Angebote gekannt - und keiner von uns war deswegen bei Schmidt". (ID 51; Der Standard, 27.9.2010)

Hypo-Skandal. Trotz langer Ermittlungen muss sich Kulterer nur wegen zweier kleiner Kredite verantworten. (ID 52; Die Presse, 6.10.2010)

Sein neuer Anwalt ist Ex-Justizminister Dieter Böhmdorfer - und er übt schwere Vorwürfe an den Vorgängen der Justiz. "Wir müssen aufpassen, dass es nicht einen zweiten Fall Elsner mit einer überlangen Untersuchungshaft gibt", sagt Böhmdorfer zur "Presse". (ID 53; Die Presse, 6.10.2010)

"Wir verfügen über Informationen, dass Vladimir Zagorec über verschiedene Handelsgesellschaften in Kroatien von 2001 bis heute Baugrundstücke erworben hat. Diese Projekte im Wert von 260 Mio. Euro werden von der Hypo Alpe Adria Bank International AG aus Klagenfurt finanziert", heißt es aber schon 2007 in dem kroatischen Rechtshilfeansuchen an Österreich. Dabei werden Projekte in Zagreb, Pula, Rovinj, Dubrovnik und auf der Insel Hvar explizit genannt. Der Vorwurf der Generalstaatsanwaltschaft Zagreb knapp zusammengefasst: Kulterer und Striedinger sollen Waffenschieber Zagorec ermöglicht haben, mit Hypo-Krediten ein Immobilienimperium zu schaffen. (ID 54; Der Standard, 19.8.2010)

Politisch und rechtlich brisant ist freilich ein weiterer Aspekt: Was wussten Kärntens Politiker, die später den Hypo-Verkauf an die Bayern eingefädelt und verhandelt haben, von diesem angeblich gefälschten Jahresabschluss 2006? Ein Hypo-Insider zum KURIER: "Haider wusste alles." Das geht auch aus Dokumenten hervor, die bei Hausdurchsuchungen von der SOKO Hypo beschlagnahmt wurden. (ID 55; Kurier, 16.10.2010)

Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer muss sich wegen des Verdachts der Untreue und der Falschaussage verantworten. Konkret soll der Manager dem Institut durch zwei Kredite (an die Fluglinie Styrian Spirit und an den Detektiv Dietmar Guggenbichler) einen Schaden von exakt 2,15 Mio. Euro zugefügt haben. Das sind "Peanuts" im Verhältnis zum Ausmaß des Hypo-Debakels. Der österreichische Staat musste im Vorjahr 1,5 Mrd. Euro zur Rettung der Bank investieren. Ob der Steuerzahler das Geld jemals wiedersehen wird, ist fraglich. Hinzu kommen noch hunderte Millionen Euro, die von der Bayerischen Landesbank seit 2007 in die Skandalbank gesteckt wurden. (ID 56; Die Presse, 5.11.2010)

Warum gräbt die Justiz jetzt zwei kleine Kredite aus der Vergangenheit aus? Handelt es sich bei Kulterer möglicherweise um ein Bauernopfer? Nein, versichert die Staatsanwaltschaft in Klagenfurt. Erst im Zuge der Verstaatlichung hätten die Ermittlertruppen CSI und Soko Hypo systematisch begonnen, alle größeren Geschäfte unter die Lupe zu nehmen. (ID 57; Die Presse, 5.11.2010)

Der Vorwurf der Untreue betrifft zwei Fälle: jenen eines Zwei-Millionen-Kredits an die später in Konkurs gegangene Fluglinie Styrian Spirit und eine Kreditvergabe von 150.000 Euro an den Privatdetektiv Dietmar Guggenbichler. Die Ermittlungen der Justiz gehen jedoch weiter, die Anklageerhebung sei nur eine "Teilerledigung". (ID 58; Der Standard, 5.11.2010)

Der Fall stelle einen "Kreditbetrug Guggenbichlers dar, verbunden mit einem Erpressungsversuch für den Fall, dass die Hypo rechtlich gegen ihn vorgehen sollte", argumentierten Kulterers Anwälte Böhmdorfer und Ferdinand Lanker in ihrer Beschwerde gegen den Beschluss der U-Haft-Verhängung. (ID 59; Der Standard, 5.11.2010)

Empörung über Kulterers Kautions herrscht in der Meindl Bank. Die Kautions, die Julius V. erlegen musste, sei 200mal höher gewesen. Eine "skandalöse Unverhältnismäßigkeit", schäumte Meindl-Bank-Vorstand

Peter Weinzierl. (ID 60; Die Presse, 12.11.2010)

Ausgangspunkt für die Vorwürfe ist abermals die Kapitalerhöhung der Hypo Leasing Holding: Dabei zeichneten wohlhabende Investoren 2006 und 2007 insgesamt 200 Millionen Euro an Vorzugsaktien, die die Hypo als Eigenkapital verbuchte. Für den Großteil - etwa 160 bis 170 Millionen Euro davon - erhielten die Käufer wahrscheinlich eine Rückgabegarantie ihrer Aktien an die Bank. Damit aber hätte die Bank die Mittel nicht als Eigenkapital verbuchen dürfen. Den Vorständen hat dies bereits eine Anzeige wegen Bilanzfälschung eingebracht. Jetzt geht es zudem um Untreue. In Zusammenhang mit den Kapitalerhöhungen hat die Hypo selbst zudem bereits Schadenersatzklagen gegen den Ex-Leasing-Chef eingebracht. (ID 61; Kurier, 18.11.2010)

Der Vorwurf lautete, dass das auffallend hohe Honorar, das Birnbacher für ein bloß sechsseitiges (!) Gutachten anlässlich des Verkaufs der Hypo an die BayernLB 2007 erhielt, teilweise weitergeflossen sei (an ÖVP bzw. BZÖ?). (ID 62; Kronen Zeitung, 23.11.2010)

Der Ex-Banker weist jede Mitschuld am Niedergang der Hypo Alpe Adria von sich. Das Milliardenesaster sei erst nach seinem Ausscheiden passiert. Der "echte Skandal" und die "Vernichtung von Werten" habe nach dem Kauf durch die BayernLB im März 2007 stattgefunden. "Ich kann nicht der Täter sein, weil ich nicht in dieser Bank war." (ID 63; Die Presse, 27.11.2010)

Kulterer will nie etwas mit Geldwäsche zu tun gehabt haben. Auch Parteienfinanzierung habe es nie gegeben. Der Ex-Banker bestritt, dass er Teil einer "kriminellen Vereinigung" gewesen sei. "Ich verwehre mich dagegen und werde alle Maßnahmen setzen, wenn in diesem Zusammenhang noch einmal mein Name genannt wird", drohte er den Journalisten. (ID 64; Die Presse, 27.11.2010)

Auch ein Freund von Haider will Kulterer nie gewesen sein. "Ich war nie bei Herrn Haider eingeladen, ich weiß nicht einmal, wo das Bärental ist." Jenem Hypo-Mitarbeiter, der behauptet hatte, Kulterer habe Geldkoffer nach Liechtenstein geflogen, warf der Banker "menschliche Sauerei" vor. (ID 65; Die Presse, 27.11.2010)

Die Genannten, für die natürlich die Unschuldsvermutung gilt, hätten in ihrer Funktion als Landesbank-Manager die Hypo Alpe Adria zu einem überhöhten Preis erworben und damit der bayerischen Bank schweren Schaden zugefügt. Den Ex-Managern wird auch Bestechung des damaligen Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider vorgeworfen. Der Vorwurf bezieht sich auf eine Fünf-Millionen-Euro-"Sponsorzahlung" der Deutschen an den Fußballklub Austria Klagenfurt, die Haider als Grundbedingung für den Hypo-Verkauf verlangt haben soll. (ID 66; Die Presse, 18.12.2010)

In Hypo-Geschäfte verstrickt dürfte auch der frühere kroatische Premierminister Ivo Sanader sein, dem in Kroatien jetzt vorgeworfen wird, Gelder aus einem "schwarzen Fonds" seiner Partei an kroatische Medien umgeleitet zu haben. (ID 67; Die Presse, 18.12.2010)

Während die Ermittlungen der CSI Hypo dazu noch kaum Anhaltspunkte zutage förderten, offenbaren Bank-interne Dokumente, die dem KURIER exklusiv vorliegen, wahrlich Haarsträubendes aus der Bank in Klagenfurt: Die Ex-Vorstände haben in ihrer Not, Eigenkapital für die Hypo aufzutreiben, offenbar Gesetze verletzt, Investoren begünstigt und dann versucht, alles unter den Tisch zu kehren. (ID 68; Kurier, 22.12.2010)

In München gehen wegen jener 50 Mio. Dollar, die Ex-BayernLB-Vorstand Gerhard Gribkowsky aus der Karibik in die österreichische Stiftung Sonnenschein transferiert haben soll, die Wogen hoch. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) äußerte den Verdacht, Gribkowsky könnte das Geld auf Umwegen als Dankeschön vom Finanzinvestor CVC oder von Formel-1-Chef Bernie Ecclestone beim Verkauf der Rennsportrechte erhalten haben. Die BayernLB erbte die Rennsportrechte aus der Leo-Kirch-Pleite. (ID 69; Der Standard, 5.1.2011)

Das Personalhaus 3 gehört der Hypo Alpe Adria. Wanner verkaufte die Liegenschaft vor Jahren an die Bank um 1,3 Millionen Euro und leaste das Haus zurück. Leasingraten zahlte er angeblich nie, das Management der Bank schaute jahrelang zu und ließ Leasing-Rückstände von 500.000 Euro zusammenkommen. Wanner kassierte nebenher satte Mietbeträge. (ID 70; Kronen Zeitung, 7.1.2011)

Die einstigen Mitarbeiter fühlten sich ungerecht behandelt. Sie reichten über den Rechtsanwalt Christian Fuchs Klage gegen die Hypo ein. Das Bezirksgericht wies dieses Begehren jedoch ab und stimmte der Räumung zu. Es stand auch der Vorwurf im Raum, die Hypo hätte den Bewohnern einfach die Heizung abgedreht. Laut Opperer war die Heizung jedoch nur einige Tage defekt, und einige Zimmer sind dadurch jetzt noch kalt. "Die Hypo hat sogar extra den Öltank aufgefüllt und zahlt den Strom", so Opperer. Man will die Liegenschaft nun endlich räumen, jedoch ist der Bank ein menschliches Vorgehen dabei äußerst wichtig. (ID 71; Kronen Zeitung, 7.1.2011)

Wie berichtet haben die Vorzugsaktionäre ihren Einstieg zunächst mit Krediten der Hypo-Tochter Liechtenstein finanziert und einen Superschnitt gemacht. Ein Kreislauf, der anders als in den Bilanzen

dargestellt, kein Eigenkapital geschaffen hat, so der Verdacht der Justiz. (ID 72; Der Standard, 26.2.2011)

Kulterer wirft der Staatsanwalt, Andreas Höbl, zudem Falschaussage im Kärntner U-Ausschuss 2007 zum Verkauf der Ex-Landesbank an die Bayern vor. Er sagte damals, "vor dem 19. Februar 2007 hat es noch gar keine Idee einer Beteiligung der BayernLB gegeben. (...) Das erste Dreiergespräch zwischen Tilo Berlin, Werner Schmidt (Ex-BayernLB-Chef; Anm.) " und ihm, Kulterer, habe es "erst im März 2007 gegeben". Laut Anklageschrift, die sich auf Einvernahmen Schmidts beruft, ist das Thema zwischen den dreien aber schon einen Monat früher, "am 19. Jänner 2007 während eines Mittagessens erörtert worden. (ID 73; Der Standard, 1.3.2011)

"Sehr geehrter Herr Dr. Kulterer, lieber Wolfgang! Bezugnehmend auf unsere Vereinbarungen ersuche ich Dich, der Styrian Airways AG einen Kontokorrentrahmen von zwei Mio. Euro so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen." Das geschah denn auch; ohne förmlichen Kreditantrag, ohne Kreditvertrag, ohne Stellungnahme des Kreditrisikomanagers, ohne Sicherheiten. Zu diesem Zeitpunkt war die Flügellähmung der 2002 gegründeten Fluggesellschaft längst bekannt. (ID 74; Der Standard, 1.3.2011)

Trotz massiver Kritik der Aufsicht und entgegen ihren Versprechungen hielten die Hypo-Chefs an der Praxis, ihre Vorzugsaktionäre mit Hypo-Krediten auszustatten, fest. Zudem habe es Nebenabsprachen gegeben, die die Bank zum Rückkauf der Aktien verpflichtete. Das bedeutet, dass das Geld der Bank nicht "dauerhaft" zur Verfügung stand, was Kernkapital aber tun muss. (ID 75; Der Standard, 9.3.2011)

Bei der ersten Vorzugsaktien-Tranche geht es um rund 100 Mio. Euro; die meisten Investoren finanzierten ihren Einstieg via Hypo-Krediten. Bei der Tranche 2006 hat sich die Bank verpflichtet, die Aktien zurückzukaufen; auch das widerspricht der Eigenschaft von Eigenkapital. Der Vorwurf: Bilanzfälschung. Und neben den zahlreichen Kreditfällen, hinter denen Untreue vermutet wird, ermitteln die Behörden derzeit vor allem in der Causa Consultants-Verkauf. (ID 76; Der Standard, 30.3.2011)

Die Hypo hat 2007 die Hypo Consultants, in der Immobilien geparkt waren, gesetzeswidrig verkauft. Denn der Erwerber, die kroatische Investmentfirma Auctor, finanzierte den Kaufpreis bei der Hypo. Und die Bank verzichtete auf Sicherheiten. Der Vorstand habe "eklatant gegen die Sorgfaltspflichten verstoßen". (ID 77; Kurier, 30.3.2011)

Silverstone ist nicht die einzige Reise von Hypo-Managern, bei der die Staatsanwaltschaft den Vorwurf erhebt, dass private Reisen als Geschäftsreise getarnt wurden. Im September 2005 wurden der Hypo 6460 Euro für Nächtigungen im Hotel Villa Barka in Delaware, USA, verrechnet. Weder genaues Datum noch Personen sind bekannt, die Staatsanwaltschaft vermutet eine Scheinrechnung. (ID 78; Kurier, 27.4.2011)

Der Hauptanklagepunkt gegen die Ex-Vorstände stützt sich auf ein Gutachten der Wirtschaftsprüfer Oppenhoff & Rädler, wonach die Hypo um 500 Millionen Euro zu teuer erworben wurde. Vorsätzlich, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, die diesen Schaden geltend macht. Bekanntlich verloren die Bayern durch den Hypo-Deal insgesamt 3,7 Milliarden Euro. (ID 79; Kurier, 1.5.2011)

Die Anklage wirft laut Süddeutscher Schmidt und eventuell weiteren Beschuldigten auch vor, den früheren Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider bestochen zu haben. Wie berichtet, war es Haider ja gelungen, vor dem Hypo-Verkauf noch einige Millionen an Sponsorengelder für den Kärntner Fußball herauszuschlagen. (ID 80, Kurier, 1.5.2011)

Tatsächlich hat die Hypo bisher kaum zivilrechtliche Klagen eingebracht, im Herbst soll das nachgeholt werden. Dass die Dokumentation für Geschäfte nicht gefunden wird, ist ein Vorwurf, den Kranebitter strikt zurückweist: "Wir kooperieren voll und stellen alle Unterlagen zur Verfügung, besonders auch der Staatsanwaltschaft." Die klagte bisher zwei Causen an, was mit (nicht rechtskräftigen) Freisprüchen endete. (ID 81; Der Standard, 7.7.2011)

Wegen "Verdacht auf Untreue" hat die Staatsanwaltschaft Klagenfurt nun die nächste Anklage gegen die Ex-Chefs der Hypo Alpe Adria, Wolfgang Kulterer und Günter Striedinger, fertiggestellt, sowie gegen Ex-Banken-Steuerberater Hermann Gabriel und Anwalt Gerhard Kucher. Der Vorwurf - für alle gilt die Unschuldsumutung - lautet, sie hätten der Hypo 2004 durch Wertpapiergeschäfte in Liechtenstein 5,5 Millionen Euro Schaden zugefügt. (ID 82; Kronen Zeitung, 13.8.2011)

Striedinger hat Gegengutachten zweier renommierter Experten zur Hand. Sie halten diese Kapitalerhöhung für gesetzeskonform. Diese Gutachten werden in der Anklageschrift ausdrücklich abgelehnt. "Das ist erschütternd. So etwas habe ich noch nie erlebt", ist Striedinger-Anwalt Norbert Wess erzürnt. (ID 83; Kurier, 13.8.2011)

Daraufhin haben die Nachfolger Kulterers die Vorzugsaktien zurückgekauft, neu platziert und das Volumen auf 200 Millionen Euro verdoppelt. Daraus wurde das nächste Schlamassel: Die Banker gaben den Aktienkäufern nämlich das Recht, die Aktien ab 2009 an die Bank zurück zu geben. Eigenkapital muss

einer Bank laut Gesetz aber unbeschränkt zur Verfügung stehen. (ID 84, Kurier, 13.8.2011)

Dabei geht es um eine 100 Millionen Euro schwere Kapitalerhöhung der Hypo im Jahr 2004. Dabei sei - salopp formuliert - "Geld im Kreis" geschickt worden und einige der Hypo nahe stehende Personen hätten risikofrei Millionen verdient. Genau: 5,49 Millionen Euro hoch sei der Schaden, behauptet die Anklage. (ID 85; Kurier, 13.8.2011)

Die Hypo-Tochter in Liechtenstein soll an elf im Fürstentum ansässige Anstalten Kredite in Höhe von 55 Mio. Euro vergeben haben. Über eine zwölfte liechtensteinische Anstalt soll das Geld an die BC Holding transferiert worden sein. Diese zeichnete dann die Vorzugsaktien. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft ist dieses Ringenspiel aus mehreren Gründen bemerkenswert: Denn die Inhaber der Vorzugsaktien sollen eine Dividende von 6,25 Prozent pro Jahr erhalten haben. Doch für die Liechtenstein-Kredite sollen sie deutlich niedrigere Zinsen bezahlt haben. Laut Angaben der Justizbehörden soll der Hypo-Alpe-Adria ein Schaden in Höhe von 5,49 Mio. Euro entstanden sein. (ID 86; Die Presse, 13.8.2011)

Dabei wurden elf liechtensteinischen Anstalten Kredite der Hypo Alpe Adria Liechtenstein AG in der Höhe von 5,15 Mio. Euro verschafft. Diese Kreditmittel wurden dann an eine weitere, zwölfte liechtensteinische Anstalt, die BC Holding AG, weitertransferiert. Der Zweck des Unterfangens: die Verschleierung des Erwerbs von Vorzugsaktien durch die Kärntner BC Holding. Hinter dieser Holding sollen laut Gutachten Kucher und Gabriel gestanden sein. (ID 87; Der Standard, 13.8.2011)

In einem ihnen zugespielten, anonymen Papier wird behauptet, dass die Bayerische Landesbank spätestens ab November 2009 die eigene Tochter Hypo Alpe Adria gezielt an den Rand der Pleite gedrängt habe. (ID 88; Der Standard, 13.8.2011)

Josef Kircher hatte nach seinem Ausscheiden aus der Hypo (2008) vom damaligen Vorstandsvorsitzenden Tilo Berlin einen wohl dotierten Konsulentenvertrag (160.000 Euro Jahresfixum) erhalten. Die bankinternen CSI-Ermittler zogen die Leistungen in Zweifel - und stellten Strafanzeige, da Kircher mit dem Vertrag "Entgelte zugeschanzt" worden seien. Angeblich ohne adäquate Gegenleistung. (ID 89; Kurier, 18.8.2011)

Laut Kircher wurden in der Strafanzeige lediglich belastende Unterlagen vorgelegt, entlastende interne Dokumente jedoch zurückgehalten. Diesen Schluss lässt auch die 53-seitige Einstellungsbegründung zu, die dem KURIER vorliegt. Erst auf Drängen der Staatsanwaltschaft wurde von der CSI eine Beurteilung der renommierten Anwaltskanzlei Wolf Theiss nachgereicht, die bereits Ende 2009 den Kircher-Konsulentenvertrag für die Hypo begutachtet und für rechtmäßig befunden hatte. (ID 90; Kurier, 18.8.2011)

Nach dem Ausscheiden von Bank-Chef Kulterer und seinem Vize Striedinger 2006 hat die Hypo nochmals das Eigenkapital erhöht: Dabei wurden gesetzeswidrige Geheimabsprachen mit den Investoren getroffen. Das wurde nicht einmal angezeigt. (ID 91; Kurier, 24.10.2011)

Die Geschwindigkeit, mit der der Deal über die Bühne ging, schon. Am 22. September flossen die 30 Mio. für die Oerlikon, laut Aktennotiz "auf Weisung Kulterers". Laufzeit: sechs Monate. Sicherheiten: keine. Der Kreditausschuss genehmigte den Kredit vier Tage nach der Auszahlung, der Aufsichtsrat ließ sich per Umlaufbeschluss gleich mehrere Wochen für die Freigabe Zeit. (ID 92; Der Standard, 27.10.2011)

2004 soll es eine nicht nachvollziehbar Kapitalerhöhung gegeben haben, wodurch Geschäfte getätigt worden seien, die bei "ordnungsgemäßer Darstellung nicht hätten abgeschlossen werden dürfen". Dadurch seien erhebliche Kreditausfälle entstanden. Zudem habe man im Zuge der Kapitalerhöhung Vorzugsaktien an "gruppenfremde Dritte" veräußert. All dies habe die Hypo Alpe-Adria massiv geschädigt. (ID 93; Kurier, 29.1.2012)

Vor dem Verkauf an die BayernLB beauftragten Landeshauptmann Jörg Haider und Martinz (ein Freund und Kunde Birnbachers) den Villacher mit der Verkaufsberatung fürs Land - klammheimlich und als Privatpersonen allerdings, auf dass der Bankverkauf bloß nicht publik werde. Bezahlt haben die Rechnung dann allerdings weder Haider noch Martinz, sondern die landeseigene Hypo-Aktionärin KLH, deren Chefs von der Einbindung des Steuerberaters erst im Februar 2008 erfuhren, als ihnen seine Honorarabrechnung ins Haus flatterte. (ID 94; Der Standard, 23.8.2012)

So hätten sie auch 2004 beim umstrittenen Vorzugsaktien-Deal die Konstruktion ersonnen, bei der laut Ankläger Robert Riffel rund 56 Mio. Euro konzernintern im Kreis geschickt wurden. Damit sollte die chronisch dünne Eigenkapitaldecke der Konzernmutter Hypo Bank International (HBIInt) ausgestopft werden. Dabei habe es sich laut Staatsanwalt aber um eine "missbräuchliche Umgehungs konstruktion", gehandelt, ein "risikoloses Scheingeschäft" zum Zweck des "verschleierte[n] Erwerbs" der Vorzugsaktien. (ID 95, Der Standard, 28.3.2012)

Die Exvorstände Wolfgang Kulterer und Günther Striedinger sollen das "Geldkarussell" über 56 Millionen Euro in Gang gesetzt und damit der Hypo vorsätzlich einen Schaden von 5,49 Mio. Euro verursacht haben. Die Hypo-Berater Gerhard Kucher und Hermann Gabriel sind als Beitragstäter angeklagt. (ID 96; Der

Standard, 18.4.2012)

Wanner hätte der Hypo Alpe Adria das Personalhaus III um 1,26 Millionen Euro verkauft, ohne dass Benutzungsrechte für das Haus erteilt worden waren. Die Hypo wäre dadurch um diesen Betrag geschädigt worden. Zudem hätte Wanner im Anschluss das Gebäude zurückgeleast, aber nie die Leasingraten bezahlt (Schaden: 200.000 Euro). Und er soll gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Pfändungen von Mieteinnahmen, indem er Wohnungen an sie untervermietete und diese über Umwege kassierte, vereitelt haben (Schaden: 88.000 Euro). (ID 97; Kronen Zeitung, 11.5.2012)

"Die Hypo hat beim Alpenkönig-Personalhaus Bescheid gewusst. Das war für sie ein Riesen-geschäft." Zum Vorwurf der vereitelten Pfändung erklärte er: Das Geschäft wäre völlig in Ordnung gewesen und sei ihm vom mittlerweile verstorbenen Anwalt empfohlen worden. Das Geld sei trotz des Umweggeschäfts über das Konto seiner Lebensgefährtin stets da gewesen, nur die Hypo habe nicht darauf zugegriffen. (ID 98; Kronen Zeitung, 11.5.2012)

Die Beweiswürdigung und die Begründung der Erstrichter sei nämlich eine unzureichende Scheinbegründung. Im wesentlichen stützt sich die Generalprokuratur bei dieser Beurteilung auf den Umgang der Erstrichter mit dem Gutachten von Wirtschaftsprüfer Karl Bruckner. Er hat geprüft, ob die Kreditgewährung 2005 wirtschaftlich vertretbar war. Sein Schluss: Nicht ohne Sicherheiten; zudem habe es die Bank damals unterlassen, aktuelle Zahlen von Styrian Spirit einzuholen. Die Banker hätten das Risiko eines Totalausfalls in Kauf genommen. An diesem Punkt setzt die Kritik im Croquis an: Diese Expertise steht den Feststellungen (des Erstgerichts, Anm.) zur wirtschaftlichen Vertretbarkeit der Kreditvergabe diametral entgegen. Heißt: Im Urteil wurde das verdreht.(...) Die Generalprokuratur rät zur Urteilsaufhebung. (ID 99; Der Standard, 13.6.2012)

Das Birnbacher-Gutachten über den Verkauf der Hypo Alpe Adria zeigt eindrucksvoll, wie Kärnten zu einem Selbstbedienungsladen auf Kosten der Steuerzahler geworden ist. Die Kärntner Landesregierung könnte ihre Sitzungen mittlerweile gleich in einem Gerichtssaal abhalten, in keinem anderen Bundesland wird gegen so viele Regierungsmitglieder ermittelt wie dort. (...) Vermutlich wäre es am sinnvollsten, ÖVAG, Hypo und Kommunalkredit abzuwickeln und vom Markt zu nehmen. Dann müsste die Regierung den Österreichern aber langsam reinen Wein einschenken und zugeben, dass die für die Sanierung des Finanzsektors eingesetzten Milliarden verloren sind. (ID 101; Die Presse, 16.7.2012)

In den politischen Debatten wurde der Regierung der Vorwurf gemacht, sie habe sich von den Bayern über den Tisch ziehen lassen. Immerhin wurde die Landesbank ihre Problemtochter los, Wien musste und muss hingegen mehrmals Kapital nachschießen. Auch die EU-Kommission bemängelt, dass der Sanierungsbeitrag der Alteigentümer - neben BayernLB Grazer Wechelseitige und Land Kärnten - nicht ausreichend gewesen sei. (ID 102; Der Standard, 26.7.2012)

Sechs Millionen für ein paar läppische Seiten. Ein Vehikel für Parteienfinanzierung, wie sich nun herausstellte. Die Frage "Wer hatte da noch seine Finger im Spiel?" beschäftigt die Öffentlichkeit und führt unweigerlich auch wieder zu jenen Experten, die mit ihren Gutachten das Sechs-Millionen-Honorar für den Steuerberater Dietrich Birnbacher als "angemessen" gelten ließen. (ID 103; Kurier, 30.7.2012)

Gottfried Spitzer hat in seinem Gutachten eine extra eingeforderte Expertise eines international renommierten Research-Instituts eingefordert und eingearbeitet - alles fix und fertig und erledigt innerhalb kürzester Zeit. Überdies verwunderlich: Spitzer argumentierte später, er habe lediglich eine anonymisierte Honorarvereinbarung zu prüfen gehabt - am 11. März 2008 jedoch hatte er offenbar genau gewusst, worum es ging (zur Erinnerung: "Birni hat zu hoch gegriffen"). (ID 104; Kurier, 30.7.2012)

Den Vorwurf, da seien Millionenbeträge ohne rechtliche Grundlage geflossen, wies VCP-Chef Heinrich Pecina gegenüber dem Staatsanwalt vehement zurück. Seine Erklärung: Das Projekt Adam habe es ?de facto gar nicht gegeben?, das Honorar sei in Wirklichkeit für die Erstellung eines Gutachtens (Fairness Opinion) geflossen, das VCP und HSBC (mit ihr hat die VCP oft kooperiert) für die Kärntner Landesholding erstellt hätten. (ID 105; Der Standard, 2.8.2012)

An die VCP sollen damals zudem 3,4 Mio. Euro als Escape Fee geflossen sein. Warum diese Extra-Fee an die VCP?, fragte Kulterer laut Bankunterlagen damals, um sich selbst so zu antworten: Eine einvernehmliche Auflösung des Mandats mit HSBC wäre ohne die Hilfe der VCP nicht möglich gewesen. Den allergrößten Teil der Kosten trug allerdings die Bank und nicht die KLH - woraus sich der Vorwurf der Untreue bzw. der Beihilfe dazu ableiten ließe. (ID 106; Der Standard, 2.8.2012)

Doch Erstinstanz-Richter Norbert Jenny konnte dies nicht bestätigt finden. Nach Zeugenaussagen hielt er es für erwiesen, dass keiner der Angeklagten auf die Sachbearbeiter Druck ausgeübt habe, in diesem Kreditfall positiv zu entscheiden. Zudem hätten sich die Kreditgeber auf positive Beurteilungen der Wirtschaftsprüfer verlassen. Der OGH hält nun die Begründungen des Freispruchs durch Richter Jenny für nicht ausreichend. (ID 107; Kurier, 22.8.2012)

Die Bankenaufsicht, die 2,2 Mrd. Euro mehr Eigenkapital fordert, musste sich oft den Vorwurf anhören, in den Jahren der waghalsigen Hypo-Expansion als Kontrolle versagt zu haben. Das versucht man jetzt offenbar durch mehr Strenge wettzumachen. Denn bei dem Zuschuss geht es nicht um Verlustabdeckung, sondern um Prävention: Man sorgt für Risiken vor, die in der Zukunft auftreten könnten. Die Frage dabei ist, ob eine Garantie vom Eigentümer Staat nicht auch reicht, oder ob wirklich Geld fließen muss. (ID 108; Kronen Zeitung, 8.9.2012)

Immer öfter hört man auch, dass die Hypo-Alteigentümer (Bayern und Kärnten) "zu billig" davongekommen sind. Die Bayern haben noch 3 Mrd. Euro in der Bank, die bis Ende 2013 zurückzuzahlen wären. Ein Gutachten wertet dieses Geld aber als "Zuschuss", weil die Bayern als Eigentümer über den Zustand der Bank Bescheid wussten. Jetzt wird geprüft, ob man auf dem Klagsweg an die 3 Mrd. Euro herankommt. Das wäre für die Hypo wie ein Lottosechser und für den Freistaat Bayern die pure Katastrophe. (ID 109; Kronen Zeitung, 8.9.2012)

Er habe eine klare Aussage über die "Angemessenheit" des Honorars haben wollen, verteidigte sich Megymorez. Sein Anwalt Martin Nemeč verlangte auch die Verlesung der Einvernahmen der Gutachter Gottfried Spitzer (Deloitte) und Rudolf Siart, die die Auszahlung des Honorars in der Höhe von sechs Millionen Euro an Birnbacher als angemessen beurteilt hatten und mittlerweile im Visier der Korruptionsstaatsanwaltschaft stehen. So hatte etwa Siart den als Honorar ausgemachten Prozentsatz aus dem Verkauf der Hypo-Anteile als "angemessen", "vertretbar" und "üblich" bezeichnet. (ID 110; Die Presse, 21.9.2012)

Im Zuge des Anteilsverkaufs der Hypo Alpe Adria an die Bayerische Landesbank hat Birnbacher 2007 für Beratungsleistungen sechs Millionen Euro Honorar kassiert, obwohl er gewusst hat, dass ihm maximal 300.000 Euro zustehen würden. (ID 111; Die Presse, 2.10.2012)

Die folgenreichste Aussage war jene Birnbachers, dass Martinz und Haider Parteienfinanzierung vereinbart haben. Sein Honorar sollte unter dem Steuerberater selbst, Martinz (ÖVP) sowie Haiders BZÖ aufgeteilt werden. Birnbacher zitierte Haider mit den Worten: "Eine Million für die Partei wird wohl drinnen sein." (ID 112; Die Presse, 2.10.2012)

Sechs Millionen Euro hatte Dietrich Birnbacher, Steuerberater des ehemaligen ÖVP-Chefs Josef Martinz, für ein Gutachten kassiert, das im Nachhinein einhellig als unnötig angesehen wird. Das Geld hätte aufgeteilt werden sollen, auch ÖVP und die Freiheitlichen sollten etwas abbekommen. Dieser Vorgang ist sehr anschaulich, fast schon plakativ vereinfachend: Wenn es um vermeintliche Landesinteressen geht, werden immer auch andere Interessen bedient. Das ist in der Republik kaum anders. (ID 113; Der Standard, 2.10.2012)

Dobernig war damals im Aufsichtsrat der Kärntner Landesholding (KLH) und soll an diversen Sitzungen, in denen es ums Birnbacher-Honorar ging, teilgenommen haben. Er soll mehr gewusst haben als andere Aufsichtsräte. Am 11. März 2008 etwa soll er in Birnbachers Kanzlei dabei gewesen, als der inzwischen verstorbene Landeshauptmann Jörg Haider dessen Honorar auf sechs Millionen gesenkt hat. Gegen Dobernig und Scheuch steht aber auch der Verdacht der versuchten Geldwäsche im Raum. Hintergrund ist die Aussage Birnbachers, wonach die beiden 2009 eine halbe Million Euro von seinem Honorar gefordert hätten. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft arbeitet bereits an dem Fall. (ID 114; Der Standard, 3.10.2012)

Um russisches Geld geht es auch bei Haiders Ex-Protokollchef Franz Koloini, der für seinen damaligen Chef fast 200.000 Euro von der Bank abgehoben, ihm einen Teil in bar übergeben und den anderen Teil auf Sparbüchern mit Einlagen von jeweils 14.990 Euro deponiert haben soll. Das Geld war der Rest von Zahlungen, die zwei russische Investoren überwiesen, um an österreichische Pässe zu gelangen, so der Vorwurf. (ID 115; Der Standard, 3.10.2012)

Zur Anklage gebracht werden soll die Causa Vorzugsaktien II. Dabei geht es um Emissionen, die Friends & Family der Hypo-Verantwortlichen 2006 gezeichnet haben und bei denen es Nebenabsprachen zugunsten der Investoren gegeben haben soll. (ID 116; Der Standard, 5.10.2012)

Der Sachverständige ortet eine Doppelrolle von Klaus: Er habe die Flick Privatstiftung als ihr Vorstand ... vertreten und die Put-Option, die der Stiftung eingeräumt wurde, entworfen. Er wusste somit über die Transaktion und die Nebenvereinbarung sehr gut Bescheid. Auf der anderen Seite sei Klaus aber auch Rechtsberater der Hypo und seit Jänner 2007 als solcher speziell mit Fragen der Eigenmittelanrechnung und dem Thema Vorzugsaktien befasst? gewesen. (ID 117; Der Standard, 5.10.2012)

Der Staatsanwalt verdächtigt Klaus nun der Beihilfe zur Untreue und Bilanzfälschung, Klaus weist das zurück. Der Vorwurf stimmt überhaupt nicht. Ich war in dem Zusammenhang nie für die Hypo tätig, sondern nur auf der Investorenmehrheit. (ID 118; Der Standard, 5.10.2012)

"Übersehen" haben die Verhandler unter dem damaligen Finanzminister Josef Pröll und dem Leiter der Finanzprokuratur Wolfgang Peschorn, dass die BayernLB der Hypo damals einen drei Milliarden Euro

dicken Finanzierungsrahmen zur Verfügung gestellt hatte. Dieses Geld hätte schon damals als Eigenkapital der Hypo eingestuft werden können. Möglicherweise wäre die Verstaatlichung dann gar nicht notwendig geworden. (ID 119; Kurier, 15.12.2012)

"Es ist äußerst mühsam, wenn Personen fortgesetzt die Unwahrheit sagen", sagt Peschorn zum KURIER. Den Vorwurf, den Verstaatlichungsvertrag verbockt zu haben, sei "Verleumdung". Er war bei den direkten Verhandlungen gar nicht dabei. (ID 120; Kurier, 15.12.2012)

Um das Geld als Eigenkapital anzusehen - und das tun die Österreicher neuerdings -, müssten Hypo-Bilanzen gefälscht gewesen sein, argumentieren die Münchner. (ID 121; Der Standard, 21.12.2012)

Ob diese - oft "kreativen" - Lösungen immer gesetzeskonform waren, will das Innsbrucker Landesgericht seit Mai klären. Staatsanwältin Karin Schiffmann klagte an, Wanner hätte der Kärntner Hypo Alpe Adria das Personalhaus III um 1,26 Millionen Euro verkauft, ohne dass Benutzungsrechte für das Haus erteilt worden waren. Die Hypo wäre dadurch um diesen Betrag geschädigt worden. Zudem hätte Wanner im Anschluss das Gebäude zurückgeleast, aber nie die Leasingraten bezahlt (Schaden: 200.000 Euro). Und er soll anschließend mit seiner Lebensgefährtin Pfändungen von Mieteinnahmen vereitelt haben (Schaden: 88.000 Euro). (ID 122; Kronen Zeitung, 18.1.2013)

Kulterer und Xander sollen für den "faulen" Kredit über zwei Millionen Euro verantwortlich sein, den die Hypo 2005 auf Drängen des damaligen Landeshauptmannes Jörg Haider der maroden Fluglinie Styrian Spirit gewährt hatte. "Ohne Besicherung, etwa eine Garantie des Landes", wie Oberstaatsanwalt Andreas Höbl ausführte. (ID 123; Kurier, 22.1.2013)

Scharf angegriffen wurden Hypo und die Raiffeisen Bank International (RBI) am Montag in der serbischen Tageszeitung Blic. Diese schrieb, die Hypo hätte 200 Millionen Euro, die RBI sogar 1,5 Milliarden Euro an Drogen-Geld für den international gesuchten serbischen "Kokain-König" Darko Saric gewaschen. Abgelaufen sein soll das über Fonds in den Niederlanden. (ID 124; Kurier, 22.1.2013)

Beide Banken bestreiten dies vehement. Weder serbische noch niederländische oder österreichische Behörden hätten jemals eine entsprechende Anfrage an die Hypo oder die RBI gerichtet, betonten sie. "Der Artikel ist eine Räuberpistole. Das ist eine gezielt gegen uns gerichtete Aktion" empört sich ein RBI-Sprecher. Hypo-Sprecher Nikola Donig betont, dass es keinen Hinweis auf Geschäftsbeziehungen zu Sardinien gebe. (ID 125; Kurier, 22.1.2013)

Vor Gericht stehen, wie berichtet, die Russen, ein Anwalt, der die Einbürgerungsanträge verfasste, und Haiders damaliger Protokollchef Franz Koloini. Vorwurf: Die Millionen waren Bestechungsgeld, mit dem sich die Russen die Staatsbürgerschaft erkaufen. Am zweiten Prozesstag kam zur Sprache, dass ein Teil der Millionen bereits an das Minardi-Team floss, als die Russen noch nicht bezahlt hatten. Damit Patrick Friesacher zeitgerecht in den mit Kärnten-Aufschriften versehenen Formel-1-Boliden steigen konnte. Haiders "Hausbank", die Hypo-Alpe-Adria, sprang mit einem problematischen Kredit ein. (ID 126; Kronen Zeitung, 26.1.2013)

Dennoch eröffnete der Prozess Einblicke in Kärntner Untiefen. Einmal mehr war Haider mit der Hypo Alpe Adria offenbar wie mit einem Selbstbedienungsladen umgesprungen: Ohne Sicherheiten finanzierte die Landesbank einen Formel-1-Fahrer vor, der sich als so langsam entpuppte wie Haider-Projekte als pleite. Weil die Russen zahlten, ging die Sache in dem Fall gut aus. Wie die Krisengeschichte der Bank zeigt, war das mehr Ausnahme als Regel. (ID 127; Der Standard, 29.1.2013)

Am Mittwoch wurde Ruhdorfer vom damals zuständigen Kreditsachbearbeiter Peter Hassler schwer belastet. Ruhdorfer habe ihm die Anweisung gegeben, die beiden Kreditanträge von je einer Mio. Euro in Form von Aktenvermerken zu verfassen. Es sei alles sehr schnell gegangen, Zeit zum Nachfragen habe es nicht gegeben. „Er hat nur gesagt, schreiben Sie das“ und sei auch schon wieder weg gewesen, so der Zeuge. Der Kreditakt sei „sehr dürftig“ gewesen, er selbst hätte diesen, hätte er die Kompetenz gehabt, „nie bewilligt“, sagte Hassler vor dem Schöffensenat unter Vorsitz von Richter Christian Liebhauser-Karl. (ID 128; Der Standard, 7.2.2013)

Laut den Recherchen der Hypo, deren Forensikerteam unter Christian Böhler den Fall aufgerollt hat, wurden die Banker 2008 genau davor gewarnt. Die zuständige Abteilung habe den angepeilten Verkaufserlös von 130 Mio. als „nicht nachvollziehbar“ eingeschätzt. Zudem hielt man das Zahlenwerk der Kreditwerber für geschönt. Auch dem Rat der Prüfer in der Hypo, ein Schätzgutachten einzuholen, seien die Hypo-Manager nicht nachgekommen, lautet der Vorwurf. In den Wind geschlagen worden seien auch die Einwände des Kreditausschusses. Die Aufsichtsräte hätten zusätzliche Sicherheiten empfohlen und moniert, die Identität der Hintermänner des Deals zu lüften. Trotz der Warnrufe floss der Kredit: 84 Mio. Euro. (ID 129; Der Standard, 15.2.2013)

Den Vorwurf, dass die Klagenfurter in den vergangenen drei Jahren nicht genug unternommen hätten, um die Redimensionierung und den Abverkauf voranzutreiben, lässt die Hypo nicht gelten. "Sie werden keine Bank finden, die schneller restrukturiert worden ist als die Hypo Alpe-Adria", sagt Hypo-Sprecher Nikola

Donig zum KURIER. Die Bilanzsumme sei um 20 Prozent auf 33 Milliarden Euro und die Landeshaftung von 21 auf 16 Milliarden Euro reduziert worden. "Die Bank wünscht sich für die Privatisierung vier bis fünf Jahre Zeit", sagt Donig. "Und wir möchten auch risikoarmes Neugeschäft machen. Denn eine Bank, die nicht im Kundengeschäft tätig ist, verkauft man nicht leicht". (ID 130; Kurier, 12.3.2013)

Die Bayern fordern die Rückabwicklung des Deals; sie fühlen sich von den Verkäufern (darunter war auch die Grawe) getäuscht. (...) Denn die Vorzugsaktien wurden dem Eigenkapital zugerechnet, obwohl sie mit Geld von der Hypo erworben worden sind. (ID 131; Der Standard, 7.5.2013)

Das Problem soll nun nach den Wahlen gelöst werden. Denn für die Bad Bank braucht es eine Gesetzesänderung. Das könne im Sommer nicht mehr umgesetzt werden, hieß es am Dienstag in Regierungskreisen. Experten vermuten aber, dass die Hypo ohne Bad Bank nicht nur bei der Bilanz für 2013, sondern auch schon bei der Erstellung der Halbjahresbilanz Probleme bekommen dürfte. (ID 132; Die Presse, 5.6.2013)

Schuld an dem Chaos sind die vielen Experten, die sich auf keine gemeinsame Strategie einigen können. (ID 133; Die Presse, 5.6.2013)

Für die Zukunft der Hypo gründete Ministerin Fekter eine Task Force. Diese besteht unter anderem aus Vertretern der Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht. Dabei muss sich die Aufsicht den Vorwurf gefallen lassen, in der Vergangenheit bei den Hypo-Geschäften nicht genau hingesehen zu haben. Der Hypo-Aufsichtsrat durfte an den Treffen der Task Force nicht teilnehmen. (ID 134; Die Presse, 5.6.2013)

Die Staatsanwaltschaft wirft den Ex-Chefs der BayernLB nicht nur den überkauften Kauf vor, sondern auch die schlampige Prüfung der Hypo und eine miserable Verhandlung der Übernahme. Dadurch seien Vermögenswerte der staatlichen Landesbank veruntreut worden. (ID 135; Kurier, 8.8.2013)

Eine Traumroute für Günstlinge der Hypo Alpe Adria, ein Albtraum dagegen für den Steuerzahler. Denn allein auf dieser 1800 Kilometer langen Strecke versenkten die Klagenfurter Glücksritter 1,8 Milliarden Euro - pro Kilometer eine Million. (ID 136; Kronen Zeitung, 28.8.2013)

In der Anklage, die dem Standard vorliegt, erhebt sie den Vorwurf, die Banker hätten die Hypo 2007 gemäß dem Motto „Augen zu und durch“ erworben. Bedenken der eigenen Berater seien nicht geteilt worden, der Preis sei entgegen der vorherigen Empfehlung der Berater mit 1,625 Milliarden Euro vereinbart worden. (ID 137; Der Standard, 5.11.2013)

Vor allem der früherer Hypo-Alpe-Adria-Chef Wolfgang Kulterer wird von Kircher belastet. Kulterer sei in der Causa der "Mastermind" gewesen. Über die geheimen Nebenvereinbarungen sei im Vorstand diskutiert worden. Doch man habe das nicht in die Vorstandsprotokolle aufgenommen. Das Ganze sei "eine Schwindelei" gewesen. Das Geständnis Kirchers hat weitreichende Folgen. (ID 138; Die Presse, 21.11.2013)

In den Jahren 2002 bis 2005 nahmen dann seine Gesellschaften 119,12 Millionen Euro bei der Hypo auf. Die damaligen Hypo-Manager sollen die Kreditvergaben in den Bank-Gremien durchgeboxt, diesen aber nötige Unterlagen zur Entscheidungsfindung vorenthalten haben. Die Rückzahlung der Kredite soll generell fraglich gewesen sein. (ID 139; Kurier, 21.11.2013)

„Die geschäftliche Gebarung ist ständig untersucht und die Mittelverwendung ist mit Originalrechnungen nachgewiesen worden“, kontert Wolfgang Moringner, Oblaks Verteidiger. Dass Oblak über seine Privatstiftung mehrere Millionen Euro nach Hongkong verschoben habe, wie Ex-Banker Wolfgang Kulterer bei den Ermittlern aussagte, sei "Blödsinn". (ID 140; Kurier, 21.11.2013)

Spindelegger wiederholte gestern, die Regierung wolle eine Hypo-Abwicklung unter Beteiligung der Privatbanken. "Entweder Sie streuen den Steuerzahlern Sand in die Augen oder Sie verstehen nichts von Unternehmertum", hielt Neos-Abgeordneter Rainer Hable Spindelegger entgegen. "Bankvorstände dürfen sich rein rechtlich gar nicht an dem Risiko und den Verlusten der Hypo beteiligen, wenn sie dafür nicht eine Gegenleistung vom Staat bekommen." (ID 141; Kurier, 30.1.2014)

Die FPÖ ihrerseits konterte mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss. Die Notverstaatlichung und alles, was seither schief gelaufen sei, müsse "restlos aufgeklärt werden". Dieser Ansicht sind alle vier Oppositionsparteien. Glawischnig an Spindelegger: "Sie können die Aufklärung verzögern. Aber Sie werden einem Untersuchungsausschuss nicht entgehen." (ID 142; Kurier, 30.1.2014)

Dem Vorwurf der Staatsanwaltschaft, die Ex-BayernLB-Chefs seien vom Aufsichtsrat mit den Worten "zu blöd, um eine Bank zu kaufen", gedemütigt worden und hätten die Hypo daher viel zu teuer und ohne Prüfung der Risiken gekauft, konterte Gribkowski: "Die Vorstände waren keine dummen Buben, die sich demütigen ließen, sondern erfahrene Banker. (ID 143; Kurier, 11.2.2014)

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft haben die Angeklagten den Kauf der Hypo ohne Rücksicht auf

Verluste durchgepeitscht und dafür auch den damaligen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider bestochen. In Summe setzte die Bayerische Landesbank mit der Hypo 3,7 Mrd. Euro in den Sand. 2009 wurde das Institut zum symbolischen Preis von einem Euro an den österreichischen Staat verkauft. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft hätten die Bayern 2007 die Hypo zu einem überhöhten Preis übernommen. (ID 144; Die Presse, 11.2.2014)

Der ehemalige BayernLB-Vorstand Rudolf Hanisch bestreitet, dass er sich der Untreue und der Bestechung schuldig gemacht habe. Man habe die Hypo vor dem Kauf genau unter die Lupe genommen. In Schieflage sei die Hypo durch die Finanzkrise nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers 2008 geraten. Die Vorstände seien keine dummen Buben gewesen, sondern erfahrene Banker, sagte Gribkowsky. (ID 145; Die Presse, 11.2.2014)

Konfrontiert mit dem Vorwurf, die Regierung habe sich in Sachen Hypo Alpe-Adria zu viel Zeit gelassen, erklärte SPÖ-Klubchef Andreas Schieder: Nein, diese Zeit sei "nicht verschenkt" gewesen. Stimmt. Verschenkt eh nicht. Denn wir zahlen dafür. Auch das Wort "Anstaltslösung" klingt im Zusammenhang mit dem politischen Management des Hypo-Desasters wie ein bitterer Gag. Im Internet kursieren bereits halb ernst gemeinte Aufrufe, man möge dem Finanzamt Hypo-anteilig einfach weniger Geld überweisen - und auf die Steuererklärung den Vermerk "Anstaltslösung" schreiben. Vielleicht wäre das überhaupt eine Lösung für alle, die Schulden haben: Man gründet seine persönliche Bad Bank und wird dort sein Minus los. (ID 146; Kurier, 15.2.2014)

Ragger kritisiert andere Parteien heftig als "Hypo-Schuldige", verschweigt aber, dass er selbst als FPÖ-Abgeordneter im Kärntner Landtag (seit 1999) für die politische Seite des Hypo-Skandals mitverantwortlich ist. Sitzt in der Landesregierung. (ID 147; Die Presse, 18.2.2014)

Unterdessen wird der jetzt als Raiffeisen-Topmanager tätige Ex-Minister für die Abwicklung der Notverstaatlichung freilich heftig kritisiert: Die Verstaatlichung sei überhastet geschehen, er habe sich vom damaligen Mehrheitseigentümer, BayernLB, über den Tisch ziehen lassen, die Lösung sei für Österreich unvorteilhaft. (ID 148; Die Presse, 18.2.2014)

Toughe Finanzministerin, die aber in Sachen Hypo-Skandal nicht gerade für ihre Problemlösungskompetenz in die Geschichte eingehen wird. In ihre Amtszeit fällt eine unglaubliche Verschleppung der Hypo-Lösung, die für die Steuerzahler ziemlich teuer werden dürfte. (ID 149; Die Presse, 18.2.2014)

Notenbank-Chef mit Krisenerfahrung: Er war in der heißesten Zeit Bawag-General. Er muss sich mit dem Vorwurf herumschlagen, dass seine Bankprüfer die Hypo-Krise "kleingeprüft" haben. (ID 150; Die Presse, 18.2.2014)

Die beiden SPÖ-Top-Politiker haben mit dem Hypo-Skandal direkt nichts zu tun, sind aber dafür mitverantwortlich, dass die Aufarbeitung der größten Bankenpleite seit vier Jahren nicht so recht weiterkommt. Faymann hat als Regierungschef zuletzt versucht, das Hypo-Desaster möglichst weit von sich zu schieben. (...) Spindelegger hat sich ins Finanzministerium gedrängt. Jetzt muss er die Suppe auslöffeln, die ihm andere eingebrockt haben. Was man ihm wie Faymann vorwerfen muss: Die Kommunikationsstrategie, die er in Sachen Bankenpleite bisher gefahren ist, war eine schlichte Katastrophe und hat ihm viel Negativimage eingebracht. (ID 151; Die Presse, 18.2.2014)

Man kann den Haltern der Anleihe natürlich keinen Vorwurf für ein gutes Geschäft machen. Aber die hierzulande jetzt öfter gehörte Ansicht, man müsse diese Anleihen jedenfalls zu 100 Prozent bedienen, weil die Investoren "in gutem Glauben" an die Wirksamkeit der Kärntner Landeshaftung gekauft hätten, ist so nicht aufrechtzuerhalten. In den (gesetzlich vorgeschriebenen) Emissionsprospekten sind die Risiken bis hin zur Insolvenz für jeden Investor klar aufgelistet. Und dort steht auch, wie die Landeshaftung im Fall einer Bankinsolvenz zu handhaben ist: Das Land zahlt nur jenen Betrag, der übrig bleibt, nachdem ein Gläubiger "alle Rechtsmittel gegen den Erstschuldner" geltend gemacht hat. Und damit fällt die Argumentation, eine Bankinsolvenz sei nicht möglich, weil dann sofort das Land Kärnten pleite wäre, in sich zusammen: Gläubiger müssten zuerst die Hypo durch alle Instanzen klagen und auf die Abwicklung des Insolvenzverfahrens warten. Erst dann wäre das Land verpflichtet, ihnen die Differenz zwischen der erhaltenen Insolvenzquote und dem tatsächlichen Anleihebetrag zu bezahlen. Kärnten wäre nicht sofort insolvent. Derartige Verfahren würden Jahre dauern - mit zweifelhaftem Ausgang. Kärnten hätte am Schluss zwar noch immer ein existenzielles Problem. Aber ein deutlich kleineres, als würden die Haftungen sofort in vollem Umfang schlagend. Vor allem aber: Zu einer Insolvenz müsste es gar nicht kommen, denn Anleihegläubiger würden in diesem Fall wohl versuchen, das Ganze mit einem Vergleich abzukürzen. (ID 152; Die Presse, 19.2.2014)

Aber wo gehen die 13 bis 19 Milliarden Euro hin, die die Steuerzahler bereitstellen? "Bankgeheimnis", sagen Bank und Finanzministerium. Außerdem werden die Anleihen an Börsen gehandelt, man wisse also nie so genau, wo die Stücke gerade sind. Das stimmt - aber nur zum Teil. Jene Anteile, die von Banken und Fondsgesellschaften in Anleihefonds genommen werden, werden im Bloomberg-Finanzinformationssystem penibel aufgelistet. Diese "gehören" zwar nicht den Banken, sondern den

Inhabern der Fondsanteile. Sie lassen aber gewisse Rückschlüsse auf Bankpräferenzen zu. Denn man will ja nicht annehmen, dass Banken ihren Kunden Anleihen ins Portfolio packen, die sie selbst für "Junk" halten. (ID 153; Die Presse, 19.2.2014)

"Spindelegger ist nicht Herr der Lage", unter seinen Augen spiele sich "Chaos" ab, sagte Vranitzky zum KURIER. (ID 154; Kurier, 24.2.2014)

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl nannte Kaiser in einer Aussendung "fachlich völlig unkundig". Grünen-Finanzsprecher Werner Kogler wirft dem Landeshauptmann vor, "auf die Steuerzahler zu vergessen". (ID 155; Kurier, 24.2.2014)

Jetzt schießt Lopatka zurück: "Sein Zuruf ist entbehrlich und kein Beitrag zur Lösung der Sache." Vranitzky sei ein Außenstehender, der nichts bewirken könne, erklärt Lopatka dem KURIER. Spindelegger suche eine Lösung, "um Gläubiger, Kärnten und Bayern an den Hypo-Kosten zu beteiligen und es nicht Steuerzahlern zu überlassen", betont der ÖVP-Klubchef. (ID 156; Kurier, 24.2.2014)

Liebscher kritisiert im Schreiben an den Finanzminister, das dem KURIER vorliegt, die Beteiligung der Anleihegläubiger an den Abbaukosten der Banken als "vielleicht politisch opportun". Die Beteiligung berücksichtige aber nicht "die Sensibilitäten der Finanzmärkte und lässt bei internationalen Investoren zunehmende Zweifel für den Finanzmarkt Österreich und dessen bisherige Reputation aufkommen. Werden doch damit Assoziationen mit den seinerzeitigen Vorgängen in Zypern geweckt" (in Zypern haben sich die Gläubiger an der Bankenrettung beteiligt, Anm.). (ID 157; Kurier, 24.2.2014)

Denn die Bayern behaupten seit Längerem, dass sie 2007 bei der Übernahme der Hypo getäuscht worden seien. (ID 158; Die Presse, 28.2.2014)

Für Ex-Justizminister Dieter Böhmdorfer, der in Klagenfurt als Anwalt an einigen Verhandlungen teilgenommen hat, ist das gestrige Urteil eine "skandalöse Fehlentscheidung". Es hätte ein Freispruch gefällt werden müssen. (ID 159; Die Presse, 28.2.2014)

Ausgerechnet beim Ministerrat am Tag nach der Absage der Banken nicht gemeinsam mit Spindelegger das Pressefoyer nach der Regierungssitzung zu bestreiten, wird als arger Patzer eingestuft. Zumal das die Möglichkeit geboten hätte, die Position der Regierung und der SPÖ darzustellen. Der Auftritt Tage später im Nationalrat sei viel zu spät gewesen, auch wenn Faymann ebenso wie Klubobmann Andreas Schieder stets auf die besondere Rolle von Kärntens blau-orangem Ex-Landeshauptmann Jörg Haider beim Hypo-Milliardenflop verwiesen habe. (ID 160; Die Presse, 14.3.2014)

Im Strafprozess gegen ehemalige Vorstände der BayernLB haben die Münchner Richter am Montag vergeblich auf den Ex-Chef der Hypo Alpe Adria, Tilo Berlin, gewartet. Sie gingen in der Früh davon aus, dass Berlin unentschuldigt als Zeuge fehlte, und übten harsche Kritik an dem Verhalten des Bankers. „Ich halte das für keinen guten Stil“, sagte der Vorsitzende Richter Joachim Eckert. (ID 161; Der Standard, 18.3.2014)

Berlins Anwälte schickten nach dieser Äußerung sofort ein Fax an das Münchner Landgericht, in dem sie den Vorwurf des unentschuldigten Fehlens zurückwiesen. Berlin habe sich vielmehr bereits im Dezember schriftlich entschuldigt. Der Richter bestätigte dies. (ID 162; Der Standard, 18.3.2014)

Die Staatsanwaltschaft nutzte die freigewordene Zeit am Montag für die weitere Befragung der angeklagten Ex-Vorstände der BayernLB. Sie müssen sich wegen Untreue verantworten, weil sie die Hypo im Jahr 2007 viel zu teuer gekauft haben sollen. Die Angeklagten bestreiten die Vorwürfe. Der Zukauf entpuppte sich als größter Fehler für die BayernLB und trieb sie fast in die Pleite. (ID 163; Der Standard, 18.3.2014)

Erst am Freitagmittag rangen sich die Manager durch und nannten den Kapitalbedarf der Bank. Warum konnten die Bank-Chefs die Zahlen nicht früher liefern? Können sie nicht rechnen?, kam umgehend der Vorwurf aus der Politik. (ID 164; Kurier, 22.3.2014)

In Wien wird zwar hartnäckig dementiert, dass es bereits politische Verhandlungen gibt. Auch ein kolportiertes Treffen zwischen Spindelegger und Bayerns Finanzminister Markus Söder auf dem Salzburger Flughafen habe nicht stattgefunden. (ID 165; Kurier, 28.3.2014)

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bezeichnete die "Kommission aus Freunderln" als "blanken Hohn" für das Parlament. (ID 166; Die Presse, 28.3.2014)

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl meint, Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) habe "durch die überhastete Anstaltslösung für die Hypo ein Szenario geschaffen, das es Insidern ermöglicht hat, Schrottanleihen zu vergolden". Er vermutet Insiderhandel, sieht "atypisches Verhalten an den Märkten". Im großen Stil seien Hypo-Anleihen gekauft worden, "obwohl es zu diesem Zeitpunkt höchstwahrscheinlich gewesen ist, dass diese Anleihen einen erheblichen Teil ihres Wertes einbüßen werden", so Kickl.

"Ausschließlich Insiderwissen um die bevorstehende Anstaltslösung" habe die Investoren zum Kauf bewegen können, glaubt der Freiheitliche, der dazu eine parlamentarische Anfrage an den Finanzminister einbringen wird. Denn die "Insiderinformation" müsse aus dem "Büro und/oder Umfeld des Finanzministers stammen". (ID 167; Die Presse, 29.3.2014)

Das Team Stronach verlangt ebenfalls umgehende Aufklärung. "Es darf nicht sein, dass sich Spekulanten noch einmal auf Kosten der Steuerzahler eine goldene Nase verdienen", sagte Klubobfrau Kathrin Nachbaur. Sollten tatsächlich Informationen aus dem Finanzministerium herausgegeben worden sein, "muss Spindelegger als Finanzminister politisch und rechtlich die Verantwortung für diesen Skandal übernehmen", so Nachbaur. Die Politikerin erklärte, dass sie schon vor drei Wochen vom Verdacht eines Insiderhandels rund um Hypo-Papiere gewarnt habe. "Dass nun die Finanzmarktaufsicht bereits aktiv ist, erhärtet den Verdacht. Wir brauchen in diesem sensiblen Fall rasch Aufklärung und Transparenz", so Nachbaur. (ID 168; Die Presse, 29.3.2014)

Wehren will man sich gegen den Vorwurf, dass ja alle Parteien im Landtag für die Haftungen von bis zu 24 Milliarden Euro gestimmt hätten: Diese seien niemals zur Abstimmung gelangt und auch lange Zeit gar nicht bekannt gegeben worden. Grundlage der Haftungen sei ein Gesetz aus dem Jahr 1990, das unter ganz anderen Voraussetzungen beschlossen worden sei. (ID 169; Die Presse; 5.6.2014)

Und auch der grüne Landesrat Rolf Holub, der schon zwei U-Ausschüsse zum Thema im Kärntner Landtag geleitet hat, plädiert für eine abermalige Untersuchung. Denn den Kärntnern seien dabei wesentliche Dokumente aus den Ministerien vorenthalten worden. (170; Die Presse, 5.4.2014)

Mit einem unterschweligen Vorwurf revanchierte sich der Finanzminister bei seiner Vorgängerin, die die marode Bank laut Eigenaussage lieber in Insolvenz geschickt hätte, statt selektiv die nachrangigen Gläubiger zur Kasse zu bitten. „Ich glaube, dass ich mich auch mittlerweile sehr gut auskenne“, sagt Spindelegger. „Nur habe ich es entschieden und nicht zweieinhalb Jahre Zeit verstreichen lassen“. (ID 171; Der Standard, 27.6.2014)

Ihre Kritik, dass nun Geld auf den Balkan „geschaufelt“ werde, kontert Spindelegger mit dem Hinweis, dass eine Insolvenz gerade in dieser Region eine Kapitalflucht aus österreichischen Banken auslösen hätte können: „Das wären unabsehbare Folgen gewesen“. (ID 172; Der Standard, 27.6.2014)

Der Prozess gegen zwei weitere Ex-Vorstände der Münchner Landesbank werde dagegen fortgeführt. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte Kemmer und fünf seiner früheren BayernLB-Kollegen, die Hypo Alpe Adria 2007 blindlings gekauft und dadurch Geld veruntreut zu haben. (ID 173; Der Standard, 22.8.2014)

Auch an einer anderen Front tauchen Probleme auf: Die Hilfen für die Landesbank, die zehn Milliarden Euro Kapitalzuschuss plus Rettungsschirm für faule Papiere erhielt, werden von der EU-Kommission auf Vereinbarkeit mit dem Beihilferecht geprüft. Brüssel hegt zudem Zweifel daran, dass die Hypo zurecht als gesund eingestuft wurde - die Voraussetzung für den Zuschuss der Republik von 900 Mio. Euro im Vorjahr. (ID 174; Der Standard, 25.11.2009)

Am Dienstag hieß es aus dem Finanzministerium, die EU-Kommission habe die Hilfe für die Hypo genehmigt. Das wurde im Büro von Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes dementiert: "Die Beurteilung des Falles läuft noch", erklärte eine Sprecherin dem Standard. (ID 175; Der Standard, 25.11.2009)

In Bayern plant die Opposition indes eine Strafanzeige gegen ehemalige Vorstände der BayernLB. Freie Wähler (FW) und SPD wollen gemeinsam Strafanzeige gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Günther Beckstein, den früheren Finanzminister Kurt Falthäuser, Ex-Wirtschaftsminister Erwin Huber und weitere Exmanager der Bank stellen. Hintergrund ist der Verdacht der Münchner Staatsanwaltschaft, dass die BayernLB die Hypo absichtlich zu teuer gekauft habe. (ID 176; Die Presse, 9.12.2009)

Die vielfach kolportierte Auffassung, wonach die Sparer in Kroatien, Serbien oder Bosnien im Fall einer Pleite der Hypo Alpe Adria um ihre Einlagen umfielen, entbehrt offenbar jeder Grundlage. Wie der Publizist Christian Ortner auf seinem Blog OrnterOnline schreibt, gibt es auch am Balkan eine Einlagensicherung, und zwar von je 50.000 Euro in Serbien und Kroatien sowie von 10.000 Euro in Bosnien. (ID 177; Der Standard, 18.12.2009)

Da somit die Sparer in der Region größtenteils abgesichert sind, stellt sich für Ortner die Frage, "welches tatsächliche Motiv" sich hinter der Hypo-Rettung verberge. (ID 178; Der Standard, 18.12.2009)

Der Finanzsprecher der Grünen, Werner Kogler, wartet gleich mit einer Antwort auf: Finanzminister Josef Pröll habe bei der Hypo-Rettung als verlängerter Arm der österreichischen Banken fungiert, meinte er vor Journalisten. Diese würden am meisten davon profitieren, und sollten - wenn es um die Verteilung der "Filetstücke" geht - zumindest einen ordentlichen Preis dafür zahlen. (ID 179; Der Standard, 18.12.2009)

Zuvor hatte bereits Daniel Gros, Direktor am Center for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel, Kritik an der Hypo-Rettung geäußert. Die Bank sei weder für Europa noch für Österreich von besonderer

Bedeutung. Nun habe sich Österreich aber ein Problem umgehängt, das den Staat noch lange beschäftigen werde, so Gros. Der Sumpf sei "sehr schwer trockenulegen", mit einer Insolvenz wäre das bereinigt gewesen. Die Bayerische Landesbank sei diese Sorgen los. (ID 180; Der Standard, 18.12.2009)

Zudem - so Grünen-Finanzsprecher Werner Kogler im Gespräch mit dem Standard - habe die Finanzmarktaufsicht mit Hypo-Chef Franz Pinkl schon zuvor das viel zitierte Asset Screening vereinbart, das dann neue Leichen im Keller zu Tage beförderte. Auch die Fimbag, die das staatliche Partizipationskapital verwaltet und zum Finanzministerium ressortiert, hätte über die Entwicklungen Bescheid wissen müssen. Für Kogler ergeben sich daraus zwei mögliche Interpretationen. "Entweder hat Pröll das Parlament wieder einmal beschwindelt, um das Debakel geheim zu halten. (ID 181; Der Standard, 24.12.2009)

Oder bei Bankenaufsicht und Finanzministerium weiß die eine Hand nicht, was die andere tut." Ein Sprecher Prölls beteuert, dass das Finanzministerium von den Entwicklungen keine Kenntnis gehabt habe. "Wir sind nicht die Finanzmarktaufsicht, die weisungsungebunden agiert, oder die Notenbank", heißt es. (ID 182; Der Standard, 24.12.2009)

Bereits in der Verfahrenseröffnung hatten die Wettbewerbshüter Zweifel daran geäußert, dass die Restrukturierungspläne ausreichten und die Eigentümer ihre Pflicht erfüllt hätten. (ID 183; Der Standard; 24.12.2009)

Als "kriminell" bezeichnet Kardinal Christoph Schönborn die Vorgänge, die zur Notverstaatlichung der Kärntner Bank Hypo Alpe Adria geführt haben. "Hier haben sich Politiker sowie in der Wirtschaft und im Bankwesen Tätige schamlos bedient. Das ist so verbrecherisch, wie leichtfertig Kriege anzuzetteln", kritisiert Schönborn in einem Interview in der Furche. (ID 184; Der Standard, 24.12.2009)

Kritik an der Bestellpraxis kommt von Werner Kogler, Finanzsprecher der Grünen. Seiner Ansicht nach darf der Aufsichtsrat nicht streng nach dem Proporz besetzt werden "sondern es muss in erster Linie unabhängige Fachleute geben, die an der Aufklärung des Skandals interessiert sind." (ID 185; Die Presse, 13.1.2010)

Dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber wird vorgeworfen, 2007 Druck auf Kroatien ausgeübt zu haben, die Hypo-Übernahme nicht zu blockieren. Stoiber drohte sogar, den EU-Beitritt Kroatiens zu blockieren. (ID 186; Die Presse, 13.1.2010)

Während das Finanzministerium betont, keinen Grund für Pinks Ablöse zu sehen, soll es im Hypo-Aufsichtsrat Zweifel an seinen Führungsqualitäten geben. (ID 187; Die Presse, 22.2.2010)

Die Entscheidung, den Vertrag des im Juni 2009 zum Hypo-Chef gekürten Pinkl nach nur zehn Monaten um rund zwei Mio. Euro aufzulösen, brachte Ditz nur durch, indem er von seinem Dirimierungsrecht Gebrauch machte. Scholten und Draxler hatten dagegen gestimmt, laut Ditz "auf politischen Druck hin. Die versuchte Einflussnahme der Politik, des roten Staatssekretariats und Kanzleramts ist Uralt-Politik, wie in den 50er-Jahren". (ID 188; Der Standard, 26.3.2010)

Die Kritik Faymanns, man werfe dem Ex-Vorstand auch noch Geld nach, weist Ditz zurück. "Ich bin dem Aktienrecht verpflichtet und nicht dem Bundeskanzler. Wenn er will, kann er ja in die nächste Hauptversammlung kommen." Der Hypo-Aufsichtsrat habe sich bei der Abfertigungsfrage vom Wiener Anwalt Georg Angermaier beraten lassen, der habe die Ansicht vertreten, dass "an einer Zahlung kein Weg vorbei" führe. (ID 189; Der Standard, 26.3.2010)

Insgesamt sei die SPÖ mit den Hypo-Beschlüssen von Mittwochabend nicht einverstanden, wenigstens habe man die Kosten drücken können. Zwar respektiere man vertragliche Rechte; doch Schieder wundert sich, dass man bei der Abfindung in den "letzten Wochen am obersten Level diskutiert hat. Das ist nicht nachvollziehbar." (ID 190; Der Standard, 26.3.2010)

Der Aufsicht wurde die Kapitalerhöhung (91 Mio. Euro) per Ende Juni 2006 als unter Dach und Fach mitgeteilt; die Eigenmittelerfordernisse wären so erfüllt gewesen. Dem war offenbar nicht ganz so, wie sich inzwischen herausgestellt hat. Die Vorzugsaktien verkauften sich nämlich nur zäh. Per Juli 2006 waren überhaupt erst drei Mio. Euro zugeflossen, bis November 2006 waren es 69 Mio. (ID 191; Der Standard, 5.6.2010)

Sie zogen damals zwar die Erfüllung der Sorgfaltspflichten in Zweifel, Folgen hatte das aber nicht. Drei Tage vor Fertigstellung des Vor-Ort-Prüfberichts hatten die Bayern den Kaufvertrag für die Kärntner Bank unterschrieben. (ID 192; Der Standard, 5.6.2010)

Zum einen kam der Gutachter zu dem Schluss, dass die BayernLB die Hypo gar nie hätte kaufen dürfen, weil dies dem öffentlichen Auftrag der Landesbank zuwider gelaufen sei. Zum anderen machte Lutter deutlich, dass der Kauf seiner Einschätzung nach übereilt und entgegen sonst üblicher Vorgehensweisen erfolgte. Die Bank sei als "Katze im Sack" gekauft worden - ohne abgeschlossene Risikoprüfung oder

ausreichend Garantien, also mit einem "ungewöhnlich hohen Risiko". Und der Kauf einer Bank sei ohnehin schon "ein besonders riskantes Geschäft" und müsse deshalb besonders kritisch geprüft werden. Er habe so etwas noch nie erlebt, sagte Lutter. (ID 193; Der Standard, 23.6.2010)

Bei der Aufarbeitung des BayernLB-Debakels mit der maroden Kärntner Hypo Group Alpe-Adria hat ein deutscher Sachverständiger den früheren Vorständen und Aufsichtsräten der Bayerischen Landesbank miserable Zeugnisse ausgestellt. Zum einen kommt der Bonner Wirtschaftsrechts-Professor Marcus Lutter zu dem Schluss, dass die BayernLB die Hypo Alpe-Adria nie hätte kaufen dürfen, weil dies dem öffentlichen Auftrag der Bank zuwidergelaufen sei. (ID 194; Kurier, 23.6.2010)

Laut der "Süddeutschen Zeitung" hat Gusenbauer im zweiten Halbjahr 2009 die schwer angeschlagene Hypo Alpe Adria beraten. Die Opposition ortet "schiefe Optik". Denn kurz vor dem Ausscheiden aus der Regierung Ende 2008 hatte Gusenbauer gemeinsam mit dem damaligen Finanzminister Wilhelm Molterer (ÖVP) ein 100 Mrd. schweres Bankenhilfspaket verabschiedet. Als erstes Institut nahm die Hypo Alpe Adria die Hilfgelder in Anspruch - noch im Dezember 2008 erhielt sie 900 Mio. Euro öffentliches Kapital. (ID 195; Die Presse, 29.7.2010)

Ein Investment, das Tilo Berlin und seiner Investorengruppe, darunter zahlreiche Mitglieder des österreichischen und deutschen Geldadels, binnen weniger Monate einen Profit von rund 150 Millionen Euro bescherte. Möglicherweise auf Kosten der Steuerzahler - vermutet zumindest die deutsche Justiz. Denn die Hypo Alpe-Adria, einst stolze Kärntner Landesbank, die via Tilo Berlin 2007 an die bayerische Landesbank (BayernLB) verkauft (siehe Chronologie) worden war, musste im Dezember 2009 von der Republik Österreich notverstaatlicht und dadurch ebenso wie das Bundesland Kärnten vor der Pleite gerettet werden. (ID 196; Kurier, 9.8.2010)

Recherche-Ergebnisse des Standard, wonach Kranebitter den Bankvorstand unter Wolfgang Kulterer rund ums Jahr 2005 anlässlich des damals noch geplanten Börsenganges zu Unternehmen-Umstrukturierungen beraten habe, "stimmen sicher nicht", so der Banker. Als Berater sei er erstmals vor der Notverstaatlichung der Kärntner aufgetreten, damals hatte ihn ja wie berichtet Bankchef Franz Pinkl an Bord geholt. (ID 197; Der Standard, 10.8.2010)

Lanker bestätigte diese Darstellung: "Ich habe der Hypo Alpe Adria im Dezember den Namen des Kunden bekannt gegeben." Er legt allerdings Wert auf die Darstellung, dass weder er noch sein Mandant damit das Bankgeheimnis gebrochen haben. Die von Finanzminister Josef Pröll eingesetzte CSI Hypo hegt allerdings Zweifel. "Wir werden weiterhin mit Nachdruck Nachforschungen in alle Richtungen anstellen", sagte der Chef der CSI Hypo, Wolfgang Peschorn, zur "Presse". Peschorn bleibt dabei, dass Kulterer der Aufforderung, den Namen des Empfängers der Liechtenstein-Millionen bekannt zu geben, nicht nachgekommen sei. (ID 198; Die Presse, 10.1.2011)

Anders als von der Staatsanwaltschaft behauptet, war Detektiv Guggenbichler zum Zeitpunkt der Kreditvergabe sehr wohl kreditwürdig. Die Staatsanwaltschaft hatte sich hier auf Ermittlungsergebnisse der "Soko Hypo" berufen. Doch diese seien "inhaltlich offenbar unrichtig", stellte der Richter fest. So lieferte die "Soko Hypo" eine umfangreiche Aufstellung über die Exekutionstitel, die gegen Guggenbichler zum Zeitpunkt der Kreditvergabe bestanden haben sollen. Der Richter hegte Zweifel und sah selbst im Exekutionsregister nach. Er kam zu einem völlig anderen Ergebnis. Auch beim Kredit an die Fluglinie Styrian Spirit ist die Sache längst nicht so eindeutig, wie lange Zeit behauptet wurde. (ID 199; Die Presse, 22.3.2011)

Laut Striedinger soll Held wichtige Beweismittel und Informationen, die ihm vorgelegen seien, nicht in die Sachverhaltsdarstellungen aufgenommen haben. Held bestreitet dies und versichert, stets korrekt gearbeitet zu haben. (ID 200; Die Presse, 22.3.2011)

Kulterer und Striedinger fordern, dass die Justiz endlich auch die Zeit nach 2007 unter die Lupe nimmt, als die Bayerische Landesbank das Ruder übernahm. Kulterer und Striedinger waren zu diesem Zeitpunkt längst ausgeschieden. "Wer die Bilanzen und die Entwicklungen genau analysiert, sieht deutlich, dass der echte Skandal in der Zeit der BayernLB passiert ist", so Kulterer. (ID 201; Die Presse, 22.3.2011)

Beides ging nicht auf. Die drei Verteidiger gestalteten ihre Plädoyers zu einer Abrechnung mit Staatsanwaltschaft und CSI Hypo (die von Guido Held geleitet wird). "Sie haben nichts zur Entlastung des Angeklagten Kulterer beigetragen, wie es die Strafprozessordnung vorsieht", sagte etwa Kulterer-Anwalt Ferdinand Lanker. "Sie sind der selbst ernannten CSI Hypo aufgesessen, die sich zum Möchtegern-Staatsanwalt aufgeschwungen hat." (ID 202; Kurier, 30.3.2011)

Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt hat so ihre Zweifel, ob das Geld auch tatsächlich dem Racealliance Motorsport-Team zugute kam und hat daher eine Untersuchung eingeleitet. Auch die wirtschaftliche Angemessenheit der Höhe der Sponsorgelder ist für die Ermittler fraglich. (ID 203; Kurier, 26.4.2011)

Die EU-Kommission hat bereits öfter Zweifel am Sanierungsplan der Hypo geäußert. Neben zu optimistischen Annahmen hält sie auch die Beiträge der Alteigentümer, allen voran der Bayerischen

Landesbank, für unzureichend. (ID 204; Kurier, 3.9.2011)

In den Augen von Hypo-Aufsichtsratschef Johannes Ditz hat die Aufsicht einen "sehr, sehr strengen Maßstab" an die Bank angelegt. Ihre Annahmen seien "zu pessimistisch". Nolens volens werden die Banker nun aber ihre Strategie "modifizieren" (Ditz) und die Privatisierungen in den kommenden eineinhalb Jahren beschleunigen, so Ditz. Geld vom Steuerzahler brauche die Hypo nicht. "Wir haben nicht vor, zum Staat um zusätzliche Zuschüsse zu pilgern", und neue Haftungsübernahmen seien "nicht aktuell". (...) Ditz' Plan: "Wir setzen alles daran, in den nächsten eineinhalb Jahren aus eigener Kraft in die absolute Krisensicherheit hineinzuschumpfen." Dass die Aufsicht den zusätzlichen Kapitalpolster aber bereits Ende März 2012 sehen möchte, irritiert den Aufsichtsratschef nicht. Ditz geht offenbar von einem gewissen Entgegenkommen der Aufsicht aus: "Wir werden unsere Businesspläne darlegen, und dann wird klar sein, dass es einen Übergangszeitraum geben muss." (ID 205; Kurier, 3.9.2011)

Im Klartext: Die Ermittler zweifeln daran, dass der goldene Mitschnitt der Investoren dem feinen finanziellen Näschen des Tilo Berlin zu verdanken war. Sie vermuten hinter dem Gewinn vielmehr (aktienrechtlich straflose) Insiderinformationen über den beabsichtigten Einstieg der BayernLB. (ID 206; Kurier, 13.9.2011)

Der Steuerberater hatte für die Beratung des Landes Kärnten beim Verkauf der Hypo Alpe Adria an die BayernLB sechs Millionen Euro Honorar bekommen. Das sei um 30-mal zu viel, konstatierte laut Standard-Informationen Gerichtsgutachter Frank Schäfer. Die Leistung sei nicht mit der eines Investmentbankers vergleichbar, "ein Honoraranspruch wäre bis zu 200.000 Euro angemessen gewesen". (ID 207; Der Standard, 24.9.2011)

Das BZÖ stellte am Freitag außerdem die Behauptung auf, dass frühere Hypo-Manager bei Ex-Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) interveniert haben sollen, damit die Justiz die Ermittlungen wegen Bilanzfälschung nicht mehr weiter verfolgt. (ID 208; Die Presse, 15.10.2011)

"Und selbst wenn die Klage zulässig ist, gibt es noch die Verjährung zu klären", verlangt Anwalt Wess. Denn die Kapitalerhöhung wurde 2004 durchgeführt. Trotzdem brachte die Bank erst im vergangenen Sommer die Klagsschrift ein. Damit ist die dreijährige Verjährungsfrist längst abgelaufen. "Wenn die Hypo der Ansicht ist, dass die Kapitalerhöhung nicht zulässig war, warum hat sie dann so lange mit der Klage zugewartet", fragten sich die Anwälte der Gegenseite. (ID 209; Die Presse, 1.2.2012)

Nach der gestrigen Bemerkung, dass es auch bei der Klage wegen der Vorzugsaktien "Bedenken" gibt, wachsen die Zweifel an der Tätigkeit der "CSI Hypo". Kurz nach der Verstaatlichung der Hypo setzte die Regierung Ende 2009 nach dem Vorbild von TV-Krimiserien zwei Ermittlertruppen ein: Die damalige Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) initiierte die "Soko Hypo", Ex-Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) gründete die 100 Mann starke "CSI Hypo". Aber statt zu kooperieren, standen sich beide Organisationen zunächst im Weg. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist nicht billig. Allein die CSI Hypo kostete bislang 18,4 Mio. Euro. Dafür muss der Staat aufkommen. (ID 210; Die Presse, 1.2.2012)

Politiker fordern gern die "Kontrolle über die Märkte" zurück, mit dem Ansinnen, damit alle Krisen sofort zu beenden. Sieht man sich den Zustand des Untersuchungsausschusses zum Fall Hypo Alpe Adria im Kärntner Landtag an, wachsen die Zweifel, ob die Volksvertreter ihre Macht tatsächlich weise zu nutzen wissen. Nach zwei Jahren droht der Untersuchungsausschuss in Klagenfurt komplett im Chaos zu versinken. Die Parteien können sich nicht auf einen Abschlussbericht einigen. (ID 211; Die Presse, 8.2.2012)

Martinz hat juristische Schritte gegen den Ausschussvorsitzenden, den Grün-Mandatar Rolf Holub, angekündigt. Dessen Behauptung, Martinz sei für das Debakel verantwortlich, sei eine "öffentlich geäußerte Lüge". Holub will das so auch nicht gesagt haben und sieht der Klage gelassen entgegen. (ID 212; Die Presse, 8.2.2012)

Nach Ansicht der Hypo-Juristen hätte das Institut 2007 eigentlich einen Verlust ausweisen müssen. Um trotzdem auf ein positives Geschäftsergebnis zu kommen, sollen nicht nur Rücklagen aufgelöst, sondern auch zweifelhafte Beteiligungsverkäufe getätigt worden sein. (ID 213; Die Presse, 24.2.2012)

Die KLH-Chefs wurden verurteilt weil sie Birnbacher einen Betrag von 5,7 Millionen Euro rechtsgrundlos überweisen hatten. Sie hätten die Leistungen Birnbachers überhaupt nicht gebraucht. Die sechs Gutachten, die die KLH-Vorstände bestellten, hätten nur dazu gedient die Untreuehandlung zu verschleiern. (ID 214; Der Standard, 2.10.2012)

Inzwischen wollen ausgerechnet die FPÖ und der BZÖ-Abgeordneter Stefan Petzner aus der Sache politisches Kleingeld schlagen. Die Notverstaatlichung sei nicht notwendig gewesen, wird Pröll nachgeworfen. Seltsame Argumentation, denn ausschlaggebend für die Feuerlösch-Aktion waren die fast 20 Milliarden hohen Haftungen Kärntens für die Bank. (ID 215; Kurier, 14.10.2012)

Das Profil veröffentlicht in seiner Montag-Ausgabe die wichtigsten Passagen aus dem Rüffel-Brief, der in englischer Sprache abgefasst wurde. Darin heißt es wörtlich: "Die Summe der bereits erhaltenen und nun gewünschten weiteren Kapitalmaßnahmen machen aus der Hypo Alpe-Adria eine der meistsubventionierten Banken in der Europäischen Union." In strengem Ton geht es weiter: "Ich muss auch daran erinnern, dass dies einer der längsten Fälle ist, mit denen wir uns seit Ausbruch der Finanzkrise auseinandersetzen müssen. Die Re-Strukturierungsanstrengungen waren nicht entschlossen genug, dauern vier Jahre nach Genehmigung der ersten Unterstützung immer noch an." Schließlich kommt Almunia auf die Verzerrung des Wettbewerbs innerhalb der Bankenwelt in der EU zu sprechen: "Die Bank verzerrt den Wettbewerb und hat keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, um ihre Probleme zu lösen." (ID 216; Kurier, 5.5.2013)

Die Restrukturierungsanstrengungen seien nicht entschlossen genug und dauerten vier Jahre nach Genehmigung der ersten Unterstützung immer noch an. Dennoch verlange Österreich in seinem jüngsten Restrukturierungsplan weitere fünf Jahre Zeit. Die laufende eingehende Prüfung hat ergeben, dass die Bank in Folge fundamentaler Defizite im Kredit- und Risikomanagement weiterhin riskante, unprofitable Geschäfte tätigt. (...) Almunia bekräftigt seine Vorstellungen: Verkauf der operativen Teile bis Ende 2013 oder die Schließung der Bank, um die „sehr unglückliche Geschichte dieser Bank“ zu beenden. (ID 217; Der Standard, 6.5.2013)

Pecina, bzw. die ihm zuzurechnenden Privatstiftungen Annagasse und Collegia, hatten auch Hypo-Vorzugsaktien gezeichnet. Das hat den Investmentbanker in jenes Strafverfahren in Kärnten verwickelt, in dem es um den Vorwurf der Beihilfe zur Untreue bzw. Bilanzfälschung geht. Denn die Vorzugsaktien wurden dem Eigenkapital zugerechnet, obwohl sie mit Geld von der Hypo erworben worden sind. (ID 218; Der Standard, 7.5.2013)

Weil diese teilweise Superzinsen von 6,25% sowie eine Rückkaufgarantie erhielten, wurde das Geld Jahre später aber nicht als Eigenmittel anerkannt, die Republik musste Kapital nachschießen. Kulterer wurde dafür verurteilt - obwohl FMA und Nationalbank an dieser Konstruktion in den fraglichen Jahren nichts auszusetzen hatten. (ID 219; Kronen Zeitung, 2.11.2013)

Laut Cernko sei man grundsätzlich bereit, an der Hypo-Lösung mitzuwirken. Denn einige Banken seien im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise auch "Brandbeschleuniger" gewesen. (ID 221; Die Presse, 22.11.2013)

Nach dem Geständnis von Ex-Hypo-Leasing-Chef Josef Kircher, dass allen Hypo-Vorständen die Problematik der geheimen Nebenabsprachen (Put-Optionen) mit den Vorzugsaktionären bewusst gewesen sei, hat Kulterer Erklärungsbedarf. (ID 222; Kurier, 26.11.2013)

"Das hat sich alles im Bereich Kirchers abgespielt", sagt Chini. "Wie kann er jetzt behaupten, dass es Zweifel an der Konstruktion gab. Niemand hätte Kircher damals zu der Emission der Aktien zwingen können. (ID 223; Kurier, 26.11.2013)

Wie berichtet, hatte die Hypo Alpe Adria wegen aufgetretener Eigenmittelunterdeckung Vorzugsaktien an eine Reihe von Investoren ausgegeben und diesen gleichzeitig per Put-Option die Rücknahme zugesichert. Die Hypo war damit ihre Eigenmittelsorgen vorerst los - und eine Reihe von Wörthersee-Promis und Industriellen (darunter auch die Flick-Stiftung) durfte sich nicht zuletzt wegen einer vereinbarten Sonderdividende (von der Kulterer sagt, sie sei nicht seine Idee gewesen, er habe bei deren Beschluss in der Bank gar nichts mehr mitzureden gehabt) über ein sattes, praktisch risikoloses Geschäft freuen. Staatsanwaltschaft und der vom Gericht beauftragte Gutachter sind der Meinung, dass die Vorzugsaktien wegen der Rückgabemöglichkeit nicht den Eigenmitteln der Konzernmutter hätten zugerechnet werden dürfen. (ID 224; Die Presse, 27.11.2014)

Durch die falsche Verbuchung als Eigenmittel sei die Bilanz nicht korrekt, der Bank sei zudem, darauf fußt der Untreuevorwurf, ein Schaden in Millionenhöhe entstanden. Das scheint freilich nicht so klar zu sein: Mehrere von Kulterer beziehungsweise dessen Verteidiger Dieter Böhmdorfer beauftragte (vom Gericht aber nicht zugelassene) Privatgutachter kommen nämlich zu ziemlich gegensätzlichen Schlüssen. Der Wiener WU-Professor Leo Chini beispielsweise, der als Spezialist für das Bankwesengesetz (BWG) gilt, widerspricht der Linie der Anklage diametral: Bei der Eigenmittelfähigkeit der Vorzugsaktien komme es nicht darauf an, ob diese aufkündbar seien, sondern ob sie in den Händen Dritter seien (die im Falle der Insolvenz das volle Risiko tragen). Das sei der Fall gewesen. (...) Privatgutachter Chini zweifelt den Schaden im Übrigen an: Durch die Zurechnung der Vorzugsaktien zu den Eigenmitteln habe die Hypo nämlich mehr Kredite vergeben können, als dies sonst der Fall gewesen wäre - wodurch kein Schaden, sondern ein Gewinn von 33 Mio. Euro entstanden sei. (ID 225; Die Presse, 27.11.2013)

Die Hypo war nicht auf Kurs zu bringen und die Politik (vor allem Maria Fekter) sperrte sich gegen die Übertragung der Altlasten in eine staatliche Bad Bank, weil dadurch die Schulden der Republik in die Höhe schnellen. Erst jetzt, mehr als vier Jahre nach der Notverstaatlichung, soll dieser Schritt gesetzt werden. Doch das kommt zu spät. Längst hat die EU verordnet, dass die Bank und ihre noch profitablen Teile bis 2015 verkauft sein müssen. Die "Good Bank" hört also Ende nächsten Jahres zu existieren auf. Übrig

bleibt nur die Bad Bank, eine Art Mülldeponie für die kaum verwertbaren Altlasten. Und sie bleibt dem Steuerzahler 10, 20, 30 Jahre erhalten. Sagen kann das heute niemand. (ID 226; Kurier, 16.2.2014)

Eine Mitschuld trägt auch die Bundesregierung - ab 2000 unter VP-Kanzler Wolfgang Schüssel -, die vor dem explosionsartigen Anstieg der Haftungen die Augen verschloss. Die eigentlich aktiven Spieler waren die Vorstände um den mittlerweile verurteilten Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer. Risiken wurden geflissentlich übergangen, der Glaube an eine goldene Zukunft am Balkan, die der Hypo saftige Gewinne einbringen wird, war unwidersprochener Antrieb der Bank. (ID 227; Kurier, 16.2.2014)

Anstatt als neuer Hypo-Eigentümer eine klare Linie zum Abbau der Bank vorzugeben, ließ die Regierung den Vorstand im Regen stehen. Gottwald Kranebitter sollte die Bank sanieren, gleichzeitig warf ihm die Politik Prügel vor die Füße, indem sie die Bank als "von krimineller Energie durchsetzt", bezeichnete. Daher brach immer mehr Geschäft der Hypo weg, übrig blieb ein Berg fauler Kredite. Kranebitter zog sich im Vorjahr entnervt zurück, auch Hypo-Aufsichtsratschef Johannes Ditz schmiss alles hin. Finanzministerin Fekter wehrte sich gegen die Bad Bank, die ihr Nachfolger jetzt umsetzt. Die Verzögerung kostet den Steuerzahler zumindest eine Milliarde Euro. (ID 228; Kurier, 16.2.2014)

Der verstorbene Kärntner Landeshauptmann fuhrwerkte mit der Landesbank wie mit Privateigentum. Seine Regierung gewährte Haftungen, die das Landesbudget um das Zehnfache überstiegen. Restösterreich darf das ausbaden Finanzminister Michael Spindelegger hoffte bis zuletzt auf die Hilfe der Großbanken bei der Hypo-Abwicklung. Nun müssen Republik und Steuerzahler erhalten. (ID 229; Kurier, 16.2.2014)

Wie kam es zustande, dass im Jahr 2008 die Bank 900 Millionen Euro Partizipationskapital vom Staat erhielt? Interne Mails aus der Nationalbank, die der "Presse" vorliegen, zeigen nämlich, dass der zuständige Mitarbeiter in der dortigen Bankenaufsicht der Meinung war, die Hypo sei keineswegs als gesund einzustufen - was zur Folge gehabt hätte, dass es auch kein staatliches Eigenkapital hätte geben dürfen. Damit hätte sich Österreich den teuren mehrjährigen Umweg bis zur Abwicklung der Bank ersparen können. (ID 230; Die Presse, 19.2.2014)

Der grüne Abgeordnete Werner Kogler, der die E-Mails offengelegt hat, vermutet Druck aus dem Finanzministerium: Der damalige Minister Josef Pröll habe die Hypo unbedingt retten wollen und den gerade erst neu installierten Nationalbank-Präsidenten Ewald Nowotny zu einer positiven Stellungnahme genötigt. Eine Darstellung, die die Nationalbank zurückweist. Dort heißt es, es habe bei der Hypo Alpe Adria zu diesem Zeitpunkt durchaus Bedenken wegen der Eigenkapitalsituation gegeben, der Zustand sei "nicht sound, aber auch nicht distressed" gewesen. Es habe jedoch die Zusage des damaligen Mehrheitseigentümers BayernLB gegeben, 700 Mio. Euro Eigenkapital in die Bank einzuschließen. Diese Zusage sei der Grund gewesen, wieso die Notenbank die Hypo Alpe Adria 2008 als "not distressed" klassifiziert habe. (ID 231; Die Presse, 19.2.2014)

Die landläufige Meinung, vor allem Spekulanten und Hedge Fonds hätten die landesgarantierten Hypo-Anleihen gekauft, ist übrigens weit weg von der Realität. Die Bonds liegen fast ausschließlich in den Anleihenfonds großer österreichischer, deutscher und Schweizer Banken. "Diese Anleihen gelten als mündelsicher und sind damit die konservativste und sicherste Veranlagung, die es außer dem Sparbuch gibt", betont Fagner. (ID 232; Kurier, 20.2.2014)

Auch seine bereits öffentlich genannte Kritik an der „Doppelstrategie“ des Finanzministers bekräftigt der frühere Hypo-Aufsichtsratspräsident. Einerseits eine Anstaltslösung für die Kärntner Bank zu beschließen und andererseits die Insolvenzvariante nicht auszuschließen „damit könne er sich nicht identifizieren“, so Liebscher an seinen Dutzfreund. (ID 233; Der Standard, 24.2.2014)

Liebscher wird in seinem Brief ganz deutlich: "Die neuerdings seit einigen Tagen, ebenfalls öffentliche Diskussion eine Beteiligung der Anleihegläubiger der Bank an den künftigen Abbaukosten, mag vielleicht politisch opportun sein, berücksichtigt aber keineswegs die Sensibilitäten der Finanzmärkte und lässt bei internationalen Investoren zunehmende Zweifel für den Finanzmarkt Österreich und dessen bisherige Reputation aufkommen." (ID 234; Kronen Zeitung, 24.2.2014)

Die SPÖ sieht das offenbar anders. Klubobmann Andreas Schieder forderte am Wochenende eine härtere Gangart gegenüber den Bayern: "Wer eine Bank so in den Dreck fährt wie die Bayern die Hypo Alpe Adria, der muss auch die Folgen dafür tragen." (ID 235; Die Presse, 24.2.2014)

Der zurückgetretene Chef des Hypo-Aufsichtsrates und der Hypo-Task-Force hat in seinem Demissionsschreiben schwere Kritik am Regierungskurs zur Hypo geübt. Die Insolvenz-Diskussion schädigt seiner Ansicht nach die staatliche Problembank zusätzlich. Und durch neuerdings gewälzte Pläne, Anleihegläubiger zur Kassa bitten zu wollen, fühlt er sich an Zypern erinnert. (ID 236; Die Presse, 24.2.2014)

Werner Kogler von den Grünen meint, dass nun die für den Steuerzahler teuerste Lösung gewählt werde. Das werde der rote Gerechtigkeitskämpfer?, Bundeskanzler Werner Faymann, noch zu erklären haben.

(ID 237; Der Standard, 10.3.2014)

Kircher sagte: "Als Tilo Berlin seine Vorstandsfunktion übernahm, war er in Kenntnis der eigenmittelschädlichen Rückkaufgarantie der Vorzugsaktien." Der Anwalt von Tilo Berlin versuchte daraufhin, die Glaubwürdigkeit von Kircher in Zweifel zu ziehen. (ID 238; Die Presse, 9.4.2014)

Können wirklich alle vier Mitglieder unbefangen über die Causa Hypo urteilen? Die Berufsvorgangeneit des deutschen Finanzexperten Ernst Wilhelm Contzen lassen zumindest Zweifel aufkommen, behauptet der grüne Finanzsprecher Werner Kogler. „In der beruflichen Vita Contzens tun sich fragliche Details auf, die eine Verbindung zum Untersuchungsgegenstand Hypo Alpe Adria nahelegen“, sagt Kogler im Gespräch mit dem Standard. (...) Das Kommissionsmitglied Contzen habe also in seiner beruflichen Vergangenheit ?mit Hypo-Anleihen Geschäfte gemacht oder diese zumindest überprüft?, sagt Kogler. „Wie unabhängig kann da Herr Contzen sein? Er steht eindeutig auf der anderen Seite, jener der Anleger, das ist eine klare Befangenheit. Er hatte in seiner Bankfunktion das eindeutige Interesse, dass die Hypoanleihen werthaltig ausbezahlt werden. Er kann also kein Interesse an einem Schuldenschnitt haben“, argumentiert der Grüne. Daher könne Contzen nicht unbefangen über die Causa Hypo befinden. (ID 239; Der Standard, 12.4.2014)

Dass der Notenbankgouverneur die Sache in der Öffentlichkeit zu positiv dargestellt hat, sieht ein OeNB-Sprecher nicht. Nowotny habe sehr wohl auch die Gefahren des Haircut adressiert. (ID 240; Der Standard, 21.6.2014)

Finanzminister Georg Fahrenschon sagte der Financial Times Deutschland , "wir werden die Hypo nicht weiter finanziell stützen". Was wiederum der österreichischen Regierung sauer aufstößt: "Bayern ist nicht das Armenhaus Europas", erklärte Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Er forderte die Eigentümer auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. (ID 241; Der Standard, 5.12.2009)

Und mag die Landesbank noch so leer sein, ein bisschen was geht immer noch: Nach dem nächtlichen Gefeiße um die Hypo-Rettung zeigte sich Gerhard Dörfler auch in Wien spendabel wie eh und je. Der Kärntner Landeshauptmann steckte den verdutzten Mitarbeitern in Prölls Finanzministerium, die das Verhandlungsteam mit Wasser und Kaffee versorgt hatten, noch schnell 50 Euro zu. (...) Martialische Wortwahl und Spendierfreude - beides hat Dörfler von seinem politischen Ziehvater Jörg Haider gelernt. (...) Bei alledem haben die anderen Parteien im Kärntner Landtag meist bereitwillig mitgespielt. ÖVP-Landesrat Josef Martinz hat als Vorsitzender des Aufsichtsrats in der Kärnten Holding Beteiligungs-AG die großen Deals abgenickt. (ID 242; Die Presse, 15.12.2009)

Die SPÖ-Fraktion im Landtag begehrte erst beim Hypo-Verkauf auf, was ihr vom damaligen Haider-Vize Dörfler den Ruffel einhandelte, die SPÖ solle "Wirtschaftsthemen jenen überlassen, die das können". (ID 243; Die Presse, 15.12.2009)

SP-Klubchef Karl Frais sieht es als "Bankrotterklärung des ‚Mehr privat, weniger Staat-Systems“, dass "eine Bank zu Kreuze gekrochen ist, um verstaatlicht werden zu dürfen", und erklärt das "Goldeselprinzip", nach dem der Kärntner LH Gerhard Dörfler auch noch Geldgeschenke verteilt hat, zur "politischen Dekadenz in Reinkultur". "Unverschämt" nennt es auch Pühringer, der sonst nie über Landeshauptleute-Kollegen herzieht. Dörflers Agieren "wie der Nikolaus" sei aber "eine Provokation für alle anderen Länder". (ID 244; Kronen Zeitung, 16.12.2009)

Ähnlich dazu Oberösterreichs Landeschef Josef Pühringer (ÖVP): "Ich beschäftige mich mit dem Vorschlag nicht, weil Oberösterreich ganz sicher nicht zu einem Pleiteland wird. Was in Kärnten gemacht wurde, ist eine Unwahrscheinlichkeit der Sonderklasse. Trotzdem wünsche ich mir nicht, dass der Bund eine Oberlehrerfunktion ausübt. Meines Erachtens braucht es gesetzliche Festlegungen für Haftungen, die in Relation zur Finanzkraft und zum Budget der jeweiligen Gebietskörperschaften stehen. (ID 245; Der Standard, 16.12.2009)

ÖVP-Chef und Landesholding-Präsident Martinz erinnert die SPÖ daran, dass es die orange-rote Koalition war, die von 2005 bis 2007 die Hypo-Haftungen des Landes von 8 auf 18 Mrd. Euro explodieren ließ. Auch sei es dieselbe Koalition gewesen, die mit der Wandelanleihe 2005 den ersten direkten politischen Griff in die Hypo Alpe Adria getätigt habe. (ID 246; Der Standard, 17.12.2009)

Die SPÖ fühlt sich aus heutiger Sicht über die damalige Situation der Bank "getäuscht". Das BZÖ sieht überall nur "Kärnten-Feinde". (ID 247; Der Standard, 17.12.2009)

Nachgegangen wird dabei auch der Vermutung, dass es zwischen dem Skandal bei der am Montag notverstaatlichten Kärntner Hypo und dem Anleger-Debakel rund um Immofinanz/Constata Privatbank eine Querverbindung gebe. (ID 248; Kurier, 17.12.2009)

Trotz dieses Debakels und des Versuchs, die seinerzeitige Landesbank Hypo Alpe Adria vor der Pleite zu retten, verhalten sich Kärntner Landespolitiker so, als ginge sie dies alles nichts an. Ganz im Gegenteil: am Vorabend der Krisensitzung im Finanzministerium werden medienwirksam vom Landeshauptmann und

seinen Getreuen Schecks an die Bevölkerung verteilt. (ID 249; Die Presse, 17.12.2009)

Auch Jörg Haider sagte aus, ebenso wie ÖVP-Obmann Josef Martinz. Die Ergebnisse waren jedoch dünn, außerdem konnten sich die Parteien nicht auf einen gemeinsamen Schlussbericht einigen. So gab es am Ende zwar jede Menge Papier, aber kaum Erkenntnisse. (ID 250; Der Standard, 18.12.2009)

Zu heftigen Wortgefechten kam es auch in der Aktuellen Stunde des Landtages zur Notverstaatlichung der Bank. Der seit gestern zu den blauen Orangen gehörende Klubobmann Kurt Scheuch blieb jedenfalls bei der Linie seiner Partei, sie habe in den Verhandlungen am vergangenen Wochenende die Rettung der Bank erreicht und ein für Kärnten gutes Ergebnis erzielt. Die Kritik der Sozialdemokraten qualifizierte Scheuch als "Schwachsinn" ab. (ID 251; Der Standard, 18.12.2009)

Die Rolle der Kärntner Landespolitik im Hypo-Debakel ist eingehend beleuchtet worden. Doch was ist mit den früheren Bankvorständen? Nichts, derweil. Sie verdienen gutes Geld als Investmentbanker. (...) Kulterer ist also schwer beschäftigt, und wahrscheinlich hat er sich deswegen zu den dramatischen Ereignissen bei seinem "Baby", der Hypo Alpe Adria, nur einmal geäußert. Das war diese Woche in einem ORF-Interview. Und da meinte er bloß, es sei eh klar, dass ihn an dem Debakel keine persönliche Schuld treffe. Außerdem: "Bankgeschäfte sind immer Risikogeschäfte." Auf Risiko hat Wolfgang Kulterer in seiner Ära als Bankchef tatsächlich immer voll gesetzt. (ID 252; Die Presse, 19.12.2009)

Aber jetzt soll ohnehin die neue "Soko Hypo" die Fastpleite der Landesbank unter die Lupe nehmen. Spät genug. Aber immerhin. Und da wird wohl nicht nur die unrühmliche Rolle, die die Kärntner Landespolitik im Hypo-Skandal gespielt hat, in Augenschein genommen werden. Sondern auch die des früheren Hypo-Managements - für das natürlich die Unschuldsvermutung gilt. (ID 253; Die Presse 19.12.2009)

Rund eine Milliarde Euro schießt der österreichische Staat zum Debakel der Hypo- Alpe-Adria-Bank zu, damit diese nicht den Bach hinuntergeht und andere Institute in mehreren Ländern mit sich reißt. Der österreichische Staat, das sind wir, die Steuerzahler, die diese Milliarde blechen müssen. Kärnten zahlt auch etwas zur Rettung der Bank dazu, aber viel weniger als die anderen Bundesländer. (ID 254; Kronen Zeitung, 30.12.2009)

Laut Süddeutsche Zeitung erhärte sich der Verdacht auf Insidergeschäfte zulasten der BayernLB und des Freistaats. Denn von der Expansion der Bayern nach Österreich hatten eben jene Privatinvestoren profitiert, die sich nur Wochen zuvor an der Hypo beteiligt hatten. Ex-BayernLB-Chef Werner Schmid wurde dazu von der Münchner Staatsanwaltschaft befragt. Neue Nahrung erhielten diese Gerüchte, als die Süddeutsche über ein "Geheimtreffen" im Jänner 2007 in München berichtete, bei dem es um einen Einstieg der Bayern gegangen sein soll. Laut bayerischer Opposition sollen die Exchefs von BayernLB und Hypo im Landtag unter Eid aussagen, wie es zu dem Milliardenesaster kam. (ID 255; Der Standard, 4.1.2010)

Beim Verkauf der Hypo an die BayernLB sollen Millionen an die Kärntner Regierungsparteien BZÖ und ÖVP geflossen sein, berichtet ebenfalls Die Presse - allerdings ohne Angabe von Quellen. Demnach soll das BZÖ 27 Mio. Euro lukriert haben, die ÖVP rund 13 Mio. (ID 256; Der Standard, 4.1.2010)

Aufgetaucht ist nun auch ein Papier der einstigen Hypo-Aktionärin Grazer Wechselseitige (Grawe). Laut Profil ist darin davon die Rede, dass die Grawe in den letzten drei Jahren "leidvoll feststellen musste, dass weder die vom Vorstand vorbereiteten Businesspläne (...) noch Aussagen zum Einzelwertberichtigungsbedarf (...) mit der wirtschaftlichen Realität übereinstimmten". (ID 257; Der Standard, 4.1.2010)

Sie alle hatten im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank den offenbar überkauften Kauf der Kärntner Landesbank Hypo Alpe-Adria abgenickt. Unter Stoibers Fern-Regie hat damit die BayernLB nicht nur über zehn Milliarden Euro Miese aus anderen Geschäften gemacht, die aus dem Landesbudget ausgeglichen werden mussten, sondern dazu nun auch an die vier Milliarden Euro aus dem Kärntner Desaster. (ID 258; Kurier, 8.1.2010)

Kein Gerücht hält sich so hartnäckig wie das um die bevorstehende Ablöse von Hypo-Chef Franz Pinkl. Das Finanzministerium dementiert noch, doch in der Branche werden schon eifrig mögliche Nachfolger genannt. (...) Auch heute sei dem nichts hinzuzufügen, erklärt man im Ministerbüro - mit leicht verärgertem Unterton. Was wohl daran liegt, dass die Gerüchte um die bevorstehende Ablöse von Pinkl hartnäckiger werden. Spekulationen um potenzielle Nachfolger inklusive. (ID 259; Die Presse, 9.1.2010)

Franz Pinkl wird das allgemein eher nicht zugetraut. Nicht, dass ihn persönlich auch nur irgendeine Schuld am Hypo-Debakel treffen würde. Doch allein die Art und Weise, wie er in den vergangenen Krisenmonaten agierte, sage alles, heißt es in der Branche. Franz Pinkl zog es nämlich vor, auf Tauchstation zu gehen. (ID 2060; Die Presse, 9.1.2010)

Eigenartig: Denn während es dort heißt, eine Ablöse des amtierenden Hypo-Chefs wäre "kontraproduktiv", wird in der Branche erzählt, dass Bankenchefs während der Feiertage bereits gefragt worden seien, ob sie

den einen oder anderen verdienten Mitarbeiter entbehren könnten. Es sei somit der Eindruck entstanden, dass die Rochade ordentlich pressiert. Der "Neue" müsse mehr oder weniger sofort zur Verfügung stehen. (ID 261; Die Presse, 9.1.2010)

Zwei Kernfiguren in der Affäre rund um den Verkauf der Kärntner Hypo Group an die BayernLB gehen in deutschen Medien in die Offensive. Werner Schmidt, früher Chef der Bayerischen Landesbank und jetzt im Visier der Münchner Staatsanwaltschaft, wehrte sich in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" gegen Vorwürfe, er trage Schuld an dem zu hohen Kaufpreis für die marode Hypo Alpe Adria: "Kein Vorstandsvorsitzender kauft im Alleingang eine Bank." An der Preisfindung hätten "gut 100 Personen mitgerechnet", alle Vorstandskollegen und Verwaltungsräte, gegen die jetzt nicht ermittelt wird, hätten den Deal um 1,6 Mrd. Euro gebilligt. Außerdem beteuert Schmidt, es habe keine unlauteren Absprachen mit dem Investor Tilo Berlin gegeben. (ID 262; Die Presse, 11.1.2010)

Die Hypo Alpe Adria habe "einen mehrstöckigen Leichenkeller", meinen die bayerischen und kärntnerischen Oppositionsparteien. Man wolle nun zusammenarbeiten, um die Leichen "aus dem kärntnerisch-bayerischen Amigo-Sumpf" an das Tageslicht zu zerren.: Mit solchen Ansagen haben Politiker der Grünen und der Sozialdemokraten aus Kärnten und Bayern am Montag eine "strategische Partnerschaft" zur Aufklärung der für österreichische und deutsche Steuerzahler ziemlich teuren Hypo-Beinahepleite begründet. (...) Die Hypo hat Geld aber nicht nur bei riskanten Osteuropa-Geschäften verloren. Sie hat ab 2001 auf der Kanalinsel Jersey hunderte Millionen Euro verspekuliert, berichtet der "Standard". Dazu wurde angeblich mit der Deutschen Bank die HB International Credit Management gegründet. Diese investierte 400 Mio. Euro in zwei Töchter, die wiederum in Papiere unterschiedlicher Bonität gesteckt wurden. Dabei gab es hohe Verluste. (ID 263; Die Presse, 12.1.2010)

Dabei soll es sich um alle zur Zeit des Kaufs amtierenden Vorstände der BayernLB handeln. Bisher war nur gegen den BayernLB-Vorstandsvorsitzenden Schmidt ermittelt worden. Ihm wird vorgeworfen, die BayernLB habe für die Hypo um 400 Mio. Euro zu viel bezahlt. (ID 264; Die Presse, 14.1.2010)

Der jüngste "Global Corruption Report" lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die "auf politischen Bestellungen beruhenden Postenbesetzungen" bei der Finanzmarktaufsicht würden "die Unabhängigkeit und Effizienz dieser Kontrollbehörde in Mitleidenschaft" ziehen, heißt es dort. Nicht nur in der FMA, sondern auch in der Nationalbank werden Vorstandsposten streng nach der politischen Farbenlehre besetzt. Hoffentlich wird es nach der von Finanzminister Josef Pröll angekündigten Totalverstaatlichung der Nationalbank nicht noch schlimmer. Zum Beispiel, indem auch der OeNB-Aufsichtsrat ausschließlich mit Vertrauensleuten von SPÖ und ÖVP besetzt wird. (...) Um den Schaden einzugrenzen, ist zumindest der Vorstand mit hochkarätigen Finanzexperten zu besetzen. Der Aufsichtsrat ist gut beraten, hier keine Kosten und Mühen zu scheuen und einen unabhängigen Headhunter einzuschalten, der sich im In- und Ausland nach Profis umsieht. (...) Abhilfe kann ein Blick ins Aktiengesetz schaffen. Dort ist ausdrücklich festgelegt, dass Kontrollorgane ausschließlich dem Wohl der Gesellschaft verpflichtet sind. Erst ein unabhängiges und neutrales Ausleseverfahren kann zeigen, wer tatsächlich für den Hypo-Chefposten geeignet ist. (ID 265; Die Presse, 25.1.2010)

Die bayerische Justiz prüft, ob beim Verkauf der Hypo an die Bayerische Landesbank im Jahr 2007 absichtlich ein zu hoher Kaufpreis bezahlt wurde. Zuletzt kamen Bestechungsvorwürfe im Zusammenhang mit Sponsoring des Klagenfurter Fußballstadions auf. Angeblich soll Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider die Zustimmung zum Verkauf der Bank an Millionenzahlungen für den Fußball geknüpft haben. (ID 266; Der Standard, 20.2.2010)

Der SPD-Abgeordnete Harald Güller, stellvertretender U-Ausschuss-Chef, spricht dezidiert von "falschen Entscheidungen sowohl im Vorstand als auch im Verwaltungsrat". (ID 267; Kurier, 25.2.2010)

Die Grünen kritisieren Ministerpräsidenten Seehofer: Er hätte "den Zeitpunkt für eine Rückabwicklung verpasst, den Schaden vertuscht und die Versager gedeckt". (ID 268; Kurier, 25.2.2010)

Alle regen sich über die Millionenabfertigung von Hypo-Chef Franz Pinkl auf. Dabei ist das in Österreich gute, alte Tradition: Die Liste der Manager, die vom Staat mit reichlich Geld in die Wüste geschickt wurden, ist lang. (...) Die Österreicher haben halt über die Jahre mit zwei Grundregeln zu leben gelernt. Regel Nummer eins: Manager in staatsnahen Unternehmen haben eine relativ kurze Halbwertszeit. Eh klar: Die Posten werden politisch besetzt und die Politik ist bekanntlich eine Schlangengrube. Regel Nummer zwei: Der vorzeitige Abgang solcher Manager kostet Länge mal Breite. Auch klar: Entlassungsgründe werden nie gefunden. Ein Manager, der einen Scherbenhaufen hinterlässt, kann stets auf die schützende Hand seiner politischen Mentoren vertrauen - zumindest in finanziellen Belangen. (ID 269; Die Presse, 6.3.2010)

Vorgesehen war, dass die Hypo in drei Jahren von einem Wirtschaftsprüfer bewertet werden soll. Die Manager sollten davon einen bestimmten Anteil erhalten. „Hier hat der Aufsichtsrat übers Ziel geschossen“, meint Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ). Denn es stecken schon 1,5 Mrd. Euro von den Steuerzahlern in der Bank. „Erst wenn klar ist, dass der Staat ohne Verluste aus dem Debakel aussteigt, kann es eine Erfolgskomponente geben“, sagte ein Sprecher von Schieder. (ID 270; Die Presse, 25.3.2010)

Dem Vernehmen nach sollen Pinkl jährlich 900.000 Euro zugestanden worden sein. Er dürfte damit deutlich mehr verdient haben als die Vorstände des Mutterkonzerns. Laut Dürr gibt es in Deutschland die Regel, dass Vorstände aller Banken, die Staatshilfe erhalten haben, jährlich maximal 500.000 Euro verdienen dürfen. Die Bayerische Landesbank hat sich verpflichtet, diese Vorgabe einzuhalten. Ausgerechnet bei der größten Auslandstochter, der Kärntner Hypo, scheint die BayernLB ein Auge zugedrückt zu haben. "Wenn die 900.000 Euro stimmen, wäre dies ein Skandal. Denn die deutsche Gagenregelung muss selbstverständlich auch für Bankentöchter im Ausland gelten", unterstrich Dürr. (ID 271; Die Presse, 30.3.2010)

Der Vorsitzende Rolf Holub von den Grünen wirft der Finanzmarktaufsicht, der Nationalbank und der Justiz vor, bei der Übermittlung der angeforderten Unterlagen säumig zu sein. Christian Liebhauser-Karl, Sprecher des Landesgerichts Klagenfurt, bestreitet dies: "Wir haben bereits Dokumente übergeben." (ID 273; Die Presse, 30.3.2010)

Werner Kogler, Finanzsprecher der österreichischen Grünen, befürchtet, dass das Hypo-Desaster die heimischen Steuerzahlern noch teuer zu stehen kommen werde. Daher gehe es nicht an, dass der Staat die Bank mit Kapital füttere, und "es die Manager oben wieder heraus ziehen". Kogler geht davon aus, dass die Republik mit den 900 Mio. Euro Hypo-Zuschuss und der angekündigten 450 Mio. Euro-Kapitalspritze nicht auskommt. (ID 273; Kurier, 30.3.2010)

Die Bayern behaupten, beim Hypo-Kauf über den Tisch gezogen worden zu sein. Sie wollen den entstandenen Schaden von 3,7 Mrd. Euro von Kärnten einklagen. (ID 274; Die Presse, 21.5.2010)

In dem Brief soll die Bank unter anderem dem verstorbenen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider vorwerfen, die BayernLB beim Kauf der Hypo Alpe Adria betrogen zu haben. Haider soll den Verkauf der Bank etwa an die Bedingung geknüpft haben, dass die BayernLB sich am Sponsoring für ein neues Fußballstadion in Klagenfurt beteiligt. (ID 275; Die Presse, 25.5.2010)

U-Ausschuss-Vorsitzender Rolf Holub forderte im Vorfeld, der Steuerzahler dürfe nicht mehr für das Versagen von Managern zahlen müssen. Es brauche mehr Kontrollmechanismen. Für Aufregung sorgte eine Meldung von news: Kärntens Ex-Protokollchef Franz Koloini will Jörg Haider einst 250.000 Dollar aus einem Hypo-Sponsoring in bar übergeben haben. Der Verbleib des Geldes sei ungewiss. (ID 276; Kurier, 10.6.2010)

Haften Bayerns einstige Spitzenpolitiker für das Debakel um die Hypo Alpe-Adria? Mit dieser Frage startete nach wochenlanger Vorbereitung auch in München der U-Ausschuss zum Kauf der Hypo durch die Bayerische Landesbank. Das Debakel kostete den deutschen Steuerzahler 3,7 Milliarden Euro. Ministerpräsident, Finanzminister und CSU-Fraktionschef nickten den Kauf einst ab. (ID 277; Kurier, 10.6.2010)

Warum soll es den bayerischen Polit-Ermittlern besser gehen als den heimischen? Dafür zeigte sich am Dienstag ein Gutachter vor dem U-Ausschuss redselig: Die Bayern hätten die Hypo nie kaufen dürfen. Mit Steuergeld beteilige man sich nicht an einer Spielbank. (ID 278; Kronen Zeitung, 23.6.2010)

Bei der Übernahme der Hypo Alpe Adria im Frühjahr 2007 hat die Kärntner Landesholding der Bayerischen Landesbank (BayernLB) nicht alle Unterlagen ausgehändigt. Dies sagte die deutsche Sonderprüferin Corinna Linner am Mittwoch in Klagenfurt beim Untersuchungsausschuss zum Hypo-Debakel. Linner zitierte aus Analysen der Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young, die für die BayernLB die Bilanzen der Hypo durchleuchteten. Darin hieß es, dass wegen Zeitknappheit nicht alle Tochterbanken in anderen Ländern untersucht werden konnten. Zudem fehlten Unterlagen. Laut Linner hätte die Kärntner Landesholding als Mehrheitseigentümer der Hypo von sich aus alle riskanten Geschäfte bekannt geben müssen. "Alles andere ist Täuschung", so Linner. (ID 279; Die Presse, 24.6.2010)

Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler gab am Freitag der Bayerischen Landesbank (BayernLB) die Schuld am Debakel. Er vermutet, dass die Bayern das Kärntner Institut und den österreichischen Markt nicht verstanden hätten: "Wer eine Bank kauft, die er nicht versteht, hätte sich das vorher überlegen müssen", sagte der Landeshauptmann vor dem Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages. (ID 280; Die Presse, 10.7.2010)

Meldungen des Bayerischen Rundfunks, wonach eine Klage aussichtslos sei, werden von einem Banksprecher gegenüber der "Presse" entschieden dementiert. Das Institut prüfe über die Wiener Anwaltskanzlei Binder & Grösswang, "zivilrechtliche Ansprüche gegen die damaligen Veräußerer der Hypo" geltend zu machen. (ID 281; Die Presse, 25.9.2010)

Basis für allfällige Schadenersatzansprüche ist ein Gutachten der deutschen Sonderprüferin Corinna Linner. Diese hat die Vorgänge rund um die Hypo-Übernahme unter die Lupe genommen. In dem Gutachten, das der "Presse" vorliegt, heißt es, dass der engagierte Wirtschaftsprüfer Ernst & Young die Risikolage "mangels ausreichender Unterlagen und Informationen nicht abschließend geprüft" habe. (ID

282; Die Presse, 25.9.2010)

"Auch die mit der rechtlichen Due Diligence beauftragte Kanzlei Dorda Brugger Jordis Rechtsanwälte GmbH berichtet, dass die der Prüfung zugrunde liegenden Dokumente aus dem Datenraum nur sehr beschränkt geeignet seien, ein aussagekräftiges Bild der Gesellschaft zu zeigen." Fragt sich nur, warum der damalige Vorstand und der Aufsichtsrat der BayernLB den Kauf trotz der laut Linner teilweise "unvollständigen Informationen" zugestimmt haben. Die BayernLB erwägt daher auch juristische Schritte gegen das frühere Management. (ID 283; Die Presse, 25.9.2010)

Tilo Berlin hat in der Vergangenheit alle Vorwürfe, dass es bei der Hypo-Übernahme zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein soll, zurückgewiesen. Die Kärntner Landesholding bestreitet, dass der BayernLB bei der Due Diligence nicht alle relevanten Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Die Holding dreht nun den Spieß um. "Wir haben unsere Juristen beauftragt, Klagen gegen die Bayern zu prüfen", sagte deren Sprecher. (ID 284; Die Presse, 25.9.2010)

Nach Falthausers Aussage legte die Bankspitze den Kontrolleuren des Verwaltungsrates im Sommer 2007 die möglicherweise entscheidende Risikoprüfung ("due diligence") nicht vor. "Das wäre ein Rotlichtzeichen gewesen", sagte Falthäuser. Er war selbst zeitweise Verwaltungsratschef. Falthäuser (Spitzname: "Der schöne Kurt") erhob insgesamt drei gravierende Vorwürfe: Neben dem fehlenden Prüfbericht hätte der frühere BayernLB-Vorstand auch auf einen Preisabschlag von mehr als 200 Millionen Euro verzichtet, der sich aus den bis Frühjahr 2007 bekannten Hypo-Alpe-Adria-Risiken ergeben hätte. (ID 285; Kurier, 29.9.2010)

Noch ist der eigentliche Zwischenbericht des Kärntner Hypo-Untersuchungsausschusses geheim. Er dürfte aber doch so brisant sein, dass der grüne Ausschussvorsitzende Rolf Holub ihn derzeit noch nicht präsentieren will. In seiner politischen Einschätzung des bisher Bekannten spricht Holub immerhin von "mafiosen Strukturen", mittels deren "einige Geld bei der Hypo gestohlen" hätten. An der Spitze des Hypo-Netzwerks seien der "König von Kärnten", der ehemalige Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, und der "König der Hypo", Vorstand Wolfgang Kulterer, gestanden. Haider habe "bestellt", und Kulterer sei "gesprungen", analysiert Holub. (...) Holub will jetzt in einer Road-Show über die Hypo-Misere aufklären, erst in Kärnten und später auch österreichweit. (ID 286; Der Standard, 29.10.2010)

Kulterer habe demnach 2005 in einem Geldkoffer drei Millionen Euro übernommen, die seither verschwunden seien. Das Geld sei an die Hypo-Tochter in Liechtenstein überwiesen und dort bar an Kulterer ausbezahlt worden. (ID 287; Der Standard, 27.11.2010)

Dass beim Hypo-Kauf von den Aufsehern Fehler gemacht und Pflichten verletzt wurden, steht für Häusler außer Frage. (ID 288; Die Presse, 21.12.2010)

Ansonsten wies der frühere Regierungschef alle Vorwürfe im Zusammenhang mit der Hypo scharf zurück. Er habe nie von der Bank Provisionen verlangt oder erhalten, versicherte der Politiker. Er habe "bezüglich der Hypo Group ein reines Gewissen", sagte er. Den verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider will Sanader persönlich nie kennengelernt haben. Mit der Entwicklung der Hypo habe er sich auch nie beschäftigt, die früheren Hypo-Vorstände Wolfgang Kulterer und Günter Striedinger habe er zwar getroffen, aber nicht näher gekannt. (ID 289; Die Presse, 23.12.2010)

Im Sommer 2007, als die kroatische Nationalbank gegen die Übernahme der Hypo Alpe Adria durch die BayernLB ein Veto einlegte, habe ihn der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber angerufen und um Interventionen gebeten. Wenig später sei Stoiber nach Kroatien geflogen, um sich mit Sanader zu treffen. Kroatien war der wichtigste Auslandsmarkt der Hypo. Mit dem Veto der Nationalbank in Zagreb war die Übernahme durch die BayernLB gefährdet. Stoiber hatte das Nein der Zagreber Nationalbank als schwere Belastung für das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bayern und Kroatien bezeichnet. (ID 290; Die Presse, 23.12.2010)

Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser nutzte am Mittwoch seinen Auftritt beim Hypo-Untersuchungsausschusses des Kärntner Landtages, um mit seinem Nachfolger, Josef Pröll (ÖVP), abzurechnen. Er, so Grasser, hätte die Bayern bei den Verhandlungen um die Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria viel stärker zur Kasse gebeten: "Bayern ist größer und reicher als Österreich, warum musste man das Gesamtrisiko dem österreichischen Steuerzahler aufbürden?", kritisierte Grasser. (ID 291; Die Presse, 24.2.2011)

Schließlich wurde Berlin mit seinen Tagebuchaufzeichnungen konfrontiert. Darin erwähnte er, dass er von Grasser Informationen über das Scheitern der BayernLB im Bieterverfahren um die Bawag und über die Entwicklung der Hypo bekommen habe. Hierzu verweigerte Berlin die Aussage, weil die Staatsanwaltschaft zu dieser Frage ermittelt. Grasser hatte zuvor bestritten, mit Berlin Informationen ausgetauscht zu haben. (ID 292; Die Presse, 24.2.2011)

Lanker sparte nicht mit Kritik an der von Finanzminister Josef Pröll eingesetzten Ermittlertruppe "CSI Hypo". Diese sei nicht daran interessiert, Licht ins Dunkel zu bringen, sondern wolle "Dinge verschleiern".

Der eigentliche Hypo-Skandal sei nach dem Abgang von Kulterer passiert. Die Staatsanwaltschaft sei der "CSI" aufgesessen. (ID 293; Die Presse, 30.3.2011)

Dem Vernehmen nach prüft die Staatsanwaltschaft Klagenfurt gerade eine umstrittene Hypo-Kapitalerhöhung aus dem Jahr 2004. Laut einem von der Justiz in Auftrag gegebenen Gutachten soll es sich dabei um "vorgetäushtes Kapital" handeln. Die Bank sei durch die Kosten dieser Kapitalaufnahme geschädigt worden. (ID 294; Die Presse, 30.3.2011)

Unter der Leitung des damaligen Vorstandschefs Werner Schmidt hatte die BayernLB die Hypo (HGGA) im Jahr 2007 gekauft, obwohl damals schon bekannt war, dass die Kärntner Bank Probleme hatte. Die BayernLB wirft Schmidt, seinem Stellvertreter Rudolf Hanisch und sechs weiteren damaligen Vorständen deshalb Pflichtverletzungen vor. (ID 295; Der Standard, 29.6.2011)

Kleiner hat in der Expertise die Verfehlungen aus der Zeit aufgelistet, in der die Hypo der Bayerischen Landesbank gehört hat. Auf Seite 29 des Gutachtens heißt es: "Der Wachstumskurs wird unverändert fortgesetzt, obwohl dieser in der 81. Aufsichtsratssitzung vom 17. 12. 2007 als problematisch diskutiert wird." Auf Seite 37 steht: "Die Mitglieder des Aufsichtsrats respektive die Vertreter der Bayerischen Landesbank wurden vom Vorstand regelmäßig über Problembereiche und Problemfälle der HypoBank International informiert. Bis zum vierten Quartal 2008 wurde am Wachstumskurs festgehalten", obwohl die zu optimistisch angenommenen Planwerte bereits in der Aufsichtsratssitzung kritisch hinterfragt worden seien. Massive Probleme dürfte es bei der Leasingtochter der Hypo gegeben haben: "Unserer Ansicht nach sind das unkontrollierte Wachstum und das Missmanagement in den Leasinggesellschaften wesentlich für den Niedergang dieses Instituts in den Jahren bis 2009 verantwortlich", schreibt Kleiner auf Seite 155. In einer abschließenden Stellungnahme betont der Gutachter: "Hätte sich der (neue) Vorstand von Anfang an zentral mit den Werthaltigkeiten der Kreditforderungen und Beteiligungen und dem wirtschaftlichen Eigenleben der Leasinggesellschaften in Südosteuropa beschäftigt, ein wesentliches Verlustpotenzial wäre früher erkannt worden." (ID 296; Die Presse, 28.9.2012)

Außerdem kommt Kleiner zur Ansicht, dass die BayernLB den Ausstieg bei der Hypo schon länger geplant habe. Kurz vor der Übernahme durch den österreichischen Staat kappten die Deutschen 2009 bei der Hypo Kreditlinien in dreistelliger Millionenhöhe. Ende 2009 wurde das Klagenfurter Institut mit der Verstaatlichung vor der Pleite gerettet. Doch Kleiner deckt auf, dass die Bayern schon ein Jahr zuvor beschlossen haben, sich von der Österreich-Tochter zu trennen - wie auf Seite 566 des Gutachtens steht: "Laut Aussagen von Kurt Fahrnschon, dem damaligen Ministerpräsidenten für Finanzen, wurde als mittelfristige Perspektive in der Verwaltungsratssitzung am 29. 11. 2008 beschlossen, sich von der Hypo zu trennen und die Osteuropa-Strategie aufzugeben." (ID 297; Die Presse, 18.9.2012)

Trotzdem wird sich die Haltung Kaisers auf Dauer nur schwer durchhalten lassen. Denn Kärnten profitiert ja immer noch von der Hypo: Erstens durch den Zukunftsfonds, der aus dem Verkaufserlös an die BayernLB gespeist ist. 500 Millionen Euro liegen dort, die laut Landtagsbeschluss nicht angetastet werden dürfen, lediglich die Zinsen werden für Investitionen verwendet. Und zweitens hat das Land bis zum Jahr 2010 140 Millionen Euro als Haftungsprovision für jene Landeshaftungen kassiert, für die jetzt in der Praxis der Bund geradestehen muss. Und auch jetzt noch will das Land weiter Provisionen haben: Die Bank hat sich nach der Notverstaatlichung geweigert, weiterzuzahlen, jetzt wird prozessiert. (ID 298; Die Presse, 28.5.2013)

Unterdessen attackiert der grüne Budgetsprecher Werner Kogler Finanzministerin Maria Fekter und wirft ihr Untätigkeit vor. Das Hypo-Debakel sei das größte Finanzloch in der Geschichte der Republik, so Kogler. Er fordert ein eigenes Bad-Bank-Gesetz, um die schlechten Vermögenswerte der notverstaatlichten Hypo Alpe Adria so steuerschonend wie möglich abzubauen. Die Bankenabgabe solle es, laut Kogler, so lange geben, bis der Finanzsektor alles abbezahlt habe, was er verursacht habe. (ID 299; Kronen Zeitung, 29.5.2013)

Stronach: "Wenn SPÖ und ÖVP eine saubere Politik wollen, sollen Politiker Verantwortung übernehmen." Im Umgang mit dem Steuergeld seien Minister oder auch Beamte "viel zu unbekümmert", nennt der Klubobmann des Team Stronach, Robert Lugar, gleich Beispiele: "Mit der Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria haben wir ja ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn ein Minister überhastet und offensichtlich nicht mit der größten Professionalität handelt." (ID 300, Kronen Zeitung, 31.5.2013)

"Die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria im Jahr 2009 unter Finanzminister Josef Pröll wurde dilettantisch und zum Nachteil Österreichs durchgeführt", sagt Glawischnig. Die Verträge wären derart schlecht verhandelt worden, dass beispielsweise der ehemalige Eigentümer, die bayrische Landesbank, etwa jedem weiteren Schritt in Sachen einer Abwicklungsbank ("Bad Bank") zustimmen müsse. (ID 301; Kronen Zeitung, 16.6.2013)

Erstens wurde einigen Investoren in einer heimlichen Nebenvereinbarung garantiert, dass die Bank die Aktien zum vollen Ausgabepreis zurücknimmt, zweitens wurden manche Käufe mit Hypo-Krediten finanziert, wobei drittens die Kreditzinsen weit unter den garantierten Dividenden lagen. So ein G'schäft möchte wohl jeder gerne machen. (ID 302; Kronen Zeitung, 12.7.2013)

In Wirklichkeit verlor die Hypo mindestens 95 Millionen Euro, weil man vor dem Verkauf vergessen haben soll, ausständige Kredite abzusichern. Eine Behauptung, die Siegfried Grigg energisch zurückweist, weil er selbst ein entsprechendes Dokument aufgesetzt haben will. Es soll sogar seine letzte Handlung als Hypo-General gewesen sein. (ID 303; Kronen Zeitung, 12.7.2013)

Zu diesem Debakel der Hypo hat nach Ansicht von Experten die Politik wesentlich beigetragen. Denn die Hypo hätte sofort nach Verstaatlichung abgewickelt werden sollen. Eine Bad Bank, in die alle faulen Kredite eingebracht werden, hätte längst beschlossen werden sollen. Dies ist bisher an Finanzministerin Maria Fekter gescheitert. (ID 304; Kurier, 29.8.2013)

"Das Hypo-Debakel ist ein FPÖ/BZÖ-Skandal der Sonderklasse. Durch geballte blau-orange Inkompetenz und Größenwahn wurden Milliarden in den Sand gesetzt und ein Land an den Abgrund getrieben", sagt ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch. Nun müsse die Bundesregierung die Misere lösen. "Die Kombination aus unfähigem Bankmanagement und kompetenzfreier FPÖ-Politik hat das Hypo-Debakel verschuldet und ermöglicht", so der ÖVP-Politiker. Die Verschleierungstaktik von FPÖ und BZÖ werde durch den Bericht der EU-Kommission entlarvt. (ID 305; Die Presse, 3.9.2013)

Das lassen FPÖ und BZÖ nicht auf sich sitzen. Die FPÖ gibt der ÖVP die Schuld am Hypo-Debakel, weil der frühere ÖVP-Finanzminister Josef Pröll (arbeitet jetzt für Raiffeisen) die Bank im Jahr 2009 verstaatlicht habe. Nun sei es an der Zeit, "die dubiosen Vorgänge rund um die Verstaatlichung der Hypo zu klären", so der freiheitliche Finanzsprecher Elmar Podgorschek. Für ihn ist es kein Zufall, "dass durch die Notverstaatlichung sowohl der Raiffeisen-Konzern als auch das Land Niederösterreich vor jeglicher Haftung bewahrt wurden". Denn Raiffeisen ist an mehreren Hypo-Banken beteiligt. Auch das Land Niederösterreich besitzt eine eigene Hypo-Bank. "Über den Hypo-Haftungsverbund wären sowohl Josef Prölls neuer Arbeitgeber Raiffeisen als auch seine Heimat Niederösterreich zur finanziellen Unterstützung verpflichtet gewesen, hätte der damalige ÖVP-Chef die Verantwortung nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion auf den Steuerzahler abgewälzt", behauptet der FPÖ-Politiker. (ID 306; Die Presse, 3.9.2013)

"Es ist mittlerweile bekannt, dass EZB und EU-Kommission massiven Druck auf Österreich ausgeübt haben, die Hypo zu verstaatlichen - mit der deutschen Kanzlerin Merkel als Strippenzieherin im Hintergrund, die damit ihren verantwortlichen CSU-Freunden in Bayern helfend zur Seite gesprungen ist", so Petzner. (ID 307; Die Presse, 3.9.2013)

Am Rande der Obszönität "Das Hypo-Debakel ist ein blau-oranger Skandal der Sonderklasse!" Mit diesem Freudengejohle über den bevorstehenden EU-Beschluss für Staatshilfen an die Kärntner Hypo Alpe Adria, begibt sich ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch gefährlich nah an den Rand der Obszönität. Schließlich stehen am Milliardengrab der an Größenwahn dahinscheidenden Bank am Wörthersee nicht alleine FPÖ und BZÖ aus Jörg Haiders Zeiten. Auch die ÖVP hat einen nicht zu knappen Anteil an dieser Entwicklung. Die reicht vom ehemaligen Kärntner Landesrat Josef Martinz bis zu Ex-Finanzminister Josef Pröll. Dessen Hypo-Notverstaatlichung gibt bis zum heutigen Tag etliche Rätsel auf. Wer meint, das alles wäre längst vergessen, muss an dieser Stelle wieder deutlich daran erinnert werden. (ID 308; Kurier, 3.9.2013)

ÖVP-General Hannes Rauch sagte am Montag, das "Hypo-Debakel ist ein FPÖ/BZÖ-Skandal der Sonderklasse". Rauch in seiner Hypo-Erklärung: "Durch geballte blau-orange Inkompetenz und Größenwahn wurden Milliarden in den Sand gesetzt und ein Land in den Abgrund getrieben." (ID 309; Kronen Zeitung, 3.9.2013)

Der stellvertretende BZÖ-Klubobmann Stefan Petzner konterte prompt und zweifelt an der Urteilsfähigkeit der EU-Kommission. "Die Kommission gehört zur fatalen Verstaatlichungsphalanx, die 2009 die Hypo-Notverstaatlichung zu vollen Lasten des österreichischen Steuerzahlers durchgezogen hat", sagte Petzner. Es wäre bekannt, dass die Europäische Zentralbank und die Kommission massiven Druck ausgeübt hätten, die Hypo zu verstaatlichen, meint Petzner. (ID 310; Kronen Zeitung, 3.9.2013)

Was Fekter nicht sagte: Es hätte noch viel weniger sein können, hätte sie rechtzeitig der Gründung einer Bad Bank zugestimmt. Vor einem Jahr hatte der Hypo-Vorstand einen fix und fertigen Plan dafür präsentiert. Eine Bad Bank, in die alle faulen Kredite und derzeit nicht veräußerbaren Immobilien sowie Leasinggeschäfte eingebracht werden, braucht nämlich viel weniger Eigenkapital und damit weniger Geld aus dem Steuertopf. Sie darf keine aktiven Bankgeschäfte mehr tätigen. Der Grüne Finanzsprecher Werner Kogler beziffert die Kosten für die Verschleppung einer Abbaubank mit einer Milliarde Euro allein für die heurige Bilanz. (ID 311; Kurier, 4.9.2013)

Schuld an dem gesamten Debakel geben die EU sowie die Regierungsparteien dem Land Kärnten und dem früheren Management. Das Land habe durch Haftungsübernahmen die enorme Expansion der Bank finanziert. In der Hypo habe Management, Know-how und jede Risikokontrolle gefehlt. (ID 312; Kurier, 4.9.2013)

Die Anklage wirft den ehemaligen BayernLB-Vorständen vor, bei dem Kauf der Bank Risiken missachtet und damit ihre Pflicht verletzt zu haben. (ID 313; Die Presse, 25.10.2013)

Der Kauf der Hypo von der Kärntner Landesholding und der Grazer Wechselseitigen (Grawe) lief bei den Bayern-Bankern unter dem Decknamen "Berthold". Bereits im Schlussbericht des U-Ausschusses des Bayerischen Landtags wurde 2011 festgestellt, dass im Kaufpreis der Wertberichtigungsbedarf der Hypo, den das Due-Diligence-Team ermittelt hatte, nicht berücksichtigt wurde. Außerdem wurden den Bayern keine Gewährleistungsrechte eingeräumt. (ID 314; Kurier, 25.10.2013)

Schmidt und drei seiner Vorstände, darunter sein Nachfolger Michael Kemmer, müssen sich außerdem wegen des Vorwurfs der Bestechung eines Amtsträgers verantworten. Der verstorbene Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider soll von den Bayern zehn Millionen Euro für das 30.000 Sitzplätze große Fußball-Stadion bzw. den Verein SK Austria Kärnten verlangt haben. Als Gegenleistung dafür, dass Haider den Kauf der Hypo ermöglichte, 2,5 Millionen Euro sollen an Sponsorgeldern überwiesen worden sein. (ID 315; Kurier, 25.10.2013)

Was erneut nicht wenige seiner Kritiker auf den Plan gerufen hat. Peschorn agiere wieder einmal als "Aufdecker der Nation", hieß es giftig. Vor allem aber: Er profilire sich, schade dabei aber der Bank enorm. (ID 316; Die Presse, 7.12.2013)

Die vorzeitige Ablöse des Anwalts der Republik wäre jedenfalls beispiellos. Ein echter Paukenschlag. Soll da bloß ein unbequemer Geist mundtot gemacht werden? (ID 317; Die Presse, 7.12.2013)

Vorstand und Aufsichtsrat der Hypo schlugen jedenfalls mehrmals im Finanzministerium Alarm: Peschorn verhindere mit seiner "Strategie der verbrannten Erde" die Sanierung der Bank. Er klage alles und jeden und verunsichere die Mitarbeiter enorm, hieß es. Verhandlungen mit Schuldnern über eine zumindest teilweise Begleichung von Forderungen seien wegen Klagsdrohungen Peschorns unmöglich gemacht worden. (ID 318; Die Presse, 7.12.2013)

Im Sommer 2011 forderte der damalige Hypo-Aufsichtsratschef Johannes Ditz klipp und klar die Auflösung der "CSI Hypo": Sie hatte Unsummen an Kosten verursacht, aber herzlich wenig zur Aufklärung beigetragen. (ID 319; Die Presse, 7.12.2013)

Worauf Peschorn Ende des Jahres stolz seine CSI-Bilanz präsentierte: Unter seiner Ägide habe es 70 Sachverhaltsdarstellungen an die Staatsanwaltschaft gegeben, 77 Beschuldigte und ein Forderungsvolumen von insgesamt 650 Millionen Euro. Beachtlich. Was freilich nicht so an die große Glocke gehängt wurde: Von den 650 Millionen flossen tatsächlich nur 17 Millionen Euro an die Hypo. Und davon waren 16,5 Millionen vom inhaftierten ehemaligen kroatischen General Vladimir Zagorec. Er hatte Geld, das der Hypo gehörte, in Liechtenstein geparkt. Außerdem: Diesen 17 Millionen standen zu dem Zeitpunkt Kosten von kolportierten 21,6 Millionen Euro gegenüber - ausgegeben für Berater und Rechtsanwälte. Das bedeutet laut Adam Riese weitere Verluste. Für eine ohnehin verlustgebeutelte Bank. (ID 320; Die Presse, 7.12.2013)

Über den Vertrag mit dem damaligen Eigentümer, der BayernLB, gab es über die Jahre widersprüchliche Aussagen: Einmal hieß es, die Finanzprokurator habe ihn "maßgeblich gestaltet", einmal hieß es, sie habe bloß "mitformuliert". Tatsache ist, dass auf dem Vertrag das Logo der Behörde prangt. (ID 321; Die Presse, 7.12.2013)

Und Tatsache ist, dass der Vertrag heute äußerst kritisch gesehen wird: So hat die Republik unter Punkt sechs auf jede Gewährleistung - auch bei strafbaren Handlungen - verzichtet. Dafür hat sie zwei nachgerade fatale Garantien übernommen: Beispielsweise darf Bayern Kredite fällig stellen, sollte die Republik die Mehrheit an der Hypo verkaufen. Was eine allfällige Privatisierung nicht eben erleichtert. (ID 322; Die Presse, 7.12.2013)

Laut Anklage sollen Schmidt & Co. gewusst haben, dass die Kärntner Bank "wesentlich weniger wert war als der Kaufpreis" ausmachte. Zugleich sollen sie in Kauf genommen haben, dass die Hypo der BayernLB erhebliche Verluste einbringen werde. Obwohl keine ausreichenden Informationen über die tatsächliche Lage der Hypo zur Verfügung standen und hohe Risiken in Sachen Beteiligungen und Kredite erkannt wurden, soll nur eine eingeschränkte wirtschaftliche Prüfung (Due Diligence) durchgeführt worden sein. Das Ergebnis einer weiteren Überprüfung wurde nicht abgewartet. "Die Verdächtigen kauften bewusst die Katze im Sack nach dem Motto Augen zu und durch", heißt es in der Anklage. Mutmaßliche Ursache: großer Erfolgsdruck. (ID 323; Kurier, 25.1.2014)

In Sachen Hypo bestreitet Gribkowsky "die Vorwürfe, weil der gesamte Vorgang des Erwerbs ordnungsgemäß durchgeführt wurde", sagt sein Verteidiger Daniel Amelung zum KURIER. Zeit- und Erfolgsdruck habe es nicht gegeben. Es sei eine kaufmännische Entscheidung nach der damaligen Faktenlage gewesen. (ID 324; Kurier, 25.1.2014)

"Ich bin verwundert, dass man sich nur darauf konzentriert, ob die Bad Bank die Staatsschulden erhöht oder nicht", ärgert sich Johannes Ditz, der vergangenen Juni als Aufsichtsratschef der Hypo zurückgetreten ist. Man sollte besser rasch schauen, wie man das Hypo-Problem löst. Das Nicht-Entscheiden der Politik und das Langsam-vor-sich-hin-Administrieren der Bank mache die Sache nur noch teurer. "In Wahrheit hat

man ein ganzes Jahr verloren", sagt Ditz. Er hat im Mai vorigen Jahres Finanzministerin Maria Fekter gewarnt, dass die Hypo ohne rasche Errichtung einer Bad Bank zumindest eine Milliarde Euro brauchen werde. 1,75 Milliarden brauchte die Hypo im Vorjahr sogar. (ID 325; Kurier, 31.1.2014)

Wenn am Wörthersee der finanzielle Hut wieder einmal lichter brannte, schickte man lieber ein paar hundert Steuerzahlermillionen zum Löschen. So läuft das nun bereits seit vier Jahren. (ID 326; Die Presse, 6.2.2014)

Bedanken für das Debakel können die Steuerzahler sich - das sollte an dieser Stelle nie vergessen werden - bei Kärnten oder besser gesagt: bei der ehemaligen blau-orangen Kärntner Landesregierung unter Jörg Haider. Diese hat Milliardenhaftungen in einer Höhe übernommen, die das Land allein nie stemmen kann. (ID 327; Die Presse, 6.2.2014)

Daraus folgend lautete die offizielle Lesart bisher: Eine Insolvenz der Hypo würde Kärnten mit sich reißen und sei daher ausgeschlossen. Dass dem nicht ganz so sein muss, zeigen die Ideen, die über eine republikeneigene Zeitung in jüngster Zeit ventiliert werden. So könnte Kärnten mit einem Darlehen des Bundes über 50 Jahre sogar gänzlich vor der Pleite gerettet oder diese zumindest durch einen Tausch der Kärntner Haftungen gegen Bundesanleihen abgedeckt werden. Entscheidend wäre in all diesen Szenarien aber eines: Bevor der Steuerzahler zum Handkuss kommt, müssten zuerst einmal die Investoren ihren Teil übernehmen - in Form eines Schuldenschnitts. Und zu diesem wären sie nur bereit, wenn das Pleiteszenario auch realistisch ist. (ID 328; Die Presse, 6.2.2014)

Bei der Hypo wurden seit der Notverstaatlichung aus falschen Beweggründen (Schielen auf das Maastricht-Defizit, Wahlen) bereits viele falsche Entscheidungen getroffen. Es wäre nun an der Zeit, endlich an der besten Lösung für die Financiers dieses Staates zu arbeiten. (ID 329; Die Presse, 6.2.2014)

"Frechheit, Anmaßung, Dreistigkeit, Unverschämtheit" - was immer am passendsten ist, alle vier Spielarten hören auf "Chuzpe". Heinz-Christian Strache ist dabei, dieses schöne hebräische Wort über die Maßen zu strapazieren. Der FPÖ-Chef wettete gestern am lautesten von allen gegen die Bad-Bank-Lösung für die Hypo Alpe-Adria. Damit würden "nur die vielen Schweinereien, die passiert sind, zugedeckt". (ID 330; Kurier, 12.2.2014)

Seine Nachfolger in Kärnten sind spät, aber doch mit Schimpf und Schande von den Futtertrögen verjagt worden. Die Suppe hat jetzt der Steuerzahler auszulöffeln. Bis die Bad Bank in ein, zwei Jahrzehnten ihre Risiken komplett los ist, könnte die Hypo uns alle bis zu 13 Milliarden Euro an Haftungen kosten. Um das Unfassbare fassbarer zu machen: Für 1 Milliarde Euro ließen sich allein 200.000 fehlende Kindergartenplätze finanzieren. Wer dauerhaft den Schaden hat, wird sich für die neue Chuzpe in Blau bald gebührend bedanken. Danke Jörg; danke HC - für das Milliarden-Debakel in Kärnten. (ID 331; Kurier, 12.2.2014)

Die Opposition schäumte, weil Spindelegger dort nur einen Kurzauftritt liefern und sich danach zur Sitzung der Euro-Gruppe in Brüssel verabschieden wollte. (ID 332; Die Presse, 14.2.2014)

Dass Josef Pröll die Bank 2009 in einer Blitzaktion verstaatlicht hat, wird noch für viel Diskussionsstoff sorgen - und für Verdächtigungen wie jene, er hätte nur seinen jetzigen Arbeitgeber Raiffeisen schützen wollen. (ID 333; Die Presse, 14.2.2014)

Prölls Nachfolgerin Maria Fekter dagegen wird vorgeworfen, sie hätte das Problem verschlimmert, indem sie notwendige Schritte vermieden hätte, um das Thema aus dem Nationalratswahlkampf herauszuhalten. (ID 334; Die Presse, 14.2.2014)

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache tut sich als besonders scharfer Kritiker der Regierung hervor - wohl auch, um von der Beteiligung der eigenen Partei am Desaster abzulenken. So waren die FPÖ und der frühere Parteichef Jörg Haider federführend, als es um den Expansionskurs der Bank und um die Haftungsübernahme durch das Land Kärnten ging. Ob die Strategie der FPÖ aufgeht, wird sich zeigen. Immerhin hat sie zwei gute Argumente auf ihrer Seite: Erstens war es nicht sie allein, die die Landeshaftungen übernahm, SPÖ und ÖVP stimmten mit. Zweitens ist das Desaster der Bank nicht zur Gänze in der Ära Haider entstanden, sondern auch unter bayrischer Führung und eventuell noch in der Zeit danach. (ID 335; Die Presse, 14.2.2014)

Die SPÖ versucht, sich aus der Diskussion um Schuldzuweisungen zurückzuhalten, wie man an der mangelnden Bereitschaft von Bundeskanzler Werner Faymann sieht, das Thema zu kommentieren. Die ÖVP will man nicht angreifen, auch weil die SPÖ bisher alle Entscheidungen der Finanzminister mitgetragen hat. Und die FPÖ an den Pranger zu stellen, bringt auch nicht viel. Die Strategie lautet, so wenig wie möglich anzustreifen. (ID 336; Die Presse, 14.2.2014)

Bis zu 13 Milliarden bleiben an den Steuerzahlern hängen. "Wie kommen wir dazu?", fragen sich viele Bürger. Wieso werden nicht jene Politiker belangt, die das Debakel verursacht haben? (ID 337; Kurier,

15.2.2014)

Die Stronachianer, noch angeführt vom milliardenschweren Frank, möchten das. Eine "Politiker-Haftung" mit dem Privatvermögen müsse her - damit Vertreter dieser Zunft "im Falle vorsätzlicher, grob fahrlässiger Handlungen zur Verantwortung gezogen werden können". Wie jetzt in Sachen Hypo, sagt Klubobfrau Kathrin Nachbaur: "Da wurde der Schaden durch Nichthandeln vergrößert." Neos-Chef Matthias Strolz drängt ebenfalls: "Diese Diskussion ist zu führen. Kommt die Politik weiterhin ihrer Rechenschaftspflicht nicht nach, leidet ihr Ansehen weiter." (ID 338; Kurier, 15.2.2014)

Selbst die populistisch versierten Blauen sagen: Einfach zu beantworten sei die Polit-Haftungsfrage nicht. Generalsekretär Harald Vilimsky: "Beschließen Politiker ein Projekt wie einen Bahntunnel, und dann stellt sich heraus, dass es gestoppt werden muss, weil bei der Unverträglichkeitsprüfung Fehler gemacht wurden, entsteht meist ein Millionen-Schaden. Soll deshalb der Politiker haften?" (ID 339; Kurier, 15.2.2014)

Der einstige SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky sieht ein weiteres Problem: "Wären sie haftbar, würden wohl nur Menschen in die Politik gehen, die sehr vermögend sind - weil andere sich das nicht leisten könnten." (ID 340; Kurier, 15.2.2014)

Ewald Nowotny, Notenbank-Chef und stets darauf bedacht, nicht zu sehr aufzufallen, hat nun also eine mögliche Hauptverantwortliche für das Hypo-Alpe-Adria-Desaster gefunden: Maria Fekter, bis vor Kurzem charmant-chaotische Finanzministerin und neuerdings Vernissagen-Beauftragte des ÖVP-Parlamentsklubs, genannt Kultursprecherin, habe Verzögerung und volles Ausmaß des Bankenlochs zu verantworten. Da hat Nationalbank-Chef Ewald Nowotny natürlich durchaus recht: Fekter war Ressortverantwortliche und hat - angesichts eines startenden Wahlkampfes - die Dinge fahrlässig treiben lassen. (ID 341; Die Presse, 16.2.2014)

Was Nowotny nicht dazusagt: Es waren die Notenbank und ihr Gouverneur Nowotny, die Fekter immer wieder konsultierte. Von lauten oder leisen Warnungen Nowotnys war in dieser Zeit nichts zu hören gewesen. Es war übrigens die Notenbank, die der Hypo im Herbst 2008 - zum Höhepunkt der Finanzkrise - ein erstaunlich freundliches Zeugnis ausstellte. Und einen "Bereinigungsprozess im Kreditportfolio" feststellte. Alles paletti also, die Bank werde sich bald wieder fangen. Daran glaubt heute natürlich längst keiner mehr, am wenigsten die internationalen Ratingagenturen. (ID 341; Die Presse, 16.2.2014)

Problematischer sind da schon die Auffassungen zum Bundesland Kärnten. Soll das Land, dessen verstorbener Ex-Landeshauptmann Jörg Haider (erst FPÖ, dann BZÖ) das gesamte Fiasko zu verantworten hat und dessen aktueller Landeschef Peter Kaiser von der SPÖ bei den absurden Landeshaftungen für die Bank mitstimmte, einen größeren Beitrag zu den bis zu 19 Milliarden Euro leisten oder nicht? (ID 343; Die Presse, 16.2.2014)

Der Begriff "Kollektivschuld" kann nicht zufällig gewählt sein, zu sehr hat sich Kaiser früher um Vergangenheitsbewältigung bemüht, um den Begriff nicht genau zu verstehen. Kollektivschuld weisen Politiker von Österreich immer von sich, wenn es um die Verantwortung für den Holocaust geht. (ID 344; Die Presse, 16.2.2014)

Die "NZZ" sieht vor allem ein Problem: "Die verschleppte Abwicklung der Hypo führt automatisch zu den Schwachpunkten des Systems: Politiker, die sich um unangenehme Entscheidungen drücken, parteipolitische Abhängigkeiten in vielen Behörden und Institutionen sowie Kontrollgremien, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind beziehungsweise diese nicht wahrnehmen wollen. Nun hätte ein weniger verfilztes System als das österreichische, das unverschämt Parteien- und Klientelinteressen über das des Gesamtstaates stellt, das Debakel der Hypo nicht verhindern können. Doch die Gesamtbelastung der Steuerzahler wäre wohl um einiges geringer ausgefallen." Dem ist nichts bis wenig hinzuzufügen, außer das, was die "NZZ" den Konstruktionsfehler Österreichs nennt: Das Land ist weder Staatenbund noch echter Bundesstaat. Es gibt verfassungsrechtlich keine Regelung, ob es nun eine echte finanzielle Solidaritätspflicht der Länder untereinander gibt oder eine des Bundes gegenüber den Ländern. Was passiert, wenn ein Bundesland in die Insolvenz schlittert, ist ohnehin niemals überlegt worden. Ein sehr schwerer Fehler. (ID 345; Die Presse, 16.2.2014)

Aus dem Umfeld von Bundeskanzler Werner Faymann war am Sonntag zu erfahren, dass er die Hypo-Causa im Parlament vor allem als ein "blaues Debakel aus Kärnten" darstellen werde. Der Rückkauf der Bank sei aber notwendig gewesen. Seither habe sich die Bilanzsumme der Hypo um mehr als zehn Milliarden Euro verringert. Jetzt gelte es, die Kosten für die Steuerzahler so gering wie möglich zu halten. (ID 346; Kurier, 17.2.2014)

Auch SPÖ-Geschäftsführer Norbert Darabos widmet sich vor allem der Vergangenheitsbewältigung: "Die Milliardenkatastrophe rund um die Hypo ist ganz klar auf blauem Mist gewachsen. Die FPÖ trägt historisch die Verantwortung für diesen Irrsinn, den Staat und Steuerzahler auszubaden haben." (ID 347; Kurier, 17.2.2014)

Die Grünen wollen vor allem erreichen, dass die Regierung die Alteigentümer der Hypo und die Anleihegläubiger zur Verantwortung zieht. Finanzsprecher Werner Kogler greift die "früheren Eigentümer, nämlich die BayernLB, die Grazer Wechselseitige und die Gruppe um Tilo Berlin" an. Sie alle hätten die "Hypo Alpe-Adria dazu genutzt, mit null Risiko die allerhöchsten Renditen zu machen". (ID 348; Kurier, 17.2.2014)

Verstaatlichung 2009 Wirtschaftsforscher Christian Keuschnigg meldete sich in der ORF-Pressestunde zu Wort. Seiner Ansicht nach habe die Regierung - damals Werner Faymann und Josef Pröll - schon die Notverstaatlichung 2009 "schlecht verhandelt". Bei "reiflicher Überlegung" hätte es "besser ausgehen können". Die Regierung habe keine Erfahrung mit der Abwicklung von Banken gehabt und es habe noch keine EU-Regelung dafür gegeben. "Die Mutter aller Probleme" seien aber die Kärntner Milliarden-Haftungen für die Hypo, ist Keuschnigg überzeugt. Das Bundesland Kärnten und damit jetzt der Bund haben Garantien für die Hypo-Anleihen übernommen. Wenn diese Garantien nicht mehr eingelöst werden, sei dies "ein gewisser Staatsbankrott" und "die Handschlagqualität des Staates" infrage gestellt, warnte der Experte. (ID 349; Kurier, 17.2.2014)

Aber auch auf anderen Internetplattformen und in Foren hat sich der Protest bereits formiert. Kein Cent Steuergeld solle mehr geopfert werden, fast 8000 Bürger forderten bis gestern schon die Offenlegung der Hypo-Gläubiger. An den Stammtischen ist die Pleite-Bank ebenso Gesprächsthema Nummer 1. Dass die Schuldigen je vor dem Richter landen werden, glauben aber die wenigsten. (ID 351; Kronen Zeitung, 17.2.2014)

Tenor: "Die da oben werden es sich wieder richten - und wir sind die Blöden "  
Heute, Montag, findet im Nationalrat eine Sondersitzung zur Kärntner Problembank statt. ÖVP-Finanzminister Michael Spindelegger versichert derweil, dass das Debakel keinesfalls die kolportierten 19 Milliarden Euro kosten wird. "Es wird weit weniger sein." (ID 352; Die Presse, 17.2.2014)

Wallner: „Die Regierungsspitze soll endlich die Richtung definieren, in die es gehen soll, und das auch richtig kommunizieren. So wie in den letzten Tagen geht man mit der Öffentlichkeit nicht um“. „Ein Bundeskanzler auf Tauchstation trage dazu nicht bei. Sehr verärgert“ ist Wallner über den Imageschaden, der durch das Debakel der Hypo Alpe Adria allen Hypos drohe. Man differenziere nicht, spreche allgemein nur von der Hypo. „Wir haben mit der Hypo Landesbank eine kerngesunde Bank, ich will nicht, dass die in dieser Diskussion zum Handkuss kommt“. (ID 353; Der Standard, 18.2.2014)

Meldungen über einen geheimen Notfallplan, der die Hypo Vorarlberg 200 Millionen Euro kosten würde, sind für Wallner Spekulation: „Das wurde von keiner Seite bestätigt.“ Kritik an der hohen Landeshaftung (4,7 Milliarden Euro) relativiert Wallner: ?Im September 2017 sind 98 Prozent dieser Haftung weg. Außerdem hat unsere Hypo 1,2 Milliarden Eigenmittel. (ID 354; Der Standard, 18.2.2014)

Team Stronach und Neos wollen Haftungen von Politikern mit Privatvermögen für deren Fehlentscheidungen. Kann man machen, aber dann entscheidet überhaupt niemand mehr etwas. Mit dem gleichen Recht könnte man übrigens eine Wählerhaftung einführen. Unbestritten ist, dass die Hauptschuld am Hypo-Alpe-Adria-Debakel Jörg Haider zukommt, der den ruinösen Expansionskurs der Bank mit aberwitzigen Landeshaftungen ermöglichte (die anderen Parteien haben mitgestimmt aus Angst vor Wählerbestrafung). Dass Haider größenwahnsinnige Scharlatanerie betrieb, hätte der Kärntner Wähler aber schon früher sehen können: Die Geldvernichtungsmaschinen Wörtherseebühne und Wörtherseestadion fielen schon 2003 an. Aber 2004 feierte Haider mit 42,5 Prozent einen triumphalen Wahlsieg. 139.479 Kärntner Wähler ließen sich von Haiders Populismus (teilweise buchstäblich) besoffen machen. Sind die jetzt mit haftbar? (ID 355; Der Standard, 18.2.2014)

Es könne nicht sein, dass sich die Alteigentümer - neben der Bayern Landesbank, das Land Kärnten und eben auch die GRAWE - billig aus der Verantwortung stehlen konnten, während dem Steuerzahler das volle Risiko umgehängt werde. Wie hoch der Anteil der Versicherung war, ob das die kolportierten lächerlichen 30 Millionen Euro gewesen sind, wird wohl ein parlamentarischer Unterausschuss ans Licht bringen. Ergo, so Kogler, sei es würdig und Recht, dass alle an dem Debakel Verantwortlichen in die Pflicht genommen werden. Und er richtete in Zusammenhang mit der steirischen Assekuranz konkrete Fragen an Finanzminister Michael Spindelegger: Wie hoch eben die finanzielle Beteiligung an den bisherigen Kosten der Hypo-Havarie war. Oder: Wieviel der noch zu leistende finanzielle Beitrag der GRAWE zur Sanierung sein soll? Die Antworten des Ministers: Schall, Rauch, Worthülsen, nix Konkretes! (ID 356; Kronen Zeitung, 19.2.2014)

Dafür werden keine Kosten gescheut. Zu den bisher kolportierten Beraterhonoraren im Fall Hypo von 300 Millionen Euro dürften viele Millionen dazukommen. Spindelegger macht das nichts aus: "Ich glaube, dass niemand ausreichend budgetiert hat, was in der Hypo auf uns zukommt, auch nicht, was Beratung betrifft. Aber Expertise, die uns hilft, einen Fehler zu vermeiden, ist allemal besser, als einen Fehler zu machen. Deshalb möchte ich mir keine Schranken auferlegen", sagte er auf Puls4. (ID 357; Kurier, 21.12.2014)

Die oberösterreichische SP-Nationalrätin Daniela Holzinger macht sich als einzige Vertreterin der Regierungsparteien für einen Hypo-Bank-Untersuchungsausschuss stark. Ihr sozialistischer Landeschef

Reinhold Entholzer findet das "nicht schlau" und wird ihr das auch persönlich sagen, nachdem er es sie per Zeitung schon einmal wissen ließ. Schlau ist das Verhalten der jungen Dame vielleicht nicht, aber anständig. Reinhold Entholzer mag zwar schlau sein, dafür fehlt's ihm an Anstand. Seine "Haltung" fällt wohl unter "situationselastisch", ein ähnlich dummes Modewort wie "Nullwachstum". (ID 358; Kurier, 23.2.2014)

Solange immer nur "Oberflächenkosmetik" betrieben wird, werden immer wieder wir Steuerzahler trotz zur Kasse gebeten werden. Die Probleme müssen radikal, das heißt an der Wurzel, beseitigt oder zumindest verringert werden. Immer mehr Menschen haben folgende Erwartungen an die Politik. Erstens: Spekulationen mit öffentlichen Geldern sind grundsätzlich zu verbieten. Zweitens: Unser Steuersystem ist radikal zugunsten der unteren und mittleren Einkommensbezieher zu ändern. Drittens: Das Bankgeheimnis ist abzuschaffen. Viertens: Die immer größer werdenden Einkommensunterschiede zwischen einfachen Arbeitnehmern und Managern sind nicht zu rechtfertigen, kein Mensch kann eine x-fache Verantwortung übernehmen. (ID 359; Kurier, 23.2.2014)

Aufstieg und Fall der Hypo Alpe Adria könnten getrost als Plot für einen Wirtschaftskrimi dienen im Mittelpunkt der Handlung müsste jener Mann stehen, der die Bank von Ende 1992 bis Sommer 2006 geführt hat: Wolfgang Kulterer. 1992 hatte die Bank 1,87 Mrd. Euro Bilanzsumme, die stieg bis 2008 auf 43,3 Mrd. (...) Klar war, spätestens, seit damals: Die Bank wuchs viel zu schnell, war chronisch unterkapitalisiert und ihre Risikosysteme funktionierten nicht. Prüfungen der Aufsicht gab es in der Folge sogar. Aber: Die kritischen Berichte (wie der über die Eigenkapitalfinanzierung via Vorzugsaktien und Liechtenstein) dürften niemanden interessiert haben. (ID 360; Der Standard, 25.2.2014)

Der Grüne Werner Kogler will keine Namen für potenzielle Weise nennen: "Ein Weisenrat, der einen U-Ausschuss ersetzen soll, ist eine politische Bankrott-Erklärung." Die Regierung wolle mit dem Vorschlag "nur Druck aus der öffentlichen Diskussion rausnehmen". Aber es sei "denkbar, dass kein U-Ausschuss kommt". (ID 361; Kurier, 26.2.2014)

Ob es für eine Verurteilung reicht, müsse das Gericht klären. Für den pensionierten Rechtsanwalt besteht der Verdacht, dass "zumindest grob fahrlässig" gehandelt wurde, "und im Management gab es Kriminelle". (...) Alles auf den Tisch Das Hypo-Desaster müsse aber nicht nur juristisch, sondern auch politisch aufgearbeitet werden, befindet Steger. Die Vorgänge rund um die "Rückübernahme der Bank" von den Bayern, also die Notverstaatlichung im Jahr 2009, müssten geklärt werden. "Es sagt kein Mensch, dass der Herr Faymann oder der Herr Spindelegger etwas verbochen haben. Die dürfen das jetzt nicht zudecken. Wir brauchen die Hygiene für Österreich." (ID 362; Kurier, 7.3.2014)

ÖVP-Finanzminister Michael Spindelegger hat im blauen Hypo-Debakel Nägel mit Köpfen gemacht und Millionen für die Steuerzahler erkämpft. Eine Ungeheuerlichkeit! Zwölf Milliarden werden mutwillig verprasst, diese Finanzgenies aber "ersparen" dem Volk Summen im Promillebereich. (ID 363; Die Presse, 16.3.2014)

Was wäre schlecht an einer Insolvenz gewesen? Ein Konkurs Kärntens hätte "unabsehbar negative Folgen für die Falschen gehabt", sagt Bundeskanzler Werner Faymann. Man würde gern wissen, wen er mit den Falschen meint. Spekulanten? Banken? (ID 364; Die Presse, 16.3.2014)

FPÖ-Anhänger und deren Gegner lieferten sich Schreiduelle darüber, wer Schuld an der Misere habe. Andreas Dettloff und sein Team organisierten die Kundgebung. "Seit 2009", sagt Dettloff, "wird uns der U-Ausschuss als Minderheitenrecht versprochen". Doch nichts sei passiert. Roland Giersig war hier, um aufzurütteln: "Die Leute merken nicht, dass man ihnen auf der Nase herumtanzt." (ID 365; Kurier, 11.4.2014)

Auch die Opposition hatte auf Initiative der FPÖ einen Antrag für einen U-Ausschuss eingebracht. Allerdings mit dem gravierenden Unterschied, dass die politische Verantwortung erst ab dem Zeitpunkt der Notverstaatlichung der Bank am 14. Dezember 2009 untersucht werden solle. "Da liegt der Verdacht nahe, dass etwas vertuscht werden soll", sagte ÖVP-Klubobmann Ferdinand Hueter zum KURIER. Schließlich habe der vom damaligen Landeshauptmann Jörg Haider (FPÖ, BZÖ) betriebene Verkauf der Hypo an die BayernLB am 22. Mai 2007 die Bank endgültig ins Desaster geführt. (ID 366; Kurier, 11.4.2014)

Kritisiert wird aber auch die Informationspolitik der BayernLB, die auch im vergangenen Jahr schon eine recht zögerliche war. Noch im Dezember 2007 hatte ein Sprecher erklärt, dass die nötigen Abschreibungen 100 Millionen Euro nicht übersteigen würden. Zwei Monate später musste der inzwischen abgelöste Vorstandschef Werner Schmidt eine 19-mal höhere Belastung eingestehen. (ID 367; Der Standard, 22.10.2008)

Die FDP zeigt sich "entsetzt" über das Verhalten der CSU; das wahre Ausmaß der Probleme sei nicht offen auf den Tisch gekommen, womit "das Vertrauen in den potenziellen Koalitionspartner nicht gerade gefördert wird", so der Generalsekretär der bayerischen FDP, Martin Zeil. (ID 369; Die Presse, 23.10.2008)

In der CSU wiederum schiebt man der Landesbank den Schwarzen Peter zu, indem man deren Informationspolitik heftig kritisiert. Allerdings stellt die CSU selbst mehrere Kontrolleure im Verwaltungsrat der BayernLB und steuert deren Geschicke. Wer hat also die Milliardenrisiken vertuscht? (ID 369; Die Presse, 23.10.2008)

Der Verkauf der Hypo an die Bayern 2007 wurde laut profil in einem Bericht des Kärntner Landesrechnungshof scharf kritisiert. Demnach habe der verstorbene Landeshauptmann Haider die Verhandlungen mit den Bayern gesetzeswidrig am Aufsichtsrat vorbei geführt. (ID 370; Kurier, 16.11.2009)

In Bayern kritisiert die Opposition, dass mit deutschem Steuergeld eine österreichische Bank gerettet werden soll. Noch dazu, wo die Probleme in Klagenfurt nichts mit der Finanzkrise zu tun haben. Die riskanten Geschäften gehen auf die Zeit zurück, als die Hypo vom Land Kärnten kontrolliert wurde. (ID 371; Die Presse, 21.11.2009)

Wie schon 2006 beim Aufliegen der Spekulationsverluste von 2004 (rund 328 Mio. Euro; der damalige Vorstand wurde wegen Bilanzfälschung belangt) kritisierte die Aufsicht die "Eigenmittelausstattung, die wegen des starken Wachstums der Bank immer knapp bemessen war". Die Eigner (Land und Grawe) wollten schon damals nichts spendieren, also "war die Bank immer gezwungen, selbst Eigenmittel zu generieren" - was sie auch tat, teils über originelle Konstruktionen. Zum Teil wurde Eigenkapital der Gruppe über Kunden (auch Anstalten und Stiftungen, deren Hintermänner man nicht kennt) der Liechtenstein-Tochter aufgestellt; angeblich mit Hypo-Krediten. Aus einem Brief der OeNB an die Finanzmarktaufsicht FMA vom 11. April 2007: "Es besteht die begründete Vermutung, dass (...) Finanzierungen von Konzerneigenmitteln über die Tochterbank (in Liechtenstein; Anm.) abgewickelt wurden", was "aufklärungswürdig" erscheine (ID 372; Der Standard, 14.12.2009)

Zum Teil wurde Eigenkapital der Gruppe über Kunden (auch Anstalten und Stiftungen, deren Hintermänner man nicht kennt) der Liechtenstein-Tochter aufgestellt; angeblich mit Hypo-Krediten. Aus einem Brief der OeNB an die Finanzmarktaufsicht FMA vom 11. April 2007: "Es besteht die begründete Vermutung, dass (...) Finanzierungen von Konzerneigenmitteln über die Tochterbank (in Liechtenstein; Anm.) abgewickelt wurden", was "aufklärungswürdig" erscheine. (ID 373; Der Standard, 14.12.2009)

Beim Leasinggeschäft lagen die OeNB-Prüfer nicht so gut: "Beteiligungsmanagement und Reporting der Leasinggruppe kann als gut strukturiert und in Hinblick auf seine Risikoorientierung als angemessen beurteilt werden". Heute weiß man, dass ungefähr die Hälfte aller Vorsorgen aufs Leasinggeschäft entfällt und jede Menge Leasingobjekte wie Yachten und Luxusschlitten verschwunden sind. (ID 374; Der Standard, 14.12.2009)

Vermutet werden "Verschiebungen von Geldern an dubiose Personen" und Finanzierungen, die sich im Kreis drehen. Die Bank jedenfalls soll bei einigen dieser Fälle nicht wissen, von wem sie den Kredit zurückverlangen soll. Für eine offizielle Stellungnahme war bei der Hypo Group Alpe-Adria vorerst niemand erreichbar. (ID 375, Kurier, 15.12.2009)

"Während angesichts der Hypo-Pleite in Bayern die Rücktrittswelle anrollt, bleiben die Verantwortlichen in Kärnten auf den Sesseln kleben." (ID 376; Kurier, 16.12.2009)

"Ich habe die Nase schön langsam voll" sagte VP-Finanzminister Josef Pröll, dass Kärntens Landes-Verantwortliche "so tun als wäre nichts geschehen" In Zukunft wollen Werner Faymann und Josef Pröll die Länder daher stärker an die Kandare nehmen. Die Regierung arbeitet an einem Gesetz, das die Höhe der Haftungen limitieren soll, die die Länder übernehmen. (ID 377; Kurier, 16.12.2009)

BZÖ-Chef Uwe Scheuch offerierte seine Version, warum Kärnten so scharf für die Hypo-Pleite kritisiert wird: "Das geschieht aus parteitaktischem Kalkül - eine späte Rache an Jörg Haider." Die Bank, so Scheuchs Befund, sei durch die Wirtschaftskrise in die Misere geschlittert - und mit Hilfe der Landesregierung gerettet worden. (...) Immerhin habe man ja noch bis Ende Juni des nächsten Jahres Zeit, eine Lösung zu finden. "Lösung" aber heißt, so musste Dörfler einräumen, dass es "Veränderungen im Sozialsystem" gibt - und was damit konkret gemeint ist, ließ der Landeshauptmann kurz anklingen: Die Pendlerpauschale wird gekürzt. (ID 378; Kurier, 16.12.2009)

Bank-Austria-Generaldirektor Willibald Cernko übte am Dienstag harsche Kritik an der Vorgangsweise Bayerns. Der öffentliche Eigentümer habe sich zur Hintertür hinausgeschlichen und einen Sack voller Probleme zurückgelassen, die nun von den Steuerzahlern gelöst werden müssten. (ID 379; Kurier, 16.12.2009)

Nein, weil es dabei selbstverständlich nicht gegen die Kärntner Bevölkerung gehen darf, sondern um ignorante, selbstherrliche Politiker, die Probleme immer noch leugnen und sogar weglügen. (ID 380; Kurier, 16.12.2009)

Monatelang hielt der Minister einen brisanten Prüfbericht vor dem Landtag geheim. Zudem muss er sich gegen Spekulationen wehren, die Verfasserin habe den heiklen Bericht unter Druck entschärft. (ID 381; Die

Presse, 16.12.2009)

Der Rückzug Kemmers sei richtig, stelle aber ein Ablenkungsmanöver dar, kritisierte die Vizevorsitzende der Landesbank-Kontrollkommission des Landtags, Inge Aures (SPD), am Dienstag in München. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) müsse "endlich auch auf der politischen Ebene" Konsequenzen ziehen. (ID 382; Die Presse, 16.12.2009)

In München untersucht die Staatsanwaltschaft, ob die Übernahme der Hypo Group durch die BayernLB auf kriminellen Absprachen basiert. Ermittelt wird in diesem Zusammenhang vorerst nur gegen Ex-BayernLB-Chef Werner Schmidt wegen des Verdachts der Untreue. (ID 383; Die Presse, 31.12.2009)

Schmidt bestreitet alle Vorwürfe. Für ihn gilt die Unschuldsvermutung. In Bayern fordern die Grünen die Justiz auf, auch gegen Berlin ein Verfahren einzuleiten. Gegen Berlin, der ebenfalls alle Anschuldigungen zurückweist, wird nicht ermittelt. (ID 384; Die Presse, 31.12.2009)

"Wir wollen endlich wissen, wer sonst noch kassiert hat", verlangt SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher. "Das Versteckspiel muss aufhören", argumentieren auch die Grünen. (ID 385; Die Presse, 31.12.2009)

Aus Finanzkreisen heißt es, dass eine "Vor-Ort-Prüfung der Finanzmarktaufsicht 2007 letztlich dazu geführt hat, dass der Hypo Liechtenstein zugedreht wurde". Sehr rasch sei man auf Verbindungen zu Zagorec gestoßen, auch wurde aufgedeckt, "wie durch Tricks Eigenkapital auf Kredite generiert wurde". (ID 386; Kurier, 2.1.2010)

Die Süddeutsche Zeitung hegt unterdessen den Verdacht, dass es bei der Übernahme der Hypo durch die BayernLB auch zu Insidergeschäften gekommen ist. Konkret geht es um jene Investoren, die bei der Hypo kurzzeitig eingestiegen sind und ihre Anteile dann mit hohem Gewinn an die BayernLB wieder verkauft haben. (ID 387; Kurier, 2.1.2010)

Grasser ließ den format-Bericht aber umgehend dementieren: Es stimme nicht, dass Grasser während seiner Zeit als Finanzminister Ende 2006 über eine Schweizer Treuhandgesellschaft einen Hypo-Genussschein im Wert von 500.000 Euro gezeichnet und damit einen satten Gewinn erzielt habe, teilte sein Anwalt Manfred Ainedter mit. "Nicht überall, wo ein Skandal ist, ist ein Grasser drin", sagte Ainedter. (ID 388; Kurier, 15.1.2010)

Ob das Investment tatsächlich riskant war, oder ob Tilo Berlin vielleicht schon vorher gewusst hat, dass die Bayerische Landesbank die Anteile zu einem höheren Preis übernehmen wird, prüfen nun die Staatsanwälte in München. (ID 389; Kurier, 15.1.2010)

Die Liechtenstein-Bank war immer schon das schwarze Loch der Hypo-Gruppe gewesen. Nach Auffliegen der Swapverluste (2006) hatte die österreichische Aufsicht in ihrem Bericht geklagt, mangels Zugriff auf Daten "keine Evaluierung" der Risiken vornehmen zu können. Man hatte, wie berichtet, keine Idee, mit wem die Hypo Geschäfte machte. Zudem äußerten die Prüfer 2007 "die begründete Vermutung, dass in der Vergangenheit die Finanzierung von Konzerneigenmitteln über diese Tochterbank abgewickelt wurde". (ID 390; Der Standard, 20.1.2010)

Der Landesrechnungshof hatte, wie berichtet, den Deal mit den Bayern überprüft. Heftig kritisiert wurde im Prüfbericht etwa die Art der Einbindung von Wirtschaftsprüfer Dietrich Birnbacher beim Verkauf an die Bayern. Haider und Josef Martinz (ÖVP; ein Kunde und Freund Birnbachers) hatten den Berater bestellt ohne die Landesholding (damals Hypo-Aktionärin) zu informieren. Birnbacher kassierte sechs Mio. Euro Honorar aus dem Kärntner Zukunftsfonds (auf die restlichen sechs Mio. hat er verzichtet); Einblick in sein Leistungsverzeichnis hatten die Prüfer nie vollständig erhalten. (ID 391; Der Standard, 18.2.2010)

Während bisher davon ausgegangen wurde, dass "reiche Russen" (die 2007 die Staatsbürgerschaft bekommen sollten) für den Geldfluss verantwortlich waren, gibt es nun andere Hinweise. Haider und seine engsten Mitarbeiter hätten dem Wolfsberger Rennfahrer versprochen, die Million aufzustellen, letztlich hätten sich aber keine Sponsoren gefunden. Nolens volens sei die Landesbank Hypo in die Bresche gesprungen - und habe das Geld selbst flüssig gemacht und überwiesen. Das Konto, über das diese Zahlung lief, sei "derzeit nicht auffindbar", wird dem Standard berichtet. (ID 392; Der Standard, 18.2.2010)

Pröll hatte vorige Woche von Indien aus eine 100-köpfige "CSI Hypo" angekündigt, die im Skandal rund um die ehemalige Kärntner Landesbank Hypo Alpe Adria "jeden Beleg umdrehen" solle. Es sei empörend, "dass man für 100 Richter überhaupt kein Geld hat, aber dafür erfinden wir eine Geschichte aus dem Fernsehen". Außerdem fragt sich der Richter, welche Belege Prölls "eigenmächtige Ermittlungstruppe" eigentlich "umdrehen" soll, "wenn der Staatsanwalt ohnehin die meisten Akten aus der Hypo in Beschlag genommen hat". (...) Die Regierung solle bei den beiden Treffen mit Finanzminister Pröll und Beamtenministerin Heinisch-Hosek endlich seriöse, "sinnvolle Gespräche" anbieten, fordert Zinkl, dann würden die Richter und Staatsanwälte die weiteren Proteste absagen. (ID 393; Der Standard, 25.2.2010)

Aber speziell Ex-Hypo-Auslandschef Striedinger galt in der Bank als das Mastermind für Kroatien. Die Hypo soll dort in eine angebliche Geldwäsche-Affäre rund um Ex-General Vladimir Zagorec verwickelt gewesen sein - was heftig bestritten wird. (ID 394; Kurier, 26.2.2010)

Anfang Dezember 2009, kurz vor der Notverstaatlichung durch die Republik Österreich, hatten die bayerischen Grünen kritisiert, dass die Ermittlungen der bayerischen Justiz vom Kärntner Hypo-Vorstand torpediert würden. (ID 395; Kurier, 26.2.2010)

der Standard hat am 20. Mai unter dem Titel "Hypo Leasing: Sehenden Auges ins Finanzfiasko" auf Seite 25 aus dem "fraud report" der PwC über Deals der Kärntner Hypo Leasing Holding (HLH) berichtet. Demnach hätten die Prüfer Spesen für eine Reise der HLH-Chefs (Josef Kircher, Stefan Duller, Albert Modritsch) samt Partnerinnen zu einem Autorennen nach Silverstone kritisiert, Kircher sei unter den Mitreisenden gewesen. Bezahlt habe den Trip (über einen Berater) die HLH. Tatsächlich hat Kircher aber, weder allein noch mit Partnerin, an einer solchen Reise zu einem Autorennen nach Silverstone teilgenommen; das lässt er auch durch seinen Anwalt betonen. Die Hypo Leasing hat daher auch keinen derartigen Trip bezahlt. (ID 396; Der Standard, 26.5.2010)

Was die Prüfer zudem kritisierten war das Entlohnungssystem. "Leitende Mitarbeiter der HLH und verbundener Unternehmen erhielten - neben ihren regulären Bezügen - Konsulentenhonorare." Wofür, ist unklar. PwC: "Welche nicht durch ihre Dienstbezüge abgegoltenen Leistungen erbracht wurde, konnte ... nicht geklärt werden." (...) Laut PwC bestehe "der Verdacht, dass es sich um Scheinrechnungen handeln könnte: Dem Vernehmen nach soll ein Zusammenhang mit der Beendigung eines Rechtsstreits bestehen", den ein österreichischer Unternehmer mit der Hypo damals in Kroatien ausgefochten hat. (ID 397; Der Standard, 26.5.2010)

Bank-Dokumente erhellen nun auch die Hintergründe jener Kapitalerhöhung des Jahres 2004, die die Notenbank (OeNB) in einer Vor-Ort-Prüfung im Mai 2007 analysiert und kritisiert hat, weil sie vermutete, dass dabei Hypo-eigenes Geld im Kreis gedreht wurde. Der Aufsicht waren damals wesentliche Details nicht bekannt; nun apert sie heraus. (ID 398; Der Standard, 2.6.2010)

Wie berichtet kritisiert Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia laut Format das bisherige Vorgehen Österreichs massiv, das vorgelegte Restrukturierungskonzept skizziere die nachhaltige Sanierung "nicht glaubhaft". Die Behörden (Finanzministerium und Aufsicht) hätten die Lage unrealistisch positiv eingeschätzt, dagegen hätte die BayernLB ihre Tochter zeitgleich nicht als "strukturell gesund" beschrieben. (ID 399; Der Standard, 10.7.2010)

Der Kärntner Landeshauptmann, Gerhard Dörfler, hat indes vor dem BayernLB- und Hypo-Untersuchungsausschuss in München erneut betont, dass Bayern die Risiken gekannt haben musste. Er hat den Umgang der BayernLB mit der 2007 übernommenen Kärntner Hypo kritisiert. Nach der Übernahme habe die BayernLB Gas gegeben und dann eine Vollbremsung hingelegt, sodass der Airbag geplatzt sei, sagte Dörfler. Das habe den Schaden vergrößert. (ID 400; Kurier, 10.7.2010)

Pilz bemängelt nun, dass die kroatischen Ankläger nur faulen Krediten und der Causa Zagorec (der Ex-Vizeverteidigungsminister soll für diverse Projekte "Überfinanzierungen" von der Hypo bekommen haben) nachgehen würden. "Der Komplex Parteienfinanzierung wird überhaupt nicht untersucht. Es gibt offenbar keinen Ermittlungsauftrag der Österreicher an die Kroaten. Das ist befremdlich", kritisiert Pilz. Er mutmaßt, dass die heimischen Ermittler "einen Bogen" um dieses Thema machen. (ID 401; Kurier, 1.9.2010)

1992 holte ihn VP-Landeshauptmann Christof Zernatto in den Vorstand der Landeshypotheken-Bank, was von FP-Chef Jörg Haider als "rot-schwarze Packelei" kritisiert wurde. (ID 402; Kurier, 5.11.2010)

"Aufgrund der begrenzten Mitarbeiterkapazitäten besteht ein nicht unerhebliches (...) Risiko hinsichtlich der ordnungsgemäßen Wartung bzw. Kontrolle der Daten", kritisierten die Prüfer. Ihr Rat: "Trennung der Verantwortlichkeiten und Implementierung von Kontrollen von unabhängige Stellen". (...) "Die Kreditanträge waren teilweise fehlerhaft und unvollständig. Dies zeigt sich (...) in unplausiblen Informationen in Kreditanträgen wie irreführenden Angaben (...) und teilweise unkritische Übernahme von wirtschaftlichen Plandaten des Kreditnehmers." Die Prüfer stellten fest, "dass die Anträge teilweise nicht ordnungsgemäß und kompetenzgerecht genehmigt und die Ratingklasse nicht immer gemäß Kredithandbuch ermittelt wurde". (ID 403; Der Standard, 4.12.2010)

"Die Bayern hatten gewusst, dass die Bilanzen der Hypo nicht astrein waren", zog der jetzige Anwalt der Hypo-Alpe-Adria-Bank, Guido Held, kürzlich als Schlussfolgerung. Risiken wollten die Bosse aus München damals offenbar wirklich nicht sehen. Denn sie unterzeichneten sogar einen weiteren Zusatz zum Kaufvertrag, der der BayernLB so gut wie keine Chancen auf spätere Schadensersatzklagen lässt. (ID 404; Kurier, 18.12.2010)

Laut Finanzprokurator wurde bei der Hypo Alpe Adria die Bilanz 2007 "geschönt". Eigentlich hätte das Institut damals einen Verlust ausweisen müssen. Damit die Bank positiv bilanzieren konnte, seien nicht nur hohe Rücklagen aufgelöst, sondern auch zweifelhafte Beteiligungsverkäufe getätigt worden. Den

Abschreibungsbedarf aus den inzwischen geplatzten Krediten habe man "bewusst" nicht erfasst. Trotzdem ließen sich die früheren Eigentümer eine Sonderdividende von 50 Mio. Euro auszahlen. (ID 405; Die Presse, 29.3.2011)

Laut Finanzprokuratur stelle der Verkauf der Hypo-Consultants eine "eklatant sorgfaltswidrige Geschäftsführungshandlung" dar. Die Grazer Wechselseitige und Grigg versichern, stets korrekt gehandelt zu haben. In der Hypo Consultants waren Immobilien auf dem Balkan geparkt. (ID 406; Die Presse, 29.3.2011)

Der Chef der Grazer Wechselseitigen-Versicherung, Othmar Ederer, griff beim Kärntner Hypo-Untersuchungsausschuss die Bayerische Landesbank scharf an. Die Bayern hätten ihre Führungsrolle bei der 2007 erworbenen Hypo Alpe Adria nicht wirklich wahrgenommen. Über die Notverstaatlichung Ende 2009 sei die Grazer Wechselseitige als Minderheitseigentümer nicht ausreichend informiert worden, kritisierte der Manager. (ID 407; Die Presse, 31.3.2011)

Nach Ansicht der Republik Österreich ist die Dividende zu Unrecht ausbezahlt worden. Sie verlangt von den früheren Hypo-Eigentümern 50 Mio. Euro plus Zinsen. Die GraWe-Tochter Bank Burgenland soll 26 Mio. Euro zahlen. (ID 408; Die Presse, 31.3.2011)

Besonders locker saß den Hypo-Chefs das Berater-Honorar im desaströsen Jahr 2009. Rund 60 Millionen Euro gab die Bank dafür aus. Ungewöhnliches passierte dabei: Die Halbjahresbilanz wurde entgegen den ursprünglichen Beschlüssen nicht nur von Deloitte, sondern zusätzlich auch noch von PriceWaterhouseCoopers (PWC) geprüft. (...) Insgesamt 170.000 Euro bekam Hengstberger für das Gutachten zur Hypo-Kapitalerhöhung, das fehlerhaft ist: Unter anderem hat er Schweizer Franken und Euro verwechselt. (ID 409; Kurier, 9.5.2011)

Der von Hypo-Chef Gottwald Kranebitter initiierte Kapitalschnitt sorgt für Unmut. "Wir werden deswegen eine Anwaltskanzlei einschalten, denn diese Vorgangsweise ist nicht fair", sagt Hans-Jörg Megymorecz, Vorstand der Kärntner Landesholding, zur "Presse". (ID 410; Die Presse, 1.6.2011)

Einmal mehr attackierte Petzner die Manager der Bayerischen Landesbank und vor allem Ex-Finanzminister Josef Pröll (ÖVP). Die Bayern hätten die Hypo auf "kriminelle Weise" an die Wand gefahren und sie dann "der Republik hingeknallt". Erst hätten sie in Krisenzeiten einen massiven Expansionskurs gefahren und als es brenzlig wurde, der Bank vorsätzlich Kapital entzogen. Die Notverstaatlichung sei ein "schwerer Fehler" gewesen. (ID 411; Der Standard, 15.9.2011)

Auch das Gutachten von Price Waterhouse Coopers, das einen Wertberichtigungsbedarf von 1,7 Mrd. Euro ermittelte und damit zur Notverstaatlichung führte, wird im Finanzministerium bezweifelt: Es gehe von "außerordentlich risikobewussten Ansätzen aus und erachte auch solche Kreditgeschäfte teils bis auf null wertberichtigungsbedürftig, bei denen auch nur ganz geringe Risikofaktoren erkennbar seien". (ID 412; Der Standard, 15.9.2011)

Recht leger ging es laut Birnbacher schon bei seiner Mandatierung zu. Haider habe ihn "lediglich" gefragt: "Birni, machst du es um die Hälfte?", was er bejaht habe. Wovon die Hälfte, das "wusste ich damals aber nicht". Das wurde ihm erst klar, "als ich (...) sah, dass die HSBC (Investmentbank) beim Aktienverkauf zwischen Altaktionären drei Prozent der Transaktionssumme (...) erhalten hat". (ID 413; Der Standard, 26.9.2011)

Parteienfinanzierung via Honorar bestreitet der pensionierte Steuerberater vor der Justiz: "Das gesamte Honorar ist nur zu mir gekommen. (und zum Finanzamt)." Sein Anwalt ergänzt, dass auch nichts "an Dritte weitergeleitet wurde". (ID 414; Der Standard, 26.9.2011)

Anschuldigungen in einem Magazinbericht, wonach in der Causa die Verjährungsfristen übersehen wurden, weist die Klagenfurter Behörde zurück. (ID 415; Die Presse, 5.11.2011)

Die Aufsichtsräte Ederer und Moser bestreiten, zum damaligen Zeitpunkt von den "Put-Optionen" gewusst zu haben. "Ich habe zum ersten Mal darüber in der Zeitung gelesen", sagte Moser am Freitag zur "Presse". Der Hypo-Vorstand habe ihn nicht über die "Put-Optionen" informiert. (ID 416; Die Presse, 5.11.2011)

Peschorn kritisiert z. B., dass die Hypo bei ihrer Tochter in Liechtenstein, über die viele dubiose Zahlungen liefen, zu zögerlich durchgreife. (ID 417; Kronen Zeitung, 23.12.2011)

Das Land Kärnten, konkret: die Landesaufsicht in Person ihrer Aufsichtskommissäre wie Jörg Haider und später Harald Dobernig, hat seine Bank Hypo Alpe Adria "mangelhaft" kontrolliert. (ID 418; Der Standard, 16.1.2012)

Obwohl Prüfinstanzen beispielsweise das Risikomanagement der Bank mehrfach kritisiert hätten, seien Verbesserungsmaßnahmen nicht umgesetzt worden. Die Landesaufsicht hätte in diesem Fall die Mängelbehebung einfordern und mit einer Aufkündigung der Landeshaftung drohen müssen, heißt es in

dem Bericht. (...) Weitere Kritikpunkte, auf die schon das Prüfungsunternehmen Deloitte hingewiesen hatte: Bei großen Kreditengagements sei "teilweise fehlende Dokumentation der durchzuführenden Kontrollmaßnahmen" festgestellt worden. Sicherheiten seien vielfach "nicht analog zum Kreditantrag" vorhanden gewesen, in einigen Fällen sei nicht einmal die Eigentümerstruktur des Kreditnehmers bekannt gewesen. (ID 419; Die Presse, 17.1.2012)

Die Hypo beklagt darin, dass sie durch die umstrittene Ausgabe von Vorzugsaktien im Jahr 2004 geschädigt worden sei. Richter Oliver Götsch kritisiert die Klage, spricht von "mangelnder Schlüssigkeit" und erteilt den Anwälten die "Hausaufgabe", diese zu verbessern. (ID 420; Kronen Zeitung, 1.2.2012)

Die Kosten für den Steuerzahler könnten sich in Wirklichkeit nicht auf eine Milliarde, sondern auf fünf bis zehn Milliarden Euro belaufen?, heißt es in dem Papier. Das Finanzministerium teilt diese Einschätzung nicht. Diese Berechnung sei nicht einmal bei einem Worst-Case-Szenario realistisch, sagt Aufsichtsratschef Johannes Ditz. (ID 421; Der Standard, 10.3.2012)

Die BayernLB hat ja auf Rückzahlung des Kaufpreises geklagt; sie fühlt sich von den Verkäufern getäuscht. (ID 422; Der Standard, 11.5.2012)

Im Kapitel „Eigene Beteiligungen“ dürften die Juristen Stoff für ihr Vorhaben finden. Der Gutachter dazu: „Hätte sich der neue Vorstand von Anfang an mit Werthaltigkeiten und wirtschaftlichem Eigenleben der Leasinggesellschaften beschäftigt, wäre ein wesentliches Verlustpotenzial früher erkannt worden, man hätte gegensteuern können.“ Lesern bietet sich jedenfalls das Bild einer Bank, deren Manager auch von den neuen Eigentümern völlig von der Leine gelassen waren. (ID 423; Der Standard, 11.5.2012)

Bei der Hypo habe man zu lange vom Prinzip Hoffnung gelebt und damit Geld vernichtet. Die Hypo „hätte man über den Jordan gehen lassen können, dann wäre aber das Land Kärnten wegen der umfangreichen Haftungen pleite gewesen“. Die 2009 erfolgte Notverstaatlichung beschrieb der Ex-SP-Finanzminister als „Blindflug im Nebel ohne Radar“. Das Finanzministerium müsse laut Androsch härter durchgreifen und in der Bank Strukturen aufbrechen. (ID 424; Der Standard, 31.5.2012)

Dass bei der Hypo nun der Chef der Finanzprokurator und bisherige „CSI Hypo“-Chefermittler, Wolfgang Peschorn, von den Ermittlungen abgezogen wurde, lasse bei ihm den Verdacht aufkommen, dass man vielleicht gar nicht so genau wissen wolle, was es etwa mit seinerzeitigen Liechtenstein-Geldflüssen auf sich hatte. Androsch: „Da kann man ja nur den Eindruck gewinnen, dass zu- und nicht aufgedeckt wird“. (ID 425; Der Standard, 31.5.2012)

Ditz kritisiert einen "willkürliche Bewertung künftiger Risiken" durch die Aufsicht. Denn die Hypo sei heute nur noch zum Teil eine Geschäftsbank - mit den drei Töchtern, die zum Verkauf stehen. Der Rest, der rund zwölf Milliarden Euro an Alt-Geschäften (Leasing, Immobilien, einige Kredite) umfasst, werde abgebaut. Dafür mehr als das gesetzlich vorgeschriebene Kapital in der Bank zu halten, ist für den Aufsichtsrats-Chef widersinnig. (ID 426; Kurier, 7.9.2012)

Zudem wirft der Wettbewerbskommissar den Staatsbankern vor, die ihnen bei der vorläufigen Staatshilfengenehmigung auferlegten Einschränkungen beim Neugeschäft nicht einzuhalten. Die Geschäfte in SEE seien immer noch zu risikoreich. Einer der Kritikpunkte in dem „sehr harten Brief aus der EU“ (ein involvierter Österreicher): die Vergabe von Eurokrediten, also Fremdwährungskrediten, in Serbien. (ID 427; Der Standard, 6.4.2013)

Die Grünen werfen Fekter weiters vor, die drohenden neuen Zuschüsse zu Staatsbanken zu "verdecken", um sie über die Nationalratswahlen hinaus zu schleppen. Fekter habe dem Parlament einen Budgetplan vorgelegt, in dem für die neuen Milliardenzuschüsse nicht ausreichend vorgesorgt sei. Kogler: "Laut Medienberichten rechnet Fekter mit zusätzlichen 4,4 Milliarden für die Hypo Alpe Adria, aber im Finanzrahmen ist davon nichts zu lesen." Heute ist im Parlament die erste Lesung des neuen Finanzrahmens. (ID 428; Kurier, 25.4.2013)

Daten von Dritten dürfen nicht weitergegeben werden. Hier sei das "Rechtsgut der Privatsphäre" zu schützen. Doch laut "Süddeutscher Zeitung" sei es eine "Binsenweisheit, dass Kapitalverbrecher sich unverdächtiger Dritter bedienen, um illegale Transfers zu tarnen". Das Bankgeheimnis verhindere eine volle Aufklärung der Hypo-Affäre. (ID 429; Die Presse, 29.5.2013)

Die Grünen werfen Fekter vor, bisher absichtlich nichts in Richtung Bad Bank unternommen zu haben, obwohl das Hypo-Management und die Finanzaufsicht eine solche Einrichtung schon seit einem Jahren fordern. "Nur um das Budget zu schönen, wurde das Notwendige unterlassen", kritisiert Werner Kogler, Finanzsprecher der Grünen. Fekter bestreitet das. (ID 430; Die Presse, 29.5.2013)

Seit Baubeginn 2007 sollen 158 Mio. Kuna (20,8 Mio. Euro) laut der sozialdemokratischen Oppositionspolitikerin Kristina Ikiæ Banièek bereits für die Sporthalle verbraucht worden sein, 50 Mio. Kuna allein für das Abtragen der Müllhalde, auf der die Halle entstehen sollte. ?Dabei haben alle gewusst, dass da eine Müllhalde darunterliegt?, kritisiert Ikiæ Banièek die horrenden Kosten und die fehlende Planung. (ID

431; Der Standard, 29.5.2013)

In kroatischen Medien wurde mittlerweile berichtet, dass Vidakoviæ und vier andere Personen angeblich unter Verdacht stünden, die kroatische Hypo Leasing um 18,5 Millionen Kuna (2,4 Mio. Euro) geschädigt zu haben, unter anderem durch das Verrechnen von nicht erbrachten IT-Dienstleistungen. (ID 432; Der Standard, 29.5.2013)

Margetiæ hatte darüber berichtet, wie die Hypo über ihre Töchter in Kroatien angeblich Geld gewaschen haben soll, indem sie fiktive Kredite vergeben haben soll. (ID 433; Der Standard, 29.5.2013)

Ein sichtlich verärgertes Ditz hatte schon zuvor kritisiert, dass er es für unverantwortlich halte, dass mit Brüssel über das weitere Schicksal der Bank verhandelt wird, ohne den Vorstand und den GEORG WAILANDAufsichtsrat dabei einzubinden. Er vertrat in den internen Verhandlungen auch eine härtere Linie gegenüber der EU, durch das einseitige Nachgeben sei der Preis für die Steuerzahler zu hoch. (ID 434; Kronen Zeitung, 3.6.2013)

Die Freiheitlichen, die Grünen und das BZÖ werfen Fekter vor, das wahre Ausmaß des Hypo-Debakels bis nach den Wahlen verschleiern zu wollen. (ID 435; Die Presse, 4.6.2013)

"Unverantwortlich". "Das ist ein Kapitulationskonzept für die Bank, das die Steuerzahler teuer zu stehen kommt." Der Aufsichtsratschef der verstaatlichten Hypo-Alpe-Adria-Bank, Johannes Ditz - ehemaliger Wirtschaftsminister und ÖIAG-Vorstand - hat genug. Ditz hat sich vehement für die Einrichtung einer Bad Bank eingesetzt: In diese Bad Bank sollten alle nicht wirtschaftlichen Geschäfte übertragen werden. Der Vorteil: Die Bad Bank ist keine Bank mehr und braucht daher weniger Eigenkapital, sprich: weniger Staatszuschuss. Und Ditz wollte, dass sich Fekter in Brüssel für eine möglichst lange Frist zum Verkauf der Balkan-Töchter der Hypo stark macht. Denn derzeit sind diese nur zu Diskontpreisen und damit hohen Verlusten für die Hypo veräußerbar. (ID 436; Kronen Zeitung, 4.6.2013)

Aber auch ein anderer Aufsichtsrat lässt seinem Ärger über Fekter freien Lauf. "Es ist unglaublich, wie verantwortungslos Finanzministerium, Finanzmarktaufsicht und Nationalbank auf Kosten der Steuerzahler und der Bank agieren", tobt ein Hypo-Aufsichtsrat, der nicht genannt werden will. Das nach Brüssel gelieferte Konzept, das dem Aufsichtsrat im Detail nicht vorliege und heute, Dienstag, bei der Sitzung des Gremiums eingefordert wird, sei nichts anderes als ein Zerschlagungsplan. Sollte dieser umgesetzt werden, müsste die Bank die Balkan-Töchter massiv abwerten. Schon die Halbjahresbilanz 2013 wäre ohne Staatshilfe nicht machbar. 2,5 bis drei Milliarden Euro bräuchte die Bank noch heuer. (ID 437; Kronen Zeitung, 4.6.2013)

Wörtlich soll er davon gesprochen haben, eine Umsetzung ohne Beschluss der Organe sei ?Wahnsinn?. Sollte der Plan ohne Schaffung einer Bad Bank umgesetzt werden, sei mit einem zusätzlichen Kapitalbedarf von 2,5 Mrd. Euro noch für die Bilanz 2013 zu rechnen, soll Ditz in der Sitzung vom Freitag gewarnt haben. (ID 438; Der Standard, 4.6.2013)

Die Bank war mit der Aufarbeitung der Vergangenheit wie gelähmt. Hätte man die Sanierung und die Gründung einer Bad Bank mit derselben Energie betrieben, stünden wir heute vermutlich anders da", stöhnt ein vom Chaos zwischen Bank, Politik und Brüssel entnervter Insider. (ID 439; Kurier, 9.6.2013)

Die Bestellung des ehemaligen Bawag-Anklägers, der ebenso wie die damalige Richterin Claudia Bandion-Ortner nicht wissen wollte, wohin die an Wolfgang Flöttl gezahlten Bawag-Gelder tatsächlich verschwanden, verlief ziemlich seltsam. Vorstand und Aufsichtsrat der Bank erfuhren von der Installation eines "Sonderbeauftragten" erst, als Peschorn dies auf einer Pressekonferenz ankündigte. Das Finanzministerium als Eigentümerversorger der Bank (Hauptversammlung) änderte dafür sogar die Satzung. (ID 440; Kurier, 9.6.2013)

Bis zu 620.000 Euro darf Baker & McKenzie der Bank jährlich bis zur Hauptversammlung 2014 für die Tätigkeit von Krakow verrechnen. Deutlich mehr, als die Vorstände verdienen, aber ohne deren Verantwortung. Dazu kommen 645.000 Euro, wenn Krakow auf Personalressourcen der Kanzlei zugreift - was er tut. Macht mehr als 1,2 Millionen Euro jährlich. Ein bisschen viel für einen Koordinator. (ID 441; Kurier, 9.6.2013)

Die FPÖ wirft der ÖVP vor, die Notverstaatlichung der Bank im Jahr 2009 verbockt zu haben. Damals sei der frühere Eigentümer der Hypo, die Bayerische Landesbank, "beschenkt worden", so FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Seitdem habe die Regierung wenig weitergebracht und "Chaos auf Kosten der Steuerzahler angerichtet". Es seien unzählige Berater ohne Ausschreibung beauftragt worden, um sinnlose Studien und Anzeigen zu verfassen. Im Ergebnis habe das der Hypo Alpe Adria wirtschaftlich keinen Cent gebracht, so Strache. (ID 442; Die Presse, 2.7.2013)

Die Grünen werfen Fekter vor, bisher absichtlich nichts in Richtung Bad Bank unternommen zu haben, obwohl das Hypo-Management und die Finanzaufsicht eine solche Einrichtung schon seit einem Jahr fordern. "Nur um das Budget zu schönen, wurde das Notwendige unterlassen", kritisiert Werner Kogler,

Finanzsprecher der Grünen. Die veranschlagten 700 Millionen Euro reichten nie und nimmer, meinte Kogler. Er sprach von einer "Budgetlüge". (ID 443; Die Presse, 2.7.2013)

Kritisiert wird zudem, dass Kranebitter seine frühere Wirtschaftsprüfer-Kollegen von Deloitte für die geschönten Bilanzen nicht stärker zur Rechenschaft gezogen habe. Geht man nämlich davon aus, dass schon die Bilanz 2008 nicht gestimmt hat (wegen der Vorzugsaktien, die kein Eigenkapital darstellen), müsse man den Wirtschaftsprüfer mit der Frage konfrontieren, wie es zur Testierung gekommen ist. (ID 444; Der Standard, 3.7.2013)

Gerüchte, wonach der ehemalige Staatsanwalt und jetzige Anwalt und Hypo-Taskforce-Hypo-Mitglied Georg Krakow neuer Bankchef werden könnte, dementiert Krakow. (ID 445; Der Standard, 3.7.2013)  
Die Opposition kritisiert deren Inkompetenz und Fehlentscheidungen bei der Hypo. (ID 446; Kronen Zeitung, 3.7.2013)

Durchleuchtet sehen will Kogler vor allem die Rolle des damaligen VP-Finanzministers Josef Pröll. Mit der Verstaatlichung habe er den Hypo-Schaden von Bayern - die Bayerische Landesbank war Ende 2009 Mehrheitseigentümer - nach Österreich zurückimportiert. Entweder hätten die Bayern damals, sagt Kogler, einen Dummen gefunden oder Pröll, der "von Raiffeisen ans Finanzministerium verleast" worden war, sei erpressbar gewesen. Womit Pröll erpressbar gewesen sei, wollte Kogler allerdings nicht detaillieren. (ID 447; Kurier, 27.7.2013)

BZÖ-Klubvize Stefan Petzner hat unter anderem Hypo-Kurzzeit-Chef Franz Pinkl angezeigt, er soll "im Zusammenspiel mit Organen der Bayerischen Landesbank" die Hypo "vorsätzlich und bewusst in den Konkurs getrieben haben, um so die Notverstaatlichung durch die Republik Österreich zu erpressen". (ID 448; Kurier, 27.7.2013)

Der Rechnungshof kritisiert in einem Rohbericht, der dem Standard vorliegt, den Umgang des Landes Kärnten mit seinen Haftungen für die Hypo Alpe Adria. 2011 waren in der Bank Berechnungsfehler bei den Haftungsverbindlichkeiten von bis zu 950 Millionen Euro aufgefallen; die Bank zahlte um 3,95 Millionen Euro zu wenig Haftungsprovision. Das Land habe seine Kontrollrechte nicht ausreichend wahrgenommen. (ID 449; Der Standard, 24.9.2013)

All das hat das Land nicht gekratzt, denn: Niemand hat es bemerkt. Der RH im Rohbericht, der dem Standard vorliegt: „Das Land nahm die ihm zustehenden Kontrollrechte nicht ausreichend wahr. Aufgrund einer qualitativ und quantitativ mangelnden Personalausstattung habe es „weder Buch- noch Betriebsprüfungen“ durchgeführt, zu denen es jederzeit berechtigt war. (ID 450; Der Standard, 24.9.2013)

Das Land weist die Vorwürfe in seiner Stellungnahme an den RH zum Teil zurück; wiewohl ?ex post? Fehler zugegeben werden. In der Bank weist man darauf hin, dass die korrigierten Summen bis 2010 „nachverrechnet“ wurden. (ID 451; Der Standard, 24.9.2013)

Finanzminister Michael Spindelegger verblüffte die anwesenden Journalisten nach dem Ministerrat am Mittwoch mit der Aussage, im (noch nicht fertigen) Budget 2014 sei für die Hypo aus Vorsichtsgründen "eine Milliarde" eingestellt. Das ist mehr, als Österreich der Hypo heuer überhaupt als Beihilfe geben darf: Die Hypo selbst hatte im vorigen Sommer für den fälligen Beihilfenbescheid der EU einen Kapitalbedarf von 400 bis maximal 900 Mio. Euro nach Brüssel gemeldet. (ID 452; Die Presse, 30.1.2014)

Heftige Kritik an der Hypo-Causa regnet es unterdessen vom Rechnungshof. Der hat gestern einen Bericht über die Haftungsprovisionen, die die Hypo an das Land Kärnten zahlen muss, veröffentlicht. Kernaussage der Prüfer: Die Hypo hat in Sachen Landeshaftungen bei der EDV-Umstellung geschlampt, das Land Kärnten wiederum als Kontrollorgan versagt. (ID 453; Die Presse, 30.1.2014)

Das Land hatte sich unter Landeshauptmann Haider zwecks Wahlkampffinanzierung Provisionsvorschüsse für mehrere Jahre auszahlen lassen. Auch diese Praxis wird vom Rechnungshof kritisiert. (ID 454; Die Presse, 30.1.2014)

Im Finanzministerium sieht man eine Insolvenz der Hypo als ?letztgereichte unter den möglichen Optionen?. Die angestrebte Bad Bank setzt aber den Sanktus der Bayern voraus. Im Aufsichtsrat wird kritisiert, dass die Regierung noch keine Vergleichsgespräche geführt hat. (ID 455; Der Standard, 5.2.2014)

Dass diese Fesselung an die Bayern beim Einstieg der Republik im Dezember 2009 nicht gekappt wurde, wird heute auch in Eigentümerkreisen kritisiert. „Diese Rechte hätten die Österreicher wegverhandeln müssen. Damals haben die Bayern ihre Verhandlungssituation ausgenützt“, sagt ein in die Causa Hypo Involvierter. Schon damals sei schließlich das Damoklesschwert der Insolvenz über der Bank gegangen. (ID 456; Der Standard, 5.2.2014)

Ganz anders die Kärntner Wirtschaftskammer: Das Land lasse sich trotz bestehender Garantien auf weitere ?von der Dimension nicht eingeschränkte Risiken ein. (ID 457; Der Standard, 11.2.2014)

Seitdem ist in den User-Foren des Standard der Teufel los. Mehr als 8000 Postings in den vergangenen Tagen zum Thema, Grundtenor: Empörung. „Wann gehen wir endlich auf die Straße?“, fragt User Schwedenbombe, „das ist unser Land und unser Geld!“ Für besondere Aufregung sorgen das Management der Regierung und die mangelhafte Aufklärung. Auch in den Social-Media-Kanälen des Internets gehen die Wogen hoch. Dass sich Bundeskanzler Werner Faymann der Öffentlichkeit entzieht und zur Abwicklung der Hypo schweigt, den Rodlern per Aussendung aber zu Olympia-Silber gratuliert, wird tausendfach kritisiert. Das Cover der Presse mit dem Foto der leeren Rednerpulte im Ministerrat und dem Titel „Wir hätten noch ein paar Fragen“ wird auf Facebook eifrig geteilt. (ID 458; Der Standard, 14.2.2014)

Weitergereicht wird Andreas Kollers Kommentar „Die Republik der Dilettanten“ in den Salzburger Nachrichten: Die Finanzpolitik unseres Landes ist in die Hände von Laienspielern geraten. Das kann teuer werden. (ID 459; Der Standard, 14.2.2014)

Kurier-Kolumnist Michael Hufnagl wundert sich über „ein Meisterwerk“: Sich in Anbetracht des größten Finanzdesasters der 2. Republik aus Angst vor kritischen Fragen den Medien und der Öffentlichkeit zu verwehren. (ID 460; Der Standard, 14.2.2014)

Manchmal reicht es eben nicht, nur zu reden. Man muss zur Tat schreiten, wenn man seinen Prinzipien treu bleiben will. (ID 461; Der Standard, 14.2.2014)

Und die heimischen Kontrollinstanzen - vom Rechnungshof bis zur Nationalbank - waren keineswegs ganz so blauäugig, wie ihnen heute unterstellt wird. Aber jede Kritik wurde den streng parteipolitisch besetzten Prüfinstanzen politisch abgedreht beziehungsweise völlig ignoriert. (ID 462; Die Presse, 18.2.2014)

Besonders pikant: Die EU hatte Landeshaftungen für Landesbanken schon 2003 verboten, Österreich aber eine Übergangsfrist bis 2007 eingeräumt. Die Kärntner nutzten diese Übergangsfrist für eine wahre Haftungsorgie - und stellten damit zwischen 2004 und 2006 jene Situation her, die die einzig steuerechterfreundliche Lösung, nämlich eine Bankinsolvenz, heute so schwierig macht. (ID 463; Die Presse, 18.2.2014)

Zudem werfen Nowotny und Liebscher der Politik Versäumnisse bei der Gründung einer Bad Bank vor. Das nährte Spekulationen, Liebscher werde seine Ämter -der Ex-Notenbankchef fungiert auch als Hypo-Aufsichtsratspräsident - in absehbarer Zeit zurücklegen. Sein Bericht sei ohnehin in zwei, drei Wochen fertig, somit könne man den Auftrag als erledigt darstellen. (ID 464; Der Standard, 21.2.2014)

Sonja Steßl (SP) und Jochen Danningner erklärten, die Experten der Taskforce "bleiben für uns wichtige Gesprächspartner". Dass dem so ist, ließ sich am Donnerstag nicht verifizieren. Davon, dass der Finanzminister nun internationale Berater für Lösungen mit Gläubigerbeteiligung beschäftigt, war in der Taskforce nichts bekannt. (ID 465; Der Standard, 21.2.2014)

Sie favorisiert eine Pleite der Bank, die wegen der Haftungen wahrscheinlich auch Kärnten mitreißen würde. Das beunruhigt Pichler allerdings nicht: „In den USA gibt es das jedes Jahr mehrfach. Das Schreckenszenario von den zugesperrten Spitälern halte ich für Manipulation“, sagte sie. (ID 466; Der Standard, 4.3.2014)

Kritisiert wurde das schon öfter, zuletzt wegen des Desasters um die Hypo Alpe Adria und die Haftung Kärntens. Transparentere Rechnungslegungsvorschriften hätten das Schlamassel vielleicht nicht verhindert, aber schon vor Jahren sichtbar gemacht. Nur gibt es solche bis heute nicht: Denn 1974 vereinbarten Bund, Länder und Gemeinden etwas anderes, als in der Verfassung steht. Nämlich, dass nur die Gebietskörperschaften selbst - einstimmig - die Regeln ändern können. (ID 467; Die Presse, 6.3.2014)

Die SPÖ-Kärnten und die Grünen hätten damals einen Antrag auf RH-Prüfung gestellt, dem konnte wegen des geringeren Aktienanteils nicht nachgekommen werden. Es sei nun "klar bewiesen", dass vor allem die FPÖ und ihre "Machinationen" dafür verantwortlich seien. (ID 468; Die Presse, 9.3.2014)

Der Rechnungshof hatte schon 2002 bei einer Prüfung der später notverstaatlichten Problembank erhöhte Risiken festgestellt. Das Land Kärnten habe seinen Anteil mittels einer "Mitarbeiterstiftungskonstruktion" gesenkt, so Moser. "Es ist doch bezeichnend, dass bei der Hypo die Mehrheitsverhältnisse ausgerechnet in der Zeit verändert wurden, in der wir eine weitere Prüfung ansetzen wollten." (ID 469; Die Presse, 9.3.2014)

Auch die Möglichkeit einer Anfechtung der Notverstaatlichung wegen arglistiger Täuschung bis zum Jahresende hält sich der ÖVP-Chef offen. (ID 470; Kurier, 24.3.2014)

Der frühere Raiffeisen-General Christian Konrad kritisiert die jahrelange Untätigkeit der Regierung angesichts des Hypo-Desasters. "Wenn man ein Problem versucht unter den Teppich zu kehren, wird es nur größer", sagte er am Montagabend im Interview für ORFIII. (ID 471; Die Presse, 25.3.2014)

Für Kimberger, Generalsekretär des in Oberösterreich mächtigen Christlichen Lehrervereins CLV und

Bundesvorsitzender der Lehrgewerkschaft APS und der ARGE Lehrer, ist es kompromisslos "inakzeptabel, dass Pleitebanken und Spekulanten auf Kosten der Kinder saniert werden." Das Milliardendebakel der Hypo Alpe Adria dürfe nicht dazu führen, dass "in einem Zukunftsressort gespart wird". (ID 472; Kronen Zeitung, 16.4.2014)

Nach den Beteuerungen aller Parteien im Wahlkampf, wie wichtig die Bildung sei, sieht sich Gewerkschafter Paul Kimberger getäuscht: "Nach der Wahl gilt das alles nicht mehr." Er kündigt an, dass die Lehrer die Kürzungen "auf keinen Fall hinnehmen" würden. (ID 473; Kronen Zeitung, 16.4.2014)

Margit Schratzenstaller, Budgetexpertin des Wifo, plädiert zwar auch für Sparmaßnahmen, kritisiert aber die "Rasenmähermethode" der Regierung: "Der Rasenmäher hat unterschiedliche Schnittflächen. Er sollte aber gar nicht angeworfen werden." Die Kürzungen im Bildungsbereich seien "unstrategisch". Zwar soll man auch dort Effizienzpotenziale heben - das Geld aber im System belassen. Die Ausgaben reduzieren müsse man eher durch die großen Strukturreformen: im Spitalswesen, im Bereich der Förderungen und im "föderalen System", also bei den Bundesländern. Und natürlich müsse die Verwaltung effizienter gestaltet werden. Auch für eine echte Steuerreform plädiert Schratzenstaller: Der Faktor Arbeit müsse entlastet werden, Gegenfinanzierungen in anderen Bereichen seien möglich. (ID 474; Die Presse, 28.4.2014)

wachsende Zahl von Menschen verstehe nicht mehr, warum ihnen der Staat trotz Rekordeinnahmen immer mehr Geld aus der Tasche zieht und gleichzeitig die Schulden in atemberaubender Geschwindigkeit steigen. "Spindelegger hat bis dato gegen diese Entwicklung noch nichts Sichtbares unternommen", sagt Schellhorn. "Bestenfalls gab es ein paar optische Korrekturen." Sein Vorschlag für einen "großen Wurf": eine verfassungsrechtlich gesicherte Ausgabenbremse, die zur Disziplinierung der öffentlichen Hand beiträgt. (ID 475; Die Presse, 28.4.2014)

Bank-Austria-Chef Willibald Cernko, der auch Präsident des Bankenverbandes ist, hat am Dienstag Ewald Nowotny heftig kritisiert, weil dieser den Hypo-Schuldenschnitt als „untypischen Sonderfall“ verteidigt hatte. Er hätte sich erwartet, dass die Nationalbank ihre Unabhängigkeit bewiesen und kritischer darauf eingegangen wäre, sagte Cernko bei einer Pressekonferenz. Der Schuldenschnitt sei ein „Tabubruch“ und ein „unverzeihlicher Fehler“, weil damit die Glaubwürdigkeit der Republik aufs Spiel gesetzt werden. Er zitierte das Sprichwort: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ...“ (ID 476; Der Standard, 18.6.2014)

Bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt läuft laut Kleine Zeitung ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue im Zusammenhang mit dem Schlosshotel Velden. In das Hotel, das im Eigentum der Hypo stand, wurden zur Zeit von Jörg Haider und Wolfgang Kulterer 120 Millionen Euro investiert. Erlöst wurden beim Verkauf nur 50 Millionen. (ID 477; Der Standard, 18.6.2014)

Für Finanzminister Michael Spindelegger ist diese Entscheidung "sachlich nicht nachvollziehbar". Die heimischen Banken hätten in den vergangenen Jahren ihre Risiken minimiert und seien stabil aufgestellt. (ID 478; Kronen Zeitung; 22.6.2014)

Doch anders als bei der Insolvenz werde damit erst recht keine umfassende Gläuberbeteiligung erreicht, kritisiert Hable: Eine „willkürliche Enteignung“ einzelner Investoren, während andere zu 100 Prozent bedient würden, sei sachlich nicht zu rechtfertigen. (ID 479; Der Standard, 26.6.2014)

"Diese Maßnahme ist rechtlich nicht haltbar und bringt erhebliche finanzielle Risiken für die österreichische Finanzwirtschaft sowie die Staatshaushalte, die die potenziellen Vorteile für die heimischen Steuerzahler auf längere Sicht deutlich überwiegen können", heißt es in dem Brief. (ID 480; Die Presse, 28.6.2014)

Massive Bedenken gegen das Gesetz hatte der Wiener Jus-Dekan Heinz Mayer geäußert: "Mit welchem Rechtstitel nehme ich jemandem Geld weg, obwohl er nichts Unrechtes getan hat?" Das Gesetz werde "höchstens zwei Jahre" halten. (ID 481; Die Presse, 1.8.2014)

Die Zeit für die Unternehmensprüfung für einen derartigen Finanzkonzern sei zu kurz gewesen. Die Kärntner Landesholding als Mehrheitseigentümer der Hypo hätte von sich aus alle riskanten Geschäfte bekannt geben müssen. "Alles andere ist Täuschung", so Linner. (ID 482; Die Presse, 12.7.2010)

Rund um den jüngsten Freispruch von Ex-Hypo-Alpe-Adria-Chef Wolfgang Kulterer ortet Peschorn "einige Merkwürdigkeiten, wie im Gerichtssaal vorgegangen wurde". Das Umfeld in Kärnten sei nicht geeignet, so einen komplexen Sachverhalt - auch bei der Gerichtsbarkeit - aufzuarbeiten, sagte Peschorn im Ö1 Morgenjournal. So habe Richter Norbert Jenny im Laufe des Verfahrens Ermittlungsergebnisse der Soko Hypo als "inhaltlich offenbar unrichtig" bezeichnet. Die Justiz müsse sich die Frage stellen, ob weitere Hypo-Verfahren aus Kärnten abgezogen werden sollten, "um ihrer Aufgabe auch gerecht zu werden". (ID 483; Kurier, 20.4.2011)

Das Landesgericht Klagenfurt wies die Kritik als "unverständlich und nicht nachvollziehbar" zurück. "Die Argumentation entbehrt jeglichen Substrates", so ein Sprecher. Man sei absolut in der Lage, hochkomplexe Wirtschaftsverfahren zu führen. (ID 484; Kurier, 20.4.2011)

Wenn die Regierung weiterhin so uneinig agiert, wird die Hypo Alpe Adria bald nicht mehr bilanzieren können. Es drohen uns damit mehr als zehn Milliarden Budgetbelastung, während der Bank die Kunden davonlaufen. (...) Es herrscht, wie gesagt, bereits Wahlkampf. Die Finanzministerin absolviert in Brüssel einen permanenten Fettnäpfchen-Parcours (manchmal sind es schon keine Fettnäpfchen mehr, sondern Schmalzkübel), und der Bundeskanzler sieht genüsslich zu, wie die Koalitionspartnerin "anrennt". (ID 485; Die Presse, 16.5.2013)

In Italien entdeckte die Hypo, dass Zinsanpassungsklauseln in Leasingverträgen jahrelang unrichtig durchgeführt wurden. An die Kunden wurde bislang ein knapp zweistelliger Millionenbetrag ausbezahlt. In der Causa ermittelt die Staatsanwaltschaft. (ID 486; Die Presse, 31.8.2013)

Zunächst einmal wird sich Fekter feiern lassen. Denn es ist so gut wie fix, dass die Hypo die Südosteuropa-Tochter nicht mehr heuer, sondern erst 2015 verkaufen muss. Dem Vernehmen nach will Fekter erklären, dass es ihrer Hartnäckigkeit zu verdanken sei, dass die EU-Kommission hier eingelenkt habe. Dabei stand von Anfang an fest, dass sich Brüssel hier auf einen Kompromiss einlassen wird. (ID 487; Die Presse, 31.8.2013)

Da sich die Vorzugsaktien nur schwer verkaufen ließen, wurde den Käufern in geheimen Nebenabsprachen garantiert, dass man die Papiere auf Wunsch der Käufer jederzeit wieder zum Nominale zurücknehmen werde. Laut Staatsanwaltschaft habe es sich dadurch nicht nur um ein völlig risikoloses Geschäft für die Investoren gehandelt, das Geld hätte aufgrund der Garantie für eine jederzeitige Rücknahme auch nicht als Eigenkapital verbucht werden dürfen. (ID 488; Die Presse, 19.11.2013)

Beziffert wird der Gesamtschaden von Staatsanwalt Robert Riffel mit rund acht Mio. Euro. Ein Betrag, der laut dem Anwalt der Hypo Alpe Adria, die sich als Privatbeteiligte dem Verfahren angeschlossen hat, jedoch noch viel zu niedrig gegriffen ist. So rechnete Hypo-Anwalt Thomas Kralik am Montag vor, dass der Gesamtschaden in Wirklichkeit bei 26,6 Mio. Euro liege. Die Anklage gehe nämlich "zugunsten der Angeklagten zu Unrecht davon aus", dass Refinanzierungsmittel vom Schaden abzuziehen seien. (ID 489; Die Presse, 19.11.2013)

Im Abschlussbericht der SOKO Hypo wird Kulterer vorgeworfen, sich über geheime Konten an der Pleite-Bank bereichert zu haben. Kulterers Anwalt wies die Vorwürfe bereits als "völlig unrichtig" zurück. (ID 490; Kurier, 19.7.2014)

Das beschreibt das verfehlte Prinzip des real existierenden Föderalismus. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt einen großen Teil an die Länder. Die Länder geben dieses Geld nach eigenem Belieben aus und verschulden und verbürgen sich, wie immer sie wollen. Da ist es nur allzu legitim, dass der Zahler Bund eine neue Kompetenz verlangt, um die Finanzen der Bundesländer kontrollieren zu können. Einfach nach dem Muster, wie es die Länder mit ihren Gemeinden kennen: Im Falle schwerer Finanzprobleme kann eine Landesregierung eine Gemeinde unter Aufsicht eines Kommissärs stellen und finanziell entmündigen. (ID 491; Kurier, 20.12.2009)

Striedinger galt in der Bank als das Mastermind für Kroatien. Die Hypo soll dort in eine angebliche Geldwäsche-Affäre rund um Ex-General, Ex-Staatssekretär Vladimir Zagorec verwickelt gewesen sein. (ID 492; Kurier, 26.2.2010)

Die verstaatlichte Kärntner Hypo Alpe-Adria könnte weitere 1,5 Milliarden Euro an Staatshaftungen benötigen. Dies sieht ein Notfallplan vor, den Hypo-Aufsichtsratschef Johannes Ditz ausgearbeitet hat. Demnach sollen ausfallgefährdete Kredite in eine neu zu gründende Gesellschaft ausgelagert werden. Für diese soll der Staat haften. Die Hypo bestätigt die Existenz dieses Plans. Bestritten wird aber, dass ohne Einrichtung dieser Gesellschaft samt der neuen Haftung die Bilanz für das laufende Geschäftsjahr nicht gelegt werden kann. Die Bank verweist auf eine ausreichende Kapitalausstattung. (ID 493; Kurier, 25.10.2010)

Die Hypo bekam 2008 rund 40 Mio. Euro vom kroatischen Staat, der damit für unrichtige Angaben beim Verkauf der Slavonska Banka 1998 an die Kärntner geradestand. (ID 494; Der Standard, 11.12.2010)

Sanader gilt als einer der Männer der ersten Stunde, als es galt, für die junge Republik Kroatien Investoren zu finden - und eine Bank, die Kredite für Infrastrukturprojekte vom Hotel bis zur Yacht-Marina vergibt. Da kam die Hypo, die ohnedies Expansionsgelüste hegte, gerade recht. Und noch etwas war offenbar wichtig: "Die politische Spitze Kroatiens entschied sich für die Hypo, weil sie mit Hilfe dieser Bank mehr als eine Mrd. Dollar abgezweigtes kroatisches Geld in Umlauf brachte, das wiederum kontinuierlich durch für die Hypo zweckmäßige 'Parainvestitionsfonds' in die Republik Kroatien, nach Italien, Liechtenstein, in die Schweiz sowie andere Staaten der ehemaligen Republik Jugoslawien floss", heißt es in dem der "Presse am Sonntag" vorliegenden Bericht des kroatischen Parlaments zur Hypo. (ID 495; Die Presse, 12.12.2010)

Der 57-Jährige wird von den Behörden Kroatiens verdächtigt, rund sechs Millionen Euro Staatsgelder veruntreut zu haben. Der internationale Haftbefehl, aufgrund dessen Sanader in Österreich verhaftet worden ist, lautet auf schweren, gewerbsmäßigen Betrug, Amtsmissbrauch und Bildung einer kriminellen

Vereinigung. (ID 496; Der Standard, 28.12.2010)

Der Expremier hat jeden Verdacht der Geldwäsche bei einer Einvernahme durch die Wiener Korruptionsstaatsanwaltschaft heftig bestritten. Auch eine Verwicklung in die Affäre rund um die Hypo Alpe Adria wird von dem ehemaligen kroatischen Politiker dementiert. (ID 497; Der Standard, 28.12.2010)

Kulterers Anwalt, Ferdinand Lanker, kündigte rechtliche Schritte gegen die von Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) eingesetzte "CSI Hypo" an. Er sieht in der Veröffentlichung des Namens jenes Bankkunden, für den Kulterer in Liechtenstein 3,2 Mio. Euro abgehoben hat, einen Bruch des Bankgeheimnisses und der Verschwiegenheitspflicht. (ID 498; Die Presse, 11.1.2011)

Das BZÖ und die Kärntner Freiheitlichen dementieren vehement, dass ihnen die drei Mio. Euro über Mittelsmänner zugeflossen sein sollen. (ID 499; Die Presse, 11.1.2011)

Rätselhaft ist auch eine andere Überweisung, bei der es um 51 Mio. Dollar geht. Die "CSI Hypo" fand kürzlich heraus, dass über dasselbe Konto, von dem die 3,2 Mio. Euro abgeholt wurden, auch noch 51 Mio. Dollar in die Karibik (an die Bank of Bermuda) geflossen sind. Auch hier sollen Belege verschwunden sein. Die "CSI Hypo" will wissen, von wem die Millionen stammen und erstattete Anzeige gegen unbekannte Täter wegen Verdachts auf Geldwäsche. (ID 501; Die Presse, 11.1.2011)

Am 1. März beginnt im Landesgericht Klagenfurt der Prozess gegen den früheren Vorstand der Hypo Alpe Adria Bank, Wolfgang Kulterer. Dabei geht es um den Vorwurf der Untreue in zwei Fällen. Die inzwischen in die Pleite geschlitterte Fluglinie Styrian Spirit bekam einen Kredit von zwei Millionen Euro, ein Privatdetektiv 150.000 Euro. Beide Beträge mussten als uneinbringlich abgeschrieben werden. Kulterer hat die Vorwürfe stets bestritten. (ID 502; Kronen Zeitung, 4.2.2011)

Auszug aus Korrespondenzen der Bank anlässlich eines Streits über steuerliche Fragen der Vorzugsaktien 2008: "Dr. R. (VCP; Anm.) wies auf die Thematik hin, dass wenn die Stiftung bei einer Finanzamtprüfung den Nachweis erbringen muss, der wirtschaftliche Eigentümer der Aktien zu sein, die VCP sämtliche Unterlagen und Dokumentationen vorzulegen hätte. Und dass dabei ,unschöne Sachen aus der Vergangenheit' zu Tage kommen könnten." (ID 503; Der Standard, 4.3.2011)

Die Aufsicht hatte bei einer Sonderprüfung der Hypo 2006 bereits Lunte gerochen und ihren Verdacht bei den Bankern und den Managern der Hypo Leasing Holding (HLH; die hat die Aktien emittiert) abgeklopft. Doch die "bestritten das Bestehen von Nebenabreden genau so wie die Scheinkonstruktionen bezüglich der Kreditfinanzierung", heißt es im Gerichtsgutachten der KPMG Linz dazu. Auch gegenüber ihrem Wirtschaftsprüfer Deloitte gaben die Bankchefs an, es habe keine Nebenabreden gegeben, die Hypo Liechtenstein habe "weder direkt noch indirekt finanziert". (ID 504; Der Standard, 15.3.2011)

Fazit des Gutachters: "Es erscheint wahrscheinlich, dass zumindest sie über die Finanzierung der Vorzugsaktionäre informiert waren und dass die Kreditkonstruktionen in Absprache mit den Vorzugsaktionären bewusst gewählt wurden, um einen Zusammenhang zu verschleiern." (ID 505; Der Standard, 15.3.2011)

Die Angeklagten sollen der Hypo-Alpe-Adria über eine komplizierte Finanztransaktion, die teilweise über Liechtenstein gelaufen ist, einen Schaden in Millionenhöhe zugefügt haben. Die ehemaligen Manager sollen dabei ihre Befugnisse missbraucht und die Eigenmittelvorschriften des österreichischen Bankwesengesetzes verletzt haben. (ID 506; Die Presse, 13.8.2011)

Die Justiz ist der Ansicht, dass die Hypo die Vorzugsaktien nicht in vollem Umfang als Eigenmittel anrechnen konnte, weil der Aktienkauf zu Teilen von der Hypo-Alpe-Adria selbst finanziert wurde. Die Anwälte aller vier Angeklagten weisen den Vorwurf, dass ihre Mandanten an Untreuehandlungen beteiligt gewesen seien, scharf zurück. Einige von ihnen haben zwei Gegengutachten bei den Universitätsprofessoren Klaus Hirschler und Sabine Kirchmayr ausarbeiten lassen. Demnach hätten die Käufer der Vorzugsaktien das wirtschaftliche Risiko übernommen, es sei nicht bei der Hypo geblieben. (ID 507; Die Presse, 13.8.2011)

Die Bank wirft ihnen vor, dem Tourismusprojekt Jadranska Razvoj in Kroatien einen 1,5-Millionen-Euro-Kredit "leichtfertig und ohne Sicherheiten" vergeben zu haben. (ID 508; Kurier, 16.12.2011)

Sechs Mio. Euro erhielt der Kärntner Steuerberater Dietrich Birnbacher für ein sechs Seiten umfassendes Gutachten über die Hypo Alpe Adria. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft wären ihm aber maximal 200.000 Euro zugestanden. Neben Birnbacher müssen sich heute auch der Kärntner ÖVP-Chef Josef Martinz sowie die Vorstände der Kärntner Landesholding vor Gericht verantworten. Es geht um den Verdacht der Untreue. (ID 509; Die Presse, 4.7.2012)

In beiden Institutionen haben ÖVP und SPÖ die wichtigsten Posten nach dem politischen Proporz vergeben. In Regierungskreisen wird bestritten, dass es einen Zusammenhang zwischen einer wohlwollenden Hypo-Prüfung und einer allfälligen Vertragsverlängerung gibt. Gerüchten zufolge soll es

zwischen der FMA und Finanzministerin Fekter zuletzt Spannungen gegeben haben. Doch ein Sprecher von Fekter bestreitet das. (ID 510; Die Presse, 14.8.2012)

Er gab an, dass von Anfang an geplant war, dass sein Honorar zwecks illegaler Parteispenden mit den Kärntner Freiheitlichen (damals BZÖ) und der ÖVP gedrittelt werden sollte. Die ebenfalls angeklagten KLH-Chefs hätten gewusst, dass sein Honorar über sechs Millionen Euro unangemessen gewesen sei. (...) Er bot weitere 1,1 Millionen Euro zur Schadens-Wiedergutmachung an.(ID 511; Der Standard, 22.9.2012)

Das Gerücht, die Finanzministerien in Wien und München hätten sich auf politischer Ebene bereits auf einen Vergleich geeinigt, wird von den Involvierten bestritten. (ID 512; Der Standard, 17.11.2012)

Die Hypo bot nicht nur sechs Prozent Zinsen für die Vorzugsaktien, sondern gab den Käufern das Versprechen, dass sie diese Aktien ab 2009 ohne Verlust an die Bank verkaufen können. Prominente wie Ex-Kika/Leiner-Boss Herbert Koch oder die Flick Stiftung griffen zu. Die damaligen Hypo-Vorstände aber begaben sich dabei auf dünnes Eis. Denn mit der Zusage an die Aktienkäufer, die Papiere an die Bank zurück verkaufen zu können, hätten sie diese nicht als Eigenkapital verbuchen dürfen, was aber geschah. Es steht der Verdacht der Bilanzfälschung und Untreue im Raum. ID 513; Kurier, 21.11.2012)

Bei der Anklage geht es um umstrittene Vorzugsaktien der Hypo-Leasingtochter im Zeitraum 2006/2007. Schon damals war die Eigenmittelausstattung des Instituts knapp bemessen. Daher wurde die Ausgabe von Vorzugsaktien in der Höhe von 100 Mio. Euro beschlossen. Zwar wurde den Käufern dieser Aktien eine jährliche Dividende von sechs Prozent in Aussicht gestellt. Trotzdem war es nicht einfach, Investoren zu finden. Als Anreiz sicherte die Hypo in einer geheimen Nebenvereinbarung zu, dass die Aktien zu bestimmten Konditionen wieder zurückgenommen werden. (ID 514; Die Presse, 7.12.2012)

Die BC kassierte bis 2007 Vorzugsdividenden (6,25 Prozent; die Kreditzinsen waren billiger) ? wodurch der Bank in den Augen von Erstrichterin Sabine Roßmann ein Schaden von 5,5 Mio. Euro entstanden ist. Mangels Gegenleistung, denn das per Vorzugsaktien eingeschossene Kapital stammte ja aus der Hypo-Gruppe selbst. Anwalt und Steuerberater hätten diese „Umgehungskonstruktion“ ermöglicht, indem sie das „dafür erforderliche Gesellschafts- und Finanzierungssystem entwarfe“. (ID 515; Der Standard, 31.5.2013)

Folgt der OGH der Verfasserin des 61-seitigen Croquis, das dem Standard vorliegt, würde er die Nichtigkeitsbeschwerden zurückweisen. Diese behaupten Verfahrensmängel wie Befangenheit, stellen die Wissentlichkeit des Befugnismisbrauchs (eine Voraussetzung für Untreue) in Abrede. (...) Was diese Ansicht sehr pikant macht: OGH-Präsident Eckart Ratz hat sich diesem Thema im jüngsten Österreichischen Anwaltsblatt gewidmet. Er sieht in diesem Zusammenhang und im Faktum, dass der spätere Ankläger den Sachverständigen im Ermittlungsverfahren bestimmt und führt?, eine grundrechtliche Schieflage. (ID 516; Der Standard, 31.5.2013)

In der zweiten Anzeige behauptet Berlin, dass die BayernLB das Partizipationskapital der Republik Österreich (900 Millionen Euro) im Dezember 2008 nur durch "Täuschung" erlangte. So sollen die Bayern gewusst haben, dass die Voraussetzungen für den staatlichen Kapitalzuschuss nicht erfüllt werden. Dazu wird in der Anzeige aus dem Verwaltungsratsprotokoll der BayernLB vom 29. November 2008 zitiert. Den Bayern sollen schon damals klar gewesen sein, dass die Hypo ein Sanierungsfall ist und die maßgebliche Südosteuropa-Strategie aufgegeben wird. (ID 517; Kurier, 9.11.2013)

Vor vierzehn Tagen hat der Sachverständige Martin Geyer sein 434 Seiten starkes Gutachten zur Causa Skipper der Staatsanwaltschaft übermittelt. Geyer kommt darin zum Schluss, dass die Banker bei drei Krediten, u.a. im Jahr 2002, ihre Sorgfaltspflichten gröblich verletzt haben. Fünf weitere Teil-Kredite hätten sie gar nicht vergeben dürfen. Schon in den Jahren davor soll es Probleme mit dem Kreditnehmer gegeben haben. (ID 518; Kurier, 20.11.2013)

Die Balkan-Antikorruptionsliga, eine serbische NGO, will dem Geld des Regimes von Slobodan Milosevic auf die Spur gekommen sein. Das Geld, es soll sich um 18 Milliarden Euro handeln, sei nach dem Regimewechsel im Jahr 2000 von den neuen Machthabern auf ein Geheimkonto bei der Hypo Alpe Adria transferiert worden, wo es zur Kreditbesicherung diene. Die NGO hat der serbischen Justiz entsprechende Unterlagen zugestellt. (ID 519; Die Presse, 7.12.2013)

Die Hypo Alpe Adria hat dies am Freitagnachmittag allerdings energisch dementiert. "Allein schon aufgrund der behaupteten Größenordnung kann ein solcher Vorgang ausgeschlossen werden", erklärte Banksprecher Nikola Donig. "Die Hypo Alpe Adria legt größten Wert auf die Feststellung, dass ihr keinerlei Hinweise auf eine Geldwäsche von Milosevic-Geldern vorliegen und solche auch nicht Gegenstand interner Ermittlungen sind. Weder die Bank noch einer ihrer Mitarbeiter hat daher jemals einen solchen Verdacht oder eine derartige Summe bestätigt." (ID 520; Die Presse, 7.12.2013)

Das ist ziemlich absurd, beschreibt aber sehr schön das wirtschaftspolitische Dilemma, in das sich nicht nur Österreich, sondern so gut wie alle europäischen Staaten hineinmanövriert haben: Wir haben im Finanzbereich die wesentlichen Regeln der Marktwirtschaft ausgesetzt beziehungsweise umgedreht und eine Art Vollkasko-Sozialkapitalismus für Banken geschaffen. Was immer geschieht, am Ende zahlt der

Steuerzahler. (...) Das darf sich nicht lohnen. Es ist allerdings abzusehen, dass sich die Regierung da nicht drübertraut (beziehungsweise darf). Wenn das so ist, dann muss jetzt wirklich Druck für eine Veröffentlichung der Liste aller Hypo-Großinvestoren gemacht werden. Wenn wir schon 13 bis 19 Milliarden überweisen müssen, dann wollen wir auch wissen, an wen. (ID 521; Die Presse, 14.2.2014)

Der frühere Chef der Hypo Alpe Adria, Tilo Berlin, hätte am Montag im Prozess gegen frühere BayernLB-Vorstände als Zeuge befragt werden sollen. Doch Berlin ist nicht erschienen. Zunächst hieß es, der Ex-Banker soll unentschuldig ferngeblieben sein. "Ich halte das für keinen guten Stil", so der Münchner Richter. (ID 522; Die Presse, 18.3.2014)

Die Anwälte von Berlin hatten umgehend ein Fax an das Münchner Gericht geschickt, in dem sie alle Vorwürfe zurückwiesen. Ihren Angaben zufolge hat sich Berlin schon im Dezember schriftlich entschuldigt. (ID 523; Die Presse, 18.3.2014)

Die Hypo war seit 2006 bei der Alpine-Kroatien mit rund 90 Millionen Euro Kredit engagiert. Davon drohten 39 Millionen Euro auszufallen. Unter der (falschen) Annahme, dass die Alpine-Mutter ein zahlungsfähiger Schuldner ist, wollte die Bank mit der Umschuldung das Ausfallsrisiko reduzieren. Hypo-intern hatte die Alpine ein 3A-Rating: ausreichende Bonität. Dass der Bau-Konzern damals bereits massiv in Schieflage war, will die Hypo-Führung nicht gewusst haben. (ID 524; Kurier, 27.3.2014)

Im Nachhinein fühlen sich Bank und Banker von der Alpine getäuscht. Den Kredit konnte der Baukonzern nicht zurückzahlen, im Juli 2013 ging er pleite. (ID 525; Kurier, 27.3.2014)

Häusler bekräftigte, dass die BayernLB im Jahr 2007 beim Kauf der Hypo Alpe Adria betrogen worden sei. Schützenhilfe erhielt die BayernLB vor Kurzem von einem Kärntner Gericht. Im Prozess gegen frühere Hypo-Manager wurde festgestellt, dass die Hypo-Bilanz vor dem Einstieg der BayernLB nicht korrekt gewesen sei. Auf Basis des Richterspruchs können die Bayern Schadenersatzklagen gegen frühere Hypo-Eigentümer wie das Bundesland Kärnten einbringen. (ID 526; Die Presse, 27.3.2014)

Die Banker stehen unter Verdacht, ihre Befugnis wissentlich missbraucht und so der Bank einen Vermögensnachteil zugefügt haben. (ID 527; Kronen Zeitung, 28.3.2014)

M. bezifferte den Wert der Viola bei der Hypo mit 800.000 Euro. Die Bank akzeptierte das ? ohne die Geige ?je besichtigt, in Händen gehalten oder ein Foto? gehabt zu haben. Im Strafverfahren wurde ein Gutachten eingeholt. Schätzwert der Geige: 34.000 Euro. (ID 528; Der Standard, 10.4.2014)

Das Finanzministerium erklärte am Freitag, das Land habe den notwendigen Rückzahlungsplan nicht vorgelegt. Doch das wird in Klagenfurt bestritten. (ID 529; Die Presse, 7.6.2014)

Die österreichische Regierung argumentiert nun, die Käufer der Hypo-Anleihen hätten wissen müssen, dass sich Kärnten mit den Haftungen übernommen habe. Denn das Kärntner Landesbudget liegt bei zwei Milliarden Euro, während die Hypo-Haftungen zu Spitzenzeiten bei 25 Milliarden Euro liegen. (...) Groß ist die Empörung vor allem bei der BayernLB. Denn Österreich entzieht den Bayern 800 Millionen Euro mit der Begründung, dass die BayernLB bei der Kreditgewährung hätte wissen müssen, dass sich die Hypo in einer Schieflage befunden habe. Spätestens 2008, als Österreich die Hypo erstmals unterstützt habe, sei die Krise klar gewesen. (ID 530; Die Presse, 13.6.2014)

Das wird von den Deutschen in dieser Form bestritten. Sie verweisen auf die österreichische Nationalbank. Denn Grundlage für die Staatshilfe Ende 2008 war eine Prüfung der Hypo durch die Nationalbank. Die Nationalbank-Kontrollure stellten damals fest, dass die Hypo einen "Bereinigungsprozess im Kreditportfolio" vorgenommen habe. Daher werde das Institut 2009 und in den Folgejahren Gewinne schreiben.(ID 531; Die Presse, 13.6.2014)

Der Verdacht, dass die Ex-Hypo-Banker an den Projekten in ihrer Amtszeit, die im Sommer 2006 endete, beteiligt waren, ist nicht neu. Laut internen Hypo-Akten wurde 2008 eine aktienrechtliche Sonderprüfung durchgeführt. Die Prüfer fanden damals nur Indizien "für eine enge Verflechtung zwischen den Mehrheitseigentümern der AB Maris und der Darija und Ex-Hypo-Vorständen". So führte eine Spur zu Striedingers Beratungsfirma Rubicon, die er nach seiner Hypo-Zeit gegründet hatte. (ID 532; Kurier, 11.7.2014)

"Mein Mandant schwört mir Stein und Bein, dass er sich nicht persönlich bereichert hat", sagt Striedingers Verteidiger Norbert Wess zum KURIER. "Die Kreditvergaben sind aus damaliger Sicht im Sinne der Bank sorgfältig abgewogen worden." Striedinger habe schon 2011 eine Stellungnahme zu den Kreditfällen beim Staatsanwalt abgeliefert. Laut Wess konnte die Hypo das Projekt AB Maris "nachweislich mit Gewinn" verkaufen. (ID 533; Kurier, 11.7.2014)

Sinnentleerte Phrasen unserer ewig lächelnden Spitzenpolitiker zum Zustand der Republik. (ID 534; Kronen Zeitung, 20.11.2013)

Die Unfähigkeit der Verantwortlichen, uns endlich den Klotz Hypo Alpe Adria vom Bein zu schaffen. (ID 535; Kronen Zeitung, 20.11.2013)

"Es gilt die Unschuldsvermutung." Die Universität Graz kürte diese Phrase folglich zum "Unspruch des Jahres"; sie sei "irritierend". Das stimmt. Noch irritierender ist allerdings die große Zahl einst honoriger Herrschaften, die sich aktuell im Visier der Justiz befinden. (ID 536; Die Presse, 30.12.2010)

Ex-Generaldirektor Wolfgang Kulterer saß fast vier Monate in Untersuchungshaft und wurde im November für eine Kaution von 500.000 Euro entlassen. Gemeinsam mit zwei weiteren Angeklagten muss sich Kulterer nächstes Jahr wegen des Verdachts der Untreue verantworten. Die Festnahme des kroatischen Ex-Ministerpräsidenten Ivo Sanader gibt dem Fall zusätzliche Brisanz: Sanader soll beim Verkauf der Hypo interveniert und die Expansion der Bank in Kroatien - nicht nur mit legalen Mitteln - vorangetrieben haben. (ID 537; Die Presse, 30.12.2010)

Gegen den verstorbenen Kärntner Landeshauptmann verdichtete sich 2010 die Verdachtslage. Es geht um angebliche Korruption beim Verkauf der Hypo an die Bayerische Landesbank, Geldflüsse aus dem Irak und Geheimkonten in Liechtenstein. (ID 538; Die Presse, 30.12.2010)

Völlig unverständlich aber bleibt, warum die Justiz hier nicht massiv tätig wird. Die Palette der Verfehlungen reicht von gefälschten Bilanzen über dubiose Geschäfte, verschwundene Beträge, Projekte und Yachten bis hin zu aufklärungsbedürftigen Mega-Honoraren. Hätte sich ein privater Bankeigentümer so aufgeführt, er wäre zu Recht von der Öffentlichkeit in der Luft zerrissen worden. Bei der Hypo Alpe Adria aber sind es Politiker und ihnen nahestehende Manager, die jetzt zur Verantwortung gezogen gehören. Wenn schon die Milliarden verloren sind, so soll es wenigstens eine Gerechtigkeit im Nachhinein geben! (ID 539; Kronen Zeitung, 15.12.2009)

Unterdessen protestierte die Kärntner SPÖ gegen die Vorgehensweise im Klagenfurter Hypo-U-Ausschuss. "Ich habe die größten Befürchtungen, dass FPÖ und ÖVP den Ausschuss so schnell wie möglich beenden wollen", sagte SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser. Konkret kritisierte Seiser die Zeugenliste, die am Mittwoch beschlossen werden soll. Die SPÖ habe keine ausreichenden Unterlagen erhalten. Darüber hinaus sollen fünf Personen an einem Tag im Zeugenstand stehen. Dies deute auf eine oberflächliche Abarbeitung hin. (ID 540; Der Standard, 10.3.2010)

Martinz und der damalige Landeshauptmann Jörg Haider beauftragten 2007 den Villacher Steuerberater von Martinz, Dietrich Birnbacher, den Verkauf der Landesanteile an der Hypo Alpe Adria Bank an die Bayerische Landesbank zu "begleiten". Birnbacher erhielt für sechs Seiten Gutachten sechs Mio. Euro, ursprünglich waren ihm 12 Mio. Euro versprochen worden. Beauftragt wurde er quasi von Privatpersonen, bezahlt von der Kärntner Landesholding. Ein vom Gericht bestellter Gutachter bezifferte den Wert der Arbeit mit nur 200.000 Euro. Gegen Martinz wird wegen Untreue und Amtsmissbrauch ermittelt. (ID 541; Die Presse, 17.1.2012)

1,5 Milliarden Euro zusätzlich forderte die Aufsicht vor einem Jahr. Ditz will so einen Kapitaleinschuss des Staates in die Hypo unbedingt abwehren. "Warum muss man eine neue Zuschussdebatte führen? Dieser Bankteil macht kein Neugeschäft mehr, die Hypo gehört ohnehin dem Staat. Abgerechnet wird am Schluss und doch nicht jetzt", argumentiert Ditz. Und mit 9,6 Prozent Eigenkapital liege die Hypo insgesamt auch über den Mindestkapitalvorgaben. Zusätzliche Kapitalforderung seien unverständlich - noch dazu im Wahljahr 2013. (ID 542; Kurier, 27.8.2012)

Dieser aber zeigte sich beim Gespräch am 5. April in Brüssel wenig beeindruckt von den Wünschen der Ministerin. Wie Fekter in ihrem Ministerratsvortrag in der Vorwoche betonte, glaubt Almunia, die Bedeutung der Hypo für die Finanzmarktstabilität am Balkan werde überschätzt. Er meine, es sei besser, die Bank rascher zu schließen, da sie kein nachhaltiges Geschäftsmodell habe. Die Hypo sei nicht systemrelevant und die bisher geleisteten Beihilfen seien sehr hoch. (...) Für viele Experten ist die Härte, mit der Almunia hier agiert, völlig unverständlich. Immerhin habe Österreich die Hypo gerettet, weil es Wunsch der EU war, dass damit die Finanzmarktstabilität am Balkan gesichert werde. (ID 543; Kurier, 16.4.2013)

"Das ist unbegreiflich", sagt Hable. Es sei völlig unverständlich, dass ein derartig wichtiges Dokument den Verhandlern nicht bekannt gewesen sei. Schließlich habe sich auch Nationalbankpräsident Ewald Nowotny in die Verhandlungen eingeschaltet - "offensichtlich hat er keine Zeit gehabt, den Bericht einzustecken". (ID 544; Die Presse, 20.5.2014)

Dem Steuerzahler ist seit jeher unverständlich, dass die Skandalbank Hypo Alpe Adria bei der Eintreibung der als Kredite vergebenen Millionen und Milliarden kaum vorankommt. Recherchen der "Presse" zeigen nun, dass sie daran nicht allein schuld ist. Denn auch wenn sie aufs Tempo drückt, ist sie vom guten Willen der in- und ausländischen Staatsanwaltschaften abhängig. Und hier wie dort hat man es offenbar nicht eilig, sofern man überhaupt interessiert ist. (ID 545; Die Presse, 3.7.2014)

"Von einem vereinbarten Schnittstellen-Mechanismus ist der Staatsanwaltschaft Liechtenstein nichts bekannt", so der Leitende Staatsanwalt, Robert Wallner. Hypo-Sprecher Donig erzählt der "Presse" das

Gegenteil: "Die Schnittstelle ist eingerichtet und ist aus der Sicht der Bank geeignet, die Aufarbeitung des Themas zu unterstützen." (ID 546; Die Presse, 3.7.2014)

Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Klagenfurt sei "intensiv und klaglos", betont Liechtensteins Staatsanwalt Wallner. Antoinette Tröster aus Klagenfurt nennt die Kooperation gar "hervorragend". Es "konnte bereits ein zweistelliger Euro-Millionen-Betrag als Schadensgutmachung für die Hypo lukriert werden", erklärt sie fast im selben Wortlaut wie Wallner. Was beide nicht sagen: Bei diesen Geldern handelt es sich um jene Millionen, die der inhaftierte kroatische General Vladimir Zagorec in Vaduz geparkt hatte und die er 2011 laut seiner Anwältin selbst freigegeben hat. Das ist nun zweieinhalb Jahre her. (ID 547; Die Presse, 3.7.2014)

Die Ermittler der "CSI Hypo" bereiten schon die nächste Anklage vor. Die Kapitalerhöhung der Hypo Leasing Holding im Jahr 2004 soll nur vorgetäuscht gewesen sein. Die Bank sei dabei um Millionen geschädigt worden sein. (ID 548; Kurier, 28.2.2011)

"Der Vorwurf ist unrichtig", gibt sich Kulterer-Anwalt Ferdinand Lanker im Vorfeld des Prozesses von der Unschuld seines Mandanten überzeugt. Kulterer sei zum Zeitpunkt der Kreditvergabe Aufsichtsrat der Hypo Österreich und nicht Vorstand gewesen. Er habe daher die Kredite nicht selbst vergeben können. Außerdem seien beide Finanzierungen wirtschaftlich gerechtfertigt gewesen. (ID 549; Kurier, 28.2.2011)

Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer (57), der frühere Hypo-Österreich-Boss, Gerd Xander und Prokurist Albin Ruhdorfer müssen sich wegen der angeblich freihändigen Vergabe von zwei vergleichsweise kleinen Krediten wegen Untreue verantworten. (ID 550; Kurier, 28.2.2011)

Die Kapitalerhöhung der Hypo Leasing Holding im Jahr 2004 soll "nur vorgetäuscht" gewesen sein, die Bank sei um Millionen Euro an Honoraren geschädigt worden. (ID 551; Kurier, 28.2.2011)

Ein bisher unter Verschluss gehaltenes Aufsichtsrats-Protokoll der Hypo unmittelbar vor der Verstaatlichung wirft ein neues Schlaglicht auf die BayernLB: Sie hat demnach die Verstaatlichung ihrer Tochter Hypo-Alpe-Adria-Bank praktisch erzwungen und die Miteigentümer - Grazer Wechselseitige Versicherung und Land Kärnten - sowie den Hypo-Vorstand völlig im Dunkeln gelassen. (ID 556; Kurier, 2.5.2012)

Die Anklage im Hypo-Prozess III sieht darin ein konzerninternes „Geldkarussell“, mit dem die Generierung von Eigenkapital nur vorgetäuscht werden sollte und der Bank ein Schaden von 5,5 Mio. Euro entstanden sei. (ID 557; Der Standard, 9.5.2012)

Richterin Roßmann und der Schöffensenat hatten sich der Ansicht von Gerichts-Gutachter Karl Hengstberger angeschlossen, wonach die Verurteilten Eigenkapitalaufnahme vorgetäuscht und die Bank damit geschädigt hätten. In ihrer Begründung des Urteils bezeichnete sie das "Eigenkapitalkonstrukt" als "vorbereitetes Karussell", das mit Absicht in Liechtenstein errichtet worden sei. Um die Geldflüsse zu verschleiern, habe man sich hinter dem Liechtensteiner Bankgeheimnis versteckt. 5,5 Millionen Euro an Schaden sei der Bank entstanden. Im gesamten Akt sei nichts von Rückzahlungen der Kredite zu finden. (ID 558; Kurier, 25.2.2012)

"Es gab weder Vorabsprachen noch Verschleierungen, wie es der Sachverständige behauptet. Es gibt weder die subjektive noch die objektive Tatseite, wie es das Strafgesetzbuch vorsieht", warf Mathias Bräuschl, Gabriels Verteidiger ein. Anwalt Michael Rohregger (für Kucher), Norbert Wess (für Striedinger) und Ferdinand Lanker (für Kulterer) bestritten sowohl einen Schaden für die Bank als auch den Vorsatz einer Schädigung durch ihre Mandanten. Weiters waren sich die Verteidiger einig: Die Konstruktion für das Lukrieren von Eigenmittel sei "rechtlich zulässig" gewesen und habe der Bank hohe Erträge gebracht. (ID 559; Kurier, 25.5.2012)

Richterin Sabine Roßmann und der Schöffensenat hatten sich der Ansicht von Gerichts-Gutachter Karl Hengstberger angeschlossen, wonach die Verurteilten Eigenkapitalaufnahme vorgetäuscht und die Bank damit geschädigt hätten. In ihrer Begründung des Urteils bezeichnete sie das "Eigenkapitalkonstrukt" als "vorbereitetes Karussell", das mit Absicht in Liechtenstein errichtet worden sei. Um die Geldflüsse zu verschleiern, habe man sich hinter dem Liechtensteiner Bankgeheimnis versteckt. 5,5 Millionen Euro an Schaden sei der Bank entstanden. Im gesamten Akt sei nichts von Rückzahlungen der Kredite zu finden. Diese Kredite hatten Gabriel und Kucher bei der Hypo Liechtenstein aufgenommen, um die Hypo-Leasing-Aktien zu kaufen. (ID 560; Kurier, 25.5.2012)

"Es gab weder Vorabsprachen noch Verschleierungen, wie es der Sachverständige behauptet. Es gibt weder die subjektive noch die objektive Tatseite, wie es das Strafgesetzbuch vorsieht", warf Mathias Bräuschel, Gabriels Verteidiger ein. (ID 561; Kurier, 25.5.2012)

Dabei ginge es um den sogenannten Vorzugsaktien-Deal aus dem Jahre 2004. Die Angeklagten sollen eine Aufnahme von Eigenkapital über ein eigens konstruiertes bankinternes Liechtensteinisches

?Geldkarussell? vorgetäuscht und die Bank damit geschädigt haben. (ID 562; Der Standard, 3.7.2012)

Ausgeschüttet wurden die 50 Millionen Euro Sonderdividende aus der Bilanz 2007 kurz vor dem Verkauf der Bank an die BayernLB. Der Bilanzgewinn der Bank 2007 sei allerdings nur vorgetäuscht gewesen, weil die Bank damals Wertberichtigungen auf Kredite, die zwingend vorzunehmen gewesen wären, unterlassen hat, wird in der Klage behauptet. Die damaligen Hypo-Eigner aber brauchten einen Gewinn für die Dividendenzahlung. (ID 563; Kurier, 29.1.2014)

Egal, wie der Prozess ausgehen wird: Der Steuerzahler zahlt immer. Verliert die Hypo, muss sie für die Verfahrenskosten aufkommen. Gewinnt die Hypo, trifft es dagegen das Bundesland Kärnten, dessen Landesholding 2008 einen großen Teil der Sonderdividende erhalten hat. Vom Prozess profitieren dagegen die involvierten Anwälte und Gutachter. (ID 564; Die Presse, 25.2.2014)

In der Klage behauptet die Hypo, dass dieser Gewinn aber vorgetäuscht wurde. Bei der nachträglichen Überprüfung der Bilanz 2007 habe sich herausgestellt, dass die Bank damals eigentlich einen Verlust hätte machen müssen. Um auf ein positives Geschäftsergebnis zu kommen, sollen Kredite nicht ausreichend wertberichtigt worden sein. Zudem sollen die damaligen Bankvorstände auch einen sorgfaltswidrigen Verkauf einer Tochtergesellschaft vorgenommen haben. Gemeint ist die Tochter Hypo-Consultants, in der diverse Immobilien und Projekte auf dem Balkan enthalten waren. (ID 565; Die Presse, 25.2.2014)

Damit die Bank überhaupt eine Dividende auszahlen konnte, musste sie für 2007 einen Gewinn ausweisen. In der Klage behauptet die Hypo, dass dieser Gewinn aber vorgetäuscht wurde. (ID 566; Die Presse, 4.3.2014)

Damit die Bank damals überhaupt eine Dividende auszahlen konnte, wies sie für das Jahr 2007 einen Gewinn aus. In der Klage behauptete die Hypo, dass dieser Gewinn aber vorgetäuscht wurde. Bei der nachträglichen Überprüfung der Bilanz 2007 habe sich herausgestellt, dass die Bank damals eigentlich einen Verlust hätte machen müssen. Um auf ein positives Geschäftsergebnis zu kommen, sollen Kredite nicht ausreichend wertberichtigt worden sein. (ID 567; Die Presse, 19.7.2014)

Zudem sollen die damaligen Bankvorstände auch einen sorgfaltswidrigen Verkauf einer Tochtergesellschaft vorgenommen haben. Gemeint ist die Tochter Hypo-Consultants, in der sich diverse Immobilien und Projekte in Südosteuropa befanden. (ID 568; Die Presse, 19.7.2014)

Die Grünen fordern jetzt Aufklärung, wofür die Hypo mehr als eine Milliarde Euro an Staatshilfe haben will: "Wir wollen auch wissen, warum die Gründe für die Finanzmisere verschwiegen werden." (ID 569; Kronen Zeitung, 14.11.2008)

Der von Tilo Berlin eingefädelt Verkauf der Kärntner Hypo an die BayernLB ist zwar nur ein Kapitel im Wirtschaftskrimi Hypo, allerdings ein besonders brisantes. Vermutet werden zum einen Insidergeschäfte, also kriminelle Absprachen, berichtet die "Süddeutsche Zeitung". Außerdem erhärtet sich der - hinter vorgehaltener Hand immer wieder geäußerte - Verdacht auf Parteienfinanzierung. Erstmals werden Summen kolportiert: 27 Mio. Euro sollen an das BZÖ, 13 Mio. Euro an die ÖVP geflossen sein. Landeshauptmannstellvertreter Josef Martinz (ÖVP), der Aufsichtsratschef jener Landesholding ist, die 2007 die Landesanteile an der Hypo verkauft hat, soll sich deshalb mit seiner Forderung nach voller Aufklärung nicht gerade leichttun, heißt es. (ID 570; Die Presse, 3.1.2010)

Der Kärntner Grünenchef Rolf Holub behauptet, das diese Gespräche absichtlich verschwiegen worden seien. Er hat laut "Spiegel" eine Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue, des Amtsmissbrauchs und des Betrugs erstattet. (ID 571; Die Presse, 3.1.2010)

In Bayern fragt man sich, warum der frühere BayernLB-Chef Werner Schmidt das Klagenfurter Institut trotzdem gekauft hat. Denn bevor Schmidt den Übernahmevertrag unterschrieb, führten seine Berater im Mai 2007 bei der Hypo eine Unternehmensprüfung ("Due Diligence") durch. Im Endbericht kritisierten die Prüfer der BayernLB, dass nicht alle Forderungen, Verpflichtungserklärungen und Garantien "vollständig offengelegt wurden" - inwieweit so "Risiken im Konzern verlagert werden, konnten wir nicht beurteilen". Auch die exakten Risiken im Leasingbereich konnten nicht ermittelt werden, weil Informationen fehlten, heißt es im Bericht weiter. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Schmidt wegen des Verdachts der Untreue. (ID 572; Die Presse, 7.1.2010)

Martinz und Haider rechtfertigten die späte Einbindung der Organe mit dem "hohen Vertraulichkeits- und raschen Abwicklungsinteresse des Käufers". Der Rechnungshof lässt diese Begründung nicht gelten. Normalerweise werden bei Deals in dieser Größenordnung Anwälte, Vorstände und Aufsichtsräte in die Verhandlungen einbezogen. In Kärnten reichen zwei Politiker, um eine Bank zu verkaufen. (ID 573; Die Presse, 7.1.2010)

Wenn die bisher bekannt gewordenen Zeitabläufe stimmen und mit den Bayern (unter Beteiligung Berlins) grundsätzlich schon um die Jahreswende 2006/2007 über eine mögliche Übernahme der Hypo-Anteile gesprochen wurde, dann wäre also ein ziemlich großer Teil des Gewinns auf Basis von

Insiderinformationen geflossen. (ID 574; Die Presse, 14.1.2010)

Uns führt das aber zu tiefer gehenden Fragen. Zum Beispiel: Wieso schauen sich die österreichischen Behörden Geschäfte, in denen Steueroasen involviert sind, nicht genauer an. Solche Geschäfte macht man ja ausschließlich aus zwei Gründen: weil man Steuern vermeiden will und/oder weil man Geschäfte verschleiern will. (ID 575; Die Presse, 14.1.2010)

Und ansehen wird man sich wohl auch das Instrument der Privatstiftung müssen. Wenn Stifter gleichzeitig im Vorstand sitzen können, dann ist das Wesen der Stiftung, die "Weggabe" des Vermögens, nicht erfüllt. Und wenn Stiftungen zum Verschleiern benutzt werden, dann ist das Instrument als Ganzes zu hinterfragen. (ID 576; Die Presse, 14.1.2010)

Laut Angaben der Staatsanwaltschaft habe die Bank ihre Kooperationsbereitschaft nicht in vollem Umfang eingehalten, daher habe man sich zu dieser Aktion entschlossen. (ID 577; Die Presse, 26.2.2010)

Unter Striedinger hatte die Bank im großen Stil in Kroatien expandiert. Gegen ihn ermittelte die Staatsanwaltschaft in Zagreb wegen des Verdachts der Geldwäsche bei Geschäften mit dem kroatischen Exgeneral Vladimir Zagorec. (ID 578; Die Presse, 26.2.2010)

Diese geht der Frage nach, ob der frühere BayernLB-Vorstand im Sommer 2007 die Hypo zu teuer gekauft hat. Ermittelt wird zudem, ob Bestechungsgelder geflossen sind. (ID 579; Die Presse, 26.2.2010)

Damit die Sache zunächst keinen Wirbel schlug, wurde die Fußball-Zahlung über die in Berlin ansässige BayernLB-Tochter Deutsche Kreditbank (DKB) abgewickelt. Der Chef der Deutschen Kreditbank hat laut "Süddeutscher Zeitung" zugegeben, dass das Sponsoring ein schlechtes Geschäft gewesen sein soll. Es sei nur gemacht worden, weil Schmidt Druck ausgeübt habe. Haider kann dazu nicht mehr befragt werden. (ID 580; Die Presse, 7.5.2010)

Schmidt sagte auch aus, dass ihm Tilo Berlin (von der Investorengruppe Berlin & Co. Capital S.a.r.l.) schon am 14. Dezember 2006 die Hypo-Anteile angeboten habe. An diesem Tag hatte Berlin & Co. Capital S.a.r.l. diese Anteile laut "Süddeutscher Zeitung" noch gar nicht in der Hand. Der Anwalt von Berlin erklärte dazu der "Presse", sein Mandant äußere sich zu Sachthemen gegenüber der Staatsanwaltschaft. Der Anwalt von Tilo Berlin bestreitet, dass die Berlin & Co. Capital S.a.r.l. von der BayernLB "zwischengeschaltet" wurde und versichert, dass alles korrekt abgewickelt wurde. Allfällige Behauptungen, sein Mandant habe die diversen Kontakte vor dem März 2007 verschwiegen, seien unrichtig. (ID 581; Die Presse, 7.5.2010)

Im Untersuchungsausschuss des Münchner Landtags hat der frühere bayerische Finanzminister Kurt Falthäuser (CSU) schwere Vorwürfe gegen den Exvorstand der Bayerischen Landesbank (BayernLB) erhoben. Falthäuser sagte am Dienstag aus, dass der Vorstand dem Aufsichtsrat im Sommer 2007 ein möglicherweise entscheidendes Gutachten über die Risikosituation bei der Hypo Alpe Adria nicht gezeigt hatte. "Es war ein klares Versäumnis, dass uns dieser Due-Diligence-Bericht nicht vorgelegt wurde", sagte Falthäuser, damals Vizeaufsichtsratspräsident der BayernLB. (ID 582; Die Presse, 29.9.2010)

Kulterer war 2005 nach Liechtenstein gereist, um 3,2 Mio. Euro abzuheben. Der Ex-Banker bestreitet, dass er das Geld behalten hat. Laut Kulterer steht hinter dieser Transaktion ein Kunde. Dessen Namen will er aber mit Hinweis auf das Bankgeheimnis nicht öffentlich preisgeben. Der Chef der CSI Hypo, Wolfgang Peschorn, hält diese Begründung für nicht stichhaltig. "Kulterer ist als Beschuldigter in einem Strafverfahren nicht zur Wahrung des Bankgeheimnisses verpflichtet", sagte Peschorn am Freitag. (ID 583; Die Presse, 8.1.2011)

Der Anwalt von Kulterer, Ferdinand Lanker, bestreitet diese Darstellung. Der Name des Kunden sei "der Bank bekannt", versichert er. (ID 584; Die Presse, 8.1.2011)

Die CSI Hypo fand heraus, dass die 3,2 Mio. Euro über das gleiche Hypo-Konto gelaufen sind, über das später auch 50 Mio. Dollar in die Karibik überwiesen wurden. Die Ermittler haben daher Anzeige gegen unbekannte Täter wegen des Verdachts auf Geldwäsche eingebracht. (ID 585; Die Presse, 8.1.2011)

Hotel-Frontmann Udo Wanner soll Hauptakteur eines Betrugs sein. Er habe der Hypo 2006 das Personalhaus 3 angedreht, 1,3 Millionen flossen in Wanners Taschen. Dabei habe der Immo-Händler verschwiegen, dass das Gebäude weder Betriebs- noch Baugenehmigung hat. Wanner hat das Haus nach dem Verkauf zurückgeleast und vermietet. Über 13.000 Euro kassierte er im Monat, die monatlichen Leasingraten von rund 8000 Euro zahlte man nur kurz. Ein Rückstand von etwa 500.000 Euro ist angelaufen. Das nachlässige Management der Hypo schaute lange zu, will aber jetzt den Leasingvertrag auflösen und reichte zudem Betrugs-Anzeige gegen Wanner ein. (ID 586; Kronen Zeitung, 8.1.2011)

"Stimmt nicht, die Hypo schuldet mir 800.000 Euro! Wir haben mit offenen Karten gespielt. Ich wurde betrogen, die Hypo hat das Haus billig erworben und will mich nun aus dem Leasingvertrag rausdrängen, um sich das Haus unter den Nagel zu reißen", sagt Wanner. (ID 587; Kronen Zeitung, 8.1.2011)

Die falsche Beweisaussage betrifft Kulterers Erklärung vor dem ersten Hypo-Untersuchungsausschuss des Landtages im Jahr 2007. Er soll damals den Termin eines Gespräches im Zuge der Hypo-Übernahme durch die BayernLB verschwiegen haben. (ID 588; Kurier, 4.2.2011)

Dabei erhärtet sich hier der Verdacht, dass es zu einer Bilanzfälschung gekommen ist. Anders als 2004 waren die Vorzugsaktien im Jahr 2006 mit einer "Put-Option" ausgezeichnet. Das bedeutet, dass sich die Bank gegenüber einzelnen Zeichnern der über die Hypo-Leasing-Holding ausgegebenen Aktien verpflichtete, diese Papiere zu einem vom Investor bestimmten Zeitpunkt zurückzunehmen. Dies widerspreche eklatant den Bestimmungen des Bankwesengesetzes, heißt es in einer Sachverhaltsdarstellung aus dem Vorjahr, die der "Presse" vorliegt. Wegen der Put-Option hätte die Bank die Vorzugsaktien nicht als Eigenkapital anrechnen dürfen. (ID 589; Die Presse, 3.3.2011)

Warum konzentriert sich die Justiz dennoch primär auf die Emission aus dem Jahr 2004? Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt beauftragte den Sachverständigen Karl Hengstberger ursprünglich damit, beide Kapitalerhöhungen zu untersuchen. Nach Rücksprache mit der Behörde begutachtete Hengstberger jedoch nur die Vorzugsaktien aus der ersten Tranche. (ID 590; Die Presse, 3.3.2011)

Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt weist Vorwürfe, bei den Erhebungen nicht alle Aspekte zu berücksichtigen, zurück. "Wir ermitteln in allen Richtungen", versicherte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Zu einzelnen Schritten könne er jedoch nicht Stellung nehmen. Auch das Justizministerium erklärt, dass bei der Hypo alle Verdachtsmomente genau unter die Lupe genommen werden. Ähnliches ist von den Ermittlertruppen "Soko Hypo" und "CSI Hypo" zu hören. (ID 591; Die Presse, 3.3.2011)

Ein bayerischer Untersuchungsausschuss kam zur Erkenntnis, das Kärntner Institut habe vor dem Verkauf an die BayernLB mindestens 100 Mio. "unzulässig als Eigenkapital deklariert". Das sei offenbar "wahrheitswidrig verschwiegen worden". Die Bayern vermuten, dass sich Österreich gerade deswegen mit der Aufklärung der Kapitalerhöhung aus dem Jahr 2006 so schwertut. (ID 592; Die Presse, 3.3.2011)

So behauptet er in einem Schriftsatz, es gebe massive Hinweise darauf, dass seitens der Bayern 2009 die wirtschaftliche Lage der Hypo so verschlechtert wurde, dass eine Notverstaatlichung unausweichlich war. Zudem hätte der Vorstand der BayernÖB rund um die Vorzugsaktien, die 2008 mit angeblichen Nebenabsprachen begeben wurden (woraus falsche Bilanzen folgen würden) denselben Wissenstand gehabt wie der Hypo Vorstand. Berlin saß bis Juni 2009 in selbigem. Dieses Wissen hätten die Bayern bei allen weiteren Gesprächen mit den zuständigen Behörden sowie bei allen Verhandlungen zur Notverstaatlichung verschwiegen. (ID 593; Der Standard, 22.9.2012)

Für die Republik ist der Beschluss der Anfechtung der Hypo-Übernahme am 13. Dezember die letzte Chance. Denn am 14. Dezember läuft die Verjährungsfrist von drei Jahren ab. Die Republik führt ins Treffen, die Bayern hätten vorsätzlich Risiken und Altlasten, die in der Bank schlummerten, verschwiegen und auch nicht wahrheitsgemäß über die Kapitalsituation Auskunft gegeben. (ID 594; Kurier, 7.12.2012)

Der Irrtum, mit dem die Republik in der hochkomplexen Angelegenheit argumentiert: Die Bayern als Mehrheitseigner (2,5 Jahre lang waren sie das) hätten in den Verhandlungen bei der Verstaatlichung (eigentlich: ein Aktienkauf um ein Euro) ihr Wissen über den wahren Zustand der Bank verschwiegen. Wäre man damals im Bilde gewesen, hätte man die Bank schlicht nicht gekauft. (ID 595; Der Standard, 11.12.2012)

Wanner und seine Lebensgefährtin wurden von fast allen Angeklagepunkten frei gesprochen, nur der Betrug blieb übrig. Richter Josef Geisler sah es als erwiesen an, dass Wanner die fehlende Benützungsbewilligung der Hypo Alpe Adria gegenüber verschwiege. Alle Bank-Zeugen hätten ausgesagt, dass sie sonst nie das Haus gekauft hätten. (ID 596; Kronen Zeitung, 15.2.2013)

Der Ex-GraWe-Vorstand, seit 2000 im Hypo-Aufsichtsrat, von 1. Oktober 2006 bis 31. Mai 2007 Vorstandschef, wurde vom geständigen Josef Kircher beschuldigt, über das Problem des Rückgaberechts (Put-Option) bei den Vorzugsaktien bei den Eigenmitteln gewusst zu haben. Grigg gab nun an, erst am 24. Juni 2010 (!) davon Kenntnis erlangt zu haben. Er zitierte ein "brisantes Gespräch" mit Kircher. Dieser habe gebeten, GraWe-Chef Othmar Ederer solle beim damaligen Finanzminister Josef Pröll intervenieren, damit die Causa nicht weiter verfolgt werde. "Zwei Tage später hat der damalige Hypo-Chef Tilo Berlin in derselben Sache um Intervention gebeten." (ID 597; Kurier, 28.11.2013)

Grigg, der sich "nicht schuldig" bekannte, belastete Kircher und den damaligen Hypo-Anwalt Alexander Klaus massiv. "Mir ist vieles verschwiegen worden, dafür wurden mir Unterlagen untergeschoben", sagte er. (ID 598; Kurier, 28.11.2013)

Die Grünen werden in der Nationalratssitzung am Dienstag eine Ministeranklage gegen Maria Fekter (ÖVP) beantragen. Die Finanzministerin habe den Grundsatz der Budgetwahrheit verletzt, weil sie die Mehrkosten für die Hypo Alpe Adria aus wahltaktischen Gründen verschwiegen habe, begründete Finanzsprecher

Werner Kogler diesen Schritt. (ID 599; Die Presse, 30.11.2013)

Per 31. 12. läuft die Frist der Verjährung ab, daher muss eine Entscheidung in den nächsten Tagen fallen. Munition dazu liefern Gutachten, die die Hypo Alpe Adria in Auftrag gegeben hat und nun dem Finanzministerium zur Verfügung stellt. Die sollen beweisen, dass die Bayerische Landesbank als Haupteigentümer im Herbst 2009 den wahren schlechten Zustand der Hypo gewusst, aber vor der Verstaatlichung verschwiegen hat. Schließlich waren knapp nach dem Einstieg des Bundes weitere Abschreibungen in Milliardenhöhe fällig. (ID 600; Kronen Zeitung, 21.12.2013)

Am 4. September 2012 gewährte die Hypo der Alpine Bau einen kurzfristigen Kredit, um die marode Alpine-Tochter Osijek Koteks in Kroatien umzuschulden. Dabei sollen die Baumanager der Bank verschwiegen haben, dass sie bereits Ende Juli 2012 den Wirtschaftsberater KPMG an Bord geholt hatten, um die Refinanzierung des Gesamt-Konzerns in die Wege zu leiten. Folglich sollen die Alpine-Bosse, so die Hypo, schon im Sommer 2012 gewusst haben, dass der Konzern in Schieflage ist. "Es liegt der Verdacht nahe, dass der Hypo Informationen bewusst vorenthalten wurden, um der Alpine unrechtmäßige Vorteile zu verschaffen und die Hypo dazu zu bringen, den Überbrückungskredit zu vergeben", heißt es in der Anzeige. (ID 602; Kurier, 29.3.2014)

Die Bank verdächtigt die Baumanager des schweren Betruges und der Bilanzfälschung, weil die Alpine-Schieflage bei Bewilligung des 25-Millionen-Euro-Kredits verschwiegen worden sein soll, berichtete der Kurier am Wochenende. Haftbar gemacht werden soll dafür FCC. (ID 603; Der Standard, 31.3.2014)

Die Hypo war „anonym bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt wegen Verdachts der Untreue angezeigt worden. Der Kreditnehmer habe bereits im September 2012 Liquiditätsprobleme gehabt, die Bonität sei mangelhaft und Sicherheiten nicht ausreichend gewesen. Daher habe klar sein müssen, dass der Kredit nicht bedient werden könne. (ID 604; Der Standard, 31.3.2014)

Berlin wurde vorgeworfen, beim Verkauf der Kärntner Bank an die BayernLB wichtige Informationen über die Kapitalausstattung verschwiegen zu haben. Die Hypo hatte vor dem Verkauf Vorzugsaktien begeben, um ihre Eigenkapitaldecke aufzupolstern. Um die Papiere leichter verkaufen zu können, wurden den Investoren Put-Optionen eingeräumt: Sie konnten die Papiere jederzeit zurückverkaufen. Diese Nebenabsprache sei jedoch geheim gehalten worden. (ID 605; Der Standard, 10.4.2014)

Dieser wurde aber nicht, wie in den Bilanzierungsregeln vorgeschrieben, auf einmal verbucht, sondern auf zehn Jahre aufgeteilt. Wodurch die Bilanz der Bank (und wohl auch die gewinnabhängigen Boni der Vorstandsmitglieder) wesentlich besser aussahen. Erst 2006 flog die kreative Bilanzierung auf, und die Wirtschaftsprüfer (Confida und Deloitte) zogen ihre Testate für die Bilanz 2004 zurück. Ergebnis: Aus dem ursprünglich bilanzierten beträchtlichen Jahresgewinn wurde in der korrigierten Bilanz 2004 ein Verlust von 99 Mio. Euro. (ID 606; Die Presse, 19.11.2008)

Die Staatsanwaltschaft München wirft dem Ex-Chef der BayernLB, Werner Schmidt, vor, bewusst einen zu hohen Preis beim Kauf der Hypo Alpe-Adria gezahlt zu haben. Laut Süddeutsche Zeitung hatte die Hypo 2007 einen Wert von 2,5 Milliarden. Die Bayern zahlten für 50 Prozent plus eine Aktie insgesamt aber 1,675 Mio. Euro - umgerechnet also 400 Mio. Euro zu viel. (ID 607; Kurier, 17.10.2009)

Hier wurde die ehemalige Landesbank für Finanzierungen sonder Zahl genutzt, "da wurden auch Kredite eingeräumt, deren Vergabe aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht klug war, weil es das Land so wollte", umschreibt ein Kärntner Banker das Procedere in der ehemaligen Landesbank, die seit 2007 mehrheitlich den Bayern gehört. (ID 608; Der Standard, 14.11.2009)

Ein Aufsichtsratsmitglied: "Wir haben viel nachgefragt in den Sitzungen, der Vorstand hat uns nicht gewarnt, dass aus 500 Mio. Euro Verlust mehr als eine Milliarde werden könnte. Da muss jemand kräftig danebengegriffen haben - dem Aufsichtsrat wurde von alledem nichts berichtet. Wir werden nach der Verantwortung fragen, auch nach der Tilo Berlins." (ID 609; Der Standard, 14.11.2009)

Zu teuer - Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) hat den Kauf der maroden Bank Hypo Alpe Adria (HGAA) durch die BayernLB im Jahr 2007 als Fehler bezeichnet. "Im Licht der heutigen Entwicklung muss man sagen: Der Kauf der HGAA war falsch", sagte Fahrenschon am Donnerstag in München. Ein Prüfbericht liefert neue Munition für die Vermutung, dass der damalige Kaufpreis von 1,7 Mrd. Euro zu hoch war. (ID 610; Kurier, 4.12.2009)

Ministerpräsident Horst Seehofer berief die Krisensitzung der Regierung ein. Er ist fuchsteufelswild und lässt die Schuldigen nun von Anwälten aufspüren. "Die gravierenden Fehler, die gemacht wurden, schaden uns ungeheuer, weil dadurch die Kernkompetenz der CSU in der Wirtschafts- und Finanzpolitik beschädigt wird", zürnt Seehofer. (ID 611; Der Standard, 15.12.2009)

So etwas nennt man ein geglücktes Ablenkungsmanöver: Mit dem überraschend verkündeten Anschluss an die FPÖ hat das BZÖ am Dienstagabend nicht nur einen "Runden Tisch" im ORF provoziert, sondern

gleich auch noch einen Club 2 aus dem Programm geschossen, der sich mit durchaus interessanten Fragen beschäftigt hätte: Ist die Notverstaatlichung der Kärntner Hypo Alpe Adria der Auftakt einer neuen Welle der Verstaatlichungen? Und hat die steuerzahlende Allgemeinheit nun zu retten, was neoliberale Konzepte angerichtet haben? (ID 612; Die Presse, 20.12.2009)

Die österreichischen Steuerzahler müssen jetzt reparieren, was von den Steuerzahlern bezahlte Politiker und öffentliche Funktionsträger in den vergangenen Jahren höchst erfolgreich zerstört wurde. Übrigens unter den milde lächelnden Augen einer staatlichen Finanzmarktaufsicht und der Nationalbank, die mit der Performance der Hypo Alpe Adria noch vor wenigen Monaten sehr zufrieden war. So erklärte die OeNB im Sommer 2009, dass alle sechs österreichischen Großbanken (und damit auch die Hypo Alpe Adria) einen besonders strengen Belastungstest bestanden hätten und somit außer Gefahr wären. (ID 613; Die Presse, 20.12.2009)

Gerüchte, wonach die Investoren nur ihre Namen gegeben hätten, das Geld aber von der Flick-Stiftung, deren Vorstand Kulterer ist, gekommen sei, dementiert Sorger aufs Heftigste. "Ich kann alle Geldflüsse nachweisen, meine Überweisung und die Rücküberweisung." Dass die Causa Hypo zum Kriminalfall geworden ist, gefällt Sorger genauso wenig wie, dass die Bank ein Sanierungsfall ist, für den der Staat einspringen musste. (ID 614; Die Presse, 5.1.2010)

Bei seiner Vernehmung hatte Ex-BayernLB-Chef Werner Schmidt, der den Deal eingefädelt hatte, behauptet, der gesamte Vorstand sei über das Fußball-Sponsoring informiert gewesen. Die Staatsanwälte konnten aber in keinem Sitzungsprotokoll etwas finden. Nun suchen sie nach persönlichen Aufzeichnungen und Hinweisen bei Verwaltungsratsmitgliedern. Die Fahnder wollen wissen, was die damaligen Minister Kurt Faltlhauser (Finanzen), Erwin Huber (Wirtschaft) und Günther Beckstein (Inneres) über die Arena-Millionen wussten. (ID 615; Der Standard, 11.2.2010)

Laut Süddeutscher könnten die damaligen Bayern-LB-Verwaltungsräte, sofern sie das Milliardengeschäft sträflich leichtfertig abgesegnet hätten, selbst ins Visier der Fahnder geraten. Womöglich waren aber die Kontrolleure vom Vorstand der Landesbank unzureichend oder gar falsch über die Hypo Alpe Adria und deren Risiken informiert worden. (ID 616; Der Standard, 11.2.2010)

Berlin & Co. hat mitsamt der sogenannten "Investorengruppe Berlin" Ende 2006 Anteile der Hypo Alpe Adria zunächst in zwei Schritten gekauft und 2007 mit Gewinn (rund 170 Mio. Euro) an die BayernLB weiterverkauft. Die Bayern sehen sich im Wert der Bank getäuscht; Strafverfahren laufen, beschuldigt sind Ex-Bayern-LB-Chef Werner Schmidt, Tilo Berlin und andere. (ID 617; Der Standard, 19.5.2010)

Berlins Klage: "Die Behauptungen sind falsch und erfolgten wider besseren Wissens". Man beruft sich darauf, dass Berlin und Schmidt vor dem Hypo-U-Ausschuss, "unter Wahrheitspflicht ...schlüssige Aussagen zum Thema ablegten", die zu den Behauptungen der BayernLB "in krassem Gegensatz stehen". (ID 618; Der Standard, 19.5.2010)

Als am Freitag die Nachricht von der Verhaftung des ehemaligen Hypo-Alpe-Adria-Vorstandschefs Wolfgang Kulterer verbreitet wurde, wunderten sich viele Beobachter über den Zeitpunkt. Wie es denn sein könne, fragten einige, dass die Klagenfurter Staatsanwaltschaft nach einer eher ausgedehnten Phase der investigatorischen Zurückhaltung Hausdurchsuchungen durchführe und dabei so viel belastendes Material sicherstelle, dass die Inhaftierung des Tatverdächtigen Kulterer unter Hinweis auf Flucht-, Verdunkelungs- und/oder Tatbegehungsgefahr angemessen erscheine. (ID 619; Die Presse, 14.8.2010)

Der heute 56-Jährige war getrieben von der Vision, "Mister Hypo" zu werden - der einzige in ganz Österreich, dem es gelingen sollte, aus einer verschlafenen Landesbank einen international tätigen Finanzkonzern zu machen. "Wenn du als Banker große Risiken eingehst, musst du umso größere Geschäfte machen", war sein Credo. Mit dem Wissen von heute kann man sich ungefähr vorstellen, wie er das gemeint hat: Je mehr Geschäfte, umso höher die Chance, dass die paar Leichen im Keller unentdeckt bleiben. (ID 620; Die Presse, 14.9.2010)

Schon damals, bei der Übernahme der Problembank, wurde mit dem Finger auf das heikle Thema gezeigt. Nachdem der Leiter der Rechtsabteilung der BayernLB die Geldwäscheprävention bei der Hypo unter die Lupe genommen hatte, kam er zu folgendem Schluss: Er sehe "eine immanente Gefahr des Verstoßes gegen Geldwäschebestimmungen", es bestehe Handlungsbedarf. Detail am Rande: Der Hypo-Konzern hatte nicht einmal einen Geldwäsche-Beauftragten. (ID 621; Kurier, 27.8.2010)

"Die HGAA (Hypo-Gruppe, Anm.) besaß eine Tochterbank in Liechtenstein. Diese wurde ziemlich rasch verkauft, als Berlin CEO der HGAA wurde. Berlin selbst steht mit seiner Berlin&Co hinter der "offiziellen Käufergruppe", die jedoch von einem Treuhänder vertreten wurde." Berlin habe "ein Asset an sich selbst verkauft. (ID 622; Kurier, 27.8.2010)

Berlin-Anwalt Wolfgang Brandstetter ist darüber sehr erbost: "Dieses Gerücht ist nicht neu, völlig falsch und mittlerweile widerlegt." (ID 623; Kurier, 27.8.2010)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 56-Jährigen vor, Kreditvergaben ohne die dafür nötigen Sicherheiten ermöglicht zu haben. Festgemacht wird dies von den Ermittlern unter anderem an einem Zwei-Millionen-Kredit für die Fluglinie Styrian Airways sowie an einem 150.000-Euro-Kredit, den der Privatdetektiv Dietmar Guggenbichler bekommen hat. Überdies wird Kulterer der Falschaussage im Hypo-U-Ausschuss verdächtigt. Ihm drohen (wegen des Verdachts der Untreue) bis zu zehn Jahre Haft. (ID 624; Kurier, 8.9.2010)

Ins Rollen gebracht hat die Affäre der Kärntner Notar Reinhard Kern. Er ist jener Mann, der im Auftrag der Hypo 2006 für Investoren, die sich an der Kapitalerhöhung beteiligt haben, side-letters ("Put-Optionen") ausgearbeitet und die Unterschriften beglaubigt hat. In diesen Vereinbarungen wird den Investoren (siehe unten) zugestanden, dass sie die im Zuge der Kapitalerhöhung gekauften Aktien ab einem bestimmten Zeitpunkt an die Bank zurückverkaufen dürfen. Das widerspricht dem Bankwesengesetz: Als Eigenkapital darf nur Kapital gewertet werden, das unbeschränkt zur Verfügung steht. Kern musste die Verträge auf Anweisung des Hypo-Vorstandes vernichten (siehe Faksimile). Er hat jetzt aber alles in der Sachverhaltsdarstellung bestätigt. (ID 625; Kurier, 16.10.2010)

Stimmen die Vorwürfe, wird es für ihn eng. Denn er wurde schon einmal wegen Bilanzfälschung verurteilt: Die Spekulationsverluste der Bank 2004 wurden falsch bilanziert. (ID 626; Kurier, 16.10.2010)

Am 10. November tauschte die Rechtsanwältin der Hypo eigenmächtig alle Schlösser im Haus aus, ohne die Mieter zu informieren. Zudem wurde der Heizungsraum versperrt und die Heizung abgedreht. Durch Intervention des ehemaligen Immobilienbetreibers des Alpenkönig Hotels, Udo Wanner, wurde den 15 Parteien der Zugang zu ihrer Liegenschaft wieder gewährt. Alle Mieter teilen sich nun einen Generalschlüssel.(...) Die Hypo: "Die Mieter gelten als Hausbesetzer. Es liegt keine Benützungsbewilligung der Liegenschaft vor. Anlässlich der Verkündung der konkursgerichtlichen Schließung wurde den Angestellten die Auflösung des Mietverhältnisses mitgeteilt", so Hypo-Anwältin Gabriele Opperer. (ID 627; Kurier, 25.12.2010)

Das Bezirksgericht gab der Hypo recht. "Das Urteil ist nicht nachvollziehbar", so Fuchs. Es könne nun allenfalls eine Amtshaftungsklage gegen die Richterin Antja Hauser eingebracht werden, da sie den Sachverhalt falsch gewürdigt hat. (ID 628; Kronen Zeitung, 25.12.2010)

Ein dem "Standard" zugespieltes Gutachten bringt inzwischen den früheren Hypo-Boss Wolfgang Kulterer und Konsorten unter Druck. Darin geht es um eine Kapitalerhöhung, die 2004 über Vorzugsaktien organisiert worden ist. Dabei soll nicht nur eine seltsame Konstruktion gewählt worden - die Kapitalerhöhung wurde über die Liechtenstein-Tochter der Hypo finanziert -, sondern der Bank auch ein Schaden von 5,5 Millionen Euro entstanden sein. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Konstruktion "missbräuchlich" und die Millionen auch nicht als Eigenkapital der Bank anzusehen gewesen wären. (ID 629; Kronen Zeitung, 22.1.2011)

Denn in einem Verhandlungsprotokoll vom April 2007 über rechtliche Voraussetzungen des Hypo-Verkaufs an die BayernLB ist ausdrücklich vermerkt, dass keine Put-Optionen für Vorzugsaktionäre existierten. Das war den Bayern wichtig, da es Einfluss auf die Eigenkapitalausstattung der Bank hatte. Diese Auskunft sei "nachweisbar falsch gewesen", stellt nun der U-Ausschuss fest. (...) Deshalb sollten Haftungsansprüche geprüft werden. (ID 630; Kronen Zeitung, 12.2.2011)

Wegen der tristen finanziellen Lage des Privatdetektivs sollte die Hypo sogar selbst für die Sicherstellung und entsprechende Aufträge an Guggenbichler sorgen. Was angeblich auch geschah - nur dass das Hypo-Honorar nicht zur Kreditabdeckung verwendet wurde. (ID 631; Kronen Zeitung, 27.2.2011)

Kulterer hat noch eine Anklage am Hals: Ihm wird vorgeworfen, über den Zeitpunkt der ersten Verhandlungen zum Verkauf der Hypo an die BayernLB falsch ausgesagt zu haben. (ID 632; Kronen Zeitung, 27.2.2011)

Die Staatsanwaltschaft München geht dem Verdacht nach, dass einige dieser Millionen am Ende heimlich als sogenannte "Kick-back-Zahlungen" bei Entscheidungsträgern der BayernLB gelandet sein sollen. Für die Justiz ist es unklar, warum die damaligen Manager der Münchner Landesbank so viel Geld für die Hypo ausgegeben haben. Gröller hält diesen Verdacht für "absurd". Das Ganze sei völlig transparent abgelaufen. Er könne Kick-back-Zahlungen ausschließen. "Die Bayern wollten die Hypo einfach haben. Da sind sicher keine heimlichen Zahlungen gelaufen", so Gröller. (ID 633; Die Presse, 1.3.2011)

Auch Tilo Berlin, der die Investoren gesucht hat, hatte wiederholt versichert, nicht gegen das Gesetz verstoßen zu haben. Gestern erklärte der Investor auf Anfrage, der Bericht in der "Süddeutschen" enthalte Falschdarstellungen - ohne auf Details einzugehen. (ID 634; Die Presse, 1.3.2011)

Grigg, für den die Unschuldsvermutung gilt, soll laut Unterlagen der Staatsanwaltschaft mehrere gesetzeswidrige Nebenabsprachen mit Käufern von Hypo-Vorzugsaktien unterzeichnet haben. Und er soll in der Bilanz 2006, die er als Vorstand mitbeschlossen hat, Eigenkapital falsch angegeben haben. (ID 635; Kurier, 12.3.2011)

Branchengerüchte, dass sie die Bank um rund 40 Millionen Euro verkaufen will, dementiert die GraWe scharf. (ID 636; Kurier, 12.3.2011)

Noch nicht abgeschlossen sind jedoch die Ermittlungen gegen Tilo Berlin im Zusammenhang mit einem umstrittenen Sponsoring des Klagenfurter Fußballstadions. Hier geht es um Beihilfe zur Untreue und um Beihilfe zur Bestechung eines ausländischen Amtsträgers. (ID 637; Die Presse, 30.8.2011)

Die Veräußerung an die Bayern bezeichnete Lacina als "katastrophale Entscheidung". Besonders gestört habe ihn, dass nicht versucht worden sei, mehrere Angebote einzuholen. Man habe der Frage der Landeshaftungen zu wenig Bedeutung beigemessen. Diese seien seiner Ansicht nach falsch beurteilt worden. (ID 638; Die Presse, 15.9.2011)

Ebenfalls einvernommen wurde am Mittwoch BZÖ-Abgeordneter Stefan Petzner. Er ritt scharfe Attacken gegen das Management der Bayern LB und Ex-Finanzminister Josef Pröll (ÖVP). Die Bayern hätten die Hypo an die Wand gefahren und dann der Republik "vor die Füße geworfen". Pröll wiederum habe sich von den Bayern über den Tisch ziehen lassen. (ID 639; Die Presse, 15.9.2011)

In der Stiftung waren die Ex-Hypo-Vorstände Wolfgang Kulterer und Berlin Teil des Vorstands. Somit sei in der Stiftung bekannt gewesen, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei, heißt es seitens der Bayern. "Die Bank wurde arglistig getäuscht", sagte ihr Anwalt Michael Binder. Wäre die Situation nicht falsch dargestellt worden, wäre es nicht zum Kauf gekommen. "Es gab ein kunstvolles System der Verschleierung und eine Fälschung der Bilanzen." (ID 640; Kurier, 19.11.2011)

Andreas Oman, Anwalt der Mitarbeiterstiftung, wies dies zurück. "Es hat keine schädlichen Nebenabreden gegeben und selbst wenn, dann war das in der Stiftung nicht bekannt." Die Bayern hätten ohnehin unter allen Umständen die Hypo gekauft; zudem seien die Vorwürfe bereits verjährt. (ID 641; Kurier, 19.11.2011)

Die Justiz hegt den Verdacht, dass bei der Hypo über eine komplizierte Konstruktion, in der auch eine Gesellschaft in Jersey involviert war, die Konzernbilanz falsch dargestellt wurde. So flossen von der Kärntner Landesholding 420 Millionen Euro an die Hypo-Mitarbeiterstiftung. Diese stellte einen Teil des Geldes der Bank zur Verfügung, die die Millionen als Eigenmittel verbuchte. Und genau hier setzt die Justiz an. Dem Durchsuchungsbeschluss zufolge gab es eine Garantie, dass die Landesholding die Millionen wieder von der Mitarbeiterstiftung zurückbekommt. In diesem Fall hätte die Hypo das Geld aber vermutlich nicht als Eigenmittel anrechnen dürfen. Denn der Zweck von Eigenmitteln ist es, dass sie der Bank "jederzeit frei und auf Unternehmensdauer als Deckungsmasse für die Risiko- oder Verlustabdeckung zur Verfügung" stehen, so die Justiz. (ID 642; Die Presse, 18.2.2012)

Martinz war lange Zeit Aufsichtsratspräsident der Kärntner Landesholding, die 2007 die Hypo Alpe Adria an die BayernLB verkaufte. Normalerweise werden bei Deals in dieser Größenordnung hochkarätige Investmentbanken eingeschaltet. Diese erstellen dann umfangreiche Bewertungsgutachten. (...) "Die Tätigkeiten von Dr. Birnbacher entsprachen nicht den typischen Tätigkeiten einer Investmentbank", schreibt der von der Justiz beauftragte deutsche Kapitalmarktexperte Frank Schäfer. Seiner Ansicht nach hätte Birnbacher maximal 200.000 Euro bekommen sollen. Der "Presse" liegt das Birnbacher-Gutachten vor. Es enthält peinliche Fehler. So wurden Namen falsch geschrieben. (ID 643; Die Presse, 23.3.2012)

In diesem Zusammenhang geht die Hypo auch gegen frühere Vorstände und Aufsichtsräte vor. Geklagt wurden unter anderem Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer, der Investor Tilo Berlin, Grazer-Wechselseitige-Chef Othmar Ederer (damals Hypo-Aufsichtsrat) und GraWe-Vizechef Siegfried Grigg. In der Klagschrift heißt es, dass die Bilanzierungsvorschriften verletzt wurden. Der Jahresabschluss 2007 sei unrichtig. "Die mitbeklagten Ex-Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder haben all dies in rechtswidriger und schuldhafter Weise zu verantworten." (ID 644; Die Presse, 23.3.2012)

Die bayrischen Eigentümer haben damals laut Vor-Ort-Prüfbericht zwar erste ?Transformationsprozesse? eingeleitet - weit sind sie damit aber nicht gekommen. Nicht einmal einen Monat nach Fertigstellung des Prüfberichts musste die Republik die Bank retten. Die Nationalbank hatte der Bank Ende 2008 übrigens noch das Prädikat „not distressed“ (kein Sanierungsfall) verliehen. (ID 645; Der Standard, 5.5.2012)

Offenkundig unter dem Druck der öffentlichen Meinung wegen der Aufarbeitung der Hypo-Alpe-Adria-Skandale habe es dann doch noch eine Anklage geben müssen. Die jetzige stehe aber in völligem Widerspruch zu den bereits eingestellten. ?Meine Herren, das geht so in einem Rechtsstaat nicht?, schleuderte Soyer wort- und gestenreich Richter Manfred Herrenhofer und Staatsanwalt Höbl entgegen. (ID 646; Der Standard, 5.7.2012)

Die Expertise umfasst nur wenige Seiten und enthält peinliche Fehler. So wurden Namen falsch geschrieben. Dafür hätte er zunächst zwölf Mio. Euro kassieren sollen. Nach einem öffentlichen Aufschrei wurde das Honorar auf sechs Mio. reduziert. "Birni, wir können dir nicht zwölf Mio. Euro zahlen. Bist du auch mit sechs Mio. Euro zufrieden?", fragte ihn der damalige Landeshauptmann Jörg Haider. Birnbacher stimmte dem "Patriotenrabatt" zu. (ID 647; Die Presse, 6.7.2012)

Der Richter hielt ihm das Gesetz für Wirtschaftsprüfer vor. Dieses schließt Provisionen aus. Dagegen habe er nicht verstoßen, konterte Birnbacher. Denn er habe keine Provision, sondern lediglich ein "Erfolgshonorar" erhalten. Er, so Birnbacher, hätte auch ein unangemessen hohes Honorar nicht hinterfragt. (ID 648; Die Presse, 6.7.2012)

Birnbacher hatte für seine begleitende Beratung beim Verkauf der Kärntner Anteile an der Hypo Alpe-Adria an die Bayerische Landesbank (2007) sechs Millionen Euro kassiert. Für ein Gutachten im Umfang von mickrigen sechs Seiten, das als Sammelsurium an Kalendersprüchen und Gemeinplätzen ("Die Spanne des Wertes ist sicher breit"; "Aus meiner Sicht ist (...) das klug und gut") einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. 44 Sätze, von denen jeder einzelne 272.727 Euro wert sein sollte? Ursprünglich waren Birnbacher für seine dürftige Expertise gar 12,1 Millionen Euro zugesichert worden. (ID 649; Kurier, 12.7.2012)

Interessant erscheint auch die Rolle der Staatsanwaltschaft Klagenfurt: Diese hatte ein erstes Verfahren im Zusammenhang mit dem Birnbacher-Gutachten am 18. Februar 2009 eingestellt. (ID 651; Kurier, 12.7.2012)

Wie kommt es, dass die Justiz zweimal die Ermittlungen eingestellt hat? Warum hat die Anklagebehörde die sechs Mio. Euro einst für angemessen beurteilt? Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ist nun derart unter Beschuss geraten, dass sie dazu für Freitag eine Stellungnahme angekündigt hat. (ID 652; Die Presse, 13.7.2012)

Die Betroffenen bestreiten dies. Der Wiener Universitätsprofessor Christian Nowotny sagte zur "Presse": "In meinem Gutachten ging es gar nicht über die Höhe des Honorars, sondern ich habe andere Themen untersucht." Er habe sich ganz bewusst nicht zur Höhe des Honorars äußern wollen. (ID 653; Die Presse, 13.7.2012)

In der Vergangenheit gab es Stimmen, die Verfahren rund um die Hypo Alpe Adria aus Kärnten abzuziehen. Der Chef der Finanzprokuratur in Wien, Wolfgang Peschorn, hält Kärnten als Gerichtsstandort für ungeeignet. Viele Personen "im räumlichen Umfeld der Bank" seien an einer Aufklärung nicht interessiert. (ID 654; Die Presse, 13.7.2012)

Berlins Anwälte argumentieren, dass die Hypo der Berlin-Gruppe beim Einstieg wesentliche Informationen vorenthalten hätte. Zum einen habe Grigg verschwiegen, dass es für die Vorzugsaktien Rückkaufgarantien der Bank für die Investoren gegeben habe. Grigg habe die Bilanz 2005 unterschrieben, die „mit hoher Wahrscheinlichkeit das Eigenkapital unrichtig ausweist“. Auch die Bilanz 2006 sei wahrscheinlich falsch. Zudem habe die Hypo bezüglich des Verkaufs der Consultants Group falsche Angaben gemacht. Man habe Berlin ihre Vorgeschichte und das laut Hypo „kriminelle Netzwerk“, das beim Consultants-Verkauf am Werk gewesen sei, verschwiegen. (ID 655; Der Standard, 13.11.2012)

Grigg weist darauf hin, dass er die Bilanz 2005 nicht unterschrieben hat (weil er erst ab Herbst 2006 im Vorstand war) und erst 2010 von den Put-Optionen rund um die Vorzugsaktien informiert worden sei. (ID 656; Der Standard, 13.11.2012)

Die Hypo argumentiert, dass während der Zeit der bayerischen Eigentümerschaft verschiedene bilanzielle Positionen "falsch bewertet" worden seien. Eine nicht ganz unriskante Argumentation: Das wäre nämlich, wie der bayerische Finanzminister meint, Bilanzfälschung. Gegenüber der EU seien im Beihilfeverfahren in diesem Fall also "möglicherweise unrichtige Angaben gemacht worden". (ID 657; Die Presse, 15.12.2012)

Aber darauf wollte Fekter mit dem Fütterungssager nicht anspielen. Denn im selben Gespräch betonte sie, zur Hypo gebe es "nichts zu sagen". Lieber füttert sie die Medien mit herben Sprüchen und zeigt mit dem Finger auf andere. Das lenkt von heimischen Problemen ab. (ID 658; Kurier, 12.6.2013)

Auf Druck der Aufsichtsbehörden, die den Eigenkapital-Charakter des Geldes seit jeher schwer bezweifelt hatten, hat die Hypo die Vorzugsaktien später zurückgekauft und weiter verteilt. In den Augen der Erstrichterin war all das Untreue, das zugeführte Geld kein Eigenkapital. (ID 659; Der Standard, 3.7.2013)

Die Anwälte hatten sich in ihren Plädoyers eine Stunde lang vor allem auf eine Frage konzentriert: auf die Rolle des vom Staatsanwalt bestellten Sachverständigen. Sie argumentierten, dass seine Behandlung vor Gericht, wo er wie ein Zeuge befragt wurde, ein faires Verfahren verhindert habe. So ein Sachverständiger sei automatisch befangen, die anderslautende Passage in der Strafprozessordnung (StPO) verfassungswidrig. Privatgutachter seien nicht zugelassen worden. Am deutlichsten drückte es Kuchers Anwalt Michael Rohregger aus: „Es würde Heldenmut eines Sachverständigen verlangen, wenn der in der Hauptverhandlung, zu seinem Gutachten befragt, sagen würde: Ich habe es mir überlegt, mein Gutachten ist falsch.“ (ID 660; Der Standard, 3.7.2013)

Kulterers Anwalt, Ferdinand Lanker, hat in seinem Plädoyer einmal mehr erklärt, sein Mandant sei zum „Buhmann der Nation“ ernannt worden. Und zwar, „um die tatsächlich Verantwortlichen zu verschleiern“, die in Politik und BayernLB zu suchen seien. (ID 661; Der Standard, 3.7.2013)

Dazu ließ Krakow nun Bilanzen jener Jahre durchforsten, als die Bank der BayernLB gehörte. Bei der

Überprüfung stellte sich heraus, dass die Hypo damals zahlreiche Kredite und Beteiligungen zu hoch bewertet haben soll. Konkret wurden 21 Großkredite unter die Lupe genommen. Meist handelt es sich um Darlehen, die an Kunden in Osteuropa vergeben wurden. (ID 662; Die Presse, 6.7.2013)

Auf die Frage, ob die bisherige Ablehnung einer Bad Bank durch das Finanzressort falsch gewesen sei, sagte der Ökonom: "Es sind jede Menge Fehler gemacht worden." In der ZIB2 bekräftigte Felderer, dass die Hypo den Steuerzahler womöglich noch mehrere Milliarden Euro kosten werde. Allerdings sei es denkbar, dass die Belastung für das Budget heuer -abgesehen von den bereits eingeplanten 700 Mio. Euro -geringer ausfallen könnte, weil der größere Teil 2014 verbucht werde. Somit könnte das kommende Jahr aus Budget-Sicht sehr schwer werden. (ID 663; Der Standard, 12.7.2013)

Bei diesem Hintergrundgespräch hatte Kontrollbank-Chef Rudolf Scholten erzählt, dass er vor drei Jahren, als er in die Hypo kam, "wirklich einen bodenlosen Sauhaufen" vorgefunden habe. Bei der Kärntner Hypo seien sämtliche Regeln des Geschäfts verletzt worden. (ID 664; Kronen Zeitung, 4.9.2013)

Kritischer sah das der grüne Wirtschaftssprecher Werner Kogler, der die Notverstaatlichung in dieser Form als "unnotwendig und falsch organisiert" bezeichnete. "Die Finanzminister der ÖVP haben es verabsäumt, eine schadensminimierende Restrukturierung der Bank zuzulassen", sagte Kogler, der für Verhandlungen zur Schadensminimierung bei der Hypo bereit wäre. (ID 665 Kronen Zeitung, 4.9.2013)

Auch da zerrinnt den Österreichern die Zeit zwischen den Fingern: Ende des Jahres läuft der Verjährungsverzicht ab, den die Bayern den Österreichern eingeräumt haben. Sie argumentieren, sie seien beim Kauf falsch bzw. unvollständig über die Hypo-Zahlen informiert worden in erster Linie geht es ums Eigenkapital. Das erwähnte Zustimmungsrecht der BayernLB ist unter anderem im Aktienkaufvertrag verankert, mit dem die Notverstaatlichung am 29. Dezember 2009 besiegelt wurde. Ein schlanker Vertrag von zwölf Seiten, der einige Seltsamkeiten beinhaltet. Etwa jene, dass die Käuferin Republik auf Gewährleistung weitgehend verzichtet hat. (ID 666; Der Standard, 25.10.2013)

Ihnen wird vorgeworfen, die Hypo um 500 Mio. Euro zu teuer gekauft zu haben; Verkäufer waren Berlin & Co., Kärntens Landesholding, Versicherer Grawe und die Hypo-Mitarbeiterprivatstiftung Maps. (ID 667; Der Standard, 7.11.2013)

Zehn Mal wurde Schmidt einvernommen, aber erst nach Längerem, heißt es in der Anklage, habe er zugegeben, dass es schon 2006 Kontakte zwischen ihm, Tilo Berlin und Hypo-Chef Wolfgang Kulterer zum Thema Hypo gegeben habe. Hinter dieser „Zaghaftigkeit“ vermuten die Staatsanwälte die Umsetzung „einer Sprachregelung“ der drei Genannten, im Kärntner U-Ausschuss falsch anzugeben, dass das Thema Hypo-Erwerb für die Bayern erst ab Ende Februar 2007 begonnen habe. (ID 668; Der Standard, 7.11.2013)

Seine Investoren-Gruppe cashte bei dem Deal nicht nur 182 Millionen Euro "Übererlös" ab, sondern Berlin selbst stieg als indirekter Nachfolger von Wolfgang Kulterer zum Hypo-Chef auf. Die Bayern wollen nun im Prozess nachweisen, dass sie u. a. beim Kauf der fast 15.000 Hypo-Aktien der MAPS getäuscht wurden, weil man ihnen Rückkaufsverpflichtungen (Nebenabreden), die mit Vorzugsaktionären heimlich abgeschlossen worden waren, unterschlagen hatte. (ID 669; Kurier, 13.11.2013)

Zu internen Aktenvermerken, in denen die mögliche Bilanzfälschung thematisiert wurde, wollte er unter Bezug auf sein Entschlagungsrecht nichts sagen. Nur zu einer verfänglichen Tagebuchnotiz von Ex-Hypo-Vorstand Kircher sagte er, diese sei falsch. Kircher hatte nach einem Gespräch mit Berlin notiert, dass dieser "mit der Vorzugsaktien-Sache nichts zu tun haben wolle" und man die Sache den Bayern mitteilen hätte sollen. (ID 670; Kurier, 13.11.2013)

Den Kunden war insgeheim und zum Nachteil der Bank der Rückkauf der Aktien (Volumen: 116,1 Millionen Euro) garantiert worden. In den Bilanzen wurde dieses Kapital - gegen alle Regeln - als Eigenkapital deklariert. (ID 671; Kurier, 14.11.2013)

Der Stiftung wurde die Doppelrolle Kulterers zum Verhängnis. Er war damals nicht nur Aufsichtsratschef der Hypo, sondern auch Vorstand der Flick-Privatstiftung. Laut Anklage habe Kulterer "als Entscheidungsträger der Flick-Stiftung Straftaten zulasten der Hypo begangen", und die Stiftung um 1,072 Millionen Euro illegal bereichert. (ID 672; Kurier, 14.11.2013)

Alles ganz anders"Der Schaden der Hypo ist nicht gleich der Vorteil der Stiftung", kontert die milliardenschwere Flick-Privatstiftung. Es liege keine Bereicherung vor. Die Verzinsung dieser Wertpapiere sei "absolut marktüblich" gewesen. Das untermauert sie mit einem Gutachten des Wirtschaftsprofessors Josef Zechner. (ID 673; Kurier, 14.11.2013)

Die Hypo war kriminell. Die Ex-Chefs der Bank sind hohe Risiken eingegangen, machten Geschäfte mit der politischen Oberschicht am Balkan. Dass das nur kriminell war, stimmt nicht. Die Ex-Chefs der Bank sind zwar in Haft, allerdings wegen einer nicht gesetzeskonformen Eigenkapitalaufbringung der Hypo. (ID 674; Kurier, 18.11.2013)

Die Hypo behauptet nämlich, dass die Geschäftsabschlüsse aus der Zeit der BayernLB falsch gewesen seien. Eine Überprüfung habe ergeben, dass mehrere Kredite und Beteiligungen in den Bilanzen zu hoch angesetzt worden seien. Hätte die Hypo damals korrekt bilanziert, wäre sie unter die gesetzlich geforderte Eigenkapitalquote von acht Prozent gefallen. Daher will sie die Kredite behalten. (ID 675; Die Presse, 26.11.2013)

Beim ersten Schlagabtausch legten die Anwälte beider Banken ihren Rechtsstandpunkt dar. Dabei bekräftigte Hypo-Anwalt Daniel Busse, dass deren Jahresabschlüsse, in denen ausreichende Eigenkapitaldecke testiert worden war, falsch gewesen seien. (ID 676; Der Standard, 26.11.2013)

Im Gespräch mit der Presse klagt er, die Politik habe "die Weichen 2013 falsch oder nicht gestellt". Man hätte noch vor der Wahl eine Bad Bank schaffen sollen. (ID 677; Kurier, 30.12.2013)

"Da wir noch immer keine Bad Bank haben, sind wir bei der Hypo mit Staatszuschüssen konfrontiert, die meiner Meinung nach fast zur Gänze vermeidbar gewesen wären", sagte Ditz. Noch vor den Parlamentswahlen im September 2013 hätte man die Rahmenbedingungen schaffen sollen. Da 2013, im entscheidenden Jahr für die Hypo, die Weichen "falsch oder nicht" gestellt worden seien, sei er als Aufsichtsratsvorsitzender zurückgetreten, erklärte der frühere ÖVP-Wirtschaftsminister. Hätte man das gemacht, "was wir vorgeschlagen haben, dann hätte sich der Steuerzahler Milliarden erspart". (ID 678; Kurier, 11.1.2014)

Der Bund benimmt sich bei der Hypo Alpe Adria wie ein Pleitier, der meint, er stünde hervorragend da, wenn man sich den Kredit für die Villa, die Leasingrate für den Ferrari und die Alimente für die fünf Kinder wegdenkt. (ID 679; Die Presse, 17.1.2014)

Die Kärntner Hypo in Konkurs zu schicken sei wegen der aberwitzigen Haftungen des Landes Kärnten (noch immer 14 Mrd. Euro) nicht möglich. Das würde die österreichische Staatsschuld explodieren lassen, weil dann ja der Bund dem ebenfalls insolventen Bundesland Kärnten beispringen müsste. Und: Die "schlechten" Teile der Hypo gemeinsam mit dem Schrott anderer Pleitebanken, wie etwa der ÖVAG oder der alten Kommunalkredit, in eine Abbaubank (Bad Bank) auszulagern gehe ebenfalls nicht. Denn der Inhalt dieser Bad Bank würde ja ebenfalls den Staatsschulden zugerechnet, womit diese um mehr als 20 Milliarden steigen würden. Beides ist schlicht und ergreifend falsch. Erstens wäre es von Anfang an sehr vernünftig gewesen, eine Insolvenz der Bank als realistische Variante in den Raum zu stellen. Seit dem Verkauf der Österreich-Aktivitäten der Kärntner Bank wären nicht einmal mehr Sparer betroffen. Geblutet hätten höchstens, wie es sich in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehört, Risikokapitalgeber wie etwa Anleihegläubiger. (...) Diese Variante wäre die für den Steuerzahler billigste gewesen. Das heißt: kann sie noch immer sein. (ID 680; Die Presse, 17.1.2014)

Dass das notwendig ist, um das Rating der Republik zu halten, gehört zu den gern erzählten Fabeln. Die Wahrheit: Selbstverständlich sind S&P und Co. nicht so dämlich, sich von bauernschlauem Politikern auf diese Art hinters Licht führen zu lassen. Und damit stirbt das letzte Argument, den Steuerzahler die volle Rechnung für sinnloses Schuldenverstecken bezahlen zu lassen. (ID 681; Die Presse, 17.1.2014)

Dadurch sowie aufgrund der strengeren Eigenkapitalvorschriften werde es schwieriger, Kredite wie im bisherigen Umfang zu vergeben. (...) Treichl resignierend: "Die Abgabe wird nicht rückgängig gemacht, wir müssen damit leben. Sie ist falsch, aber nicht das Falscheste, was in der Politik in den letzten Wochen passiert ist." Die bisher eingesammelte Summe von 1,5 Mrd. Euro hätte besser für die Hypo Alpe Adria genutzt werden können als zum Stopfen von Budgetlöchern. (ID 682; Kurier, 21.1.2014)

In einer dringlichen Anfrage im Nationalrat warfen die Grünen Spindelegger Verzögerung vor, die den Schaden vergrößern werde. Zudem wurde bemängelt, dass im Budgetprovisorium nur 133 Mio. Euro für Bankenrettungen vorgesehen seien. Das sei „zweifelloso verfassungswidrig“, so die Grünen. (ID 683; Der Standard, 30.1.2014)

Auch die Kärntner Haftungen für die Hypo wurden am Mittwoch thematisiert. Der Rechnungshof übt scharfe Kritik sowohl am Land als auch an der Bank: Die Hypo habe bei der EDV-Umstellung geschlampt, das Land seine Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Nachdem die EU das Auslaufen der Landeshaftungen verfügt hatte, adaptierte die Bank die Programme. Dabei kam es zu Fehlern, die dazu führten, dass die Höhe der Haftungen für 2007 bis 2010 falsch ausgewiesen wurde. Dadurch waren auch die Haftungsprovisionen zu niedrig. (ID 684; Der Standard, 30.1.2014)

Warum haben die Ermittler nicht mehr gefunden? Eine Theorie lautet, ein Großteil der Gelder dürfte in kriminellen Kanälen verschwunden sein. Die Hypo soll auf dem Balkan leichtfertig Kredite für mehr als fragwürdige Projekte vergeben haben. Und viele Menschen sollen dabei die Hand aufgehoben haben. Doch warum gibt es keine Liste mit Betrügern, die die Hypo um Milliarden abgezockt haben? (ID 685; Die Presse, 12.2.2014)

Wolfgang Peschorn, Leiter der staatlichen Finanzprokuratur, bezweifelt, dass die Schuldigen tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden. Laut Peschorn seien die Vermögen einstiger Manager und Berater bis dato

verschont geblieben. Und auf der Hypo-Beraterliste fänden sich viele derselben Namen wie dazumal, sagte Peschorn im November 2013 in der ORF-Sendung "Am Schauplatz". (ID 686; Die Presse, 12.2.2014)

Die große kriminelle Vorgangsweise gab es nicht. Die Hypo hat einfach auf Teufel komm raus expandiert. Gleichzeitig fehlten die Kontrollmechanismen für die Überprüfung der Kredite. Die Hypo schätzte die Risiken falsch ein. Da die Kontrollsysteme fehlten, wurde die Hypo automatisch für alle möglichen Betrüger anfällig. Und die Finanzaufsicht hat geschlafen. Wie auch immer: Viele Milliarden sind jedenfalls weg. (ID 687; Die Presse, 12.2.2014)

So wie die Opposition die Debatte führt, mit Begriffen wie „Verbrecherbande“ hintertreibt sie die Hypo-Abwicklung und richtet zulasten des Steuerzahlers Schaden an. All diese falschen Anschuldigungen: Ich habe keine Lust, einem wie Ihnen, der mit der Keule herumläuft, das Skalpell des U-Ausschusses in die Hand zu drücken. Ihre eigene Parteichefin sagt ja quasi selbst, dass nur sie den Vorsitz führen könne, weil alle anderen zu unseriös sind. (ID 688; Der Standard, 25.2.2014)

Ein Mitarbeiter Schmidts analysierte und warnte: Die Existenz der Swapverluste weise „auf mangelhafte Risikoüberwachungs- und Managementsysteme“ hin. Eine korrekte Diagnose: Auch die Aufsicht kritisierte das (kaum vorhandene) Risikosystem oft. Folgen zeitigte das aber nie; erst nach der Verstaatlichung wurden die Systeme langsam in den Sollzustand gebracht. (ID 689; Der Standard, 25.2.2014)

Lange nach der Verstaatlichung ist die Republik aufgewacht. Gutachter haben sich mit den Grundlagen für eine Irrtumsanfechtung des Kaufvertrags mit der BayernLB beschäftigt. Der Grazer Wirtschaftsprüfer Fritz Kleiner und die Linzer Berater AKKT gaben ihre Expertisen vor zwei Monaten ab. Sie legen nahe, dass der Kapitalbedarf, den Franz Pinkl bei der Verstaatlichung mit zwei Mrd. Euro bezifferte, in Wirklichkeit bei rund fünf Mrd. Euro lag. (ID 690 Der Standard, 25.2.2014)

Die Bayern sollten von der Sprengkraft des Leasingbereichs zumindest nicht überrascht gewesen sein. Ihre Berater von PwC haben bereits im August 2009 eine „Gefährdungsanalyse“ erstellt. Der kritische Bericht war auch Thema im Hypo-Aufsichtsrat. (ID 691, Der Standard, 25.2.2014)

Die (nicht rechtskräftigen) Verurteilungen der Exbankchefs wegen Bilanzfälschung unterstützen die Argumentationslinie der Bayern, beim Hypokauf 2007 falsch informiert worden zu sein. Sie haben auf Rückabwicklung des Kaufvertrags geklagt. (ID 692; Der Standard, 3.3.2014)

Wie marod und gefährdet die Bank vor der Verstaatlichung war, das kann Mehrheitseignerin BayernLB (und den Aktionären Land Kärnten und Grawe) kaum verborgen geblieben sein. Mitte 2008 beauftragten Hypo-Aufsichtsrat und Vorstand PricewaterhouseCoopers Frankfurt (PwC), die Leasingtöchter auf Betrugsanfälligkeit und Risiko abzuklopfen. Am 31. August 2009 lag die ?Fraud-Gefährdungsanalyse? vor. (ID 693; Der Standard, 3.3.2014)

Drei Monate später musste die Bank von der Republik gerettet werden. Ende 2008 hatte die Nationalbank die Hypo noch als „not distressed“ eingestuft; sie bekam 900 Mio. Euro an staatlichem PS-Kapital. Das Leasinggeschäft unterliegt nicht der Bankenaufsicht; die Leasingtöchter wurden zur Gänze von Mutter Hypo Alpe Adria finanziert. Konnten sie diese Kredite nicht zurückzahlen, bekamen sie neue. (ID 694; Der Standard, 3.3.2014)

Besonders skeptisch zeigten sich die Prüfer bei Bonitätsprüfungen in der kroatischen Leasingtochter. Da sei das Manipulationsrisiko hoch, der Schadenseintritt liege bei einer Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent. Es bestehe „mittleres Risiko“ für Betrugsschäden. Schlecht fiel auch das Zeugnis bei der Sicherheitenbewertung aus. In der Vergangenheit seien „auch überhöhte Bewertungen“ angesetzt worden, „es bleibt fraglich, ob diese Praxis fortgesetzt wird“. Und: „Aus unserer Sicht liegt hier ein hohes Risiko für Schaden durch betrügerische Handlungen vor.“ (ID 695; Der Standard, 3.3.2014)

Den Grund dafür lieferte er in einem "Presse"-Interview: "2013 war für die Hypo Alpe Adria das entscheidende Jahr. Doch leider wurden aus meiner Sicht die Weichen falsch oder nicht gestellt." Und: "Wenn ich als Aufsichtsratsvorsitzender nicht mehr gehört werde, muss ich die Konsequenzen ziehen. Wenn das gemacht worden wäre, was wir vorgeschlagen haben, dann hätten sich die Steuerzahler Milliarden erspart." (ID 696; Die Presse, 17.3.2014)

Spindelegger sprach von einem "ökonomischen Wahnsinn, der eine blaue Handschrift zeigt". (ID 697; Kronen Zeitung, 19.3.2014)

Gewohnt laut und polternd folgte der Konter von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der sich beinahe die Seele aus dem Leib schrie. Er ortete bei der Regierung eine "Lehrstunde für Geschichtsfälschung" und warf SPÖ und ÖVP vor, einen U-Ausschuss zu verhindern - aus Angst, dass die Wahrheit ans Licht komme. (ID 698; Kronen Zeitung, 19.3.2014)

Für NEOS-Klubchef Matthias Strolz habe die Regierung falsch entschieden, außerdem zu spät und zu

teuer.(ID 699; Kronen Zeitung, 19.3.2014)

Wir werden die Kärntnerinnen und Kärntner nicht ausliefern.? In Österreich werde kein Bundesland im Stich gelassen. Die gewählte Lösung sei ihm ?allemal lieber als Ihre kindischen Aktionen?, sagte Faymann mit Blick in die Reihen der Blauen, die Pappfiguren mit der Aufschrift ?Bayern zur Kasse statt die Masse? in die Höhe hielten. (ID 700; Der Standard, 19.3.2014)

Die FPÖ sieht den großen politischen Sündenfall im Rückkauf der Hypo von den Bayern. Damit „stinkt“ etwas, wegen dieser „Leichen im Keller“ habe die Regierung Panik vor einem Untersuchungsausschuss, den die vier Oppositionsparteien FPÖ, Grüne, Neos und Team Stronach erneut vergeblich beantragten. (ID 701; Der Standard, 19.3.2014)

Grünen-Chefin Eva Glawischnig nennt sie ?historische Fehlentscheidung. (ID 702; Der Standard, 19.3.2014)

Team-Stronach-Klubchefin Kathrin Nachbaur würde wie in den USA nicht funktionierende Banken in die Insolvenz schicken, und für Neos-Chef Matthias Strolz hat die Regierung falsch, zu spät und zu teuer entschieden. (ID 703; Der Standard, 19.3.2014)

Der vergaß auf alle freundlich lächelnde Höflichkeit und staatsmännische Contenance und fuhr den zwischenschreienden FPÖ-Abg. Herbert Kickl an: Die Taskforce, "die im Gegensatz zu Ihnen etwas davon versteht", habe eine gute Lösung für die Bank erarbeitet. Eine Insolvenz der Hypo und damit Kärntens wäre keine Option gewesen. Man wolle das Desaster "nicht auf dem Rücken der Kärntner" austragen, weil "die das nicht verursacht haben, sondern die FPÖ. (ID 704; Die Presse, 19.3.2014)

Ähnlich Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP), der von der Hypo als "ökonomischem Wahnsinn, der eine blaue Handschrift trägt", sprach. Die Fehler von gestern seien die Kosten von heute. Er habe mit der Anstalts-AG die für Österreich günstigste Lösung gewählt. Eine von ihm nie ausgeschlossene Insolvenz habe man geprüft, sie hätte aber unkalkulierbare Risiken für die Republik, Kärnten und den Wirtschaftsstandort bedeutet. Das wäre "eine Operation am offenen Herzen ohne die notwendigen Instrumente" gewesen. Als Finanzminister werde er noch heuer rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, damit "so etwas nie wieder vorkommt". (ID 705; Die Presse, 19.3.2014)

Heinz-Christian Strache sah nach den Statements eine "Lehrstunde für Geschichtsfälschung". SPÖ und ÖVP seien "Mittäter", es sei "schäbig, was sie hier betreiben" (dafür beschied ihm SP-Klubchef Andreas Schieder später, sich wie "ein Rumpelstilzchen" aufzuführen). Man müsse sich fragen, "welcher Teufel hat die Regierung geritten", als sie die Bank von den Bayern zurückkaufte. Man könne jetzt nur sagen: "Gute Nacht, Steuerzahler." Den SPÖ-Chef bezeichnete Strache als "Genosse der Bosse", weil Faymann die Spekulanten mit der Hypo-Lösung verschone. (ID 706; Die Presse, 19.3.2014)

Grünen-Chefin Eva Glawischnig sprach in dem Zusammenhang Ordnungsruf-frei sogar von einer "Sauererei". Die Regierung verstehe "den Zorn und den Ärger der Bevölkerung" offenbar nicht. Mit der jetzigen Lösung habe man "eine dramatische, historische Fehlentscheidung" getroffen. (ID 707; Die Presse, 19.3.2014)

An diesem Tag kam nicht einmal von Neos-Chef Matthias Strolz positive Energie: Die Regierung müsse Verantwortung übernehmen, wenn man "in großem Stil Mist baut". Aber immerhin habe sie mit der Lösung "eindrucksvoll" demonstriert, dass "gut gewollt nicht gut gemacht" sei. Die Hypo-Anstalt sei falsch, komme zu spät und sei zu teuer. Eine geordnete Insolvenz wäre die beste Lösung gewesen, die Taskforce sei aber mutlos gewesen und in hohem Maß befangen. Team-Stronach-Klubchefin Kathrin Nachbaur gab der Regierung mit, dass der Staat in der Wirtschaft nichts verloren habe - eine Weisheit übrigens von Parteigründer Frank Stronach.(ID 708; Die Presse, 19.3.2014)

Da ist so viel falsch gelaufen, da sind viele Fehler - politisch wie in der Aufsicht - passiert, die geklärt gehören. Und dafür ist der U-Ausschuss bestens geeignet. Da geht es um Geld, das uns Steuerzahler in den nächsten, zehn, 15 Jahren beschäftigen und belasten wird", sagt Eva Glawischnig. Dass das Hypo-Desaster mit der Bankenabgabe bezahlt werden kann - Kanzler Werner Faymann kündigte das ja bei seinem "Krone"-Besuch an -, bezweifelt die grüne Bundeschefin. (ID 709; Kronen Zeitung, 1.4.2014)

Bei der Italien-Tochter flogen im Vorjahr massive Betrügereien auf. Die Bank musste inzwischen tausenden geschädigten Kunden Geld zurückzahlen, weil Zinsen falsch berechnet wurden. Die italienischen Behörden führten in der Hypo-Zentrale in Udine eine Razzia durch. (ID 710; Die Presse, 18.4.2014)

Was immer jetzt an Steuererhöhungen und Leistungskürzungen auf uns zukommt, wie immer Defizit und Staatsschuld entgleisen: Der Hinweis darauf, dass die Hypo daran schuld sei, fehlt nie. Sehr praktisch! Was freilich immer fehlt, ist der Hinweis, dass wir das Hypo-Packerl, das die Steuerzahler jetzt zu schultern haben, zu nicht geringem Teil auch der Regierung zu verdanken haben, die es jetzt als Ausrede für alles verwendet. (ID 711; Die Presse, 2.5.2014)

Wegen der Hypo geht das Finanzministerium jetzt von einem Anstieg auf 79,8 Prozent aus. Von diesem Topwert (im negativen Sinn) werde die Quote bald wieder sinken. Die Zahl ist freilich einfach falsch: Im Sommer wird die offizielle Staatsschuld durch die von Eurostat verlangte Einrechnung von Bahn-, BIG- und Gemeindeschulden nämlich noch einmal um bis zu 15 Mrd. Euro oder weitere fünf Prozent des BIPs steigen. Dann liegen wir in der Gegend von 84 Prozent.(ID 712; Die Presse, 2.5.2014)

Das ist nicht, wie einige meinen, eine "böse Überraschung", die im Herbst "droht", sondern ein Faktum, das schon im Vorjahr bekannt war. Was sind OeNB-Prognosen und Budgetvorschauen wert, die zum Zeitpunkt der Erstellung bereits bekannte Fakten einfach ignorieren? Was soll diese Staatsbürger-Veräppelung? (ID 713; Die Presse, 2.5.2014)

Nein, behaupten die Bayern. Sie berufen sich auf die damaligen Geschäftsberichte der Hypo. Aus diesen geht hervor, dass die Hypo mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet war. Die Hypo kontert, dass die Bilanzen falsch gewesen seien. (ID 714; Die Presse, 9.5.2014)

Androsch kritisiert, dass eine solche Insolvenzlösung nicht ernsthaft durchgerechnet wurde. Zwar wäre eine Hypo-Pleite wegen der Involvierung des Bundeslandes Kärnten ein "komplizierter Fall" gewesen und möglicherweise wäre auch herausgekommen, dass die jetzige Bad-Bank-Lösung die bessere Variante sei - aber durchgerechnet hätte die Variante werden müssen, meinte Androsch. Und zwar von internationalen Experten. Das sogenannte Wyman-Gutachten, das eine Insolvenz empfohlen hat, sei jedenfalls kein derartiges Gesamtgutachten gewesen, sondern nur ein "Schnellschuss".(ID 715; Die Presse, 16.5.2014)

Bei der Hypo heißt es dazu: "Diese Berechnung entbehrt jeglicher Grundlage." Denn die Neos verwenden bei ihren Berechnungen nur den Einzelabschluss, tatsächlich liege die Bilanzsumme nicht bei 17 Milliarden Euro, sondern bei 26 Milliarden Euro. Finanzkreisen zufolge haben die Neos auch nicht berücksichtigt, dass es für nachrangige Anleihen eine Garantie des Bundes im Volumen einer Milliarde Euro gibt. Auch enthalte das Szenario zu viele Unsicherheitsfaktoren und nicht nachvollziehbare Annahmen.(ID 716; Die Presse, 16.5.2014)

Ex-Finanzministerin Maria Fekter (VP) hat indes Kritik vom ehemaligen Aufsichtsrat der Hypo, Helmut Draxler, zurückgewiesen. Er hatte ihr Untätigkeit vorgeworfen, die „deutlich mehr als eine Milliarde Euro“ gekostet habe. Im Kurier sagt Fekter nun: „Das ist falsch.“ Sie habe „keinen Schaden angerichtet“. Sie sei kein Organ der Bank und könne daher nach dem Aktiengesetz nicht in die Bank hineinregieren. Stattdessen habe sie vom Aufsichtsrat Lösungen gefordert und „mir sehr wohl von den Organen Handlungen erwartet“. Als Beispiel nannte sie das Eigenkapitalersatz-Gesetz, das die Rückzahlung aller Darlehen an die BayernLB stoppte. (ID 717; Der Standard, 26.5.2014)

Pichler beispielsweise meinte gestern in einem Radiointerview, dass Gläubiger mitzahlen sollen, sei "moralisch nicht nachvollziehbar und ökonomisch einfach falsch". Eine, ganz vorsichtig formuliert, eher seltsame Ansicht für jemanden, der an der Wirtschaftsuniversität eines marktwirtschaftlich orientierten Landes lehrt. Da ist wohl der innere Bankenlobbyist mit dem Herrn Professor durchgegangen. (...) Überall sonst im Wirtschaftsleben ist es nämlich selbstverständlich, dass die Gläubiger das Ausfallrisiko tragen und dieses nicht, wie im Finanzbereich üblich, völlig unbeteiligten Dritten umgehängt wird. Wer sonst soll denn das Risiko übernehmen als derjenige, der dafür Zinsen kassiert? Niemand wäre auf die Idee gekommen, es beispielsweise bei der Alpine-Pleite als "moralisch nicht nachvollziehbar" zu bezeichnen, dass die Halter der Unternehmensanleihen um ihr Geld umfallen. (ID 718; Die Presse, 14.6.2014)

Die ganze Lösung mit dem Sondergesetz ist zwar aus Sicht des Finanzministers, der wenigstens ein kleines Zeichen für die moralisch und ökonomisch richtige Gläubigerbeteiligung setzen wollte, nachvollziehbar. Aber sie ist, wegen des Eingriffs in die Bürgerschaft des Landes Kärnten, rechtlich höchst problematisch und ziemlich unsauber. Man wird sehen, ob das rechtlich überhaupt hält. (ID 719; Die Presse, 14.6.2014)

VP-Klubobmann Reinhold Lopatka machte das diese Woche recht unwidersprochen in der "ZiB 2", als er den "Börsenkurier" zitierte, um den Schnitt der Regierung bei den nachrangigen Gläubigern der Hypo Alpe Adria zu rechtfertigen. Die Branchenzeitung habe also festgestellt, dass Anleger bei der Hypo Zinsen erhalten hätten, "die sonst nur Ramschanleihen mit einem Rating von maximal BB+ ausschütten, was der Politik moralisch sicherlich die besten Karten einräumt, wenn sie diese Gläubiger jetzt heranzuziehen versucht". Punkt. Aus. Wie es im Text weiterging, verschwieg der listige VP-Klubchef. Denn die von Rainer Sommer verfasste kluge Analyse kritisiert im ganzen vierspaltigen Text einen solchen Schritt und meint, es sei "nicht verwunderlich, dass der gesamte heimische Finanzsektor bei einer Zahlungsverweigerung der Republik den Weltuntergang heraufbeschwört". Und weiter im Text: Man müsse als Reaktion der Märkte "zu Recht das Schlimmste befürchten". (ID 720; Die Presse, 28.6.2014)

Die österreichische Seite argumentiert nun aber, die Bilanzen seien falsch gewesen und die Bayern hätten trotzdem über den wahren Zustand der Hypo Bescheid gewusst. (ID 721; Die Presse, 30.6.2014)